

Sarah Pister

# **Stadtforende in Mannheim**

Zur Aufnahme und Integration von  
In- und Ausländern in eine landesherrliche Stadt des  
späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen  
Grades eines Doktors der Philosophie der  
Universität Mannheim

Mannheim 2021

Dekan der Philosophischen Fakultät: Prof. Dr. Philipp Gassert

Erstgutachter: Prof. Dr. Hiram Kümper

Zweitgutachter: apl. Prof. Dr. Wilhelm Kreutz

Datum der Disputation: 11.11.2020

# Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Darstellungen .....	5
Abkürzungsverzeichnis .....	7
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>8</b>
1.1 Thema und Fragestellung .....	8
1.2 Forschungsstand .....	13
1.3 Quellen und Methodik .....	19
1.4 Aufbau der Arbeit .....	27
<b>2. Mannheim im Wandel der Zeit.....</b>	<b>29</b>
<b>3. Anreisemodalitäten und Überwachungsmechanismen.....</b>	<b>37</b>
3.1 Zu Fuß, reitend und fahrend: Wege in die Stadt.....	37
3.2 Einlasskontrollen an Brücken und Toren .....	43
3.3 Innerstädtische Kontrollen und Meldepflicht .....	50
<b>4. Reiseziel Mannheim: Aufnahme von Gästen.....</b>	<b>55</b>
4.1 Frequentierung der Quadrate .....	56
4.2 Handelshemmnisse für auswärtige Kaufleute .....	70
4.3 Reisende über die Quadratestadt .....	79
<b>5. Aufenthaltsort Mannheim: Aufnahme von Migranten .....</b>	<b>88</b>
5.1 Müßiggänger als primäres Ziel der Fremdenpolitik .....	99
5.1.1 Auswärtige Bettler und Vaganten vor den Stadttoren .....	102
5.1.2 Stadtfremde Arme in den Quadraten .....	109
5.2 Fremde unter Fremden: Auswärtige Juden.....	116
5.2.1 Judenschutz in den Rechtsquellen .....	120
5.2.2 Aufnahme in den Judenschutz .....	126
5.3 Duldung auf Zeit: Handwerksgesellen und Gesinde .....	135
5.4 Französische Emigranten 1791/92.....	141
5.5 Gewerbebetreibende aus dem In- und Ausland .....	150

<b>6. Niederlassungsort Mannheim: Integration von Migranten .....</b>	<b>159</b>
6.1 Rechtliche Steuerung der Niederlassungspolitik .....	160
6.1.1 Restriktive Maßnahmen unter Carl Theodor .....	161
6.1.2 Das Ortssassenrecht nach altbadischem Vorbild .....	171
6.2 Bürger- und Beisassenmigranten in Mannheim .....	176
6.2.1 Bürger- und Beisassenannahmen im Zeitverlauf .....	177
6.2.2 Rekrutierungs- und Migrationsräume .....	184
6.2.3 Berufliche Struktur der Neubürger .....	197
6.3 Formale Integration: Begünstigungen und Widerstände .....	202
6.3.1 Begünstigungen: Soziale Beziehungen und Fleiß .....	203
6.3.2 Widerstände: Übersetzung und Vermögen .....	206
6.3.3 Fehlschlag: <i>Abschläglicly verbeschieden</i> .....	209
6.3.4 Misslungene Integration: Claasen aus Köln .....	209
6.4 Soziale und ökonomische Integration .....	217
6.4.1 Beziehungen am Niederlassungsort .....	219
6.4.2 Vermögen, politische Partizipation und Wohnlage .....	230
6.4.3 Gelungene Integration: Reinhardt aus Neuwied .....	239
 7. Abschließende Betrachtung .....	 244
 8. Anhang .....	 254
8.1 Mannheimer Fremdenlisten .....	254
8.1.1 Erklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung .....	254
8.1.2 Auswertung .....	260
8.2 Mannheimer Bürger- und Beisassenannahmen .....	273
8.2.1 Erklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung .....	273
8.2.2 Auswertung .....	276
 9. Quellen- und Literaturverzeichnis .....	 285
9.1 Ungedruckte Quellen .....	285
9.2 Gedruckte Quellen .....	287
9.3 Internetquellen .....	290
9.4 Literaturverzeichnis .....	291
 Danksagung .....	 309

# Verzeichnis der Darstellungen

## I. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Belegung der Gasthäuser (1807–1818) .....	57
Abb. 2 Durchschnittliche Belegung der im <i>Drei Könige</i> , <i>Goldenen Schaf</i> , <i>Silbernen Anker</i> und <i>Weinberg</i> übernachtenden Reisenden (1807–1818).....	59
Abb. 3 Gliederung der im <i>Drei Könige</i> , <i>Goldenen Schaf</i> , <i>Silbernen Anker</i> und <i>Weinberg</i> übernachtenden Reisenden (1807–1818) .....	61
Abb. 4 Durchschnittliche Belegung der Gasthäuser durch Handelsleute (1807–1818).....	71
Abb. 5 Herkunft der nach Mannheim reisenden Handelsleute (1807–1818).....	74
Abb. 6 Migranten nach Berufsgruppen (1808, 1813, 1818) .....	98
Abb. 7 Judenschutzannahme nach den Konzessionserläuterungen von 1765 .....	122
Abb. 8 Gliederung der französischen Reisenden (1791, 1792).....	144
Abb. 9 Mannheimer Einbürgerungsfrequenz (1779–1804) .....	179
Abb. 10 Migrationsräume der Mannheimer Bürgermigranten (1779–1802).....	186
Abb. 11 Migrationsräume der Mannheimer Bürgermigranten (1779–1802) .....	187
Abb. 12 Anteil der Neubürger im Verhältnis zur Migrationsdistanz (1779–1804) .....	189
Abb. 13 Migrationsräume der Mannheimer Beisassenmigranten (1779–1802) .....	191
Abb. 14 Migrationsräume der Mannheimer Beisassenmigranten (1779–1802) .....	192
Abb. 15 Kategorisierung der im Feld Beruf hinterlegten Berufe, Ämter und Titel.....	257
Abb. 16 Durchschnittliche Belegung der Gasthäuser (1791, 1792, 1807–1818).....	262
Abb. 17 Kategorisierung der Reisenden (1791, 1792, 1807–1818).....	262
Abb. 18 Prozentuale Belegung der Gasthäuser nach Kategorien (1807–1808).....	263
Abb. 19 Mittlere Migrationsdistanz in Kilometern (1779–1804) .....	281

## II. Tabellenverzeichnis

Tab. 1 Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorien der im <i>Drei Könige, Goldenen Schaf, Silbernen Anker</i> und <i>Weinberg</i> übernachtenden Reisenden (1807–1818) .....	60
Tab. 2 Bevölkerungsentwicklung Mannheims (1778–1801) .....	95
Tab. 3 Bevölkerungsentwicklung Mannheims (1806–1818) .....	96
Tab. 4 Herkunft der Patienten des Spitals der Barmherzigen Brüder (1772–1798).....	114
Tab. 5 Mannheimer Bürgereinzugsgelder in Gulden um 1806 .....	172
Tab. 6 Anzahl der Familien in Mannheim (1779–1801).....	182
Tab. 7 Herkunft der Bürger- und Beisassenmigranten (1808, 1813, 1818) .....	194
Tab. 8 Durchschnittliche Migrationsdistanz in Kilometern (1808, 1813, 1818) .....	196
Tab. 9 Berufe der Neubürger nach Herkunft (1779–1804) .....	198
Tab. 10 Eheliche Verbindungen von Neubürgern und Beisassen (1780–1785) .....	220
Tab. 11 Gesamtzahl der Reisenden in Mannheim (1791, 1792, 1807–1818) .....	260
Tab. 12 Reisende in den Gasthäuser <i>Drei Könige, Goldenes Schaf, Silberner Anker</i> und <i>Weinberg</i> (1807–1818).....	261
Tab. 13 Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorien der Reisenden (1791–1792).....	263
Tab. 14 Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorien der Reisenden (1807–1808).....	266
Tab. 15 Top 60 Herkunfts- bzw. Aufenthaltsorte der Reisenden (1791, 1792, 1807–1818) .....	268
Tab. 16 Aufenthaltsterritorien der Handelsreisenden (1807–1808).....	271
Tab. 17 Top 15 Aufenthaltsorte der Handelsreisenden (1807–1818) .....	272
Tab. 18 Einbürgerungsfrequenz (1779–1804) .....	276
Tab. 19 Beisassenaufnahme im Zeitverlauf (1779–1804).....	278
Tab. 20 Religionszugehörigkeit der Neubürger und Beisassen (1779–1804).....	280
Tab. 21 Herkunftsterritorien der Bürger- und Beisassenmigranten nach den Grenzen von 1789 (1779–1804) .....	281
Tab. 22 Bürgereinzugsgelder der ledigen Neubürger (1779–1804).....	284

## Abkürzungsverzeichnis

AF	Alte Folge
BAGVBL	Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BBKL	Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon
EAF	Erzbischöfliches Archiv Freiburg
fl.	Gulden
get.	getauft
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
IGB	Israelitisches Gemeindeblatt
Kr.	Kreuzer
LA Speyer	Landesarchiv Speyer
LAK	Landeskirchliches Archiv Karlsruhe
MGB	Mannheimer Geschichtsblätter
MHVPf	Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz
MIB	Mannheimer Intelligenzblatt
MVGDB	Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen
NDB	Neue Deutsche Biographie
NF	Neue Folge
Rthlr.	Reichstaler
SA FB	Staatsarchiv Freiburg
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZHF	Zeitschrift für Historische Forschung
ZWLG	Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte

# 1. Einleitung

## 1.1 Thema und Fragestellung

„Niederländer sind hier der Urstoff, Franzosen wurden beigemischt, Baiern darunter gestreut und Schwaben angepflanzt“<sup>1</sup> – mit diesen Worten beginnt Johann Georg Rieger in seiner *Historisch-topographisch-statistischen Beschreibung von Mannheim und seiner Umgebung* von 1824 sein Urteil über die Abstammung der Mannheimer Einwohnerschaft.<sup>2</sup> „In diesem Compositum befinden sich noch Italiäner, Tiroler, Schweizer, Preußen, Oesterreicher, Spanier und selbst die Sprößlinge der entfernteren Weltgegenden.“<sup>3</sup> Der Topograf verweist hier direkt auf Mannheims Tradition als Zuwanderungsstadt, deren Wurzeln bis zur Stadtgründung im Jahr 1607 zurückreichen und bis heute zu den wesentlichen Elementen ihrer städtischen Identität zählt. So wirbt die Stadt Mannheim noch gegenwärtig mit dem Slogan „Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz seit der Stadtgründung“<sup>4</sup> auf ihrer offiziellen Internetpräsenz.

Tatsächlich hatte Kurfürst Friedrich IV. von der Pfalz (1574–1610) zwar durch Steuererleichterungen mit seinen in deutscher, lateinischer, niederländischer und französischer Sprache verfassten Stadtprivilegien von 1607 versucht, Zuwanderer in der noch einwohnerarmen Stadt anzusiedeln. Doch bis auf wenige calvinistische Exulanten, die gezielt durch die protektiven Hände des ebenfalls calvinistischen Kurfürsten die Kurpfalz als ihr neues Zuhause auserkoren hatten, handelte es sich bei den 1 200 Einwohnern mehrheitlich um die Bewohner des ehemaligen Dorfes Mannheim.<sup>5</sup> Die Öffnung Mannheims und die Einladung an „alle ehrliche Leut von allen Nationen“<sup>6</sup>, die in den deutsch-, französisch- und niederländischsprachigen *Warhafftigen und gewissen Privilegien der Stadt Mannheim in der Pfaltz gelegen* aus dem Jahr 1652 propergiert wurden, praktizierte erst Kurfürst Karl I. Ludwig (1617–1680). Nach den Wehen des Dreißigjährigen Krieges war das Kurfürstentum Pfalz komplett verwüstet und entvölkert gewesen. Der Wiederaufbau der Stadt hatte sich umso komplexer gestaltet, da eine Rückkehr der im Krieg geflohenen Kurpfälzer unwahrscheinlich war. Es waren daher die Stadtprivilegien,

---

<sup>1</sup> Johann Georg Rieger, *Historisch-topographisch-statistische Beschreibung von Mannheim und seiner Umgebung. Nebst Gemälden von Heidelberg, der Bergstraße, von Weinheim, Ladenburg, Schwezingen [sic!], und dem dortigen Lustgarten, von Frankenthal, Worms, den Hardtgebirgen, von Dürkheim, Neustadt, Landau, Speier u. einem Anhang für Reisende, Mannheim 1824*, S. 329.

<sup>2</sup> Aus Gründen des Leseflusses wird in der vorliegenden Arbeit die männliche Sprachform verwendet. Die weibliche Sprachform ist dabei jeweils kontextspezifisch miteingeschlossen.

<sup>3</sup> Rieger, *Beschreibung von Mannheim*, S. 329.

<sup>4</sup> *Integration & Migration*, in: Stadt Mannheim (2020). URL: <https://www.mannheim.de/de/service-bieten/integration-migration> (15.12.2020).

<sup>5</sup> Vgl. Harald Stockert, „Ein unausgesetztes Gehen und Kommen“. 400 Jahre Mannheimer Stadtgeschichte – 400 Jahre Migration, in: *Badische Heimat* 87 (2007), S. 510–519, hier S. 510f.; Grit Arnscheidt, *Aus aller Herren Länder. Das Mannheimer Experiment vor 350 Jahren*, in: *Badische Heimat* 83 (2003), S. 398–404, hier S. 400.

<sup>6</sup> *Warhafftige und gewisse Privilegien Der Stadt Mannheim in der Pfaltz gelegen. 1652*, Heidelberg 1652.



die durch die Erleichterung der Zuwanderung den Wiederaufbau beziehungsweise die Neugründung der in allen Bereichen völlig brach liegenden Stadt ermöglichten.<sup>7</sup>

Während die Fluktuation kurz nach Veröffentlichung der Stadtprivilegien noch hoch war, zeigt der Stadtplan des niederländischen Zuwanderers Jacob van Deyl, dass weite Teile der Stadt Mannheim im Jahr 1663 wieder bewohnt waren. Die zugewanderten Einwohner der Quadertestadt stammten aus dem Alten Reich, aus Frankreich, Belgien, der Schweiz, den Niederlanden, aus Polen, Ungarn und Schweden. Unter diesen Zuzüglern befanden sich jedoch nicht nur Personen reformierten Bekenntnisses, sondern auch Mennoniten, Hutterer und Sozinianer. Die sich in Mannheim niederlassenden Juden kamen einerseits aus den jüdischen Zentren der Umgebung wie Worms und Frankfurt, aber auch aus entlegeneren Orten wie Prag, Wien und Metz oder aus dem Mittelmeerraum.<sup>8</sup> Obwohl das Zusammenleben dieser Menschen im privaten und im beruflichen Kontext zu Unstimmigkeiten führte, wuchsen sie zu einer stabilen Gesellschaft zusammen.

Gemeinhin wird die exklusiv für Mannheim betriebene kurpfälzische Anwerbungspolitik im 17. Jahrhundert, die sich durch ihre Toleranz gegenüber zuwanderungswilligen religiösen und konfessionellen Minderheiten auszeichnete, mit dem Titel *Mannheimer Experiment* versehen. Auch wenn es kaum Ermüdungserscheinungen bei dem Verweis auf Mannheims Tradition als Zuwanderungsstadt zu scheinen gibt, so sind einerseits Studien, die sich mit der Aufnahme und Integration von Migranten speziell in Mannheim beschäftigen, rar gesät. Eine Ausnahme bildet sicherlich die Arbeit *L'Église Réformée de Langue Française de Mannheim de 1652 à 1689*<sup>9</sup> von Dominique Guillemenot-Ehrmantraut, die Integration und Assimilation wie auch Identität und Identifikation der französisch-reformierten Zuwanderer in der Aufnahmegesellschaft im 17. Jahrhundert untersucht. Andererseits beschränkt sich die Untersuchung von Migration in Mannheim in der Frühen Neuzeit fast ausschließlich auf die bereits skizzierte Anwerbungspolitik im 17. Jahrhundert. So widmet sich insbesondere Grit Arnscheidt in ihrem Aufsatz *Aus aller Herren Länder. Das Mannheimer Experiment vor 350 Jahren*<sup>10</sup> der kurpfälzischen Anwerbungspolitik und ihren Auswirkungen auf Mannheim. Die Untersuchungen von Wolfgang

---

<sup>7</sup> Vgl. Arnscheidt, *Aus aller Herren Länder*, S. 400.

<sup>8</sup> Vgl. ebd., S. 401–403; Stockert, „Ein unausgesetztes Gehen und Kommen“, S. 511.

<sup>9</sup> Dominique Guillemenot-Ehrmantraut, *L'Église Réformée de Langue Française de Mannheim de 1652 à 1689* (= *Vie des Huguenots*, Bd. 27), Paris 2003.

<sup>10</sup> Arnscheidt, *Aus aller Herren Länder*. Hierzu auch Harald Stockert, „Harmonia so vielerley Nationen“ oder „Hinderung anderer Religionen“? Zur Toleranz in Mannheim in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: MGB NF 28 (2014), S. 51–62.

Kromer, Frank Swiaczny, Michael Horn und Rainer Lukhaup sowie von Ulrich Nieß und Philipp Gassert setzen erst wieder Mitte des 19. Jahrhunderts an.<sup>11</sup> Allein der Aufsatz „*Ein unausgesetztes Gehen und Kommen*“<sup>12</sup> von Harald Stockert zeichnet prägnant die großen Linien einer Geschichte von Zuwanderung und die Bedeutung dieser für die Stadt Mannheim nach.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es daher, die in- und ausländischen Stadtfremden, die sich in der landesherrlichen Stadt Mannheim temporär oder permanent aufhalten wollten, genauer zu untersuchen. Der Begriff *Stadtfremde* wurde hierbei bewusst gewählt: Im Kern hebt Fremdheit immer „eine Alterität, ein Anderssein hervor und statet dadurch die Identität mit der Fähigkeit aus, Bezugspunkt des Individuums oder der Wir-Gruppe zu sein.“<sup>13</sup> Ebendies führte in der Vergangenheit jedoch häufig dazu, dass marginalisierte und stigmatisierte Personengruppen von der Forschung ebenso zu der Gruppe der Fremden gezählt wurden.<sup>14</sup> Heute ist diese Ansicht durch mehrere großangelegte Forschungsarbeiten revidiert worden, da eine solche Definition von Fremdheit zu weit gefasst ist. Sie würde alle ausgegrenzten Personen und gesellschaftlichen Randgruppen einschließen, selbst wenn diese in der Stadt geboren wären. Aufgrund ihres Heimatrechts grenzten diese sich jedoch von den auswärtigen Fremden ab.<sup>15</sup> Fremdheit manifestierte sich dementsprechend zumeist auf lokaler Ebene.<sup>16</sup> Als Fremde werden in der frühneuzeitlichen Forschung somit von außerhalb in die Stadt kommende Personen sowie konfessionelle und religiöse Minderheiten betrachtet – letztere, weil sie kein Heimatrecht in ihrem Geburts- oder an ihrem Wohnort besaßen.<sup>17</sup>

---

<sup>11</sup> Wolfgang Kromer, „Ich wollt‘ auch einmal in die Stadt“. Zuwanderungen nach Mannheim vor dem Zweiten Weltkrieg, illustriert an Wanderungsbiographien aus dem badischen Odenwald, Heidelberg 1986; Frank Swiaczny/Michael Horn/Rainer Lukhaup, *Ausländer in Mannheim. Migration und Integration im Wandel*, Mannheim 1999; Ulrich Nieß/Philipp Gassert (Hgg.), *Migration im Quadrat. 25 Mannheimer Biographien*, Mannheim 2016.

<sup>12</sup> Stockert, „Ein unausgesetztes Gehen und Kommen“.

<sup>13</sup> Volker Manz, *Fremde und Gemeinwohl. Integration und Ausgrenzung in Spanien im Übergang vom Ancien Régime zum frühen Nationalstaat*, Stuttgart 2006, S. 15.

<sup>14</sup> Bspw. Bernd Roeck, *Außenseiter, Randgruppen, Minderheiten. Fremde im Deutschland der frühen Neuzeit* (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 1568), Göttingen 1993; Claudia Seiring, *Fremde in der Stadt (1300–1800). Die Rechtsstellung Auswärtiger in mittelalterlichen und neuzeitlichen Quellen der deutschsprachigen Schweiz* (= Europäische Hochschulschriften, Bd. 2566), Frankfurt am Main 1999.

<sup>15</sup> Vgl. Karstens, *Ständeordnung und Territorialstaat*, S. 243; Angelika Schaser, *Städtische Fremdenpolitik im Deutschland der Frühen Neuzeit*, in: Alexander Demandt (Hg.), *Mit Fremden leben. Eine Kulturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, München 1995, S. 141.

<sup>16</sup> Vgl. Helga Schnabel-Schüle, *Zugehörigkeit und Verfassungsstaat*, in: Lutz Raphael/Herbert Uerlings (Hgg.), *Zwischen Ausschluss und Solidarität. Modi der Inklusion/Exklusion von Fremden und Armen in Europa seit der Spätantike* (= Inklusion/Exklusion. Studien zur Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart, Bd. 6), S. 293–310, hier S. 294.

<sup>17</sup> Vgl. Simon Karstens, *Ständeordnung und Territorialstaat. Die Rechte Fremder in der Frühen Neuzeit*, in: Altay Coşkun/Lutz Raphael (Hgg.), *Fremd und rechtlos? Zugehörigkeitsrechte Fremder von der Antike bis zur Gegenwart. Ein Handbuch*, Köln/Weimar/Wien 2014, S. 241–268, hier S. 243.

Der Terminus *Stadtfremde* referiert demzufolge auf die von außerhalb in die Stadt kommenden Personen, die anhand ihres Aufenthaltsrechts unterschieden werden können. Aus Sicht der Stadt handelt es sich gemäß Andreas Fahrmeir um eine Reise, einen Aufenthalt oder eine Niederlassung von Stadtfremden.<sup>18</sup> Definiert werden können die Reisenden als Personen, die Angehörige eines auswärtigen Landes, Territoriums oder Ortes blieben und nicht die Absicht hatten, sich für längere Zeit in einer Stadt oder Gemeinde aufzuhalten oder gar niederzulassen.<sup>19</sup> Ihr Aufenthalt ist deshalb auch zumeist durch die Unterbringung in Gasthäusern gekennzeichnet. Im Gegensatz zur Reise setzte der Aufenthalt in einer Gemeinde die polizeyliche Anmeldung voraus, die Niederlassung hingegen die formale Aufnahme in die betreffende Gemeinde.<sup>20</sup> Durch ihren Wohnsitz in Mannheim zählten die meisten Migranten direkt zur Einwohnerschaft der Stadt, wobei es sich bei letzteren gar um Personen handelte, die durch Antritt des Bürger- beziehungsweise Beisassenschutzrechts politisch-rechtlich Teil der städtischen Gesellschaft wurden. Der Historiker Etienne François räumt den Bürgern einen besonderen Stellenwert ein, denn ihre Ansiedlung bedeutet für ihn einen „endgültigen Zuzug (also das, was demographisch zählt, weil eine Familie begründet wird)“<sup>21</sup>. Seine Perspektive ist jedoch um die Beisassen zu erweitern, denn diese konnten ebenfalls in der Stadt eine Familie gründen. Da mit dem Aufenthalt oder der Niederlassung von in- und ausländischen Stadtfremden in Mannheim eine temporäre oder permanente räumliche Verlegung des Lebensmittelpunktes<sup>22</sup> einherging, ist bei diesen Personen auch von Migranten die Rede. Allgemein ist Migration eine Wanderung, eine räumliche Bewegung, die als „movement of a person or a group of persons, either across an international border, or within a State“<sup>23</sup> beschrieben wird. Die Historische Migrationsforschung legt den Begriff aufgrund der verfassungsrechtlichen hoch komplexen Realität des Alten Reiches und der mannigfaltigen Formen von Mobilität zumeist breit an.<sup>24</sup> Er schließt „kurzfristige wie

---

<sup>18</sup> Vgl. Andreas Fahrmeir, *Ausweis und Passage – Reisende Juden in den deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts*, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 9 (2010), S. 119–137, hier S. 123. Im Gegensatz zu Fahrmeir, der von *Niederlassung* statt von *Aufnahme* schreibt, wird nachfolgend der Begriff *Niederlassung* zur Vermeidung von Verwechslungen mit der rechtlichen Aufnahme von Stadtfremden genutzt. Auch in Bettina Hitzer, *Freizügigkeit als Reformergebnis und die Entwicklung von Arbeitsmärkten*, in: Jochen Oltmer (Hg.), *Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2006, S. 245–290, hier S. 273, wurde *Niederlassung* als Begriff gewählt.

<sup>19</sup> Vgl. Karstens, *Ständeordnung und Territorialstaat*, S. 249.

<sup>20</sup> Vgl. Fahrmeir, *Ausweis und Passage*, S. 123.

<sup>21</sup> Etienne François, *Koblenz im 18. Jahrhundert. Zur Sozial- und Bevölkerungsstruktur einer deutschen Residenz* (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 72), Göttingen 1982, S. 44f.

<sup>22</sup> Eine Verlegung des Lebensmittelpunktes ging nicht immer mit Migration einher. Jochen Oltmer führt bspw. die saisonalen Migranten an, die durch eine Erwerbstätigkeit außerhalb ihrer Heimat ihre Existenz sicherten. Hierzu Jochen Oltmer, *Einleitung: Staat im Prozess der Aushandlung von Migration*, in: Ders. (Hg.), *Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2006, S. 1–42, hier S. 9.

<sup>23</sup> Richard Perruchoud/Jillyanne Redpath-Cross, *Glossary on Migration*, Genf 2011, S. 62f.

<sup>24</sup> Vgl. Sylvia Hahn, *Historische Migrationsforschung*, Frankfurt/New York 2012, S. 24–27; Karl Härter, *Grenzen, Streifen, Pässe und Gesetze. Die Steuerung von Migration im frühneuzeitlichen Territorialstaat des Alten Reiches*

auch dauerhafte Ortsveränderungen ebenso [...] wie Formen regelmäßig wiederkehrender [...], zirkulierender oder permanenter [...] Mobilität“<sup>25</sup> ein.<sup>26</sup>

Die vorliegende Arbeit wird nachfolgend zeigen, wie die Aufnahme und Integration von Reisenden sowie von Migranten mit temporärem und Migranten mit permanentem Aufenthaltsstatus in der landesherrlichen Stadt Mannheim vollzogen wurde und inwieweit die Aufnahme dieser In- und Ausländer ihre Integration in das Stadtwesen beeinflusste. Dabei lässt die Perzeption von und der Umgang mit Stadtfremden während ihrer Aufnahme und Integration wiederum Rückschlüsse auf Inklusions- und Exklusionsstrategien zu. Die vorliegende Arbeit liefert damit einen wichtigen Beitrag zur Mannheimer Stadtgeschichte sowie zur Historischen Migrations- und Integrationsforschung, Fremdheits- und Minderheitenforschung sowie Neubürgerforschung. Unter *Aufnahme* sind hierbei sowohl Maßnahmen und Instrumente zur Steuerung von Mobilität und Migration als auch die Gestaltung und Umsetzung von Aufenthaltsrechten zu verstehen. Demnach erlaubt die Untersuchung der rechtlichen Reglementierungen, die den Rahmen eines Aufenthaltes von Stadtfremden festlegten, detaillierte Aussagen zur Migrations- und Niederlassungspolitik der Quadratestadt. *Integration* ist hingegen ein Prozess der Eingliederung von Gruppen oder Individuen in die Mannheimer Gesellschaft.<sup>27</sup> Dabei wird die formale, soziale und ökonomische Integration anhand verschiedener Faktoren untersucht. Der Erwerb des Bürger- und Beisassenrechts wurde als Faktor für die formale Integration, Heirats- und Patenschaftsverbindungen für die soziale Integration und erwirtschaftetes Vermögen, politische Partizipation und Wohntopografie, aber vor allem der Erwerb des Zunftrechts für die ökonomische Integration zur Betrachtung herangezogen. Hauptgegenstand bei der Untersuchung von Integrationsprozessen werden primär die Bürger- und Beisassenmigranten darstellen, da sich Migranten mit einem temporären Aufenthaltsstatus nur in begrenztem Maße sozial und ökonomisch integrieren konnten.

---

(1648–1806), in: Jochen Oltmer (Hg.), Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2006, S. 45–86, hier S. 51.

<sup>25</sup> Josef Ehmer, Migrationen in der historischen Forschung – Themen und Perspektiven, in: Heinz Fassmann/Julia Dahlvik (Hgg.), Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader, 2., erweiterte und überarbeitete Auflage, Göttingen 2012, S. 95–108, hier S. 96.

<sup>26</sup> Pendelmigration wird in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt.

<sup>27</sup> Integration kann jedoch auch als Vorgang beschrieben werden, bei dem sich Migranten und Einheimische gegenseitig beeinflussen und angleichen. Hierzu Marita Krauss, Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Phänomen, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hgg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997, S. 11–25, hier S. 14f. Zum Oberbegriff *Integration* gehören weitere Bestandteile: Assimilierung, Akkulturation und Interkulturation lassen sich als Teilaspekte von Integration begreifen. Unter *Assimilation* versteht man die „Angleichung der Zuwanderer an die Einheimischen, und zwar eine Angleichung, bei der die mitgebrachten Werte und Kulturmuster äußerlich weitgehend zurücktreten, ohne dass das Neue internalisiert wird.“ Hierzu Krauss, Integration und Akkulturation, S. 14. Der Prozess, der sich hierbei vollzieht, wird als Akkulturation bezeichnet, während bei der Interkulturation die Kultur des Heimatortes neben der des Zielortes parallel weiterbesteht.

Zeitlich ist diese Arbeit im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert angesiedelt, womit sie einerseits eine Lücke in der Migrationsgeschichte Mannheims schließt, andererseits durch den in diesem Zeitraum vollzogenen Epochenwechsel zwischen Früher Neuzeit und Moderne sowie Herrschaftswechsel zwischen Kurpfalz und Baden Aufnahme und Integration von Reisenden und Migranten in besonderer Weise thematisieren kann. Als Anfangspunkt wurde der Wegzug des Hofes unter Kurfürst Carl Theodor (1724–1799) nach München im Jahr 1778 gewählt, wobei die darauffolgenden Jahre häufig mit dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Niedergang assoziiert werden. Die Wehen der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege, der Übergang der Kurpfalz an die Markgrafschaft Baden, ab 1803 Kurfürstentum Baden und ab 1806 Großherzogtum Baden sowie die anhaltende Belastung aufgrund des Krieges, der Einquartierungen und Truppendurchzüge verhinderten eine Verfestigung von Strukturen des Aufstieges. Sichtbar waren diese Strukturen in der Etablierung des Wirtschaftsbürgertums geworden, welchem die 1818 vom badischen Großherzog unterzeichnete moderne Verfassung in die Hände gespielt hätte. Die Karlsbader Beschlüsse versetzten Mannheim jedoch laut Hans-Joachim Hirsch in eine Art „Dornröschenschlaf“<sup>28</sup>, der ihren Aufstieg zur einflussreichen Handelsstadt hinauszögerte, und sich dementsprechend, auch aufgrund der zeitlich danach einsetzenden Modernisierungen, als zeitlicher Schlusspunkt dieser Arbeit eignet.

## 1.2 Forschungsstand

Wie Josef Ehmer in einem Beitrag zu Themen und Perspektiven der Historischen Migrationsforschung feststellt, ist die Erforschung von Mobilität und Migration in der Geschichtswissenschaft unlängst zu einem wichtigen Bestandteil der Disziplin avanciert.<sup>29</sup> Gerade in den letzten drei Jahrzehnten bereicherten neue Ansätze, die Bewegung, Positionierung und Partizipation von Migranten im sozialen Raum thematisieren, die Historische Migrationsforschung.<sup>30</sup> Dennoch blieb die Historische Migrations- wie auch die Integrationsforschung lange Zeit im 20. Jahrhundert verhaftet. Dass die Gesellschaft der Vormoderne mobil war, ist seit den 1980er Jahren belegt. Empirische Studien beschäftigten sich allerdings vor allem mit der Geschichte von Wanderungen in bestimmte Regionen oder mit verschiedenen Migrationstypen zwischen

---

<sup>28</sup> Hans-Joachim Hirsch, In „kargen Zeiten“?, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 2. 1801–1914, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 58–139, hier S. 59.

<sup>29</sup> Vgl. Ehmer, Migrationen, S. 95.

<sup>30</sup> Vgl. Klaus J. Bade, Bericht für das Goethe-Institut. Migration, Migrationsforschung, Migrationspolitik, München 2002, S. 8.

1500 und 1800: Im Vordergrund standen Siedlungsmigrationen nach Süd-Osteuropa, die Kolonisierung der *Neuen Welt* durch Europäer oder Zwangsmigrationen, beispielsweise von Glaubensflüchtlingen oder Sklaven, genauso wie die Arbeitsmigration von Gesellen.<sup>31</sup>

Spezifische Personengruppen, die innerhalb des deutschen Sprachraumes mobil waren, wurden zwar immer wieder zum Gegenstand der historischen Forschung. Erst in den letzten Jahrzehnten nahm jedoch die Untersuchung von Integrationen der Migranten in die bestehenden Aufnahmegesellschaften zu. Zu unterscheiden ist hierbei zwischen Arbeiten, welche die Zuwanderung einzelner Migrantengruppen in bestimmte Regionen vergleichend untersuchen, und Studien, die aus Perspektive der Aufnahmegesellschaft auf die Einwanderung und Aufnahme von Migrantengruppen in ihre eigene Gesellschaft blicken. Letztere betrachten somit Immigrationen, Einwanderung oder Zuwanderung; sie erforschen Integrationsprozesse von Migranten im Zielland, -gebiet oder -ort; sie widmen sich der Begegnung von Migranten mit Einheimischen und vor allem der politischen Situation in der Aufnahmegesellschaft.

Seine Forschungsarbeit *Gäste, die bleiben*<sup>32</sup> versteht Alexander Schunka deshalb „nicht als Migrationsgeschichte im klassischen Sinne.“<sup>33</sup> Diese „begreift sich als Immigrationgeschichte, als Geschichte der Interaktionen zwischen Zuwanderern und Einheimischen, als Geschichte von Exklusion und Inklusion, von *Self-Fashioning* und Überlebensaktiken, vom Streben nach Ordnung in Zeiten subjektiv empfundener Unordnung“<sup>34</sup>. Schunka untersucht für das 17. und frühe 18. Jahrhundert nicht nur das Ausmaß von Einwanderung nach Kursachsen und in die Oberlausitz, die geographische Herkunft dieser Zuwanderer oder die Institutionen und Instrumentarien, die für die Aufnahme von Migranten zuständig waren, sondern fragt nach der Integrationsfähigkeit der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft. Schunka vermag es sowohl aus der Sicht der Migranten als auch der Einheimischen zu berichten. Ähnlich geht Frank Metasch in *Exulanten in Dresden*<sup>35</sup> vor. Am Beispiel der böhmischen Exulanten untersucht er Migration nach und Integration in Dresden im 17. und 18. Jahrhundert. Im Hauptteil seiner Arbeit widmet er sich der rechtlichen, wirtschaftlichen und kirchlichen Integration, wobei er diese anhand von spezifischen Integrationsindikatoren wie der Aufnahme ins Bürger- und Zunftrecht oder Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinde erforscht.

---

<sup>31</sup> Vgl. Ehmer, Migrationen, S. 98.

<sup>32</sup> Alexander Schunka, *Gäste, die bleiben. Zuwanderer in Kursachsen und der Oberlausitz im 17. und frühen 18. Jahrhundert* angelegt (= Pluralisierung und Autorität, Bd. 7), Hamburg 2006.

<sup>33</sup> Ebd., S. 5.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Frank Metasch, *Die Einwanderung und Integration von Exulanten in Dresden während des 17. und 18. Jahrhunderts*, TU Dresden Dissertation, Dresden 2006.

Die In- und Exklusion bestimmter Personengruppen ist auch Thema der Minderheiten- und Fremdhheitsforschung. Wer genau als Fremder verstanden wurde, definiert Simon Karstens in seinem Aufsatz *Ständeordnung und Territorialstaat. Die Rechte Fremder in der Frühen Neuzeit*<sup>36</sup>. Anhand mehrerer Fallstudien entwickelt er eine idealtypische Rechtsordnung für eine Stadtgemeinde, demnach auf lokaler Ebene des Heiligen Römischen Reiches.<sup>37</sup> Hierin definiert er genaustens, welche Personengruppen den Fremden und welche den Zugehörigen zugerechnet werden sollten, wobei Fremdheit sich entweder durch die Zugehörigkeit zu einer anderen politischen Gemeinschaft oder einer von der Mehrheit nicht geduldeten Religions- oder Konfessionsgemeinschaft auszeichnet.<sup>38</sup> Auswärtige Bettler und Vaganten, die bereits vor den Stadttoren verwiesen wurden und deren Aufenthalt in der Stadt untersagt war, zählt er zur ersten Gruppe der Fremden. Während Vaganten gar keinem festen Territorium mehr angehörten, oblag die Versorgung der auswärtigen Bettler ihrem Heimatort. Dienstboten, die auf der Suche nach Arbeit in die Stadt kamen, gehören einer zweiten Gruppe an. Rechtlich waren sie mit ihrem Heimatort zwar verbunden, im Gegensatz zu den Bettlern und Vaganten waren sie jedoch in der Stadt geduldet.<sup>39</sup> Zu einer weiteren Gruppe zählt Karstens jene Fremden, die eine Zugehörigkeit zu einer anderen politischen Gemeinschaft beibehielten, jedoch einen privilegierten Rechtsstatus innehatten, da sie beispielsweise städtischen Pflichten nicht nachkommen mussten, gleichzeitig jedoch Sonderrechte aufgrund ihres Status besaßen. Hierbei konnte es sich um Gewerbetreibende, Soldaten, Kleriker, Studenten, Schüler oder Gesandte handeln.<sup>40</sup> Zur vierten Gruppe rechnet Karstens die Reisenden. Sie waren und blieben Angehörige eines auswärtigen Landes, Territoriums oder Ortes und besaßen auch nicht die Absicht, einen Status von Zugehörigkeit zu erlangen. Eine letzte Gruppe erfüllt das Merkmal der Auswärtigkeit nicht. Hierunter fasst er religiöse und konfessionelle Fremde. Von den Einheimischen unterschied sie, dass sie, selbst wenn sie in der Stadt geboren wurden und lebenslang ansässig waren, fremd blieben. Sie besaßen kein Heimatrecht und konnten jederzeit verwiesen werden.<sup>41</sup> Dem widerspricht allerdings Thomas Bethin, der in seiner Studie

---

<sup>36</sup> Karstens, *Ständeordnung und Territorialstaat*.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., S. 248.

<sup>38</sup> Vgl. ebd., S. 244. Allgemein neben Karstens zur Rechtsstellung von Fremden siehe die bereits zitierte Arbeit *Städtische Fremdenpolitik im Deutschland der Frühen Neuzeit* von Angelika Schaser, aber auch Hans Thieme, *Die Rechtsstellung der Fremden in Deutschland vom 11. bis zum 18. Jahrhundert*, in: Ders. (Hg.), *Ideengeschichte und Rechtsgeschichte*. Bd. 1 (= *Forschungen zur neueren Privatrechtsgeschichte*, Bd. 25,1), Köln/Wien 1986, S. 289–304, besonders S. 293. Thieme unterscheidet wie viele andere Forscher zwischen unerwünschten, geduldeten und privilegierten Fremden.

<sup>39</sup> Vgl. Karstens, *Ständeordnung und Territorialstaat*, S. 248f.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., S. 251.

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 249–251.

postuliert, dass alle Fremden Auswärtige, auch wenn nicht alle Auswärtigen Fremde gewesen seien.<sup>42</sup>

Diese Untergliederung der Fremden wurde in vergangenen Studien häufig auf das Schemata *unerwünscht – geduldet – privilegiert* heruntergebrochen, durch welches gemäß Karstens die Komplexität der Formen von Fremdheit verloren geht.<sup>43</sup> Der Fokus dieser Forschungsarbeiten, die sich mit Fremdheit in der Stadt beschäftigen, liegt dementsprechend häufig auf den von der Obrigkeit befohlenen fremdenpolitischen Maßnahmen und damit einhergehend auf der Aufarbeitung der entsprechenden rechtspolitischen Quellentexte.<sup>44</sup> Wer, wie und wann als fremd bezeichnet wurde, unterscheidet sich jedoch auch in den zugrundeliegenden Quellen zumeist nach Adressanten und Adressaten und geht deshalb aufgrund der Kontextabhängigkeit häufig nur aus einem intensiven Quellenstudium hervor. Dies macht es einerseits notwendig, den Quellenbegriff immer wieder aufs Neue zu diskutieren, andererseits diese Begriffe gewissenhaft zu verwenden und die einzelnen Akteure, soweit wie möglich, genau zu benennen.

Für die Migrationsforschung können die Arbeiten, die sich lediglich auf fremdenpolitische Maßnahmen beschränken, kaum einen Mehrwert bieten, da die Perspektive zu zentriert auf den Zielort und die dort vorherrschenden Policy- und Ordnungsgesetze gerichtet ist. Dennoch gibt es in der Fremdheits- und Minderheitenforschung Studien, die gezielt nach der Konstitution und Veränderung von Zugehörigkeit in spezifischen Kontexten fragen. In ihrer regional angesiedelten Studie zu Fremdheit zwischen 1630 und 1830 in der Reichsstadt Offenburg erkennt Irmgard Schwanke den konstruierten Charakter von Fremdheit an. Schwanke untersucht das Integrationspotenzial von religiösen Minderheiten und italienischen Migranten. Als Grundlage dienen ihr hierbei eine Reihe an seriellen Quellen, wobei sie die hieraus gewonnenen biografischen Daten mithilfe der Methode der Prosopografie und der Netzwerkanalyse aufbereitet. Der Rechtsstatus der Fremden, ihr Heiratsverhalten und ihre eingegangenen Patenschaften als zentrale Indikatoren dienen ihr zur Erforschung des

---

<sup>42</sup> Vgl. Thomas David Bethin, *Die Fremden in sächsisch-thüringischen Städten im Zeitraum vom 13. bis 16. Jahrhundert*, Halle an der Saale 2014, S. 174.

<sup>43</sup> Vgl. Karstens, *Ständeordnung und Territorialstaat*, S. 252.

<sup>44</sup> Hierzu bspw. Bernhard Sicken, *Fremde in der Stadt. Beobachtungen zur „Fremdenpolitik“ und zur sozioökonomischen Attraktivität der Haupt- und Residenzstadt Würzburg gegen Ende des 18. Jahrhunderts*, in: Kersten Krüger (Hg.), *Europäische Städte im Zeitalter des Barock. Gestalt – Kultur – Sozialgefüge*, Köln/Wien 1988, S. 271–329; Neithard Bulst, *Fremde in der Stadt. Zur Wahrnehmung und zum Umgang mit „den Anderen“ im Spiegel der mittelalterlichen deutschen Stadtrechte*, in: Johannes Altenberend (Hg.), *Kloster – Stadt – Region. Festschrift für Heinrich Rüthing*, Bielefeld 2002, S. 45–64; Paul Sauer, *Fremde in Stuttgart im 17. und 18. Jahrhundert*, in: Wolfgang Schmierer (Hg.), *Aus südwest-deutscher Geschichte. Festschrift für Hans-Martin Maurer*, Stuttgart 1994, S. 462–472; Hanna Sonkajärvi, *Qu'est-ce qu'un Étranger? Frontières et Identifications à Strasbourg (1681–1789)*, Straßburg 2008; Wilhelm Weizsäcker, *Das Recht der Fremden in Böhmen*, in: MVGDB 59 (1921), S. 15–77.



Integrationspotenzials.<sup>45</sup> Gemäß Astrid Küntzel verweist Schwanke zwar „auf die wechselnden Interessenlagen“<sup>46</sup>, sie verfolge „dieses Konzept jedoch nicht konsequent. Letztlich geht sie von den feststehenden Entitäten ‚Italiener‘ und ‚Juden‘ aus.“<sup>47</sup> Diese vorgefassten Entitäten des Fremden sind allerdings essenziell, um überhaupt einen Ausgangspunkt zur Verhandlung dessen, was wirklich als fremd aufzufassen ist, festzumachen.

Küntzel selbst spricht sich somit in ihrer Arbeit *Fremde in Köln. Integration und Ausgrenzung zwischen 1750 und 1814* gegen einen feststehenden Begriff des Fremden aus. Geprägt von „einem Pluralismus der Zugehörigkeiten“<sup>48</sup> manifestiere sich Fremdheit in diversen Kontexten jeweils unterschiedlich. Die Grenze zwischen Zugehörigen und Fremden sei somit stets konstruiert, weshalb die Definition des Fremden in jedem Kontext neu verhandelt werden müsse. Am Beispiel der Reichsstadt Köln zeigt Küntzel Strategien und Mechanismen der In- und Exklusion von Fremden zwischen 1750 und 1814 auf. Unter Fremden begreift sie unter anderem Juden, protestantische Beisassen, auswärtige Bettler und französische Staatsangehörige, die aus der kölnischen Gesellschaft gemeinhin ausgeschlossen waren. Die Historikerin verfolgt dabei einen mikrohistorischen Ansatz und macht anhand von Einzelschicksalen deutlich, dass die von der Regierung Kölns vorgegebenen Normen in der Praxis nicht immer umgesetzt wurden.

Wie *Vom Gaste, den Joden und den Fremden* von Anne Dünzelmann<sup>49</sup> nehmen auch die zuvor genannten Arbeiten von Schwanke und Küntzel eine Sonderstellung ein, da sie Fremdheit am Beispiel der freien Städte und Reichsstädte, demnach weitgehend autonomen Städten des Heiligen Römischen Reiches, untersuchen. Für sie gilt eine gewisse Abgeschlossenheit nach Außen, wie ebenfalls Angelika Schaser postuliert.<sup>50</sup> Anders als Mannheim gehörten diese Städte keinem anderen Territorium an, weshalb jede von außerhalb in die Stadt kommende Person automatisch ein Ausländer war. Gerade im ausgehenden 18. Jahrhundert wurde die städtische Selbstverwaltung der landesherrlichen Städte immer weiter eingeschränkt. Wie Schaser darlegt, habe der „Staat und nicht mehr die Stadt [...] die außenpolitischen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Rahmenbedingungen“<sup>51</sup> gestellt. Dies macht es

---

<sup>45</sup> Irmgard Schwanke, *Fremde in Offenburg. Religiöse Minderheiten und Zuwanderer in der Frühen Neuzeit*, Konstanz 2005.

<sup>46</sup> Astrid Küntzel, *Fremde in Köln. Integration und Ausgrenzung zwischen 1750 und 1814* (= Stadt und Gesellschaft, Bd. 4), Köln/Weimar 2008, S. 5.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Anne Dünzelmann, *Vom Gaste, den Joden und den Fremden – Zur Ethnographie von Immigration, Rezeption und Exkludierung Fremder am Beispiel der Stadt Bremen vom Mittelalter bis 1848*, Hamburg 2001.

<sup>50</sup> Vgl. Schaser, *Städtische Fremdenpolitik*, S. 138.

<sup>51</sup> Ebd., S. 137.

in dieser Arbeit fortlaufend notwendig, auch die territoriale Sicht auf die Reisenden und Migranten einzubeziehen.

Auch Neubürger sind ein bislang wenig erforschtes Gebiet. Wie bei der Minderheiten- und Fremdenforschung wird sich in der Neubürgerforschung häufig auf den Erwerb des juristischen Status konzentriert. Eine Ausnahme bildet allerdings der Sammelband *Neubürger im späten Mittelalter*<sup>52</sup>, der von Rainer Christoph Schwinges herausgegeben wurde und der sich mit den vielfältigen Aspekten der Aufnahme von Neubürgern in die Städte des Alten Reiches zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert beschäftigt. Hierzu wurden Bürgerbücher komplett ausgewertet, mikrohistorisch untersucht und ihr Quellenwert bestimmt. Neben Einblicken in die rechtlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Regularien der Annahme von Bürgern beschäftigt sich der Sammelband von Schwinges zudem auch mit der Integration der Neubürger in die bestehende Bürgerschaft. Dies ist umso bedeutsamer, da es sich bei den Neubürgern und ihren Familien um den weitaus größten Teil derjenigen Personen handelte, die in die spätmittelalterlichen Städte migrierten.

Neubürgeraufnahmen widerspiegeln auf diese Weise exemplarisch die veränderliche stadther-schaftliche und städtische Bürgerrechtspolitik im „Sozialraum“ des näheren und fernen Umlandes. [...] Die in Bürgerbüchern langfristig dokumentierte Aufnahme neuer Bürger eignet sich mit in besonderem Maße als Indikator für die sich je nach Raum und Zeit verändernde städtische Zuwanderung.<sup>53</sup>

Wie diese in die Stadtgesellschaft aufgenommenen Migranten, im engeren Sinne gehörten sie nun zu der Gruppe der Zugehörigen, ins Stadtgefüge integriert wurden, erforscht in *Neubürger in Zürich*<sup>54</sup> Bruno Koch. Hierbei kritisiert er, dass „die Bedeutung der Integration von Neubürgern [...] in der mediävistischen Forschung bisher kaum erkannt [...] [wurde], [da] allzu einseitig [...] das Augenmerk auf die Herkunftsräume und Entwicklung der Einbürgerungsfrequenzen oder des Bürgerrechts gelegt“<sup>55</sup> worden sei. Dieses Postulat ist auch auf die Forschung der Frühen Neuzeit zu übertragen. Koch legt deshalb in seiner Untersuchung, wie dies auch Metasch praktiziert, Integrationsindikatoren fest, anhand derer er einzelne Neubürger näher betrachtet. Für Mannheim liegt ein Aufsatz von Line Huber vor, in welchem

---

<sup>52</sup> Rainer Christoph Schwinges (Hg.), *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550)*, Berlin 2002.

<sup>53</sup> Roland Gerber, *Einbürgerungsfrequenzen spätmittelalterlicher Städte im regionalen Vergleich*, in: Rainer Christoph Schwinges (Hg.), *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550)*, Berlin 2002, S. 251–288, hier S. 256.

<sup>54</sup> Bruno Koch, *Neubürger in Zürich. Migration und Integration im Spätmittelalter (= Forschungen zur Mittelalterlichen Geschichte, Bd. 40)*, Weimar 2002.

<sup>55</sup> Ebd., S. 194f.

sie die Bürgerannahmen des Jahres 1743 skizziert und einzelne Gründe, die zur Annahme oder Ablehnung führten, herausarbeitet.<sup>56</sup>

Auch wenn Reisende Gegenstand der Reiseforschung sind, wurden Fragen, die ihren Aufenthalt in der Stadt betreffen, nur wenig Betrachtung geschenkt. Dieses Forschungsdesiderat, wie Jochen Ebert in seinem Aufsatz *Auf der Suche nach Lohn und Brot*<sup>57</sup> feststellt, liege vor allem darin begründet, dass die Forschung sich erstens auf solche Fragen konzentriere, die anhand von Zuwanderern zu beantworten seien, und zweitens Quellenmaterial nur eingeschränkt verfügbar sei. Eberts Aufsatz *Willkommene und ungebetene Gäste*<sup>58</sup>, in welchem er auf Grundlage der Fremdenlisten<sup>59</sup>, einem Verzeichnis, das Auskunft über die in einer Stadt befindlichen Reisenden gibt, auf die von Kassel betriebene Fremdenpolitik eingeht, bildet deshalb eine Ausnahme in der Forschungslandschaft, an welche die vorliegende Arbeit ebenfalls anknüpfen wird.

### 1.3 Quellen und Methodik

Allgemein stützt sich die vorliegende Arbeit zur Untersuchung von Aufnahme und Integration von Stadtfremden auf städtische Aktenbestände des Archivum (Stadtarchiv Mannheim)<sup>60</sup> sowie auf städtische<sup>61</sup> und landesherrliche<sup>62</sup> Aktenbestände des Generallandesarchivs Karlsruhe. Insbesondere die städtischen und landesherrlichen Bestände des Generallandesarchivs Karlsruhe, die vor allem aus Akten der kurpfälzischen, aber auch der kurbadischen Zentralbehörden bestehen, enthalten eine Reihe von normativen und deskriptiven Quellen, welche die Erforschung der von der Kurpfalz und der von Mannheim betriebenen Migrations- und Niederlassungspolitik zulassen. Sie erlauben jedoch auch durch den darin enthaltenen Schriftverkehr zwischen staatlichen und städtischen Behörden und der direkt hiervon betroffenen stadtfremden

---

<sup>56</sup> Line Huber, Bürgerannahme in der Residenzstadt Mannheim. Im Jahr des Regierungsantritts des Churfürsten Carl Theodor 1743, in: *Badische Heimat* 1 (2000), S. 81–86.

<sup>57</sup> Jochen Ebert, *Auf der Suche nach Lohn und Brot. Fremde in der Stadt und auf dem Land in der Landgrafschaft Hessen-Kassel im 17. und 18. Jahrhundert*, in: Siegfried Becker (Hg.), *Zuwandern, Einleben, Erinnern. Beiträge zur historischen Migrationsforschung. Referate des 7. Forums für Hessische Landesgeschichte am 22.9.2007 in Hanau-Steinheim, Marburg 2009*, S. 56–73.

<sup>58</sup> Jochen Ebert, *Willkommene und ungebetene Gäste. Fremde in Kassel im 18. Jahrhundert*, in: Heide Wunder/Christina Vanja/Karl-Hermann Wegner (Hgg.), *Kassel im 18. Jahrhundert. Residenz und Stadt*, Kassel 2000, S. 262–283.

<sup>59</sup> Eine Ausnahme ist Angela Giebmeyer, „Die übertriebensten und schändlichsten Forderer“? Wirte und Wirtshäuser in Wesel am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Dies. (Hg.), „Das Wichtigste ist der Mensch“. Festschrift für Klaus Gerteis zum 60. Geburtstag, Mainz 2000, S. 563–582, hier S. 576, die für ihren Aufsatz zu Wirtshäusern in Wesel exemplarisch Fremdenlisten auswertete, um die Anzahl und Verteilung der Besucher auf die einzelnen Gasthäuser zu verdeutlichen.

<sup>60</sup> MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001.

<sup>61</sup> Hierbei handelt es sich um den Bestand 213 *Mannheim, Stadt* des Generallandesarchivs Karlsruhe.

<sup>62</sup> Dieser Aktenbestand ist *Pfalz Generalia* mit der Nummer 77 des Generallandesarchivs Karlsruhe.

Personen Aussagen zur Perzeption von und dem Umgang mit Migranten und in beschränktem Maße zu deren Selbstwahrnehmung und Identifikation. Indirekt geben auch die Mannheimer Ratsprotokolle, die dem Archivum für die Jahre 1661 bis 2002 fast lückenlos vorliegen, den Migranten, vor allem den Bürger- und Beisassenmigranten, eine Stimme, indem das darin schriftlich festgehaltene Verfahren zur Bürger- und Beisassenannahme statistisch ausgewertet werden kann.<sup>63</sup> Daneben sind ebenfalls bereits veröffentlichte Quellen wie Gesetzestexte, Verordnungen und Erlasse von Interesse, die insbesondere in der badischen Zeit durch Anlegung mehrerer Sammlungen eine besondere Relevanz entwickeln. So trugen die darin enthaltenen Policy- und Ordnungsgesetze maßgeblich zur Steuerung von Mobilität und Migration bei. Um einen Einblick in die Gedankenwelt der Reisenden und deren Sicht auf den Umgang von Mannheimern mit Stadtfremden zu erhalten, waren zudem Ego-Dokumente in Form von Reiseberichten von Interesse.

Dabei ist ein Zusammenspiel von qualitativen und quantitativen Methoden der Sozialwissenschaften in Kombination mit Methoden der Mikrogeschichte insbesondere bei der methodischen Bearbeitung der seriellen Quellen wie der Fremdenlisten, Bürger- und Beisassenannahmen sowie Familienbögen unverzichtbar. So wurden die aus den Fremdenlisten des *Mannheimer Intelligenzblattes*<sup>64</sup> gewonnen quantitativen Daten der Jahre 1791, 1792 und 1807 bis 1818, wobei sie bis auf wenige Ausnahmen zumeist ein ganzes Jahr abbilden,<sup>65</sup> mithilfe der Statistik erhoben, bearbeitet und analysiert. Das zumeist in Intelligenzblättern veröffentlichte Verzeichnis macht durch den Abdruck von Reisenden den Fremdenverkehr<sup>66</sup> einer Stadt sichtbar. Die Fremdenlisten enthalten in den meisten Fällen den Ankunftszeitraum, die gewählte Unterkunft und die Namen der ankommenden oder durchreisenden Personen sowie

---

<sup>63</sup> Ratsprotokolle 1779–1804, 1816, 1818, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 98–148, 160, 162. Die Ratsprotokolle sind bis 1804 jeweils in zwei Bände unterteilt, die jeweils eine Jahreshälfte abbilden. Ab dem zweiten Band des Jahres 1804 umfasst ein Band ein ganzes Jahr.

<sup>64</sup> Das *Mannheimer Intelligenzblatt* erschien zwischen 1790 und 1818. Der Abdruck der Fremdenlisten pausierte jedoch von 1793 bis 1806. Über die vorübergehende Einstellung der Rubrik kann nur spekuliert werden. Historische Umstände oder die wirtschaftliche Lage des Katholischen Bürgerhospitals könnten mögliche Ursachen sein. Dass die Fremdenlisten wieder 1807 publiziert wurden, könnte mit den 1807 erschienenen Policeyvorschriften, allgemein mit der Reformierung der Verwaltung des Großherzogtum Badens, in Zusammenhang stehen, ebenso wie mit der wirtschaftlichen Besserung des Verlags durch den Erwerb der Druckerei der Akademie der Wissenschaften.

<sup>65</sup> Die Jahre 1791, 1792 und 1807 weisen im Gegensatz zu den Listen, die zwischen 1808 und 1818 im *Mannheimer Intelligenzblatt* fast vollständig für ein ganzes Jahr abgedruckt wurden, deutliche Lücken auf. Im Jahr 1791 wurden lediglich 258 Tage zwischen dem 6. Januar und 27. Dezember verzeichnet. Das Jahr 1792 umfasst ebenfalls kein komplettes Jahr, da nur Daten für den Zeitraum vom 7. Januar bis 17. Dezember, insgesamt 120 Tage, vorliegen. Dies ist auf den Verlust ganzer Ausgaben des Intelligenzblattes von 1791 und 1792 zurückzuführen. Im Gegensatz hierzu setzt die Einrückung der Fremden im Jahr 1807 erst am 1. März ein und setzt sich dann fast vollständig bis Ende Dezember 1818 fort. Dies liegt auch an dem Umstand, dass alle Ausgaben ab 1807 lückenlos erhalten sind.

<sup>66</sup> Fremdenverkehr wird nachfolgend nicht als Synonym von Tourismus, sondern vielmehr in der Bedeutung einer räumlichen Bewegung von Fremden verwendet.

deren Herkunftsort und Angaben zu deren Berufen, Ämtern oder Diensträngen. Physische Bestände des *Mannheimer Intelligenzblattes* befinden sich heute in der Bayerischen Staatsbibliothek, dem Archivum, den Universitätsbibliotheken Heidelberg und Mannheim sowie der Bibliothek der Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim.<sup>67</sup>

Ursprünglich aus den Meldezetteln heraus entstanden, die jeder, der einen Fremden beherbergte, einzureichen hatte, hatten die Fremdenlisten eine wichtige zeitgenössische Funktion: Die kostenlose Einrückung von Titeln und Namen warb nicht nur für die Gastwirte, sondern sie sollten dem Leser der Intelligenzblätter helfen, zwischen erwünschten und unerwünschten Fremden zu unterscheiden. Fremdenlisten sind somit als eine Art öffentliche Policeyanstalt zu verstehen, da sie lediglich „die Namen der hier ankommenden oder auch nur durchreisenden Fremden von Stande, nebst der Bemerkung ihrer gewählten Gasthöfe [...] enthalten.“<sup>68</sup> Wie Jochen Ebert feststellt, habe es sich hierbei um jene Reisenden gehandelt, „die für die Leserschaft von besonderem Interesse waren. Hierzu gehörten Personen aus der Welt des Adels, der Diplomatie und des Militärs sowie aus den Bereichen Verwaltung, Kirche, Handel, Kunst und Bildung.“<sup>69</sup> Sie wirkten belehrend auf den aufgeklärten Leser, was zu den Grundeigenschaften des Intelligenzblattes gehörte.<sup>70</sup> Hingegen ermöglichte der Abdruck der Namen und Unterkünfte es heimischen Händlern, stets über die Anwesenheit möglicher Handelspartner und Konkurrenten unterrichtet zu sein.<sup>71</sup> In den Fremdenlisten spiegeln sich somit die Verknüpfung obrigkeitlicher Einflussnahme auf die aufgeklärte Leserschaft und das wirtschaftliche Interesse der Herausgeber, der Wirte und heimischen Händlern wider.

So liefern sie beispielsweise Informationen zur Tourismus- und Reiseforschung, in dem sie das Reiseverhalten einzelner Gruppen offenbaren. Die Frequentierung der Stadt, besonders durch

---

<sup>67</sup> Digitalisiert wurden die Jahrgänge 1790 bis 1792, die in Besitz der Bayerischen Staatsbibliothek sind, vom Münchener Digitalisierungszentrum. Vgl. hierzu *Mannheimer Intelligenzblatt 1790–1792*, in: Bayerische Staatsbibliothek (2020). URL: <https://digipress.digitale-sammlungen.de/calendar/newspaper/bsbmult00000141> (15.12.2020). Zwischen 1793 und 1801 sind nur wenige Ausgaben im Archivum erhalten. Jüngere Ausgaben zwischen 1802 bis 1818 sind seit 2018 online auf der Website der UB Mannheim abrufbar. Vgl. hierzu *Mannheimer Intelligenzblatt 1802–1818*, in: UB Mannheim (2020). URL: [https://digi.bib.uni-mannheim.de/periodika/zeitungen/werksansicht/?tx\\_dlf%5Bid%5D=2170&tx\\_dlf%5Bpage%5D=1&cHash=8d24d70dac4bc5a5262a7cda7e74e558](https://digi.bib.uni-mannheim.de/periodika/zeitungen/werksansicht/?tx_dlf%5Bid%5D=2170&tx_dlf%5Bpage%5D=1&cHash=8d24d70dac4bc5a5262a7cda7e74e558) (15.12.2020).

<sup>68</sup> *Mannheimer Intelligenzblatt* 35 (28.12.1790). Nachfolgend wird das *Mannheimer Intelligenzblatt* mit *MIB* abgekürzt. Die Nummer bezieht sich hierbei auf die einzelne Ausgabe im entsprechenden Jahresband.

<sup>69</sup> Ebert, Lohn und Brot, S. 63.

<sup>70</sup> Hierzu Hugo Schuchardt, Über Fremdenlisten, in: Grazer Tagespost (17.02.1901); Werner Westphal, „Wem Gott will rechte Gunst erweisen, den läßt er mal Glöwe reisen.“ Botschaften der Fremdenbücher vom Kap Arkona und dem „Gasthaus zur Schaabe“ in Glöwe auf Rügen, Norderstedt 2015, S. 34; Lothar Schilling, Die Karlsruher und Bruchsaler Wochenblätter als „öffentliche Policeyanstalten“, in: Sabine Doering-Manteuffel/Josef Mančal/Wolfgang Wüst (Hgg.), Pressewesen der Aufklärung. Periodische Schriften im Alten Reich (= Colloquia Augustana, Bd. 15), Berlin 2001, S. 295–333, hier S. 322f.

<sup>71</sup> Vgl. Thomas Max Safley, Der „Bürger“ im Spiegel des „Augsburger Intelligenzzettels“, in: Sabine Doering-Manteuffel/Josef Mančal/Wolfgang Wüst (Hgg.), Pressewesen der Aufklärung. Periodische Schriften im Alten Reich (= Colloquia Augustana, Bd. 15), Berlin 2001, S. 381–390, hier S. 381.

Handelsleute, lässt ferner Rückschlüsse auf Handelswege, Messezeiten und wirtschaftlichen Auf- und Abschwung zu. Als eine Art Marketinginstrument der Wirte spiegeln sie zudem auch heute noch die Bedeutung einzelner Gasthäuser wider, in denen sich das Leben der Fremden während ihres Aufenthaltes teilweise abspielte. Darüber hinaus lassen sich aus ihnen regionale Entwicklungen, aber auch politische Vorgänge ablesen. Hierzu bedarf es lediglich der Quantifizierung der Daten und der Analyse der einzelnen Gruppierungen, die sich gemäß den Fremdenlisten in der Stadt aufhielten.<sup>72</sup> Allerdings bilden die Fremdenlisten nur eine bestimmte Gruppe von Reisenden ab und verstehen sich somit lediglich als Stichprobe aller nach Mannheim Reisenden. Denn eine Auslese fand nicht nur unter den in die Fremdenlisten aufgenommenen Personen, sondern auch Gasthäusern statt. Zwischen 1791 und 1792 sind in den Fremdenlisten nur 20 Gasthäuser verzeichnet. Schätzungsweise gab es allerdings um 1795 circa 210 Gasthäuser in Mannheim.<sup>73</sup> Die restlichen Gasthäuser mussten daher nach bestimmten Merkmalen, eventuell nach Prestige, Größe oder Vermögen, oder weil die Wirte freiwillig nicht dazu bereit waren, ihre Listen bei den Herausgebern des Intelligenzblattes einzureichen, aussortiert worden sein. Zudem lassen sich keine Aussagen darüber treffen, wie lange sich eine Person in Mannheim aufhielt, da entweder der Tag der Ankunft oder eine circa viertägige Zeitspanne abgedruckt wurde. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass innerhalb eines bestimmten Zeitraumes eine Person mehrmals an- oder abreisen konnte, ohne dass die mehrmalige Nennung Eingang in die jeweilige Liste fand.

Zur Quantifizierung wurden einige der Datensätze, insbesondere die Daten zu Namen, Orts- und Berufsangaben, in ihrer Schreibweise vereinheitlicht, Begriffe der neuen Rechtschreibung angepasst, Abkürzungen aufgelöst sowie Fremdwörter übersetzt. Wenn möglich wurden einzelne Reisende gleichen Namens miteinander verglichen, um fehlende Angaben weitestgehend zu ergänzen. Aufgrund der enormen Datenmenge (56 181 Datensätze in 21 Spalten) waren diesem Vorhaben Grenzen gesetzt, sodass nicht jeder Reisende individuell betrachtet werden konnte.<sup>74</sup> Deshalb stützt sich die Auswertung der Datenbank auch auf die Analyse von zu Kategorien zusammengefassten Reisenden. Nichtsdestotrotz fallen fehlende Angaben zu Beruf

---

<sup>72</sup> In der Masterarbeit *Zum Quellenwert von Fremdenlisten* wurde die Gattung der Fremdenlisten erstmal quellenkritisch betrachtet. Hierzu Sarah Pister, *Zum Quellenwert von Fremdenlisten. Aufbereitung und Auswertung der in Mannheim ankommenden und durchreisenden Fremden anhand des Mannheimer Intelligenzblattes*, Univ. Mannheim unveröff. Masterarbeit, Mannheim 2017.

<sup>73</sup> Vgl. Friedrich Teutsch, *Mannheim im 18. Jahrhundert – Grundriß, Aufriß und Bevölkerung*, in: Alfried Wieczorek/Hansjörg Probst/Wieland Koenig (Hgg.), *Lebenslust und Frömmigkeit. Kurfürst Carl-Theodor (1724–1799) zwischen Barock und Aufklärung*. Handbuch. Bd. 1, Regensburg 1999, S. 201–209, hier S. 203.

<sup>74</sup> Aufgrund des Umfanges konnten editorische Eingriffe in die Datenbank nicht gekennzeichnet werden. Als Referenz kann jedoch die exemplarische Auswertung der Fremdenlisten von 1791, 1792 und 1818 herangezogen werden. Hier wurden an den 9 000 Datensätzen insgesamt 418 Änderungen und Ergänzungen vorgenommen. Vgl. Pister, *Zum Quellenwert von Fremdenlisten*, S. 51.

oder Herkunft kaum ins Gewicht, da die Datenmenge diese geringfügigen Fehleranfälligkeiten problemlos ausgleicht. Dennoch sollte lediglich von Tendenzen ausgegangen werden; vor allem da die Erstellung, Bearbeitung und Analyse der Fremdenlisten bei größter Sorgfalt und Objektivität dennoch, gerade bei der Korrektur und der Kategorisierung des Datensatzes, von subjektiven Entscheidungen geprägt ist.<sup>75</sup>

Die Mannheimer Ratsprotokolle, wobei in der vorliegenden Arbeit die Jahrgänge 1779 bis 1804, chronologische Störungen liegen durch das Fehlen des Jahrganges 1778 sowie der zweiten Jahreshälfte von 1796 vor, herangezogen wurden, ermöglichen die vom Rat protokollierten Bürger- und Beisassenannahmen, die Informationen zu personenbezogenen Daten und erbrachten Gebühren enthalten, näher zu betrachten. Begründet liegt der Rückgriff auf Protokolle einerseits am Fehlen von Bürgerbüchern, die vermutlich während des Zweiten Weltkrieges verloren gingen,<sup>76</sup> andererseits am Fehlen von Einwanderungslisten. Mit Hilfe der in den Bürger- und Beisassenannahmen<sup>77</sup> enthaltenen personenbezogenen Daten wurde eine Datenbank erstellt. Diese enthält die aus den Bürger- und Beisassenannahmen und den dazugehörigen Gesuchen sowie der Verzeichnisse aus dem Bestand *Pfalz Generalia* des Generallandesarchivs Karlsruhe entstandenen Informationen zu Personennamen, dem Tag der stadträtlichen Verpflichtung, Geschlecht, Beruf, Stand, Geburtsjahr und -ort, einer regionalen Zugehörigkeit, Religion beziehungsweise Konfession und zu einem Zivilstand sowie zu Geldzahlungen und Sachleistungen und zu ehelichen Verbindungen, Vermögenswerten in Form von Bar-, Haus- oder Grundbesitz und Aufenthaltsdauer. Die Vollständigkeit und Korrektheit der in den Ratsprotokollen festgehaltenen Bürger- und Beisassenannahmen konnte durch ein Verzeichnis der Bürgerannahmen zwischen 1779 und 1787 sowie der Beisassenannahmen von 1786 und 1787 überprüft werden.<sup>78</sup>

Neben der quantitativen Auswertung der Bürger- und Beisassenaufnahmen, die Aussagen zur Einbürgerungsfrequenz, Herkunft und beruflichen Struktur von Migranten ermöglicht, erlauben

---

<sup>75</sup> Zu Bearbeitungshinweisen siehe Kapitel 8.1.1 *Erklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung*.

<sup>76</sup> Vgl. Paul Wentzcke/Gerhard Lüttke, *Archive*. Archive im deutschsprachigen Raum. A–N, O–Z und Register, Berlin/New York <sup>2</sup>1974, S. 604.

<sup>77</sup> Fehlende Informationen wurden mit Zunftlisten und dem Verzeichnis aller Bürger der Stadt Mannheim, die auf linksrheinischem, niederdeutschem und ehemals holländischem Gebiet geboren wurden, ergänzt. Hierzu Bierbrauerzunftverzeichnis, 30.06.1801, GLA 213 Nr. 3405, Bl. 39–42; Schlosserzunftverzeichnis, 1801, GLA 213 Nr. 3409; Tüncherzunftverzeichnis, 13.06.1801, GLA 213 Nr. 3403; Maurer-, Steinhauer-, und Schieferdeckerzunftverzeichnis, 18.06.1801, GLA 213 Nr. 3417; Verzeichnis auf linksrheinischem, niederdeutschem und ehemals holländischem Gebiet geborener ziviler Personen, 1811, GLA 213 Nr. 3859; Resultat der Stadtratswahl, 26.04.1810, GLA 213 Nr. 347.

<sup>78</sup> Bürgeraufnahmeverzeichnis, 1779–1787, GLA 77 Nr. 794; Beisassenaufnahmeverzeichnis, 1786/87, GLA 77 Nr. 794. Diese Liste wurde im Jahr 1786 in Auftrag gegeben, um zu überprüfen, ob die in Mannheim aufgenommenen Bürger und Beisassen „ein Mannheimer Eingeborener, und Burgers Sohn. Oder eine Burgers Tochter geheirathet, oder ein Pfälzisches Landes Kind oder Fremder sein“. Hierzu Fick an Kinbacher, 14.06.1786, GLA 77 Nr. 789.

die hiermit gleichzeitig erfassten prosopografischen Daten anhand der Biografien der einzelnen Akteure und ihrer Netzwerke, auf die (schutz-)bürgerlichen Anforderungen in der Praxis zurückzuschließen. Anhand ebendieser werden In- und Exklusionsmechanismen der Zuwanderer als Gruppe sichtbar. Zur Rekonstruktion ganzer Lebensläufe und familiärer Beziehungen musste allerdings auf weiterführende Literatur und auf Informationen aus den katholischen, lutherischen und reformierten Taufbüchern zurückgegriffen werden. Darüber hinaus geben die zahlreichen Verlassenschaftsakten des Archivum Einblicke in die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Verhältnisse der Bewohner Mannheims. Hierdurch war es möglich, Aussagen zur sozialen und wirtschaftlichen Integration der bereits formal integrierten Migranten zu treffen, auch wenn dies nur für einen kleinen Personenkreis in Anbetracht der Datenmenge, des damit einhergehenden hohen Aufwandes und des vielfältigen Quellenmaterials möglich war.

Die Daten müssen dennoch weiterhin mit äußerster Vorsicht genutzt werden, da einzelne Datensätze teilweise unvollständig sind. So wurde nur für rund die Hälfte der neu aufgenommenen Bürger und Beisassen ihre konfessionelle Zugehörigkeit verzeichnet. Aussagen zu ihrer zur Zeit der Bürgerannahme auszuübenden Profession können hingegen für rund 69 Prozent der Mannheimer Neubürger getroffen werden. Bei den Beisassen hingegen, die größtenteils Tagelöhner waren, fehlen diese Angaben relativ häufig. Erschwerend kommt hinzu, dass in Mannheim nur Männer das Bürgerrecht erhielten, aber ihre Ehefrauen, die ebenfalls zugewandert sein konnten, nicht immer bei der Annahme zu Bürgern beziehungsweise Beisassen berücksichtigt wurden, aber diese dennoch einen großen Einfluss auf das Migrationspotential der Stadt ausübten. Aufgrund einer im Anhang dieser Arbeit zu beziffernden Dunkelzahl ist es notwendig, für gewisse Fragestellungen nur die männlichen Bürger und Beisassen heranzuziehen.<sup>79</sup>

Gleichfalls steckt nicht hinter jedem Namenseintrag eine punktuell abgeschlossene Wanderung. Durchaus hielten sich einzelne Personen längere Zeit in Mannheim auf, bevor sie das Bürger- oder Beisassenrecht erwarben. Genaue Zahlen liegen für einen Teil der aus den linksrheinischen Gebieten stammenden Bürger und Beisassen vor. Für Rainer Christoph Schwinges bedeutet dies, „dass man alle Neubürgermigrationen grundsätzlich als einen zeitlich tiefgestaffelten Vorgang behandeln muss.“<sup>80</sup> Es handle sich bei den Einträgen um Immatrikulationen in Bürgerbücher, „in denen sich allenfalls räumliche Tatbestände spiegeln.“<sup>81</sup> Lassen sich die Herkunftsangaben allerdings zu 80 Prozent verifizieren, wie dies auch in der vorliegenden

---

<sup>79</sup> Vgl. Kapitel 8.1.1 *Erklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung*.

<sup>80</sup> Schwinges, Neubürger und Bürgerbücher, S. 47.

<sup>81</sup> Ebd., S. 48.



Arbeit über einen längeren Zeitraum möglich ist, so seien diese Spiegelungen so realistisch, dass sie Migrationsprozesse abzubilden vermögen. So lässt sich beispielsweise nur für rund 15 Prozent der Neubürger und für rund 24 Prozent der neu aufgenommenen Beisassen keine Herkunft nachweisen.

Allerdings vermag diese Arbeit quantitative Aussagen zur Zuwanderung in Mannheim anhand der Bürger- und Beisassenaufnahmen nur bis August 1804 zu treffen. Mit dem Übergang an Baden ging durch Verwaltungsreformen die Aufnahme von Bürgern und Beisassen zunächst an den badischen Horat, ab 1808 an das Mannheimer Stadtamt über. Während die Hofratsprotokolle die Annahmen nicht enthalten,<sup>82</sup> sind die Protokolle des Mannheimer Stadtamtes nicht mehr erhalten. Deshalb wurden die Familienbögen, die von der Policey zwischen 1807 und 1900 beim Einzug einer Familie in ein Haus oder eine Wohnung erfasst wurden, stichprobenartig untersucht. Die durch das Archivum digitalisierten Familienbögen wurden von dem Unternehmen *Ancestry.com LLC*, das auf genealogische Dienstleistungen spezialisiert ist, in einer hierfür angelegten Datenbank chronologisch nach Datum erfasst.<sup>83</sup> Für die Untersuchung von Zuwanderung ist die Datenbank jedoch nur eingeschränkt nutzbar. Dies liegt zunächst an der begrenzten Möglichkeit zur Filterung. Als Instrument zur Familienforschung erfolgt lediglich die Ausgabe von einzelnen Personen. Diese lassen sich beispielsweise nach Geburtsdatum, Geburts- und Wohnort, Verwandtschaftsverhältnis<sup>84</sup> oder Datum des Aufenthaltes filtern. Insbesondere die Daten zum Geburtsort, die für die vorliegende Arbeit besonders wichtig sind, sind allerdings oftmals fehlerhaft.<sup>85</sup> Auch eine Ausgabe der einzelnen Geburtsorte ist nicht möglich. So lässt sich der Datensatz zwar nach dem Geburtsort „Paris“ durchsuchen, um die Herkunft der einzelnen Migranten jedoch zu rekonstruieren, müssten die Geburtsorte der einzelnen Register komplett neu erfasst und ausgewertet werden.

Zudem gibt es für manche Personen gleich mehrere Familienbögen, sodass die Datenbasis zur Messung von Migrationsvorgängen von Beginn an verfälscht ist. Exemplarisch kann dies anhand der Haushaltsvorstände demonstriert werden. Im Jahr 1808 registrierte *Ancestry.com LLC* 328 verschiedene Bögen, es handelt sich hierbei allerdings nur um 265 aufgenommene Perso-

---

<sup>82</sup> Zur Überprüfung wurde das Hofratsprotokoll des ersten Senats vom 2. bis 16. Januar 1804 (GLA 61 Nr. 3502) und das Hofratsprotokolls des zweiten Senats von Januar bis Februar 1804 (GLA 61 Nr. 3496) herangezogen.

<sup>83</sup> MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, in: *Ancestry, Mannheim, Deutschland, Familienbögen, 1760–1900* (Datenbank online) (2014). URL: <https://www.ancestry.de/search/collections/7575/> (15.12.2020).

<sup>84</sup> Die Datenbank ist nach den Personengruppen Dienstboten, Ehefrauen, Frauen, Haushaltsvorstände, Kinder, Männer, Söhne und Töchter durchsuchbar.

<sup>85</sup> Bspw. sind Transkriptionen häufig fehlerhaft, Datenbankfelder bleiben trotz Eintrag im Familienbogen leer oder sind mit falschen Angaben, z. B. Beruf- statt Herkunftsangaben, gefüllt.

nen. Zudem existiert zumeist nur ein Bogen für einen Haushalt. Das heißt, dass bei einem potenziellen Wegzug aus Mannheim und einer erneuten Niederlassung lediglich der erste erstellte Familienbogen um die neuen Informationen ergänzt wurde. Erschwerend kommt bei der Nutzung der Familienbögen hinzu, dass im Haushalt lebende Diensthilfen zwar verzeichnet wurden, doch seit wann sie in Mannheim lebten und wie lange sie sich dort aufhielten, geht hieraus nicht hervor. Wenn eine Nutzbarkeitsmachung der Datenbank über den Zweck der Familienforschung hinaus gewährleistet würde, könnten die Familienbögen dennoch zu einer wichtigen Quelle zur statistischen Erfassung der Einwohnerschaft avancieren.

Um tendenzielle, quantitative Aussagen zur Zuwanderung nach 1804 zu treffen, wurden unter Beachtung der erwähnten Kritikpunkte den Familienbögen Stichproben<sup>86</sup> entnommen. Es erfolgte eine Auswertung jener Haushaltsvorstände<sup>87</sup> und ihrer Frauen, deren Bögen auf die Jahre 1808, 1813 und 1818 datieren.<sup>88</sup> Eventuell im Haushalt lebende Diensthilfen, Kostgänger, Handwerksgesellen wie auch die Kinder des Haushaltsvorstandes wurden bei dieser Vorgehensweise nicht beachtet. Die den einzelnen Bögen entnommenen Informationen, wie der Name eines jeden Haushaltsvorstandes, sein Stand, Beruf und seine Herkunft sowie die Herkunft seiner Ehefrau, wurden in eine Datenbank eingespeist und um Informationen zum Herkunftsterritorium und zur Migrationsdistanz ergänzt. Die Auswertung erfolgte unter den gleichen Kriterien wie die der Bürger- und Beisassenannahmen.<sup>89</sup>

Ebenso wie dies bereits bei den anderen hier zugrundeliegenden seriellen Quellen thematisiert wurde, unterliegt die Nutzung von Familienbögen zur Messung von Zuwanderung auch nach ihrer Nutzbarkeitsmachung erheblichen Restriktionen. So muss bezweifelt werden, dass anhand der Familienbögen exakt die Zuwanderung pro Jahr gemessen werden kann. Zumindest lassen dies die exemplarisch ausgewerteten Bögen erahnen. Daher weisen die Zahlen bei einer Gegenüberstellung mit den Zahlen der Geschäftsführung der Mannheimer Policeykommission und der badischen Generaltabellen nur geringfügige Ähnlichkeiten auf. Während die Geschäftsführung im Jahr 1808 445 Einwanderer ausweist, sind im selben Jahr nur 171 Familienbögen von Migranten überliefert. Das heißt, eine eventuelle Zuwanderung würde sich einschließlich der

---

<sup>86</sup> Eine Stichprobe musste herangezogen werden, da im Betrachtungszeitraum rund 34 000 Familienbögen vorliegen.

<sup>87</sup> Ein Haushaltsvorstand konnte durchaus auch eine ledige bzw. verwitwete Frau sein. Für diese wurden die obigen Daten ebenfalls erfasst.

<sup>88</sup> Da im Jahr 1807 alle in Mannheim ansässigen weltlichen Einwohner aufgenommen wurden und es hier große Überschneidungen mit den bereits in den Bürger- und Beisassenannahmen erfassten Personen gibt, entfällt die Auswertung dieses einzelnen Jahrganges.

<sup>89</sup> Werden in der vorliegenden Arbeit die Ergebnisse dieser Auswertung wiedergegeben, so wird dies jeweils mit MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, in: Ancestry, Mannheim, Deutschland, Familienbögen, 1760–1900 (Datenbank online) (2014). URL: <https://www.ancestry.de/search/collections/7575/> (15.12.2020), belegt.

Frauen auf 253 Personen belaufen. Zu ähnlichen Ergebnissen führte ein Vergleich der Generaltabellen und Familienbögen von 1818: In jenem Jahr stehen 193 inländische und 111 ausländische Einwanderer nur 143 neuregistrierten Familienbögen gegenüber. Die Anzahl aller Migranten beläuft sich auf 198 Personen. Lediglich im Jahr 1813 gleichen sich die Zahlen bei der Überlieferungen.<sup>90</sup> Aus genannten Gründen werden die Familienbögen deshalb nur als quantitative Ergänzung zu den Bürger- und Beisassenannahmen und zur prosopografischen Untersuchung einzelner Migranten genutzt.

## 1.4 Aufbau der Arbeit

Der Aufbau der vorliegenden Abhandlung orientiert sich entlang des Aufenthaltsrechts auswärtiger Personen und nimmt jeweils spezifische Gruppen von Reisenden und Migranten in den Blick. Die einzelnen Kapitel folgen zumeist einer chronologischen Abfolge und tragen Mannheims Zugehörigkeit zum Kurfürstentum Pfalz und zum Großherzogtum Baden Rechnung. Auf dieses erste Kapitel folgt eines zur Mannheimer Stadtgeschichte, welches die komplexen politischen Veränderungen verdeutlicht, innerhalb dessen sich die Reisenden und Migranten bewegten. Daran anschließend werden im dritten Kapitel einerseits Anreisemodalitäten, insbesondere das kurpfälzische und badische Straßennetzwerk sowie Beförderungsmittel, vorgestellt, andererseits Überwachungsmechanismen vor den Stadttoren und innerhalb der Stadtmauern erörtert. Die Darlegung dieser gesetzlichen Regularien auf Grundlage der obrigkeitlichen Policey- und Ordnungsgesetze und Verwaltungsmaßnahmen zur Steuerung von Mobilität und Migration bilden nicht nur die Grundlage aller weiteren Verordnungen, die auf spezifische Gruppen abzielten, sondern erlaubt auch eine erste Definition des für Mannheim spezifischen Fremdeheitsbegriffes.

Die nachfolgenden drei Kapitel bilden den Hauptteil dieser Arbeit: Das vierte Kapitel widmet sich Mannheim als Reiseziel. Mithilfe der Fremdenlisten des *Mannheimer Intelligenzblattes* wird der Fremdenverkehr der Quadratestadt abgebildet. Hierbei stellen sich konkret die Fragen, wer diese Reisenden waren, woher sie kamen, wann sie bevorzugt anreisten, wo sie nächtigten und was sie in Mannheim unternahmen. Exemplarisch anhand der Handelsreisenden wird auf

---

<sup>90</sup> Vgl. MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, in: Ancestry, Mannheim, Deutschland, Familienbögen, 1760–1900 (Datenbank online) (2014). URL: <https://www.ancestry.de/search/collections/7575/> (15.12.2020); Generaltabelle 1808, GLA 313 Nr. 2811; Generaltabelle 1813, GLA 313 Nr. 2816; Generaltabelle 1818, GLA 236 Nr. 2538; Uebersicht der Geschäfts-Führung der Grosherzoglich-Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1809, in: Badische Gesetz- und Verordnungsblätter 8 (1810), Beilage; GeschäftsFührung der Grosherzoglich Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1808, Badische Gesetz- und Verordnungsblätter 7 (1809), Beilage. Die *Badischen Gesetz- und Verordnungsblätter* werden nachfolgend als *BAGVBL* zitiert.

die obrigkeitliche und gesellschaftliche Perzeption und den Umgang mit dieser spezifischen Gruppe der Stadtfremden eingegangen. Zudem wird Mannheims Bedeutung als Handelsstadt in einer von Krisen geprägten Zeit kritisch hinterfragt. Die Beurteilung der Perzeption und des Umganges mit Reisenden in der Quadratestadt aus Sicht einzelner Reisenden ebenso wie deren Motivation für einen Aufenthalt in Mannheim anhand von Ego-Dokumenten schließen dieses Kapitel ab.

Im fünften Kapitel wird Mannheim als Aufenthaltsort von jenen Migranten untersucht, die in der Quadratestadt wohnhaft werden wollten, sich aber nicht formal in das Stadtwesen integrierten. In den Blick werden hierbei orientierend an Simon Karstens idealtypischer Rechtsordnung zuwanderungswillige Arme, Bettler und Vaganten, Juden, Handwerksgesellen und Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen sowie wohlhabende Gewerbebetreibende genommen. Ergänzt wird diese Gruppe von Migranten um die im Verlauf der Französischen Revolution nach Mannheim emigrierten und geflüchteten Franzosen, für welche Ende des 18. Jahrhunderts zwar eigene gesetzliche Regularien galten, innerhalb dieser Gruppe sich ein Aufenthaltsstatus aber grundlegend nach Geschlecht, Stand und Gewerbe unterscheiden konnte. Vor allem an den Policey- und Ordnungsgesetzen lässt sich die staatliche, städtische und gesellschaftliche Wahrnehmung von Zuwanderer wie auch der Umgang mit den verschiedenen Gruppen von Migranten ablesen.

Wie Migranten wahrgenommen und wie mit ihnen umgegangen wurde, wird ebenfalls im Zentrum des sechsten Kapitels, in dem Mannheim als Niederlassungsort von Bürger- und Beisassenmigranten untersucht wird, stehen. Anhand der sich ins Bürger- und Beisassenrecht immatrikulierenden Migranten wird nach einer Darlegung der rechtlichen Steuerung von Niederlassungsbestimmungen in Mannheim erörtert, unter welchen Bedingungen es Migranten möglich war, sich als Bürger oder Beisassen verpflichten zu lassen, und wie diese Anforderungen in der Praxis umgesetzt und gerechtfertigt wurden. Dabei ermöglicht die Auswertung der in den Mannheimer Ratsprotokollen protokollierten Bürger- und Beisassenannahmen, die Bürger- und Beisassenmigranten in Mannheim als Gruppe exakt herauszuarbeiten. Darauf folgend wird anhand einzelner Migranten auf die soziale, ökonomische und politische Integration der Bürger- und Beisassenmigranten auf Grundlage von verschiedenen Integrationsfaktoren zurückgeschlossen. Anhand des 1752 in Neuwied geborene Handelsmann Johann Wilhelm Reinhardt (1752–1826), der 1767 als Lehrling in die Quadratestadt kam, dort 1781 das Bürgerrecht erwarb, 1797 erst zum Senior dann 1804 zum Zunftmeister der Handlungsinnung aufstieg und 1810 zum Oberbürgermeister gewählt wurde, soll die Aufnahme und Integration von Migranten zuletzt an einem konkreten Lebenslauf nachvollzogen werden.

## 2. Mannheim im Wandel der Zeit

Die Annäherung der bayerischen und pfälzischen Wittelsbacher, die in Erbverträgen schriftlich fixiert worden war, leitete das Ende Mannheims als kurpfälzische Residenzstadt ein. Denn mit dem plötzlichen Tod des bayerischen Kurfürsten Maximilian III. Joseph (1727–1777) Ende des Jahres 1777 trat der Inhalt dieser Erbverträge in Kraft. Kurfürst Carl Theodor beerbte den bayerischen Kurfürsten und zog gemeinsam mit seinem Hof nach München, das von nun an als Residenz- und Hauptstadt von Kurpfalz-Bayern dienen sollte. Mannheim blieb nach dem Wegzug des kurpfälzischen Hofes und der Degradierung der Kurpfalz zum Nebenland zwar Sitz der kurpfälzischen Zentralbehörden und damit kurpfälzische Hauptstadt, dennoch stürzten die Ereignisse die Quadratestadt in eine Phase des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbruchs.<sup>91</sup>

Die Übersiedlung des Hofes, das heißt der Angestellten der Hofstäbe und des Kunstapparates wie der Mehrheit der Mitglieder der obersten militärischen und zivilen Staatsbehörden, führte nun unwiderruflich zu einer Periode des stagnierenden Bevölkerungswachstums,<sup>92</sup> das bereits durch den Anstieg von Todesfällen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Die Bevölkerungszunahme zu Beginn des Jahrhunderts war nämlich auf die Übersiedlung des kurpfälzischen Hofes und der Ministerien wie auf die Verstärkung der Garnison zurückzuführen gewesen. Mit dem Hofstaat waren zudem viele junge Menschen in die Stadt gekommen, was sich durch einen Geburtenüberschuss in den ersten 30 Jahren und an dem dann einsetzenden Sterbeüberschuss deutlich bemerkbar gemacht hatte. Der Wegzug des Hofes wirkte sich jedoch auch ganz unmittelbar negativ auf die Wirtschaft der Stadt aus, da diese vom Bedarf des Hofes und seiner Beamtschaft bislang abhängig gewesen war. Unter den Handwerkern und sonstigen Gewerbebetreibenden wuchsen infolge des Wegfalls höfischer Arbeitsaufträge, der Übersetzung<sup>93</sup> der Zünfte und des zunehmenden Konkurrenzdruckes die Existenzängste; in der

---

<sup>91</sup> Zur Mannheimer Stadtgeschichte speziell Friedrich Walter, *Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart*. Bd. 1–3, Frankfurt am Main 1907; Wilhelm Kreutz/Hermann Wiegand, *Kleine Geschichte der Stadt Mannheim*, Karlsruhe 2008; Meinrad Schaab, *Mannheim. Typus und Individualität einer oberrheinischen Festungs-, Residenz- und Industriestadt*, in: *Mannheimer Hefte* (1977), S. 7–17; Heinrich von Feder, *Geschichte der Stadt Mannheim*, nach den Quellen bearbeitet. Bd. 1–2, Mannheim/Straßburg 1877. Ausführlich widmen sich Mannheim bspw. die drei anlässlich zum 400. Stadtjubiläum erschienenen Bände *Geschichte der Stadt Mannheim*, die von Ulrich Nieß und Michael Caroli herausgegeben wurden. Besonders sind die Aufsätze von Stefan Mörz, *Hauptstadt ohne Kurfürst*, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), *Geschichte der Stadt Mannheim*. Bd. 1. 1607–1801, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 528–585; Susanne Schlösser, *Eine Neigung für die rote Mütze? Im Zeitalter der Französischen Revolution*, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), *Geschichte der Stadt Mannheim*. Bd. 1. 1607–1801, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 586–645; Hirsch, In „kargen Zeiten“?, hervorzuheben.

<sup>92</sup> Vgl. Helmut Friedmann, *Alt-Mannheim im Wandel seiner Physiognomie, Struktur und Funktionen (1606–1865)*, Univ. Mannheim Dissertation, Mannheim 1968, S. 32.

<sup>93</sup> Mit der Übersetzung der Zünfte ist im zeitgenössischen Kontext die kontinuierliche Aufnahme von Zünftigen bei gleichbleibendem oder sinkendem Auftragsvolumen zu verstehen. Mutmaßlich führt die Übersetzung zu einem

gesamten Einwohnerschaft stieg die Zahl der Armen deutlich an.<sup>94</sup> Der Wegzug spiegelt sich ebenso in den Bevölkerungszahlen der Stadt Mannheim wider. Dennoch war der Einwohnerschwund, den die zurückgebliebenen Angestellten der kurpfälzischen Zentralbehörden wie auch die Höfe der Kurfürstin Elisabeth Auguste (1721–1794) und der unehelichen Nachkommen des Kurfürsten nicht gänzlich ausgleichen konnten, nicht so erheblich, wie ihn die zeitgenössischen Quellen zum Ausdruck brachten. Rund 3 000 Köpfe weniger zählte die Stadt zwischen 1777 (25 353 Einwohner) und 1786 (22 373 Einwohner). Einen erheblichen Teil des Verlustes führt der Historiker Helmut Friedmann hierbei auf die Verringerung der Garnison um 4 500 Köpfe zurück.<sup>95</sup>

Impulse, die den wirtschaftlichen Niedergang aufhalten sollten, „waren zu schwach“<sup>96</sup>, wie der Mannheimer Historiker Wilhelm Kreutz urteilt. Der 1778 gegründete Kommerzialverband, der zwischen den pfälzischen und bayerischen Territorien geführte Waren vergünstigen sollte, regte die Wirtschaft beispielsweise kaum an, da die bayerischen Waren nur selten über Mannheim transportiert wurden.<sup>97</sup> Als „direkte[n] Schlag“ bezeichnet Stefan Mörz die „Förderung der Neckar-Schifffahrt gegenüber der Schifffahrt auf dem Main durch Abkommen mit den anderen Anrainern, durch Zollvergünstigungen und durch Reduktion der Abgaben.“<sup>98</sup> Denn die neue Neckar-Rangfahrtordnung aus dem Jahr 1784, die bei Strafe den Güterumschlag in Mannheim Verbot, brachte die Speditionsgeschäfte der Stadt fast vollständig zum Erliegen. Effektiver gestaltete sich hingegen die Errichtung eines Frucht- und zweier Viehmärkte in der Stadt, die zu einer Vergünstigung von Getreide und Fleisch führten.<sup>99</sup>

Die schwindende Wirtschaftskraft versuchte die Obrigkeit durch kulturpolitische Initiativen zu stärken. Mannheim sollte als Zentrum von Kultur und Wissenschaft weiterbestehen und hieraus seine Einnahmen generieren. Im Winter und zur Karnevalszeit lockte Mannheim aufgrund zahlreicher Bälle weiterhin wohlhabende und gebildete Menschen in die Stadt.<sup>100</sup> Ganzjährig zog die 1763 gegründete Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften mit ihren im Schloss beherbergten Sammlungen wie dem Kupferstich-, Naturalien- und Antiquitätenkabinett oder der Sternwarte, dem botanischen Garten und der Hofbibliothek Gelehrte aus nah und fern an. Auch

---

Überangebot der zu erbringenden Leistungen, in deren Folge durch Auftragseinbruch die Verarmung einzelner Zünftigen droht.

<sup>94</sup> Vgl. Mörz, Hauptstadt ohne Kurfürst, S. 536; Friedmann, Alt-Mannheim, S. 54f.

<sup>95</sup> Vgl. Friedmann, Alt-Mannheim, S. 51f.

<sup>96</sup> Kreutz/Wiegand, Kleine Geschichte, S. 103.

<sup>97</sup> Vgl. Mörz, Hauptstadt ohne Kurfürst, 537f.

<sup>98</sup> Ebd., S. 538.

<sup>99</sup> Vgl. ebd., S. 539.

<sup>100</sup> Vgl. Lothar Gall, Die Stadt der bürgerlichen Gesellschaft – das Beispiel Mannheim, in: Dieter Hein/Andreas Schulz/Eckhardt Treichel (Hgg.), Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze, München 1996, S. 38–54, hier S. 41.

die Mannheimer Buchhandlungen erlebten eine Blütezeit, was insbesondere auf die milde Zensur zurückzuführen war, die in Mannheim nachhaltig wirkte. Die Mannheimer Gemäldegalerie hingegen hatte mit großen Einbußen zu kämpfen. Viele kurpfälzische Hofmaler und -kupferstecher mussten dementsprechend außerhalb der Stadt Aufträge annehmen. Auch das Mannheimer Nationaltheater, das 1777 zum ersten Mal bespielt worden war, hatte es als zentrale Kulturinstitution der Quadratestadt nicht einfach. Das Abschiedsgeschenk des Kurfürsten war zwar zu Beginn erfolgreich gewesen und hatte sich zu einer der wichtigsten Bühnen in Deutschland entwickelt, es war aber von Anfang an auf die finanzielle Unterstützung seines Intendanten, Wolfgang Heribert von Dalberg, angewiesen gewesen.<sup>101</sup>

Der Ausbruch der Französischen Revolution 1789 und die Koalitionskriege 1792 bedeuteten für Stadt und Einwohner dann erneut einen tiefen Einschnitt. Kurfürst Carl Theodor praktizierte zu Beginn der Revolution eine „Politik der bedingten Neutralität“<sup>102</sup>, um die Franzosen von Übergriffen auf die Kurpfalz abzuhalten. Direkt konfrontiert wurde die Kurpfalz erstmals mit den Auswirkungen der Revolution, als im September 1792 nacheinander Speyer, Worms und Mainz besetzt wurden. Nach der Annexion mehrerer Ortschaften im Fürstentum Pfalz-Zweibrücken und Kurfürstentum Pfalz sowie der Besetzung von Frankenthal verschlechterte sich die Situation zunehmend. Die Verweigerung des Durchmarschs des österreichischen Generals Dagobert Sigmund von Wurmser sollte zwar erneut die kurpfälzische Neutralität demonstrieren, ab September 1793 wurde jedoch kaum mehr auf die Haltung der Kurpfalz Rücksicht genommen. So fiel ein Jahr später, in der Nacht vom 23. auf den 24. Dezember 1794, die Rheinschanze nach der Beschießung Mannheims in die Hände der Franzosen.

Nach Beratungen im Jahr 1795 besetzten die Franzosen im Ersten Koalitionskrieg Mannheim kampflos. Der Schaden, der infolge der Rückeroberung durch österreichische Truppen, welche die Übergabe Mannheims an die Franzosen als Verrat betrachtet hatten, entstand, belief sich auf über eine Million Gulden. Der kurpfälzische Statthalter Franz Albert Leopold von Oberndorff wurde verhaftet. Bis zum Tod des Kurfürsten führte eine dreiköpfige Kommission aus kurpfälzischen Beamten die Regierungsgeschäfte. Nach dem Frieden von Lunéville von 1801 kamen die militärischen Aktionen der Franzosen und Österreicher rund um Mannheim zum Erliegen. Gleichzeitig wurde der Verlust des linken Rheinlandes unveränderlich entschieden.

---

<sup>101</sup> Vgl. Thomas Wortmann, Kreative Netzwerke, Theater als moralische Anstalt und Kultur als Konjunkturmaßnahme: ‚Mannheimer Anfänge‘, in: Ders. (Hg.); Mannheimer Anfänge. Beiträge zu den Gründungsjahren des Nationaltheaters Mannheim. 1777–1820, Göttingen 2017, S. 7–42, hier S. 11f.; Mörz, Hauptstadt ohne Kurfürst, S. 554.

<sup>102</sup> Jürgen Voss, Die Kurpfalz im Zeichen der Französischen Revolution, in: Volker Rödel (Hg.), Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789–1798) (= Oberrheinische Studien, Bd. 9), Sigmaringen 1991, S. 9–31, hier S. 14.

Heinrich von Feder fasst die Lage Mannheims Ende des 18. Jahrhunderts folgendermaßen zusammen: „Alle Hilfsquellen der Stadt waren erschöpft, sie war mit Schulden überladen; Handel und Verkehr stockten, die Gewerbe lagen darnieder, und die fortdauernden kriegerischen Bewegungen mit ihren Lasten und Beschwerden hinderten jede Erholung und jeden Aufschwung.“<sup>103</sup>

Die städtische Verwaltungsstrukturen<sup>104</sup> waren im Wesentlichen seit der Regierungszeit von Karl Philipp (1661–1742) Anfang des 18. Jahrhunderts bis zur Jahrhundertwende unberührt geblieben. Wie allerdings Mörz darlegt, nahm der Staat immer mehr Einfluss auf das politische und gesellschaftliche Leben der Stadt.<sup>105</sup> Die bedeutsamste Verwaltungsinstanz der Lokalverwaltung stellte die kurpfälzische Regierung dar. Im Gegensatz zu den meisten Orten des Kurfürstentums unterstanden die drei Hauptstädte Frankenthal, Heidelberg und Mannheim dieser direkt. Die Aufsicht der Regierung über Mannheim wurde „immer mehr ausgeweitet, andererseits aber auch durch direkte Eingriffe des Kurfürsten eingeschränkt“<sup>106</sup>. Unmittelbaren Einfluss auf die Stadt Mannheim wirkte auch die Hofkammer, die zentrale Finanzbehörde der Kurpfalz, aus.<sup>107</sup> Ihr unterstanden das Mannheimer Rentamt, das vor allem verantwortlich für die Erträge, Einkünfte und Abgaben war, die Mannheimer Zollschreiberei, die unter anderem die Landzoller an den Stadttoren überprüfte, und die Mannheimer Obereinnahme, die beispielsweise für die Einnahme der Schatzung zuständig war.<sup>108</sup> Für die Zivilgerichtbarkeit bestanden zudem das Hof- und Oberappellationsgericht.<sup>109</sup>

Städtische Behörden waren der Stadtrat, das Pupillaramt und das Stadtgericht. Die Kompetenzen des Stadtrats waren bereits 1778 deutlich beschnitten gewesen. Das Pupillaramt war für Waisen- und Vormundschaftssachen verantwortlich, das Stadtgericht unter anderem für die Zivilgerichtsbarkeit – Rechte, die ehemals dem Stadtrat oblagen, ebenso wie die Aufsicht über die Policey.<sup>110</sup> Letztere stand jedoch ebenfalls unter der Aufsicht und Einflussnahme zweier Regierungsräte.<sup>111</sup> Vorsitz über Pupillaramt, Stadtgericht und Stadtrat hatte der Stadtdirektor bis 1791 in Person von Jakob Friedrich Gobin der Jüngere, danach Karl Anton Rupprecht, der

---

<sup>103</sup> Feder, Geschichte Bd. 2, S. 1.

<sup>104</sup> Die Ausführungen zur Verwaltungsstruktur erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und streifen lediglich jene Behörden, die sich für die Steuerung von Mobilität verantwortlich zeichneten.

<sup>105</sup> Vgl. Stefan Mörz, Glanz der Residenz zur Karl-Theodor-Zeit, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 1. 1607–1801, Heidelberg/Obstadt-Weiher/Basel 2007, S. 373–527, hier S. 425.

<sup>106</sup> Stefan Mörz, Verwaltungsstruktur der Kurpfalz zum Zeitpunkt des bayrischen Erbfalls, in: MHVPf 84 (1986), S. 403–465, hier S. 431.

<sup>107</sup> Vgl. ebd., S. 436.

<sup>108</sup> Vgl. ebd., S. 439.

<sup>109</sup> Einen Abriss zu den kurpfälzischen Zentralbehörden gibt Meinrad Schaab, Geschichte der Kurpfalz. Bd. 2: Neuzeit, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, insbesondere S. 211–213.

<sup>110</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 446f., S. 449; Mörz, Glanz der Residenz, S. 425f.

<sup>111</sup> Vgl. Mörz, Verwaltungsstruktur, S. 431.



wiederum selbst Regierungsrat war. In Opposition hierzu bestand seit einigen Jahrzehnten die bürgerliche Deputation, die aus Viertelmeistern, Bürgerwehroffizieren und Zunftmeistern – und somit aus Stadtbürgern – bestand und deren Vorstand seit 1775 ein Mitglied der Kommerzienkommission war. Dennoch unterlagen auch sie der Kontrolle der Landesherrschaft.<sup>112</sup>

Wenn irgendwo in der Gemeindeverfassung des 18. Jahrhunderts, so ist hier ein „parlamentarisches“ Element zu finden, das sogar der Kurfürst schätzte, weil die Zustimmung der Deputierten zu Auflagen für die Bürgerschaft deren Akzeptanz weit eher zu erreichen vermochte als die bloße Willfähigkeit des mit dem Hof so eng verbundenen Stadtrats.<sup>113</sup>

Mit der Abtretung der rechtsrheinischen Gebiete der Kurpfalz an die Markgrafschaft Baden, die mit dem Reichsdeputationsausschluss von 1803 rechtsgültig wurde, verlor Mannheim seine Stellung als Sitz der kurpfälzischen Verwaltung. Kompensiert wurde dieser personelle Verlust allerdings mit der Ansiedlung neuer staatlicher Behörden, darunter zunächst ab 1803 des Hofgerichts, da Mannheim als Hauptstadt der Pfalzgrafschaft, als eine der drei neu geschaffenen Provinzen Badens fungierte, und ab 1810 des badischen Oberhofgerichts, das von Bruchsal nach Mannheim verlegt worden war.<sup>114</sup> Auch das Kreisdirektorium des Neckarkreises siedelte sich in Mannheim an, dessen Hauptstadt Mannheim seit 1809 war. Nach Gründung des Rheinbundes und dem Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806 hatte das Großherzogtum Baden eine Vereinheitlichung der Organisation vorgenommen. Regierung und Verwaltung wurden durch eine Reihe von Organisationsedikten ab 1803 und nach territorialer Neuwerbungen nach dem Preßburger Frieden 1805 und der Rheinbundakte 1806 durch Konstitutionsedikte ab 1807 reformiert. Das Großherzogtum wurde, angelehnt an den französischen Zentralismus, 1809 in zehn Kreise untergliedert, wobei die Kreise sich ihrerseits aus (Stadt-)Ämtern zusammensetzten, die wiederum die unterste Verwaltungsebene im Staat bildeten. Obwohl weder organisatorisch noch personell große Änderungen vorgenommen wurden, beschnitt der Staat im Laufe der Jahre langsam die städtische Autonomie. Viele städtische Befugnisse gingen nun direkt an die unterste staatliche Behörde über, das heißt an das Mannheimer Stadtamt, das als staatliches Stadtvogteiamt 1804 infolge der Neugliederung der Verwaltung aufgrund ihrer Reformbedürftigkeit konstituiert worden war.<sup>115</sup> An der Spitze des Stadtamtes stand der Stadtdirektor, abermals in der Person von Rupprecht, der nun jedoch an den Kreisdirektor zu berichten hatte. Oberbürgermeister und das Stadtmagistrat, das 1809 wieder in *Stadtrat* unbenannt wurde, vertraten gemeinsam die Gemeinde nach außen. Die

---

<sup>112</sup> Vgl. Mörz, Glanz der Residenz, S. 427f.

<sup>113</sup> Ebd., S. 428.

<sup>114</sup> Vgl. Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 11.

<sup>115</sup> Vgl. Dieter Hein, Umbruch und Aufbruch. Bürgertum in Karlsruhe und Mannheim 1780–1820, in: Lothar Gall (Hg.), Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820 (= Historische Zeitschrift, Beiheft 14), München 1991, S. 447–516, hier S. 503f.; Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 9f.

gesamte Policey wurde ab 1809 an das Stadtamt übertragen.<sup>116</sup> Auch die Autonomie des Stadtrats wurde weiter eingeschränkt, sodass er nach 1809 nur noch über Hypothekenangelegenheiten und städtische Finanzen zu entscheiden hatte.<sup>117</sup>

Die Kontinuitäten in der städtischen Verwaltung täuschten jedoch nicht über die Zukunftsängste der Bevölkerung hinweg, die sich mit der Freude über ein mögliches Kriegsende und der Enttäuschung über den in München verweilenden ehemaligen Landesherren Maximilian IV. Joseph (1756–1825), dem Nachfolger Carl-Theodors, vermengten.<sup>118</sup> Auch die Hoffnung, dass der badische Staat Mannheim durch gezielte Begünstigungen in Wirtschaft, Verwaltung und Kultur förderte, erfüllten sich nicht.<sup>119</sup> Allgemein waren positive Impulse durch die Beschränkung der Autonomie der städtischen Behörden wie auch die europäischen Ereignisse, darunter der anhaltende Krieg, die Einquartierungen von Soldaten und die durchziehenden Heere bis 1818, kaum wahrnehmbar. Die wirtschaftliche Instabilität machten vor allem dem zünftig organisierten Handwerk schwer zu schaffen. Da es fast ausschließlich für den lokalen Bedarf produzierte, war sein Auftragsvolumen relativ gering. Die Kriegskonjunktur verbesserte die Lage zwar etwas, konnte aber ein generelles Strukturproblem nicht lösen, da die Übersetzung der Zünfte auch auf die kontinuierliche Aufnahme von Meistersöhnen und -schwiegersonen bei gleichbleibend schlechtem beziehungsweise während der Kriegskonjunktur schwankendem Auftragsvolumen zurückzuführen war.<sup>120</sup>

Auch die Händler der Stadt sahen sich der wachsenden Anzahl an Zunftgenossen gegenüber. Hier schlug sich jedoch der Wegfall des linken Rheinufers, das ein wichtiger Absatzmarkt gewesen war, am deutlichsten nieder. Als Mannheim im Jahr 1812 durch einen einheitlich hohen Zoll nach außen hin abgeschirmt wurde, brachen die Handelsverbindungen zum linken Rheinufer vollständig ab.<sup>121</sup> Nichtsdestotrotz waren im Handel erste Tendenzen eines Aufschwunges zu bemerken, der den Grundstein für den späteren wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt legen sollte.<sup>122</sup> Chancen hierfür bot die Ernennung Mannheims zu einem der zwölf Oktroibüros, womit Mannheim Gebühren auf die Rheinschifffahrt erheben durfte, und zum Speditionsort für den Neckar. Letztere setzte die Neckar-Rangfahrtordnung von 1784 außer Kraft. Durch die

---

<sup>116</sup> Vgl. Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 13f.

<sup>117</sup> Vgl. ebd., S. 9f.

<sup>118</sup> Vgl. ebd., S. 4.

<sup>119</sup> Vgl. Dieter Hein, Stadt und Bürgertum in Baden. Karlsruhe und Mannheim vom Ancien Régime bis zur Revolution 1848/49, Frankfurt am Main 1995, S. 78f.

<sup>120</sup> Vgl. Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 476; Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 23.

<sup>121</sup> Vgl. Friedmann, Alt-Mannheim, S. 58f.; Hein, Stadt und Bürgertum, S. 107–109.

<sup>122</sup> Vgl. Hein, Stadt und Bürgertum, S. 38.

Bestellung zu einer der Ein- und Ausladestellen am badischen Rheinufer profitierten die Mannheimer, insbesondere das Fabrikwesen, da es für die englischen Waren Ersatzerzeugnisse herstellen konnte, zudem von der Kontinentalsperre.<sup>123</sup> Um die Belange der Kaufmannschaft kümmerte sich außerdem von nun an das aus Mitgliedern der Handelsinnung gewählte Handelskomitee.<sup>124</sup>

Nur langsam waren die Stadt und ihre Bürger jedoch bereit, in eine Zukunft ohne Residenz zu blicken.<sup>125</sup> Dieser Schritt vollzog sich gleichzeitig mit der Ablösung von der Aufklärungskultur und der Entwicklung des emanzipierten Bürgertums. In Mannheim machten den Anfang die Händler, die in die politischen und gesellschaftlichen Führungspositionen aufzusteigen begannen. Zur Lektüre, Geselligkeit und Kommunikation trafen sie sich in den Lesekabinetten und Kaffeehäusern der Stadt; der Bildungsgedanke trat zurück. Ein äußerst populärer Ort war das Achenbachische Kaffeehaus, in dem sich am 6. November 1803 auch die *Lese- oder Casino-Gesellschaft* auf Initiative des Buchverlegers Mathias Fontaine gründete.<sup>126</sup> Was den Einwohnern Mannheims vermutlich den Herrschaftswechsel erleichterte, war die Enttäuschung über den Verlust der wissenschaftlichen und künstlerischen Attraktionen an München, zu denen große Teile der wissenschaftlichen Sammlungen und der Hofbibliothek zählten.<sup>127</sup> Was in Mannheim zurückblieb, war nur noch ein Abglanz der Residenzzeit unter Carl Theodor. Der Betrieb der Zeichnungsakademie wie der des von Friedrich Casimir Medicus geschaffenen botanischen Gartens wurden um 1800 eingestellt; die Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften ging in ihrem bayerischen Pendant auf. Die astronomischen Instrumente der Sternwarte verblieben zwar in der Stadt, doch auch sie halfen nicht, um an alte Zeiten heranzureichen. Die Kunst- und Statuensammlung, die Karl Friedrich (1728–1811) für Mannheim einrichten ließ, war hingegen weniger attraktiv. Das Nationaltheater in B 3, das mit dem Schauspieler, Dramatiker und Intendanten August Wilhelm Iffland zum Dreh- und Angelpunkt der Stadt gehört hatte, befand sich nicht zuletzt aufgrund der Napoleonischen Kriege, der Durchzüge und Einquartierungen, aber auch des wenig erfolgreichen Spielplanes nach dem Wechsel Ifflands nach Berlin in der Krise. Die Schuldenübernahme durch Karl Friedrich 1803 konnte keine Linderung schaffen. Mit dem städtischen Lyzeum, das 1807 aus der Zusammenlegung der drei konfessionellen

---

<sup>123</sup> Vgl. Hein, Stadt und Bürgertum, S. 108f.

<sup>124</sup> Vgl. ebd., S. 111f.

<sup>125</sup> Vgl. ebd., S. 38.

<sup>126</sup> Vgl. Gall, Stadt der bürgerlichen Gesellschaft, S. 64; Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 487–492; Wilhelm Kreutz, Lesegesellschaften im Mannheim des ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhunderts, in: Jörg Kreutz/Berno Müller (Hgg.), Aufklärung in der Kurpfalz. Beiträge zu Institutionen, Sozietäten und Personen, Ubstadt-Weiher/Heidelberg/Basel [u. a.] 2008, S. 107–122.

<sup>127</sup> Vgl. Wilhelm Kreutz, Mannheim wird badisch, in: Armin Kohne (Hg.), ... so geht hervor ein' neue Zeit. Die Kurpfalz im Übergang an Baden 1803. Ausstellungskatalog, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2003, S. 192–206, hier S. 203.

Gymnasien entstand, und der Kunsthandlung *Artaria & Fontaine*, der Buchhandlung *Schwan & Götz* und *Tobias Löffler* und der Musikalien- und Instrumentenhandlung von Karl Ferdinand Heckel gelang es Mannheim allerdings vereinzelt, das Interesse von Wissenschaft und Kultur zu wecken.<sup>128</sup>

Einen politischen Aufbruch bedeutete die im Jahr 1818 vom badischen Großherzog Karl Ludwig Friedrich (1786–1818) unterschriebene neue liberale Verfassung, mit der Baden zur konstitutionellen Monarchie wurde. Zwei von drei badischen Kammerabgeordneten aus Mannheim, namentlich der Wirt Johann Daniel Diffené und der Kaufmann Ludwig Bassermann, entstammten dem Bürgertum. Die Landtagswahlordnung wurde im Dezember 1818 von Ludwig I. von Baden (1763–1830) nach dem Tod von Karl Ludwig Friedrich unterschrieben, obwohl er der konstitutionellen Monarchie eher oppositionell gegenüberstand. Dieser neue Geist, der in Mannheim deutlich spürbar war, obwohl sich Tendenzen des Niedergangs und des Aufbruchs die Waage hielten, wurde allerdings durch die Karlsbader Beschlüsse Einhalt geboten. Gemäß Dieter Hein wuchs Mannheim langsam „in jene Rolle hinein[...], die dann seine städtische Existenz bis fast gegen Ende des Jahrhunderts sichern sollte, bis auch hier – vor allem nach 1880 – die Industrialisierung voll zum Durchbruch kam und der Stadt einen neuen Stempel aufdrückte.“<sup>129</sup>

---

<sup>128</sup> Vgl. Mörz, Hauptstadt ohne Kurfürst, S. 543–546, 548–550; Kreutz/Wiegand, Kleine Geschichte, S. 89–100, Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 31–42; Walter, Mannheim Bd. 1, S. 906–912.

<sup>129</sup> Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 457.

### 3. Anreisemodalitäten und Überwachungsmechanismen

Im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert wie auch in den Jahrhunderten zuvor bestand weder ein Recht auf Mobilität noch auf Migration. Steuerungsmaßnahmen und -instrumente waren vielfältig und territorial unterschiedlich. Ein einheitliches Reichsrecht oder eine Reichsgesetzgebung gab es nicht;<sup>130</sup> auch wenn die Territorien des Alten Reiches doch alle ähnliche Ziele verfolgten: Die Einwanderung unerwünschter Personen sollte verhindert, die von erwünschten Personen privilegiert werden; unerwünschte Personen verwiesen und erwünschte Personen an der Auswanderung gehindert werden.<sup>131</sup> Dennoch existierten keine Grenzkontrollen.<sup>132</sup> Steuerungsmaßnahmen, die bei Anreise, Einlass und Ankunft auf Stadtfremde im Allgemeinen zielten, werden im Mittelpunkt der folgenden Unterkapitel stehen. Es wird jedoch weder darum gehen, alle in dieser Zeit erlassenen Verordnungen wiederzugeben und zu analysieren noch eine Geschichte des Straßenbaus, der Rhein- und Neckarschifffahrt oder der Preisentwicklung von Brücken- und Torgeldern nachzuerzählen. Anhand einiger weniger Beispielen soll nicht nur exemplarisch die Anreise von Reisenden und Migranten in kurpfälzischer und badischer Zeit, sondern auch fremdenpolitische Überwachungsmechanismen innerhalb der Stadtmauern illustriert werden.

#### 3.1 Zu Fuß, reitend und fahrend: Wege in die Stadt

Der Ausbau der Straßen zu Chausseen nach französischem Vorbild begann in der Kurpfalz bereits im Jahr 1740. Grund hierfür war nicht nur die Verlegung der kurpfälzischen Residenz nach Mannheim, sondern insbesondere die neuen wirtschaftlichen Begebenheiten. Infolge des Merkantilismus mussten die Straßen für Gewerbe und Handel besonders gut befahrbar sein. Im Rahmen der Zentralisierung des Straßenbaus erging deshalb im Februar 1753 eine Generalverordnung, für deren Umsetzung als Fachmann für den Straßenbau Ingenieur-Hauptmann Karl Maximilian von Pfister verantwortlich war.<sup>133</sup> Der Ausbau galt hierbei jedoch nicht allen Straßen, sondern lediglich den Landstraßen, die auch Heer- und Handelsstraßen genannt wurden.

---

<sup>130</sup> Vgl. Härter, *Steuerung von Migration*, S. 54f.

<sup>131</sup> Vgl. ebd., S. 57.

<sup>132</sup> Vgl. Andreas Fahrmeir, *Staatliche Abgrenzungen durch Passwesen und Visumszwang*, in: Jochen Oltmer (Hg.), *Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2006, S. 221–245, hier S. 228.

<sup>133</sup> Vgl. Schaab, *Geschichte der Kurpfalz*, S. 231; Stefan Mörz, *Aufgeklärter Absolutismus in der Kurpfalz während der Mannheimer Regierungszeit des Kurfürsten Karl Theodor (1742–1777)*, Stuttgart 1991, S. 278; Alfons Boegl, *Die Straßen der Pfalz. 1700–1792* (= *Archiv für die Geschichte des Straßenwesens*, Heft 6), Bonn 1980, S. 18.

Während die Landbevölkerung insbesondere die Verbindungs- und Verkehrsstraßen (Vizinalstraßen), welche die einzelnen Dörfer miteinander verbanden, nutzten, war es den ausländischen Reisenden, darunter sind in diesem Unterkapitel auch Migranten zu verstehen, und Fuhrleuten lediglich gestattet, sich auf den Landstraßen fortzubewegen.<sup>134</sup> Nur hier lagen die „den Personen- und Warenverkehr regelnde[n] und überwachende[n] Einrichtungen“<sup>135</sup>, welche die Ausländer auf ihren Reisen überwachen und abkassieren sollten. Hierzu gehörten unter anderem Zoll- und Poststationen, die von speziellem Personal beaufsichtigt wurden, aber auch Gasthäuser, in denen die Reisenden versorgt werden konnten.

Trotz der Bautätigkeit, die infolge der Generalverordnung begann, kam es zu Klagen über den Straßenzustand sowie zu Problemen mit den Oberämtern, die sich nicht in der Zuständigkeit sahen, und den Gemeinden, die ihrer Unterhaltungspflicht nicht nachkamen.<sup>136</sup> Letzteres lag vor allem darin begründet, dass in den Bau der Straßen solche Gemeinden mit einbezogen waren, die einerseits keine direkte Anbindung an die Hauptstraßen besaßen und andererseits nicht in einem Umfang wirtschafteten, der den Gebrauch der Heeres- und Handelsstraßen notwendig machte. Durch den Siebenjährigen Krieg war der kurpfälzische Ausbau der Straßen zu Chausseen bis in das Jahr 1764 hinein aufgeschoben worden.<sup>137</sup> Erst mit der Chausseeordnung im gleichen Jahr, mit welcher der Straßenbau unter die Aufsicht der Chausseekommission gestellt wurde, erging eine grundlegende Organisationsverfügung.<sup>138</sup> Anders als 1753 griff die Chausseekommission nun nicht mehr auf die Fronpflicht der Landbevölkerung zurück. Laut der neuen Chausseeordnung musste diese nun lediglich die Baustoffe liefern. Für den Ausbau selbst warb die Kommission Tiroler und Allgäuer Arbeitskräfte an.<sup>139</sup> Diese Arbeiter bezogen aus dem kurfürstlichen Aerario ihren Lohn, der dafür gedacht war, die Kosten für den Straßenbau zu tragen.<sup>140</sup> Der kurfürstlichen Staatskasse flossen auch die Einnahmen der Wegegelder beziehungsweise der Straßen- oder Pflastergelder zu. Das Wegegeld wurde für jede auf der Straße zurückgelegte Stunde von den Zöllnern erhoben.<sup>141</sup> Dabei wurden ebendiese Zöllner „unter Führung eines besonderen Registers, und

---

<sup>134</sup> Vgl. Boegl, Straßen der Pfalz, S. 62.

<sup>135</sup> Ebd., S. 62f.

<sup>136</sup> Vgl. ebd., S. 18f.

<sup>137</sup> Vgl. ebd., S. 19f.; Schaab, Geschichte der Kurpfalz, S. 231; Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 278.

<sup>138</sup> Vgl. Boegl, Straßen der Pfalz, S. 20.

<sup>139</sup> Vgl. Schaab, Geschichte der Kurpfalz, S. 231; Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 278.

<sup>140</sup> Vgl. Reinhold Wacker, Das Verkehrswesen im Rheinland vom 15. Jahrhundert bis 1794 (= Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte, Bd. 7), Trier 2008, S. 290.

<sup>141</sup> Vgl. Kurpfälzische Wegegeldinstruktion, 24.05.1764, GLA 77 Nr. 6354. Das Pflastergeld unterlag im Verlauf der Zeit geringfügigen Veränderungen. So wurde jeweils 1778 und 1801 eine „geschärfte Verordnung“ erlassen. Nichtsdestotrotz wurde das Chausseegeld nicht immer nach Vorschrift erhoben, wie die Regierung feststellen musste. Hierzu Die von nicht Gefreiten nicht richtig entrichtet werdende Chausseegelder betreffend, 17.12.1807,

desfalls zuhaltende[r] besondere[r] Rechnung [...] zu[r] Verhütung alligen Unterschleifs zu regulierende[r] Vergeltung angewiesen“<sup>142</sup>. In der kurpfälzischen Weggeldinstruktion wurde spezifiziert, dass der Bezahlvorgang „auf einer Tafel zur öffentlichen Notiz und Einsicht anzuschlagen“<sup>143</sup> sei. Reisende mit der Post entrichteten das Wegegeld nicht direkt an den als Wegegeldeinnehmer fungierenden Zöllner, sondern an den Posthalter – eine Praxis, die zumindest bis 1820 beibehalten werden sollte. Kurpfälzer waren unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen vom Wegegeld zusammen mit anderen Personen wie ausländischen Ministern oder Gesandten von der Bezahlung ausgenommen.<sup>144</sup> Im Umkehrschluss hieß dies jedoch, dass Ausländer allgemein benachteiligt waren; allerdings waren die Kurpfälzer auch selbst am Chausseebau finanziell beteiligt.

Vor der Chausseeordnung vom 24. Mai 1764 war die Befahrbarkeit der Landstraßen von der Beschaffenheit der Bodenverhältnisse und der Witterungseinflüsse abhängig gewesen, da die Straßen zumeist unbefestigt gewesen waren.<sup>145</sup> Deshalb wurden die Straßen unter Carl Theodor in ihrer Breite vereinheitlicht, mit Kiesschüttungen befestigt und mit Alleebläumen geziert. Randsteine säumten die Straßen; seitliche Gräben und eine gewölbte Oberfläche sorgten für die Entwässerung. Enge Kurven und starke Steigungen versuchte man zu vermeiden.<sup>146</sup> Eine der ersten Straßen, die nach diesen Vorgaben ausgebaut wurde, war die Straße von Mannheim nach Schwetzingen, da sich in Schwetzingen die Sommerresidenz des Kurfürsten befand.<sup>147</sup> Die weiteren Ausbauten fasst Meinrad Schaab folgendermaßen zusammen:

Allmählich konnten rechtsrheinisch die großen Nord-Süd-Routen längs der Bergstraße und längs des Rheinhochufers als Chausseen ausgebaut werden. Über Heidelberg liefen die neuen Landstraßen durch den Nordkraichgau nach Mosbach und über Sinsheim nach Heilbronn. Außerdem wurde das Straßendreieck Mannheim-Heidelberg-Schwetzingen chaussemäßig ausgebaut. Im linksrheinischen Bereich hatte schon 1753 der Bau der großen Nord-Süd-Achse Germersheim-Frankenthal-Oppenheim-Mainz begonnen. Ebenso wichtig war die Strecke von Frankenthal über Alzey, Kreuznach nach Simmern, mit einem Zubringer von Bacharach her nach Rheinböllen. Die große Verbindung nach Westen lief jetzt über Frankenthal nach Kaiserslautern, während die alte Strecke über Neustadt in ihrer Bedeutung zurückfiel. Die fliegende Brücke<sup>148</sup> bei Mannheim und Stichstraßen von dort zur

---

in: J. F. Wehrer (Hg.), Vollständige Sammlung der in den Provinzial- und Anzeige-Blättern erschienenen Verordnungen von der Entstehung dieser Blätter, also von 1803 an bis Ende 1835 in vier Abtheilungen. Nebst vollständigen alphabetischen Registern zu jeder Abtheilung und zur ganzen Sammlung, Bd. 2, Karlsruhe 1835, S. 487f. Die Bände 1–4 der Gesetzessammlung von Wehrer werden nachfolgend als *Sammlung Wehrer* mit Angabe der jeweiligen Bandnummer zitiert.

<sup>142</sup> Kurpfälzische Chausseeordnung, 25.05.1764, GLA 77 Nr. 6354.

<sup>143</sup> Kurpfälzische Weggeldinstruktion, 24.05.1764, GLA 77 Nr. 6354.

<sup>144</sup> Vgl. ebd.

<sup>145</sup> Vgl. Wacker, Das Verkehrswesen im Rheinland, S. 256.

<sup>146</sup> Vgl. Schaab, Geschichte der Kurpfalz, S. 231; Alexander Gall, Straßen und Straßenverkehr (19./20. Jahrhundert), in: Historisches Lexikon Bayerns (07.08.2013). URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Stra%C3%9Fen\\_und\\_Stra%C3%9Fenverkehr\\_\(19./20.\\_Jahrhundert\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Stra%C3%9Fen_und_Stra%C3%9Fenverkehr_(19./20._Jahrhundert)) (15.12.2020).

<sup>147</sup> Vgl. Boegl, Straßen der Pfalz, S. 18.

<sup>148</sup> Die sogenannte Fliegende Brücke wurde bereits 1689 zerstört. An ihrer Stelle wurde 1730 eine Schiffsbrücke errichtet, die Mannheim mit den linksrheinischen Gebieten der Kurpfalz verband. Hierzu auch Boegl, Straßen der Pfalz, S. 82.

großen Nord-Süd-Strecke bei Oggersheim wie auch bei Schifferstadt stellten das Bindeglied zwischen linksrheinischen und rechtsrheinischen Verkehr her<sup>149</sup>.

Helmina von Chézy akzentuiert insbesondere die Möglichkeit, über diese Straßen ins Ausland zu reisen. Von Mannheim könne der Reisende

nach Heidelberg und von da durch das Neckarthal entweder über Heilbronn nach Schwaben, der Schweiz und Italien, oder über Mosbach und Würzburg nach Franken, oder längs der Bergstraße hinauf über Bruchsal, Durlach u. s. w. in das Breisgau und die Schweiz, oder auch über Bruchsal, Stuttgart und Ulm nach München und Wien<sup>150</sup>

fahren. Zwei weitere Straßen, „deren eine die Bergstraße bey Weinheim, die andere bey Hepenheim berührt, setzen es mit Darmstadt und Frankfurt, und von da mit dem ganzen nördlichen und nordöstlichen Deutschland und Europa in Verbindung.“<sup>151</sup> Auch „über Dürkheim, Kaiserslautern u. s. w. nach Saarbrücken, Metz und Paris, und Rhein aufwärts nach Speyer, oder über Landau nach Strasburg und dem übrigen Elsaß hinauf“<sup>152</sup> sei eine Reise möglich.

Fußgänger hatten im 18. Jahrhundert zwar noch immer Vorrang, das Pferd war allerdings zu einem der wichtigsten Beförderungsmittel avanciert. Größere Reisen wurden in Kutschen unternommen. Als Nutzfahrzeuge verwendete man in der Pfalz beispielsweise den Karch, einen Wagen mit zwei Rädern, der von einem Zugtier gezogen wurde; für größere Lasten zwei- oder vierspännig gefahrene Lastfahrzeuge mit vier Rädern oder einen Kaufmannswagen, der jedoch mehr Zugtiere benötigte und in der Kurpfalz seltener zu sehen war. Dies lag besonders daran, dass die kurpfälzischen Straßen für den Regional- und Nahverkehr genutzt wurden. Fernhandel betrieben die Kurpfälzer zwar mit Frankfurt, Straßburg, Mainz und Köln, aber auch mit Metz und Nancy. Auf den Straßenverkehr hatte der Fernhandel jedoch keinen allzu großen Einfluss, denn hier nahm der Reiseverkehr eine bedeutsamere Rolle ein.<sup>153</sup>

Dieser Reiseverkehr vollzog sich entweder im Privaten, zumeist mit dem Reitpferd, oder mit der seit dem 15. Jahrhundert bestehenden Kaiserlichen Reichspost<sup>154</sup>, über deren Postrouten ebenfalls Personen befördert werden konnten. Reisehandbücher, Postordnungen und Hofkalender berichten über den in der Kurpfalz und Baden bestehenden beträchtlichen Postverkehr.<sup>155</sup>

---

<sup>149</sup> Schaab, Geschichte der Kurpfalz, S. 231. Siehe ebenfalls Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 278.

<sup>150</sup> Helmina von Chézy, Gemälde von Heidelberg, Mannheim, Schwetzingen, dem Odenwalde und dem Neckarthale. Wegweiser für Reisende und Freunde dieser Gegenden, Heidelberg 1816, S. 16.

<sup>151</sup> Ebd.

<sup>152</sup> Ebd.

<sup>153</sup> Vgl. Boegl, Straßen der Pfalz, S. 64f.

<sup>154</sup> Zu den württembergischen Postrouten siehe Walter Leibrand, Beiwort zur Karte 10,2. Postrouten (Postcourse) in Baden-Württemberg 1490–1803, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Erläuterungen, Stuttgart<sup>8</sup> 1980, S. 1–15, hier S. 1. Speziell zu den Mannheimer Postverhältnissen siehe Kaspar Löffler, Geschichte des Verkehrs in Baden, insbesondere der Nachrichten- und Personenbeförderung (Boten-, Post- und Telegraphenverkehr) von der Römerzeit bis 1872, Heidelberg 1910, S. 275–279.

<sup>155</sup> Vgl. Rudolf Grosse, Das Postwesen in der Kurpfalz im 17. und 18. Jahrhundert (= Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, Bd. 5,4), Tübingen/Leipzig 1920, S. 34f. Die Grundzüge der Abwicklung



Für die Personenbeförderung mittels Post entfiel an ebene das Personengeld wie auch eine Taxe für das Passagiergut. Hinzu kamen noch Kosten für die Post-Chaisen, sofern diese verwendet wurden, das Trinkgeld der Postillion sowie ein Schmiergeld für die Wagenschmiere.<sup>156</sup> Andere Gebühren wie beispielsweise das Wegegeld wurden an entsprechender Stelle entrichtet.<sup>157</sup> Neben der Taxis'schen Post bestanden noch einige Dragonerposten sowie privilegierte Privatposten.<sup>158</sup> Die An- und Abfahrt erfolgte in Mannheim zumeist an den Gasthäusern.<sup>159</sup>

Reisende konnten jedoch auch mit dem Marktschiff nach Mannheim reisen. Die Marktschiffe verkehrten regelmäßig zwischen den großen Hafenstädten in der Kurpfalz an Rhein und Neckar. Die Quadratestadt wurde hierbei von Schiffen direkt aus Heidelberg und Speyer angefahren. Marktschiffe fuhren jedoch auch von Heidelberg über Mannheim nach Mainz beziehungsweise Frankfurt oder nach Worms.<sup>160</sup> Um 1730 waren die kurpfälzischen Schiffer dazu verpflichtet, „sechs zwischen 80–90 Schuh lange gedeckte Schiffe mit einem getäfelten, heizbaren und mit Fenstern versehenen Zimmer für Standespersonen, nebst einem zweiten Zimmer einfacherer Art für niedere Reisende zu erbauen.“<sup>161</sup> Statt zwölf Schiffer im Jahr 1730, waren ab 1753 für die Rangschiffahrt auf dem Rhein und die Leichtschiiffahrt auf dem Neckar nur noch zwei Schiffer zugelassen, die Reisende und kleine Pakete transportieren durften.<sup>162</sup> Trotz Komfort und Häufigkeit war das Marktschiff unattraktiver als die Benutzung der Landesverbindungen, denn die Fahrtzeit war zumeist nicht kalkulierbar und die Transportkosten, die sich aus den Personengebühren und den Gebühren für Passiergut zusammensetzten und für gefahrene Kilometer abgerechnet wurden, waren höher als jene der Kaiserlichen Reichspost. Erst wer in Gesellschaft verreiste, konnte billigere Preise erzielen.<sup>163</sup>

Die Landesverbindungen unterlagen nach 1763 gelegentlichen Umstrukturierungen. Bis zum Ende der Regierung von Kurfürst Carl Theodor war gemäß Alfons Boegl in der Kurpfalz „eine

---

des Postverkehrs blieb wie auch die Straßenverkehrsverordnungen im Betrachtungszeitraum unverändert. Hiervon zeugt u. a. Extrapostordnung für das Großherzogtum Baden, 01.11.1818, Sammlung Wehrer 4, S. 785–798.

<sup>156</sup> Vgl. Grosse, Postwesen in der Kurpfalz, S. 49–52.

<sup>157</sup> Zu den Brücken- und Sperrgeldern siehe Kapitel 3.2 *Einlasskontrollen an Brücken und Toren*.

<sup>158</sup> Vgl. Boegl, Straßen der Pfalz, S. 67.

<sup>159</sup> Im Jahr 1790 fuhr die Kaiserliche Reichspost bspw. am Gasthaus *Goldener Pflug* ab. Vgl. Löffler, Geschichte des Verkehrs, S. 279.

<sup>160</sup> Vgl. Hanns Heiman, Die Neckarschiffer. Teil 1. Beiträge zur Geschichte des Neckarschiffergewerbes und der Neckarschiffahrt, Heidelberg 1907, S. 71f.; Löffler, Geschichte des Verkehrs, S. 222. Hierzu auch Johann Friedrich Zeller, Neckar- Rhein- und Mainz-Schiffahrt zwischen Heilbronn, Mainz und Frankfurt, Heilbronn 1809, S. 26f.; Chézy, Wegweiser, S. 62.

<sup>161</sup> Löffler, Geschichte des Verkehrs, S. 222.

<sup>162</sup> Vgl. ebd.

<sup>163</sup> Vgl. ebd., S. 222, 267; Grosse, Postwesen in der Kurpfalz, S. 50f.; Fracht-Taxa für das Marck-Schiff 1716, zit. nach: Heiman, Die Neckarschiffer, S. 266; Concession für das kleine Marktschiff (Heidelberg-Mainz) 1739, zit. nach: Heiman, Die Neckarschiffer, S. 292.

wohlorganisierte und mit guten Fachkräften besetzte Sonderverwaltung der Chausséen eingerichtet“<sup>164</sup> worden, die ausreichend finanzielle Unterstützung fand. So waren 1776 bereits etwa 380 von ungefähr 437 Kilometer an Weg fertig ausgebaut.<sup>165</sup> Mannheim lag zwar im Zentrum des kurpfälzischen Landesverkehrs,<sup>166</sup> 1803 rückte es jedoch selbst an den Rand des neuen Großherzogtums Baden. Im Jahr 1810 führte der badische Großherzog aufgrund der „ungleiche[n] Behandlung des StraßenBaues in den verschiedenen Landestheilen [...] eine gleiche und einfache Verfassung“<sup>167</sup> ein. Dennoch hatten sich zumindest für die alten Landesteile der Kurpfalz keine großen Unterschiede ergeben. Zur besseren Steuerung der Einnahmen des Großherzogtums wurde eine Chausseekasse eingerichtet, aus welchem die erforderlichen Kosten für den Bau und die Löhne der angestellten Diener bestritten werden sollten. Neben den Wegegeldern flossen in diese Kasse die Chausseeschätzung wie auch die Chausseefrevel- beziehungsweise Chausseedefraudationsstrafen.<sup>168</sup> Die Wegegelder wurden

nur von denjenigen Effecte und Waaren mit Einschluß des Viehes erhoben, welche in das Grosherzogthum, oder aus demselben, oder durch solches gehen. Fahrende in Kutschen, Chaisen, Postwägen, haben die Chaussée-Gelder ebenfalls, wenn sie auch gleich im Land blieben, zu zahlen. Der innere Landesverkehr ist indessen gänzlich davon befreit.<sup>169</sup>

Für reisende Personen wurden die Gelder auf einen Kreuzer festgesetzt. Ausgenommen waren wie zuvor beispielsweise ausländische Minister oder Gesandte.<sup>170</sup> Zusätzlich zahlten allerdings „Ausländer, wenn sie zum Behuf des Baues ihrer Güter innländische Chausséen passiren, so fern das Gleiche bey der Nachbarschaft beobachtet wird“<sup>171</sup>, keine Gebühren. Das Wegegeld wurde von einem Zöllner, der als Wegegeldeinnehmer fungierte, falls er in der Nähe der Straße wohnte,

von den Reisenden an jedem Schlag-Baum, und zwar bey der Abfahrt von einer Station für den noch zurückzulegenden Weg vorausbezahlt. Güter- und Post-Wägen, auch Extrapostfuhren, die sich ausweisen können, daß sie einen bestimmten Weg nehmen, zahlen am Legplatze einer Poststation, oder wenn dort kein Legplatz wäre, am ersten innerhalb der Stations-Route befindlichen Legplatz ihr Chaussée-Geld für den ganzen in dieser Station zurückzulegenden Weg. Mit Extrapost Reisende sind befugt, das Chaussée-Geld durch den zurückreitenden oder zurückfahrenden Post-Knecht entrichten zu lassen.<sup>172</sup>

Zehn Jahre später traten bei der Erhebung des Wegegeldes wiederum geringfügige Veränderungen ein.<sup>173</sup> Nichtsdestotrotz blieben die Anforderungen für Reisende auf der Strecke nach

---

<sup>164</sup> Boegl, Straßen der Pfalz, S. 25.

<sup>165</sup> Vgl. ebd., S. 25–27.

<sup>166</sup> Vgl. Schaab, Geschichte der Kurpfalz, S. 231; Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 278.

<sup>167</sup> Badische Straßenbauordnung, 07.05.1810, BAGVBL 8 (1810), S. 141.

<sup>168</sup> Vgl. ebd., S. 148f.

<sup>169</sup> Ebd., S. 149.

<sup>170</sup> Vgl. ebd., S. 149f.

<sup>171</sup> Ebd., S. 150.

<sup>172</sup> Ebd., S. 150f.

<sup>173</sup> Vgl. Wegegeldverordnung, 05.10.1820, BAGVBL 18 (1820), S. 89–93.

Mannheim im Wesentlichen unverändert. Die Erhebung der Gebühren auf den Land- und Wasserstraßen nach Mannheim diente letztendlich auch der Überwachung von Reisenden und der Überprüfung ihrer Legitimationspapiere und war damit ein wichtiges Instrument zur Steuerung von Mobilität und Migration.<sup>174</sup> Wer erfolgreich die Prüfung bestand oder sich illegal im Kurfürstentum Pfalz beziehungsweise Großherzogtum Baden aufhielt, stand bald vor den Toren Mannheims.

### 3.2 Einlasskontrollen an Brücken und Toren

Reisende, welche die ehemalige kurpfälzische Residenzstadt – zumindest auf legalem Weg – Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts betreten wollten, taten dies über die drei Stadttore. Zusammen mit der Neckar- und Rheinbrücke bildeten sie wichtige Pfeiler in der Ausführung von fremdenpolitischen Maßnahmen und der Überwachung der Gäste der Stadt Mannheim.<sup>175</sup> Namentlich handelte es sich bei den drei Stadttoren um das Neckartor, das Heidelberger Tor und das Rheintor. Das Neckartor wurde als Abschluss der Breiten Straße 1725 mit seinen drei Bogengängen zwischen U 1 und K 1, nordöstlich der Stadt, mit dem darauf thronenden Atlas samt Weltkugel errichtet. Durch den unteren Stock des Bogens führten drei große offene Gänge, wobei der mittlere Bogengang für die Fuhrwerke, die beiden äußeren Bogengänge für die Fußgänger bestimmt waren.<sup>176</sup> Auf den zu beiden Seiten befindlichen Wachhäusern waren die Wohnungen der Einnehmer der Durchlassgelder untergebracht.<sup>177</sup>

Das 1722 aus Sandstein errichtete Heidelberger Tor bei N 6 an der südöstlichen Seite der Quadratestadt war Stadt abgewandt mit dem pfälzischen Wappen und Kriegstrophäen geschmückt. Eine lateinische Inschrift verkündete eine kurze Stadtgeschichte. Im Jahr 1806 wurde das Heidelberger Tor, das aus einem Wach- und Zollhaus bestand, abgebrochen, was Johann Georg Rieger in seiner Beschreibung von Mannheim mit den Worten wie „anziehend wäre diese Ruine, umpflanzt mit Eichen, Buchen und Pappeln, für den Spaziergänger als Ruhepunkt gewesen“<sup>178</sup>, bedauert. Nordwestlich bei D 6, dem Heidelberger Tor gegenüber, stand das Rheintor, das 1728

---

<sup>174</sup> Vgl. Härter, Steuerung von Migration, S. 63f.

<sup>175</sup> Der Bestand 213 *Stadt Mannheim* des Generallandesarchiv Karlsruhe beherbergt eine Vielzahl von Akten, die sich insbesondere mit den zu zahlenden Gebühren an Brücken und Toren, aber auch mit der Anstellung von Tor-schreibern oder Demolitionskommissionspersonal, dem Zustand der Mannheimer Brücken oder allgemein der juristischen Situation auseinandersetzen und die eine noch tiefere Analyse der Materie zuließen. Klassifiziert sind diese Akten unter *Weggeldeinzug*, *Militärsache* und *Diener und Dienste*. Entsprechende Akten sind auch im Bestand 77 *Pfalz Generalia* überliefert.

<sup>176</sup> Vgl. Rieger, Beschreibung von Mannheim, S. 183.

<sup>177</sup> Vgl. Chézy, Wegweiser, S. 38.

<sup>178</sup> Rieger, Beschreibung von Mannheim, S. 191.

angefertigt wurde und ebenfalls eine Inschrift sowie sechs Trophäen trug. Hierbei handelte es sich jedoch nicht um ein Tor im eigentlichen Sinne, da die Straße zunächst nur zwischen dem Wach- und dem Zollhaus ohne verbindendes Element hindurchlief. 1818 wurde es mit einem kleinen, von zwei Säulen unterstützten Vorplatz einstöckig erweitert.<sup>179</sup> Schließlich führte die Straße seit 1816 nicht mehr durch das Tor, sondern rechts an ihr vorbei, wie Helmina von Chézy berichtet.<sup>180</sup> Während der Neugestaltung der Rheinstraße Ende des 19. Jahrhunderts wurde es abgetragen.<sup>181</sup>

Die Mannheimer Rheinbrücken- und Neckarbrückenordnungen regelten die Gebühren, die bei der Überquerung einer der beiden Brücken beziehungsweise die bei Eisgang bei der Übersetzung mit Nächen<sup>182</sup> zu bezahlen waren. Begrifflich wird in den Verordnungen häufig zwischen Mannheimern auf der einen, den Fremden, In- und Ausländern auf der anderen Seite unterschieden. Die Rheinbrückenordnung zeigt diesen Sachverhalt exemplarisch. So wird zunächst bei den Fußgängern eine Trennung in zwei Gruppen vollzogen: Während in der einen Gruppe des ersten Artikels der Rheinbrückenordnung sich alle „Mannheimer Burger, Innwohner, Herrschaftlicher Erbbeständer vom Hebs-Hoff, und Gräfenau, oder daherige Weibs-Personen“ sowie „innländische[n] Geistlichkeit“<sup>183</sup> summieren, handelt es sich bei einer zweiten Gruppe im zweiten Artikel der Verordnung, die das Doppelte zu zahlen hatte, um „Fremde[.]“ oder „Ausländische[.]“<sup>184</sup>. Aus dem weiteren Kontext heraus ist zu schließen, dass der Begriff *Fremder* hier zumeist als Überbegriff verwendet wird, während Inländer Kurpfälzer und Ausländer Personen, die aus einem anderen Territorium oder Land stammen, sind. Bei diesen fremden oder ausländischen Personen müsste es sich demnach ebenso um alle Inländer handeln, da diese, ausgeschlossen einiger Ausnahmen, im ersten Artikel ebenfalls nicht genannt und in darauffolgenden Artikeln auch begrifflich exakt benannt werden. Bei den weiteren Artikeln der Rheinbrückenordnung, die unterschiedliche Gruppen von Reisenden behandeln, werden die In- und Ausländer den Mannheimern zumeist gegenübergestellt. Auch die Begriffe *Inheimischer* und *Ausheimischer* finden eine Anwendung.

Zum Zweck der Zollerhebung waren auf beiden Seiten des Rheins und Neckars Einnahmepositioniert, welche die Gebühren erhoben oder sich die Brückenzeichen bei bereits bezahlten

---

<sup>179</sup> Vgl. Rieger, Beschreibung von Mannheim, S. 187.

<sup>180</sup> Vgl. Chézy, Wegweiser, S. 38.

<sup>181</sup> Zu den drei Stadttoren siehe auch Hermann Wiegand, Auf dem Weg zur Residenz unter Kurfürst Karl Philipp, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 1. 1607–1801, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 356–358; Schlösser, Eine Neigung für die rote Mütze?, S. 633–641.

<sup>182</sup> Mannheimer Rhein-Brücken-Ordnung über das von Ihrer Churfürstlichen Durchleucht zu Pfaltz gnädigst zu zahlen verordnete Brücken-Überfahrt und Durchlaß-Geld, Mannheim 1760, S. 7–10.

<sup>183</sup> Ebd., S. 1.

<sup>184</sup> Ebd.

Gebühren vorzeigen ließen. Wer letzteres nicht konnte, wurde der Stadt verwiesen.<sup>185</sup> Mannheimer wie auch Auswärtige sollten bei der Kontrolle ebenfalls zur Errichtung des Brückenüberfahrtgeldes wie Durchlassgeldes ihre Legitimationsscheine vorzeigen, auf welchen sodann ein Stempel von der Zollschreiberei gesetzt wurde. Während Mannheimer lediglich einen Kreuzer zahlten, wurde von Stadtfremden das Doppelte verlangt.<sup>186</sup> Durch die von ihnen einbehaltenen Brückengelder waren die Stadtfremden, die nicht zu der Einwohnerschaft Mannheims zählten, somit deutlich von der Gruppe der Mannheimer Bürger und Einwohner abgegrenzt. Einige Personen durften jedoch unentgeltlich passieren wie beispielsweise Pfarrer, Studenten oder Standesherrn.<sup>187</sup> Bei Juden, die an Sonn- oder Feiertagen passieren wollten, wurde ebenfalls eine Unterscheidung zwischen Mannheimern und Stadtfremden getroffen; erstere zahlten als Fußgänger die gleiche Gebühr wie alle anderen Mannheimer. Ein „Fremder oder ausländischer“<sup>188</sup> musste hingegen für das Doppelte aufkommen. Anders sieht dies bei einer undatierten Neckarbrückenverordnung aus.<sup>189</sup> „Alle hiesigen Einwohner ohne Unterscheid des Standes und Ranges, wie auch ihres Dienstbothen und Tagelöhner bezahl[t]en sowohl an Sonn als an Wercktagen; jedoch [...] täglich nur einmal“<sup>190</sup> einen Kreuzer. Handwerksgesellen, Mägde und alle „nicht zu einer in Schatz stehenden Familie gehören[den]“<sup>191</sup> Personen entrichteten sonntags bei jedem Übergang einen Kreuzer. In- und Ausländer mussten bei jeder Überquerung zwei Kreuzer zahlen.

An den drei Stadttoren selbst fiel ebenfalls eine Gebühr, das sogenannte Torgeld, an. Die Einlassordnung vom Januar 1747 verordnete für den Toreinlass „von jeder Persohn, ohne Unterschied Hoff-Civil-oder Militair-Stands, Inn- oder Ausheimischer“<sup>192</sup> eine Gebühr in Höhe eines Kreuzers. Für die Gebühreneintreibung war ein Erheber im Beisein der Schildwachen zuständig. An den Toren selbst sollten Torschreiber stehen, „damit alle auß und eingehende frembde pabsanten ordentlich beschrieben fort die tägliche Listen der Thorschreibern mit den Bürgern

---

<sup>185</sup> Vgl. Mannheimer Rhein-Brücken-Ordnung, S. 13.

<sup>186</sup> Vgl. ebd., S. 1.

<sup>187</sup> Vgl. ebd., S. 12.

<sup>188</sup> Ebd., S. 5. Eine Neckarbrückenordnung von 1732 weicht geringfügig von diesen Artikeln ab. So entrichteten bspw. Mannheimer Bürger mit einem Gut jenseits des Neckars einen jährlichen Festbetrag. Eine Unterscheidung zwischen Mannheimern, In- und Ausländern findet hier jedoch ebenfalls statt. Hierzu: Neckar-Brücken-Ordnung, Über das von Ihrer Churfürstl. Durchl. zu Pfaltz zu zahlen gnädigst verordnete Brucken-Überfahrt- und Durchlaß Geld, Mannheim 1732.

<sup>189</sup> Gebührenverordnung der Neckarbrücke, GLA 213 Nr. 3308. Vermutlich wurde die Verordnung um das Jahr 1800 herum verfasst.

<sup>190</sup> Ebd.

<sup>191</sup> Ebd.

<sup>192</sup> Mannheimer Einlassordnung, 28.01.1747, GLA 213 Nr. 2523.

und Wirthen Nacht zettel zu confrontiern seyen, und man auch wissen könne, was und wie viel frembde sich in der Stadt befinden“<sup>193</sup>.

In der daraufhin erlassenen Instruktion wurde beschlossen, dass die Torschreiber alle Passanten, egal welchem Stand oder Gewerbe sie angehörten, egal woher sie stammten, mit Namen notieren und die hieraus entstandenen Meldezettel bei dem kommandierenden Offizier am Tor abgeben sollten.<sup>194</sup> Ging es direkt um die Überwachung der die Stadt betretenden Personen, so wurde dementsprechend primär der Begriff des *Fremden* verwendet, wie nachfolgend insbesondere bei der innerstädtischen Überwachung noch deutlich werden soll. Gleichzeitig muss davon ausgegangen werden, dass primär Auswärtige, demnach sowohl aus- als auch inländische Stadtfremde, und keine Mannheimer Bewohner hierunter verstanden wurden.<sup>195</sup> Inwieweit die Migranten mit temporärem Aufenthaltsrecht hierunter fielen, bedarf einer Untersuchung in den nachfolgenden Kapiteln.<sup>196</sup>

Die Schleifung der Stadtmauer machte die Überprüfung der Stadtfremden an den Toren in Mannheim jedoch schwieriger. Die Stadtmauer Mannheims, eine Backsteinmauer mit 13 Bollwerken, die aus der Zusammenführung der Anlagen der Friedrichsburg und der Bürgerstadt unter den Kurfürsten Johann Wilhelm (1658–1716) und Karl III. Philipp (1661–1742) entstanden war, wurde während des Krieges zu schleifen begonnen. Der Verlauf der Koalitionskriege hatte Carl Theodor gezeigt, dass die Festung Mannheims durch seine Armee nicht mehr zu halten war. Deshalb hatte er im Dezember 1798 über ihre vollständige Schleifung verfügt. Maximilian IV. Joseph hatte diese Verfügung noch rückgängig gemacht, doch nach weiteren kriegerischen Verwicklungen war die Schleifung ab September 1799 kontinuierlich vorangetrieben worden. Die 1801 abgeschlossene Demolierung der Festungsanlagen schaffte die Voraussetzung für eine Stadterweiterung, die nicht nur unter den Mannheimer Bürgern auf großes Wohlwollen stieß, sondern auch den Österreichern und Franzosen taktische Vorteile im Krieg versprach.<sup>197</sup>

---

<sup>193</sup> Isselbach an Kurfürsten, 25.08.1727, GLA 213 Nr. 408. Es handelt sich hierbei um ein etwas älteres Anliegen, wobei kein Zweifel besteht, dass diese Praxis Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts ebenfalls vollzogen wurde.

<sup>194</sup> Vgl. Instruktion zur Anstellung der Torschreiber, 1727, GLA 213 Nr. 408. Der letzte Passus ist allerdings in der Instruktion durchgestrichen.

<sup>195</sup> In einer kurpfalz-bayerischen Anweisung für München heißt es: „die in die Stadt zu Fuß ankommende Fremde, sowohl In- als Ausländer“. Dies unterstreicht noch einmal die obige Annahme zu den Stadtfremden. Hierzu Pro memoria, Auszug, 05.01.1790, GLA 213 Nr. 31.

<sup>196</sup> Siehe hierzu vor allem 5. *Aufenthaltort Mannheim: Aufnahme von Migranten*.

<sup>197</sup> Vgl. Schlösser, Eine Neigung für die rote Mütze?, S. 633–641; Jürgen Voss, Mannheim und die Mannheimer im Banne der Französischen Revolution, in: Schriften der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz. Mannheimer Altertumsverein von 1859 22 (1992), S. 45–86, hier S. 68.

Gemäß Karl Hauck führte die Schleifung der Stadtmauern zum unbeabsichtigten Einlass von zahlreichem Gesindel, gerade auch, weil es an Geld für eine ausreichende Straßenbeleuchtung fehlte. Außerdem wehrten sich viele Passanten mit „recht groben Worten“<sup>198</sup>, wenn es um die Bezahlung des Sperrgeldes, also jenes Geldes, was anfiel, wenn die Tore nach Schließung sowohl von Mannheimern als auch Auswärtigen durchquert werden sollten, ging. Dies bestätigt Angelika Schaser, die das „Bild der schwer bewachten und unüberwindbaren Stadtmauer“, wie andere Forscher vor ihr, „in das Reich der Fabel“<sup>199</sup> verweist. Diesem Problem war sich auch der Stadtrat bewusst, der das „heimliche Einschleichen auf den in hiesige Stadt führenden Nebenwegen“<sup>200</sup> und die damit entstehende Prellung des Sperrgeldes unter Strafe untersagte. Heinrich von Feder berichtet gleichfalls, dass die Torsperre trotz der Stadtbefestigung noch fort dauerte, obwohl der Fremdenverkehr so bedeutsam für die Stadt gewesen sei. Im Januar schloss man beispielsweise um fünf Uhr, im Juli um neun Uhr und im Dezember um acht Uhr die Tore, das Sperrgeld betrug einen Kreuzer.<sup>201</sup> Eine Verordnung vom 25. Februar 1812 des Stadtamtes Mannheim verdeutlicht erneut, dass „die Wachen an den Eingängen der hiesigen Stadt angewiesen sind, alle dahier ein- und auspassierenden Fremden aufzuzeichnen“<sup>202</sup>. Besonders

zur Nachachtung der Kutscher mit dem Bemerken wiederholt bekannt gemacht, daß mit dem Eintritt der Sperrstunden auch alle hiesigen zu Pferde oder Wagen ein- und auspassierende sich namentlich anzugehen gehalten seien. Jene Kutscher, welche an den Thoren nicht anhalten, und ihre Fremde oder nach Eintritt der Sperrstunden auch die hiesigen Einwohner, welche sie führen, nicht gehörig angeben, sollen mit einer Strafe von 1 Rthlr. unnachsichtlich belegt werden.<sup>203</sup>

Bereits 1808 wurde in einer landesherrlichen Verordnung des Großherzogs zur Beschränkung der Mobilität von vagierenden Gruppen beziehungsweise zu deren Ergreifung verordnet, dass „Landes-standes- und grundherrliche Beamte, so wie alle OrtsVorsteher und PolizeiOfficianten alles Ernstes aufgefordert [seien], bey ein- oder durchreisenden Fremden die Pässe genau zu visitiren“<sup>204</sup>.

<sup>198</sup> Karl Hauck, *Geschichte der Stadt Mannheim zur Zeit ihres Ueberganges an Baden*, Leipzig 1899, S. 87.

<sup>199</sup> Schaser, *Fremdenpolitik*, S. 146.

<sup>200</sup> Stadtrath Mannheim, 20.07.1807, in: Bernhard Dollmäscht (Hg.), *Sammlung sämmtlicher Gesetze, Verordnungen, Verfügungen und Anordnungen welche in den Markgrafschaften und in dem Großherzogthum Baden über Gegenstände der Orts-Polizei seit dem Jahre 1712 bis 1832 erschienen sind, und nach den Bestimmungen des vierten Capitels der Gemeinde-Ordnung durch die Bürgermeister vollzogen werden*. Band 1, Karlsruhe 1836, S. 462. Die Gesetzessammlung von Dollmäscht wird nachfolgend *Sammlung Dollmäscht* zitiert.

<sup>201</sup> Vgl. Feder, *Geschichte* Bd. 2, S. 54.

<sup>202</sup> Stadt-Amt Mannheim, 25.02.1812, *Sammlung Dollmäscht*, S. 139.

<sup>203</sup> Ebd., S. 139f.

<sup>204</sup> Landesherrliche Verordnung. Die Abhaltung und Beyfangung des liederlichen Gesindels betreffend, 27.05.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 125.

Im Jahr 1818 zahlten alle Fußgänger pro Überquerung zwei Kreuzer. Lediglich auswärtige Regenten und Gesandtschaften, die höchsten Personen der großherzoglichen Familie oder uniformierte Militärangehörige waren hiervon ausgeschlossen.<sup>205</sup> Statt dem Brückenzeichen erhielt der Reisende ein Personalzeichen, das „vor dem Eintritte in die Stadt, und jenseits vor dem Austritte aus der Brücke nicht vernichtet, sondern [...] innerhalb der Brücke und der Eingänge in die Stadt auf Erfordern vorgezeigt werden“<sup>206</sup> musste. Gemäß einer Verordnung vom 5. Oktober 1820 der badischen Regierung bezüglich der Erhebung von Straßengelder durfte Mannheim weiterhin autonom seine Brückengelder erheben.<sup>207</sup> Dass die Stadt ihre eigenen Verordnungen in diesem Bereich obwalten ließ, zeigte sich spätestens am 25. Juni 1823, als sie an die alten Verordnungen anknüpfte, indem sie abermals zwischen „hiesigen Einwohner[n]“<sup>208</sup> und „fremde[n] zu einer auswärtigen Gemeinde gehörige[n] Person[en]“<sup>209</sup> unterschied, wobei hier der Fremde als Auswärtiger eindeutig identifiziert und definiert wird. Während Mannheimer von den Gebühren befreit waren, zahlten Stadtfremde zu Fuß wie 1760 zwei Kreuzer.<sup>210</sup> Auch erhielten die Reisenden eine Quittung, das Geldzeichen.<sup>211</sup> Gleichfalls bedarf es hier einer exakten Definition des Begriffs der Einwohner, da weiterhin unklar ist, inwieweit die in der Stadt wohnhaften Migranten ohne Bürger- oder Beisassenrecht hierunter zählten.

Ähnlich wie in Mannheim sahen die Kontrollen in den meisten anderen Städten des Alten Reiches aus. In Kassel beispielsweise wurden die Pässe und Zeugnisse der Stadtfremden von den Torwachen kontrolliert. Unverdächtige Reisende zahlten eine Taxe und erhielten hierfür im Austausch einen Passierschein, mit welchem sie sich bei ihren Gastwirten legitimieren konnten. Persönliche Auskünfte wie Name, Alter und Heimat waren in ein Register einzutragen.<sup>212</sup> In Thüringen waren die Torwachen ebenfalls angehalten, die Stadtfremden zu befragen, um ihre Angaben mithilfe ihrer Pässe zu überprüfen. War ihr Anliegen angemessen, erhielten sie einen Torzettel, der ihren Aufenthalt in der Stadt legitimierte und bei den Gastwirten ebenfalls vorzuzeigen war.<sup>213</sup> In Köln hingegen gestaltete sich der Vorgang komplizierter: Fremde, die an der Hauptpforte der Stadt ankamen, wurden von einem Soldaten gemäß der Pfortenordnung

---

<sup>205</sup> Vgl. Domänial-Verwaltung Mannheim, 16.06.1818, Sammlung Dollmäscht, S. 261f.

<sup>206</sup> Ebd., S. 264.

<sup>207</sup> Vgl. Wegegeldverordnung, 05.10.1820, BAGVBL 18 (1820), S. 89.

<sup>208</sup> Stadtamt Mannheim, 25.06.1823, Sammlung Dollmäscht, S. 276.

<sup>209</sup> Ebd.

<sup>210</sup> Vgl. ebd.

<sup>211</sup> Vgl. ebd., S. 278f.

<sup>212</sup> Vgl. Ebert, Fremde in Kassel, S. 263.

<sup>213</sup> Vgl. Ulman Weiß, Fremde in thüringischen Städten der Frühneuzeit, in: Wilhelm Janssen/Margaret Wensky (Hgg.), Mitteleuropäisches Städtewesen in Mittelalter und Frühneuzeit, Köln 1999, S. 141–165, hier S. 143.



von 1793 zur Hauptwache begleitet. Die Auskünfte der Fremden wurden hierbei an Nachzettelschreiber weitergeleitet.<sup>214</sup>

Nichtsdestotrotz bekannte sich nicht jeder Fremde zu seinem wahren Namen. Beispielsweise verreisten viele Personen Inkognito. Dies stellt auch Richard Wrigley fest.

Zum einen wurde es von Adeligen [...] und Diplomaten aus praktischen Gründen benutzt, um etwa die zeitaufwendigen gesellschaftlichen Verpflichtungen zu umgehen [...]. Zum anderen konnte das Inkognito aber auch als eine selbstgewählte soziale Degradierung fungieren, es konnte zu einem individuellen und letztlich existenziellen Daseinsmodus werden im Sinne einer alternativen Identität<sup>215</sup>.

Über die hier definierten Arten des Inkognitos hinaus geht der Fall von Karl Ludwig Sand, der am 23. März 1819 nach Mannheim reiste und noch am selben Tag August von Kotzebue ermordete. Trotz Kontrollen an den Stadttoren und Meldepflicht der Gastwirte, die im nachfolgenden Kapitel ausführlicher erörtert wird, stieg Sand im Gasthaus *Weinberg* unter dem Namen Heinrich aus Mietau ab, um sein wahres Ich vor der obrigkeitlichen Instanz zu verbergen.<sup>216</sup> Das Verschleiern der Identität diente hier dem Ausüben einer Straftat. Gleichzeitig zeigt dieser Fall jedoch auch, wie schwer es für Torwachen und Gastwirte gewesen sein musste, die Personalien der Reisenden aufzunehmen.

Verschiedene für Mannheim, die Kurpfalz und Baden erlassene Verordnungen regelten somit den Einlass in die Stadt und selektierten die um Zutritt wünschenden Personen. Hierzu heißt es beispielsweise in den Policeyamtsverfügungen von 1773, dass „[n]iemand [...] den Aufenthalt einiger verdächtig- liederlich- und dem Staat schadhafter Personen irgendwo verstatten, sondern vielmehr dieselbe auf allen Fall alsbald fortschaffen oder dem Policey-Amt die gebührende Nachricht davon ertheihlen“<sup>217</sup> möge. Allgemein zahlten stadtfremde Reisende und Migranten, welche die Stadt zum ersten Mal betraten, egal ob sie In- oder Ausländer waren, zumeist eine geringfügig höhere Gebühr als die Bürger und Einwohner Mannheims.

---

<sup>214</sup> Vgl. Astrid Küntzel, Die Überwachung von Fremden in Köln im 18. Jahrhundert. Normen und Wirklichkeit in einer freien Reichsstadt (= PolicyWorkingPapers, Bd. 9), in: Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei im vormodernen Europa (2005). URL: [https://www.univie.ac.at/policy-ak/pwp/pwp\\_09.pdf](https://www.univie.ac.at/policy-ak/pwp/pwp_09.pdf) (15.12.2020), S. 17.

<sup>215</sup> Richard Wrigley, Protokolierte Identität. Anmerkungen über das Inkognito in der Reisepraxis und der Reiseliteratur des 18. Jahrhunderts, in: Joachim Rees/Winfried Siebers/Hilmar Tilgner (Hgg.), Europareisen politisch-sozialer Eliten im 18. Jahrhundert. Theoretische Neuorientierung – kommunikative Praxis – Kultur- und Wissenstransfer (= Aufklärung und Europa, Bd. 6), Berlin 2002, S. 209–220, hier 209.

<sup>216</sup> Vgl. Feder, Geschichte Bd. 2, S. 53.

<sup>217</sup> Stadt Mannheimer Policey-Amts-Verfügungen, was zu Handhabung gemeiner Ruhe und Sicherheit des hiesigen ganzen Publici vornemlich zu beobachten seyn wolle, Mannheim 1773, S. 5f.

### 3.3 Innerstädtische Kontrollen und Meldepflicht

Noch wichtiger waren jedoch Instrumente der Fremdenkontrolle in der Stadt. Insbesondere seit der Schleifung der Stadtmauer war die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich Stadtfremde illegal Zutritt in die Stadt verschafften. Deshalb waren vor allem die Gastwirte, aber auch Privatpersonen, die unentgeltlich Auswärtige bei sich aufnahmen, zur Verantwortung gezogen. Im Jahr 1773 verordnete die kurpfälzische Regierung, dass jeder

einkehrende- und wieder abreisende Fremde, weiß Stands und Würde selbige seyn mögen, jeden Abend und zwarn vom 1. Nov. bis letzten April vor 7. und vom 1. May bis letzten Oct. vor 9. Uhr auf das Rathaus in des Stadt-Wachtmeisters Zimmer durch ein geschriebenes Billet, worauf der Namen, der Caracter, die Zeit des Aufenthalts, und die Beschäftigung der fremden Personen, nebst Quartier bemerket<sup>218</sup>,

durch die Beherbergenden gemeldet werden sollte. Zu diesen Beherbergenden zählten sowohl alle Bürger, Beisassen und sonstigen Einwohner, wie auch die Juden und Wiedertäufer, wodurch deutlich werden sollte, dass diese Verordnung sich an ausländische und inländische Stadtfremde, insbesondere an die Reisenden, richtete. Gleichzeitig bedeutet dies, dass zumindest bei der Aufnahme von Stadtfremden, auch die Juden nicht als Fremde, sondern als zur Stadt Zugehörige wahrgenommen wurden. Die Beherbergenden mussten somit ein Formular mit dem Namen, der Aufenthaltsdauer und dem Reiseanlass im Zimmer des Stadtwachtmeisters im Rathaus in N 1 einreichen.

Im Rahmen der badischen Reform des Policywesens wurden in der Quadratestadt im Jahr 1807 erneut Policyvorschriften publiziert. An den 1773 geschaffenen Normen ergaben sich jedoch kaum Veränderungen: An der innerstädtischen Fremdenüberwachung waren alle Einwohner Mannheims beteiligt. Wer einen Stadtfremden in seiner Wohnung oder seinem Gasthaus beherbergte, selbst wenn es nur ein Verwandter war, musste diesen auf dem Policybüro melden. Privatleute mussten am Tag der Anreise bis spätestens zehn Uhr, Gastwirte bis sechs Uhr den Namen, Stand, Wohnort und die Aufenthaltszeit sowie das Abreisedatum und Informationen zu den Mitreisenden auf einem Meldeschein vermerken. Bei Verstoß gegen diese Verordnung musste je nach Härtegrad ein Bußgeld entrichtet werden. Von diesen Vorschriften war auch Gebrauch zu machen, wenn niemand an- oder abreiste. Ferner verfügte das Policyamt darüber, dass Berichte bei An- oder Abreise nach bereits durchgeführter Ablieferung der Meldezettel durch einen Nachtrag bis spätestens acht Uhr am nächsten Tag nachgereicht werden mussten.

---

<sup>218</sup> Stadt Mannheimer Policy-Amts-Verfügungen, S. 6.

Bei Nichteinhaltung dieser Regelungen oder wenn ein Stadtfremder unterschlagen oder ein falscher Name angegeben wurde, drohte ebenfalls eine Geldstrafe.<sup>219</sup>

Dass die geltenden Gesetze der Bevölkerung immer wieder „zur genauesten Nachachtung in Erinnerung“<sup>220</sup> gerufen werden mussten, lässt deutlich werden, dass viele Reisende in Mannheim heimlich beherbergt wurden und die Kontrollen in der Praxis nicht mit jener Strenge, die in den Verordnungen vorgeschrieben wurde, durchgeführt werden konnten. So werden in der *Uebersicht der Geschäfts-Führung der Grosherzoglich-Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1809* 77 Personen aufgeführt, die wegen „unterlassener oder unrichtiger Anzeige der Fremden“<sup>221</sup> belangt wurden. Erneut wurden die Mannheimer im Jahr 1819 an ihre Policeyvorschriften erinnert, da „man wahrgenommen hat, daß viele Fremde, und meistens diejenigen, welche ihren jeweiligen Aufenthalt nicht in Wirthshäusern, sondern in Privathäusern nehmen, der Polizey nicht angezeigt“<sup>222</sup> wurden. Ein Meldezettel war hierbei jeden Tag erneut einzureichen.<sup>223</sup>

1822 erschien die zweite Ausgabe der Policeyvorschriften in leicht veränderter Form. Zur Vermeidung einer Strafe musste auch ein Aufenthalt in der Quadratestadt, der über die angegebene Zeit hinaus verlängert werden sollte, zur Anzeige gebracht werden.<sup>224</sup> Ebendies war bereits zu Beginn des Jahres verkündet und im Jahr 1823 nochmals in Erinnerung gerufen worden, da die in Privathäusern logierenden Gäste oftmals nicht oder unter Angabe einer falschen Aufenthaltszeit gemeldet worden waren.<sup>225</sup> Anders als 1807 mussten Privatleute den zu logierenden Fremden erst binnen zwölf Stunden, Gastwirte bis fünf Uhr am Abend bei der Policey melden. Unverändert blieb allerdings, dass sich jeder selbst mit seinem Pass ausweisen können musste. Wer einen solchen Pass nicht vorzeigen konnte, konnte der Stadt verwiesen werden. Die Pässe wurden durch die Policey kontrolliert.<sup>226</sup> Bestraft wurde die Angabe eines falschen Namens.<sup>227</sup> Auswärtige wurden jedoch auch durch Gesetze geschützt, da Gastwirte Preisveränderungen in

---

<sup>219</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften für die Großherzoglich-Badische Haupt- und Residenz-Stadt Mannheim. Nach alphabetischer Ordnung, Mannheim 1807, S. 23f. Die Vorschriften werden nachfolgend als *Polizey-Vorschriften (1807)* zitiert.

<sup>220</sup> Stadtamt Mannheim, 04.12.1813, Sammlung Dollmäscht, S. 140.

<sup>221</sup> Uebersicht der Geschäfts-Führung der Grosherzoglich-Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1809, BAGVBL 8 (1810), Beilage.

<sup>222</sup> Stadtamt Mannheim, 08.09.1819, Sammlung Dollmäscht, S. 141.

<sup>223</sup> Vgl. ebd., S. 142.

<sup>224</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften für die Großherzoglich-Badische Hauptstadt Mannheim, 2., mit den neuen Verordnungen und Vorschriften, auch der allgemeinen Bau-Ordnung für die Stadt Mannheim vermehrte Auflage, Mannheim 1822, S. 39. Nachfolgend zitiert als *Polizei-Vorschriften (1822)*.

<sup>225</sup> Vgl. Stadtamt Mannheim, 04.01.1822, Sammlung Dollmäscht, S. 143; Stadtamt Mannheim, 17.01.1830, Sammlung Dollmäscht, S. 147.

<sup>226</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1807), S. 65f.; Polizei-Vorschriften (1822), S. 95f.

<sup>227</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1807), S. 23; Polizei-Vorschriften (1822), S. 39, S. 136.

Kost und Logie transparent halten mussten. Darüber hinaus mussten sie die Rechnungen ihrer fremden Gäste in ein Hausbuch eintragen und auf Verlangen vorzeigen können.<sup>228</sup>

Konsequent, auch wenn hierzu keine zeitgenössischen Überlieferungen mehr existieren, erscheint, dass die Meldezettel als Grundlage der Fremdenlisten dienten. Die Fremdenlisten enthalten wie die Meldezettel die Namen und die Unterkunft eines ankommenden oder durchreisenden Fremden von Stand sowie dessen Herkunftsort und darüber hinaus sogar Angaben zu dessen Beruf sowie Begleitung. Dabei handelt es sich um In- und Ausländer. Dass die Fremdenlisten selten Angaben zu passierenden Reisenden, Estafetten oder Geldwägen aufweisen, die keine Unterkunft in Mannheim in Anspruch nahmen, kann als Indiz hierfür herangezogen werden, dass diese Informationen aus dem Policeybüro stammten und nicht aus den von Gastwirten oder Privatpersonen geführten Besucherbüchern.<sup>229</sup> Diesen Schluss lassen auch die Fremdenlisten, die in der Mannheimer Zeitung *Badisches Magazin* veröffentlicht wurden, zu: Das *Badische Magazin*, das während der Verbotsstufe unter Napoleon entstanden und für die Druckerei Kaufmann und Friedrich als Entschädigung für bereits eingestellte Zeitungen gedacht war, erschien von 1811 bis 1813 und druckte in den ersten zwei Jahren ebenfalls Fremdenlisten ab. Eine Stichprobe der Rubriken der beiden Blätter zeigte, dass beide Druckereien Zugang zur gleichen Quelle gehabt haben mussten, da sich der Inhalt der Rubriken häufig gleicht. Dass ursprünglich eine externe Quelle genutzt wurde und keines der beiden Blätter vom anderen abschrieb, belegen die wenigen Namen, die nur in einem der Blätter abgedruckt wurden. Die Meldezettel könnten somit auf dem Policeyamt zusammengetragen und dann an die Druckerei des Bürgerhospitals weitergegeben, um dort als amtliche Bekanntmachung unentgeltlich in der Rubrik *Angekommene Fremde* veröffentlicht worden sein.<sup>230</sup>

Allerdings änderte sich im Jahr 1818 diese Praxis. Zwischen 1814 und 1817 wurden lediglich vier der Mannheimer Gasthäuser im Intelligenzblatt abgedruckt; die Einrückung hingegen weiterer Gaststätten rechtfertigte Franz Wendelin Cordon, der als Faktor für die technische Herstellung und das Anzeigenweisen zuständig war, damit, dass die

Aufnahme der hier angekommenen Fremden in das hiesige Intelligenzblatt [...] schon zu manchen Unannehmlichkeiten und Beschwerden Anlaß gegeben [hat], welchen nicht anderst abgeholfen werden konnte, als dadurch, daß die Fremden aus allen hiesigen Gasthäusern in das Blatt eingerückt wurden, wie solches seit einiger Zeit geschehen ist.<sup>231</sup>

---

<sup>228</sup> Vgl. Polizey-Vorschriften (1807), S. 23, S. 83.

<sup>229</sup> Auch Jochen Ebert nimmt, allerdings ohne näher darauf einzugehen, diesen Ursprung der Fremdenlisten an, vgl. Ebert, *Fremde in Kassel*, S. 263–267.

<sup>230</sup> Vgl. Pister, *Zum Quellenwert von Fremdenlisten*, S. 23f.

<sup>231</sup> Circulare von Cordon, 20.12.1818, MARCHIVUM, Katholisches Bürgerhospital, Zug. 2/1967, Nr. 8.

Die Rubrik verursache jedoch „sehr bedenkende[n] Kosten Aufwand an Saz und Druck“, weshalb man nicht länger gewillt sei, „den Artikel der angekommenen Fremden künftig unentgeltlich [sic!] aufzunehmen.“<sup>232</sup> Die Kosten für die Einrückung einer Zeile setzte Cordon auf einen Kreuzer fest.<sup>233</sup> Die Meinung der Gastwirte bezüglich des Abdruckes ihrer Gäste war geteilt: So sah beispielsweise Herrn Wermerskirch, Wirt des Gasthauses *Drei Könige*, die städtischen Policeybehörden in der Verantwortung, während der Wirt des Gasthauses *Goldenes Schaf* sich weigerte, zukünftig Stadtfremde gegen Gebühr einzurücken. Bis auf Herrn Sachs, Wirt des *Weinbergs*, welcher der günstigen Zahlung zustimmte, waren jene Gastwirte, die bislang in den Intelligenzblättern erschienen waren, wie auch der Wirt des *Schwarzen Bär*s von der Bezahlung des Abdruckes ihrer im Haus übernachtenden Gäste nicht angetan, wobei Herr Nöll, Wirt des Gasthauses *Silberner Anker*, erst einmal die Antworten seiner Kollegen abwarten wollte. Die Wirte der Gasthäuser *König von Preußen*, *Zweibrücker Hof*, *Mainzer Hof*, *Schwarzer Löwe* und *Goldene Gans* hingegen waren bereit, die Einrückungsgebühren in Höhe eines Kreuzers pro Zeile aufzuwenden, während Herr Renkert des *Viehhofs* ebenfalls auf die Antworten der vier erstgenannten hatte warten wollen.<sup>234</sup> Die Zahlungsbereitschaft der letztgenannten Gastwirte kann nur damit erklärt werden, dass diese primär an den mit der Einrückung verbundenen Marketingeffekten interessiert waren. Dabei konnte sich ein Gasthaus mit der Stellung eines zu beherbergenden Stadtfremden, quasi mit seiner Prominenz, schmücken, um so wiederum neue Gäste anzuziehen. Wieso die Gastwirte der großen Gasthäuser nicht weiter an der Einrückung der Stadtfremden interessiert waren, kann abschließend nicht geklärt werden. Von Interesslosigkeit, über die Höhe der Einrückungsgebühren bis hin zum Datenschutz ihrer Gäste oder gar, weil sie auf die Werbung nicht angewiesen waren, erscheinen viele Beweggründe plausibel.

Allerdings wurde die Rubrik nur wenige Monate später nach Umbenennung des Intelligenzblattes in *Mannheimer Tageblätter* im Jahr 1819 eingestellt. Dass das Stadtamt die Zahlung verweigerte, da der Abdruck der Namen nicht policeylich nötig sei, stützt die These, dass das Intelligenzblatt die Informationen zu den Fremdenlisten lange von städtischer Seite aus bezogen hatte und möglicherweise sogar kostenlos abdrucken musste.<sup>235</sup> Ob in den Jahren zuvor gar eine Abkehr von den städtischen Meldezettel hin zu den von Gastwirten privat geführten Besu-

<sup>232</sup> Circulare von Cordon, 20.12.1818, MARCHIVUM, Katholisches Bürgerhospital, Zug. 2/1967, Nr. 8.

<sup>233</sup> Vgl. ebd.; Cordon an Vorstand, 27.12.1818, MARCHIVUM, Katholisches Bürgerhospital, Zug. 2/1967, Nr. 159.

<sup>234</sup> Vgl. Circulare von Cordon, 20.12.1818, MARCHIVUM, Katholisches Bürgerhospital, Zug. 2/1967, Nr. 8.

<sup>235</sup> Vgl. Anette Schönfeldt, „... hierzu gehöret mehr Kenntniß als Anno 1789. Die Druckerei des Katholischen Bürgerhospitals Mannheim in der Zeit des Umbruchs 1789–1819 (= Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Bd. 35), Mannheim 2008, S. 63f.

cherbüchern stattfand, geht aus den Quellen nicht hervor. Dass dieses Vorgehen nicht ungewöhnlich war, belegt Hugo Schuchardt für die Grazer Hotels<sup>236</sup>, allerdings lässt die Absenz von privaten Unterkünften sowie der passierenden Fremden, Estafetten und Geldwägen seit 1807 auch auf die Gastwirte als Quelle für die Fremdenlisten zurückschließen.

Dass sich die Fremdenpolitik der Städte „bei allen Eigen- und Besonderheiten durch übereinstimmende rechtlich-ökonomische Leitlinien“<sup>237</sup> ausgezeichnet habe, stellt Angelika Schaser fest. In Thüringen sollten die Gastwirte die Logierzettel beim Bürgermeister oder Kommandanten der Hauptwache abliefern. Gleichzeitig zählte es zu ihren Pflichten, den Reisenden zu visitieren. Dragoner oder Bürgersoldaten hingegen sollten abends die Gasthäuser aufsuchen, um die Richtigkeit der Logierzettel zu prüfen.<sup>238</sup> In Wesel überwachte man Stadtfremde seit dem 15. Jahrhundert mit Hilfe der Meldepflicht der Gastwirte.<sup>239</sup> Ähnlich war es in Köln: Die Gastwirte wurden durch Bürgerhauptmänner kontrolliert. Die Auskünfte der Fremden wurden darüber hinaus entweder über die Hauptwache oder über die Burggrefen unter dem Rathaus an die Nachtzettelschreiber weitergeleitet.<sup>240</sup> Gemäß Astrid Küntzel waren jedoch zu viele Instanzen in die Überwachung von Fremden eingebunden, sodass sie kaum zielgerichtet handeln konnten.<sup>241</sup> Zu diesem Urteil kommt auch Karl Härter: „Die Praxis der Migrationssteuerung war [...] durch einen flexiblen Umgang und exemplarische Sanktionen geprägt, wobei die Wirkung repressiver Maßnahmen und Strafen auf die Lebenswelt der Migrierenden nicht unterschätzt werden sollte.“<sup>242</sup> Normen, Maßnahmen und Instrumente der Mobilitätssteuerung beschränkten sich jedoch nicht nur auf die Anreise und die Überwachung vor und innerhalb der Stadt, sondern erstreckten sich auch auf ganz spezifische Gruppen von Stadtfremden.

---

<sup>236</sup> Vgl. Schuchardt, Über Fremdenlisten.

<sup>237</sup> Schaser, Fremdenpolitik, S. 149.

<sup>238</sup> Vgl. Weiß, Fremde in thüringischen Städten, S. 143f.

<sup>239</sup> Vgl. Giebmeier, „Die übertriebensten und schändlichsten Forderer“, S. 575.

<sup>240</sup> Vgl. Küntzel, Überwachung, S. 17.

<sup>241</sup> Vgl. ebd., S. 10.

<sup>242</sup> Härter, Steuerung von Migration, S. 86.

#### 4. Reiseziel Mannheim: Aufnahme von Gästen

Trotz der Übersiedlung des kurpfälzischen Hofes und des damit einhergehenden kulturellen und wirtschaftlichen Niederganges der einstigen Residenzstadt war Mannheim ein attraktives Ziel für Reisende geblieben. Für Helmina von Chézy gehörte die Quadratestadt im Jahr 1816 zu jenen Städten, „die eben so dem Reisenden vorübergehend gefallen, als sie auch den Einheimischen nie ermüden und ganz in die Gränzen der Stadt einengen.“<sup>243</sup> In den Mannheimer Policeyamtsverfügungen werden im Jahr 1773 Reisende als „einkehrende- und wieder abreisende Fremde, weiß Stands und Würde selbige seyn mögen“<sup>244</sup> definiert – Fremde demzufolge, die sich in Mannheim nur für einen bestimmten, meist zeitlich begrenzten Zeitraum aufhielten. Als fremde Reisende waren aus Sicht der Stadt Mannheim In- und Ausländer zu verstehen, die sowohl vor als auch in der Stadt strengen Kontrollen unterlagen.<sup>245</sup> Von den Migranten unterschied sie, dass sie keinen Haushalt in Mannheim führten und häufig in den Gasthäusern der Stadt logierten.<sup>246</sup> Ein spezifischer Rechtsstatus, den Reisende in der Kurpfalz innehatten, ist allerdings nicht bekannt. Das sechste Konstitutionsedikt *Die Grundverfassung der verschiedenen Stände betreffend* des Großherzogtums Baden vom 4. Juni 1808 legte dann allerdings Rechte und Pflichten für die verschiedenen Stände, und demnach auch für die Reisenden, fest. Dabei verstand der badische Staat hierunter Personen, die

eine offene Heimath und einen nachfolgenden Herrn haben, das ist, welche noch wirklich Bürger oder Angehörige eines andern Staats sind, in welchem zurückzukehren sie nichts hindert, und welche daher auch in der Fremde dem Vertretungsrecht und der RückrufsBefugnis ihres Regenten unterliegen, somit das Land als Reisende betreten<sup>247</sup>.

Als fremde Gäste waren sie befugt, bewegliche Güter zu erwerben und mit Erlaubnis zu exportieren; wie Staatsbürger waren sie gegen Beleidigungen rechtlich abgesichert und ihnen oblag die Benutzung aller „Anstalten“ im Staat, solange sie hiervon nicht ausdrücklich ausgeschlossen waren. Um ferner als Reisende anerkannt zu werden, mussten sie sich „gästlich“<sup>248</sup> verhalten: Staatsangehörigen des Großherzogtums Baden durften sie keinen Schaden zufügen, sie mussten die Gesetze achten und sich selbst stets und ihre Reisezwecke ausweisen können. Im Gegenzug hierzu wurden ihnen die allgemeinen Menschenrechte im Großherzogtum Baden zuerkannt.<sup>249</sup> Während das sechste Konstitutionsedikt lediglich

---

<sup>243</sup> Chézy, Wegweiser für Reisende und Freunde, S. 3.

<sup>244</sup> Stadt Mannheimer Policey-Amts-Verfügungen, S. 6.

<sup>245</sup> Vgl. hierzu Kapitel 3. *Anreisemodalitäten und Überwachungsmechanismen*.

<sup>246</sup> Hierzu auch Karstens, Ständeordnung und Territorialstaat, S. 249.

<sup>247</sup> Sechstes Konstitutionsedikt „die Grund Verfassung der verschiedenen Stände betreffend“, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 148.

<sup>248</sup> Ebd., S. 145.

<sup>249</sup> Vgl. ebd., S. 145f.

Reisende als Ausländer begreift, so sind auf lokaler Ebene weiterhin auch Inländer als Reisende zu verstehen, wie auch ihre zeitgenössische Erfassung in den Fremdenlisten bestätigt. Gemäß dem sechsten Konstitutionsedikt hatten sie den rechtlichen Status eines Staatsbürgers inne.<sup>250</sup> Die bearbeiteten und ausgewerteten Fremdenlisten ermöglichen es im folgenden Kapitel, den Fremdenverkehr der Stadt Mannheim abzubilden. Anhand der Handelsreisenden werden obrigkeitliche Steuerungsmaßnahmen und vor allem der Umgang mit Reisenden konkretisiert. Ego-Dokumente der einzelnen Reisenden, die im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert Mannheim besuchten, sollen hingegen die Eindrücke dieser Reisenden von Mannheim, speziell des Verhaltens der Mannheimer Bewohner ihnen als Reisenden gegenüber, offenbaren.

## 4.1 Frequentierung der Quadrate

In der Quadratestadt übernachteten zwischen 1807 und 1818 rund 56 200 Reisende in den 17 im *Mannheimer Intelligenzblatt* inserierten Gasthäusern (siehe Abb. 1). Hierunter befanden sich beispielsweise Gäste aus den britischen Kronkolonien, den Vereinigten Staaten von Amerika oder dem Osmanischen Reich. Im Durchschnitt waren dies circa 4 300 Reisende pro Jahr, die sich größtenteils auf die Gasthäuser *Drei Könige*, *Goldenes Schaf*, *Silberner Anker* und *Weinberg* verteilten. Der *Pfälzer Hof* war nur vier Jahre, die Gasthäuser *Mainzer Hof* und *Schwarzer Löwe* waren hingegen neun Jahre lang im Intelligenzblatt vertreten. Die Kombination der bereits geäußerten Problematik der subjektiven Auswahl von Reisenden und Gasthäusern in den Mannheimer Fremdenlisten führte allerdings womöglich zu der Differenz zwischen den im Intelligenzblatt und den in der Übersicht der badischen Policeykommission in Mannheim von 1808 angegebenen Beherbergungen. Letztere beziffern die Reisenden des Jahres 1808 nämlich mit 37 625 Personen, während in den Fremdenlisten nur insgesamt 4 879 Reisende abgedruckt wurden.<sup>251</sup>

Zum gleichen Zeitpunkt dürfte es in der Quadratestadt rund 70 Gasthäuser<sup>252</sup> gegeben haben. Legt man die in der Geschäftsführung der Policeykommission veröffentlichten Zahlen zugrunde, würde dies rund 550 Gäste pro Gasthaus bedeuten. Diese Zahl scheint weder zu tief noch zu hoch gegriffen zu sein, da gemäß den Fremdenlisten allein im *Silbernen Anker* rund

---

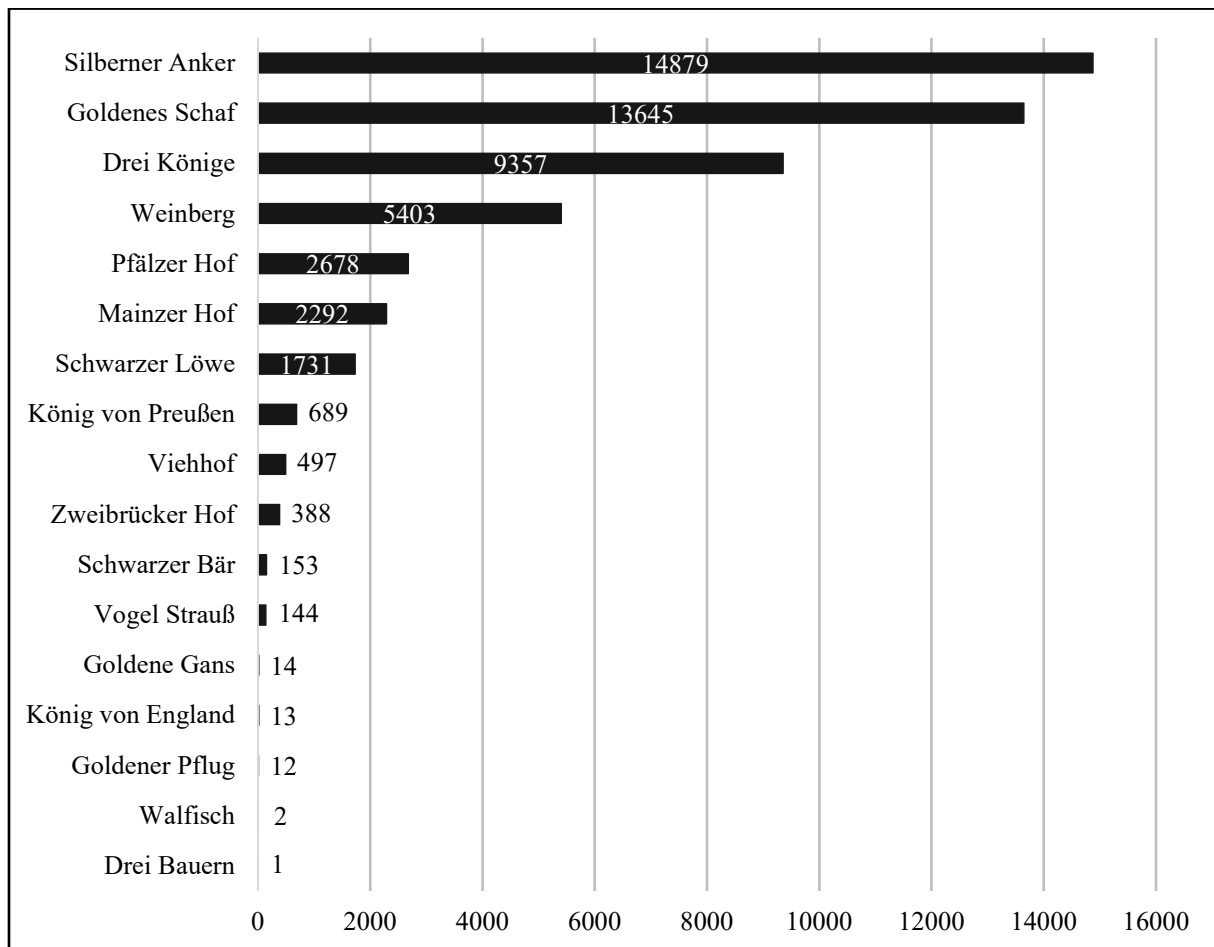
<sup>250</sup> Zum badischen Staatsbürgerrecht siehe Kapitel 5. *Aufenthaltort Mannheim: Aufnahme von Migranten*.

<sup>251</sup> Vgl. Geschäftsführung der Grosherzoglich Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1808, BAGVBL 7 (1809), Beilage.

<sup>252</sup> Für das Jahr 1814 zählte Mannheim 69 Gasthäuser und 47 Straußwirtschaften. Siehe hierzu Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 40. Im Jahr 1822 waren es bereits 150 öffentliche Gasthäuser. Hierzu bspw. Hirsch, In „kargen Zeiten“, S. 69.



1 200 Gäste pro Jahr übernachteten. Aus Gründen der Stringenz und Kontinuität wird der Fremdenverkehr somit in diesem Unterkapitel lediglich anhand der Gäste der Häuser *Drei Könige*, *Goldenes Schaf*, *Silberner Anker* und *Weinberg* beziffert. Hier kann davon ausgegangen werden, dass die Erfassung weitestgehend vollständig zwischen 1807 und 1818 erfolgte. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei den verwendeten Zahlen, da sie nur einen Teil der Wirklichkeit abbilden, lediglich um Tendenzen, die es dennoch vermögen, diese Wirklichkeit realitätsnah abzubilden.



**Abb. 1** Belegung der Gasthäuser (1807–1818)<sup>253</sup>

Die vier Gasthäuser *Drei Könige*, *Goldenes Schaf*, *Silberner Anker* und *Weinberg* beherbergten zwischen 1807<sup>254</sup> und 1818 insgesamt 43 284 Gäste und somit durchschnittlich rund 3 600 Personen pro Jahr.<sup>255</sup> Die meisten Reisenden verzeichnete Mannheim in den Jahren 1816 und 1818, gefolgt von den Jahren 1812 und 1814. Neben Kaufleuten und Angehörigen militärischer

<sup>253</sup> Eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank *Mannheimer Fremdenlisten (1791, 1792, 1807–1818)* auf Basis der Rubrik *Ankommende Fremde* des *Mannheimer Intelligenzblattes*.

<sup>254</sup> Die Einrückung der Stadtfremden beginnt erst am 1. März 1807.

<sup>255</sup> Die Fremdenlisten der Jahre 1791 und 1792 werden in 5.4 *Französische Emigranten 1791/92* analysiert.

Truppenverbände hielten sich in Mannheim vor allem Angestellte, Beamte und Dienstpersonal aus dem höfischen, städtischen und staatlichen verwaltungstechnischen Umfeld auf. Akademiker, Kleriker, Künstler oder Studenten waren eher in der Unterzahl. Insgesamt waren auch die Frauen unterrepräsentiert, denn neben einigen Künstlerinnen reisten kaum Frauen in die Quadratestadt. So waren nur 1 382 aller Reisenden weiblichen Geschlechts. Die Frauen zählte man allgemein in der Frühen Neuzeit zu den „Nichtreisenden“<sup>256</sup>, möglicherweise ist die geringe Anzahl an Frauen in den Fremdenlisten jedoch auch auf den Anspruch der Herausgeber, nur Standespersonen abzudrucken, zurückzuführen. Zu den wenigen Frauen deren Aufenthalt in Mannheim belegt werden kann, zählten beispielsweise Fräulein Seckendorff und Hohl, zwei Stiftsdamen aus Pforzheim,<sup>257</sup> oder die französischen Offiziersfrauen Daunemg und Düveries.<sup>258</sup> Unter ihnen war jedoch auch Julie Antoinette May, die Frau von Julius Bernhard Engelmann, einem deutschen Pädagogen und Autor. Zusammen reisten sie am 17. Mai 1812 in Begleitung eines Kindermädchens und zwölf Zöglingen der 1807 gegründeten Töchterschule *Charlotte Augusta Christiana Bunsen* von Frankfurt am Main nach Mannheim.<sup>259</sup> Anders als May reisten nur wenige Frauen in Begleitung eines nahen Anverwandten, wie Jochen Ebert konstatiert.<sup>260</sup> Ungeachtet der reisenden Frauen ist ein Zusammenschluss mehrerer Personen zu einem Wagenzug nicht ungewöhnlich, wie sich auch aus den Fremdenlisten ableiten lässt. Reisegruppen bildeten sich beispielsweise aufgrund der schlechten Straßenverhältnisse, wobei es häufig der Hilfestellung anderer Reisender benötigte,<sup>261</sup> oder aufgrund gemeinsamer Fahrten in Kutschen.

Bei aller Vielfalt treten jedoch drei Monate hervor, in welchen Mannheim bevorzugt von all diesen Reisenden als Reiseziel auserkoren wurde. Dies waren die Monate Mai, September und Oktober (siehe Abb. 2). Im Mai und um den Michaelistag am 29. September fanden zwei große Messen statt, die mit ihren Attraktionen nicht nur Händler, sondern auch Schaulustige in die Quadratestadt zogen. Dagegen waren die Monate Januar und Februar im Vergleich zu den Herbst- und Wintermonaten Oktober, November und Dezember eher weniger frequentiert, was jedoch durchaus auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen sein dürfte. Dass sich während der Karnevalszeit besonders viele Personen in der Stadt Mannheim aufhielten, wie Friedrich

---

<sup>256</sup> Annegret Pelz, Reisen Frauen anders? Von Entdeckerinnen und reisenden Frauenzimmern, in: Hermann Bausinger/Klaus Beyrer/Gottfried Korff (Hgg.), Reisekultur. Von der Pilgerfahrt zum modernen Tourismus, München 1991, S. 174–178, hier S. 174.

<sup>257</sup> Vgl. MIB 32 (19.04.1791).

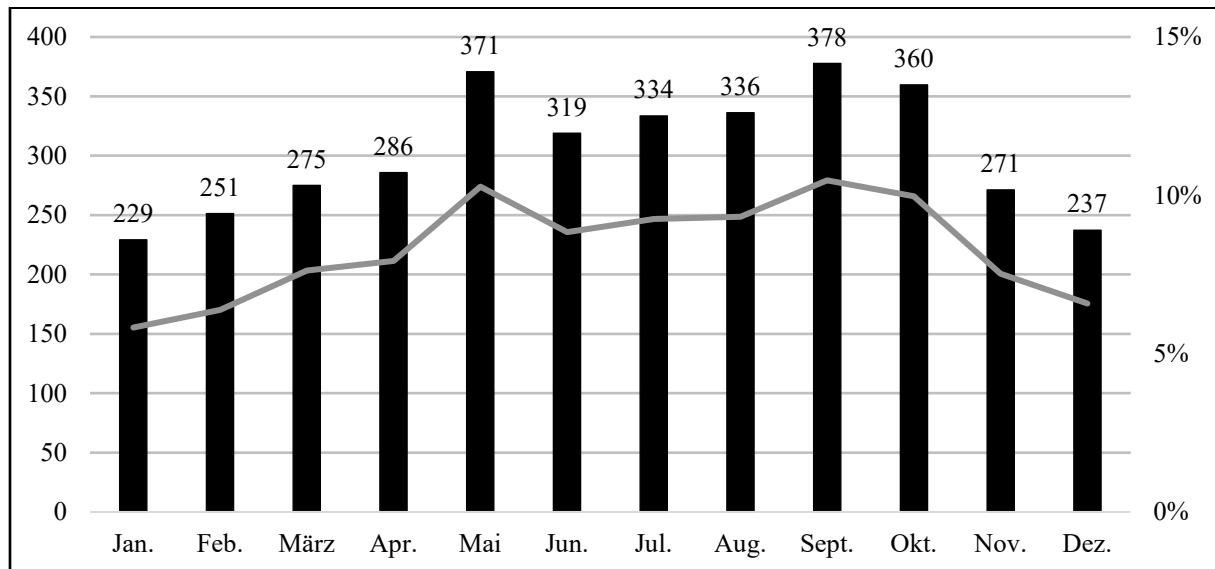
<sup>258</sup> Vgl. MIB 31 (18.04.1809).

<sup>259</sup> Vgl. MIB 41 (22.05.1812); Hans Hermann Fries, Art. „Engelmann, Julius Bernhard“, in: BBKL 33, Nordhausen 2012, Sp. 383–390.

<sup>260</sup> Vgl. Ebert, Fremde in Kassel, S. 271.

<sup>261</sup> Vgl. Boegl, Straßen der Pfalz, S. 67.

Walter in seiner Stadtgeschichte ausführt, kann anhand der Fremdenlisten allerdings nicht belegt werden.<sup>262</sup>



**Abb. 2** Durchschnittliche Belegung der im *Drei Könige*, *Goldenen Schaf*, *Silbernen Anker* und *Weinberg* übernachtenden Reisenden (1807–1818)<sup>263</sup>

Was die Herkunft der in Mannheim Beherbergten (vgl. Tab. 1) betrifft, so wird ersichtlich, dass die meisten Stadtfremden mit einer Anzahl von 6 248 Personen aus dem Königreich Bayern stammten, dicht gefolgt von Reisenden aus Baden, Frankfurt und Hessen. Erst an fünfter Stelle folgten Reisende aus Preußen, an sechster und siebter Stelle aus Frankreich und Württemberg. Eine Handvoll von Reisenden kam zudem aus exotischeren Ländern, wie der Gesandte Mustapha aus Konstantinopel oder drei Herren aus Kapstadt. Ein Blick auf die Herkunftsorte<sup>264</sup> der Beherbergten offenbart jedoch, dass die meisten Reisenden aus der Nähe Mannheims stammten: Auf Frankfurt mit 5 689 Personen folgten Heidelberg (1 708), Karlsruhe (1 496), Mainz (1 237) und Straßburg (1 229).<sup>265</sup> Rund ein Viertel aller zwischen 1807 und 1818 in Mannheim

<sup>262</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 682.

<sup>263</sup> Eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank *Mannheimer Fremdenlisten (1791, 1792, 1807–1818)* auf Basis der Rubrik *Ankommende Fremde* des *Mannheimer Intelligenzblattes*.

<sup>264</sup> Da die Datenbank sowohl Angaben zu den Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorien als auch den Herkunfts- bzw. Aufenthaltsorten enthält, können beide Attribute voneinander getrennt ausgewertet werden. Prozentuale Unterschiede ergeben sich, da nicht für jeden Reisenden Daten zum Ort und/oder Land bzw. Territorium verfügbar sind, sich die Daten im Feld aufsummieren und bei der Nennung von Orten zumeist nur eine Handvoll dieser Orte genannt werden kann. Deshalb ist es in der vorliegenden Arbeit auch ein Anliegen, die Reisenden anhand ihrer Aufteilung in Kategorien zu analysieren.

<sup>265</sup> Nicht für jeden Reisenden in den Mannheimer Fremdenlisten ist ein Herkunftsort oder Herkunftsterritorium bzw. -land verzeichnet. So fehlen zwischen 1807 und 1818 bei 4 308 Reisenden Angaben zum Herkunftsort, wäh-

beherbergten Stadtfremden reisten somit aus den fünf letztgenannten Städten in die Quadratestadt.<sup>266</sup> Zwischen den einzelnen Gruppen an Reisenden sind bei den zurückgelegten Distanzen nur geringfügige Unterschiede zu erkennen, die einer expliziten Darstellung entbehren.

**Tab. 1** Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorien der im *Drei Könige*, *Goldenen Schaf*, *Silbernen Anker* und *Weinberg* übernachtenden Reisenden (1807–1818)<sup>267</sup>

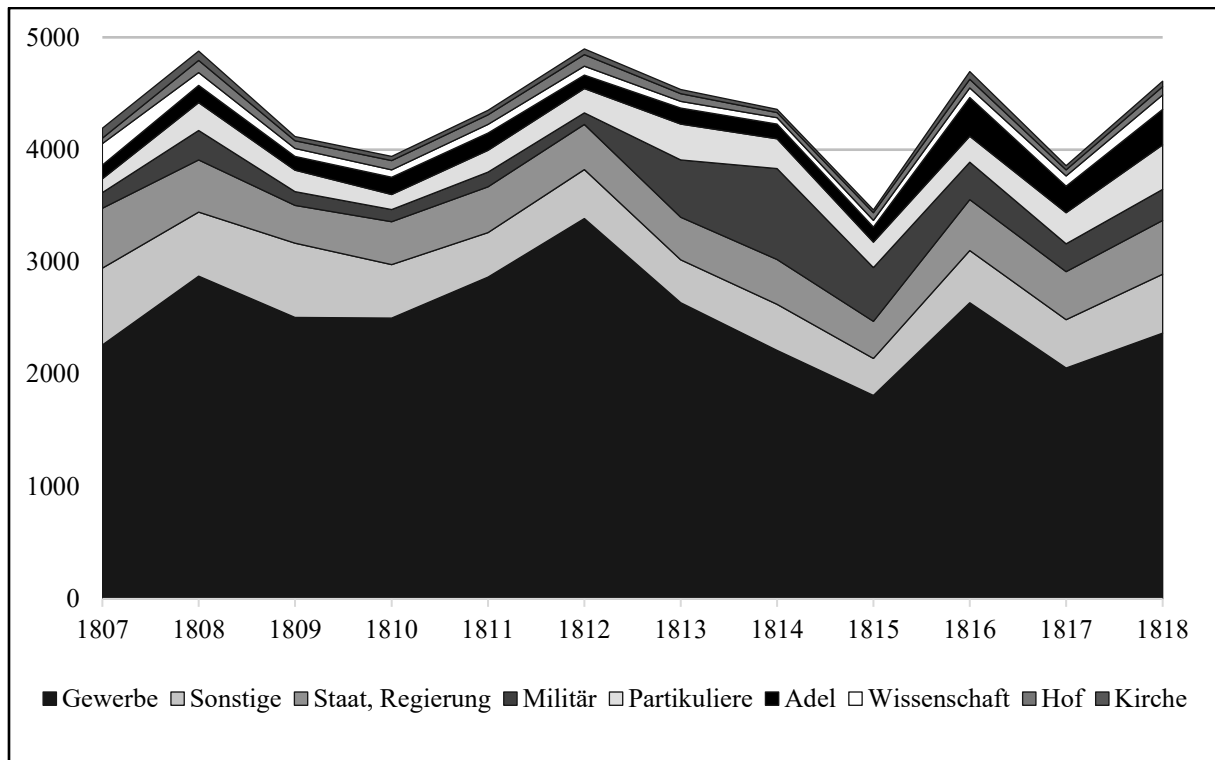
Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorium	Anzahl	Anteil
Königreich Bayern	6 248	14,43%
Großherzogtum Baden	5 907	13,65%
Freie Stadt Frankfurt	5 601	12,94%
Großherzogtum Hessen	4 673	10,80%
Königreich Preußen	3 705	8,56%
Königreich Frankreich	2 732	6,31%
Königreich Württemberg	1 736	4,01%
Schweizerische Eidgenossenschaft	1 226	2,83%
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Irland	689	1,59%
Königreich der Vereinigten Niederlande	663	1,53%

Die Fremdenlisten erlauben jedoch nicht nur einen Überblick über den Mannheimer Fremdenverkehr, sondern können diesen auch im Zeitverlauf exakt abbilden. Dennoch sollten Aussagen, welche die historischen Umstände in Verbindung mit der auf Basis der Fremdenlisten erstellten Fremdenverkehrsstatistik stellen, immer nur hypothetisch bleiben. So sind Ursachen für Schwankungen in den Gästezahlen nicht immer auf äußere Bedingungen wie Umweltkatastrophen, politische Umwälzungen oder innerstädtische Festivitäten zurückführen, Schwankungen teilweise zu gering, um Aussagen hineinzudeutieren, oder trotz aller Vorsicht bei der Bearbeitung und Auswertung die Fremdenlisten als Quelle zu fehleranfällig. Nichtsdestotrotz werden in diesem Kapitel einzelne Gruppierungen von Reisenden sowie Einzelpersonen im Zeitverlauf betrachtet (siehe Abb. 3), um insbesondere Informationen zu ihrem Reiseverhalten und Aufenthalt in Mannheim zu gewinnen.

rend bei 3 687 dieser Reisenden auch kein Herkunftsterritorium verzeichnet wurde. Viele Personen erhielten dennoch eine Militär- oder Dienstzugehörigkeit, sodass es lediglich bei 435 Personen gar keinen Anhaltspunkt auf eine territoriale Zugehörigkeit gibt.

<sup>266</sup> Vgl. Anhang, 8.1.1 *Auswertung*, Tab. 15.

<sup>267</sup> Eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank *Mannheimer Fremdenlisten (1791, 1792, 1807–1818)* auf Basis der Rubrik *Ankommende Fremde* des *Mannheimer Intelligenzblattes*.



**Abb. 3** Gliederung der im *Drei Könige*, *Goldenen Schaf*, *Silbernen Anker* und *Weinberg* übernachtenden Reisenden (1807–1818)<sup>268</sup>

Das Jahr 1807 markiert in der Mannheimer Stadtgeschichte das 200. Stadtjubiläum. Doch statt großer Feierlichkeiten, wie man sie hundert Jahre zuvor beging, richtete man am 24. Januar neben den Gottesdiensten zwei öffentliche historische Vorträge und die Jubelmesse mit Volksbelustigung aus. Die Zurückhaltung schien nicht verwunderlich, war die Stadt noch immer in den Kriegswirren des ausgehenden Jahrhunderts gefangen. Erst in Anwesenheit des von der Armee zurückgekehrten Erbgroßherzogs Karl Ludwig Friedrich von Baden und seiner Gemahlin Stéphanie de Beauharnais (1789–1860), Adoptivtochter von Napoleon Bonaparte, veranstaltete die Stadt im Juli und August mehrere Feste.<sup>269</sup> Die Monate Mai, Juni und Juli 1807 waren auch, zusammen mit September und Oktober, die am stärksten frequentierten Monate dieses Jahres. Dies mag nicht nur an den bereits erwähnten Märkten gelegen haben, sondern ebenfalls am königlichen Besuch. Zwischen dem 21. und 23. September beherbergte der *Pfälzer Hof* Herzog Wilhelm in Bayern (1752–1837) mit seiner Frau Maria Anna von Pfalz-Zweibrücken (1753–1824) sowie dessen Sohn Pius August in Bayern (1786–1837) und Schwiegertochter Amalie Luise (1789–1823).<sup>270</sup> Im April 1809 nächtigten sie abermals im *Pfälzer Hof*.<sup>271</sup>

<sup>268</sup> Eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank *Mannheimer Fremdenlisten (1791, 1792, 1807–1818)* auf Basis der Rubrik *Ankommende Fremde* des *Mannheimer Intelligenzblattes*.

<sup>269</sup> Vgl. Feder, Geschichte Bd. 2, S. 30.

<sup>270</sup> Vgl. MIB 77 (25.09.1807).

<sup>271</sup> Vgl. MIB 34 (28.04.1809).

Zeitgleich war auch Elisabeth Alexandrine von Württemberg (1802–1864)<sup>272</sup>, die Tochter des Herzogs Ludwig von Württemberg, und wenige Tage später Ernst I. von Sachsen-Coburg-Gotha (1784–1844), zu diesem Zeitpunkt noch Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld, und sein Bruder der spätere König Leopold I. von Belgien (1790–1865)<sup>273</sup> zu Besuch.

Im Jahr 1808 war das Stimmungsbild in der Stadt unverändert. Obwohl Napoleon bereits 1805 Karl Friedrich von Baden versicherte, die Quadratestadt von Durchmärschen und Einquartierungen auszunehmen, hielten sich die Truppenführer nicht daran. Die Gastwirte blieben indes häufig auf ihren Kosten sitzen. Der Wirt des *Pfälzer Hofes*, Johann Georg Renner, legte der Stadt eine Rechnung von rund 11 000 Gulden zur Begleichung vor. Sein Vater Johann Heinrich Renner hatte das am Paradeplatz gelegene Eckhaus in Quadrat D 1 im Jahr 1750 gekauft und noch im gleichen Jahr das Gasthaus *Pfälzer Hof* eröffnet, das gemäß Harald Stockert vor allem bei den französischen Offizieren äußerst beliebt war.<sup>274</sup> Nach dem Tod des Ehepaars ging im Jahr 1770 das Gasthaus an ihren Sohn über, der durch den Zukauf von Nachbargrundstücken den *Pfälzer Hof* weiter ausbaute.<sup>275</sup> Den Fremdenlisten der Jahre 1808 bis 1810 ist dieser Sachverhalt auch zu entnehmen. Rund neun Prozent aller Gäste des *Pfälzer Hofes* waren Militärangehörige, darunter Badener, Hessen und Franzosen sowie im Jahr 1810 Bayern. Mehrheitlich handelte es sich um Generale, Kapitäne, Leutnants, Majore, Obristen und Offiziere. Vergleichsweise nahm das *Drei Könige*, das zur gleichen Zeit fast genauso viele Personen beherbergte, zwar weniger Militärangehörige, aber stattdessen doppelt so viele Handelsleute auf. Anzunehmen ist jedoch auch, dass ein Großteil des niederen Militärs gar nicht erst in der Stadt, sondern in Kasernen einquartiert oder von Privatleuten beherbergt wurde. Möglicherweise sah man allerdings auch von einem Teil der Veröffentlichung von etwaigen Militärangehörigen ab, da sie zu viel Unruhe in die städtische Gemeinschaft brachten. Zu General Rouyer, der vom 10. bis 18. Januar 1809 im *Pfälzer Hof* nächtigte und auf Kosten der Stadt eine Rechnung von 1 000 Gulden hinterließ, schreibt Heinrich von Feder nämlich, „zu alle dem mußte geschwiegen und durfte auch bald nichts mehr gedruckt werden.“<sup>276</sup> Da sie „die Spur diplomatischer und sonstiger politischer Vorgänge verraten konnte[n]“<sup>277</sup>, wurden Fremdenlisten beispielsweise bereits 1742 auf Beschluss Friedrichs des Großen (1712–1786) in Berlin verboten.

---

<sup>272</sup> Vgl. MIB 77 (25.09.1807).

<sup>273</sup> Vgl. MIB 78 (29.09.1807).

<sup>274</sup> Vgl. Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 43.

<sup>275</sup> Vgl. Friedrich Walter, Alt-Mannheimer Häuser. 2. Der Pfälzer Hof, in: MGB AF 11 (1910), Sp. 103– 107, hier Sp. 104.

<sup>276</sup> Feder, Geschichte Bd. 2, S. 33.

<sup>277</sup> Otto Groth, Die Zeitung. Allgemeine Zeitungskunde. Bd. 1, Mannheim 1928, S. 590.

Obwohl der Verlust der wissenschaftlichen und künstlerischen Attraktionen an München noch immer schwer wog, zog es auch vereinzelt Schauspieler nach Mannheim. Unter ihnen war zum Beispiel Henriette Hendel-Schütz, die als Schauspielerin, Sängerin und Theaterdirektorin unter anderem in Berlin, Amsterdam, Frankfurt am Main, Königsberg und Breslau tätig war. Seit 1796 hatte sie dank August Wilhelm Iffland ein festes Engagement am Berliner Nationaltheater. Dieses verließ sie jedoch kurzfristig im Jahr 1806, um in dritter Ehe nur noch Hausfrau und Mutter zu sein. Während einer Kunstreise ab 1807 hatte sie Auftritte im Oktober und November 1808 beziehungsweise August und September 1809 im Mannheimer Nationaltheater.<sup>278</sup> In der Quadratestadt logierte sie im Gasthaus *Pfälzer Hof*. Statt den Aufenthalten im August und September 1809 ist für Mannheim jedoch nur ein Besuch im Mai desselben Jahres belegbar. Ein konkreter Anhaltspunkt, was die Schauspielerin im Mai in der Stadt unternahm, liegt nicht vor.<sup>279</sup>

Ab Spätherbst 1810 kam es auf der Bergstraße, nördlich von Mannheim, zu „allerlei bedenkliche Störungen der öffentlichen Sicherheit, Diebstähle, Raubanfälle, Angriffe auf Postwagen und Reisende usw.“<sup>280</sup> Die Anzahl der Besucher im Herbst und Winter 1810 fiel deutlich hinter dem für die Jahre 1807 bis 1818 berechneten Durchschnitt zurück. Dennoch wäre es zu spekulativ, den Rückgang der Besucherzahlen auf die Raubüberfälle zurückzuführen, da Reisende aus dem Großherzogtum Hessen, die zu Teilen über die Bergstraße nach Mannheim reisen mussten, noch immer in Mannheim logierten. Im Jahr 1811 ging die Besucherzahl sodann leicht zurück. Nach dem Tod von Großherzog Karl Friedrich folgte sein Enkelsohn Karl Ludwig Friedrich, der Mannheim gemeinsam mit seiner Frau Stéphanie im Juli besuchte.<sup>281</sup> Ihre Namen lassen sich abermals nicht in den Fremdenlisten finden. Im Jahr 1812, in welchem 4 164 Personen nach Mannheim kamen, waren die Monate Mai und Juli überdurchschnittlich stark frequentiert. Anders als in den Jahren danach beherbergten die vier Gasthäuser *Silberner Anker*, *Drei Könige*, *Weinberg* und *Goldenes Schaf* insbesondere Handelsleute. Militärangehörige verzeichnen die Listen hingegen eher weniger. Dies mag verwundern, da zu Beginn des Jahres die Truppenbewegungen gegen Russland begannen. So verließ am 5. Februar das Regiment von

---

<sup>278</sup> Vgl. Art. „Hendel-Schütz, Henriette“, in: Carl-Maria-von-Weber-Gesamtausgabe. Digitale Edition (20.12.2017). URL: <https://weber-gesamtausgabe.de/de/A000801.html> (15.12.2020).

<sup>279</sup> Hendel-Schütz logierte zwischen dem 20. Oktober und 23. Oktober 1808, zwischen dem 14. November und 16. November 1808 und zwischen dem 4. Mai und 7. Mai 1809 gemäß den Fremdenlisten in Mannheim. Vgl. MIB 86 (25.10.1808); MIB 93 (18.11.1808); MIB 37 (09.05.1809).

<sup>280</sup> Adolf Kistner, Die Mannheimer Todesfahrt, in: MGB AF 38 (1917), Sp. 110–119, hier Sp. 118.

<sup>281</sup> Vgl. Feder, Geschichte Bd. 2, S. 35.

Graf Wilhelm von Hochberg unter dem Kommando von Obristen Ludwig Brückner<sup>282</sup> Mannheim.<sup>283</sup> Dieses Bild ergibt sich auch für die restlichen Gasthäuser, deren Fremden im Jahr 1812 in das *Mannheimer Intelligenzblatt* eingerückt wurden.

Ein Höhepunkt 1812 war sicherlich der Auftritt des Luftschiffers Sebastian Bittorf, der mit einer Montgolfière, einem Heißluftballon benannt nach seinen Erfindern Joseph Michel und Jacques Etienne Montgolfier, in Mannheim tödlich verunglückte.<sup>284</sup> Doch nicht alleinig Bittorf schien ein Anziehungspunkt für Fremde im Juli gewesen zu sein. Zeitgleich fand auch die Gerichtsverhandlung der bereits geschilderten Raubüberfälle in Mannheim und Heidelberg statt. Die Zahl der Fremden, die sich am 31. Juli 1812 in der Umgebung aufgehalten haben sollten, beziffert Adolf Kistner mit 30 000 Personen.<sup>285</sup> Die Napoleonischen Kriege, allen voran der Russlandfeldzug 1812, schienen somit zunächst keinen Einfluss auf die Anzahl der Gäste ausgeübt zu haben. Im selben Jahr hielt sich auch der Porzellanmodelleur Johann Peter Melchior in Mannheim auf, wobei er zumeist im Gasthaus *Silberner Anker* übernachtete.<sup>286</sup> Dabei zeichnet sich die Übernachtung im selben Gasthaus für viele der Reisenden als charakteristisch aus. Melchior war als Modelleur an der kurmainzischen Porzellanmanufaktur in Höchst und als Hofbildhauer in Mainz tätig gewesen. Von 1779 bis 1793 hatte er als Modellmeister an der Porzellanmanufaktur in Frankenthal, die allerdings 1791 aufgrund der Folgen der Französischen Revolution geschlossen worden war, und als Hofbildhauer in Mannheim gearbeitet. Nach seiner Tätigkeit in Mannheim hatte es Melchior nach Nymphenburg in München gezogen, wo er wiederum als Modellmeister an der Nymphenburger Manufaktur von Carl Theodor beschäftigt gewesen war. Zugleich war er dort auch als Hofbildhauer tätig, bevor er im Jahr 1822 pensioniert wurde.<sup>287</sup> Inwieweit Melchior sich im Rahmen seiner Beschäftigung als Porzellanmodelleur 1811 und 1812 in Mannheim aufhielt oder er seiner alten Heimat nur einen Besuch abstattete, ist nicht überliefert. Dies offenbart eine weitere Problematik der Fremdenlisten, die zuvor bereits methodisch angesprochen wurde: Ob all diese Reisenden Mannheim im Rahmen einer Beschäftigung oder einer anderen Tätigkeit besuchten, kann in dieser Arbeit

---

<sup>282</sup> Ludwig Brückner logierte zwischen dem 5. und 9. Februar im Gasthaus *Goldenes Schaf*. Hierzu auch MIB 12 (11.02.1812).

<sup>283</sup> Vgl. Feder, Geschichte Bd. 2, S. 36.

<sup>284</sup> Zu Bittorf siehe ebenfalls Kapitel 4.3 *Reisende über die Quadratestadt*.

<sup>285</sup> Vgl. Kistner, Die Mannheimer Todesfahrt, Sp. 118.

<sup>286</sup> Vgl. MIB 88 (01.11.1811); MIB 19 (06.03.1812); MIB 21 (13.03.1812); MIB 23–25 (20., 24., 27.03. 1812); MIB 28–29 (7., 10.04.1812); MIB 36 (05.05.1812).

<sup>287</sup> Vgl. Horst Reber, Art. „Melchior, Johann Peter“, in: NDB Online Version (1994). URL: <https://www.deutsche-biographie.de/sfz70686.html> (15.12.2020).



nicht hinlänglich beantwortet werden und bedürfte weiterführender Recherchen. Während Hendel-Schütz ein Gastspiel am Mannheimer Nationaltheater hatte, so hätte Melchior lediglich Kontakte in seiner alten Heimat aufrechterhalten können.

Auch im Jahr 1813 kamen durchaus viele Fremde, nämlich rund 3 834 Personen, in die Quadratestadt. Am stärksten frequentiert war mit rund zwölf Prozent, in absoluten Zahlen 437 Personen, der Mai, womit er sogar über dem Durchschnitt lag. Im Juli desselben Jahres hielten sich im Vergleich zu den anderen untersuchten Jahren ebenfalls überdurchschnittlich viele Gäste in Mannheim auf. Nach der Völkerschlacht bei Leipzig im November trat Baden aus dem 1806 gegründeten Rheinbund aus und den Alliierten bei. Die Napoleonischen Kriege, allen voran die Befreiungskriege, wirkten sich nun gemäß den Fremdenlisten auch erstmals deutlich auf die in Mannheim logierenden Gäste aus (vgl. Abb. 3). Allein auf die Monate November und Dezember entfielen rund 27 beziehungsweise 35 Prozent der 1813 in Mannheimer Gasthäusern beherbergten Militärangehörigen. Fast ein Viertel dieser Männer entstammte im November den österreichischen Truppen, im Dezember hingegen sank ihr Anteil auf rund drei Prozent. Stattdessen dienten die Männer unter preußischer und russischer Flagge. Rund 15 Prozent französische Militärangehörige befanden sich bis November noch in der Quadratestadt. Nach den Befreiungskriegen hielten sich keine Franzosen mehr in der Stadt auf.

1814 sollte sich die Situation ähnlich darstellen. 20 Prozent aller Reisenden waren Militärangehörige. Auf das gesamte Jahr gesehen stellten die Mehrheit der Militärangehörigen die Bayern, Preußen, Russen, Österreicher, Badener und auch Franzosen, die trotz des genötigten Rückzugs im Januar noch immer in der Stadt ein und aus gingen. So lagerten beispielsweise die Russen unter General Fabian Gottlieb von der Osten-Sacken in und vor der Stadt.<sup>288</sup> Freiherr von Sacken, Gouvernementsrat, hielt sich laut den Fremdenlisten vom 22. Juni bis 16. Juni in der Quadratestadt auf.<sup>289</sup> Bereits am 1. Januar 1814 sollte die Stadt von den Franzosen am Rhein befreit und ebenjene zum Rückzug genötigt werden. Die Durchmärsche dauerten hingegen fort. Mit der Errichtung eines Feldlazarettes stieg die Mortalitätsrate der Quadratestadt deutlich an. Vom 28. bis 30. Mai glich Mannheim einem russischen Heerlager.<sup>290</sup> Tatsächlich erreichte die Anwesenheit russischer Militärangehöriger in den Fremdenlisten jedoch erst im Juni einen vorzeitigen Höhepunkt. Dies lag auch daran, dass am 30. Juni die Truppen, insbesondere die russischen Truppen mit fünf Regimentern, aus Frankreich zurückgeführt wurden.<sup>291</sup>

---

<sup>288</sup> Vgl. Feder, Geschichte Bd. 2, S. 41.

<sup>289</sup> Vgl. MIB 51 (28.06.1814).

<sup>290</sup> Vgl. Feder, Geschichte Bd. 2, S. 43f.

<sup>291</sup> Vgl. ebd., S. 44.

Darunter befanden sich mehrheitlich bayerische, preußische, russische, badische, österreichische sowie französische und hessische Verbände. Im Mai wurde zudem die Rheinschifffahrt wiedereröffnet. Nicht überraschend mag deshalb sein, dass die Besucherzahl im Monat Mai und Juni überdurchschnittlich hoch war.

Neben den militärischen Truppenverbänden hielten sich auch ihre Befehlshaber, teilweise auch ihre Staatsoberhäupter, in der Stadt auf. Beispielsweise besuchte im Mai 1814 die russische Kaiserin Elisabeth Alexejewna, geborene Luise Marie Auguste Prinzessin von Baden (1779–1826), eine Schwester des badischen Großherzogs Karl Ludwig Friedrich, Mannheim.<sup>292</sup> Die russische Zarin findet sich zwar nicht in den Fremdenlisten, allerdings logierte Prinz Gustav von Schweden (1799–1877), der aufgrund der Absetzung seines Vaters gar nicht berechtigt war, diesen Titel zu führen, zwischen dem 15. und 18. Mai im Gasthaus *Goldenes Schaf*,<sup>293</sup> zwischen dem 9. und 12. Juni der Erbprinz von Hessen-Darmstadt (1777–1848)<sup>294</sup>, der spätere Großherzog Ludwig II., und im Spätjahr Prinz Paul Friedrich von Mecklenburg (1800–1842),<sup>295</sup> der 1819 auf seinen Großvater als Großherzog von Mecklenburg-Schwerin folgte. Obwohl 1815 die Gästezahl auf lediglich 3 465 Personen sank, war Mannheim ein beliebtes Ziel von Adligen geblieben.

Die Zahl der Militärangehörigen war hingegen im Jahr 1815 immer noch überdurchschnittlich hoch – auch als im März Napoleon von der Insel Elba zurückkehrte –, wohingegen die Zahl der anwesenden französischen Militärs erheblich zurückging. Wieder wurden große Teile der Truppen von April bis Mai 1815, zunächst die Bayern unter Prinz Karl, sowohl auf dem Weg nach Frankreich als auch wieder zurück über Mannheim geleitet. Karl von Bayern (1795–1875)<sup>296</sup>, der in Mannheim als Sohn von König Maximilian I. Joseph von Bayern (1756–1825) geboren wurde, logierte einmal zwischen den 18. und 20. April, ein anderes Mal zwischen dem 12. und 15. Mai im Gasthaus *Goldenes Schaf*.<sup>297</sup> General Carl Philipp von Wrede, unter dem Prinz Karl bereits 1814 gedient hatte, hielt im Mai eine Parade über die Truppen ab. In den Fremdenlisten erscheint er gleichfalls zwischen dem 19. und 22. Juni als Gast des *Weinbergs*; demnach kurz bevor er mit seinen Truppen am 23. Juni die Saar überquerte.<sup>298</sup> Allerdings

---

<sup>292</sup> Vgl. Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 49.

<sup>293</sup> Vgl. MIB 40 (20.05.1814).

<sup>294</sup> Vgl. MIB 47 (14.06.1814).

<sup>295</sup> Vgl. MIB 96 (12.12.1814).

<sup>296</sup> Zeitgleich hielt sich auch sein Bruder Kronprinz Ludwig von Bayern (1786–1868), ab 1825 Ludwig I., König von Bayern, in Mannheim auf. Ludwig von Bayern ist allerdings nicht in den Fremdenlisten aufgeführt, was möglicherweise daran liegen mag, dass er sich im bayerischen Hauptquartier niederließ. Grund seiner Reise war die Verdeutlichung der Ansprüche seines Vaters auf die Kurpfalz. Hierzu Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 51f.

<sup>297</sup> Vgl. MIB 31 (18.04.1815); MIB 38 (12.05.1815).

<sup>298</sup> Vgl. Wilhelm Riedel, Karl Philipp von Wrede. Fürst und Feldmarschall, nach seinem Leben und Wirken. Ein Beitrag zu den Lebensumrissen berühmter Männer aus Bayern, Ulm 1839, S. 65.

rückten ihn die Herausgeber des Intelligenzblattes als österreichischen General ein, was gleichfalls die Fehleranfälligkeit der Fremdenlisten aufzeigt. Außerdem war Wrede kein Freiherr, da er bereits 1814 zum Fürsten erhoben wurde. 1815 wird in den Fremdenlisten erneut ein Herr von Wrede genannt, diesmal ein unbekannter Fürst und Feldmarschall, wobei es sich erneut um General von Wrede handeln könnte.<sup>299</sup>

Im Mai 1815 begannen auch die Durchmärsche der Österreicher. Der österreichische Feldmarschall Fürst von Schwarzenberg hielt sich am 16. und 17. Mai in Mannheim auf und logierte gemäß den Fremdenlisten im *Goldenen Schaf*.<sup>300</sup> Wie Helmina von Chézy bereits feststellte und hier ebenfalls deutlich wird, bewirtete Gastwirt Johann Georg Reinhardt im *Goldenen Schaf* in R 1, 6 „gewöhnlich die Fremden vom ersten Range“<sup>301</sup>. Reinhardt kaufte nach dem Tod Renners 1820 auch den *Pfälzer Hof*.<sup>302</sup> Ebenfalls im Gasthaus *Goldenes Schaf* nächtigten der Kronprinz von Württemberg (1781–1864)<sup>303</sup>, der spätere Wilhelm I. von Württemberg, und Prinz Emil von Hessen-Darmstadt (1790–1856)<sup>304</sup>; nicht in den Fremdenlisten enthalten ist hingegen der Besuch des Erzherzogs Karl von Österreich (1771–1847). Die Anwesenheit des russischen Zaren Alexander I. (1777–1825) und des österreichischen Kaisers Franz I. (1768–1835) dürfte wohl der Höhepunkt in diesem Monat für die Quadratestadt dargestellt haben.<sup>305</sup> Zeitgleich hielt sich jedoch auch Großherzogin Stéphanie in Mannheim auf.<sup>306</sup> Obwohl die Gesamtbesucherzahl Mannheims im Jahr 1815 stagnierte, ist bei den Hof- und Kammerbeamten ein geringer Anstieg zu verzeichnen. Ob dieser Anstieg mit Napoleons Rückkehr zusammenhängt, kann nur gemutmaßt werden. Da das Jahr 1815 ganz im Zeichen der königlichen Besuche und militärischen Durchmärsche stand, scheint der Anstieg von Beamten in Mannheim jedoch nicht allzu verwunderlich. Offensichtlich kam das Hofpersonal auch nicht wegen des Maimarktes in die Quadratestadt, wie insgesamt an der geringen Frequentierung des Monats Mai zu erkennen ist, sondern wahrscheinlich aufgrund von offiziellen Angelegenheiten beruflicher Natur. Die Durchzüge der Russen dauerten vom 27. Juni bis zum 9. Juli, die Rückmärsche von Ende September bis zum Jahresende 1816 an. Der russische

---

<sup>299</sup> Vgl. MIB 50 (23.06.1815); MIB 92 (17.11.1815).

<sup>300</sup> Vgl. MIB 40 (19.05.1815). Schwarzenberg schien sich eine Woche später nochmals in Mannheim aufgehalten zu haben. Hierzu vgl. MIB 43 (30.05.1815).

<sup>301</sup> Chézy, Wegweiser für Reisende und Freunde, S. 39.

<sup>302</sup> Vgl. Walter, Pfälzer Hof, Sp. 105f.

<sup>303</sup> Vgl. MIB 42 (26.05.1815).

<sup>304</sup> Vgl. MIB 47 (13.06.1815).

<sup>305</sup> Gemäß Stockert nächtigten der russische Zar und der österreichische Kaiser im *Pfälzer Hof*, der allerdings gemäß Heinrich von Feder bereits seit 1811 geschlossen war. Erst im Dezember 1820 wird er von Johann Jacob Reinhardt wiedereröffnet. Hierzu Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 50; Feder, Geschichte Bd. 2, S. 53. Auch Helmina von Chézy berichtet im Jahr 1816, dass „der Pfälzer Hof eingegangen ist“. Hierzu Chézy, Wegweiser für Reisende und Freunde, S. 39.

<sup>306</sup> Vgl. Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 50.

Zar war erneut am 12. Oktober in der Stadt. Aus offiziellen Aufzeichnungen über die Einquartierungslast Mannheims geht hervor, dass 411 836 Einquartierungen stattfanden, welche Mannheim schwer beutelten.<sup>307</sup>

Nach dem Krieg verzeichnete Mannheim 1816 mit 4 694 Personen, die allein in den Gasthäusern *Drei Könige*, *Goldenes Schaf*, *Silberner Anker* und *Weinberg* logierten, die meisten Gäste. Die Anzahl der Militärangehörigen sank auf sieben Prozent und damit erheblich unter den Durchschnitt der Jahre 1807 bis 1818. Zum gleichen Zeitpunkt hielten sich überdurchschnittlich viele Adlige in Mannheim auf; auch wenn Hochadlige kaum anwesend waren. Die Steigerung an Besuchern ist möglicherweise auf das Ende des Krieges und die Reduzierung der Einquartierungslast zurückzuführen. Die russische Kommandantschaft wurde allerdings erst im Januar 1819 aufgegeben.<sup>308</sup> Ab Mitte Mai bis in den Juli hinein kam es allerdings zu vermehrten Regenfällen, in deren Folge die Flüsse überliefen und hierdurch die Lebensmittelpreise erhöht wurden.<sup>309</sup> Auf den Fremdenverkehr schienen sich Missernten und Hungersnot allerdings nicht ausgewirkt zu haben.

Im Jahr 1817 waren es deutlich weniger Gäste. Im Vergleich zu den Vorjahren befanden sich allerdings gerade im ersten Quartal relativ viele Besucher in Mannheim, dementsprechend blieb die Besucherzahl recht konstant. Ausnahmen sind die Monate September und Oktober, was allerdings auf die stattfindende Herbstmesse zurückzuführen sein könnte. Die Naturkatastrophen zu Beginn des Jahres, beispielsweise die Süd- und Weststürme oder auch das Hochwasser des Jahres 1817 wirkten sich darum nicht auf die Verteilung der Gäste auf die einzelnen Monate, sondern insgesamt auf die Besucherzahlen aus.<sup>310</sup> Nur ein Jahr später zog Mannheim mit 4 418 Reisenden wieder etwas mehr Gäste an. Neben Mai waren vor allem die Monate Juli, September und Oktober stark frequentiert, abermals vermutlich aufgrund der Messen. Die meisten Besucher kamen aus dem pfälzischen Landesteil Bayerns, aber auch aus Baden und Hessen. Entgegen der allgemeinen Tendenz kamen aus der Freien Stadt Frankfurt eher wenige Stadtfremde. Im Jahr 1818 gab es historisch weder hochtrabende Ereignisse, noch finden sich Unstimmigkeiten in den Fremdenlisten. Alles in allem schien 1818 ein für Mannheim ruhigeres Jahr gewesen zu sein. Nichtsdestotrotz kündigte sich bereits in jenem Jahr mit dem Besuch von August von Kotzebue im *Goldenen Schaf* zwischen dem 28. April und 4. Mai,<sup>311</sup> nur wenige Monate bevor er nach Mannheim zog, ein Ereignis an, dass

---

<sup>307</sup> Vgl. Feder, Geschichte Bd. 2, S. 45f.

<sup>308</sup> Vgl. ebd., S. 106.

<sup>309</sup> Vgl. ebd., S. 107; Stockert, Ein „goldenes Zeitalter“, S. 62.

<sup>310</sup> Vgl. Feder, Geschichte Bd. 2, S. 107.

<sup>311</sup> Vgl. MIB 36 (06.05.1818).

deutschlandweit weitreichende Veränderungen mit sich bringen sollte: die Karlsbader Beschlüsse.

Inwieweit Mannheim ein attraktives Ziel für Reisende war, lässt sich anhand der Zahlen nicht endgültig beantworten, da zu wenige Vergleichsparameter vorliegen. Allerdings wird in der Literatur und in zeitgenössischen Reiseberichten deutlich, dass Mannheim auch nach dem Wegzug des kurpfälzischen Hofes noch zum Ziel vieler Reisender wurde. Nichtsdestotrotz waren mehr als die Hälfte aller Besucher Mannheims Händler. Daneben waren es vor allem Militär-angehörige sowie Verwaltungsbeamte und -angestellte, die in Mannheim Quartier bezogen. Ebendies mag dahingehend auch nicht ungewöhnlich sein, da die Präsenz von Militär die Präsenz von Verwaltungspersonal in der Stadt erforderte. Gleichzeitig war Mannheim auch für die badische Verwaltung ein zentraler Ort: Zwischen 1807 und 1809 war die Stadt unter anderem Sitz der Provinzregierung der badischen Provinz des Unterrheins beziehungsweise der Badischen Pfalzgrafschaft und zwischen 1809 und 1832 Sitz der Kreisdirektion des Neckarkreises. Die große Anzahl von Verwaltungsbeamten hebt somit Mannheims Bedeutung als Verwaltungsstadt hervor. Dass die abgedruckten Reisenden auf den ersten Blick wenig vielfältig erscheinen, mag zunächst täuschen, da sie Personen mit mehr als 1 100 verschiedenen Berufen abbilden. Zudem bestand Ende des 18. Jahrhunderts kein Recht auf Freizügigkeit. Das Reisen war nur bestimmten Gruppen vorbehalten und war dementsprechend streng reguliert.

Die sinkende und steigende Präsenz von Militärangehörigen in den Fremdenlisten des *Mannheimer Intelligenzblattes* spiegelt auf interessante Weise die Truppendurchzüge und -einquartierungen in einer Zeit der sozialen, politischen, wirtschaftlichen, aber auch kulturellen Umwälzungen in der Stadt Mannheim wider. Mögen die Fremdenlisten den Bearbeitenden große interpretatorische Freiräume bieten, so kann nicht geleugnet werden, dass sie dennoch die Zeit, in der sie geschrieben beziehungsweise abgedruckt wurden, abbilden. Gleichzeitig verdeutlicht dies, dass die meisten Leute in Mannheim wohl aufgrund von beruflichen Tätigkeiten weniger aufgrund von Freizeitaktivitäten waren, wie die nachfolgenden Kapitel zeigen werden. Fällt der Aufenthalt von Reisenden jedoch mit geschichtsträchtigen Ereignissen zusammen, wäre eine Verknüpfung von diesen Ereignissen mit den nach Mannheim kommenden Personen und ihren Beweggründen für eine Reise jedoch eine Überlegung wert. Solche Anlässe könnten beispielweise der Aufenthalt des Erbgroßherzogs mit seiner Frau 1807, der Auftritt des Luftschiffers Bittorf 1812 oder die Truppendurchmärsche 1815 gewesen sein.

## 4.2 Handelshemmnisse für auswärtige Kaufleute

Im Gegensatz hierzu stellten die Händler, darunter Kunst-, Leder- und Buchhändler, mit rund 57 Prozent, 29 364 in absoluten Zahlen, zwischen 1807 und 1818 die Mehrheit aller Reisenden dar.<sup>312</sup> Der Abdruck der Handelsreisenden half die in der Quadratestadt situierte Kaufmannschaft mit Informationen zu möglichen Handelspartnern und Konkurrenten zu versorgen. Ob es sich hierbei um Großhändler, die selbst auf Reisen gingen, Handelsreisende oder Faktoren, die jeweils im Auftrag eines Unternehmens unterwegs waren, oder um kleinere Kaufleute handelte, ist nicht bekannt. Ebenso finden sich nur selten Informationen darüber, welcher Branche sie angehörten. Demnach ist zumeist unklar, was sie verkauften. Nichtsdestotrotz lohnt sich ein Blick en détail auf diese Händler. Sie beeinflussten nicht nur die analytischen Ergebnisse der ausgewerteten Mannheimer Fremdenlisten maßgeblich, sondern für Handelsreisende wurden ganz bestimmte Policy- und Ordnungsgesetze erlassen, die ihr Handeln vor Ort entscheidend prägten.

Im 18. und 19. Jahrhundert gingen Kaufleute auf Reisen, um Handel zu betreiben, Geschäftsabschlüsse zu besiegeln und Handelsbeziehungen zu pflegen oder zu erweitern.<sup>313</sup> Das Bild des reisenden Kaufmannes änderte sich allerdings gerade in dieser Umbruchszeit rasant: Da der Kaufmann nun vermehrt mit Mustern statt mit Waren in seinem mit Plantuch überdeckten Handelswagen oder zu Schiff auf Reisen ging, tritt der reisende Geschäftsherr und Eigenhändler mehr zurück. An seine Stelle traten zunächst der Reisediener, dann der Musterreiter zu Pferd oder die sogenannten Correspondenten (heute Kommissionäre). All diese Händler wurden jedoch später von den Handlungsreisenden und Handelsvertretern auf Geschäftsreise, die sich zur Jahrhundertwende auch Agenten oder *Commis Voyageur* nannten, ersetzt.<sup>314</sup> Bei den in- und ausländischen Händlern, die Mannheim zwischen 1807 und 1818 besuchten, handelte es sich bei rund einem Prozent um *Négocianten*<sup>315</sup>, bei 0,3 Prozent um Weinhändler und bei 0,1 Prozent um Buchhändler.

---

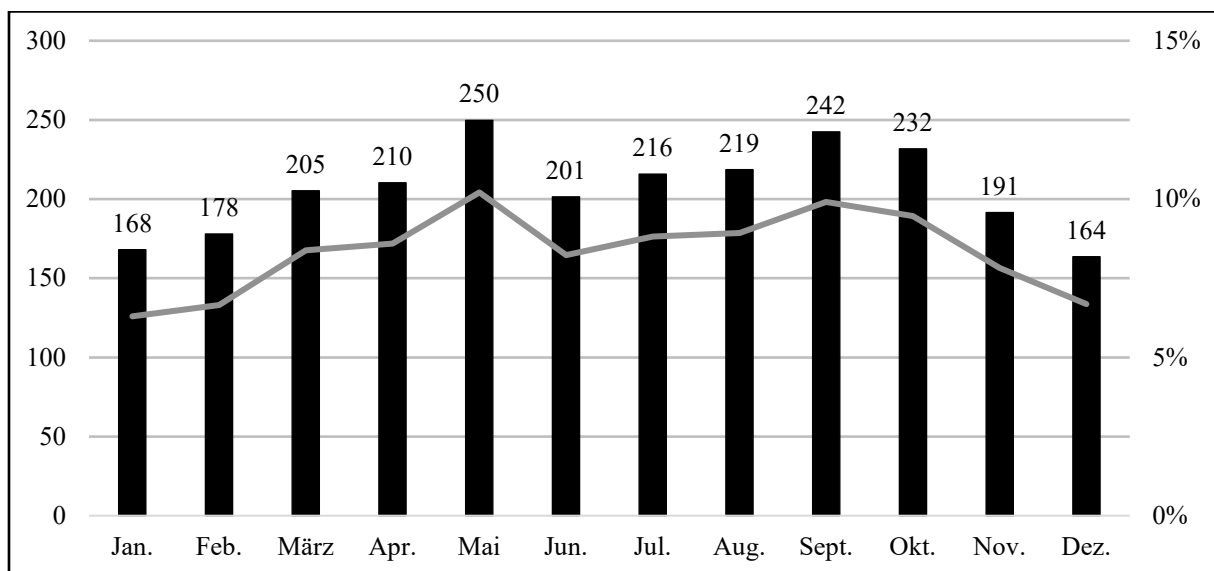
<sup>312</sup> Die numerischen Werte beziehen sich auf die Handelsleute, die der Kategorie *Gewerbe* in den Mannheimer Fremdenlisten zuzurechnen sind.

<sup>313</sup> Vgl. Cornelius Neusch/Harald Witthöft, Kaufleute zwischen Markt und Messe, in: Hermann Bausinger/Klaus Beyrer/Gottfried Korff (Hgg.), *Reisekultur. Von der Pilgerfahrt zum modernen Tourismus*, München 1991, S. 75–82, hier S. 75, S. 80f.

<sup>314</sup> Ebenso wie die Begrifflichkeiten einem stetigen Wandel unterlagen, so werden auch in der Literatur unterschiedliche Termini für ein und denselben Sachverhalt verwendet. Der Kaufmann, zumeist ein Großkaufmann, der von seinem Kontor aus seine Handelsgeschäfte an die Handelsdiener oder Handelsgehilfen dirigierte, stand dem Handelsdiener bzw. Handelsgehilfen gegenüber, der im Außendienst zuständig war und Außenstände kassierte, Waren ankaupte oder Warenzüge begleitete. Hierzu Neusch/Witthöft, *Kaufleute*, S. 75; Franz Weyer, *Der reisende Kaufmann. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie*, Köln 1948, S. 232f., S. 247f.

<sup>315</sup> *Négociant* ist die französische Bezeichnung für einen Kaufmann oder ein Handelshaus. Im engeren Sinne verstand man hierunter aber zumeist einen Weinhändler. Ob die Herausgeber der Intelligenzblätter unter dem *Négocianten* allgemein einen Händler oder viel eher einen Weinhändler meinten, kann nicht genau bestimmt werden. Zur

Die wenigsten Händler kamen jeweils zu Beginn und Ende eines jeden Jahres nach Mannheim. Die Anwesenheit von reisenden Kaufleuten konzentrierte sich insbesondere auf die Monate Mai, September und Oktober (siehe Abb. 4). Waren es im Mittel rund 206 Kaufleute pro Monat, so kamen in diesen drei Monaten rund 35 Kaufleute mehr in die Quadratestadt. Jeweils im Mai und von Ende September bis Anfang Oktober fanden mit dem Maimarkt und der Michaelismesse zwei große Messen statt, die besondere Publikumsmagnete waren. Allgemein nahm der Besuch von Messen und Jahrmärkten einen besonderen Stellenwert bei den Kaufleuten ein. Die bedeutendsten Messestädte waren im 18. Jahrhundert Frankfurt am Main sowie Leipzig, die zusammen den Hauptstapelplatz des internationalen Warenaustausches zwischen West- und Osteuropa bildeten.<sup>316</sup>



**Abb. 4** Durchschnittliche Belegung der Gasthäuser durch Handelsleute (1807–1818)<sup>317</sup>

Der Mannheimer Maimarkt, der heute eine der größten regionalen Verbraucherausstellungen Deutschlands ist, hatte sich gemäß Udo Wennemuth hingegen „nur gegen Märkte von lokaler oder allenfalls regionaler Bedeutung zu behaupten“<sup>318</sup>. Der Maimarkt gründete sich auf den am 10. September 1613 von Pfalzgraf Johann II. von Zweibrücken (1584–1635) verliehenen

Definition des Begriffs Art. „Négociant“, in: Wein-Plus. Glossar (19.12.2019). URL: <https://glossar.wein-plus.eu/negociant> (15.12.2020).

<sup>316</sup> Vgl. Neutsch/Witthöft, Kaufleute, S. 79.

<sup>317</sup> Eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank *Mannheimer Fremdenlisten (1791, 1792, 1807–1818)* auf Basis der Rubrik *Ankommende Fremde* des *Mannheimer Intelligenzblattes*.

<sup>318</sup> Udo Wennemuth, *Der Mannheimer Maimarkt in vier Jahrhunderten. Die Entwicklung vom lokalen Vieh- und Jahrmarkt zur größten Verbraucherausstellung Deutschlands* (= Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 16), Mannheim 2000, S. 29f.

Marktprivilegien, welche die Abhaltung von zwei Jahrmärkten oder Messen erlaubt hatten, und fand traditionell im 18. Jahrhundert unter den Arkaden des Alten Kaufhauses in N 1, später auch auf dem Paradeplatz und Marktplatz statt. Bis auf wenige Ausnahmen, beispielsweise wenn die Eröffnung auf einen Samstag oder Sonntag fiel, wurde der Maimarkt im 18. und 19. Jahrhundert am 1. Mai ausgerichtet. Zeitgleich fanden im Südwesten noch Jahrmärkte in Waldshut, Heilbronn, Villingen, Zürich und Waldkirch statt. Die Möglichkeit einer Überschneidung der Termine mit der Frankfurter Messe war ebenfalls gegeben.<sup>319</sup> Gemäß Wennemuth bot der Maimarkt jedoch keine hochwertigen Waren an und besaß zudem kein kaufkräftiges Publikum.<sup>320</sup> Seine Argumentation baut womöglich auf dem Reisebericht von Gottfried, Edler von Rotenstein auf, der vermutlich ein Hofmeister und Begleiter eines auf Reisen befindlichen Adligen war und der am 2. Mai 1785 nach seinem Gang über den Maimarkt schrieb:

Das Gedräng auf dem Markte war noch nicht ausserordentlich, man sah eine Menge Krämer, die mit Auslegung ihrer Waaren beschäftigt waren, – aber wenig Käufer. [...] Gegen württembergische Märkte gehalten, ist freilich die Menge und Mannigfaltigkeit der Waaren groß. Man verkauft nicht nur auf dem Markte, sondern auch in den Arkaden unter dem Kaufhause, und auch in den Strassen sind hier und da Buden errichtet.<sup>321</sup>

Daher zog er eine nüchterne Bilanz: „Ueberhaupt thut man Mannheim zu viel Ehre an, wenn man seinen Markt, wie er jetzt ist, eine Messe nennt. Man sieht weit und breit keine Kostbarkeiten, die feil geboten würden, sondern nichts, als die gewöhnliche Krämerwaaren in einer ansehnlichen Quantität.“<sup>322</sup> Die andere bereits im Marktprivileg erwähnte Messe, die Rotenstein aufgrund seines zeitlich begrenzten Aufenthaltes im April und Mai 1785 nicht besuchen konnte, war die Michaelismesse, die am 22. September begann und 14 Tage andauerte. Eine dritte Messe, die 1707 anlässlich des Stadtjubiläums von Kurfürst Johann Wilhelm gestiftete Jubelmesse und die ab dem 24. Januar für mehrere Tage stattgefunden hatte, ging laut Wennemuth vermutlich Anfang des 19. Jahrhunderts auf Betreiben der Mannheimer Kaufleute ein.<sup>323</sup>

Die Aufenthaltsterritorien<sup>324</sup> der Händler (vgl. Abb. 5),<sup>325</sup> die insbesondere im Gasthaus *Silberner Anker* übernachteten, mögen nicht überraschen. Die meisten Kaufleute, rund 18 Prozent,

---

<sup>319</sup> Vgl. Wennemuth, Maimarkt, S. 29; Rieger, Beschreibung von Mannheim, S. 29f.

<sup>320</sup> Vgl. Wennemuth, Maimarkt, S. 35.

<sup>321</sup> Gottfried von Rotenstein, Lustreise in die Rheingegenden. In Briefen an Frankreich. J. v. Pf., Frankfurt/Leipzig 1791, S. 57.

<sup>322</sup> Ebd., S. 59f.

<sup>323</sup> Vgl. Wennemuth, Maimarkt, S. 29; Rieger, Beschreibung von Mannheim, S. 400; Walter, Mannheim Bd. 1, S. 477f.

<sup>324</sup> Bei den Handelsleuten ist davon auszugehen, dass es sich bei geografischen Angaben um den Ort oder das Territorium, an dem sie sich zum Zeitpunkt der Reise aufhielten, handelte; Angaben, die, falls keine Migration stattfand, ihrem Geburtsort oder Geburtsland entsprachen.

<sup>325</sup> Siehe hierzu ebenfalls 8.1.2 *Auswertung*, Tab. 16.



stammten aus der Freien Stadt Frankfurt. Zwölf Prozent hatten ihren Wohnsitz im Königreich Bayern und elf Prozent im Königreich Preußen. Weitere zehn Prozent reisten aus den umliegenden badischen und hessischen Städten und Gemeinden an, neun Prozent aus dem Königreich Frankreich. Dass so viele Reisende aus den linksrheinisch gelegenen bayerischen Ortschaften kamen, ist umso verwunderlicher, da gemäß Helmut Friedmann Baden ab 1812 durch die Zollfreiheit im Inneren und durch einen hohen Zoll nach Außen von den ehemaligen kurpfälzischen, linksrheinischen Gebieten abgeschirmt war.<sup>326</sup> Zudem nahm die Stadt kaum ausländische Waren an. So berichtete Rieger, dass „Mannheims Handel [...] zum größten Theil Einkauf der Bedürfnisse, die entweder in größeren Parthien wieder an inländische Handelsleute abgesetzt, oder im Detail an die Stadtbewohner und Landleute verkauft“<sup>327</sup>, gewesen sei. Dennoch war Mannheim genauso für die Eigenversorgung auf den Import von Waren des Umlandes, wie das rechtsrheinische Umland auf den Export von Waren nach Mannheim angewiesen.<sup>328</sup> So ist für Baden-Württemberg in der Zeit des Spätmerkantilismus‘ durchaus belegt, dass trotz Handelshemmnissen der Binnen- und Fernhandel dafür sorgte, dass sich um den „engeren lokalen Marktbereich ein weiteres Markt- und Wirtschaftsgebiet legte, oft weit über die politischen Grenzen hinausgreifend.“<sup>329</sup>

Die isolierte Betrachtung der Herkunftsorte der Handelsleute revidiert das soeben gezeichnete Bild geringfügig, denn die meisten Kaufleute legten im Mittel eine Distanz von rund 70 Kilometern zurück. Sie stammten aus Frankfurt (19 Prozent), aus dem französischen Straßburg (4 Prozent), den bayerischen Mainz (3 Prozent) und Neustadt an der Weinstraße (2 Prozent), dem badischen Karlsruhe (2 Prozent), dem württembergischen Stuttgart (2 Prozent) und dem preußischen Wuppertal<sup>330</sup> (2 Prozent).<sup>331</sup> Als Ballungszentrum ist der heutige Norden Baden-Württembergs, das südliche Hessen sowie das gesamte Bundesland Rheinland-Pfalz zu bezeichnen, doch auch aus der Schweiz kamen viele Händler. Noch offensichtlicher wird allerdings, dass die Händler aus Gegenden entlang des Rheines stammten, insbesondere entlang der Linie Karlsruhe – Rastatt – Straßburg – Offenburg – Freiburg im Breisgau – Basel – Konstanz. Doch auch gen heutiges Nordrhein-Westfalen wird dieser Sachverhalt in Ansätzen deutlich.

---

<sup>326</sup> Vgl. Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 58f.

<sup>327</sup> Rieger, *Beschreibung von Mannheim*, S. 397.

<sup>328</sup> Vgl. Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 60.

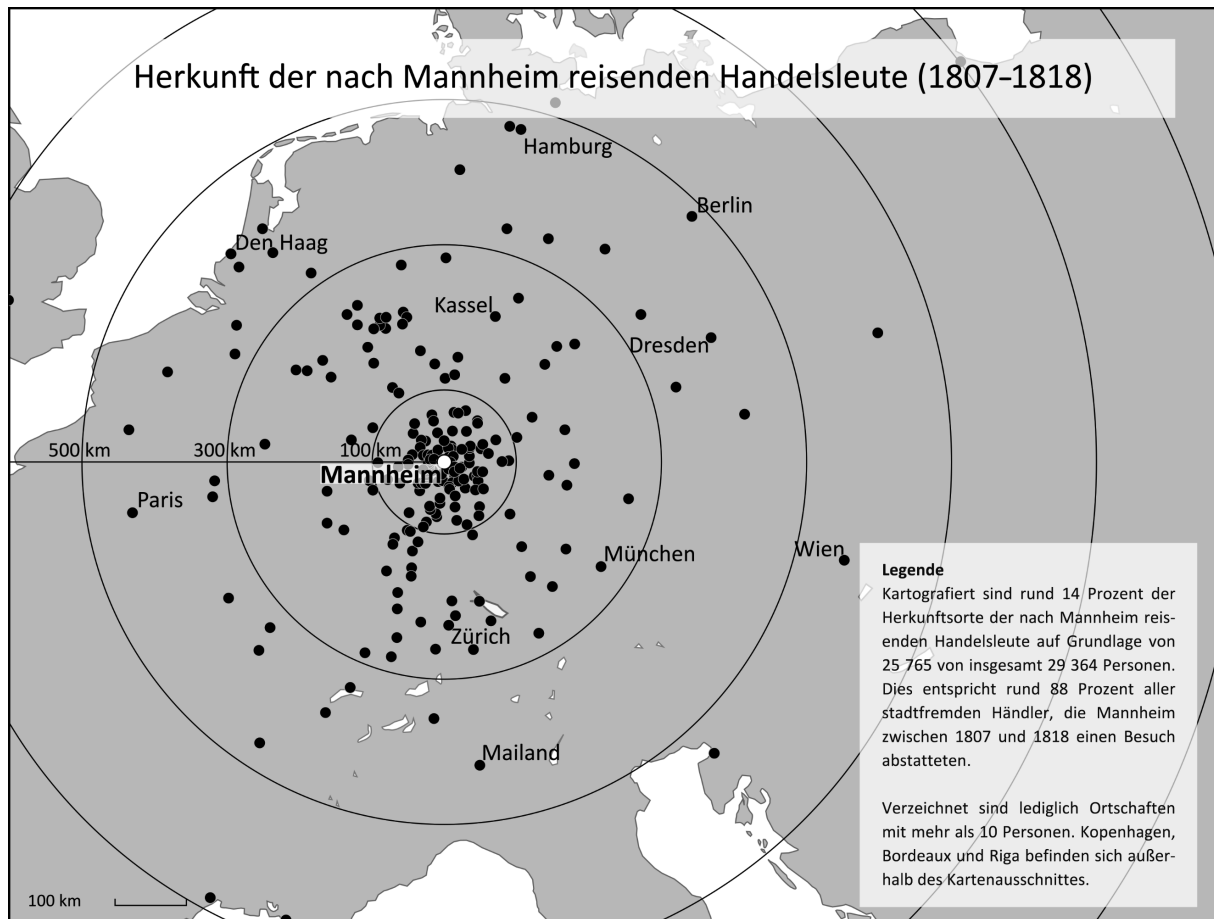
<sup>329</sup> Willi A. Boelcke, *Die Wirtschaft in der Zeit des Spätmerkantilismus (1770–1780)*. Beiwort zur Karte 11,4, in: *Historischer Atlas von Baden-Württemberg: Erläuterungen*, Stuttgart<sup>6</sup> 1977, S. 1–15, hier S. 2f.

<sup>330</sup> Wuppertal wurde im Jahr 1929 durch Vereinigung der Städte Elberfeld, Barmen, Ronsdorf, Cronenberg und Vohwinkel zunächst als Barmen-Elberfeld gegründet und ein Jahr später in Wuppertal umbenannt. Die in den Fremdenlisten geführten Personen kamen zu gut einer Hälfte aus Elberfeld und Barmen. Lediglich ein Händler reiste aus Ronsdorf in die Quadratestadt.

<sup>331</sup> Vgl. Kapitel 8.1.1 *Auswertung*, Tab. 17.

Während aus Bayern, Sachsen und Thüringen noch vereinzelt Händler kamen, so verebbte der Zustrom in Richtung Norden fast gänzlich.

Mannheim blieb für den nordbadischen Raum der Umschlagplatz aller auf dem Rhein versandten Güter, doch deren Menge war noch sehr gering. Der kommerzielle Güterumschlag des Hafens belief sich 1810 auf nur 5539 t, nahm aber im Verhältnis zum gesamten Güterverkehr der Stadt von 6587 t im Jahre 1809 den größten Anteil ein.<sup>332</sup>



**Abb. 5** Herkunft der nach Mannheim reisenden Handelsleute (1807–1818)<sup>333</sup>

Die von 1806 bis 1813 von Napoleon verfügte Wirtschaftsblockade, die Kontinentalsperre, verbot den Import britischer Waren und wirkte sich auch auf die nach Mannheim reisenden Kaufleute aus. So war die Anzahl von Händlern aus Frankreich allgemein, aber insbesondere aus Paris und Lyon, im Vergleich zu den Jahren 1814 bis 1818 deutlich erhöht, während sich aus London – zumindest gemäß den Fremdenlisten – keine Händler in Mannheim aufhielten. Die

<sup>332</sup> Friedmann, Alt-Mannheim, S. 62.

<sup>333</sup> Eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank *Mannheimer Fremdenlisten (1791, 1792, 1807–1818)* auf Basis der Rubrik *Ankommende Fremde* des *Mannheimer Intelligenzblattes*. Die Geodaten stammen von © OpenStreetMap-Mitwirkende (OpenStreetMap. URL: [www.openstreetmap.org/copyright](http://www.openstreetmap.org/copyright) (15.12.2020)).

Anzahl von britischen Kaufleuten stieg dementsprechend nach Aufhebung der Kontinental-sperre wieder leicht an. Dennoch kamen lediglich rund 104 von insgesamt 29 340 der Händler aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Irland, womit sich gemäß den Fremden-listen kein reger Handel zwischen Baden und dem Vereinigten Königreich vollzog.

Nichtsdestotrotz wurde der Mannheimer Maimarkt Ziel von international tätigen Kaufleuten, auch wenn Wennemuth einen „regen Messeverkehr mit zahlreichen auswärtigen, auch ausländischen, Messebesuchern, die hier vor allem Mode- und Luxusgüter oder hochwertige Gebrauchsgegenstände anboten“<sup>334</sup>, erst 1825 feststellen kann. Dabei unterschied sich das Publikum, das zwischen dem 1. und 14. Mai nach Mannheim kam, kaum von den restlichen Monaten im Jahr.<sup>335</sup> Im Mai hielten sich Händler aus Frankfurt, Karlsruhe, Straßburg, Paris, Basel, Amsterdam oder Leipzig in Mannheim auf. Der Mannheimer Maimarkt war somit durchaus über die Region hinaus bekannt, wobei er vor allem Kaufleute aus Frankfurt am Main, Straßburg, Neustadt an der Weinstraße, Karlsruhe und Mainz anzog. Ebendies mag in Anbetracht der Tatsache, da Frankfurt selbst eine Messehochburg war, verwundern. „Mannheim im Wettbewerb mit Plätzen wie Frankfurt, Mainz und Straßburg zu einem bedeutsameren Handelsplatz aufzuwerten“<sup>336</sup>, gelang allerdings laut Wolfgang von Hippel zu dieser Zeit noch nicht.

Etwas besser entwickelten sich die Bemühungen um einen größeren Anteil am Ost-West-Verkehr mit Nürnberg und Straßburg als Knotenpunkten. Die Hoffnung Mannheims [...] einen blühenden eigenen Speditionshandel aufbauen zu können, gingen allerdings [...] nicht in Erfüllung.<sup>337</sup>

Dass zwischen Mannheim und den Städten Straßburg, Mainz und Frankfurt ein Warenaustausch stattfand, ist ebenfalls in den Mannheimer Fremdenlisten von 1791 zu erkennen. Bezugs- und Vergleichswerte der genannten drei Städte wären allerdings von Relevanz, um diesen Handelsaustausch besser einordnen zu können. Hingegen ist gerade mit dem Osten kein größerer Austausch von Waren zu erkennen. Da auch der Handel mit Nürnberg nicht aus den Fremden-listen abzulesen ist, kann davon ausgegangen werden, dass sich diese kaum für die Betrachtung von Speditionsgeschäften eignen.

Die Konzentration des auswärtigen Warenangebotes auf die Messe war vor allem auf die Beschränkungen der Handelsfreiheit zurückzuführen. Seit der Niederschrift der Zunftordnung

---

<sup>334</sup> Wennemuth, Maimarkt, S. 42.

<sup>335</sup> Als Referenz wurde jeweils der 1. bis 14. Mai herangezogen, da der Mannheimer Maimarkt zumeist am 1. Mai begann und 14 Tage dauerte.

<sup>336</sup> Wolfgang von Hippel, Die Kurpfalz zur Zeit Carl Theodors – wirtschaftliche Aspekte, in: Alfried Wiczorek/Hansjörg Probst/Wieland Koenig (Hgg.), Lebenslust und Frömmigkeit. Kurfürst Carl-Theodor (1724–1799) zwischen Barock und Aufklärung. Handbuch. Bd. 1, Regensburg 1999, S. 183–192, hier S. 190.

<sup>337</sup> Ebd.

der Handelsleute und Krämer im Jahr 1728 war es gemäß Walter Borgius „ortsfremden“<sup>338</sup> Kaufleuten untersagt, ihre Waren außerhalb der Messezeiten feilzubieten. So durfte kein Kaufmann ohne einen in Mannheim situierten Laden außerhalb der Messetage Handel treiben.<sup>339</sup> Dabei wurden diese Händler als „ihre unangenehmsten Konkurrenten“<sup>340</sup> betrachtet. „Die Fremden, die sich bei den hiesigen Messen einstellten – heißt es im Zunftprotokoll von 1741 – seien lauter Detailliers oder Schönauer Tuchhändler, Bilderkrämer, ein paar Eisenhändler und Gängler, die das Geld aus dem Lande trügen“<sup>341</sup>. Die Handelsfreiheit wurde drei Tage nach Messeschluss wieder aufgehoben. Allerdings gab es bereits vor der Einfuhr zum Schutz der einheimischen Händler Einfuhr-, Verkaufs- und Gebrauchsverbote auf bestimmte ausländische Waren.<sup>342</sup> Auch wenn anzunehmen ist, dass sich die Beschränkungen auf in- und ausländische Händler bezogen, da auch die Verordnungen für Fremde der Mannheimer Policeyvorschriften von 1807 und 1822 immer für beide Gruppierungen galten, so ist nicht zu leugnen, dass das Zunftprotokoll von 1741 und die Zunftordnung von 1728, in der Fremde als Personen, die „ausser Unsern Chur-Landen anhero gekommen“<sup>343</sup> sind, beschrieben werden, nur auf ausländische Händler referieren.

Fremde Waren und Güter, welche außerhalb der Messezeit zum Verkauf angeboten werden sollten, mussten im Alten Kaufhaus eingelagert werden.<sup>344</sup> Dabei diente das Kaufhaus zugleich als Börse, Stadtwage, Messlokal und Zentrallagerhaus.<sup>345</sup> Unter Einrichtung des Waagegeldes durften die Waren drei Tage lang an jeden Bewohner verkauft werden; danach hatten alleinig die Zunftmitglieder ein Einkaufsrecht.<sup>346</sup> Die Ankunft fremder Waren und Güter wurde mit der Stadtschelle bekanntgegeben. Den für die fremden Händler sich negativ auswirkenden Stapelzwang versuchten diese allerdings zum Beispiel mit hohen Preisforderungen zu

---

<sup>338</sup> Walter Borgius, *Mannheim und die Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels* (= Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, Bd. 2.1), Freiburg im Breisgau/Leipzig/Tübingen 1899, S. 27. Walter Borgius liefert mit seiner Monografie nicht nur eine ausführliche Geschichte zur Entwicklung des Mannheimer Getreidehandels, sondern gibt darüber hinaus auch einen Einblick in den Handel der Stadt und seine Funktionsweise. Zudem überliefert er wichtige Quellen wie das Zunftprivileg der Handelsleute und Krämer von 1728, die Mannheimer Fruchtmartordnungen von 1663, 1766 und 1789 sowie statistische Tabellen bspw. zu den Umsätzen des Mannheimer Fruchtmart in Getreide (1790–1853) oder durchschnittlichen Jahrespreisen sämtlicher Getreidearten auf dem Mannheimer Fruchtmart (1790–1853). Hierzu allerdings auch Walter, *Mannheim* Bd. 1, S. 458f.

<sup>339</sup> Vgl. *Polizey-Vorschriften* (1807), S. 40.

<sup>340</sup> Walter, *Mannheim* Bd. 1, S. 460.

<sup>341</sup> Ebd.

<sup>342</sup> Zu Zöllen auf Tuche siehe bspw. Ludwig Ziehner, *Zur Geschichte des kurpfälzischen Wollgewerbes im 17. und 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Gewerbegeschichte des Merkantilismus* (= *Zur Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Beiheft 22), Stuttgart 1931.

<sup>343</sup> Zunftprivileg der „Handelsleute und Krämer“ in Mannheim, 1728 (Auszug), zit. nach: Borgius, *Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels*, S. 166.

<sup>344</sup> Vgl. *Polizey-Vorschriften* (1807), S. 40.

<sup>345</sup> Vgl. Walter, *Mannheim* Bd. 1, S. 460.

<sup>346</sup> Vgl. ebd., S. 459.

meiden.<sup>347</sup> Ab 1806 bestand auch die Möglichkeit, mit einem Handelsschein Verkäufe in der Stadt zu tätigen.<sup>348</sup>

Eine Art von Konkurrenzneid, wie er aus dem Zunftprotokoll von 1741 hervorgeht, ist ebenfalls in einem Schreiben des Stadtrats an den Kurfürsten vom 3. Januar 1794 zu finden. Zu Beginn des Jahres 1794 verordnete der Stadtrat infolge der Französischen Revolution und der sich in Mannheim aufhaltenden französischen Emigranten und Geflüchteten, „alle nicht hierher gehörige[n] ausländische[r] jedes stands und Geschlechts auf das baldeste [...] zuentfernen.“<sup>349</sup> Der Stadtrat sah aber ebenjene Verordnung nicht umgesetzt, wenn zur Jubelmesse ausländische Kaufleute in die Quadratestadt reisten. Deshalb wollte der Stadtrat die Aussetzung der Messe im Jahr 1794 öffentlich bekanntgeben, um die Stadt, die unter der Einquartierung bereits stark zu leiden habe, zu schonen.<sup>350</sup> Im Namen des Kurfürsten wurde dem Aussetzen der Jubelmesse stattgegeben.<sup>351</sup> Unter der Annahme, dass Wennemuth mit seiner These, die Jubelmesse sei auf Betreiben der einheimischen Kaufleute eingegangen, Recht behält,<sup>352</sup> stellt sich die Frage, wieso gerade der Stadtrat die Jubelmesse aussetzen wollte. Es erscheint fast fadenscheinig, die Verordnung als Vorwand zu nehmen, da die ausländischen Kaufleute, welche die Messe besuchten, wohl kaum einen solch großen Mehraufwand verursachen oder gar die Verwirklichung der Verordnung gefährden würden, schließlich handelte es sich um einen Personenkreis, der Mannheim nach kurzer Zeit wieder verließ – im Gegensatz zu vielen französischen Emigranten und Geflüchteten. Möglicherweise war dies gar eine gezielte Maßnahme seitens der Kaufmannschaft mithilfe des Stadtrats die Konkurrenz aus der Stadt fernzuhalten. Deutlich wird zudem, dass die fremden, demnach die ausländischen Händler, weit mehr als Konkurrenz betrachtet wurden, als die inländischen Händler, die gar keine Erwähnung finden. So brachte die ausländische Konkurrenz nicht nur die Mannheimer um ihre Einnahmen, sondern sie trugen das erwirtschaftete Geld aus der Kurpfalz heraus und entließen es in den Geldumlauf ihrer eigenen Heimat.

Doch nicht nur Konkurrenzneid war ein Problem. Der Hausierer Philipp Weber aus Göcklingen wurde im Jahr 1803 verhaftet, obwohl er für den Verkauf von Kirschwasser in Mannheim einen Passierschein gekauft hatte.<sup>353</sup> Allgemein war das Hausieren mit Kaufmannswaren außerhalb

---

<sup>347</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 461.

<sup>348</sup> Vgl. Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 151.

<sup>349</sup> Stadtrat an Regierung, 12.01.1794, GLA 213 Nr. 3724, Bl. 52.

<sup>350</sup> Vgl. ebd., Bl. 52f.

<sup>351</sup> Vgl. Reskript, 13.01.1794, GLA 213 Nr. 3724, Bl. 54.

<sup>352</sup> Vgl. Wennemuth, Maimarkt, S. 29.

<sup>353</sup> Vgl. Rentamtsbericht, 24.12.1803, GLA 213 Nr. 1048.

der Messezeit ohne Erlaubnis der Policey gänzlich verboten,<sup>354</sup> später wurden Landprodukte und Marktwaren hiervon ausgenommen.<sup>355</sup> Grund für die Verhaftung von Weber war der Verdacht der Verfälschung von Kirschwasser. Da er jedoch einen offiziellen Passierschein besaß, der ihn zum Verkauf berechnigte, kam es zur Auseinandersetzung zwischen der Policey und dem Rentamt. Begründet wurde der Eingriff der Policeykommission ferner damit, dass man bei Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung einschreiten müsse, da man nach der Abreise der „hirher kommenden Fremden“<sup>356</sup> Probleme habe, diese nochmals zu kontaktieren. Letztendlich führte dieses Eingreifen dazu, dass Hausierer ihre Waren zunächst bei der Policey prüfen lassen mussten, bevor sie einen Hausierzettel erhielten.<sup>357</sup> Gleichzeitig illustriert diese Auseinandersetzung jedoch auch ein grundlegendes Problem mit Fremden: Diese waren tatsächlich Fremde, das heißt über ihre Herkunft war man sich zumeist im Unklaren. Wenn sie die Stadt wieder verließen, bestand kaum eine Möglichkeit, sie ausfindig zu machen. Allerdings könnte die Argumentation der Policey in Bezug auf die Gesundheit der Einwohner auch nur als Vorwand gedient haben, das Hausieren zu unterbinden.

Außerhalb der Messen gab es unter anderem Speisemärkte, Holzmärkte oder Kohlemärkte, auf denen sowohl in- als auch ausländische Händler unter bestimmten Voraussetzungen ihre Waren feilbieten konnten. Am 13. November 1775 erschien beispielsweise das Landesgesetz *Normal-Verordnung für die Frucht-Märkte in Chur-Pfalz*, das den Getreidehandel außerhalb der offiziellen, landesherrlichen Fruchtmärkte verbot. Dies zwang die Bauern zum An- und Verkauf in den Städten, um so den Absatz der städtischen Krämer und Handwerker zu fördern. Von Nöten war dies aufgrund des Wachstums der Bevölkerung bei Abnahme der landwirtschaftlichen Eigenproduktion. Hierzu wurde den Bauern einerseits seitens der Regierung die Zoll- und Chausseegebühren, andererseits seitens der Städte die Brücken- und Pflastergebühren erlassen; erstere allerdings zumeist nur für die Hinfahrt.<sup>358</sup> Ein Fruchtmarkt unter ähnlichen Bedingungen wurde für Mannheim<sup>359</sup> erst zehn Jahre später bei Gelegenheit der Erneuerung der Mannheimer Stadtprivilegien vom 23. Dezember 1785 genehmigt.<sup>360</sup> Am

---

<sup>354</sup> Vgl. Polizey-Vorschriften (1807), S. 41; Zum Verbot in kurpfälzischer Zeit siehe bspw. Zunftprivileg der „Handelsleute und Krämer“ in Mannheim, 1728 (Auszug), zit. nach: Borgius, Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels, S. 169.

<sup>355</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1822), S. 55.

<sup>356</sup> Policeykommissionsprotokoll, Auszug, 27.12.1803, GLA 213 Nr. 1048.

<sup>357</sup> Vgl. Kurbadisches Hofratsprotokoll, Auszug, 17.05.1804, GLA 213 Nr. 1048.

<sup>358</sup> Vgl. Borgius, Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels, S. 40, S. 59f.

<sup>359</sup> Vor der Errichtung eines Fruchtmarktes in Mannheim mussten einheimische Bäcker bspw. drei Stunden nach Heidelberg bzw. vier Stunden nach Frankenthal fahren, um dort das nötige Getreide einzukaufen und in den naheliegenden Mühlen mahlen zu lassen. Hierzu Borgius, Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels, S. 57. Allgemein zur Einführung des Mannheimer Fruchtmarkt vgl. ebd., S. 50–61.

<sup>360</sup> Vgl. Borgius, Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels, S. 59f.

19. Oktober erhielt die Stadt ihr Fruchtmaktpatent und am 4. November 1789 eröffnete der erste Mannheimer Fruchtmarkt. Nach dem Übergang an Baden wurde mit einer Verordnung vom 7. Februar 1807 die uneingeschränkte Freiheit des Handels mit aller Art von Früchten in der ehemaligen Kurpfalz eingeführt. Dies bedeutete im Allgemeinen, dass kein Zwang mehr bestand, seine Waren und Güter auf den Fruchtmärkten umzusetzen. Gleichzeitig wurde jedoch auch die Befreiung von Zoll- und Chausseegebühren aufgehoben. Dennoch überlebten sich die Fruchtmärkte in den meisten Städten, darunter auch Mannheim.<sup>361</sup>

Handelshemmnisse erstreckten sich demnach auf die in- und ausländischen Händler. Die fremdenpolitischen Verordnungen entsprangen dem Schutzempfinden der eigenen Wirtschaft, aber auch der Bevölkerung. Auswärtige Händler wurden dementsprechend vor allem als Konkurrenten begriffen, die das Geld aus der Stadt und aus dem Land hinaustrügen.

Grundsätzlich versuchten die Stadtbewohner, sich vor fremder, auswärtiger Konkurrenz zu schützen, um beispielsweise den Absatz lokal erzeugter Waren zu sichern. Doch zu Handelszwecken wurden fremde Kaufleute auf dem einheimischen Markt zugelassen, allerdings unter Wahrung der Eigeninteressen der örtlichen Handwerker- und Kaufmannschaft.<sup>362</sup>

Im Grunde genommen ging es jedoch vor allem um den Schutz der zünftig organisierten Kaufleute und Krämer Mannheims. So zielten Maßregeln in der Zunftordnung und allgemeine Beschwerden auch auf unzünftige Konkurrenz innerhalb der Quadratestadt ab.<sup>363</sup>

### 4.3 Reisende über die Quadratestadt

Die heterogene Gruppe an Besuchern, die sich in der Quadratestadt für wenige Tage oder Wochen ohne festen Wohnsitz in Mannheim niederließ und in den vielen Gasthäusern der Stadt residierte, wurde unterschiedlich von der Mannheimer Bevölkerung willkommen geheißen. Dabei ist die Untersuchung des Umganges mit und des Eindruckes von stadtfremden Besuchern seitens der Mannheimer Bevölkerung, aber auch die Sicht der Reisenden selbst auf die Quadratestadt und ihre Bewohner aufgrund der Quellenrestriktion kein leichtes Unterfangen. Anhand von Policy- und Ordnungsgesetzen konnte sich dem Umgang mit Fremden bereits von staatlicher und städtischer Seite genähert und anhand der Mannheimer Fremdenlisten des *Mannheimer Intelligenzblattes* ihr Erscheinen in Mannheim beziffert werden. Am Beispiel der

---

<sup>361</sup> Vgl. Borgius, Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels, S. 84f.

<sup>362</sup> Michael Gassert, Kulturtransfer durch Fernhandelskaufleute. Stadt, Region und Fernhandel in der europäischen Geschichte. Eine wirtschaftshistorische Untersuchung der Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Vorgängen und kulturellen Entwicklungen anhand von Karten, 12. bis 16. Jahrhundert, Frankfurt 2001, S. 216.

<sup>363</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 459f.

Handelsreisenden wurde vor allem auf Konkurrenzdruck und -neid verwiesen, allerdings ebenfalls auf ein reges Treiben bei den gutbesuchten Messen. Darüber hinaus sind Reisende jedoch äußerst schwer zu fassen.

Eine Annäherung an die Aufnahme von Reisenden erlauben Reise- und Zeitungsberichte. Der Aussagewert kann allerdings nur punktuell verbleiben, auch wenn es nachfolgend unausweichlich ist, zu generalisieren. Dabei unterschieden sich diese Reisenden gemäß der Historikerin Gudrun Loster-Schneider

nach dem historischen Zeitpunkt ihres Aufenthalts und den angetroffenen historischen Bedingungen, nach den historischen Bedingungen ihres eigenen Bewußtseins. Sie haben unterschiedliche Fragestellungen, unterschiedliche individuelle Voraussetzungen, materiell und intellektuell. Sie haben bei aller Informationsgleichheit vorab unterschiedliche Erwartungshorizonte, unterschiedliche Vergleichsmuster – und sie unterscheiden sich in der Gesamtinterpretation ihres Aufenthaltes<sup>364</sup>.

Ausführlich beschreibt beispielsweise der bereits zitierte Gottfried, Edler von Rotenstein in Briefform an eine Frau mit den Initialen J. v. Pf. seinen Aufenthalt, der zwischen dem 25. April und 26. Mai 1785 stattfand.<sup>365</sup> Wie ein einheimischer Bewohner bewegte sich Rotenstein in den Mannheimer Kreisen. Er besuchte die Mannheimer Sehenswürdigkeiten, wie das Nationaltheater, den Antikensaal und die Sternwarte, oder begleitete den Leiter der Mannheimer Zeichnungsakademie Peter Lamine in dieselbige und speiste in illustrierter Runde im *Pfälzer Hof*. An seinem Tisch saßen weitere Besucher der Stadt wie beispielsweise ein Graf von Isenburg, ein Graf von Leiningen und mehrere Stabsoffiziere.<sup>366</sup> Auch Christian Friedrich Daniel Schubart bezeugte die interessante Gesellschaft in den Wirtshäusern. Hier trafen sich „ergötzende Gruppen von wunderbar abstechenden Charakteren“<sup>367</sup>. Wie Friedrich Walter feststellt, sei das Verständnis über Kunst ein Türöffner ins gesellschaftliche Leben der Stadt gewesen, wie er auch am Beispiel von Schubart, der von Karl Franz Reichsgraf von Nesselrode, einem kurpfälzischen und jülich-bergischen Geheimrat, während seines Mannheimer Aufenthaltes protegiert wurde, illustriert.<sup>368</sup> Da Rotenstein kurz nach seiner Ankunft mit seinem Herr eine Mietswohnung bezog, erachtete er sich selbst jedoch gar nicht mehr als Reisenden, sondern vielmehr als „Insaße zu Mannheim“<sup>369</sup>. Als Migrant sollte Rotenstein dennoch im herkömmlichen Sinne nicht erachtet werden, weil sein Aufenthalt auf einen Monat begrenzt

---

<sup>364</sup> Gudrun Loster-Schneider, *Mannheim in Reisebeschreibungen des 18. Jahrhunderts* (= Schriften der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz, Bd. 20), Mannheim 1987, S. 50. Hierzu ebenso Ingeborg Görler, *So sahen sie Mannheim*, Stuttgart/Aalen 1974.

<sup>365</sup> Vgl. Rotenstein, *Lustreise*, S. 282.

<sup>366</sup> Vgl. ebd., S. 25, 37, 73, 75f., 81–86, 91f.

<sup>367</sup> Walter, *Mannheim* Bd. 1, S. 670.

<sup>368</sup> Vgl. ebd., S. 669.

<sup>369</sup> Rotenstein, *Lustreise*, S. 32.



war und er lediglich Freizeitaktivitäten unternahm.<sup>370</sup> Seine Sicht auf Mannheim bleibt die eines Reisenden.

Auch der Niederländer B. H. Lulofs, der Mannheim zusammen mit seiner Frau im Jahr 1833 besuchte, zeichnet ein eher positives Bild von der Stadt und seinen Bewohnern:

Obwohl deshalb Mannheim nicht mehr sein mag, was es früher zu sein pflegte, scheint es dennoch [...] eine angenehme Stadt zu sein, die zu Recht von vielen Fremden, und darunter auch von Holländern, besucht wird. Dies umso mehr, als die Lebensmittel hier, ebenso wie in ganz Baden, billig, die Steuern im Vergleich mit denen in anderen Ländern gering und die angrenzenden Gegenden außergewöhnlich reizend sind.<sup>371</sup>

Während Lulof in der Oper mit einem russischen und einem badischen Offizier, ersterer war gerade auf Badereise, eher negative Erfahrungen sammelte, da diese ihm zu laut waren,<sup>372</sup> halfen ihm gut gekleidete Passanten, als er sich auf dem Weg zu seinem Gasthaus verlaufen hatte, wohlbehalten zurückzufinden.<sup>373</sup> Lulof war von der Quadratestadt jedoch nicht nur angetan, sondern hebt auch ihren Ruf hervor, viele Fremde anzuziehen. Bezüglich der Oper wies der 19-jährige Sohn des Zürcher Bürgermeisters Johann Heinrich Landolt, der in Begleitung eines Freundes 1782 Halt in Mannheim machte, gar auf die Besonderheit hin, dass den Fremden „immer die besten Plätze angewiesen wurden.“<sup>374</sup>

An die Aussagen von Johann Heinrich Landolt schließen sich die Geschehnisse rund um den tödlichen Unfall des aus dem hessischen Gersfeld stammenden Luftschiffers Sebastian Bittorf, der 1812 in Mannheim mit einer sogenannten Montgolfière, einem Heißluftballon, über Mannheim abgestürzt war, an. Bittorf logierte ab dem 6. Juni 1812 bei der Witwe des Bürgers und Lohnkutschers Martin Müller in der Wirtschaft *Prinz Friedrich* in B 2, 8. Als Aufstiegsplatz wählte Bittorf das nördliche Ende der Breiten Straße, das heißt zwischen den Quadraten K und I und dem Neckartor. Seine erste Auffahrt Ende Juni war jedoch aufgrund der schlechten Witterung abgesagt worden. Dies führte dazu, dass seine Frau Anna Ottilie Bittorf, geborene Schleicher, nur wenige Tage später in Mannheim ihren gemeinsamen Sohn gebar.<sup>375</sup> Sebastian Bittorfs Aufstieg verzögerte sich hingegen noch weiter.

Am 10. Juli zeigte der Luftschiffer an, „daß er mit Vorbehalt hierzu erforderlicher guter Witterung [...], das erhabenste Schauspiel [...], nämlich seine 30. Luftreise, Sonntag als den 12., dieses geben

---

<sup>370</sup> Nicht nur gemäß seiner eigenen Interpretation, sondern auch der einleitend in dieser Arbeit getätigten Definition entspräche Rotenstein einem Migranten mit temporärem Aufenthaltsrecht. Da jedoch sein Aufenthalt befristet war und er seinen Lebensmittelpunkt nicht in die Stadt verlegte, muss er als Grenzfall erachtet werden. Gleichzeitig zeigt der Fall die Konstruiertheit solcher Definitionen.

<sup>371</sup> B. H. Lulofs, Mannheim im Jahre 1833. Ein Reisebericht von B. H. Lulofs, mitget. u. komm. v. Wilhelm Herrmann, übers. v. Gerhard Bauer, in: MGB NF 1 (1994), S. 251–271, hier S. 261.

<sup>372</sup> Vgl. ebd., S. 266f.

<sup>373</sup> Vgl. ebd., S. 270.

<sup>374</sup> Johann Heinrich Landolt, Aufzeichnungen eines jungen Zürichers über seinen Aufenthalt in Mannheim im Jahre 1782, mitget. v. Heinrich Junck, in: MGB AF 7 (1906), Sp. 11–15, hier Sp. 18.

<sup>375</sup> Vgl. Kistner, Die Mannheimer Todesfahrt, Sp. 112–114.

wird, wo er wünschet und bittet von allen Kunstliebhabern und Kennern dieser Unternehmung beehrt zu werden, wo er versprechen kann, einem Jeden die schönste Augenweide zu verschaffen, [...], wozu alle höflichst eingeladen werden“<sup>376</sup>.

Entgegen Bittorfs Annahme war das Wetter allerdings nicht günstig. Erst am 16. Juli konnte der Luftschiffer sein Unternehmen in die Tat umsetzen. Unter den Blicken der Mannheimer Bevölkerung bestieg Sebastian Bittorf um sechs Uhr seinen Heißluftballon. Adolf Kistner beschreibt das Vorhaben folgendermaßen:

Leider war die Abendluft schon etwas bewegt und drückte den emporgehenden Ballon an den einen Führungsmast, dessen Seilrolle sofort die dünne Papierhülle aufriß. Rasch erweiterte sich der Spalt, aus dem zum Entsetzen der Zuschauer dicker Rauch hervorquoll [...]. Der Wind fing sich in dem zerfetzten Ballon und trieb ihn quer über die Häuser. Von den Luftzug angefacht loderten die Heizstoffe hell auf, und fielen [...] auf Brust und Arme des unglücklichen Luftschiffers, der auf die schräge Dachfläche eines zweistöckigen Hauses geriet und gleich darauf samt Korb und Ballon auf die Straße herunterstürzte. Fürchterlich zugerichtet, aber bei vollem Bewußtsein, wurde er von einigen Zuschauern unter den rauchenden Trümmern hervorgezogen. [...] Die Brandwunden und inneren Verletzungen waren aber so schwer, daß man bald alle Hoffnung schwinden lassen mußte.<sup>377</sup>

Obwohl Bittorf nur zwei Monate in Mannheim verweilte, war das allgemeine Mitleid für Anna Ottilie Bittorf unter den Bewohnern Mannheims sehr groß. Beispielsweise berechnete der Schreiner für den Sarg von Sebastian Bittorf keinen Lohn, die Witwe Müller ließ die Frau des Verstorbenen nicht nur weiterhin in ihrem Haushalt wohnen, sondern stellte ihr Kost und Logie nicht in Rechnung. Eine unbekannte Mannheimerin diente dem Neugeborenen von Bittorf außerdem gar als Amme.<sup>378</sup> Zudem flossen aus Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Durlach und aus weiteren umliegenden Gemeinden Spenden an die hinterbliebene Frau. Aus der Mannheimer Stadtkasse wurden weitere 15 Gulden gespendet.<sup>379</sup> Die große Hilfsbereitschaft für Familie Bittorf erreichte eine solche Präsenz im gesamten Großherzogtum, dass mehrere Dichter wie auch Zeitungen über das Geschehen, vor allem jedoch über die große Hilfsbereitschaft, berichteten.

Beide Frauen wurden von einem Bruchsaler Dichter mit einem Gedicht bedacht, ein Heidelberger Kämmerer verfasste ebenfalls einen Vers über die Hilfstätigkeit der Mannheimer Bevölkerung.<sup>380</sup> Das *Badische Magazin* äußert sich in seiner Ausgabe vom 4. August 1812 wohlwollend über den „edlen gastfreundlichen Zuge[] der Wittwe des Lohnkutschers Müller, gegen die Familie Bittorf [...]“<sup>381</sup> und bezeichnet sie als „Beispiel von Bürgertugend“<sup>382</sup>.

Was aber mehr als dieses eine Frau [...], in die Reihe der edlen Weiber setzt, ist, daß sie der Familie Bittorf anhaltende Aufmerksamkeit widmet, ihr Rathgeberin, Freundin, Trösterin ist, und als treue

<sup>376</sup> Kistner, Die Mannheimer Todesfahrt, Sp. 114.

<sup>377</sup> Ebd., Sp. 114f.

<sup>378</sup> Vgl. ebd., Sp. 115.

<sup>379</sup> Vgl. ebd., Sp. 117f.

<sup>380</sup> Vgl. ebd., Sp. 115.

<sup>381</sup> Zur Geschichte edler Handlungen, in: *Badisches Magazin* 181 (04.08.1812), S. 713–714, hier S. 713.

<sup>382</sup> Ebd.

sorgsame Mutter sich derselben annimmt. Ein abermaliger erfreulicher Verweis, daß unter dem ernstern äußern Gewande manches Herz für fremde Leiden schlägt, wenn gleich wir unter dieser Hülle es nicht immer suchen.<sup>383</sup>

Ein anonymen Schreiber verweist gar darauf, dass Müller „selbst Wittwe mit vier Kindern [sei], ihr Herz thut diese That, und der dort oben lohne einstens ihr Herz.“<sup>384</sup> Ein von Karl Vollmuth im *Mannheimer Intelligenzblatt* erschienenen Gedicht lässt über die Mannheimer Bevölkerung außerdem verheißen, ihr Herz erweiche in „fremder Noth“<sup>385</sup>. In den vielen Ausführungen zum Unglück von Sebastian Bittorf spiegelt sich die Hilfsbereitschaft der Mannheimer Gesellschaft gegenüber dem Fremden wider. Die Mannheimer, allen voran die Mannheimerinnen, darunter die Witwe Müller, die freigiebig aushalf, kümmerten sich um die Frau und das neugeborene Kind des verstorbenen hessischen Luftschiffers. Doch auch aus anderen Gegenden des Großherzogtums Baden wurden Hilfsangebote an Bittorf gerichtet. Inwieweit diese Hilfsbereitschaft nur einen Einzelfall darstellt oder gar von der Publizität des Geschehnisses und der Prominenz des Luftschiffers herrührt, kann jedoch abschließend nicht beantwortet werden.

Nicht über die Hilfsbereitschaft dafür jedoch über die aufgeschlossene Art der Mannheimer weiß Johann Friedrich Karl Grimm in seinen Aufzeichnungen zu berichten.<sup>386</sup> Für Grimm, der zwischen dem 20. und 22. Dezember 1774 im Gasthaus *Goldener Pflug* logierte, war Mannheim für Stadtfremde „durch den Hof und die daselbst angestellten Lustbarkeiten [...] ein angenehmer Aufenthalt [...], besonders in der Carnavalszeit.“<sup>387</sup> Dem aus Gotha stammenden Arzt war es überaus wichtig, die Städte in seiner Heimat, „seinem Vaterlande“<sup>388</sup>, vor den „schönen Städte[n] der Ausländer“<sup>389</sup> gesehen zu haben. Was diese Textpassage besonders auszeichnet, ist allerdings Grimms Verständnis von Vaterland und Ausland. Für Grimm sind Ausländer Personen, die nicht aus dem Heiligen Römischen Reich stammten, demnach keine Deutschen waren.

Auch Francisco de Miranda, der Mannheim im Juli 1788 einen Besuch abstattete, berichtet in seinem Reisetagebuch von keiner Fremdenfeindlichkeit. Miranda wurde am 28. März 1750 in Caracas, dem damaligen spanischen Vizekönigreich Neugranada, geboren und kämpfte für die Unabhängigkeit Ibero-Amerikas. 1816 starb er im Gefängnis von La Carraca bei Cádiz. Seit dem 9. August 1785 war er auf Bildungsreise, wobei er weite Teile Europas bereiste. Am

---

<sup>383</sup> Zur Geschichte edler Handlungen, S. 714.

<sup>384</sup> S\*\*z., Beispiel von Bürgertugend, in: Badisches Magazin 178 (30.07.1812), S. 703.

<sup>385</sup> Karl Vollmuth, Der Tod, oder die dreißigste und letzte [sic!] Luftreise des Mechanikus Bittorf in Mannheim den 16ten Juli 1812, in: MIB 58 (21. Juli 1812).

<sup>386</sup> Vgl. Johann Friedrich Karl Grimm, Bemerkungen eines Reisenden durch Deutschland, Frankreich, England und Holland in Briefen an seine Freunde. Erster Theil, Altenburg 1775, S. 109f.

<sup>387</sup> Ebd., S. 109.

<sup>388</sup> Ebd., S. 110.

<sup>389</sup> Ebd.

20. Juli 1788 kam er in Mannheim an.<sup>390</sup> Dort weiß er über das Publikum des Nationaltheaters nur Gutes zu berichten: „Das Publikum war anständig, ohne hervorragend zu sein, und man bemerkte die natürliche Unschuld der Leute, deren Jungfrauen allein einhergehen und problemlos ein Gespräch mit einem Fremden anknüpfen.“<sup>391</sup> Allgemein hat er von Mannheim einen sehr guten Eindruck und erklärt in seinem Reisebericht, dass gar die Mädchen ohne ihre Eltern ausgehen können, „was die Reinheit und Güte der Gewohnheiten“<sup>392</sup> beweise. In der Sternwarte traf er sich mit Professor Fischer, der ihm „[a]lles mit größter Zuvorkommenheit“<sup>393</sup> erläuterte. Ferner empfing ihn Ingenieurhauptmann Ferdinand Denis mit großer Höflichkeit und zeigte ihm die Pläne der Umgebung von Mannheim; auch mit einem Franzosen in der Stadt unterhielt er sich freundlich. Nach seinem Besuch in Mannheim reiste Miranda über Neustadt an der Weinstraße und Landau in der Pfalz ins Elsass und dann weiter in die Schweiz, durch Norditalien und nach Frankreich, bevor er 1789 nach London zurückkehrte, wo er seine Reise begonnen hatte.<sup>394</sup>

Negativ äußerte sich hingegen Cosimo Alessandro Collini, der als Wirklicher Geheimsekretär, Direktor des Naturalienkabinetts und Hofhistoriograf des Kurfürsten Carl Theodor sich auf Empfehlung Voltaires 1760 permanent in Mannheim niederließ.<sup>395</sup> In seinen *Lettres sur les Allemands*, die dem Schema der fiktiven Briefsammlung folgen, beschreibt das fiktive Ich, in diesem Fall stellvertretend für Collini, in einem Nationenporträt seine Eindrücke von Deutschland, aber insbesondere von der Kurpfalz und Mannheim. Dabei wusste Collini gemäß dem Historiker Klaus Heitmann für einen ausländischen Mann, „der sich im 18. Jahrhundert über Volk und Land der Deutschen“<sup>396</sup> äußerte, ganz genau, wovon er sprach. Von den Kurpfälzern zeichnet Collini insgesamt ein positives Bild: „Ich lernte in diesem Land liebenswürdige, schätzenswerte und gebildete Menschen kennen: die Erinnerung an Mannheim wird mir ewig teuer bleiben“<sup>397</sup>. Die Rheinländer beschreibt er als „gesittet, auf ihren Vorteil bedacht, genußsüchtig, musikliebend“<sup>398</sup>, gleichzeitig hebt er jedoch hervor, dass die Bewohner sich aus verschiedenen Völkern, Religionen und Sekten zusammengesetzt und viele Reisende sich durchaus negativ

---

<sup>390</sup> Vgl. Jochen Rudersdorf, Francisco de Miranda (1750–1816) und sein Besuch in Mannheim, Heidelberg und Schwetzingen 1788, in: MGB NF 29 (2015), S. 11–20, hier S. 11f.

<sup>391</sup> Francisco de Miranda, *Diario de Viajes*, hg. Miguel Castillo Didier, Caracas 1992, S. 358–368, zit. nach: Rudersdorf, Francisco de Miranda (1750–1816), S. 13.

<sup>392</sup> Ebd., S. 15.

<sup>393</sup> Ebd.

<sup>394</sup> Vgl. ebd., S. 16f.

<sup>395</sup> Vgl. Klaus Heitmann, „Die Erinnerung an Mannheim wird mir ewig teuer bleiben“. Cosimo Alessandro Collini über die Kurpfalz in seinen *Lettres sur les Allemands* (1790), in: MGB NF 1 (1994), S. 207–224, hier S. 207.

<sup>396</sup> Ebd., S. 209.

<sup>397</sup> Cosimo Alessandro Collini, *Lettres sur les Allemands*, Hamburg 1790, S. 309, zit. nach: Heitmann, Collini über die Kurpfalz, S. 209.

<sup>398</sup> Ebd., S. 213.

über die Kurpfalz geäußert haben.<sup>399</sup> Wie Heitmann ausführt, überlässt es der fiktive Briefeschreiber seinen Adressaten, „sich an Ort und Stelle einen Eindruck vom Wahrheitsgehalt solcher Urteile über die Pfälzer zu verschaffen.“<sup>400</sup> Welche negativen Eindrücke der Reisenden, mit denen das fiktive Ich gesprochen hatte, zu seinem niederschmetternden Resümee führten, bleibt allerdings ungeklärt.

Gründe, die zu solchen Äußerungen führen könnten, spricht Collini allerdings ganz deutlich aus: Die Deutschen erhöben das eigene Vaterland in den Himmel. „In ihrem nationalen Egozentrismus versperrten sie sich allem Ausländischen gegenüber bis zur Fremdenfeindlichkeit.“<sup>401</sup> Collini wird jedoch noch deutlicher:

Infolge dieser hohen Meinung der Deutschen von der eigenen Nation schenken sie dem Ausländer, aus welchem Land er auch stamme, keine Beachtung, legen keinen Wert auf ihn, ja erweisen sich mitunter jeder fremden Nation gegenüber feindselig [...]. Der Deutsche [...] schätze kein Volk außerhalb des eigenen, ihm bedeute auch die Teilnahme von Ausländern an seinen geselligen Zusammenkünften nichts. [...] Deutschland [...] biete zwar dem Reisenden wegen seiner geordneten Verhältnisse viele Vorteile. Wer sich aber hier zu längerem Aufenthalt niederlasse oder gar dauernden Wohnsitz nehme, der werde, und zwar ausnahmslos, Zielscheibe von Verachtung, Kränkungen und Demütigungen seitens eines Volkes, das vom Ausland nichts als Beeinträchtigen der althergebrachten deutschen Art erwartete.<sup>402</sup>

Für Collini bleibt ein Ausländer in Deutschland immer ein Ausländer, auch wenn er dort sein ganzes Leben lang zubrächte.<sup>403</sup> Wie bei Grimm waren Ausländer Personen, die außerhalb des Heiligen Römischen Reiches geboren wurden, womit hier der Begriff eine andere Konnotation wie in den zuvor dargestellten Policey- und Ordnungsgesetzen erfährt.

Auch der Reisende Carl Ignaz Geiger bemerkte während seines Aufenthaltes in den 1780er Jahren eine Art von Fremdenfeindlichkeit. Die Mannheimer, „das eitelste Völkchen unter Gottes Sonne“<sup>404</sup>, seien „ein Gemische vom Franzosen und Juden, mit welch lezterm er auch sogar viel Aehnliches im Sprachklange hat; tändelnd, leichtsinnig, prahlerisch, üppig, wohllüstig, weichlich, zaghaft, listig und betrügerisch.“<sup>405</sup> Jeder Reisende, der in einem Mannheimer Gasthaus übernachtete, könne sich gar selbst hiervon überzeugen.<sup>406</sup> Geiger wird in seinen Worten jedoch noch drastischer: Die Wirte und Fuhrleute bezeichnet er in seinem Bericht als Gauner, deren Aufgabe es sei, die Reisenden auszubeuten. Verlaufe man sich in der Stadt, so liefen Jungen mit dem Suchenden extra Umwege, um mehr Geld an ihnen zu

---

<sup>399</sup> Vgl. Heitmann, Collini über die Kurpfalz, S. 213.

<sup>400</sup> Ebd., S. 214.

<sup>401</sup> Collini, Lettres, S. 298, zit. nach: Heitmann, Collini über die Kurpfalz, S. 222.

<sup>402</sup> Ebd., S. 223.

<sup>403</sup> Vgl. Heitmann, Collini über die Kurpfalz, S. 223.

<sup>404</sup> Carl Ignaz Geiger, Reise eines Engelländers durch Mannheim, Baiern und Oesterreich nach Wien, 2., vermehrte Auflage, Amsterdam 1790., S. 7.

<sup>405</sup> Ebd., S. 8.

<sup>406</sup> Vgl. ebd., S. 8.

verdienen.<sup>407</sup> Geiger kann der Stadt in seinem Reisebericht deshalb kaum etwas Positives abgewinnen. So echauffiert er sich darin gar über die Namen der Gasthäuser. „Alle Schilde, auch an den schlechtesten Wirthshäusern, sind nichts geringeres, als Kaiser, Könige, Fürsten. [...] Die keinen mehr übrig haben, nennen ihre Häuser Höfe.“<sup>408</sup>

Weniger an der Mannheimer Bevölkerung als an der Ignoranz ihres Herrschers übte der aus Schottland stammende Schriftsteller und Rechtsanwalt James Boswell Kritik. Boswell stieg im November des Jahres 1764 für sieben Tage im Gasthaus *Prinz Friedrich* in Mannheim ab; aufgrund einer Erkältung musste er zwar einen Tag das Bett hüten, empfand es jedoch trotzdem als schändlich, erst zwei Tage nach Ankunft dem Kurfürsten persönlich vorgestellt zu werden.<sup>409</sup> Sein Unverständnis dem Kurfürsten gegenüber gipfelte in der Tatsache, dass er vom Hof keine Einladung zur Tafel erhielt:

Ich bin mürrisch und verdrossen, weil ich es in Mannheim am Hof übel getroffen habe. Seine kurfürstliche Durchlaucht will unbedingt als grossmächtiger Zeitgenosse gelten. [...] Dann aber behandelt er Fremde so von oben herab, dass ihn die einen auslachen und andere ihn verwünschen, je nach Veranlagung. [...] Fremde werden wunderselten zu Tisch geladen. [...] Was für ein ungastlicher Bold!<sup>410</sup>

All dieser Ärger über den Kurfürsten und seine Haltung gegenüber Fremden schien jedoch vergessen, als Boswell schon längst in Karlsruhe war. „Am besten wäre es, die Engländer kämen nach Mannheim, um sich dort bei Hofe vorstellen zu lassen. Da werden sie erleben, was wahre Höflichkeit ist.“<sup>411</sup> Dass der Kurfürst nicht mit Fremden speisen wollte, sah er in der Retrospektive weniger negativ. Er zeige sich gar glücklich, in „das berühmte finstere Antlitz des Kurfürsten eine halbe Stunde täglich“<sup>412</sup> gesehen zu haben.

Diese von Collini spezifisch beschriebene Fremdenfeindlichkeit, die er vor allem an den in der Kurpfalz lebenden Italienern und Franzosen festmachte,<sup>413</sup> ist anhand des vorhandenen Quellenmaterials nur schwer zu fassen. Ebenso sieht es auch für die von Geiger beschriebene betrügerische Art der Mannheimer gegenüber den Reisenden aus, wie die vom Kurfürsten Boswell entgegengebrachte Abneigung. Die Wurzel der Abneigung gegenüber letzterem ist keinesfalls in Fremdenfeindlichkeit zu suchen; auch wenn sie Boswell im ersten Moment so erscheinen mochte. Die zeitgenössischen Eindrücke, die sich in den Reiseberichten und Aufzeichnungen der Besucher Mannheims widerspiegeln, erlauben nur eine sehr eingeschränkte Außenansicht

---

<sup>407</sup> Vgl. Geiger, Reise eines Engelländers, S. 8f.

<sup>408</sup> Ebd., S. 10f.

<sup>409</sup> Vgl. Boswell, James, Boswells große Reise. Deutschland und die Schweiz. 1764, hg., eing. u. komm. v. Frederick A. Pottle, übers. v. Fritz Güttinger, Zürich 1955, S. 193f.

<sup>410</sup> Ebd., S. 198.

<sup>411</sup> Ebd., S. 200.

<sup>412</sup> Ebd., S. 201.

<sup>413</sup> Vgl. Heitmann, Collini über die Kurpfalz, S. 223.

auf die gesellschaftliche Situation innerhalb der ehemaligen kurpfälzischen Residenzstadt. Weder Rotenstein und Lulofs noch de Miranda, Schubart, Landolt oder Grimm sahen sich Problemen mit der Mannheimer Bevölkerung gegenüber. Vielmehr vermitteln sie ein Bild des hilfreichen und geselligen Mannheimers. Die meisten Reiseberichte verzichten allerdings auf eine Beschreibung der Mannheimer Gesellschaft und erzählen nur von den Mannheimer Institutionen.<sup>414</sup> Berichten sie darüber hinaus über ihre Tage in Mannheim, so erwecken sie, ohne darauf näher einzugehen, wiederum das Bild des freundlichen Mannheimers – auch wenn die Kontrollmechanismen innerhalb der Stadtmauern nicht in Vergessenheit geraten sollten. Lediglich Collini und Geiger bemerkten allgemein Ressentiments gegenüber Ausländern. So mag letztendlich Collinis Ansicht über die Deutschen, speziell vermutlich über die Mannheimer, als Einwohner der Quadratestadt überraschend sein und bedürfte in den nachfolgenden Kapiteln noch einer weiteren Betrachtung. Wie Gurdrun Loster-Schneider ferner erwähnt, „treten die Reisenden, soweit die Texte repräsentativ sind, anscheinend in keine Beziehung zur eigentlichen Bevölkerung, was sich an Charakter und Qualität der zu diesem Bereich gelieferten Informationen direkt ablesen läßt.“<sup>415</sup> So lässt sich Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise Gastfreundlichkeit noch schwerer fassen.

---

<sup>414</sup> So etwa bspw. in den Beschreibungen von Jens Baggesen, Aurelio de' Girogi Bertola, Jakob Jonas Björnsthall, Jean Nicolas Etienne de Bock, Charles Burney, Philipp W. Gercken, Jacques de Guibert, Gerhard Anton von Halem, Johann Jakob Wilhelm Heinse, van der Hude, Nikolay M. Karmasin, Jakob Michael Rheinholz Lenz, Johann Heinrich Landolt, Johann Caspar Lavater, Johann Cristian Mannlich, John Moore, Friedrich Matthisson, Philipp Heinrich Patrick, Gottlieb K. Pfeffel, Johann Richter, Johann Riesbeck, Sophie von La Roche, Jean Francois de Schlichtens und Johann O. Willebrand.

<sup>415</sup> Loster-Schneider, Reisebeschreibungen, S. 24.

## 5. Aufenthaltsort Mannheim: Aufnahme von Migranten

Jene Migranten, die sich in Mannheim nur mit einer temporären Aufenthaltserlaubnis aufhielten, unterschied von den Bürger- und Beisassenmigranten ihre Zugehörigkeit zu der politisch-rechtlichen Gemeinschaft ihres neuen Wohnortes. Erst mit dem Erwerb von Bürger- beziehungsweise Beisassenrechten ging nämlich die formale Integration der Migranten und damit die Erlangung von Zugehörigkeitsrechten in der Quadratestadt einher. Ein Aufenthalt ohne Zugehörigkeit zur Stadt war zwar problemlos möglich, muss aber in Anbetracht der Tatsache, dass diese Personen womöglich als Fremde wahrgenommen wurden, bei der Untersuchung von Aufnahme und Integration Rechnung getragen werden. Da diese Personen gerade durch ihre fehlende formale Integration gekennzeichnet waren, stellt sich primär die Frage, wie diese Form der Migranten in Mannheim aufgenommen und wahrgenommen wurde. Doch auch Integrationsfaktoren wie beispielsweise die Bildung sozialer Netzwerke werden diskutiert. Zur Beantwortung dieser Fragen werden deshalb einzelne Gruppen von Migranten in den Fokus gestellt, die einen ähnlichen Rechtstatus sowohl in als auch außerhalb der Stadt genossen und zumeist als eine einheitliche Gruppe in den Policy- und Ordnungsgesetzen angesprochen wurden. Hierzu wird Simon Karstens idealtypische Rechtsordnung für Städte, welche „Leitlinien zur Regelung von Fremdheit und Zugehörigkeit“<sup>416</sup> vorgibt, auf die Migranten übertragen. Allerdings unterstellt Karstens bei diesem Konzept den Städten weitgehende Autonomierechte. Mannheim war jedoch keine freie Reichsstadt, weshalb zwischen inländischen und ausländischen Migranten zu trennen sein wird.

Als Gruppe werden sowohl zuwanderungswillige Juden, Handwerksgesellen, Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen als auch Gewerbebetreibende<sup>417</sup> untersucht. Eine vierte Gruppe ergibt sich aus den im Betrachtungszeitraum vorherrschenden revolutionären Umbrüchen: Viele französische Emigranten und Geflüchtete suchten in Mannheim vor den Unruhen in Folge der Französischen Revolution Schutz. Ihr Aufenthalt im Land und in der Stadt war jedoch individuell geregelt, sodass sich eine gesonderte Betrachtung anbietet. Allerdings ist nachfolgend eine scharfe Trennung zwischen reisenden und migrierenden Franzosen nicht möglich: Unter den Emigranten und Geflüchteten befanden sich sowohl Personen, die in Gasthäusern übernachteten und Mannheim nach kurzem Aufenthalt wieder verließen, als auch Franzosen,

---

<sup>416</sup> Karstens, Ständeordnung und Territorialstaat, S. 248.

<sup>417</sup> Die Gewerbebetreibenden sind ein Beispiel für Fremde mit privilegiertem Rechtsstatus. Allgemein war diese Gruppe von Fremden nicht homogen. Sie einte zwar ein rechtlicher Status, doch dieser Status variierte im Gegensatz zu den anderen fremden Personengruppen je nach Stand und Gewerbe deutlich. In diesem Sinne ist auch nicht immer von *privilegiert* zu sprechen, da diese Personen keinesfalls immer bessergestellt waren. Hier sei nur auf die Studenten und Soldaten im Gegensatz zu den Adligen oder Hof- und Staatsdienern verwiesen, die ebenfalls gemäß Karstens zu den privilegierten Fremden zählten.



die Mannheim als ihre neue Heimat auserkoren hatten, sich möglicherweise sogar formal integrieren wollten. Eine ähnliche Problematik äußert sich bei den fremden Armen, Bettlern und Vaganten. Ihr Aufenthalt war zum Teil in der Stadt streng reguliert, teilweise sogar verboten. Von einem Aufenthaltsrecht konnte nur gesprochen werden, wenn sie bereits vor ihrer Verarmung in der Stadt, beispielsweise als Handwerksgesellen oder Gesinde, gelebt hatten. Strenggenommen erfüllten sie die einleitend aufgestellte Definition von Migranten nicht, da weder von einer Lebensmittelpunktverlegung noch der Intention, den Lebensmittelpunkt nach Mannheim zu verlegen, gesprochen werden kann.

Andreas Fahrmeir, der zwischen Reise, Aufenthalt und Niederlassung unterscheidet, setzt für den Aufenthalt von Migranten in den Städten die policeyliche Anmeldung voraus. In kurpfälzischer Zeit gab es wohl spezielle Einwohnerbriefe, mit denen Migranten ein temporäres Aufenthaltsrecht erhielten.<sup>418</sup> Die Migranten waren verpflichtet, sich bei

längeren freyen Aufenthalts wegen bey Churpfälztischer Regierung zu melden, und durch glaubhafte Zeugnissen eines untadelhaften, ruhig und wohlsittlichen, auch von bürgerlichen Gewerbschaften entfernten Betragens zu legitimiren, wo alsdann und welchenfalls sie ohnentgeltlich mit denen nöthigen freyen Innwohnungs-Briefen versehen<sup>419</sup>

werden.

In den Mannheimer Policeyvorschriften von 1822 wird die policeyliche Anmeldung, die bereits Anfang des Jahrhunderts praktiziert wurde, ebenfalls festgeschrieben. Der Aufenthalt eines Ausländers durfte nicht „ohne vorgängige und jährlich zu erneuernde Nachweisung seines beibehaltenen ausländischen Heimatrechts gestattet“<sup>420</sup> werden. Wer diesen Nachweis nicht erbrachte, musste wegziehen oder innerhalb einer bestimmten Frist das badische Staatsbürgerrecht erwerben.<sup>421</sup> Eine Anmeldung müsste dennoch auch für die in der Stadt lebenden Inländer obligatorisch gewesen sein. Denn jeder

Fremde, der [...] eine eigene Wohnung dahier beziehen will, [muss] vorerst seine Verhältnisse in ein von der Policy ihm zugestellt werdendes Formular [...] eintragen, und dieses mit seinem Passe und Heimatscheine der Policy vorlegen, wogegen ihm die Aufenthalts-Erlaubniß unentgeltlich [sic!] ertheilt wird.<sup>422</sup>

---

<sup>418</sup> Vgl. Verordnung, 06.03.1770, GLA 77 Nr. 818, Bl. 11.

<sup>419</sup> Ebd.

<sup>420</sup> Polizei-Vorschriften (1822), S. 40.

<sup>421</sup> Vgl. ebd. Im Bestand MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, sind einige dieser Formulare überliefert. Hierauf hatten die Migranten ihren Stand, ihr Gewerbe, ihren Geburtsort und ihren letzten Wohnort sowie den Grund und die Dauer ihres Aufenthaltes zu vermerken. Hierunter findet sich bspw. das Formular des in Heidelberg geborenen und zuletzt in Bruchsal wohnhaften Adam Baumann. Vgl. Adam Baumann, 1818, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 13.

<sup>422</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1822), S. 40.

Allgemein zählt Fahrmeir das Großherzogtum Baden in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer dritten Zone der deutschen Staaten, in denen „Zuwanderer, die sich nicht an ihrem Heimatort niederlassen wollten, [...] eine explizite Genehmigung der Zielgemeinde“<sup>423</sup> benötigten.

Der Heimatort spielte bereits im 18. und frühen 19. Jahrhundert eine besondere Rolle, da nur hier ein Recht auf Aufenthalt und Armenfürsorge, demnach das Heimatrecht, bestand. Der Heimatort unterschied sich jedoch vom Geburtsort. Eine Person erwarb das Heimatrecht nur an jenem Ort, an dem der Vater, bei unehelichen Kindern die Mutter, zum Zeitpunkt der Geburt der Person ein Heimatrecht, das heißt eine Gemeindezugehörigkeit, besaß.<sup>424</sup> Daher ist es kaum verwunderlich, dass auf Anraten von Stadtrat und Zunftmeistern auch immer wieder inländische Bürgerrechtskandidaten der Stadt verwiesen werden sollten.<sup>425</sup> Der Stadtverweis der eigenen Untertanen wird ebenfalls an den Kriegsknechten, die mehr als 20 Jahre lang in kurpfälzischen Diensten gestanden hatten, deutlich. Als Belohnung und zur Beförderung des Militärs erhielten sie für treue Dienste Personalfreiheit an einem kurpfälzischen Ort ihrer Wahl.<sup>426</sup> Sie sollten jedoch nicht nur ihren Wohnsitz frei wählen dürfen, sondern auch unentgeltlich zu Bürgern und Zünftigen aufgenommen werden. In Mannheim fürchtete man gerade deshalb, dass zu viele mittellose Soldaten sesshaft würden, die der Armenhilfe anheimfielen. Deswegen sollten im Fall einer Übersetzung alle nicht in Mannheim geborenen Soldaten der Stadt verwiesen werden, sodass sie sich an einem anderen kurpfälzischen Ort, an dem sie Arbeit fänden, niederlassen konnten.<sup>427</sup> Kaum verwunderlich erscheint deshalb, dass Franziska Kaub, die aus dem badischen Amt Rastatt im Murgkreis stammte und sich bei ihrem Schwiegersohn in Mannheim aufhielt, sich im Jahr 1822 vom Rastatter Oberbürgermeister ihr Heimatrecht, trotz ihres badischen Staatsbürgerrechts, bestätigen lassen musste.<sup>428</sup> Ebendies galt für Mannheim als eine Art Rückversicherung, im Bedarfsfall Kaub problemlos wieder dorthin zurückzuschicken. Für die Vaganten, die Gesellen und das Gesinde, aber auch die Juden galten wiederum ganz eigene Gesetzmäßigkeiten, die in den folgenden Kapiteln erörtert werden.

---

<sup>423</sup> Andreas Fahrmeir, *Migratorische Deregulierung durch Reichseinigung*, in: Jochen Oltmer (Hg.), *Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2006, S. 319–340, hier S. 320.

<sup>424</sup> Hierzu bspw. Antje Kraus, *Die rechtliche Lage der Unterschicht im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft*, in: Hans Mommsen/Winfried Schulze (Hgg.), *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung* (= *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 24), Stuttgart 1981, S. 248. Bspw. konnte das in Mannheim geborene Kind eines Frankenthaler Bürgers als Fremder wahrgenommen werden, da er kein Heimatrecht in Mannheim besaß. Er war jedoch kein Migrant, auch wenn er aus Sicht der Stadt ähnlich wie diese behandelt wurde. Das in Frankenthal geborene Kind eines Mannheimer Bürgers war hingegen ein Migrant sein.

<sup>425</sup> Siehe hierzu Kapitel 6.3 *Formale Integration: Begünstigungen und Widerstände*.

<sup>426</sup> Vgl. Reskript, Kopie, 03.11.1775, GLA 77 Nr. 797.

<sup>427</sup> Vgl. Kurpfälzisches Regierungsratsprotokoll, Auszug, 27.01.1778, GLA 77 Nr. 797; Reskript, Kopie, 23.02.1778, GLA 77 Nr. 797.

<sup>428</sup> Vgl. Heimatrechtsbezeugung, 1822, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 134.

In- und ausländische Stadtfremde eint, dass sie kein Heimatrecht in Mannheim besaßen. Dennoch ist auch die Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern bei der Bewertung der Aufnahme und Integration von Migranten essenziell. Bereits in kurpfälzischer Zeit schied die Obrigkeit zwischen den eigenen kurpfälzischen Untertanen auf der einen und den Ausländern, die häufig in den Rechtsquellen als *Fremde* umschrieben werden, auf der anderen Seite. Untertanen wurden Christen vermutlich durch Geburt im Land. Jedoch konnten Ausländer diese Zugehörigkeitsrechte durch einen formalen Akt erwerben, beispielsweise durch die Aufnahme in das Bürger- oder Beisassenrecht, oder ihn durch einen zehnjährigen Aufenthalt ersitzen – letzteres galt nicht für das Gesinde.<sup>429</sup> Welche Rechte und Pflichten aus der kurpfälzischen Untertanenschaft beziehungsweise Staatsangehörigkeit erwuchsen und welche die sich in der Kurpfalz aufhaltenden Ausländer zu beachten hatten, wird in der zeitgenössischen Überlieferung nicht ersichtlich. Allerdings konnten sich einzelne Migranten ihren Aufenthalt in der Kurpfalz durch spezielle Freiheits- und Persönlichkeitsprivilegien legitimieren lassen.<sup>430</sup> Der Erwerb der kurpfälzischen Staatsangehörigkeit war für Migranten jedoch mit dem Verlust der Angehörigkeit zu einem ausländischen Staat verbunden.

Rechte und Pflichten für die verschiedenen Stände wurden für das gesamte Großherzogtum Baden und damit auch für Mannheim mit dem sechsten Konstitutionsedikt *Die Grundverfassung der verschiedenen Stände betreffend* vom 4. Juni 1808 gültig. Es enthielt Regelungen zum Fremden-, Staatsbürger- und Ortssassenrecht. Migranten, die sich in Mannheim aufhalten oder niederlassen wollten, waren automatisch einem dieser Rechte unterworfen.<sup>431</sup> Baden unterschied somit zwischen den Einheimischen, also den badischen Staatsbürgern, und den Fremden, demnach den Ausländern oder Heimatlosen, sowie den in der Stadt ansässigen Bürgern und Beisassen. Badische Staatsbürger waren alle Personen, die bei Vollzug der Rheinischen Bundesakte als Standesherrn, Grundherrn, Staatsdiener, Bürger, Beisassen, Schutzverwandte oder als Rentiere in Baden wohnhaft waren, sich in den Dienst des badischen Staates stellten und dies durch Erbhuldigung oder feierliches Gelübde bewiesen und bekräftigten. Neben der Erlangung des Staatsbürgerrechts durch Geburt war es möglich durch einen zehnjährigen Aufenthalt

---

<sup>429</sup> Auch wenn hier noch nicht von Staatsbürgerrechten gesprochen werden kann, ersuchte im Jahr 1787 der französische Jude Josef Lallement mit den Worten „christlich bürgerliche Rechte“ eine kurpfälzische Staatsangehörigkeit in Mannheim. Vgl. Ratsprotokoll 1787, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 115, S. 2088f. Die Möglichkeit sich eine kurpfälzische Staatsangehörigkeit zu ersitzen, geht nicht nur aus einem kurpfalz-bayerischen Universallexikon hervor, sondern wird auch bei Martin Krauß angedeutet. Vgl. Franz Blasius M. Wagner, Churpfälzbayerisch gelehrt-decisives Universal-Gesetz-Lexikon, oder allgemein- von unterst- bis höchsten Amtsstufen diensam compendiös entscheidender Rechtsschlüssel, Bd. 3, Pappenheim 1800, S. 43f.; Martin Krauß, Armenwesen in Mannheim vor der Industrialisierung. 1750–1850/60 (= Quellen und Darstellungen zur Mannheimer Stadtgeschichte, Bd. 2), Sigmaringen 1993, S. 31f.

<sup>430</sup> Vgl. Verordnung, 06.03.1770, GLA 77 Nr. 818, Bl. 11f.

<sup>431</sup> Vgl. Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 154.

in Baden oder durch einen Einzugsbrief zum Staatsbürger zu werden; Bedingung war die Aufgabe des alten Staatsbürgerrechts. Eine Ausländerin konnte jedoch auch durch Heirat eines badischen Staatsbürgers Staatsbürgerrechte erlangen.

Die Staatsbürger hatten gegenüber den Ausländern im Land vielfältige Vorteile: So konnten sie marksässige liegende Güter erwerben, Handel und Gewerbe treiben und Staatsdiener werden. Vor allem konnten sie durch Heirat eine Familie im Land gründen. Ebenso besaßen die Staatsbürger in Baden ein Aufenthaltsrecht, was bedeutete, dass sie zwar aus einzelnen Städten und Gemeinden, aber nicht aus dem Land verwiesen werden konnten.<sup>432</sup> Die Aufgabe des Rechts, die Annahme eines auswärtigen Staatsbürgerrechts, die Heirat im Ausland oder eines nicht von der Regierung bewilligten Ehepartners, wie auch die Landflüchtigkeit und die Verweigerung der Rückkehr in die Heimat beim Aufenthalt im Ausland führten zum Verlust des Staatsbürgerrechts.<sup>433</sup>

Die Fremden wurden im sechsten Konstitutionsedikt in drei Gruppen unterteilt: Herrenlose Gäste, Schutzgenossen und Einsassen. Letztere galten als Staatsangehörige, jedoch nicht als Staatsbürger; sie fielen zwar unter das Fremdenrecht, waren aber keine „Landfremde[n]“<sup>434</sup> mehr. Obwohl der Begriff *Staatsangehörige* in den folgenden Jahren zum Synonym des Begriffs *Staatsbürger* avancierte, war er zunächst, wie dies auch aus dem sechsten Konstitutionsedikt hervorgeht, „ein juristisch-technischer Begriff minderen politischen Rangs. Politischer Leitbegriff [...] blieb der ‚Staatsbürger‘. Er enthielt neben der gemeinsamen und gleichen Gesetzesunterworfenheit [...] zugleich die bürgerlichen und politischen Rechte.“<sup>435</sup> Im Gegensatz zu den Staatsbürgern waren die Schutzgenossen und Einsassen vorerst einem anderen Staat und seinem Regenten untertänig, das heißt, sie besaßen ein ausländisches Heimatrecht und übten in dieser Heimat bestimmte Pflichten und Rechte aus. Sie waren demnach Ausländer. Im Großherzogtum Baden durften sie keine liegenden Güter erwerben, allein ein Gewerbe betreiben oder heiraten.<sup>436</sup> Sie erhielten jedoch „die allgemeinen Rechte der Menschheit“, womit sie in

den Genuß aller jener Vortheile Unserer StaatsVerfassung, die bezogen werden können, ohne daß Unseren StaatsAngehörigen dadurch die Gelegenheit ihre Nahrung zu erwerben, genommen oder

---

<sup>432</sup> Vgl. Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 151f.

<sup>433</sup> Vgl. ebd., S. 150f., 152–154.

<sup>434</sup> Ebd., S. 150.

<sup>435</sup> Dieter Gosewinkel, *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 150), Göttingen 2001, S. 43.

<sup>436</sup> Vgl. Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 151f.

geschmälert, noch Uns und Unserm Staat im Ganzen Ungelegenheit oder Nachtheil dadurch zugezogen werde<sup>437</sup>,

kommen. Als Fremde erhielten sie, solange sie sich gastlich verhielten, den gleichen Staatsschutz wie badische Staatsbürger. Sowohl die Staatsbürger als auch die Fremden, die in einer Gemeinde kein Bürger- oder Beisassenrecht erwarben, zählten zwar zur Einwohnerschaft der jeweiligen Gemeinde, waren jedoch keine Gemeindegehörigen. Dementsprechend sollten sie bei der Erhebung von Einlassgebühren zur Einwohnerschaft Mannheims gezählt haben.

Eine Sonderstellung nahmen deutschlandweit die Franzosen ein. Das *K. K. Französische Edikt über die Naturalisation der in Frankreich geborenen oder naturalisierten Individuen mit Einschluß aller neu vereinigten Departements* verbot den Franzosen, sich ohne Erlaubnis des französischen Staates im Ausland zu naturalisieren.<sup>438</sup> Hierzu heißt es exakt, dass keine

Mannsperson, die dermalen zu Orts- oder Schutzbürger-Rechten oder ständigen Staatsdiensten noch nicht hierlands [Baden, Anm. d. Verf.] angenommen ist, kann künftig zu einem Orts- oder Schutzbürger-Recht im Lande angenommen, oder zu Dienstanstellungen in Vorschlag gebracht werden, wenn sie aus dem französischen Staat, einschließlich aller demselben jetzt einverleibten Provinzen, gebürtig ist, ohne vorher eine dazu ausgefertigte kaiserliche Erlaubniß in Urschrift oder in einer von einer kaiserlichen Präfektur mitbeglaubten Abschrift vorgelegt zu haben.<sup>439</sup>

Wer bereits badischer Staatsbürger war, musste eine Naturalisationserlaubnis beantragen, um keine Schwierigkeiten bei einer Reise nach Frankreich, Antritt eines Erbes oder Besitzes von Vermögen und Gütern in Frankreich zu bekommen. Die Erlaubnis hierfür musste in Paris urkundlich nachgesucht werden. Ausgenommen waren Personen, die schon vor Annektierung ehemaliger kurpfälzischer oder badischer Landesteile im Jahr 1798 als Staatsdiener beschäftigt waren, aber auch Staatsdiener, die in Baden noch immer ein französisches Staatsbürgerrecht besaßen. Letztere mussten jedoch ebenfalls eine Erlaubnis der französischen Behörden einholen.<sup>440</sup> Bittschriften mussten an das badische Ministerium der auswärtigen Verhältnisse gerichtet werden.<sup>441</sup> Französinnen hingegen galten als Ausländerinnen mit Einsassenrecht,<sup>442</sup> ein Recht, das auch für die wohlhabenden ausländischen Gewerbebetreibenden galt.

Im Gegensatz zu den Bürger- und Beisassenmigranten, die sich durch den Erwerb von Zugehörigkeitsrechten formal in der Quadratestadt integrierten, kann die Zuwanderung im Allgemeinen zwischen 1778 und 1818 anhand der kurpfälzischen Generaltabellen auf der einen, den

---

<sup>437</sup> Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 145.

<sup>438</sup> Vgl. Verordnung. Die Naturalisation der in Frankreich geborenen, oder naturalisirten Individuen in diesseitigen Landen betreffend, 19.12.1811, BAGVBL 9 (1811), S. 167f.

<sup>439</sup> General-Ausschreiben. Anleitung für die im Falle der Nachsuchung kaiserlich französischer Naturalisations-Erlaubniß befindlichen Landes-Angehörigen, 10.02.1812, BAGVBL 10 (1812), S. 35.

<sup>440</sup> Vgl. ebd., S. 35–37.

<sup>441</sup> Vgl. Bekanntmachung. Das Verfahren bey Einholung der Naturalisations-Genehmigung betreffend, 24.02.1812, BAGVBL 10 (1812), S. 51f.

<sup>442</sup> Vgl. General-Ausschreiben, 10.02.1812, BAGVBL 10 (1812), S. 37f.

badischen Generaltabellen und der Überblicksdarstellungen der Mannheimer Policykommission von 1808 und 1809, Tabellen die Auskunft über die Bevölkerungsstatistik der Stadt Mannheim in den Badischen Gesetz- und Verordnungsblätter geben, auf der anderen Seite jedoch kaum beziffert werden. Beispielsweise kam es mehrfach zu Messfehlern. So entdeckten im Jahr 1783 Statistiker, dass Dienstboten, die noch bei ihren Eltern im Haushalt lebten, doppelt gezählt wurden.<sup>443</sup> Problematisch erweisen sich auch die vielen Unbekannten. Es stellt sich hierbei nicht nur die Frage, wer genau als Einwohner, sondern als Zuwanderer galt. Die badischen Generaltabellen weisen zwar Einwanderer und Auswanderer zahlenmäßig aus,<sup>444</sup> wobei sie sogar zwischen weiblichen und männlichen, teilweise sogar zwischen inländischen und ausländischen Zuwanderern unterschieden, allerdings erhebt die Geschäftsführung der Mannheimer Policykommission für 1808 und 1809 auch Zahlen für die in Arbeit getretenen Handwerksgesellen sowie neu in Mitdienste getretenes Gesinde.

Da die Höhe des beschäftigten Gesindes und der angestellten Handwerksgesellen in Mannheim die Anzahl der Zuwanderer um ein Vielfaches übersteigt, muss angenommen werden, dass diese Form der Arbeitsmigration von den Zeitgenossen, zumindest in den Generaltabellen, nicht als Zuwanderung verstanden wurde. Die tabellarische Übersicht der Geschäftsführung der Mannheimer Policykommission weist zudem im Jahr 1808 über 2 000 fremde Personen aus. Hierbei handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Gesinde, Handwerksgesellen und Kostgänger, denn diese werden in der Generaltabelle von 1807 als „Fremde im Lande befindliche Personen“<sup>445</sup> ausgewiesen. Dies legt die Vermutung nahe, dass unter Zuwanderern selbstständig in einem Haushalt lebende Personen und deren Kinder zu begreifen sind. All diese Faktoren sowie die zunehmende Verringerung der Bevölkerung, die bei der Messung von Migration anhand der Statistik die Zuwanderung in die Stadt verschleierte, führen dazu, dass sich für den Betrachtungszeitraum weder die Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund noch die jährliche Zuwanderung nach Mannheim bestimmen lässt.

Die kurpfälzischen Generaltabellen (vgl. Tab. 2) erfassen alle in Mannheim wohnhaften Personen, „alt und jung, geistlich und weltlich, auch fremde im Dienst stehende Handwerksbursch, Knecht und Mägd“<sup>446</sup> – allerdings nicht die unerwünschten Bettler, die kein Aufenthaltsrecht

---

<sup>443</sup> Vgl. Mörz, Hauptstadt ohne Kurfürst, S. 534.

<sup>444</sup> Ab 1781 wurde in der Kurpfalz vorgeschrieben, die Ein- und Auswanderer zahlenmäßig zu erfassen. Entsprechende Zahlen fehlen jedoch speziell für die Quadratestadt. Vgl. Meinrad Schaab, Die Anfänge einer Landesstatistik im Herzogtum Württemberg, in den Badischen Markgrafschaften und in der Kurpfalz, in: ZWLG 26 (1967), S. 89–112, hier S. 106

<sup>445</sup> Generaltabelle 1807, GLA 313 Nr. 2809 a.

<sup>446</sup> Schaab, Die Anfänge einer Landesstatistik, S. 106.

**Tab. 2** Bevölkerungsentwicklung Mannheims (1778–1801)<sup>447</sup>

<b>Jahr</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Kinder</b>	<b>Knechte</b>	<b>Mägde</b>	<b>gesamt</b>	<b>Geburtenbilanz</b>
<b>1778</b>	-	-	-	-	-	<b>24 271</b>	- 23
<b>1779</b>	8 116	7 919	4 241	1 675	2 222	<b>24 179</b>	- 251
<b>1780</b>	8 102	7 912	4 215	1 463	1 922	<b>23 614</b>	+ 110
<b>1781</b>	8 252	7 629	4 265	1 271	1 970	<b>23 387</b>	- 315
<b>1782</b>	8 492	7 810	4 368	1 241	2 011	<b>23 922</b>	- 281
<b>1783</b>	7 937	6 538	4 041	1 490	1 904	<b>21 910</b>	- 597
<b>1785</b>	8 333	6 936	3 735	1 356	1 750	<b>22 110</b>	- 193
<b>1786</b>	8 351	7 041	4 009	1 249	1 723	<b>22 373</b>	- 19
<b>1790</b>	8 725	8 340	3 602	1 485	1 818	<b>23 970</b>	+ 76
<b>1791</b>	8 683	8 547	3 951	1 487	1 817	<b>24 485</b>	- 219
<b>1792</b>	11 894	9 663	4 025	1 527	1 916	<b>29 225</b>	-
<b>1801</b>	5 451	4 306	6 392	1 039	1 640	<b>18 828</b>	- 4

<sup>447</sup> Generaltabelle 1779, GLA 77 Nr. 6148; Generaltabelle 1780, GLA 77 Nr. 6148; Generaltabelle 1781, GLA 77 Nr. 6151; Generaltabelle 1782, GLA 77 Nr. 6175; Generaltabelle 1783, GLA 77 Nr. 6175; Generaltabelle 1785, LA Speyer A 2 Nr. 114/1; Generaltabelle 1786, LA Speyer A 2 Nr. 114/1; Generaltabelle 1790, GLA 77 Nr. 6150; Generaltabelle 1791, LA Speyer A 2 Nr. 114/1; Generaltabelle 1792, LA Speyer A 2 Nr. 114/2; Generaltabelle 1801, GLA 69 N Maler 45, Bl. 295. Theodor Traiteur gibt die Generaltabellen von 1776 bis 1786 ebenfalls wieder. Vgl. hierzu Theodor Traiteur, Fünfzehn statistische Tabellen über die Größe und Bevölkerung der Rheinischen Pfalz, in: Acta Academiae Theodoro-Palatinae 6 (1789), S. 489–493.

Tab. 3 Bevölkerungsentwicklung Mannheims (1806–1818)<sup>448</sup>

Jahr	Einwohner			Einwanderer			Auswanderer		Geburtenbilanz
	inkl. Fremden	inkl. Garnison	exkl. Garnison	insgesamt	Ausländer	Inländer	insgesamt	insgesamt	
1806	-	17 898	-	-	-	-	-	-	-
1807	20 397	18 026	15 064	-	-	-	-	-	-
1808	20 975	18 143	15 728	445	-	-	86	- 19	-
1809	-	20 673	18 827	284	-	-	117	- 91	-
1811	-	20 108	-	-	-	-	-	-	-
1812	-	18 213	-	145	-	-	304	- 84	-
1813	-	17 735	17 501	129	-	-	163	- 222	-
1815	-	19 446	17 499	377	207	170	288	- 111	-
1818	-	21 505	17 321	304	111	193	198	- 221	-

<sup>448</sup> Generaltabelle 1807, GLA 313 Nr. 2809a; Generaltabelle 1808, GLA 313 Nr. 2811; Generaltabelle 1812, GLA 313 Nr. 2816; Generaltabelle 1813, GLA 313 Nr. 2816; Generaltabelle 1815, GLA 313 Nr. 2819; Generaltabelle 1818, GLA 236 Nr. 2538; Geschäftsführung der Grosherzoglich Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1808, BAGVBL 7 (1809), Beilage; Geschäftsführung der Grosherzoglich-Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1809, BAGVBL 8 (1810), Beilage. Eine badische Generaltabelle aus dem Jahr 1809 soll sich gemäß Krauß, Armenwesen, S. 12, ursprünglich in der Akte GLA 313 Nr. 2822 im Generalandesarchiv Karlsruhe befunden haben. Diese Akte ist mittlerweile unter neuer Signatur (SA FB A 62/1 Nr. 79) im Staatsarchiv Freiburg verwahrt. Gemäß freundlicher Auskunft aus Freiburg liegt die gesuchte Generaltabelle der Akte jedoch nicht bei. Aufgrund der Erzeugung einer einheitlichen Datengrundlage wurde auf weiteres Quellenmaterial zu den Einwohnerzahlen Mannheims verzichtet. Es sei jedoch an dieser Stelle bspw. auf Karl Hook, Mannheim in Wort, Zahl und Bild. Seine Entwicklung seit 1900. Ein Handbuch, Mannheim 1954, verwiesen.



in Mannheim erhielten.<sup>449</sup> Wie bereits deutlich wurde, verringerte sich insbesondere durch den Wegzug des kurpfälzischen Hofes nach München und durch die damit einhergehende Dezimierung der Garnison die Mannheimer Bevölkerung. Allgemein sank die Einwohnerzahl von 25 353 Ende 1777 auf 22 373 Ende 1786 und fiel bis Anfang des Jahrhunderts auf 18 828.<sup>450</sup> Zuwanderung kann in den Jahren 1782, 1785 und 1786 verortet werden, denn hier ist der Bevölkerungszuwachs aufgrund des Geburtendefizites direkt auf Zuwanderungsgewinne zurückzuführen. Diese Zuwanderung bewegte sich schätzungsweise allerdings im unteren dreistelligen Bereich, wie noch anhand der Bürger- und Beisassenannahmen zu veranschaulichen ist. In den folgenden Jahren wuchs die Bevölkerung noch stärker: Zwischen 1790 und 1791 stieg die Zahl um 515 Personen, zwischen 1791 und 1792 gar um 4 740 Personen. Die meisten Historiker führen dieses Wachstum allerdings auf die wechselnde Stärke der Garnison (10 000 statt ehemals 4 000 Personen) und die wechselnde Anzahl von Emigranten und Geflüchteten in Mannheim zurück.<sup>451</sup> Letztere bezifferte der französische Emigrant Louis François Antoine Nicolas de Messey im Jahr 1791 auf etwa 3 000 bis 4 000 Personen.<sup>452</sup>

Nach dem Übergang an das Kurfürstentum Baden war Mannheims Einwohnerzahl weiterhin starken Schwankungen unterworfen (siehe Tab. 3). In der Langzeitbetrachtung ist ein negativer Trend zu beobachten. So sank die Bevölkerungszahl einschließlich der Garnison bis Ende 1818 auf circa 18 000 Personen.<sup>453</sup> Die badischen Generaltabellen ab 1808 zeigen deutlich, dass Mannheim zwar Ziel von Zuwanderern wurde, die Stadt durch Sterbeüberschüsse und Auswanderungen jedoch mehr Einwohner verlor, als sie durch Zuwanderungen gewann. Wie bereits die Zahlen aus kurpfälzischer Zeit vermuten ließen, war die Zuwanderung weiterhin im unteren dreistelligen Bereich zu verorten. Während im Jahr 1808 445 Zuwanderer in die Quadratestadt kamen, waren es ein Jahr später 284 Personen, im Jahr 1812 nur noch 145 und 1813 gar 129 Personen. Erst nach Kriegsende stieg die Zahl der Zuwanderer 1815 auf 377 und 1818 auf 304 Personen.

Auch die ausgewerteten Familienbögen der Jahre 1808, 1813 und 1818 stützen die niedrige Zuwanderungszahl. Denn innerhalb dieser drei Jahre wurden lediglich 401 in- und ausländische Personen neu mit ihren Haushaltungen in Mannheim registriert.<sup>454</sup> Darüber hinaus können die

---

<sup>449</sup> Vgl. Mörz, Glanz der Residenz, S. 400.

<sup>450</sup> Hierzu ebenfalls Friedmann, Alt-Mannheim, S. 51f. Eine genaue Auflistung des Verlusts gibt Mörz, Hauptstadt ohne Kurfürst, S. 535f.

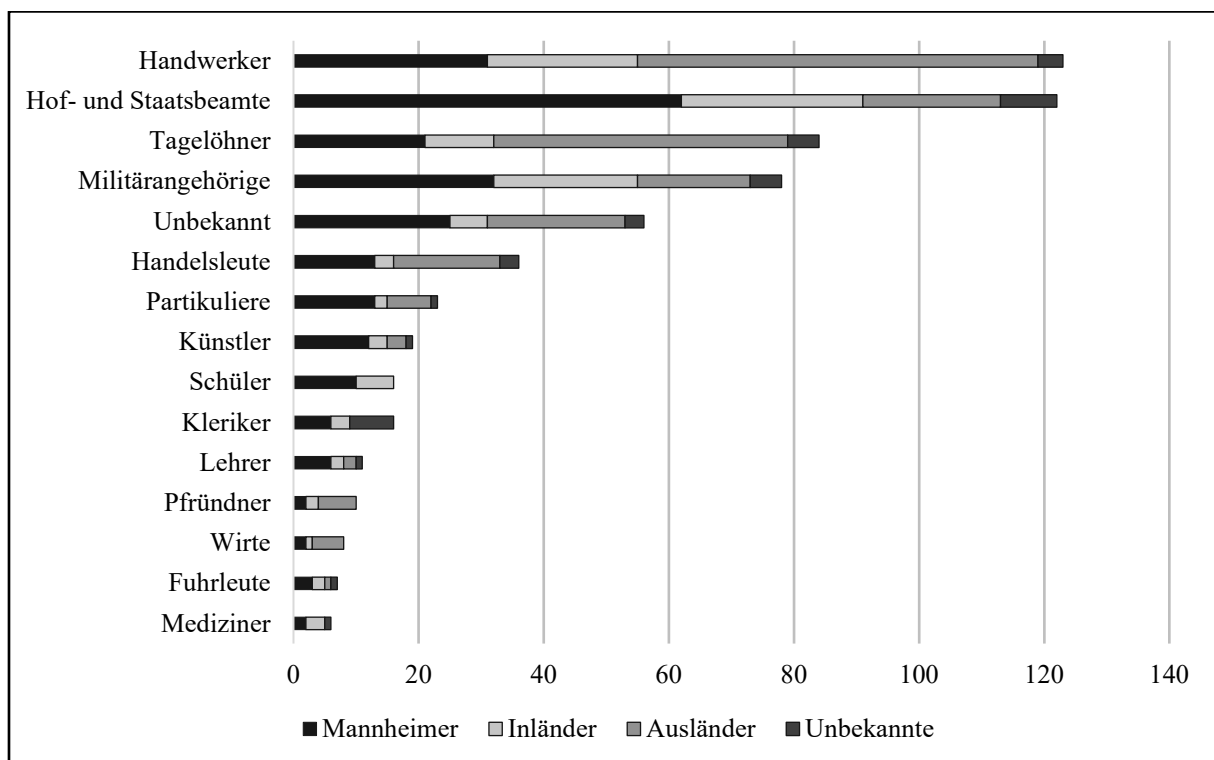
<sup>451</sup> Vgl. Schlösser, Im Zeitalter der Französischen Revolution, S. 630; Friedmann, Alt-Mannheim, S. 51.

<sup>452</sup> Vgl. Voss, Kurpfalz, S. 13. Zu den französischen Emigranten und Geflüchteten siehe besonders Kapitel 5.4 *Französische Emigranten 1791/92*.

<sup>453</sup> Vgl. Friedmann, Alt-Mannheim, S. 51.

<sup>454</sup> Zur Aussagekraft der Familienbögen siehe Kapitel 1.3 *Quellen und Methodik*.

Familienbögen jedoch einen eindrucksvollen Überblick über die Vielfalt der sich in Mannheim aufhaltenden Migranten geben, da es das Medium darstellte, in dem die Migranten polizeilich erfasst wurden. Größtenteils waren die Migranten Hof- oder Staatsdiener, darunter beispielsweise Hofgerichts- und Rechnungsräte, Kammersekretäre, Hofmusiker und -schauspieler oder Kammerherren. Militärangehörige, worunter sich beispielsweise auch pensionierte Soldaten oder Soldatenwitwen befanden, waren ebenfalls in Mannheim wohnhaft. Doch auch Schüler und Studenten, Partikuliere, Akademiker, darunter zumeist Lehrer, und Kleriker kamen in die Stadt. Die Handwerker und Handelsleute hatten sich allerdings zumeist in Mannheim niedergelassen, denn sie erhielten zeitgleich mit ihrer Registrierung in den Familienbögen Bürger beziehungsweise Beisassenrechte und waren damit Stadtzugehörige.



**Abb. 6** Migranten nach Berufsgruppen (1808, 1813, 1818)<sup>455</sup>

<sup>455</sup> Eigene Auswertung auf Basis von MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, in: Ancestry, Mannheim, Deutschland, Familienbögen, 1760–1900 (Datenbank online) (2014). URL: <https://www.ancestry.de/search/collections/7575/> (15.12.2020).

## 5.1 Müßiggänger als primäres Ziel der Fremdenpolitik

Die Vertreibung der für die Gemeinschaft als „schädlich [...] angesehenen Fremden“<sup>456</sup> stellt gemäß Simon Karstens für die Verwaltung der frühneuzeitlichen Stadt ein ungemein aufwendiges Unterfangen dar. Allerdings gibt es wiederum „kein anderes Thema der Gesetzgebung, das in allen deutschen Territorien [...] so gleichförmig abgehandelt wird, wie das der Vertreibung fremder Bettler und fahrender Leute.“<sup>457</sup> Gleichförmig ist jedoch nicht im Sinne einer zeitlichen Kontinuität zu verstehen. Ernst Schubert macht deutlich, dass gerade im Mittelalter die Vaganten nicht immer stigmatisiert und marginalisiert wurden, wie in der Forschung oftmals angenommen wird. In der mittelalterlichen Gesellschaft besaßen die Vaganten durchaus einen gesellschaftlichen Nutzen, den auch die Städte zu schätzen wussten.<sup>458</sup> Gemäß Jürgen Michael Schmidt, der Armut, Bettelei und das Fahrende Volk am Oberrhein untersucht, ging die Veränderung mit dem Staatsbildungsprozess in der Frühen Neuzeit wie auch der Formierung von geschlossenen Gesellschaftsformen, beispielsweise der Zünfte, einher.<sup>459</sup> Ihre Ausgrenzung in der Frühen Neuzeit war somit ein Akt der „Selbstvergewisserung und Selbstdefinition“<sup>460</sup> und war prägend für die Ausformung der bereits in der vorliegenden Arbeit behandelten Institutionen und Instrumente zur Migrationssteuerung.<sup>461</sup>

Zu dem in der Forschung oftmals als unerwünschte Fremde definierten Personenkreis zählten insbesondere auswärtige Arme, Bettler und Vaganten, die von außerhalb Einlass in die Stadt suchten. Doch auch bereits in der Stadt ansässige auswärtige Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen, aber auch Tagelöhner und Gesellen, die, solange sie in Arbeit standen, durchaus geduldet waren, konnten bei Verlust ihrer Anstellung zu Gesindel ohne gesellschaftlichen Nutzen degradiert werden.<sup>462</sup> Wie Astrid Küntzel am Beispiel der Bettler erklärt, überschritten sich hier „zwei Formen der Exklusion, die sich im Laufe der Frühen Neuzeit über Europa ausgebreitet hatten: Dies war zum einen die Ausgrenzung aufgrund des Fremdseins, der Nicht-Zugehörigkeit zu einem Ort, und zum anderen die soziale Ausgrenzung“<sup>463</sup>. Vereinfacht gesagt

---

<sup>456</sup> Karsten, Ständeordnung und Territorialstaat, S. 248.

<sup>457</sup> Ernst Schubert, Mobilität ohne Chance: Die Ausgrenzung des fahrenden Volkes, in: Winfried Schulze (Hg.), Städtische Gesellschaft und soziale Mobilität (= Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 12), München 1988, S. 113–164, hier S. 113.

<sup>458</sup> Vgl. Ernst Schubert, Fahrendes Volk im Mittelalter, Bielefeld 1995, S. 2. In seiner Arbeit gibt Schubert einen umfassenden Einblick in das Leben des Fahrenden Volkes im Mittelalter. Dabei zeichnet er auch die Entwicklung des Vagabundentums vom Mittelalter bis in die Frühe Neuzeit nach.

<sup>459</sup> Vgl. Jürgen Michael Schmidt, Armut, Bettelei und Fahrendes Volk, in: Sönke Lorenz (Hg.), Große Landesausstellung Baden-Württemberg Spätmittelalter am Oberrhein. Bd. 2. T. 2. Alltag, Handwerk und Handel, 1350–1525. Aufsatzband, Stuttgart 2001, S. 577–587, hier S. 582.

<sup>460</sup> Ebd., S. 582.

<sup>461</sup> Vgl. Härter, Steuerung von Migration, S. 65.

<sup>462</sup> Vgl. Ebert, Lohn und Brot, S. 67.

<sup>463</sup> Küntzel, Fremde in Köln, S. 72.

waren gerade die auswärtigen Armen, Bettler und Vaganten exkludiert, da sie von außerhalb kamen und aufgrund ihres Lebenswandels von der Gesellschaft nicht akzeptiert wurden.

Dies ist jedoch eine sehr einseitige Sicht auf die stadtfremden Armen, Bettler und Vaganten, die in diesem Maß zumeist von der Obrigkeit entworfen wurde und sich auch in den Mannheimer Policey- und Ordnungsgesetzen widerspiegelt. Tatsächlich war die Gruppe der Armen, Bettler und Vaganten nicht von Grund auf verdächtig. Gemäß Martin Rheinheimer, der Müßiggänger als Nichtsesshafte bezeichnet, lassen sich für ganz verschiedene Personen gänzlich unterschiedliche Gründe für die nicht immer freiwillige Entscheidung, ein Leben auf der Straße zu führen, definieren. Ebendies macht es so schwer, die Gruppe der Vaganten genau zu fassen.<sup>464</sup> Saisonarbeiter, Kesselflicker, Hausierer oder Musikanten kamen beispielsweise auf der Suche nach Arbeit in die Stadt.<sup>465</sup> Die Migration der arbeitenden Armen wurde besonders durch die Möglichkeit schnell und einfach zu Verarmen und durch die geographischen Unterschiede von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage in Gang gesetzt.<sup>466</sup> Soziale Ausgrenzung in der Heimat, beispielsweise durch Ausübung eines unehrlichen Berufs, Verschuldung oder religiöser Verfolgung, der Landesverweis, zum Beispiel für sexuelle Vergehen, oder gar die soziale Desintegration abgedankter oder desertierter Soldaten waren ebenfalls häufig verantwortlich für ein Leben auf der Straße.<sup>467</sup>

Vielfältig waren auch die Ängste in der Gesellschaft, die mit dem Auftauchen von stadtfremden Armen, Bettlern und Vaganten vor den Stadttoren verbunden waren. Neben der Furcht vor einem Anstieg der Kriminalität und einer Zunahme von Unruhen verweist Anne Winter vor allem auf die wirtschaftlichen Folgen der verstärkten (Arbeits-)Migration. Die Obrigkeit beziehungsweise die Arbeitgeber fürchteten, dass die Freiheit zu migrieren und sich hierdurch ein besseres Beschäftigungsverhältnis in der Ferne zu suchen, zur Steigerung der Reallöhne und zur Unkontrollierbarkeit des Arbeitsangebotes führen würden. Gleichzeitig war die verstärkte Mobilität

---

<sup>464</sup> Hierzu auch Schubert, *Mobilität ohne Chance*, S. 126.

<sup>465</sup> Vgl. Martin Rheinheimer, *Arme, Bettler und Vaganten. Überleben in der Not 1450–1850*, Frankfurt am Main 2000, S. 136. Rheinheimer ermöglicht einen ausführlichen Einblick in das Leben von Armen, Bettlern und Vaganten. Er fragt hierbei nach ihren Weltbildern, Werthaltungen und der Funktionsweisen ihrer Kulturen. Er untersucht ferner ihre rechtliche Situation, wie auch ihr Leben auf der Straße und in der Stadt. Der Materie widmen sich ebenfalls Andreas Gestrich/Lutz Raphael (Hgg.), *Inklusion/Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart* (= *Inklusion/Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart*, Bd. 5), 2., durchgesehene Auflage, Frankfurt am Main 2008; Robert Jütte, *Arme, Bettler, Beutelschneider. Eine Sozialgeschichte der Armut in der Frühen Neuzeit*, aus dem Englischen von Rainer von Savigny, Weimar 2000.

<sup>466</sup> Ausführlich zu den wirtschaftlichen Gründen, insbesondere der Proletarisierung in der Frühen Neuzeit und der damit verbundene Marktabhängigkeit, die zur Verarmung der Bevölkerung führten: Anne Winter, *Armut und Migration. Lokale und nationale Antworten in Westeuropa 1700–1900*, übersetzt von Margarete Grandner, in: Sylvia Hahn/Nadja Lobner/Clemens Sedmak (Hgg.), *Armut in Europa 1500–2000* (= *Querschnitte. Einführungstexte zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte*, Bd. 25), Innsbruck/Wien/Bozen 2010, S. 35–56, hier S. 38f.

<sup>467</sup> Vgl. Rheinheimer, *Arme, Bettler und Vaganten*, S. 136f.

der freigesetzten Arbeitskräfte, ein Resultat aus dem Zusammenspiel von Arbeitskräftemangel und marktorientierter Wirtschaft.<sup>468</sup> Winter fasst diese frühneuzeitliche Problematik kurz und knapp zusammen: „Proletarisierung und ihre Auswirkungen in Form von Verarmung und Mobilität gefährdeten so direkt die soziale Stabilität, die politische Kontrolle und die Regulierung des Arbeitsmarkts.“<sup>469</sup> Die Wirtschaftselite reagierte hierauf „mit der Einschränkung der Mobilitäts- und Beschäftigungsfreiheit der Arbeitskräfte, indem diese als sogenannte Landstreicher kriminalisiert wurden“<sup>470</sup>. Verordnungen verfehlten in der Praxis oftmals ihren Zweck. Dies lag einerseits an der Ohnmacht der Obrigkeit, der es schlicht an der Macht fehlte, die Vaganten zu bekämpfen, aber auch an der fehlenden Mithilfe der Untertanen,<sup>471</sup> die zuweilen und trotz ihrer Diskriminierung durch die Obrigkeit dazu neigten, mit den Bettlern und Vaganten zu sympathisieren.<sup>472</sup>

Anders sieht dies mit der Binnenwirkung der Ausgrenzung aus.<sup>473</sup> Die Angst vor dem Unbekannten war allgegenwärtig. „Aufrichtung von Herrschaft auf der Fläche und über ‚Untertanen‘ bedarf der Abgrenzung. Die Untertanen unterliegen der Herrschaft, die Fremden entgleiten ihr. Die Abwehr der Fremden dient der Binnenstabilisierung.“<sup>474</sup> Zur Abwehr und Kriminalisierung der als Fremde titulierten Armen, Bettlern und Vaganten wurden über Tausende verschiedene Policeyordnungen gedruckt. Ziel dieser Verordnungen war nicht die Zurechtweisung von fremden Armen, Bettlern und Vaganten, sondern vielmehr die Schaffung eines Verhaltenskodexes für die Stadtbewohner. Achim Landwehr sieht in den Policeyordnungen jedoch noch einen ganz anderen Zweck. Ihre Kriminalisierung ermöglichte die Konstituierung einer imaginären Mehrheit innerhalb der städtischen Gesellschaft. Imaginär, da die Mehrheit sich über die Abgrenzung nach außen hin konstituierte. Dies geschah zumeist über das Heimatrecht. Auf der normativen Ebene unterschied sich die Minderheit von der Mehrheit vor allem in ihrer Kleidung, Verhaltensweise, Werte und Prinzipien.<sup>475</sup>

Eine Mehrheit durch die Kriminalisierung und Ausweisung von fremden Armen, Bettlern und Vaganten zu konstruieren, war jedoch in der Realität komplexer. Landwehr verweist einerseits

---

<sup>468</sup> Vgl. Winter, Armut und Migration, S. 39f.

<sup>469</sup> Ebd., S. 39.

<sup>470</sup> Ebd., S. 40.

<sup>471</sup> Vgl. Schubert, Mobilität ohne Chance, S. 158.

<sup>472</sup> Vgl. Ebert, Lohn und Brot, S. 67.

<sup>473</sup> Vgl. Schubert, Mobilität ohne Chance, S. 163.

<sup>474</sup> Michael Stolleis, Bettler, Vaganten und Gaukler in pfälzischen „Policeyordnungen“ des 17. und 18. Jahrhunderts, in: MGB NF 2 (1995), S. 105–114, S. 113f.

<sup>475</sup> Vgl. Achim Landwehr, Norm, Normalität, Anomale. Zur Konstitution von Mehrheit und Minderheit in württembergischen Policeyordnungen der Frühen Neuzeit: Juden, Zigeuner, Bettler, Vaganten, in: Mark Häberlein/Martin Zürn (Hgg.), Minderheiten, Obrigkeit und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit. Integrations- und Abgrenzungsprozesse im süddeutschen Raum, St. Katharinen 2001, S. 41–74, hier S. 48f., 64.

auf wichtige Funktionen, welche die Minderheiten in der Gesellschaft übernommen haben, beispielsweise die Übermittlung von Nachrichten oder die musikalische Unterhaltung;<sup>476</sup> andererseits darauf, dass die meisten Personen gewusst haben, dass ihnen bei Armut das gleiche Schicksal drohte. Eine scharfe Trennung sei deshalb in der Realität kaum umsetzbar gewesen. Landwehr muss zwar zugestimmt werden, dennoch waren Einheimische selbst bei der Verarmung durch ihr Heimatrecht im sozialen Gefüge bessergestellt. Allgemein wurden Migranten ohne Ortszugehörigkeit, besonders jedoch stadtfremdes Gesinde und zugewanderte Tagelöhner oder Gesellen, nicht als städtische Zugehörige angesehen – auch wenn sie durch ihr Arbeits- und Dienstverhältnis in der Stadt vorerst geduldet waren. Wurden sie arbeits- oder dienstlos drohte ihnen dasselbe Schicksal wie den auswärtigen Armen, Bettlern und Vaganten, während das in der Stadt lebende Gesinde wie auch die Tagelöhner und Gesellen, unter der Prämisse, ihre Eltern besaßen ein Heimatrecht, von der Armenfürsorge aufgefangen wurden.

Im Folgenden wird zwischen den Bettlern und Vaganten, die sich vor den Stadttoren aufhielten, und den auswärtigen Armen, die bereits in der Stadt wohnten oder sich auf der Suche nach Arbeit in der Stadt aufhielten, deutlich differenziert. Das Betteln in der Stadt war im gesamten Betrachtungszeitraum verboten.<sup>477</sup> Eine Unterscheidung zwischen Vaganten und Bettlern auf der einen, Armen auf der anderen Seite ist nicht nur zu treffen, da ihnen unterschiedliche fremdenpolitische Regulierungen zugeschrieben wurden, sondern weil sie auch verschiedenen Personenkreisen angehörten. Als Vaganten brachten die Nichtsesshaften ihr Leben auf der Straße zu oder fuhren von Ort zu Ort. Sie waren auf der Suche nach Arbeit, verdienten ihren Lebensunterhalt mit kleineren oder schwereren Verbrechen oder spezialisierten sich auf die Bettelei.<sup>478</sup> Aber nicht jeder Bettler war ein Vagant. Unter den stadtfremden Armen waren auch Auswärtige, die bereits zuvor in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis in der Stadt gestanden hatten und arbeits- oder dienstlos geworden waren. Wie sich der Umgang mit diesen Migranten gestaltete, inwieweit sie von Staat und Stadt unterstützt wurden, steht im Mittelpunkt der Betrachtung.

### **5.1.1 Auswärtige Bettler und Vaganten vor den Stadttoren**

Auch in der Quadratestadt sollten die Einlasskontrollen an Brücken und Toren sowie die innerstädtischen policeylichen Kontrollen und die Meldepflicht verhindern, dass sich unerwünschte

---

<sup>476</sup> Wie Vaganten ihr Überleben sicherten, zeigt Schubert, *Fahrendes Volk*, S. 20–23.

<sup>477</sup> Vgl. Stadt Mannheimer Policey-Amts-Verfügungen, S. 6–7; Vgl. Polizey-Vorschriften (1807), S. 23, 10; Polizei-Vorschriften (1822), S. 13.

<sup>478</sup> Aufgrund der Quellen, in denen keine genaue Unterscheidung zwischen den einzelnen Gruppierungen an Vaganten getroffen wird, sollen die Vaganten als einheitliche Gruppe untersucht werden.

Personen in die Stadt schlichen. Damit bildete auch Mannheim, jedoch insbesondere die Kurpfalz, denn die meisten Policey- und Ordnungsgesetze wurden direkt von der Obrigkeit erlassen, von den obigen Ausführungen keine Ausnahme. Ebendies stellt ebenfalls Karl Härter fest, der bei den Instrumenten und Maßnahmen zur Steuerung von Mobilität und Migration seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts insgesamt, aber gerade in Bezug auf die umherziehenden Bettler und Vaganten in der Kurpfalz eine Intensivierung der Normierung feststellt.<sup>479</sup> Tatsächlich differenzierten weder die Kurpfälzer noch die Badener zwischen einzelnen Personen auf Wanderschaft, sondern erklärten diese in Policey- und Ordnungsgesetzen von Grund auf als verdächtig. Dabei richteten sich viele Maßnahmen direkt gegen die Vaganten: Die Definition dessen, was man unter einem Vaganten verstand, blieb gemäß Anne Winter vage, auch wenn „der Begriff stets mit semantisch diffamierenden Assoziationen gefärbt“<sup>480</sup> war.

So wurden Landstreicher meist als Müßiggänger bezeichnet, als Leute, die keiner Arbeit nachgingen bzw. diese verweigerten [...]. Landstreicher wurden meist als arm eingestuft und oft wurde Bettelei mit Landstreicherei in Beziehung gebracht. Landstreicher galten generell als frei und ohne Bindung zur Sesshaftigkeit. Das allgemeine Bild wurde typischerweise durch die Unterstellung von kriminellem, randständigem oder asozialem Verhalten untermauert. Manchmal wurde die Zunahme der Landstreicherei als akute moralische Bedrohung für die Grundlagen der Gesellschaft wahrgenommen<sup>481</sup>.

Die Strafen für Vaganten, Zwangsarbeit, Gefängnis, Abschiebung oder Verbannung, variierten in Raum und Zeit.<sup>482</sup> War in der ehemaligen kurpfälzischen Residenzstadt die Rede von Vaganten, sprach man allgemein von Landstreichern, Gauklern, Bärenführern, Marionettenspielern, Müßiggängern, „liederlichem“ oder herrenlosem Gesinde, aber auch von Gaunern und vagierenden Räubern und Dieben<sup>483</sup>. Gerade die ausgiebige Nutzung des Begriffs des Fremden in den landesherrlichen Quellen offenbart eine weitere Begriffskomponente: Neben Ausländern referiert er auf Heimatlose und Personen mit undurchsichtiger Herkunft und Motivation.

Zu Beginn des 18. Jahrhundert richteten sich die Policey- und Ordnungsgesetze gemäß Hermann Arnold besonders gegen „Zigeuner“. Der sesshafte Mensch „empfindet die Vagierenden als etwas Fremdes und Feindliches, und aus seinem Gefühl heraus weigert er sich, sie näher kennenzulernen. So erscheinen ihm die im Sippenverband reisenden Menschen [...] meist als

---

<sup>479</sup> Vgl. Härter, Steuerung von Migration, S. 53f.

<sup>480</sup> Winter, Armut und Migration, S. 41.

<sup>481</sup> Ebd., S. 40f.

<sup>482</sup> Vgl. ebd., S. 41.

<sup>483</sup> Zu den Dieben siehe ausführlich Gerhard Fritz, *Eine Rotte von allerhandt rauberischem Gesindt*. Öffentliche Sicherheit in Südwestdeutschland vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Ende des Alten Reiches (= Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6), Ostfildern 2004.

eine einheitliche Gruppe.“<sup>484</sup> Ob die „Zigeuner“ tatsächlich zur vorherrschenden Gruppe innerhalb der Vaganten in der Pfalz gehörten, kann gemäß Arnold nicht genaustens bestimmt werden. Abgesehen von dieser Randnotiz gestaltete sich die Abwehr von Vaganten in Mannheim beziehungsweise der ganzen Kurpfalz aufgrund weitgehenderer Autonomierechte der Städte komplex. Nicht jede kurpfälzische Policeyordnung war für Mannheim bindend, obwohl die Sichtung des Quellenmaterials den Schluss zuließe, dass sich die jeweiligen Verordnungen nur in Detailfragen voneinander unterscheiden. Weiterhin war auch das zersplitterte Staatsgebiet für eine wirksame Bekämpfung der Vaganten ein Problem. So war es möglich, „über Nacht auf ein fremdes Territorium zu entweichen [...]“. So blieb vieles, was die Kurfürsten anordneten, Rhetorik, Ermahnung, ‚Einschärfung‘, beschriebenes und bedrucktes Papier.“<sup>485</sup>

In mehreren gedruckten kurpfälzischen Policeyordnungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts wurde ebenfalls Maßnahmen gegen Bettler und Vaganten bekanntgegeben. Da sich die Brotpreise erhöht hatten und allgemein eine Nahrungsmittelknappheit bestand, und dementsprechend Vaganten und Bettler den verarmten Untertanen zur Last fielen, sah man sich gezwungen, „allen fremden Bettleren, Müßiggängeren, Landstricheren, und sonstig liederlichen Leuthen, welche sich ihrer Herkunft, Verrichtung, Auffenthalt, oder nöthigen Durchreise halber nicht auf der Stelle behörend rechtfertigen“<sup>486</sup> konnten, am Stadteingang direkt zurückzuweisen. Im Betretungsfall drohten allerdings vor der Ausweisung Stockschläge und bei Wiederholung eine Zuchthausstrafe.<sup>487</sup> Gerichtet war diese in Mannheim abgefasste Verordnung zwar lediglich an die Oberämter, womit Mannheim hiervon ausgenommen war,<sup>488</sup> dennoch enthielten die Policeyamtverfügungen der Stadt Mannheim von 1773, welche die in die Stadt kommenden Vaganten mit der Bezeichnung „Müßiggänger“ direkt ansprachen, ähnliche Bestimmungen. Auch später kam es immer wieder zu Verordnungen, welche die Ausweisung der Müßiggänger und Bettler befahlen.<sup>489</sup> Michael Stolleis fasst die Maßnahmen als „traditionelle Repressionspolitik“<sup>490</sup> zusammen, die das eigentliche Problem durch den Landesverweis von Ausländern, Zuchthausstrafen für einheimische arbeitsfähige oder Armenfürsorge für einheimische arbeitsunfähige Arme, Bettler und Vaganten verschleierte.<sup>491</sup>

---

<sup>484</sup> Hermann Arnold, Das Vagantenunwesen in der Pfalz während des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Bevölkerungskunde der Pfalz, in: MHVPf 55 (1957), S. 117–152, hier S. 121.

<sup>485</sup> Stolleis, Bettler, Vaganten und Gaukler, S. 113.

<sup>486</sup> Verordnung, 12.02.1771, GLA 77 Nr. 5032.

<sup>487</sup> Vgl. ebd.

<sup>488</sup> So finden sich bspw. in einer Generalverordnung zur Ausweisung von unerwünschten Personen aus dem Jahr 1801 die Worte „Stadtrath empfängt“, womit auch Mannheim gemeint wäre. Vgl. Generalverordnung, 13.11.1801, GLA 77 Nr. 5053, Bl. 20.

<sup>489</sup> Einen Eindruck, wer über die Grenzen in die Kurpfalz kam, geben die Listen der Akte GLA 77 Nr. 5036.

<sup>490</sup> Stolleis, Bettler, Vaganten und Gaukler, S. 112.

<sup>491</sup> Vgl. ebd., S. 112f.



Eine erste Verordnung im badischen Staat, die den Umgang mit Vaganten regelte, war das achte Organisationsedikt des Kurfürstentums Baden. Alle Vaganten konnten aufgrund ihrer verbotenen Lebensart, auch ohne ein zuvor begangenes Verbrechen, „wegen Landstreicherey (VagantenLebens) zu einer sechs bis zwölfmonatlichen ArbeitshausStrafe und Landes-Verweisung, und im WiederbetretungsFall für eine gedoppelte Zeit ins Zuchthaus“<sup>492</sup> verurteilt werden. Letztere Personen, die unter Polizeyaufsicht zu stellen waren, durften mit körperlicher Züchtigung bestraft werden. Auch im Fall eines begangenen Verbrechens drohte eine mehrjährige Zuchthausstrafe.<sup>493</sup> Die Obrigkeit achtete zudem darauf, entsprechende Personen auszuweisen. Dass dieser und ähnlichen Verordnungen eher nachlässig nachgekommen wurde, zeigt beispielhaft eine Erinnerung an die Anordnung aus dem Jahr 1803.<sup>494</sup>

Schon 1804 erklärte Baden aufgrund der Störung der öffentlichen Sicherheit und des „freche[n] Herumschweifen[s] so vielen liederlichen Gesindels“<sup>495</sup> alle Gauner, Räuber und Diebe für drei Jahre als rechtslos. Jeder Vagabund, der auf einer Gaunerliste, einem Steckbrief oder Signalement stand, sollte unter Erhalt einer Prämie eingefangen werden. Das Vorgehen war jedoch auch vom Schweregrad des Vergehens abhängig. Er „muß von dem verbrecherischen Gewerbe Profession machen, oder ein Jahr lang schon ohne bestimmtes ehrliches Gewerbe herumvagiren, und dabey an einer ordentlichen Heimath Mangel haben.“<sup>496</sup> Bei schwerer Strafe drohte, so heißt es in der landesherrlichen Verordnung weiter, die Todesstrafe oder die Deportation auf Galeeren oder in eine Kolonie. Explizit galt diese Verordnung für ausländische diebische, vermutlich auch für herrenlose, Landstreicher, aber nicht für badische Staatsbürger.<sup>497</sup> Aufgrund der wieder eingetretenen Kriegszeiten wurde die Rechtlosigkeitserklärung der kriminellen Vaganten 1807 um weitere drei Jahre und drei Wochen erneuert.<sup>498</sup> Die Rechtlosigkeitserklärung richtete sich demnach an Straßenräuber und Mörder. Also jene, die der Gesellschaft nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch körperlichen Schaden zufügen konnten. Rheinheimer schildert, dass „gerade die großen Verbrechen Einstellung und Verhalten der Bevölkerung und der Obrigkeit gegenüber Bettlern und Vaganten“<sup>499</sup> bestimmt haben.

---

<sup>492</sup> Aches Edikt. Verwaltung der StrafgerichtigkeitsPflege, in: Kurfürstlich Badische Landes-Organisation. In dreizehn Edikten mit Beilagen nebst einem Anhang, enthaltend ein Verzeichniß aller Ortschaften, Höfen und Zinken der Badischen alten und neuen Lande, Karlsruhe 1803, S. 199–284, hier S. 266.

<sup>493</sup> Vgl. ebd., S. 267.

<sup>494</sup> Vgl. Bekanntmachung, 02.11.1803, Sammlung Wehrer 1, S. 108.

<sup>495</sup> Landesherrliche Verordnung. Die Handhabung der öffentlichen Sicherheit betreffend, 30.01.1804, BAGVBL 2 (1804), S. 25.

<sup>496</sup> Ebd., S. 26.

<sup>497</sup> Vgl. ebd., S. 25f.

<sup>498</sup> Vgl. Landesherrliche Verordnung. RechtslosErklärung der Jauner betreffend, 25.05.1807, BAGVBL 5 (1807), S. 65.

<sup>499</sup> Rheinheimer, Arme, Bettler und Vaganten, S. 159.

In den Mannheimer Policeyvorschriften von 1807 werden die Vaganten vor allem als „Landstreicher“ bezeichnet.<sup>500</sup> Unter der Kategorie *Landstreicher* fand sich eine ganze Bandbreite von Verordnungen gegen die Vaganten, sowie eine genaue Definition, mit welchen Personen dieser Begriff assoziiert wurde. So heißt es in den Policeyvorschriften, dass zu den Landstreichern

alle jene gehören, welche a) entweder gar kein ordentliches bürgerliches Heimwesen und Nahrungsgewerbe wirklich haben, sondern das Land durchstreichen, um unter allerhand Gestalten die Gelegenheit ihrer verbotenen Handthirung auszukundschaften, oder die zwar irgendwo einen Sitz und ein scheinbares, jedoch unzulängliches und durch die Gelegenheit zum Herumlaufen verdächtiges Gewerbe haben, als: Zundelkrämer, Pfannenflicker u. s. w., in dem Falle, wenn sie mit wirklichen Verbrechern als Kundschafter oder Umgangsgenossen in Gemeinschaft stehen, sollen eingefangen, und mit ihnen nach Maßgabe des 8ten Organisation-Edictes §. 79 verfahren werden.<sup>501</sup>

Anwendung sollte es gemäß den Policeyverordnungen von 1822 auf „herumziehende Gaukler, Marionettenspieler, Musikanten, Orgelmänner, Führer von Bären, Kamelen, sonstigen wilden Thieren, Hunden, die tanzen oder Kunststücke machen, und auf alle ähnliche brodlose Gewerbe“<sup>502</sup> haben. Die Ausweisung dieser Personen wird hierbei nicht explizit benannt, sondern bei Vorliegen der Pässe mit der Erlaubnis umschrieben, weiterzuziehen beziehungsweise in die eigene Heimat zurückzukehren.<sup>503</sup> Für Schwerverbrecher galten die gleichen Verordnungen wie im gesamten badischen Staat. Die restlichen Vaganten wurden gemäß dem achten Organisationsedikt entweder zu einer sechs- bis zwölfmonatigen Arbeitshausstrafe verurteilt oder ihnen drohte der Landesverweis, bei einer Wiederholung eine ein- bis zweijährige Arbeitshausstrafe.<sup>504</sup>

In einer weiteren landesherrlichen Verordnung vom 19. Mai 1808 wurden die zuvor geltenden Verordnungen verschärft und zudem das Verfahren, mit dem über Vaganten gerichtet werden durfte, beschleunigt. Auch das sechste Konstitutionsedikt bestätigte diese Verordnungen noch einmal. Die Vaganten wurden als herrenlose Gäste definiert,

die von ihrem Heimathstaate auf Verlangen entlassen worden sind, um eine neue Heimath [...] zu suchen; Ausgewiesene, die von einem Staate, worinn sie sich aufhalten, wegen verwürktem AufenthaltsRecht über die Grenze gebracht worden; Landfahrer oder Landstreicher, die ohne habende Heimath, und ohne eine zu suchen, in der Welt sich fortreiben; und Landflüchtige, die aus Furcht vor einer verwürkten Strenge der Geseze [sic!] oder um einer UnterthanenPflicht auszuweichen, aus ihrem Lande ausgetreten sind.<sup>505</sup>

Sie durften nur auf Reiserouten reisen, die in der Nähe ihrer neu aufzusuchenden Heimat lagen, was bedeutet, dass ihre Niederlassung in badischen Orten nicht geduldet wurde. Als herrenlose

---

<sup>500</sup> Vgl. Polizey-Vorschriften (1807), S. 61.

<sup>501</sup> Ebd., S. 61.

<sup>502</sup> Polizei-Vorschriften (1822), S. 79f.

<sup>503</sup> Vgl. ebd., S. 79f.

<sup>504</sup> Vgl. Achtes Edikt, S. 267.

<sup>505</sup> Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 148.

Gäste war ihre persönliche Freiheit stark eingeschränkt. Sie durften von der Policey ergriffen und examiniert werden. Bei ungültigen Pässen drohte ihnen Verhaftung oder Zwangsarbeit. Ohne Nachweis eines Verbrechens war die körperliche Züchtigung allerdings untersagt. Sie konnten wegen Vergehen in oder außerhalb von Baden vor das badische Gericht unter Anwendung des Rechts ihrer alten Heimat gestellt werden. Auch wenn ihre alte Heimat nicht ihre Auslieferung verlangen konnte, konnte das badische Gericht ebendiese veranlassen.<sup>506</sup> Ortsvorsteher und Policey sollten die Pässe von Durchreisenden genaustens begutachten. Verdächtige Personen sollten auf der entsprechenden Behörde verhört und bei Bestätigung des Verdachtsfalls ihrer entsprechenden Strafe zugeführt werden.<sup>507</sup> Gleiches bestätigte die Mannheimer Policey.<sup>508</sup> Arme, die sowohl ihre Reise als auch ihren Aufenthalt mit Pässen legitimieren konnten und aufgrund körperlicher Gebrechen oder unvorhergesehener Zufälle nicht mehr in der Lage waren, ihre Reise fortzusetzen, erhielten „auf Anmelden einen Zehrpfeffennig, und wird [...] der Weg, den sie bei Strafe, als Vaganten behandelt zu werden, zu nehmen haben, vorgeschrieben.“<sup>509</sup> Die Aufnahme von ausländischen Schwachen und Kranken durch Bettelführen<sup>510</sup> war verboten; die Bettler sollten über die Grenze zurückgeführt werden. Kranke unter Lebensgefahr durften allerdings nicht zurückgebracht und sollten erst einmal in der Armenanstalt gepflegt werden; gleiches galt für Ernteschnitter oder in Mannheim erkrankte Arme, ebenso für Arme, die auf ihrer Reise in Baden erkrankten.<sup>511</sup> Wie Martin Krauß jedoch feststellt, war das Bettelverbot schwer durchzusetzen, weshalb mehrfach in der Mannheimer Presse auf das Verbot hingewiesen werden musste.<sup>512</sup>

In den Policeyvorschriften wurden jedoch auch Maßnahmen gegen Betteljuden publiziert, deren Ausweisung aus dem Land und der Stadt das oberste Ziel war.<sup>513</sup> Dabei war es gerade die Ausweisung aus ihrer Heimatgemeinde, die viele Juden zwang, ein Leben auf der Straße zu bestreiten, wie Julius Lehmann Mayer feststellt.<sup>514</sup> Ebenso sollten inländische arme Juden beobachtet werden, wenn zu befürchten war, dass sie dem Bettel nachzogen. Auch diese sollten

<sup>506</sup> Vgl. Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 148f.

<sup>507</sup> Vgl. Landesherrliche Verordnung. Die Abhaltung Beyfangung des liederlichen Gesindels betreffend, 19.05.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 125.

<sup>508</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1822), 95f.

<sup>509</sup> Ebd., S. 15.

<sup>510</sup> Bettelführen wurden ein Jahr später auch in den Landesverordnungen untersagt. Hierzu Landes Verordnung. Die Verbringung armer fremder kranken Personen durch Frohndfuhren von Ort zu Ort betreffend, BAGVBL 6 (1808), S. 307–308, hier S. 307f.

<sup>511</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1822), S. 15f.

<sup>512</sup> Vgl. Krauß, Armenwesen, S. 72.

<sup>513</sup> Vgl. Die Betteljuden betreffend, 07.02.1809, Sammlung Wehrer 2, S. 561f.

<sup>514</sup> Vgl. Julius Lehmann Mayer, Die Mannheimer Judenschaft am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, hg. v. Paul R. Hirsch, in: MGB AF 23 (1922), Sp. 178–190, hier Sp. 180f.

ausgewiesen und bei Wiederholung bestraft werden.<sup>515</sup> Ferner kam es zu mehrmaligen Wiederholungen dieser Verordnungen, da sie nicht konsequent ausgeführt wurden. Deshalb sah man sich wohl 1809 gezwungen, die Maßnahmen gegen Betteljuden zu verschärfen. Betteljuden sollten nun direkt zu den betreffenden Ämtern von den Gemeindedienern gebracht, statt ausgewiesen werden. Darüber hinaus waren alle Exekutivstellen verpflichtet, auswärtigen und herumvagierenden Juden die Pässe zu entziehen und sie auf der kürzesten Strecke zurück zur Grenze zu führen.<sup>516</sup> Explizit für Mannheim wurde 1822 festgelegt, dass

[a]usländische Juden, welche nach ihrem Aeußern des Bettelns oder auf andere Art verdächtig scheinen, es sey mit oder ohne Familie, soll bei ihrer Ankunft selbst gegen Vorweisung eines Passes der Eintritt weder in die Stadt noch in die Großherzoglichen Lande gestattet werden, wenn nicht ihr Geschäft, welches sie im Lande haben, bestimmt und deutlich in dem Passe ausgedrückt ist, oder sie sich nicht auf andere hinreichende Art darüber ausweisen können; in diesem Falle sind die reisenden Juden nach dem Ziele ihrer Reise auf einem genau zu bestimmenden Wege zu instradiren.<sup>517</sup>

Eine Duldung oder Unterstützung war auch den jüdischen Vorstehern in der Stadt verboten. Betteljuden, die ganz ohne Pässe angetroffen wurden, sollten als Vaganten behandelt werden.<sup>518</sup> Dennoch gab es beispielsweise in Mannheim ein Hospital, das armen und auswärtigen Juden Hilfe anbot.<sup>519</sup>

Ferner sollten Tabellen über die Anwesenheit von Bettlern, Vaganten und Dieben erstellt werden und Untersuchungen von Wirten und Einwohnern, die sich der Unterbringung von ebenjenen Vaganten verdächtig machten, in Auftrag gegeben werden.<sup>520</sup> Noch im selben Jahr stellte die Regierung abermals fest, dass die Verordnungen nicht umgesetzt wurden, da „vielfältig gegen wirkliche Vaganten, ohne Rücksicht auf die deshalb bestehende[n] Gesetze die bloße Fortweisung verhängt, und dadurch dem Zweck der gegen Vaganten erlassenen Vorschriften geradezu entgegen gehandelt worden ist.“<sup>521</sup> Man sollte sich deshalb an die im 15. Regierungsblatt erschienene Verordnung halten.<sup>522</sup> Die erneute Rechtlosigkeitserklärung wurde im Jahr 1811 ausgesprochen. Die Strafen waren verschärft worden: Bei der Schädigung von Menschen drohte Enthauptung, bei Verletzungen oder Mord gar die Aufsteckung des Hauptes auf dem Pfahl, bei Diebstählen eine Zuchthausstrafe. Möglich war jedoch auch die

---

<sup>515</sup> Vgl. General-Verfügung an sämtliche Ober- und Aemter der Markgrafschaft d. d. Karlsruhe vom 4. November 1808, in: Sammlung Wehrer 2, S. 436f.

<sup>516</sup> Vgl. Die Betteljuden betreffend, Sammlung Wehrer 2, S. 561f.

<sup>517</sup> Polizei-Vorschriften (1822), S. 16.

<sup>518</sup> Vgl. ebd., S. 17.

<sup>519</sup> Vgl. Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S. 112f.

<sup>520</sup> Vgl. Einsendung der Tabelle über Bettler, Vaganten und Diebe betreffend, 06.08.1808, Sammlung Wehrer 2, S. 286f.

<sup>521</sup> Die Behandlung der Vaganten betreffend, 29.11.1808, Sammlung Wehrer 2, S. 474.

<sup>522</sup> Vgl. ebd.

Deportierung.<sup>523</sup> Ab 1817 kam es zudem zu einer Übereinkunft zwischen Bayern, Württemberg und Baden, in der geregelt wurde, unter welchen Kriterien die Staaten Vaganten in die jeweiligen Nachbarländer ausweisen konnten;<sup>524</sup> später klärte man die Situation ebenfalls mit dem Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen.<sup>525</sup> Mannheim fungierte hierbei als Übergabeort für Transporte aus dem Bayerischen Rheinkreis.<sup>526</sup>

Mit Landstreichern waren dementsprechend zumeist heimatlose und ausländische Personen angesprochen. Wie eingangs bereits ausführlich dargelegt wurde, und nun für Mannheim evident wird, wurden sie nicht primär aufgrund ihrer Herkunft, sondern vielmehr aufgrund ihrer Lebensweise, die sich mit der sesshaften städtischen Gemeinschaft nicht vereinbaren ließ, aber auch negativer Auswirkungen, die sie auf Stadt und Einwohner ausüben oder hierdurch zu Tage fördern konnten, ausgegrenzt. Die bereits angesprochene Binnenstabilisierung spielte hierbei sicherlich eine entscheidende Rolle, ebenso wie der Schutz vor der Aufnahme von Armen und Bettlern, die in naher Zukunft der städtischen Kasse zur Last fielen.

### 5.1.2 Stadtfremde Arme in den Quadraten

Die Zuweisung von lokaler Zugehörigkeit, das Heimatrecht, war im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, wenn es um den Anspruch auf Armenfürsorge ging, existenziell. Nach dem frühneuzeitlichen Rechtsverständnis waren nämlich für die Versorgung der von Armut betroffenen Bevölkerungsteile ihre Heimatorte verantwortlich.<sup>527</sup> Zugehörigkeit bot laut Astrid Küntzel somit einen Schutz vor Verarmung und sozialer Exklusion.<sup>528</sup> „Die frühneuzeitliche Sozialpolitik versuchte [...], die Ansprüche der Armen auf Unterstützung einzuschränken, selektiv zu gestalten, zu kontrollieren und zu überwachen.“<sup>529</sup> Auch in Mannheim lagen verschiedene Entwürfe vor, wie Arme und Bettler behandelt werden sollten.<sup>530</sup> Für die Bedürftigen und Bettler, überwiegend Witwen mit Kindern sowie ältere,

---

<sup>523</sup> Vgl. Die RechtslosErklärung aller Jauner, auch herumschweifender Räuber und Diebe und deren Bestrafung betreffend, 02.08.1811, BAGVBL 9 (1811), S. 97–98.

<sup>524</sup> Vgl. Bekanntmachung. Uebereinkunft zwischen Baden, Bayern, und Würtemberg wegen wechselseitiger Uebnahme der Vaganten und anderer Ausgewiesenen, 08.11.1816, BAGVBL 14 (1816), S. 139–143.

<sup>525</sup> Vgl. Bekanntmachung. Uebereinkunft mit dem Hochfürstlichen Hause Hohenzollern Sigmaringen wegen wechselseitiger Uebnahme der Vaganten und anderer Ausgewiesenen, 07.04.1818, BAGVBL 16 (1818), S. 43.

<sup>526</sup> Vgl. Bekanntmachung. Die Bestimmung der Uebergabsorte für die Transporte der von Baden und Baiern wechselseitig übergeben werdenden Vaganten und anderer Ausgewiesenen betreffend, 09.12.1817, BAGVBL 16 (1818), S. 3.

<sup>527</sup> Vgl. Rheinheimer, Arme, Bettler und Vaganten, S. 135; Winter, Armut und Migration, S. 42.

<sup>528</sup> Vgl. Küntzel, Fremde in Köln, S. 72.

<sup>529</sup> Winter, Armut und Migration, S. 40. Hierzu auch Küntzel, Fremde in Köln, S. 71.

<sup>530</sup> Verordnungen finden sich bspw. in GLA 77 Nr. 5032–5034; GLA 77 Nr. 5053. Aufgrund ihrer zeitlichen Beständigkeit werden sie allerdings an dieser Stelle nicht sämtlich angeführt. Stattdessen soll als Überblick auf das

krankte Menschen, waren zunächst die Armenkassen der einzelnen Kirchengemeinden zuständig. Die Quadratestadt selbst vergab anteilmäßige Zuschüsse, beispielsweise aus Almosensammlungen bei Jahrmärkten, Strafgeldern und Spenden, die unter anderem beim Abschluss von Kaufverträgen und bei Erbschaften getätigt wurden. Auch die Landesherrschaft führte den Almosenkassen Geld zu.

Bereits Mitte des 18. Jahrhunderts herrschte jedoch Unzufriedenheit mit dem kurpfälzischen Armenwesen, da die Zahl von Bedürftigen und Bettlern in der Quadratestadt stark zugenommen hatte.<sup>531</sup> So äußerte sich im Jahr 1769 Hofrat Friedrich Casimir Medicus außerordentlich negativ zur Situation in Mannheim. Die Bettler seien dem Staat „eine wahre Last“<sup>532</sup>. Insbesondere verurteilte Medicus jene Bettler, die in Gruppen von Tür zu Tür zogen und die mit Betteln ihren Lebensunterhalt bestritten.<sup>533</sup> Allgemein unterschied Medicus zwischen würdigen und unwürdigen Armen. Als würdige Arme verstand man im frühneuzeitlichen Verständnis all jene Armen, die noch in der Lage waren, zu arbeiten, unter den unwürdigen Armen jedoch all jene, die aufgrund von Faulheit oder Arbeitsverweigerung arbeitsunfähig waren.<sup>534</sup> Auch wenn Medicus würdige und unwürdige Arme klar trennte, scheint er nicht zwischen einheimischen und auswärtigen Bettlern unterschieden zu haben. Dies mag insbesondere darauf zurückzuführen sein, dass für ihn weder die einheimischen noch die auswärtigen Bettler nützliche Mitglieder der Gesellschaft waren. In der Masse an Bettlern sah er gar ein Spektakel für die Besucher der Stadt, das Einheimische dazu verführte, ihren Lebensunterhalt als Bettler zu bestreiten.<sup>535</sup>

Zwei Jahre nach Medicus' Analyse des Bevölkerungsstandes arbeitete im März 1771 eine Kommission, die aus dem katholischen Stadtdechanten, dem Stadtdirektor und fünf Ratsmitgliedern bestand, zusammen mit zwei kurpfälzischen Regierungsräten eine Reorganisation des Armenwesens aus.<sup>536</sup> Die Reform sollte „die individuelle Erfassung und Versorgung der unterstützungsbedürftigen durch eine einheitliche Almosenbehörde, das Verbot des Bettelns, die Beschäftigung der Armen in einem Arbeitshaus und die Erziehung der Armenkinder zur Arbeitsamkeit“<sup>537</sup> umfassen. Allerdings fällt die Beschreibung all jener, welche diese Unterstützung in Anspruch nehmen konnten, recht vage aus. So sollten gemäß dem Plan die

---

Kapitel *Armenfürsorge, Bettelbekämpfung, Wohlfahrtspolitik* in Mörz, *Aufgeklärter Absolutismus*, S. 371–386, verwiesen werden. Entsprechende Quellenverweise liefert Mörz ebenfalls.

<sup>531</sup> Vgl. Krauß, *Armenwesen*, S. 26.

<sup>532</sup> Friedrich Casimir Medicus, *Von dem Bevölkerungs-Stand in Chur-Pfalz vorzüglich in Mannheim, Frankfurt/Leipzig 1769*, S. 13.

<sup>533</sup> Vgl. ebd., S. 13–15.

<sup>534</sup> Vgl. Winter, *Armut und Migration*, S. 40.

<sup>535</sup> Vgl. Medicus, *Bevölkerungs-Stand*, S. 14f.

<sup>536</sup> Vgl. Krauß, *Armenwesen*, S. 30.

<sup>537</sup> Ebd., S. 31.

„Frembde[n]“<sup>538</sup> aus der Stadt und dem Land geschafft werden.kehrten sie zurück, drohten ihnen zunächst zehn bis fünfzehn Stockschläge, bei erneuter Rückkehr gar das Zuchthaus. Auswärtige, die jedoch aufgrund ihres Arbeits- oder Dienstverhältnisses in Mannheim erkrankten oder durch eine dort erfolgte Erkrankung die Stadt nicht mehr verlassen konnten, sollten nicht ausgewiesen werden. Ebendies war gerade für das in Mannheim arbeitende Gesinde sowie für die Tagelöhner eine willkommene Hilfe. Das Gleiche galt für Fremde, die glaubhaft machen konnten, mindestens zehn Jahre lang in Mannheim in Diensten gestanden oder in einem ehrlichen Gewerbe gearbeitet zu haben.<sup>539</sup> Letztere sollten als „Mannheimer arme angesehen“<sup>540</sup> werden. Aufgrund des Widerstandes der Kirchengemeinden wurde die Reform des Armenwesens jedoch nicht umgesetzt.<sup>541</sup>

Nach der Jahrhundertwende war das Armenwesen endgültig nicht mehr funktionsfähig. Im zehnten Organisationsedikt der Markgrafschaft Baden vom 20. April 1803 wurde beschlossen, dass für die einheimischen bürgerlichen Armen die einzelnen Gemeinden, für die ausländischen und nichtbürgerlichen Armen hingegen der Staat zuständig sei. Mannheim war dementsprechend für die Versorgung der Bürger und Bürgerkinder sowie Beisassen und der im Dienst der Gemeinde stehenden Personen zuständig.<sup>542</sup> Gleichfalls bedeutete dies, dass stadtfremde Inländer, die in Mannheim kein Heimatrecht genossen, in ihre Heimatgemeinde zurückkehren mussten. Unverbürgerte Arme hingegen, „welche an keine einzelne Gemeinde ein Anspruchsrecht haben, als Dienerskinder, Vagantenkinder, die im Lande zurückbleiben u. d. gl.“<sup>543</sup>, sollten, wenn die lokale Versorgung nicht sichergestellt werden konnte, durch den Staat versorgt werden. Personen mit einem ausländischen Heimatrecht mussten demgemäß ebenfalls wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Aufgrund der hohen Verschuldung Mannheims zu Beginn des 19. Jahrhunderts musste allerdings der badische Staat für alle Armen aufkommen. Diese Gelder verteilte Stadtdirektor Rupprecht jedoch ungleich auf die Kirchengemeinden, wobei die Katholiken gegenüber den Lutheranern und Reformierten das Doppelte erhielten, weshalb der Kurfürst mit der Entziehung der Unterstützung drohte. Die Verstaatlichung der Verwaltung Mannheims setzte sich somit auch deutlich im Armenwesen fort. So war das Stadtvogteiamt beziehungsweise Stadttamt mit

---

<sup>538</sup> Plan zur Reorganisation des Armenwesens, 13.02.1771, GLA 213 Nr. 16, Bl. 273.

<sup>539</sup> Vgl. ebd., Bl. 273f.

<sup>540</sup> Ebd., Bl. 273.

<sup>541</sup> Vgl. Krauß, Armenwesen, S. 31f.

<sup>542</sup> Vgl. Zehntes Edikt. Allgemeine und gesellschaftliche Staats-Institute, in: Kurfürstlich Badische Landes-Organisation. In dreizehn Edikten mit Beilagen nebst einem Anhang, enthaltend ein Verzeichniß aller Ortschaften, Höfen und Zinken der Badischen alten und neuen Lande, Karlsruhe 1803, S. 285–331, hier S. 319.

<sup>543</sup> Ebd., S. 322.

dem Hofratskollegium beziehungsweise Neckarkreisdirektorium als vorgesetzte Mittelbehörde für das Armenwesen der Stadt zuständig. Für die Reorganisation des Armenwesens setzte sich beispielsweise Hofrat Wilhelm Gaum in seiner 1807 veröffentlichten Druckschrift *Praktische Anleitung zu vollständigen Armenpolizei-Einrichtungen*<sup>544</sup> ein. Diese Schrift enthält die wesentlichen Konzepte, welche die Armenpolicykommission in der neu gegründeten Armenanstalt in die Praxis umzusetzen versuchte.<sup>545</sup> Noch bedeutsamer für die vorliegende Arbeit ist jedoch seine Sicht auf das zeitgenössische Armenwesen und die Definition von Bettlern. Gaum unterscheidet hierin zwischen städtischen, einheimischen und fremden Bettlern, demnach möglicherweise zwischen Mannheimern, In- und Ausländern.<sup>546</sup>

Entsprechend dieser Unterteilung ist anzunehmen, dass Gaum allgemein Fremde als Ausländer begriff, auch wenn er die direkte Zuweisung von territorialen oder städtischen Zugehörigkeiten vermeidet. Die Fremden gliedert er dann in jene, „ohne Erlaubniß sich aufhaltende, oder zuge-  
reißte Bettler“<sup>547</sup> sowie „[w]andernde Handwerkspursche[n] und durchreisende Arme.“<sup>548</sup> Weiter im Text präzisiert er seine Untergliederung: Zur Kontrolle von fremden Handwerksge-  
sellten und durchreisenden Armen empfiehlt er, effektive Kontrollinstanzen beispielsweise in Wirtshäusern zu etablieren, da sich vor allem diese Personen möglichen policeylichen Kontrol-  
len entzögen. Ein Aufenthalt sollte so zumeist auf wenige Tage begrenzt bleiben.<sup>549</sup> Die ansäs-  
sigen und zugereisten Fremden beschreibt Gaum als Personen,

die kein Aufenthaltsrecht in der Stadt haben, sie seyen nun ohne Erlaubniß der geeigneten Stellen  
ansäßige, zeitlich geduldete oder fremde Arme und Bettler, sind ohne weiters aus und in ihre Hei-  
math mit oder ohne Unterstützung, wovon bei den Handwerkspurschen die Rede seyn wird, zu ver-  
weisen, die Sicherheitspolizei aber hat zu machen, daß die letzte Klasse von Menschen möglichst  
entfernt gehalten werde.<sup>550</sup>

Interessanterweise durften sich die geduldeten Fremden zwar in der Quadratestadt aufhalten, für Gaum lässt sich hieraus jedoch kein Aufenthaltsrecht ableiten. „Fremde, aus dem Land ge-  
bürtige, oder solche, die noch eine Heimweisung haben“<sup>551</sup>, sollten ebenfalls in ihre Heimat  
verwiesen werden. Hiermit waren auch die inländischen Stadtfremden gemeint. Ausgenommen  
von einem Stadt- und Landesverweis waren lediglich erkrankte oder schwangere Personen, die  
unter bestimmten Voraussetzungen, vor allem wenn sie eigenständig Stadt und Land verlassen

---

<sup>544</sup> Wilhelm Gaum, *Praktische Anleitung zu vollständigen Armenpolizei-Einrichtungen*. Mit besonderer Rücksicht  
auf das Armenwesen in Mannheim, Heidelberg 1807.

<sup>545</sup> Vgl. Krauß, *Armenwesen*, S. 62.

<sup>546</sup> Vgl. Gaum, *Praktische Anleitung*, S. 41.

<sup>547</sup> Ebd., S. 46.

<sup>548</sup> Ebd.

<sup>549</sup> Vgl. ebd., S. 60–62, 66–73.

<sup>550</sup> Ebd., S. 55.

<sup>551</sup> Ebd., S. 60.



konnten, unterstützt wurden.<sup>552</sup> Aus der Stadt, aber nicht aus dem Land verwiesen werden konnte, wer in Mannheim ansässig war und seine ehemalige Heimat verloren hatte.<sup>553</sup>

Gemäß den Vorschlägen der Gutachter errichtete der Kurfürst im Januar 1806 ein Arbeitshaus, eine Industrieschule und ein Hospital wie auch eine gemeinsame Armenkasse. Die Armenanstalt wurde im Jahr 1807 eröffnet. Die Unterstützung beschränkte sich fast ausnahmslos auf die in Mannheim mit Heimatrecht ausgestatteten Einwohner, wozu die Bürger, die Beisassen und deren Kinder zählten.<sup>554</sup> Unter bestimmten Voraussetzungen wurden jedoch auch Stadtfremde in der Stadt versorgt und behandelt; selbst, wenn diese gar nicht erkrankt oder ihre alte Heimat verloren hatten. Zu diesen unterstützungswürdigen Personen zählte beispielsweise Professor Johann Gotlieb Albrecht aus Ansbach, der sich selbst als „ein fremder ganz unbekannter Mann“<sup>555</sup> beschreibt. Albrecht hielt sich mehrere Wochen als Arbeitssuchender in Mannheim auf. Dabei wollte er jedoch nicht in Mannheim, sondern an einer Schule in Pforzheim oder bei der Bibliothek in Karlsruhe eine Anstellung finden. Er stellte an den Staat keine Ansprüche, da er lediglich aus seiner misslichen Lage befreit werden wollte.<sup>556</sup> Hofrat Gaum fasst die Situation von Albrecht, der sich zu diesem Zeitpunkt schon drei Monate in Mannheim aufgehalten hatte, folgendermaßen zusammen: Er lebe

so kümmerlich, daß er Mitleiden mehr verdient; nur über der andern Tag genießt er für 12. Kr. merere Speisen, sonst täglich für einen Kreuzer Brod und etwas Obst, sein Getränk ist Wasser- wie sein Körper dabei leidet, der noch durch Sorgen und Kummer angegriffen und, lässt sich audieser mehr als ansehnlichen Lebensweise leicht ermassen, dabei versieht er [...] Frohnsarbeit, nur um diese Bedürfnisse befriedigen zu können.<sup>557</sup>

Zuvor hatte Albrecht bereits mehrere Anstellungen als Lehrer im bayerischen Ansbach gehabt.<sup>558</sup> Wie Hofrat Gaum feststellte, besitze Albrecht zwar eine gute Bildung, aber seine aktuelle Lebenssituation sei dieser Bildung nicht angemessen. Er empfahl, Albrecht als Lehrer oder Rektor in einer badischen Landstadt anzustellen.<sup>559</sup> Letztendlich wird das Gesuch von Albrecht in Baden jedoch abgelehnt, da der Hilfesuchende nach Frankfurt verzogen war.<sup>560</sup> Obwohl Albrecht aus der Stadt hätte verwiesen werden können, nahm man sich dem Lehrer an und half ihm bei der Beschaffung von Arbeit. Wie hoch der Anteil der Auswärtigen allgemein an den in der

---

<sup>552</sup> Vgl. Gaum, Praktische Anleitung, S. 74f.

<sup>553</sup> Vgl. ebd., S. 59f.

<sup>554</sup> Vgl. Krauß, Armenwesen, S. 67.

<sup>555</sup> Albrecht an Kurfürsten, 15.07.1807, GLA 213 Nr. 3094.

<sup>556</sup> Vgl. ebd.; Albrecht an Kurfürsten, 30.07.1807, GLA 213 Nr. 3094.

<sup>557</sup> Bericht von Gaum, 22.09.1807, GLA 213 Nr. 3094.

<sup>558</sup> Vgl. Albrecht an Kurfürsten, 15.07.1807, GLA 213 Nr. 3094.

<sup>559</sup> Vgl. Bericht von Gaum, 22.09.1807, GLA 213 Nr. 3094.

<sup>560</sup> Vgl. Kurbadisches Geheimratsprotokoll, Auszug, 26.09.1807, GLA 213 Nr. 3094.

Tab. 4 Herkunft der Patienten des Spitals der Barmherzigen Brüder (1772–1798)<sup>561</sup>

	Kurpfalz	Kurmainz	Schwaben	Franken	Frankreich	Österreich	Kurtier	Speyer	Kurköln	Kurbayern	Böhmen	Schweiz	Kursachsen	Ungarn	Tirol	Niederlanden	Schlesien	Preußen	Baden-Durlach	Hessen	Italien	Westphalen	Ansbach	Kurhannover	Polen	Fulda	Dänemark	Kurbrandenburg	Regensburg	Russland	Schweden	gesamt
1772	75	35 <sup>562</sup>	30	24	11	12	12	10	5	13	6	2	4	4	3	0	5	3	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	257
1773	96	48	32	21	8	16	11	9	8	8	7	3	4	5	2	0	1	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	282
1774	91	32	23	22	12	15	18	5	13	7	5	5	2	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	257
1775	83	35	16	20	11	10	10	6	3	5	6	8	5	5	3	14	6	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	247
1785	68	21	17	31	6	13	16	7	3	0	4	4	3	1	3	0	0	7	0	5	3	3	0	2	1	0	0	0	0	0	0	215
1794	152	22	17	12	38	12	6	22	2	0	3	4	2	4	0	0	2	0	3	4	0	5	2	3	0	2	0	0	0	1	0	318
1798	38	10	9	12	13	2	6	4	1	0	0	1	1	2	3	3	3	1	6	0	0	0	0	0	1	0	1	1	1	0	1	119
gesamt	600	206	144	142	99	80	79	63	35	33	31	27	21	21	18	17	17	12	9	9	9	5	4	4	4	2	1	1	1	1	1	1364

<sup>561</sup> Verzeichniß der Kranken, welche in dem Churfürstlichen Kloster, und Hospital der Fratrurn Misericordiae zu Mannheim im Jahr [...] aufgenommen, und gepflegt worden, (1772–1775). URL: [https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/verzeichniss\\_kranken\\_mannheim](https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/verzeichniss_kranken_mannheim) (15.12.2020); Verzeichnis der Patienten des Spitals der Barmherzigen Brüder 1785, GLA 213 Nr. 2694; Verzeichnis der Patienten des Spitals der Barmherzigen Brüder 1794, GLA 213 Nr. 2812; Verzeichnis der Patienten des Spitals der Barmherzigen Brüder 1798, GLA 213 Nr. 2812. Die Herkunftsangaben sind direkt den einzelnen Verzeichnissen entnommen.

<sup>562</sup> Unter Kurmainz summieren sich 1772 sowohl Kurmainzer als auch Wormser.

Stadt verweilenden Armen und Bettler war, kann jedoch nicht ermessen werden. Die Auswertung von Fragebögen, welche die Armen bei Aufnahme in die Armenanstalt hatten ausfüllen müssen, wären hingegen eine Möglichkeit gewesen, Informationen zu ihren Geburtsorten zu erhalten. Gemäß Jochen Ebert sind Almosenlisten eine „einzigartig, bislang wenig genutzte Quelle“<sup>563</sup>, da sie „eine Annäherung an eine spezifische Gruppe unter den Fremden“<sup>564</sup> ermöglichen. In den Aktenbeständen der Stadt Mannheim sind jedoch keine ausgefüllten Fragebögen für den Untersuchungszeitraum überliefert. Martin Krauß vermutet, dass sie als nicht archivwürdig erachtet und demzufolge kassiert worden seien.<sup>565</sup>

Verzeichnisse der Kranken des Spitals der Barmherzigen Brüder aus den Jahren 1772 bis 1775, 1785, 1794 und 1798 (siehe Tab. 4) geben jedoch Auskunft über die Anzahl der pro Monat eingelieferten kranken Personen nach ihrer Herkunft sortiert. Von den insgesamt 1 364 aufgenommenen Personen handelte sich bei der Mehrheit mit 600 zwar um kurpfalz-bayerische Untertanen, gepflegt wurden jedoch auch 206 Mainzer, 144 Schwaben, 142 Franken, 99 Franzosen und 80 Österreicher. Es finden sich hierunter allerdings auch Personen aus Böhmen, Kursachsen, Ungarn, den Niederlanden, Schlesien, Italien, Polen, Russland, Dänemark und Schweden. Da zu diesem Zeitpunkt Krieg herrschte, ist die Nennung unterschiedlicher Nationalitäten nicht überraschend, auch wenn aus den Verzeichnissen nicht hervorgeht, ob es sich um Militärangehörige handelte. So nimmt Krauß an, der die Verzeichnisse der Jahre 1785 und 1794 in seiner Arbeit untersucht, dass diese wohl mehrheitlich Handwerksgesellen und Tagelöhner enthalten.<sup>566</sup> Wie lange diese Handwerksgesellen in Mannheim tätig, wie alt sie oder ob sie nur auf Wanderschaft waren, geht aus den Quellen nicht hervor.

Bei der Reorganisation hatte sich die Quadratestadt weitestgehend an den Verhältnissen anderer deutscher Städte orientiert.<sup>567</sup> Inwieweit im Alltag die Trennung von einheimischen und fremden, von würdigen und unwürdigen Armen jedoch praktiziert wurde, lässt sich nicht genauer herausstellen, womit die hier getätigten Annahmen punktuell bleiben. So weist Ebert für die hessische Almosenpraxis nach, dass die Unterscheidung in einheimische und fremde Arme keine Bedeutung hatte. Vielmehr haben die Städte den fremden Armen gar mehr Hilfe als den in der Stadt wohnhaften Armen zukommen lassen.<sup>568</sup> Ebert zieht für Hessen den Schluss, dass

---

<sup>563</sup> Ebert, Lohn und Brot, S. 57.

<sup>564</sup> Ebd., S. 57.

<sup>565</sup> Vgl. Krauß, Armenwesen, S. 70.

<sup>566</sup> Vgl. ebd., S. 48.

<sup>567</sup> Vgl. ebd., S. 67.

<sup>568</sup> Vgl. Ebert, Lohn und Brot, S. 59.

die repressive Haltung gegenüber den armen Fremden [...] die obrigkeitliche Unkenntnis oder Ausblendung der ökonomischen Dimensionen der Arbeitsmigration [war]: der Mangel an Möglichkeiten, die eigene Existenz am Herkunftsort zu sichern. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, dass die landesherrlichen Bestrebungen, die Zahl der fremden Armen einzudämmen, weitgehend scheiterten.<sup>569</sup>

Der Historiker geht jedoch noch einen Schritt weiter, indem er hinter der Almosenpraxis eine aktive Unterstützung der mobilen Arbeitssuchenden vermutet. „Daher war das Almosen wesentlich als temporäre Unterstützung gedacht, die unzureichend Einkommen ergänzte oder über deren Ausfall hinweghalf.“<sup>570</sup>

## 5.2 Fremde unter Fremden: Auswärtige Juden

Der Perzeption von und dem Umgang mit zuwanderungswilligen Juden wurde in der Forschung bislang eher weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Dies mag insbesondere daran liegen, dass die Juden zumeist als Gruppe, die den Fremden einer Stadt angehörten, untersucht wurden. Als Fremde in jener Stadt, in der sie und ihre Väter geboren wurden, besaßen sie kein Heimatrecht, weshalb sie auf die Duldung der Regierung angewiesen waren. Dass vor allem in der Wahrnehmung von einheimischen und auswärtigen Juden womöglich Unterschiede bestanden, postuliert beispielsweise Thomas Bethin in seiner Arbeit *Die Fremden in sächsisch-thüringischen Städten im Zeitraum vom 13. bis 16. Jahrhundert*. Bethin verweist auf die Tatsache, dass für die einheimischen Juden kein Fremdenrecht galt, weshalb sie nicht als *Fremde* zu betrachten gewesen seien.<sup>571</sup> *Fremd* seien lediglich die zugewanderten Juden gewesen.<sup>572</sup>

Im Zentrum der nachfolgenden Kapitel soll deshalb nicht nur die Frage nach Aufnahme und Integration von auswärtigen Juden in der Quadratestadt stehen, sondern auch, ob und inwieweit diese im Gegensatz zu den ortseingeborenen Juden als Fremde zu begreifen waren. Konkret wird demnach nach Gründen, die zu ihrer In- beziehungsweise Exklusion führten, gefragt. Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es zunächst einer Darlegung der Wahrnehmung der in Mannheim ansässigen Juden, um Unterschiede zu den zugewanderten oder zuwanderungswilligen Juden herauszuarbeiten. Ebendiese Unterschiede werden dann auf Grundlage der rechtlichen Ausgestaltung ihrer Aufnahme in den Judenschutz vertiefend betrachtet und darauf aufbauend In- und Exklusionsstrategien anhand von ausgewählten Fallbeispielen erörtert.

---

<sup>569</sup> Ebert, Lohn und Brot, S. 67.

<sup>570</sup> Ebd.

<sup>571</sup> Vgl. Bethin, *Die Fremden*, S. 26.

<sup>572</sup> Vgl. ebd., S. 174.

Die Grundlage für das städtische Zusammenleben von Juden und Christen stifteten in Mannheim zum einen die Stadtprivilegien von 1652 und zum anderen die Judenkonzession von 1660, die bis 1807 im Großen und Ganzen in Kraft war. Mit den Stadtprivilegien von 1652 hatte Kurfürst Karl Ludwig „alle ehrliche Leut von allen Nationen“<sup>573</sup> angesprochen. Hierbei versprach er sich allerdings insbesondere den Zuzug von wohlhabenden Juden, da er in seinem niederländischen Exil aus eigener Hand erfahren hatte, wie die erfolgreichen jüdischen Handelsleute die Wirtschaft belebt hatten.<sup>574</sup> Eine rechtliche Grundlage erhielten die aschkenasischen Juden, häufig als deutsche Juden bezeichnet, mit der Mannheimer Judenkonzession von 1660. Eine Konzession für die sephardischen beziehungsweise portugiesischen Juden, die im 18. Jahrhundert in der Gemeinde der deutschen Juden aufgehen sollten, ist nicht erhalten. Wie Karl Otto Watzinger treffend bemerkt, gab die Konzession „den Juden für die damalige Zeit ungewöhnliche Freiheiten.“<sup>575</sup> Gewerbefreiheit, freie Religionsausübung, Zoll- und Schatzungsfreiheit und die Anlegung eines innerstädtischen Friedhofes – all das wurde den (deutschen) Juden mit der Konzession zuerkannt. Nichtsdestotrotz waren die Juden auch in Mannheim faktisch rechtslos. Jene Juden, die jährlich ein Schutzgeld entrichteten, wurden als Schutzjuden bezeichnet und konnten, sofern sie gemäß der Konzession innerhalb eines Jahres ein zweistöckiges Haus erbauten, in der Stadt bleiben. Dennoch war ihr Aufenthalt nur geduldet. Alle anderen Juden waren vor einer sofortigen Ausweisung nicht gefeit.<sup>576</sup>

Gleichzeitig waren sie den Diskriminierungen der christlichen Bevölkerung ausgesetzt. Häufig kam es zu Anfeindungen der jüdischen Bevölkerung.<sup>577</sup> Bewertet wird der Umgang mit den Juden in Mannheim in der zugrundeliegenden Forschung jedoch äußerst unterschiedlich, sodass grundlegende Forschungspositionen in aller Kürze widergegeben werden sollen. In der Begrenzung ihrer Anzahl und Ausweisung sieht beispielsweise Bernhard Kirchgässner lediglich den „übliche[n] Konkurrenzneid, den die Christen untereinander in ihren Berufsgruppen eifrig praktizierten.“<sup>578</sup> Allgemein erachtet er das Verhalten der christlichen Bevölkerung den Juden in

---

<sup>573</sup> Warhafftige und gewisse Privilegien der Stadt Mannheim in der Pfaltz gelegen.

<sup>574</sup> Vgl. Volker Keller, *Jüdisches Leben in Mannheim*, Mannheim 1995, S. 18.

<sup>575</sup> Watzinger, Karl Otto/Jörg Schadt/Michael Martin, *Geschichte der Juden in Mannheim. 1650–1945*. Mit 52 Biographien. Mit einer Übersicht über die Quellen im Stadtarchiv Mannheim zur Geschichte der Juden, Stuttgart [u. a.] 1987, S. 14.

<sup>576</sup> Ausführlicher hierzu auch Tilde Bayer, *Die Juden in Mannheim während der Regierungszeit des Kurfürsten Karl Ludwig 1661–1680*, Univ. Mannheim Magisterarbeit, Mannheim 1988, S. 14; Watzinger, *Geschichte der Juden*, S. 13f., 23; Keller, *Jüdisches Leben*, S. 18.

<sup>577</sup> Vgl. Watzinger, *Geschichte der Juden*, S. 14f.

<sup>578</sup> Bernhard Kirchgässner, *Integrationsprobleme einer bürgerlichen Gründungsstadt Mannheim 1660–1720*, in: *Schriften der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz*. Mannheimer Altertumsverein von 1859 22 (1992), S. 5–44, hier S. 35.

Mannheim gegenüber weitaus positiver als im restlichen Alten Reich.<sup>579</sup> Auch Britta Waßmuth sieht im Gebaren der Christen gegenüber den Juden reinen Konkurrenzneid. So führe

der wirtschaftliche Erfolg eines großen Teils der Juden gerade im 18. Jahrhundert mit der aufgezeigten schwindenden Selbstverwaltung der Stadtoberkeit zu Neid und Anfeindungen [...]. Gerade für Mannheim [...] trifft zu, was Battenberg für das gesamte Alte Reich im 18. Jahrhundert feststellt: *Die eigentlichen antijüdischen Impulse gingen jetzt eher von den die wirtschaftliche Konkurrenz fürchtenden Zünften aus, die sich religiöser Argumente zwar bedienten, diese jedoch zur Legitimation instrumentalisierten* [Hervorh. im Orig.].<sup>580</sup>

Volker Keller postuliert hingegen, dass das „auf den ersten Blick unverständliche Verhalten frommer Juden [...] zum billigen Vorwand für Angriffe“<sup>581</sup> genutzt wurde. Das

seit Jahrhunderten von den christlichen Kirchen geprägte Feindbild des verstockten Juden und Christumörders prägte den Umgang miteinander. Beweggründe wie wirtschaftlicher Konkurrenzneid, Gleichgültigkeit, Mißtrauen, Unduldsamkeit und Spießertum ergänzten den religiös motivierten Haß in unheilvoller Weise.<sup>582</sup>

Eine nach dem Tod von Carl Theodor verfasste Denkschrift der jüdischen Gemeinde zu Mannheim, in der diese die völlige bürgerliche Gleichstellung forderten, wurde mit Gründen abgelehnt, die durchaus religiöser Natur entsprangen. Die bürgerliche Deputation führte beispielsweise an, dass die Juden aufgrund ihrer Absicht, einen Staat im Staat zu erschaffen, keine Begünstigungen seitens der Regierung zu erwarten hatten. Ein weiteres Gutachten fiel zwar freier und zukunftsweisender aus, der Herrschaftswechsel 1803 verhinderte allerdings die Umsetzung der im Gutachten getätigten Vorschläge.<sup>583</sup>

Berthold Rosenthal kritisiert ebenfalls die Ghettoisierung, welche die Regierung 1765 zuletzt mit der Erläuterung der Mannheimer Judenkonzession versuchte festzuschreiben, die jedoch aufgrund der von Carl Theodor getätigten Ausnahmenregelungen scheiterte.

Wenn auch die Konzessionen den Juden manche Berechtigungen verliehen, die sonstwo nicht bestanden, herrschte doch unter der Beamtenschaft und der Stadtbevölkerung ein ehrgeiziger Geist, der – wie überall – darauf bedacht war, den Juden durch kleinliche Quälereien das Leben zu vergällen, obwohl sie stets bürgerlichen Gemeinsinn bewiesen und in den häufigen Geldnöten helfend eingriffen.<sup>584</sup>

---

<sup>579</sup> Vgl. Kirchgässner, Integrationsprobleme, S. 38.

<sup>580</sup> Britta Waßmuth, Im Spannungsfeld zwischen Hof, Stadt und Judengemeinde. Soziale Beziehungen und Mentalitätswandel der Hofjuden in der kurpfälzischen Residenzstadt Mannheim am Ausgang des Ancien Régime (= Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Bd. 32), Ludwigshafen am Rhein 2005, S. 51.

<sup>581</sup> Keller, Jüdisches Leben, S. 20.

<sup>582</sup> Ebd.

<sup>583</sup> Vgl. Berthold Rosenthal, Der erste Schritt zur Gleichberechtigung der Juden in Mannheim, in: IGB 7 (1931), S. 4–7, hier S. 5–7.

<sup>584</sup> Berthold Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart, Bühl/Baden 1927, S. 110.

Die Kleiderordnung ordnet Kirchgässner in den zeitgenössischen Kontext ein, in welchem es auch für die Bürger der Stadt eine Kleiderordnung gab.<sup>585</sup>

Lockerungen der Konzession oder anderer Verordnungen kamen zumeist von Seiten der Kurfürsten. So wurde die in den Konzessionen festgelegte Anzahl von geduldeten Juden nicht immer eingehalten.<sup>586</sup> Dass Carl Theodor die Juden nicht einfach ausweisen ließ, führt Stefan Mörz auf fiskalische Motive zurück, während zu einem späteren Zeitpunkt humanitäre Gesichtspunkte hinzukamen.<sup>587</sup> Kirchgässner verweist gar darauf, dass die zahlenmäßige Beschränkung immer wieder umgangen worden sei, indem man nahen Anverwandten vom Bau eines Hauses befreite, um sie zu Schutzjuden aufnehmen zu können.<sup>588</sup> Darüber hinaus wurden Juden und Christen in Mannheim oft gleich behandelt. So zahlten jüdische und christliche Metzger dieselben Steuern und bei Unterschlagung der Abgaben dieselben Strafen. Auch bei der Behandlung von christlichen und jüdischen Bettlern, Armen und Vaganten wurden ganz ähnliche Maßnahmen getroffen.<sup>589</sup> Dennoch wurden sie in den normativen Quellen doch getrennt benannt.

Die Mannheimer Judenschaft bildete aufgrund der Judenkonzession von 1660, wie auch ihrer Nachfolger bis 1807, „eine autonome, von der übrigen pfälzischen (Land)judenschaft streng geschiedene Körperschaft [...], der stets von den Kurfürsten weitgehendere Konzessionen verliehen worden waren, die sich vorteilhaft von anderen Judenordnungen unterschieden.“<sup>590</sup> Dennoch wurden mit Voranschreiten des 18. Jahrhunderts

die Bedingungen für die Aufenthaltsgenehmigung verschärft, die Zahlungen erhöht und im Detail die Abgaben für verschiedene Statusgruppen festgelegt. Die wachsende Last der Abgaben und die sofortige Ausweisung zahlungsunfähiger Juden verschlechterte die Situation für den überwiegenden Teil der jüdischen Bevölkerung, auch wenn die kurpfälzische Konzession nicht mit den Härten des „Revidierten Generalprivilegiums und Reglements“ von 1750 in Preußen vergleichbar war.<sup>591</sup>

Während Mörz hierin den „deutlich stärkere[n] Zugriff[] des absolutistischen Staates auf alle autonomen Körperschaften“<sup>592</sup> sieht, vermutet Dagmar Feist dahinter den „Ausdruck einer

---

<sup>585</sup> Vgl. Kirchgässner, Integrationsprobleme, S. 38.

<sup>586</sup> Vgl. Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 342f.

<sup>587</sup> Vgl. ebd., S. 342.

<sup>588</sup> Vgl. Kirchgässner, Integrationsprobleme, 36.

<sup>589</sup> Vgl. ebd., 35f.

<sup>590</sup> Rosenthal, Gleichberechtigung, S. 4.

<sup>591</sup> Dagmar Feist, Zwangsbekehrung jüdischer Kinder in der Kurpfalz im 18. Jahrhundert – Zur Frage der Toleranz in der Zeit der Aufklärung, in: Horst Lademacher/Renate Loos/Simon Groenveld (Hgg.), Ablehnung – Duldung – Anerkennung. Toleranz in den Niederlanden und in Deutschland. Ein historischer und aktueller Vergleich (= Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas, Bd. 9), Münster/New York/München [u. a.] 2004, S. 400–421, hier S. 407.

<sup>592</sup> Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 342.

staatlicherseits zunehmend erzwungenen Anpassung der Juden an die nichtjüdische Gesellschaft und ihre Gesetze und Normen“<sup>593</sup>, der allerdings eingehender von der Forschung untersucht werden müsse.

### 5.2.1 Judenschutz in den Rechtsquellen

Die Mannheimer Konzession von 1660 wurde mehrmals mit wenigen Veränderungen erneuert und zuletzt durch Kurfürst Carl Theodor 1743 bestätigt. Auch wenn die Veränderungen nur geringfügig waren, so ist dennoch festzustellen, dass das Leben der Juden in Mannheim deutlich restriktiver gestaltet und ihre Autonomie beschnitten wurde. Die Anzahl der in der Stadt geduldeten Schutzjuden war seit Beginn des 18. Jahrhunderts auf 200 Personen begrenzt. Sofern die Anzahl nicht erreicht war, durfte ein neuer Schutzjude nur unter der Bedingung aufgenommen werden,

daß dessen Haabschaft sich auf 2,000 Gulden effective nebst einem Sessel in der Synagoge belaufe, da aber das andere Kind von einer concessionsmäßigen Familie unter die Zahl der Concession gesetzt zu werden verlangt, soll selbiges 3,000 Gulden nebst gleichmäßigem Sessel im Vermögen haben <sup>594</sup>.

Wie auch dem Stadtrat war es der Judenschaft ein Anliegen nur einkommensstarke Juden, die nicht der Armenunterstützung zur Last fallen und keinen schlechten Einfluss auf die Gemeinschaft ausüben würden, aufzunehmen.<sup>595</sup> Kinder von Schutzjuden durften nach der Heirat noch ein Jahr bei ihren Eltern wohnen, wer nach diesem Jahr allerdings nicht die Bedingungen zur Schutzjudenaufnahme erfüllte, wurde der Stadt verwiesen.<sup>596</sup> Das an die Hofkammer zu zahlende Einzugsgeld lag bei 40 Gulden, während die Stadt für einen Feuereimer einen Gulden und 30 Kreuzer erhielt.<sup>597</sup> Wie genau die Aufnahme der Juden vonstattenging, wurde in der Konzession von Carl Theodor nicht näher spezifiziert.

Gemäß der Judenkonzession von 1616 mussten sich die Juden bei der Stadtverwaltung anmelden und wurden nach der Begutachtung durch den Kurfürsten aufgenommen, wodurch zuvor ausgestellte Schutzbriefe erloschen.<sup>598</sup> Ob die Juden selbst an diesem Prozess beteiligt waren,

---

<sup>593</sup> Feist, Zwangsbekehrung jüdischer Kinder, S. 408.

<sup>594</sup> Erneuerte Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, 27.07.1743, in: Franz Janson (Hg.), Materialien zu einem künftigen Gesezbuche für die Churpfälzischen Lande, und zum Nachschlagen bei künftigen Vorlesungen über das Churpfälzische Privatrecht, das ist: Churpfälzische Verordnungen nach der Chronologie, Heidelberg 1793, S. 10–14, hier S. 12.

<sup>595</sup> Vgl. Bayer, Die Juden in Mannheim, S. 22.

<sup>596</sup> Vgl. Erneuerte Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, S. 14; Leopold Löwenstein, Geschichte der Juden in der Kurpfalz. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt (= Beiträge zur Geschichte der Juden in Deutschland, Bd. 1), Frankfurt am Main 1895, S. 219; Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S. 121; Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 340.

<sup>597</sup> Vgl. Erneuerte Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, S. 12.

<sup>598</sup> Vgl. Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S. 103.



ist für Tilde Bayer, die in ihrer Magisterarbeit ausführlich auf die Schutzjudenannahme zwischen 1660 und 1680 eingeht, nicht ersichtlich. Sie zieht diese Praxis jedoch aufgrund von Hinweisen in den Quellen durchaus in Erwägung, auch wenn sie der Meinung ist, dass die Mitwirkung der Judenschaft noch nicht institutionalisiert gewesen sei.<sup>599</sup> Ab der Judenkonzession vom 23. März 1717 konnte der Stadtrat mit einzuholendem Gutachten der Judenvorsteher unter Einhaltung der in der Judenkonzession erlassenen Anforderungen über die Judenschutzannahme entscheiden.<sup>600</sup> 1762 kam es allerdings über das Verfahren bei Judenschutzgesuchen zwischen dem Stadtrat und der Hofkammer zu Streitigkeiten. Der Stadtrat beschwerte sich, dass die Hofkammer, ohne den Stadtrat zu befragen, wie dies bei der Annahme von Christen üblich sei, „täglich mehrere Juden in hiesigen Schutz“<sup>601</sup> aufnehme. Der Stadtrat wollte deshalb selbst, und nicht die Judenvorsteher, die anscheinend die Aufnahme der Juden der Hofkammer oder der Regierung positiv beschieden, die anzunehmenden Juden vernehmen. Durch die vielen Judenschutzannahmen befürchtete der Stadtrat nämlich Konkurrenz für die christlichen Bürger und die restlichen Bewohner der Stadt Mannheim.<sup>602</sup>

In der Erläuterung vom 21. November 1765 wurde dieser Punkt spezifiziert. Ob dies aufgrund der Beschwerden geschah oder bereits vorher so praktiziert wurde, geht aus den bearbeiteten Quellen nicht hervor. So heißt es in Paragraf 14 der Erläuterung, dass die „Behandlung der Geschäften im jüdischen Schutz- Verleihungs- und Toleranzwesen [...] communicative zwischen den Regierungs- und Hofkammer-Stellen bestimmt“<sup>603</sup> werde. Dabei musste der jüdische Supplikant direkt sein Gesuch an die Regierung richten (vgl. Abb. 7), die wiederum die notwendigen Erfordernisse zur Legitimation, wie das Vermögen, die Herkunft oder das Verhalten, „exhibire[n]“<sup>604</sup> musste. Sodann sollte die Regierung die Judenvorsteher wie auch den Stadtrat genaustens zu dem vom Supplikanten gestellten Gesuch und dessen Hintergründe vernehmen, um anhand des Berichts der Vorsteher und des Stadtrats über die Annahme des Supplikanten zu entscheiden. Regierung und Hofkammer sollten sich danach über das Gesuch wie auch die Berichte beraten und letztere bei positiven Bescheid den Schutzbrief ausstellen. Die Regierung erhielt hierzu von der Hofkammer Nachricht und bedeutete dem Stadtrat und den Vorstehern per Dekret die Annahme.<sup>605</sup> Nicht mehr in den Erläuterungen, aber hierfür in

---

<sup>599</sup> Vgl. Bayer, *Die Juden in Mannheim*, S. 21f.

<sup>600</sup> Vgl. Judenkonzession, 23.03.1717, zit. nach: Löwenstein, *Geschichte der Juden in der Kurpfalz*, S. 113.

<sup>601</sup> Stadtrat an Regierung, 18.11.1762, GLA 213 Nr. 995.

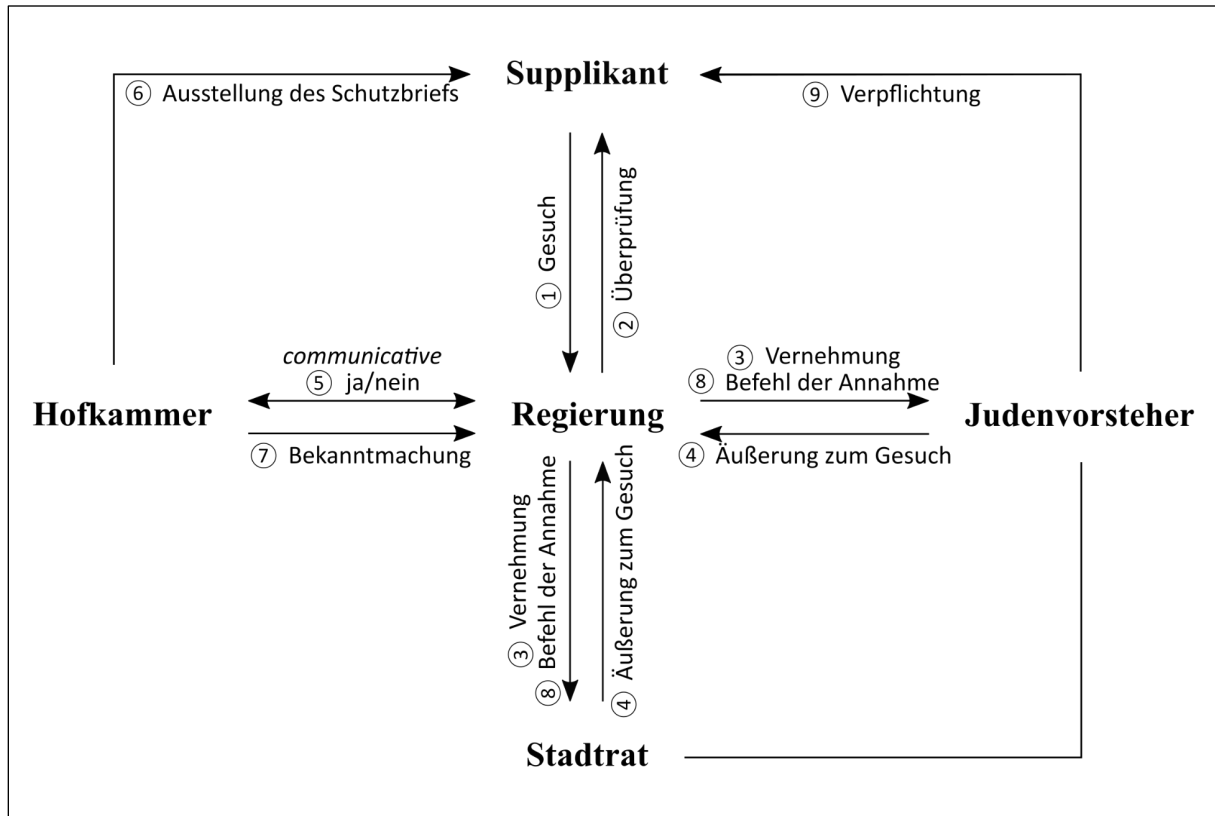
<sup>602</sup> Vgl. ebd.

<sup>603</sup> Erläuterung der erneuerten Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, 21.11.1765, in: Franz Janson (Hg.), *Materialien zu einem künftigen Gesezbuche für die Churpfälzischen Lande, und zum Nachschlagen bei künftigen Vorlesungen über das Churpfälzische Privatrecht, das ist: Churpfälzische Verordnungen nach der Chronologie*, Heidelberg 1793, S. 264–293, hier S. 291.

<sup>604</sup> Ebd.

<sup>605</sup> Vgl. ebd., S. 291.

den Ratsprotokollen kristallisiert sich das weitere Vorgehen heraus: Der jüdische Supplikant wurde direkt vom Stadtrat auf die „wirklichen Eidespflicht“<sup>606</sup> eingeschworen.



**Abb. 7** Judenschutzannahme nach den Konzessionserläuterungen von 1765<sup>607</sup>

Diese komplexe Handhabung der Judenschutzannahme ersuchte die Mannheimer Judenschaft im Jahr 1768 erfolglos aufzuheben. In einem Brief beschwerte sich die Judenschaft über die in Paragraf 14 fixierte Handhabung. Hierbei bemängelten sie vor allem, dass das Verfahren der Judenschutzannahme solange hinausgezögert würde, dass infolgedessen ein erheblicher Mehrkostenaufwand entstünde.<sup>608</sup> Trotz Ablehnung der Beschwerde der Juden wurde der Stadtrat dazu angehalten, die Fälle „jedesmalh schleunig“<sup>609</sup> zu bearbeiten. Für Berthold Rosenthal ist jedoch bedeutsamer, dass die Erläuterung der Mannheimer Judenkonzession viele Errungenschaften der 1743 erschienenen Konzession wieder einschränkte. Die nichtkonzessionsmäßigen Juden, das heißt all jene, die zwar in der Stadt mit einem Toleranzschein toleriert, aber nicht als konzessionsmäßige Schutzjuden aufgenommen wurden, zahlten das doppelte Judenschutzgeld

<sup>606</sup> Siehe hierzu bspw. die Annahme von Wolff Dinkelspiel in Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 1249.

<sup>607</sup> Eigene Darstellung nach Erläuterung der erneuerten Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, S. 291.

<sup>608</sup> Vgl. Judenvorsteher an Generallandespolicey, 03.12.1768, GLA 213 Nr. 995.

<sup>609</sup> Resolutionsprotokoll, Auszug, 17.12.1768, GLA 213 Nr. 995.

und die doppelte Schatzung. Alle Nichtkonzessionsmäßigen konnten allerdings ausgewiesen werden.<sup>610</sup> Ebendies galt auch für „jene hier einkommende[n] Fremde[n]“<sup>611</sup>, die

gleich bei ihrer Ankunft sich quoad Titulum mansionis bei der städtischen Polizeikommission legitimieren, mithin wann derselben Aufenthalt über 3 Monate andauert, dernach eben auch zur doppelten Schatzungs- und Schutz-Geldsentrachtung in so lang angehalten werden sollen, als nächst vorerwehnte Legitimation der Ursach des Verbleibens und hiesiger Verrichtungsnothwendigkeit währet, darüber nach Bewandnis der Umstände die Polizeikommission Einsehen zu pflegen, und das erforderliche zu ermessen hat.<sup>612</sup>

Wie noch bei den Bürgern festzustellen sein wird, so waren die rechtlichen Hürden für die von auswärts kommenden weitaus höher als für die einheimischen Juden. So wurde festgelegt, dass ein erstgeborener Sohn 2 000 Gulden, ein zweitgeborener Sohn 3 000 Gulden haben musste. Eine Tochter hingegen, die einen einheimischen Juden heiratete, musste 2 000 Gulden, und eine Tochter, die einen fremden Juden heiratete, 4 000 Gulden in Summe aufweisen. Waren Mann und Frau fremd, mussten sie zusammen 6 000 Gulden an Vermögen besitzen. Während das Einzugsgehalt weiterhin 40 Gulden betrug, wurden ebenfalls Kasernengelder für das Stadttrentamt fällig.<sup>613</sup> Diese beliefen sich gemäß der Mannheimer Ratsprotokolle auf 15 Gulden.<sup>614</sup> Das Eimergehalt betrug nun drei Gulden, wobei ein Eimer in Natura auf das Rathaus gebracht werden musste. Allerdings, so kann in den Ratsprotokollen festgestellt werden, zahlten Juden bereits in den 1790er Jahren sieben Gulden für zwei Feuereimer.<sup>615</sup> Das Schutzgehalt verblieb zumindest gemäß der Erläuterung von 1765 bei zehn Reichstalern.<sup>616</sup> Der Begriff *fremd* entstammt direkt der Judenkonzession. Aufgrund der Unterscheidung zwischen den Stadt- und Landjuden kann hier davon ausgegangen werden, dass Fremde allgemein auswärtige Personen waren. Deutlich sollte dies auch der Passus „fremd von aussenher den hiesigen Schutz suchen und erhalten wollen“<sup>617</sup> machen.

Im Jahr 1801 begannen immer mehr Juden in der Kurpfalz Bürgerrechte zu fordern. Jacob Toury führt dies einerseits auf die Präzedenzfälle in Mannheim und Leimen zurück, die im nachfolgenden Kapitel noch ausgeführt werden sollen, andererseits auf die Kriegswirren, die

---

<sup>610</sup> Da die nichtkonzessionsmäßigen Juden zu den Gemeindelasten nichts beitrugen und dennoch von deren Vorteilen profitierten, forderten auch die Mannheimer Juden deren Ausweisung. Vgl. hierzu Rosenthal, Gleichberechtigung, S. 5.

<sup>611</sup> Erläuterung der erneuerten Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, S. 287.

<sup>612</sup> Ebd. Zusammenfassend auch Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 342; Löwenstein, Geschichte der Juden in der Kurpfalz, S. 245.

<sup>613</sup> Vgl. Erläuterung der erneuerten Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, S. 287f.

<sup>614</sup> Ob eine Unterscheidung zwischen einheimischen und zugewanderten Juden getroffen wurde, müsste systematisch anhand der Ratsprotokolle untersucht werden. Die Annahmen aus dem Jahr 1797 zeigen, dass zumeist 15 fl. an Kasernengehalt zu zahlen waren. Allerdings zahlte eine aus Frankenthal stammende jüdische Person 30 fl. Hierzu Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, 134.

<sup>615</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 1249.

<sup>616</sup> Vgl. Erläuterung der erneuerten Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, S. 288f.

<sup>617</sup> Ebd., S. 287.

rechtliche Sonderstellung der Kurpfalz in Bezug auf ihre Juden und die Tatsache, dass die in den linksrheinischen Gebieten lebenden ehemals kurpfälzischen Juden nun automatisch zu französischen Bürgern wurden.<sup>618</sup> Nach dem Übergang an Baden regelte dann im Jahr 1807 das erste Konstitutionsedikt die rechtliche Stellung der Juden neu, indem der Großherzog die jüdische Religion nun offiziell im Land duldete.<sup>619</sup> Weitreichender regelte das sechste Konstitutionsedikt vom 14. Juni 1808 die Stellung der Gemeindemitglieder. Rosenthal fasst die wichtigsten Punkte des Ediktes folgendermaßen zusammen:

Als Staatsbürger dürfen sie liegende Güter erwerben, Handel und Gewerbe betreiben und Staatsämter [...] bekleiden. Sie haben Anspruch auf den Schutz des Staates, auf den Aufenthalt im Lande, auf Gründung eines eigenen Hausstandes und auf Versorgung ihrer Kinder. Als Ortsbewohner sollen sie vorerst in der Regel noch Schutzbürger bleiben, die nur an bestimmten Vorteilen und Lasten des Wohnortes teilnehmen dürfen. Als solche haben sie kein Gemeindewahlrecht, keinen Anteil am Bürgernutzen, [...] können aber Grundstücke für den eigenen Gebrauch erwerben. Nur in Ausnahmefällen kann vorerst der Landesherr das Ortsbürgerrecht verleihen, mit welchem die Teilnahme am Gemeinderecht [...] verknüpft [ist].<sup>620</sup>

Die Bestimmungen implizieren somit, dass ehemalige Schutzjuden nun automatisch Staatsbürger würden, wodurch sie ein Anrecht auf das Beisassenrecht besaßen. Jacob Toury findet die Bestimmungen allerdings nicht ganz eindeutig, da dies bedeuten würde, „dass ‚Staatsbürger‘ in kommunaler Hinsicht nur als Beisassen galten, sofern sie nicht vom Fürsten zum Stadtbürgerrecht zugelassen wurden.“<sup>621</sup> Beleuchten könnte diese Tatsache ein Blick auf die Bürger- und Beisassenannahmen. Für christliche Staatsbürger bestand nämlich ein angeborenes Bürger- oder Beisassenrecht an jenem Ort, an dem auch ihre Eltern das Bürger- oder Beisassenrecht besaßen. Die Erlangung beider Rechte unterlag gewissen Anforderungen, die noch spezifiziert werden. Waren diese nicht erfüllt, so wurde dem Supplikanten keines dieser Rechte verliehen. Dennoch wäre zumindest durch das Staatsbürgerrecht eine Ausweisung, vor allem der Schutzjudenkinder bei nicht Erfüllen der rechtlichen Qualifikationen zur Erlangung des Schutzbriefes, nicht mehr möglich. Demnach macht es nur Sinn, dass die Juden in Mannheim ein angeborenes Schutzbürgerrecht erhielten, dessen Anforderungen sie allerdings zu erfüllen hatten. Ein Niederlassungsrecht für Juden bestand dennoch nur in ihrem Geburtsort, womit nun auch die Juden ein Heimatrecht innehatten.<sup>622</sup> Noch 1812 hatten in Mannheim 25 Juden das volle Bürgerrecht erwerben können.<sup>623</sup>

---

<sup>618</sup> Vgl. Jacob Toury, Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum. Eine Dokumentation (= Veröffentlichungen des Diaspora Research Institute, Bd. 2), Tel Aviv 1972, S. 73.

<sup>619</sup> Vgl. Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S. 241.

<sup>620</sup> Ebd., S. 242f.

<sup>621</sup> Toury, Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, S. 87.

<sup>622</sup> Vgl. Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S. 243.

<sup>623</sup> Vgl. Keller, Jüdisches Leben, S. 21.

Das sogenannte Judenedikt, womit das neunte Konstitutionsedikt mit dem Titel *Landesherrliche Verordnung über die Gleichstellung der „Juden Unseres Staats (mit) den Christen in den Staatsbürgerlichen Verhältnissen“* vom 13. Januar 1809 gemeint war, erörterte die bürger- und kirchenrechtlichen Verhältnisse im Einzelnen sowie weitere Erfordernisse zur Erlangung des angeborenen Schutzbürgerrechts.<sup>624</sup> So musste ein Jude mindestens 21 Jahre alt sein und ein Gewerbe erlernt haben.<sup>625</sup> Weitere Anforderungen bezüglich der Annahme zum Bürger oder Beisassen bei Führung des Nothandels statt eines christlichen Gewerbes finden sich ebenfalls im Judenedikt. In der Verordnung zur *Gemeinds- und Schutzbürgerliche Annahme* vom 4. Mai 1812 erging ferner, dass alle Juden, die älter als 21 Jahre alt waren und kein Gewerbe erlernt hatten, die Hälfte der für ortsfremde Inländer festgesetzten Vermögensqualifikation bei Erlangung des Bürgerrechts aufbringen mussten.<sup>626</sup> Da keine näheren Hinweise auf Vermögensqualifikationen von auswärtigen Juden bestehen, ist anzunehmen, dass sich diese an den Erfordernissen für christliche Bürger- und Beisassenbewerber orientierten, gleiches gilt für die zu zahlenden Annahmegebühren. Das einzubringende Vermögen wie die Annahmegebühren waren bei stadtfremden Bewerbern um ein vielfaches höher als bei einheimischen Supplikanten.<sup>627</sup> So verweist ein Erlass aus dem Jahr 1813 auf die Tatsache, dass in Betreff der Judenannahmen „keine besondere Taxen mehr, sondern bloß jene Annahmestaxen“<sup>628</sup>, welche bei christlichen Gemeinds- und Schutzbürgern festgesetzt sind, erhoben werden sollen.“<sup>629</sup> Auch in der Verordnung zur *Gemeinds- und Schutzbürgerlichen Annahme* fällt der Passus, dass Judenschutzannahmen neben den gerade aufgeführten Edikten wie auch nach den allgemeinen Bürgerrechtsgesetzen vollzogen werden sollten.<sup>630</sup> Während sich für die Annahme der inländischen Juden die Bezirksämter verantwortlich zeichneten, war für die ausländischen Juden das Ministerium in der Pflicht. Nach 1819 konnte das Kreisdirektorium Ausländer ohne Einverständnis der Gemeinden bei Erfüllung der gesetzlichen Erfordernisse aufnehmen. An das Ministerium sollte nur noch berichtet werden, wenn ein Jude bereits an

---

<sup>624</sup> Mit dem Judenedikt wurden den jüdischen Familienoberhäuptern auch das Führen eines Nachnamens auferlegt. Hierzu siehe insbesondere Erwin Dreifuß, Die Namensänderungen der Mannheimer Juden zu Anfang des 19. Jahrhunderts, in: MGB 26 (1925), Sp. 88–89.

<sup>625</sup> Vgl. Landesherrliche Verordnung über die Gleichstellung der „Juden Unseres Staats (mit) den Christen in den Staatsbürgerlichen Verhältnissen“, 13.01.1809, BAGVBL 7 (1809), S. 35.

<sup>626</sup> Hierin wurden auch bestimmte Anforderungen für das angeborene Gemeinde- oder Schutzbürgerrecht für einheimische Juden, bspw. wenn sie bei Vollendung des 21. Lebensjahr kein Gewerbe oder Handwerk erlernt hatten, aufgeführt. Hierzu Verordnung, die „Gemeinds- und Schutzbürgerliche Annahme der Juden betreffend“, 04.05.1812, BAGVBL 10 (1812), S. 104.

<sup>627</sup> Siehe hierzu 6.1.2 *Das Ortssassenrecht nach altbadischem Vorbild*.

<sup>628</sup> Im Jahr 1815 wurde ebenfalls auf die Erhebung der Schutzgelder verzichtet. Hierzu vgl. Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S. 247.

<sup>629</sup> Direktorium des Neckar-Kreises, Nov. 1813, Sammlung Wehrer 3, S. 1120.

<sup>630</sup> Vgl. Verordnung, 04.05.1812, BAGVBL 10 (1812), S. 104.

einem anderen Ort ein Bürger- oder Beisassenrecht besaß oder wenn es einen Einspruch in der aufzunehmenden Gemeinde selbst gab.<sup>631</sup>

Die gesetzlichen Regularien zur Judenschutzzannahme in Mannheim waren allgemein darauf ausgerichtet, einerseits nur wohlhabenden Juden Schutz in der Stadt zu gewähren und hierdurch die stadteigene Wirtschaft anzukurbeln, andererseits arme Juden fern und dementsprechend die Konkurrenz für die christliche Bevölkerung möglichst gering zu halten. Dennoch erteilte die kurfürstliche Regierung ab 1782 auch leere Schutzbriefe, die vor allem an ärmere Personen vergeben wurden und einen zeitlich begrenzten Aufenthalt garantierten. Ebenso profitierten manche Berufszweige von besonderen Privilegien, wie beispielsweise eine jüdische Hebamme, die unter anderem freien Schutz erhielt und ohne konzessionsmäßiges Vermögen heiraten durfte.<sup>632</sup> Dass zuwanderungswillige Juden jedoch ein deutlich höheres Vermögen zur Aufnahme nachweisen mussten und bei der Aufnahme auch mehr zu zahlen hatten, erschwerte bewusst den Zugang für stadtfremde In- und Ausländer. Ob letzteres für die Judenschutzzannahmen in der Kurpfalz galt, geht aus den Quellen nicht hervor.

## 5.2.2 Aufnahme in den Judenschutz

Quellen, die explizit die Judenschutzzannahme behandeln, sind also rar gesät. Sofern vorhanden, fehlen zumeist jegliche Herkunftsangaben, sodass eine statistische Auswertung solcher Quellen eines großen zeitlichen Aufwandes und einer großen Quellenbasis benötigt.<sup>633</sup> Ebenso ist die Auswertung der Mannheimer Ratsprotokolle in Bezug auf die Judenschutzzannahmen, im Gegensatz zu der hier ebenfalls geleisteten statistischen Erarbeitung der Bürger- und Beisassenschutzzannahmen, nicht ergiebig. Auch hier fehlen jegliche Herkunftsdaten der neu aufgenommenen Juden. Eine weitere Erschwernis stellen zudem die fehlenden Nachnamen wie auch die beinahe willkürlichen Änderungen von Namen oder die Namensähnlichkeit verschiedener Personen dar, sodass ein Auffinden ebenjener Schutzjudensupplikanten im hinzugezogenen Quellenmaterial mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist. Es bedarf somit verschiedener Quellen, um Erkenntnisse über die Herkunft der Juden in Mannheim zu gewinnen.<sup>634</sup> Die Fra-

---

<sup>631</sup> Vgl. Rosenthal, Heimatgeschichte der badischen Juden, S. 248.

<sup>632</sup> Vgl. Löwenstein, Geschichte der Juden in der Kurpfalz, S. 124.

<sup>633</sup> So enthält bspw. die Akte GLA 213 Nr. 1040 zwar ein Verzeichnis der mit dem Homogialeid belegten Schutzjuden der Jahre 1697 bis 1741, woher diese Juden stammten, bleibt ungewiss.

<sup>634</sup> Eine systematische Erfassung der zugewanderten Juden könnte folgendermaßen aussehen: Zunächst bedarf es der Erfassung der Judenschutzzannahmen, die den Mannheimer Ratsprotokollen zu entnehmen sind. Zur Erweiterung der Informationsmenge sind im Generallandesarchiv Karlsruhe im Bestand 213 *Mannheim, Stadt* einige Akten mit Schutzgesuchen überliefert. Hierbei handelt es sich um Verschiedene Gesuche um Annahme als

gen, die auf das Verhältnis von Schutzannahmen auswärtiger zu einheimischen Juden und eventueller Schwierigkeiten bei diesem Verfahren hinauslaufen, können somit nicht abschließend beantwortet werden, da es hierfür mehr als nur Einzelfällen bedarf. Um zumindest eine Grundidee zu liefern, woher die Juden stammten und wie die christliche Bevölkerung Mannheims mit ihnen umging, muss der zeitliche Rahmen auf das gesamte 18. Jahrhundert ausgeweitet werden.

Einen ersten Hinweis liefert Tilde Bayer in ihrer Magisterarbeit. Die Juden, die sich zwischen 1660 und 1680 in Mannheim niederließen, stammten aus einem Umkreis von zehn bis 120 Kilometern. Hierbei zog es insbesondere aschkenasische Juden aus den jüdischen Zentren Worms und Frankfurt in die Quadratestadt.<sup>635</sup> Doch auch aus weiter entfernten Gegenden wie Österreich oder Polen kamen einige Juden.<sup>636</sup> Volker Keller verweist in diesem Fall darauf, dass die Zusammensetzung der Juden im ausgehenden 17. Jahrhundert zu Streit geführt habe. So wurde dem „Vorsteher Herz [...] vorgeworfen, daß er so viele ‚Polacken‘ anzöge, daß die deutschen Juden bald in der Minderheit seien.“<sup>637</sup> Zu Streitigkeiten kam es mit den sephardischen, den sogenannten portugiesischen Juden. Ihre Namen Astroucq, Nasquet und Carcassonne verweisen gemäß Bayer auf ihre südfranzösische Herkunft; auch wenn nicht genau nachgewiesen werden kann, woher die einzelnen Familien stammten, als sie nach Mannheim übersiedelten.<sup>638</sup> Auswärtige kamen jedoch auch durch geschlossene Heiratsverbindungen in die Stadt. In ihrer Studie zu den kurpfälzischen Hofjuden in Mannheim stellt Britta Waßmuth dar, wie bedeutsam überregionale Heiratsverbindungen für die Hofjuden und die jüdische Oberschicht in Mannheim waren. Hierbei wurden Verbindungen nach Frankfurt, Hamburg oder Wien geknüpft. Letztere gingen jedoch im Verlauf des 18. Jahrhunderts zugunsten von neuen Bündnissen mit Paris verloren.<sup>639</sup> Dennoch bestätigt Waßmuth, dass die Mannheimer Hofjuden bevorzugt in die einheimische jüdische Oberschicht einheirateten. Dass sich auch im späten 18. Jahrhundert nichts an der Herkunft der Juden geändert zu haben schien, zeigt Paul R. Hirsch, der anhand der Nachnamen der 1790 in Mannheim wohnenden Schutzjuden die Herkunft der

---

Schutzjuden (1725–1799), GLA 213 Nr. 979; Gesuche von städtischen und Landjuden um Schutzannahme und Beschwerden der Juden (1770), GLA 213 Nr. 993; Gesuche von städtischen und Landjuden um Schutzannahme und Beschwerden der Juden (1770), GLA 213 Nr. 1203. Zur weiteren Untersuchung eignen sich auch die im Kapitel 1.3 *Quellen und Methodik* erwähnten Familienbögen des Archivum. In den Klassifikationen *Judendsache* und *Judenrechte* des Bestandes 213 sind zudem einzelne Einwohnerlisten der Stadt Mannheim überliefert, die einen weiteren Anhaltspunkt liefern können.

<sup>635</sup> Vgl. Bayer, *Die Juden in Mannheim*, S. 27–36. Tilde Bayer wertete insgesamt über 1 300 Einträge zu den Juden in den Mannheimer Ratsprotokolle zwischen 1661 und 1680 aus, um Rückschlüssen auf ihr Leben in Mannheim zu ziehen. Anders als noch in Bezug auf die Bürger- und Beisassenannahmen zwischen 1779 und 1804 festzustellen sein wird, sind die Ratsprotokolle gemäß Bayer keine verlässliche Quelle, da es einige Schutzjuden gab, deren Annahmen nicht in den Ratsprotokollen vermerkt wurden. Hierzu Bayer, *Die Juden in Mannheim*, S. 29.

<sup>636</sup> Vgl. Bayer, *Die Juden in Mannheim*, S. 28f.

<sup>637</sup> Keller, *Jüdisches Leben*, S. 18.

<sup>638</sup> Vgl. Bayer, *Die Juden in Mannheim*, S. 33f.

<sup>639</sup> Zu den überregionalen Heiratsverbindungen siehe Waßmuth, *Im Spannungsfeld*, S. 79–84.

jüdischen Familien aufschlüsselt. Hierbei verweist er auf ihre süd- und westdeutsche Herkunft.<sup>640</sup>

Allerdings wirft dieses Informationsdefizit die Frage auf, ob es für das Fehlen der Informationen zur Herkunft der Juden triftige Gründe gab. War möglicherweise die Herkunft der Juden für den Stadtrat nicht von Bedeutung, da auch die einheimischen Juden als Fremdkörper wahrgenommen wurden und mit ähnlichen Vorurteilen wie Auswärtige zu kämpfen hatten? Dies ist bislang ein spekulativer Gedankengang. Allerdings gibt es in amtlichen Quellen Hinweise, in denen sich der Stadtrat explizit über fremde Juden beschwerte. So stellte der Rat beispielsweise 1761 fest, dass sich erneut fremde Juden in die Stadt eingeschlichen hatten, die, toleriert von den Judenvorstehern, bei den einheimischen Juden in Diensten stehen und die ohne Erlaubnis der Regierung von den Rabbinern der jüdischen Gemeinde in Mannheim verehelicht würden. Ein fremder, demnach auswärtiger Jude, sollte deshalb nicht mehr ohne Erlaubnis in der Stadt getraut und geduldet werden.<sup>641</sup> Die Regierung stimmte dieser Beschwerde zu.<sup>642</sup> Ebenfalls wurde bereits 1792 in der obigen Beschwerde zur Judenschutzaufnahme bemängelt, dass es durch die Aufnahme der Juden ohne Benachrichtigung des Stadtrats gar zur Aufnahme „schlechter Leuthen, entweder mit Freundschaft zugethan, oder sonst oftmahts ihre Nebenabsichten dabey hegenden“<sup>643</sup>, käme. Darunter seien auch „frembde[] Juden, und Jüdinen“<sup>644</sup> gewesen, denen sie freien Aufenthalt in Mannheim erlaubt hätten.

Doch die Aufnahme fremder Juden wurde auch von den eigenen Glaubensangehörigen argwöhnisch betrachtet. Klagen, die beim Mannheimer Stadtrat und dem Bürgermeister eingingen, weisen darauf hin, dass „viele frembde Juden sich einige zeith hier einschleichen“<sup>645</sup> würden. Die jüdische Gemeinde forderte deshalb, dass keine fremden Juden ohne Erlaubnis der Judenvorsteher aufgenommen werden sollten. Die Begründung für dieses Eingreifen lieferte der Stadtrat gleich mit: In

Complirung der grose anzahl der hiesige Juden Kindern, deren Eltern schon so ungemeine grose lasten undt onera hier getragen, denen Frembden vorgezogen werdtten, welche Frembde der sich also schon überhäuffen, das sie mittelst dieser oder jener protection denen hiesigen ihre Nahrung dergestalten entziehen, das sie nothwendig in grund undt boden verderben müssen.<sup>646</sup>

---

<sup>640</sup> Paul R. Hirsch verweist ebenfalls darauf, dass die Familiennamen nicht immer dem letzten Wohnort entsprechen mussten. Hierzu Mayer, *Die Mannheimer Judenschaft*, Sp. 183, 189f.

<sup>641</sup> Vgl. Policykommission an Regierung, 03.07.1761, GLA 213 Nr. 991.

<sup>642</sup> Vgl. Regierung an Policykommission, 07.07.1761, GLA 213 Nr. 991.

<sup>643</sup> Stadtrat an Regierung, 18.11.1762, GLA 213 Nr. 995.

<sup>644</sup> Ebd.

<sup>645</sup> Stadtrat an Regierung, 12.05.1725, GLA 213 Nr. 1041.

<sup>646</sup> Ebd.



Der Stadtrat unterstützte diese Klage, weshalb er darum bat, die einheimischen den zugewanderten Juden zu bevorzugen. Wer sich nicht für den Judenschutz oder die Hoffreiheit legitimieren konnte, musste ausgewiesen werden.<sup>647</sup> Auch drei Jahre später kam es noch immer zu Klagen der „hiesigen Judenschaft gegen die Frembdling[e]“<sup>648</sup>, die sich in Mannheim widerrechtlich niederlassen würden.

Judenschutzannahmen aus dem Jahr 1796 zeigen, dass vielerorts Juden durchaus die Chance hatten, in ihrer Heimatgemeinde als Schutzjuden aufgenommen zu werden. So fielen Wanderungsbewegungen insgesamt gering aus. Beispielsweise suchte der Schutzjudensohn Joseph Löw von Schriesheim in unmittelbarer Nähe, nämlich in Dossenheim, Schutz. Ein Jude aus Diedelsheim, ein heutiger Ortsteil von Bretten, hingegen wird in den Schutz zu Neustadt, vermutlich Neustadt an der Weinstraße, aufgenommen. Unter den im Jahr 1796 in den Schutz aufgenommenen Juden waren auch die Brüder Isaac und Daniel Mayer aus Frankenthal, die am 21. Juni in Mannheim als Schutzjuden verpflichtet wurden.<sup>649</sup> Mag man dieser Quelle, wie auch dem Mannheimer Ratsprotokoll von 1796 glauben, so handelte es sich bei den Gebrüdern Mayer um die einzigen auswärtigen Juden, die 1797 Schutzrechte in Mannheim erhielten.<sup>650</sup> Daher mag das Fehlen der Herkunftsangaben auch auf die Tatsache verweisen, dass Zuwanderungen schlichtweg ausblieben.

Eine exemplarische Auswertung des Mannheimer Ratsprotokolls von 1797 untermauert diese These. Bei den hier neu aufgenommenen Schutzjuden handelte es sich bei Wolff Dinkelspiel, Feist Lazarus Zimmer und Wolff Brühl um Söhne von Mannheimer Schutzjuden. Die Herkunft von Isaac Wolff Straßburger, der ebenfalls im Ratsprotokoll von 1797 als Supplikant genannt wird, konnte nicht nachgewiesen werden. Fünf weitere Juden, Seeligman Moyses für seine Tochter und seinen Schwiegersohn, Benedict Mendle Chan, Moyses David Wachenheimer, Wolff Marx Dinkelspiel und Wolff Bacharach, ersuchten im Jahr 1797 ebenfalls den Judenschutz. Während die Gesuche des Schutzjuden und Metzgermeisters Seeligman Moyses und des unbekannten Wolff Bacharach negativ beschieden wurden, wurden die Mannheimer Schutzjudensöhne Benedict Mendle Chan, Moyses David Wachenheimer und Wolff Marx Dinkelspiel nach zunächst erfolgter Ablehnung im Jahr 1798 aufgenommen. Wolff Marx Dinkelspiel musste zu diesem Zeitpunkt mehrmals umgezogen sein, denn seine Frau stammte aus

---

<sup>647</sup> Vgl. Stadtrat an Regierung, 12.05.1725, GLA 213 Nr. 1041.

<sup>648</sup> Reskript, 18.03.1728, GLA 213 Nr. 1041.

<sup>649</sup> Vgl. Schutzjudenaufnahmen, 1796, GLA 213 Nr. 994; Ratsprotokoll 1796, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 132, S. 1683f.

<sup>650</sup> Bis auf eine Schutzjudenaufnahme sind alle Aufnahmen in den Ratsprotokollen auffindbar. Allerdings ist der zweite Band des Protokolls nicht mehr erhalten.

Oberursel im Herzogtum Nassau und seine erstgeborene Tochter war in Heppenheim geboren worden, das zum Großherzogtum Hessen gehörte.<sup>651</sup> Gründe für die vorherige Ablehnungen werden nicht benannt. Lediglich bei Benedict Mendle Chan liegt die Vermutung nahe, dass bei seinem ersten negativen Bescheid das konzessionsmäßige Vermögen fehlte.<sup>652</sup>

Im Jahr 1797 findet sich jedoch auch das Annahmegesuch von Josua Uffenheimer aus Kippenheim im Breisgau, das 141 Kilometer Luftlinie von Mannheim entfernt liegt. Am 29. Juni 1797 wandte sich der zukünftige Schwiegervater des Supplikanten Daniel Hertz Israel mit der Bitte an die kurpfälzische Regierung, Uffenheimer den Schutz nicht nur zu gestatten, sondern ihn von der Beschwörung des Eides zu befreien. Grund hierfür ist sein den Konzessionsbestimmungen übersteigendes Vermögen.<sup>653</sup> Der Eingang dieses Gesuchs wird nur wenige Tage später in den Ratsprotokollen vermerkt, da die Übergabe der Vorstellung an den Stadtrat vollzogen wurde. Der Stadtrat wiederum leitete die Vorstellung weiter an die jüdischen Vorsteher.<sup>654</sup> Wie die Vorsteher das Gesuch von Uffenheimer aufnahmen, geht aus den Quellen nicht hervor. Allerdings gibt es einen Vermerk, der darauf hindeutet, dass ein Gutachten zu Uffenheimers Vermögen angefertigt wurde.<sup>655</sup>

Die Biografie Uffenheimers zeigt eindrücklich, wieso er bei seiner Aufnahme auf Sonderrechte bestand: Der Kippenheimer Schutzjude und Unternehmer Josua Uffenheimer führte nämlich ein Zucht- und Arbeitshaus in Breisach, welches das erste von einem Juden geleitete Textilunternehmen in Baden-Württemberg war.<sup>656</sup> Gemäß Jacob Toury sollte man Uffenheimer jedoch

nicht nur als Entrepreneur einer vom Staate gepachteten Manufaktur, nicht nur als Vermittler von Investitionskapital und als Verleger für handwerkliche Heimindustrie in den Schwarzwaldorten

---

<sup>651</sup> Vgl. Wolf Dinkelspiel, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 52.

<sup>652</sup> Zu Isaac Wolff Straßburger siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 12, 70f.; zu Wolff Dinkelspiel siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 219, 612, 1186, 1249; zu Feist Lazarus Zimmer siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 489, 836, 838, 1126; zu Wolff Brühl siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 246, 1267, 1528; Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 134, S. 1904, 1975, 1997f.; zu Seeligman Moyses siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 980, 1425; Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 134, S. 2513; zu Benedict Mendle Chan siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 1152; Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 134, S. 2424, 2632, 2656, 2728, 2823, 3001, 3177; Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 135, S. 115, 239; zu Moyses David Wachenheimer siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 134, S. 2963, 3192, 3375; Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 135, S. 64; zu Wolff Marx Dinkelspiel siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 785, 951, 1139; Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 134, S. 3245; Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 135, S. 100, 661, 814, 973; zu Wolff Bacharach siehe Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 440, 658, 979.

<sup>653</sup> Vgl. Israel an Regierung, 29.06.1797, GLA 213 Nr. 979, Bl. 1f.

<sup>654</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 134, S. 1727f.

<sup>655</sup> Vgl. ebd., S. 1976f.

<sup>656</sup> Vgl. Jacob Toury, Jüdische Textilunternehmer in Baden-Württemberg 1683–1938, Tübingen 1984, S. 8f.

Hausen am Thann, Schuttern und ihrer Umgebung, sondern auch als echten Großhändler, d. h., als Belieferer der kleinen und kleinsten Wiederverkäufer ansehen.<sup>657</sup>

Da nach 1784 jedoch keine Akten mehr zu der Breisacher Fabrik überliefert sind, bleibt Uffenheimers Verbleib unbekannt. Allerdings dürfte mit der Besetzung Breisachs durch die Franzosen die Fabrik 1793 geschlossen worden<sup>658</sup> und Uffenheimer infolgedessen in Mannheim untergekommen sein.

Die Nachricht über das weitere Vorgehen im Fall Uffenheimer überschickte der Mannheimer Stadtrat am 14. August der Landesregierung: Da Uffenheimer sich selbst nicht in Mannheim befand, bestätigte Daniel Hertz Israel das Vermögen seiner Tochter und seines Schwiegersohns, das bei den jüdischen Vorstehern bereits vermerkt wurde.<sup>659</sup> Am 18. August 1797 ging in das Ratsprotokoll ein, dass der Stadtrat dem Gesuch von Josua Uffenheimer zustimmte.<sup>660</sup> Die Regierung zeigte dies am 5. September der kurpfälzischen Hofkammer an, wobei die Regierung derselben die Entscheidung über die Beschwörung des Eides überließ.<sup>661</sup> Die Hofkammer wiederum fand die Ablehnung aufgrund des Vermögens jedoch nicht notwendig.<sup>662</sup> Aus einem Bericht der Regierung geht nur wenige Tage später hervor, dass die Hofkammer den Schutzbrief ausgestellt hatte, die Beschwörung hingegen als „unnötig und überflüssig“<sup>663</sup> erachtete.<sup>664</sup> Obwohl die Aufnahme von Josua Uffenheimer so dezidiert nachverfolgt werden kann, gibt es keinen Hinweis auf seine Verpflichtung vor dem Stadtrat, demnach die offizielle Aufnahme zum Schutzjuden mit dem Vermerk der zu bezahlenden Gebühren. Dies mag daran liegen, dass „per Decretum die willfahrte Annahm dem Stadtrath, und Vorstehern“<sup>665</sup> nicht einging.<sup>666</sup> Ob dies möglicherweise mit der Unterlassung des Eides zusammenhängt, kann lediglich eine systematische Untersuchung hervorbringen. Auch ein Familienbogen von ihm ist nicht überliefert. Nichtsdestotrotz wird ersichtlich, dass seine Herkunft nicht zur Debatte stand, wohingegen sein Vermögen mehrmals erörtert wurde.

---

<sup>657</sup> Toury, Jüdische Textilunternehmer, S. 16.

<sup>658</sup> Vgl. ebd.

<sup>659</sup> Vgl. Stadtratsbericht, 14.08.1797, GLA 213 Nr. 979, Bl. 4–6.

<sup>660</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 134, S. 2187.

<sup>661</sup> Vgl. Regierung an Hofkammer, 05.09.1797, GLA 213 Nr. 979, Bl. 16.

<sup>662</sup> Vgl. Hofkammerprotokoll, Auszug, 15.09.1797, GLA 213 Nr. 979, Bl. 17.

<sup>663</sup> Regierungsbericht an Kurfürsten, 19.09.1797, GLA 213 Nr. 979, Bl. 18f.

<sup>664</sup> Zu Regelungen bezüglich des Unterlassens der Beschwörung des Eides anhand des Beispiels von Uffenheimer siehe Reskript, 21.10.1797, GLA 213 Nr. 979, Bl. 20f.; Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 134, S. 2973.

<sup>665</sup> Erläuterung der erneuerten Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, S. 291.

<sup>666</sup> Im Fall von Wolff Dinkelspiel heißt es bspw. „Churfürstlich hohe Regierung ohnge[...]hallet [...]: daß der Jud Wolff Dinkelspiel in den Schuz da hier aufgenommen worden seyn. [...] Citetur der Wolff Dinkelspiel nebst einem Judenbeglaubten zur Verpflichtung ad proximam.“ Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 1186. Zur Verpflichtung erscheint Dinkelspiel mit dem Juden Levi Manu und wird nach zuvor bezahlten 7 fl. für zwei Feuereimer und 15 fl. Kasernengeld per Eid verpflichtet. Vgl. Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 1249.

Seinen Status als Ausländer hebt wiederum der „Weissenburger“<sup>667</sup> Schutzjude[]<sup>668</sup> und französische Emigrant<sup>669</sup> Isaac Dreifus deutlich hervor. Der Vorstand der Judenschaft berichtete in seiner Vernehmung, dass Dreifus selbst mitteilte, „daß weissenburg sein ehemaliges wohnorth war, mithin als Fremder in keinem Betracht aus das Recht den Schutz dahier sich zu erkreune hat.“<sup>670</sup> Dass sich der Vorstand nicht direkt an die Regierung wandte, sondern an den Stadtrat, spricht für dieses Vorgehen in der Praxis. Da die Zahl der Schutzjuden auf 200 beschränkt war, sollten gemäß dem Vorstand auswärtige den einheimischen, jungen Juden gegenüber benachteiligt werden. Damit sollte der Fall vermieden werden, dass einheimische Schutzjudensöhne aufgrund der Übersteigung der konzessionsmäßigen Anzahl ihre Heimat verlassen mussten.

Dahingegen hatte der jüdische Vorstand im Fall von Dreifus weder sein Verhalten noch seine Reputation und Vermögensnachweise zu bemängeln.<sup>671</sup> „Übrigens ist dieser Mann, mit seiner Familie, bey dieser Lage erbarmenswerth, und demselben, den weitere Auffenthalt dahier bis zu etwaigen bessere Zeiten und günstigere, zu vergönnen.“<sup>672</sup> Aus diesen Worten ist die Milde des jüdischen Vorstandes herauszulesen, da Dreifus in das besetzte Weissenburg nicht mehr zurückkehren konnte. Ein Urteil sprachen sie allerdings nicht direkt für oder gegen Dreifus aus. Die Regierung selbst bemerkte, dass ihm möglicherweise sein Status als Emigrant und die Anzahl der konzessionsmäßig vorgeschriebenen Judenfamilien für die Aufnahme als Schutzjuden in Mannheim im Wege stünden, obwohl er das nötige Vermögen besaß.<sup>673</sup> Die Hofkammer fand diese Anstände so „unerheblich[]“<sup>674</sup>, da ein Emigrant kein „Vorwurf“<sup>675</sup>, sondern vielmehr eine „Empfehlung“<sup>676</sup> sein könne. Da sie die Höchstzahl der Juden in Mannheim noch nicht erreicht sahen und der Stadtratsbericht auch zu Gunsten von Dreifus ausgefallen war, entschied die Hofkammer, das Gesuch von Dreifus positiv zu bescheiden.<sup>677</sup> Dreifus wurde schließlich zusammen mit seiner Ehefrau vor dem Stadtrat verpflichtet und mit dem Schutzjudeneid nach jüdischer Zeremonie belegt, wobei er ein Schutzgeld in Höhe von 30 Kreuzer, Feuereimer in Höhe von sieben Kreuzer und Kasernengeld in Höhe von 37 Gulden und 30 Kreuzer zu begleichen hatte.<sup>678</sup>

---

<sup>667</sup> Hierbei handelt es sich um die französische Gemeinde Wissembourg in der heutigen Region Grand Est (bis 2015 Elsass).

<sup>668</sup> Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 136, S. 2813.

<sup>669</sup> Vgl. Regierung an Hofkammer, 06.11.1798, GLA 213 Nr. 979.

<sup>670</sup> Jüdische Vorsteher an Stadtrat, 09.10.1798, GLA 213 Nr. 979.

<sup>671</sup> Vgl. ebd.

<sup>672</sup> Ebd.

<sup>673</sup> Vgl. Regierung an Hofkammer, 06.11.1798, GLA 213 Nr. 979.

<sup>674</sup> Kurpfälzisches Hofkammerratsprotokoll, Auszug, 21.11.1798, GLA 213 Nr. 979.

<sup>675</sup> Ebd.

<sup>676</sup> Ebd.

<sup>677</sup> Vgl. ebd.

<sup>678</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 136, S. 3338.

Zu den in Mannheim wohnenden ausländischen Juden war ebenfalls der aus Frankreich stammende Josef Lallement, der sich im Jahr 1787 in Mannheim niederließ und das kurpfälzische Staatsbürgerrecht erhielt, zu zählen.<sup>679</sup> Präziser wird das entsprechende Gesuch im Protokoll dargelegt. Der Mannheimer Schutzjude M. Sinzheim ersuchte für seinen Cousin, einen in Havre de Grace in Frankreich wohnenden *Négocianten*, „den ohnmittelbahren höchsten Schutz, dann christlich bürgerliche Rechte und befreiyung Chur Mildeß“<sup>680</sup>, die ihm auch verliehen wurden. Hierzu heißt es im Mannheimer Ratsprotokoll, „daß dem genannten Joseph Lallement alle Rechte, wie Christliche Einwohner solche zu genießen haben, nebst der ausnahm von der Stadträtthlichen gerichtsbahrkeit“<sup>681</sup> zuteilwürden. Ebendiese Verleihung der Staatsangehörigkeit ermutigte gemäß Toury weitere Juden, ebenfalls Bürgerrechte in den kurpfälzischen Städten zu erwerben.<sup>682</sup>

Unter den im Jahr 1801 um das Bürgerrecht ersuchenden Juden war auch Wolff Jacob Würzweiler, dessen Bürgeraufnahme am 9. August 1802 nach mehreren Fehlschlägen positiv beschieden wurde.<sup>683</sup> An das Generallandeskommissariat schrieb er, dass ihn die „weise und milde Regierung“<sup>684</sup> des Kurfürsten in Mannheim fessele, weshalb er sich wünsche, in Mannheim zu bleiben. Würzweiler war bis zum Frieden von Leoben für die Verpflegung der Münster Kavallerie, der oberrheinischen Kreistruppen und der Garnison zu Philippsburg zuständig gewesen. Er wollte allerdings „nicht in der Eigenschaft eines bloßen Schutzverwandten, denn diesen gewährt [...] [ihm] schon das vortrefliche Gesätz für Fremde, sondern mit bürgerlichen Rechten“<sup>685</sup> in der Quadratestadt versehen werden. Dabei schrieb er ferner, er besäße ein solch hohes Vermögen, sodass er in der Lage sei, sich mit überregionalem Wechselhandel zu ernähren, den man ihm auch nicht als bürgerliches Gewerbe auslegen könne. Deutlich wird, dass er versuchte, nicht in direkte Konkurrenz mit den christlichen Bürgern zu treten beziehungsweise sich der hierdurch auftretenden Problematik bewusst war. Deshalb war es ihm auch ein Anliegen, seine Kinder christlich zu erziehen, womit gleichzeitig die Abkehr von der jüdischen Religion angedeutet wird.<sup>686</sup>

---

<sup>679</sup> Vgl. Toury, Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, S. 71f.

<sup>680</sup> Ratsprotokoll 1787, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 115, S. 2089.

<sup>681</sup> Ebd., S. 2089.

<sup>682</sup> Vgl. Toury, Jüdische Textilunternehmer, S. 19.

<sup>683</sup> Vgl. Toury, Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, S. 73. Zur Aufnahme selbst siehe Ratsprotokoll 1802, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 144, S. 1845f.

<sup>684</sup> Würzweiler an General-Landes-Kommissariat, 25.06.1802, GLA 77 Nr. 7266, Bl. 13, zit. nach: Toury, Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, S. 74.

<sup>685</sup> Ebd.

<sup>686</sup> Vgl. ebd., S. 75.

Bei einer erneuten Vernehmung des Stadtrats stimmte dieser dem Gesuch von Wolff Jacob Würzweiler zu. Die Ausführungen des Stadtrats beziehen sich wiederum weniger auf seine Fremdheit als vielmehr auf seine Religion.<sup>687</sup> „Unsere eigene Pflicht ist es, die Ansiedlung reicher Leute für hiesige Statt zu befördern, und dabey dürfen wohl die strengern Religions-Begriffe weder blenden, noch Abneigung verursachen“<sup>688</sup>. Ausschlaggebend für die Annahme von zuwanderungswilligen Juden war somit auch der Nutzen ebendieser für die christliche Einwohnerschaft Mannheims. Auch Lamezan, der auf die „eckelhafte Gebräuche und Lebensart“<sup>689</sup> der Juden verweist, kommt zu dem Schluss, dass man Würzweiler das Bürgerrecht nur verleihen könne, wenn er verspräche, ein arbeitsschaffendes Etablissement zu errichten. Jedoch wurden nicht nur die Juden, sondern die Fremden im Allgemeinen von Lamezan negativ konnotiert, da er sie „als fremde[] ohne festen Wohnort, demselben auch keine feste Bestimmung“<sup>690</sup> beschreibt. Lamezan definierte dementsprechend die Fremden als Heimatlose, also Vagabunden, beziehungsweise Arme und Bettler. Das Merkmal der Auswärtigkeit scheint bei ihm nicht ausschlaggebend zu sein. Für Würzweiler bedeutete dies dennoch, dass er, um zum Bürger aufgenommen zu werden, der Rechtsprechung der jüdischen Gemeinschaft entsagen und sich den allgemeinen, christlichen Gesetzen unterwerfen musste.<sup>691</sup>

Innerhalb der Stadtbevölkerung Mannheims bildeten die Juden somit eine eigenständige Gesellschaft, die ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten folgte. Die in Mannheim wohnenden Juden erduldeten zwar Einschränkungen und Diskriminierungen, dieselben beobachteten die auswärtigen Juden allerdings ebenfalls mit Argusaugen. Deutlich ist der Konkurrenzneid zwischen einheimischen und auswärtigen Juden in den Quellen wahrzunehmen. Doch auch die Angst, dass diese bevorzugt würden oder Unfrieden in die Gemeinschaft bringen könnten, schwingt in den Klagen der stadtansässigen Juden mit. Gerade deshalb wurde mehrmalig um Maßnahmen zur Beschränkung des Zuzugs von fremden Juden gebeten. Ob Zuwanderungsgewinne aufgrund der Beschwerden so gering ausfielen, kann jedoch für den Betrachtungszeitraum nicht eruiert werden.

Dass die städtischen Behörden sowie die Judenvorsteher von *fremden Juden* sprachen, deutet darauf hin, dass zwischen zuwanderungswilligen Juden und Mannheimer Schutzjuden

---

<sup>687</sup> Vgl. Stadtrat an General-Landes-Kommissariat, 16.07.1802, GLA 77 Nr. 7266, Bl. 17ff., zit. nach: Toury, Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, S. 75–77.

<sup>688</sup> Ebd., S. 76.

<sup>689</sup> Lamezan an General-Landes-Kommissariat, GLA 77 Nr. 7266, zit. nach: Toury, Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, S. 78.

<sup>690</sup> Ebd.

<sup>691</sup> Vgl. Toury, Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, S. 77.

differenziert wurde. Dass Juden mit „auffallender Selbstverständlichkeit“<sup>692</sup> in der Literatur allerdings noch immer zu den Fremden gezählt werden, muss ebenfalls kritisiert werden. Thomas David Bethin sieht die Sonderstellung wie einige Historiker vor ihm nicht im Fremdenrecht, sondern im Glaubensunterschied.<sup>693</sup> Anders argumentiert Astrid Küntzel. Für sie sind Juden „Fremde in einem extremen Sinne.“<sup>694</sup> Eine Unterscheidung zwischen einheimischen und fremden Juden trifft sie in ihrer Untersuchung zur Stadt Köln hingegen nicht. Dies mag jedoch auch daran liegen, dass in Köln keine Juden wohnten. Erst als im Jahr 1797 die rechtliche Gleichberechtigung im Rheinland in Kraft trat, ließ sich der erste Jude 1798 in der Stadt nieder. „Die Fremdheit von Juden in der napoleonischen Zeit resultierte nicht nur direkt aus ihrer rechtlichen Ausgrenzung in der Frühen Neuzeit, sondern auch die sozialen Folgen beständiger Exklusion waren zu jener Zeit deutlich spürbar.“<sup>695</sup>

Auch die Juden in Mannheim besaßen allesamt weder ein Heimatrecht noch hatten sie die Chance diese Rechte bis 1809 in der Stadt zu erwerben. Aufbauend auf der Definition von Simon Karstens waren dementsprechend auch die in der Stadt geborenen Juden, da sie einer Minderheitenkonfession, aber nicht der politischen Gemeinde, in der sie wohnten, angehörten, Fremde. Sie werden in den hier vorliegenden Quellentexten allerdings nicht als Fremde gesehen, wie auch Bethin bemerkt, und fielen auch nicht unter das Fremdenrecht. Als fremde Juden wurden ausschließlich die von auswärts in die Stadt kommenden Juden beschrieben, sodass sie wiederum eine Sonderstellung zu den anderen Juden einnahmen. Die einheimischen Juden waren zwar in Mannheim bekannt, aber sie durften nicht an der Gesellschaft partizipieren, ebendies machte sie wiederum der städtischen Gesellschaft gegenüber fremd. Dennoch schien die Zugehörigkeit zu der Mannheimer Judenschaft auch ein Ausdruck von städtischer Zugehörigkeit zu sein, welche die zugewanderten Juden im Vergleich noch fremder erscheinen lässt.

### **5.3 Duldung auf Zeit: Handwerksgesellen und Gesinde**

Auf der Suche nach Lohn und Brot trieb es jährlich zahlreiche Handwerksgesellen sowie Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen in die Quadratestadt. Ihre Anwesenheit in Mannheim war ein Anzeichen für die Prosperität der Stadt und ihre Bewohner. So bedeutete ein großes Angebot an Arbeitsplätzen ausreichend Beschäftigung für Handwerksgesellen. Eine

---

<sup>692</sup> Bethin, *Die Fremden*, S. 26.

<sup>693</sup> Vgl. ebd., S. 27f.

<sup>694</sup> Küntzel, *Fremde in Köln*, S. 201.

<sup>695</sup> Ebd., S. 206.

wohlgenährte Bevölkerung hingegen garantierte die Einstellung von Dienstpersonal in den einzelnen Haushalten. Die Verringerung der in der Stadt lebenden Knechte und Mägde, ihre Zahl ging von über 4 500 Personen im Jahr 1777<sup>696</sup> auf 3 443 im Jahr 1792 zurück, war deshalb ein deutlicher Indikator für die Verarmung der Stadt durch den Abzug des Hofes.<sup>697</sup> Handwerks- gesellen und Gesinde, und dies unterschied sie von den Vaganten, gehörten rechtlich oftmals noch ihrem Geburts- beziehungsweise Heimatort an, weshalb es der städtischen Obrigkeit leichtfiel, sie im Bedarfsfall dorthin zurückzuweisen.<sup>698</sup> Auch wenn ihr Aufenthalt strengen gesetz- lichen Auflagen innerhalb eines ebenfalls gesetzlich streng reglementierten Zeitraumes ob- lag, so waren Gesellen, Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen dennoch in der Stadt geduldet – zumindest solange sie in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis standen. Der Verlust der Anstellung bedeutete unweigerlich den Verlust der Toleranz. Aus dem zuvor geduldeten Gesinde wurde ein Bettler, ein Müßiggänger. Strenge Reglementierungen sollten deshalb den Alltag der Handwerks- gesellen und des Gesindes genaustens definieren.<sup>699</sup> Die schlechte Quel- lenlage erlaubt jedoch lediglich einen Einblick in das Rechtsgefüge, innerhalb dessen die Hand- werks- gesellen und das Dienstpersonal sich in Mannheim bewegten.

Die Wanderung von Handwerks- gesellen ist in der Forschung bereits hinlänglich untersucht worden.<sup>700</sup> Dabei wurde sie „als eine mehrjährige Phase einer zirkulären Mobilität gesehen [...], in der sich Zeiten der Wanderschaft mit kurzen und längeren Phasen der Beschäftigung in einer Stadt abwechselten.“<sup>701</sup> Für die Städte, insbesondere für die Handwerks- meister, war die Gesel- lenwanderung eine Möglichkeit, kontinuierlich frische Arbeitskräfte zu werben, wobei uner- wünschte Personen direkt abgewiesen und der Stadt verwiesen werden konnten. Sozialen Spannungen konnte durch den Stadtverweis bequem aus dem Weg gegangen werden. Für die Gesellen hingegen war die Fremde jener Ort, an dem sie ihre Profession perfektionieren, da sie von verschiedenen Meistern in unterschiedlichen Ländern und Regionen lernen konnten.<sup>702</sup>

---

<sup>696</sup> Vgl. Krauß, Armenwesen, S. 22.

<sup>697</sup> Vgl. Mörz, Hauptstadt ohne Kurfürst, S. 536.

<sup>698</sup> Vgl. Karstens, Ständeordnung und Territorialstaat, S. 249.

<sup>699</sup> Vgl. Karl Härter, Arbeit, Armut, Ausgrenzung: Rechtliche Reglementierung von Wanderbewegungen und Migra- tionspolitik im hessischen Raum zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert, in: Siegfried Becker (Hg.), Zuwandern, Einleben, Erinnern. Beiträge zur historischen Migrationsforschung; Referate des 7. Forums für Hessische Landes- geschichte am 22.9.2007 in Hanau-Steinheim, Marburg 2009, S. 28–55, hier S. 47.

<sup>700</sup> Bspw. Wilfried Reininghaus, Migrationen von Handwerkern. Anmerkungen zur Notwendigkeit von Theorien, Konzepten und Modellen, in: Knut Schulz (Hg.), Handwerk in Europa. Vom Spätmittelalter bis zur Frühen Neuzeit (= Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 41), München 1999, S. 195–212.

<sup>701</sup> Annemarie Steidl, Auf nach Wien! Die Mobilität des mitteleuropäischen Handwerks im 18. und 19. Jahrhundert am Beispiel der Haupt- und Residenzstadt (= Sozial- und wirtschaftshistorische Studien, Bd. 30), München 2003, S. 186.

<sup>702</sup> Vgl. Sigrid Waldauer, Die Tour der Gesellen. Mobilität und Biographie im Handwerk vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 2005, S. 31f.



Faktoren, die für die Herausbildung einer Wanderroute der Gesellen verantwortlich waren, nennt Annemarie Steidl am Beispiel von Wien. Entscheidend war nicht nur das Ansehen der Gewerbe in der jeweiligen Stadt, sondern insbesondere ihre Erreichbarkeit beziehungsweise Zentralität sowie gute kommunikative Verbindungen zwischen einzelnen Zünften und Gesellen. Doch auch die „Anziehungskraft bestimmter Städte mit nicht überall anzutreffenden Präzisions- und Kunsthandwerken und nicht zuletzt auch [...] [der] allgemeine[] Unterhaltungswert des Lebens ‚in der Stadt‘“<sup>703</sup> lockten die Wandernden in die Städte. Wanderbücher, eine Art Nachschlagewerk und Reiseführer für Handwerksgesellen mit belehrenden Textteilen, informierten ebenfalls über besonders zu empfehlende Wanderrouten und einzelne Städte.<sup>704</sup> Die gleiche Funktion erfüllten Gesellenvereinigungen, welche eine sogenannte schwarze Liste mit Städten und Gemeinden führten, die vermieden werden sollten.<sup>705</sup>

Die *Wanderordnung* von Johann Aloys II. Fürst von Oettingen-Spielberg aus dem Jahr 1785 empfiehlt Mannheim für Bäcker-, Schneider- und Schuhmachergesellen.<sup>706</sup> Das *Lesebuch für Lehrjungen und Gesellen* führt Mannheim in seiner Wandertabelle für Gold- und Silberarbeiter, aber auch für Bäcker und Mehlhändler auf.<sup>707</sup> Ein *Reise-Taschenbüchlein für Lehrlinge und wandernde Handwerksgesellen*, das als Sehenswürdigkeiten unter anderem den Paradeplatz, das Zeughaus, das Schloss und Nationaltheater nennt,<sup>708</sup> bestätigt für das Jahr 1840 die Empfehlung von Fürst Oettingen-Spielberg für Schneider- und Schuhmachergesellen.<sup>709</sup> Aus diesen doch sehr zurückhaltenden Empfehlungen für Handwerksgesellen mag man den übereiligen Schluss ziehen, Mannheim wäre eher unattraktiv für Gesellen gewesen. Friedrich Walter hebt allerdings deutlich Mannheims „guten Ruf in der Handwerksburschengeographie“<sup>710</sup> hervor.

Die Wanderschaft von Gesellen wurde jedoch nicht immer als etwas Positives empfunden. Rituale und Bräuche empfand die sesshafte Gesellschaft als Bedrohung. Die Herbergen, die als erste Anlaufstelle dienten, bevor der Geselle bei den Meistern die Runde machte und vom sogenannten Umschickmeister, eine Art Arbeitsvermittler, herumgeführt wurde,<sup>711</sup> galten als Ort

---

<sup>703</sup> Klaus J. Bade, Altes Handwerk, Wanderzwang und Gute Policey: Gesellenwanderung zwischen Zunftökonomie und Gewerbereform, in: VSWG 69,1 (1982), 1–37, hier S. 14.

<sup>704</sup> Vgl. Steidl, Auf nach Wien, S. 186f.

<sup>705</sup> Vgl. ebd., S. 188.

<sup>706</sup> Vgl. Johann Aloys II. von Oettingen-Spielberg, Fürstlich Oetting- Oetting- und Oetting- Spielbergische Wanderordnung, Oettingen 1785.

<sup>707</sup> Vgl. Erhard Mangold, Lesebuch für Lehrjungen und Gesellen eingerichtet von Erhard Mangold, neue Auflage, Bamberg/Würzburg 1812, S. 117, 119.

<sup>708</sup> Vgl. G. F. Kremmer, Reise-Taschenbüchlein für Lehrlinge und wandernde Handwerksgesellen. Zur Belehrung für junge Handwerker während ihrer Lehrzeit und auf ihrer Wanderschaft, Saalfeld 1840, S. 46.

<sup>709</sup> Vgl. ebd., S. 37.

<sup>710</sup> Walter, Mannheim Bd. 1, S. 483.

<sup>711</sup> Vgl. ebd., S. 482f.

der Liederlichkeit. Die Gesellen selbst galten als arbeitsscheu und kriminell.<sup>712</sup> Bei ihnen kann man

zum Teil so etwas wie „nationales“ Bewußtsein, ein Denken und Handeln im gesamtdeutschen Maßstab, erkennen. Daneben sind natürlich auch landsmannschaftliche Traditionen sowie immer engerziger werdende Ehrlichkeits- und Redlichkeitsvorstellungen anzutreffen. Es drängt sich geradezu der Eindruck auf, daß die Intoleranz bei den Gesellen in dem Maße zunimmt, in dem eine weitgespannte Organisation und eine großräumige Wanderbewegung anzutreffen ist, so als ob die dadurch auftauchenden Probleme nur durch eine besondere Rigidität bewältigt werden konnten.<sup>713</sup>

Um den negativen Aspekten des Wanderns, beispielsweise dem drohenden Vagabundentum der Gesellen vorzubeugen, aber auch um die städtischen Zünfte vor der Übersetzung zu schützen und so die Gesellen auf Wanderschaft zu schicken,<sup>714</sup> regulierte die Reichshandwerksordnung von 1731 nicht nur den Aufenthalt der Gesellen, sondern auch ihre Wanderungszeiten. Die Gesellen erhielten standardisierte Geburts- und Lehrbriefe und formalisierte Reisedokumente, die sogenannten Handwerkskundschaften, die der städtischen Obrigkeit sowohl bei der Ein- als auch Abreise vorzuzeigen waren. Auf ihnen waren allgemeine Angaben zur Person und Wanderung vermerkt, wie auch der Arbeitsaufenthalt und das Verhalten der Gesellen. Ferner wurde darin festgelegt, dass die Handwerksgesellen ihren Meistern ihren Arbeitsplatzwechsel acht Tage im Voraus anzukündigen hatten.<sup>715</sup> Ähnliche Regulierungen herrschten in Mannheim im gesamten Betrachtungszeitraum vor.

So musste in Mannheim die Handwerksgesellen, lediglich unverheiratete Gesellen waren geduldet,<sup>716</sup> einen gültigen Pass oder ein Wanderbuch, das im 19. Jahrhundert deutschlandweit eingeführt wurde, bei sich führen. Kundschaften waren nur noch aus solchen Staaten erlaubt, die keine Wanderbücher vorschrieben. Pässe und Wanderbücher mussten der Policey zur Untersuchung vorgelegt werden. Im Austausch erhielt der Geselle einen Erlaubnisschein, der für die Dauer seines Aufenthaltes gültig war.<sup>717</sup> Von Verstößen gegen diese Bestimmungen zeugen die Aufzeichnungen der Geschäftsführung der Mannheimer Policeykommission aus den Jahren 1808 und 1809. Festgehalten wurden im Jahr 1808 45 (1809: 109) Vergehen wegen mangelnder oder „veralterter“ Pässe, 22 (1809: 15) wegen gefälschten Pässen und Kundschaften, 62 (1809: 13) wegen nicht obrigkeitlich beglaubigter Kundschaften, 30 (1809: 18) wegen Abweichung von der Reiseroute und 46 (1809: 2) wegen Annahme von Handwerksgesellen ohne Anzeige bei der Policey. Im Jahr 1808 sind 1 652, ein Jahr später nur

---

<sup>712</sup> Vgl. Waldauer, Die Tour der Gesellen, S. 34.

<sup>713</sup> Knut Schulz, Handwerksgesellen und Lohnarbeiter. Untersuchungen zur oberrheinischen und oberdeutschen Stadtgeschichte des 14. bis 17. Jahrhunderts, Sigmaringen 1985, S. 275–296, hier S. 266.

<sup>714</sup> Hierzu bspw. Bade, Altes Handwerk, S. 30.

<sup>715</sup> Vgl. Härter, Arbeit, Armut, Ausgrenzung, S. 47; Waldauer, Die Tour der Gesellen, S. 35f.

<sup>716</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1822), S. 58.

<sup>717</sup> Vgl. Polizey-Vorschriften (1807), S. 42f., 65.

noch 1 323 zugereiste Handwerksgesellen in Arbeit getreten.<sup>718</sup> In den Wanderbüchern musste der Meister bei einem Arbeitsplatzwechsel des von ihm betreuten Gesellen, „wie lange er bei ihm gearbeitet, wie er sich aufgeführt habe, und in seinem Gewerbe gewesen sei [...] und diese Bemerkung von demselben unterschrieben, sofort von der Polizei bestätigt werden.“<sup>719</sup> Wurde ein Geselle in Mannheim angestellt, so waren diese Papiere bei der Policey bis zur Kündigung zu hinterlegen. Ein Geselle ohne Arbeit durfte sich ohne policeyliche Erlaubnis nicht länger als 24 Stunden in den städtischen Herbergen aufhalten. Dies galt sowohl für frisch zugewanderte als auch für dienstlos gewordenen Gesellen. Bei Nichteinhalten dieser Bestimmungen drohten Gefängnis- und Geldstrafen oder die Ausweisung aus der Stadt.<sup>720</sup> Wenn sie keine Arbeit fanden, erhielten die sogenannten geschenkten Handwerker einen Zehrpennig aus der Zunftlade, die ungeschenkten Handwerker einen von der Armenanstalt.<sup>721</sup>

Während inländische Handwerksgesellen durch Geburt badische Staatsbürger waren, kamen ausländische Handwerksgesellen, Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen nach dem Übergang Mannheims an Baden in den Genuss des badischen Schutzgenossenrechts. Das Schutzgenossenrecht erhielten allgemein „Ehehalten, oder Personen deren Aufenthaltsrecht daraus erwächst, daß sie im Dienst und Lohn der Staatsbürger für deren häusliche Bedürfnisse oder für deren Gewerbsgeschäfte arbeiten“<sup>722</sup>. Explizit galt es sowohl für Dienstboten, Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter als auch für Schüler, Studierende und Kostschüler, zudem für Pächter von Landgütern und Gewerben, Rentiere und Partikuliere.<sup>723</sup> Definiert werden die Schutzgenossen als Fremde, die in das Großherzogtum Baden kommen,

um für einen vorübergehenden Zweck, einen zeitlichen Aufenthalt darin zu nehmen, ohne jedoch in eine bleibende Verbindung mit Unserem Staat einzugehen; sie genießen für diesen Zweck, aber auch nur für ihn, zu dem Gastrecht, soweit es auf die Art ihres Bleibens im Staat anwendungsempfänglich ist, noch alles das weitere Recht, das den Staatsbürgern, die den gleichen Zweck verfolgen, desfalls ohne namentliche Beschränkung auf Unsre Staatsunterthanen durch die Gesetze gegeben ist, so lang sie in diesem besonderen Geschäftsberuf thätig sind, und fallen, so wie diese Anstellung aufhört, in die Klasse der Gäste zurück.<sup>724</sup>

Wie Karl Härter treffend feststellt, unterlag die Gesindemigration „ähnlichen Normen und Kontrollinstrumentarien“<sup>725</sup> wie die der Handwerksgesellen. Gemäß einer kurpfälzischen Gesindeordnung von 1755 musste jeder Dienstbote ein beglaubigtes Zeugnis seiner Heimat mit

---

<sup>718</sup> Vgl. Geschäftsführung der Grosherzoglich Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1808, BAGVBL 7 (1809), Beilage; Uebersicht der Geschäftsführung der Grosherzoglich-Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1809, BAGVBL 8 (1810), Beilage.

<sup>719</sup> Polizei-Vorschriften (1822), S. 56.

<sup>720</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1807), S. 44.

<sup>721</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1822), S. 15.

<sup>722</sup> Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 149.

<sup>723</sup> Vgl. ebd.

<sup>724</sup> Ebd.

<sup>725</sup> Härter, Arbeit, Armut, Ausgrenzung, S. 48.

Alter, Religion, letztem Aufenthalt und bisherigem Wohnverhalten der städtischen Obrigkeit vorlegen. Ohne entsprechendes Zeugnis wie auch bei jeglichen Vergehen, die in der Stadt begangen wurden, drohte der Stadtverweis.<sup>726</sup> Eine Verordnung zur Beherbergung der herrenlosen Lakaien in Mannheim enthält ähnliche Vorschriften. Lakaien, die länger als eine Nacht in der Stadt blieben, bewarben sich am folgenden Tag um einen Toleranzschein, der für einen festgeschriebenen Zeitraum galt. Unterließen sie dies, mussten sie Mannheim wieder verlassen.<sup>727</sup>

In den Policeyvorschriften musste einheimisches und auswärtiges unverheiratetes Gesinde<sup>728</sup> beim Antritt eines Dienstverhältnisses einen Mietschein beantragen und einen Mietvertrag abschließen, was ebenfalls der badischen Gesindeordnung entsprach.<sup>729</sup>

Dienstherren, welche Dienstboten nöthig haben, und Dienstboten, welche Dienste suchen, haben sich in Städten, wo die hierzu nöthige Einrichtung besteht, an die Polizey zu wenden, und sich dort einzeichnen zu lassen. Es sollen besondere Listen darüber geführt, und jedem der es verlangte, solche unentgeltlich [sic!] vorgelegt werden.<sup>730</sup>

Die Gebühr hierfür, wie auch die Einschreibgebühr für jede Dienstveränderung, betrug sechs Kreuzer.<sup>731</sup> Für auswärtige Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen galt darüber hinaus, dass sie sich mit einem Zeugnis der Obrigkeit ihres letzten Aufenthaltes zu legitimieren hatten. Wer dem zuwiderhandelte, dem drohte eine dreitägige Gefängnis- oder Geldstrafe in Höhe von zwei Reichstalern, ähnliche Strafen galten für Herrschaften, welche die Dienstboten ohne Mietschein bei sich anstellten oder dienstloses Gesinde bei sich beherbergten. Der Eintritt in ein Dienstverhältnis musste ebenfalls durch die Dienstherrschaft gemeldet werden. Trat das Gesinde aus seinem Dienst aus, war dies einerseits durch die jeweilige Person selbst, andererseits durch ihren Arbeitgeber unter Anführung des Vor- und Nachnamens bei der Policey anzuzeigen. Dabei mussten sich Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen mit einem Entlassungsschein ihres vorherigen Arbeitsgebers ausweisen. Geschah dies nicht, drohte eine Geldstrafe in Höhe von einem Reichstaler.<sup>732</sup> Im Jahr 1808 wurde die Dienstbotenordnung 28 Mal verletzt, im Jahr 1809 fand sich hingegen nur ein angenommener Dienstbote ohne

---

<sup>726</sup> Vgl. Gesindeordnung, 16.04.1755, in: Franz Janson (Hg.), Materialien zu einem künftigen Gesetzbuche für die Churpfälzischen Lande, und zum Nachschlagen bei künftigen Vorlesungen über das Churpfälzische Privatrecht, das ist: Churpfälzische Verordnungen nach der Chronologie, Heidelberg 1793, S. 163–164, hier S. 163f.

<sup>727</sup> Vgl. Ordnung zur Lakaienbeherbergung, 28.09.1774, GLA 213 Nr. 2523.

<sup>728</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1822), S. 56.

<sup>729</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1807), S. 35; Gesindeordnung, 15.04.1809, BAGVBL 7 (1809), S. 185.

<sup>730</sup> Gesindeordnung, BAGVBL 7 (1809), S. 186.

<sup>731</sup> Vgl. Polizei-Vorschriften (1807), S. 36.

<sup>732</sup> Vgl. ebd., S. 35.

Mietschein und zwei wegen Eintritts in einen Mietdienst ohne Mietschein. 1808 sind zudem 499, im Jahr 1809 458 Dienstboten in Mitdiensten getreten.<sup>733</sup>

In Anbetracht der Menge und Strenge beeinflussten die normativen Vorgaben den gelebten Alltag der Migranten nur unwesentlich und ermöglichten ihnen gar eine gewisse Rechtssicherheit in der Stadt.<sup>734</sup>

Dennoch verstärkten Reglementierungen und potentielle Kriminalisierung Abhängigkeitsverhältnisse und behinderten insgesamt Migration und Integration [...]. Weder das polizeiliche Kontrollpotential bezüglich der Arbeitsmigration noch die damit verbundene Fortdauer vormoderner Stereotypen und Vorurteilen gegenüber dem umherziehenden „diebischen“ und „müßiggängerschen“ „Gesindel“ darf daher unterschätzt werden.<sup>735</sup>

So war lediglich eine partielle Integration durch ihre Arbeitsgeber möglich. Ihre soziale Integrationsfähigkeit war jedoch eher eingeschränkt, da sie in der Stadt, in der sie lebten, nicht heiraten, dementsprechend keine Familie gründen durften. Soziale Kontakte dürften daher auf die Arbeitgeberfamilie und auf andere Handwerksgesellen beziehungsweise anderes Gesinde beschränkt geblieben sein. Auch ökonomische Integrationsindikatoren dürften kaum zum Tragen gekommen sein, da sie, selbst wenn man ihre regionale wie auch familiäre Herkunft außen vorließe, durch ihre soziale Stellung in der Stadt kaum zu Vermögen gekommen sein dürften. Allerdings bestand gerade für Gesellen und Gesinde die Möglichkeit einen Status von Zugehörigkeit zu erwerben. Die Bürger- und Beisassenannahmen Mannheims, die im sechsten Kapitel genauer beschrieben und analysiert werden, belegen, dass vor allem die Handwerksgesellen sowohl zu Beisassen als auch durch den Erwerb des Meistertitels zu Bürgern aufsteigen konnten. Wie sich das Leben der Handwerksgesellen und des Gesindes genau in Mannheim gestaltete, ob es einen Unterschied zwischen einheimischen und auswärtigen Gesellen und Gesinde gab, kann anhand der untersuchten Quellenbestände jedoch nicht genau eruiert werden.

## 5.4 Französische Emigranten 1791/92

Die Französische Revolution ist weder an der Stadt Mannheim noch an ihren Einwohnern spurlos vorbeigegangen. Noch im Jahr des Ausbruches der Revolution verließen Tausende Franzosen ihre Heimat, um unter anderem auch in der ehemaligen kurpfälzischen Residenzstadt Schutz zu suchen. Unter diesen Emigranten waren insbesondere französische Adlige. Erst nach dem Sturz der Monarchie und der Kriegserklärung an Österreich 1792 entwickelte sich die

---

<sup>733</sup> Vgl. Geschäftsführung der Grosherzoglich Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1808, BAGVBL 7 (1809), Beilage; Uebersicht der Geschäftsführung der Grosherzoglich-Badischen Polizey-Commission zu Mannheim vom Jahre 1809, BAGVBL 8 (1810), Beilage.

<sup>734</sup> Vgl. Härter, Arbeit, Armut, Ausgrenzung, S. 48.

<sup>735</sup> Ebd., S. 48f.

Emigration zu einem Massenphänomen. Nichtsdestotrotz assoziieren die zeitgenössischen Quellen ebenso wie die Forschung des 20. Jahrhunderts mit dem gemeinen französischen Emigranten einen Gegenrevolutionär oder einen arroganten Adligen.<sup>736</sup> Auch das für Mannheim zur Verfügung stehende Quellenmaterial verstärkt diesen Eindruck. Ein Verzeichnis der am 17. Januar 1792 in Mannheim anwesenden Franzosen führt rund 100 zumeist adlige Emigranten auf, die entweder in Privathäusern beispielsweise von Mannheimer Bürgern oder den Mannheimer Gasthäusern logierten.<sup>737</sup> Legt man die für Mannheim belegte Haushaltsgröße von 5,5 Personen von 1790 zugrunde,<sup>738</sup> hätten rund 550 französische Emigranten zwischenzeitlich in Mannheim gelebt. Das Verzeichnis nennt zum Beispiel Louis François Antoine Nicolas de Messey<sup>739</sup> oder André Boniface Louis Riquetti de Mirabeau<sup>740</sup>.

Spuren hinterließen die Revolution und die darauffolgenden Napoleonischen Kriege ebenfalls in den Mannheimer Fremdenlisten. Insbesondere in den Ausgaben der Jahre 1791 und 1792 lässt sich der Zustrom an Franzosen deutlich erkennen. Wie Astrid Küntzel anhand der Kölner Fremdenlisten<sup>741</sup> feststellt, kann natürlich nicht davon ausgegangen werden, dass alle in den Listen vermerkten Personen vor der Revolutionsarmee geflohen waren.<sup>742</sup> Die kurpfälzische Regierung, die aufgrund der Nähe zu Frankreich besonders von den Auswirkungen der Revo-

<sup>736</sup> Vgl. Küntzel, *Fremde in Köln*, S. 89; Sabine Diezinger, *Französische Emigranten und Flüchtlinge in der Markgrafschaft Baden 1789–1800*, in: Volker Rödel (Hg.), *Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789–1798)* (= *Oberrheinische Studien*, Bd. 9), Sigmaringen 1991, S. 275–284, hier S. 277.

<sup>737</sup> Vgl. Verzeichnis der sich in Mannheim aufhaltenden Franzosen, 17.01.1792, GLA 213 Nr. 1738. Wie dieses so erschienen mehrere Verzeichnisse in den Jahren 1792 und 1793, die sich in den Akten GLA 77 Nr. 3816 und GLA 77 Nr. 3864 befinden. Die Anzahl der Franzosen variiert. Bspw. zählt das Verzeichnis von 1792 zwischen 34 und 71 Franzosen auf, wobei es sich allerdings auch möglicherweise um Haushalte handeln könnte.

<sup>738</sup> Vgl. Schlösser, *Eine Neigung für die rote Mütze*, S. 600.

<sup>739</sup> Interessanterweise wurde Marquis de Messey in den Fremdenlisten von 1791 nicht erfasst. Am 8. August traf jedoch eine Gräfin von Messey im *Goldenen Pflug* aus Prag ein, bei der es sich vielleicht um Adélaïde Rosalie de Geffroy d'Alencourt, Frau des Marquis de Messey, handeln könnte. Am gleichen Tag erschienen nicht nur hochrangige französische Adlige, sondern im gleichen Gasthaus logierte auch ein Herr aus Surinam. Das gleiche Muster ergibt sich bei der weiteren Erwähnung der Gräfin, als sie am 12. September im *Prinz Karl* einkehrte – diesmal in Begleitung eines Grafen von Saiblai sowie eines Herren Soissy, die ebenfalls im *Prinz Karl* logierten. Ihre Identität konnte bisher nicht überprüft werden, sodass es durchaus sein könnte, dass de Messey unter falschem Namen anreiste, denn namentlich taucht er erst am 15. Juni 1792 in den Listen auf. Hierzu MIB 66 (16.08.1791); MIB 75 (17.09.1791); MIB 48 (15.06.1792).

<sup>740</sup> Vicomte de Mirabeau hielt sich 1791 viermal und 1792 einmal in Mannheim auf, auch seine Frau nächtigte im Juni 1792 in Mannheim. Seine Aufenthalte liegen zeitlich auseinander, weshalb man zu dem Schluss kommen mag, dass Mirabeau sich nicht dauerhaft in Mannheim aufhielt, wie auch Joseph Sarrazin bestätigt. Stattdessen zog er mit einem Emigrantenheer quer durch den Süden des Reiches. Hierzu MIB 32 (19.04.1791); MIB 43 (28.05.1791); MIB 49 (18.06.1791); MIB 75 (17.09.1791); MIB 28 (06.04.1792); MIB 49 (19.06.1792); MIB 52 (29.06.1792); Joseph Sarrazin, *General Mirabeau-Tonneau (1754–1792)*, in: *Schau-ins-Land* 17 (1891), S. 64–85, hier S. 71.

<sup>741</sup> Die von Küntzel unter dem Begriff *Fremdenlisten* erwähnten Listen sind einfache Namensverzeichnisse. Es handelt sich hierbei einerseits um eine Sammlung von Namen aus den Monaten Juli bis September 1794, andererseits um ein Verzeichnis von 1798, das eine exakte Aufstellung aller Emigranten, die vor Oktober 1794 in Köln wohnten, beinhaltet.

<sup>742</sup> Vgl. Küntzel, *Fremde in Köln*, S. 91.

lution betroffen war, sah sich aufgrund der Masse an Emigranten zu schnellem Handeln gezwungen. Bereits im Sommer 1789 wurden die Behörden angewiesen, verdächtige Personen zu überwachen. Per Erlass vom 11. November sollten ausländische Bauern und Franzosen, die Kokarden tragen, gar aus der Pfalz ausgewiesen werden, und ein Jahr später, im Februar 1791, sollten alle ausländischen Militärpersonen bei ihrer Ankunft in Mannheim durch Vorzeigen der Pässe und Patente kontrolliert werden.<sup>743</sup> Den Emigranten war der Zutritt zum Hof von Kurfürstin Auguste zwar gewährt worden, dennoch durften sie sich nicht politisch in Mannheim engagieren. Trotz der kurpfälzischen Zurückhaltung, was die Aufnahme besonders von adligen Emigranten betraf, hatten sich 1791 zahlreiche Franzosen in der Quadratestadt niedergelassen, und das, obwohl sie ab Juni 1791 keine Unterstützung mehr von Seiten der Regierung zu erwarten hatten. Gegen Ende des Jahres wurde gar ein prinzipielles Aufenthaltsverbot für französische Offiziere erlassen. Lediglich ihr unbewaffneter Durchzug war noch erlaubt. Carl Theodor selbst stieß zwar mit seiner Emigrantenpolitik auf das Wohlwollen der Franzosen, die stetigen Wiederholungen dieser Verordnungen zeigen jedoch, dass die Reglementierungen nur schwer durchzusetzen waren.<sup>744</sup>

August Wilhelm Iffland wie auch Wolfgang Amadeus Mozart registrierten bereits 1790 zahlreiche Emigranten in Mannheim. Messey schätzte sie im Jahr 1791 auf etwa 3 000 bis 4 000 Personen.<sup>745</sup> In der Markgrafschaft Baden allerdings wurden die ersten Emigranten erst 1791 wahrgenommen. Eine entsprechende Gesetzgebung wie in der Kurpfalz gab es deshalb zunächst nicht. Im Oktober 1792 wurden französische Priester, die insbesondere aus dem Elsass und Lothringen stammten, ausgewiesen. Eine Ausnahme bestand für kranke und ältere Personen. Allgemein war der Aufenthalt für Emigranten auf dem Land verboten. Im Laufe der Jahre kamen in die markgräflichen Städte jedoch immer mehr französische Hochadlige, sodass jede Truppenwerbung und Ansammlung von Bewaffneten verboten wurde. Während die Zahl der Emigranten in der Markgrafschaft Baden zwischen 1790 und 1793 recht überschaubar war, stieg sie ab 1793 drastisch, als im Elsass die Massenflucht einsetzte. Nachdem der Dritte Stand nach dem Sturz von Maximilien de Robespierre wieder nach Frankreich zurückkehren durfte, wurde 1797 per Generaldekret allen Emigranten der Aufenthalt in Baden untersagt, ausgenommen waren wiederum kranke und alte Personen wie auch Gesinde und Tagelöhner. Manch

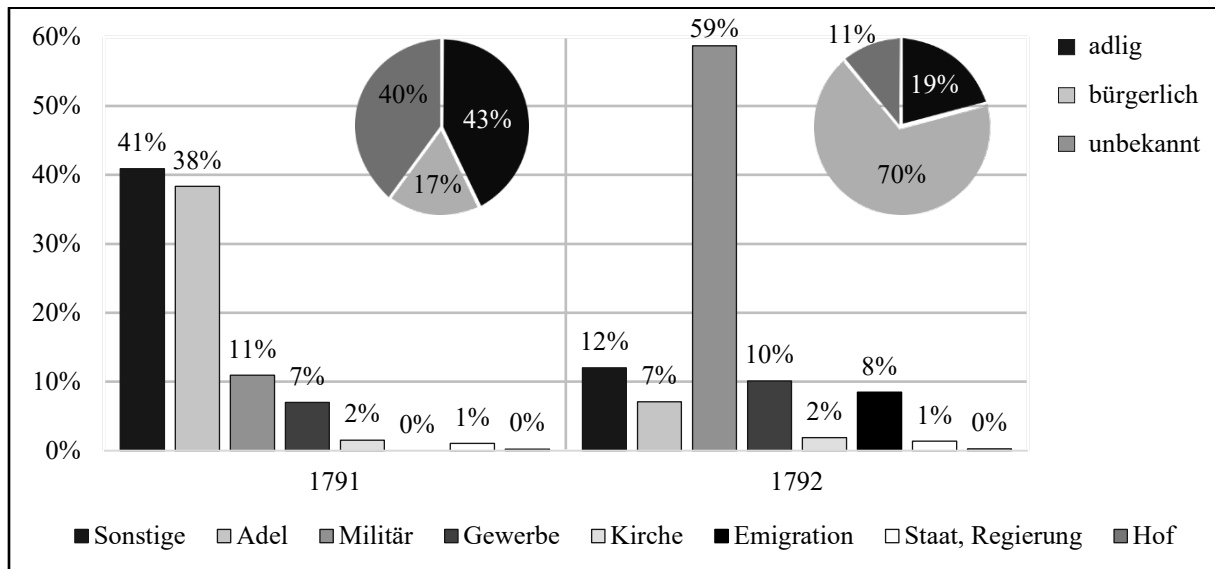
---

<sup>743</sup> Vgl. Voss, *Mannheimer im Banne der Französischen Revolution*, S. 48; Voss, *Kurpfalz*, S. 12f.; Schlösser, *Eine Neigung für die rote Mütze*, S. 598.

<sup>744</sup> Vgl. Schlösser, *Eine Neigung für die rote Mütze*, S. 596; Voss, *Mannheimer im Banne der Französischen Revolution*, S. 48, S. 51; Voss, *Kurpfalz*, S. 13.

<sup>745</sup> Vgl. Voss, *Kurpfalz*, S. 13.

Priester und Militärangehöriger ignorierte diese Befehle und hielt sich weiterhin in Baden auf.<sup>746</sup>



**Abb. 8** Gliederung der französischen Reisenden (1791, 1792)<sup>747</sup>

Die Fremdenlisten (vgl. Abb. 8) veranschaulichen ebenfalls die zahlenmäßigen Dimensionen von Franzosen in der Stadt. Allein im Jahr 1791 stammten rund 59 Prozent der verzeichneten Reisenden aus Frankreich. Ein Jahr später waren es noch rund 36 Prozent.<sup>748</sup> Die Mehrheit der sich 1791 in Mannheim aufhaltenden Franzosen, rund 43 Prozent, war adliger Herkunft. Ein Jahr später ging die Anzahl der Adligen jedoch um die Hälfte zurück, stattdessen hielten sich nun vermehrt französische Militärangehörige in der Stadt auf. Die Mehrheit, 185 von insgesamt 227 Militärangehörigen aus Frankreich, waren Offiziere. Die Zunahme des Militärs kann jedoch nicht einfach als Indiz für die Auswirkungen der Napoleonischen Kriege gewertet werden. Nicht alle französischen Adligen konnten für das Jahr 1791 identifiziert werden und die Möglichkeit besteht, dass noch weitere, bislang unbekannte Personen, Militärangehörige waren. Weiterhin sind die Fremdenlisten für 1792 recht lückenhaft, sodass man hier von fehlenden Angaben ausgehen muss, die dieses Ergebnis verfälschen könnten. Beides vermittelt ein unvollständiges Bild, das kaum rekonstruiert werden kann. Trotzdem zeigen die Fremden-

<sup>746</sup> Vgl. Diezinger, *Französische Emigranten*, S. 278–284.

<sup>747</sup> Eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank *Mannheimer Fremdenlisten (1791, 1792, 1807–1818)* auf Basis der Rubrik *Ankommende Fremde* des *Mannheimer Intelligenzblattes*.

<sup>748</sup> Diese prozentualen Werte sind die Summe der Reisenden, denen entweder als Herkunfts- bzw. Aufenthaltsort oder als Militär- und Dienstzugehörigkeit Frankreich zugeordnet wurde. Jene Franzosen, welche die Stadt nur passierten, wurden in den folgenden Ergebnissen nicht berücksichtigt.



listen, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Inhalten der Fremdenlisten und der Französischen Revolution bestanden haben muss.<sup>749</sup>

Weiterhin ist denkbar, dass die rückläufigen Zahlen auch auf die im Jahr 1792 verschärften Aufenthaltsbestimmungen für französische Emigranten zurückzuführen sind. Ab dem 30. Januar wurden französische Offiziere nur 48 Stunden in Mannheim geduldet, sofern sie keinen Handel mit Kriegsvorräten betrieben oder anderweitig negativ auffielen. Nach der Kriegserklärung Frankreichs an Österreich Ende April wurde im darauffolgenden Monat verordnet, alle alleinstehenden Emigranten auszuweisen, da der Kurfürst fürchtete, eine offene Unterstützung royalistischer Emigranten könnte der Revolutionsarmee als Vorwand für die Einnahme der Pfalz dienen. Im Oktober schränkte die Kurpfalz den Aufenthalt noch weiter ein. So wurde weder geistlichen noch weltlichen, zivilen noch militärischen Franzosen der Aufenthalt in der gesamten Kurpfalz erlaubt. Eine Ausnahme bestand jedoch für französische Priester und sonstige Personen, die sich öffentlich in Gaststätten niederließen und sich bei der Policykommission legitimierten.<sup>750</sup> Zu dieser Zeit hatte Mannheim rund 64 Emigrantenhaushalte, was circa 350 französischen Emigranten entsprach. Ende September erhöhte sich ihre Zahl auf 580 Personen, da viele Emigranten aufgrund des Vormarsches der französischen Revolutionstruppen unter General Adam-Philippe de Custine nach Mainz wieder in die Stadt zurückkehrten. Aus diesem Grund erließ der kurpfälzische Statthalter Franz Albert Leopold von Oberndorff im Oktober ein Aufenthaltsverbot für Franzosen. Ausnahmen bildeten Frauen und Geistliche, die unter Zusicherung guten Benehmens in der Kurpfalz bleiben durften.<sup>751</sup>

In den Zeitraum der verschärften Verordnungen gegen französische Emigranten fällt auch eine Anomalie der Mannheimer Fremdenlisten. Am 24. Juni kamen 30 namenslose Emigranten mit einem Herrn Bruillac aus Frankreich nach Mannheim. Zusammen stiegen sie im Gasthaus *Goldener Pflug* ab. Am gleichen Tag kamen auch 22 Gemeine in Begleitung des Offiziers Albert aus Frankreich an, die ebenfalls im *Goldenen Pflug* übernachteten.<sup>752</sup> Ob eine Verbindung zwischen diesen zwei Gruppen bestand, wäre noch zu untersuchen. Deutlich interessanter ist jedoch, dass Mannheim seit Ende 1791 ein Aufenthaltsverbot für französische Offiziere erlassen hatte, diese jedoch über das Jahr hinweg immer wieder in Gasthäusern logierten. Im Mai wurde

---

<sup>749</sup> Zur Spiegelung historischer Ereignisse in den Mannheimer Fremdenlisten siehe ebenfalls Kapitel 4.1 *Frequenzierung der Quadrate*.

<sup>750</sup> Vgl. Reskript, 27.10.1792, GLA 77 Nr. 3816.

<sup>751</sup> Vgl. Voss, Kurpfalz, S. 13; Schlösser, Eine Neigung für die rote Mütze, S. 600f.

<sup>752</sup> Vgl. MIB 52 (29.06.1792).

außerdem das Verbot, an öffentlichen Plätzen Gespräche über die Revolution und Gegenrevolution zu führen, eingeführt.<sup>753</sup> Im August wurde es wiederholt. Allein am 9. August hielten sich gemäß der Fremdenlisten 49 Offiziere in Mannheim auf, wobei zwölf von ihnen im *Pfälzer Hof*, 22 im *Prinz Karl*, acht im *Goldenen Pflug*, drei in der *Neuen Pfalz* und vier im *Drei Könige* abstiegen.<sup>754</sup> Einen Tag später kamen Schweizer sowie mehrere französische Offiziere in Mannheim an, deren genaue Anzahl nicht ermittelbar ist. Sie übernachteten unter anderem in den Gasthäusern *Pfälzer Hof*, *Goldener Pflug* und *Goldener Bock*.<sup>755</sup> Österreichischen Truppen wurde hingegen schon bei ihrer Stationierung vor Mannheim von kurpfälzischer Seite aus Schwierigkeiten bereitet. Den Franzosen hatte sich Oberndorff anfangs zwar freundlich gegenüber gezeigt und sie ohne Protest über kurpfälzisches Gebiet marschieren lassen, um dort Vorräte zu kaufen. Im Oktober 1792 allerdings erließ er ein Edikt, das kurpfälzischen Untertanen verbot, sich von den Franzosen zu Lieferungen zwingen zu lassen.<sup>756</sup> Denkbar wäre, dass diese Offiziere im Rahmen solcher Besorgungen in den Gasthäusern logierten und die Emigranten im Zuge des Vormarsches Custines nach Mannheim flohen. Unberücksichtigt bei diesen Überlegungen dürfen auch nicht solche Truppenbestandteile bleiben, die außerhalb kampierten oder in den Kasernen untergebracht waren.<sup>757</sup> Ebenso wie französische Emigranten und Geflüchtete, die nicht in den Fremdenlisten verzeichnet wurden.

In der Mannheimer Bevölkerung wurde der Aufenthalt der französischen Adligen nicht geschätzt. Friedrich Walter beschreibt sie als

leichtlebige, genußsüchtige, arrogante Sprößlinge einer bedenklich angefaulten Aristokratie, die vom Auslande pflichtschuldige Beihülfe zur Wiedererlangung veralteter Rechte forderten, die Vertreter einer dem Untergang geweihten Epoche. Auch hier spielten sie sich selbstbewußt und anspruchsvoll [...] auf [...]; ihre Begehrlichkeit wurde in Schranken gewiesen und jegliche Herausforderung Frankreichs ängstlich verhindert.<sup>758</sup>

Ihre Zeit vertrieben sich die Geflüchteten gemäß Walter mit

Gelagen, Hazardspiel, Komödien und galanten Abenteuern. Ihr anmaßendes Auftreten, ihr hochfahrender Übermut ward immer unerträglicher und führte zu mancherlei Reibungen mit der Bürgerschaft, dasgleichen ihre Spionenangst und Demokratenreichei. Im Besitz klingender Namen und unter dem Schutze fürstlicher Familien glaubten sie sich alles herausnehmen zu dürfen und verurachteten den Behörden Verlegenheit über Verlegenheit.<sup>759</sup>

Insbesondere das Verhalten des Emigranten Louis Antoine Henri de Bourbon-Condé, Herzog von Enghien (1772–1804) erregte das Aufsehen der Mannheimer Bevölkerung. Seit 1792

<sup>753</sup> Vgl. Schlösser, *Eine Neigung für die rote Mütze*, S. 598.

<sup>754</sup> Vgl. MIB 65 (14.08.1792).

<sup>755</sup> Vgl. ebd.

<sup>756</sup> Vgl. Voss, *Mannheimer im Banne der Französischen Revolution*, S. 55f.

<sup>757</sup> Vgl. Ebert, *Fremde in Kassel*, S. 269.

<sup>758</sup> Walter, *Mannheim* Bd. 1, S. 775.

<sup>759</sup> Vgl. ebd., S. 777.

diente der Herzog im Emigrantenheer seines Großvaters Louis Joseph de Bourbon, Fürst von Condé (1736–1818) als Offizier der Kavallerie. Mit anderen Franzosen hatte sich der Herzog von Enghien im Nationaltheater wohl derart laut unterhalten, dass sich ein Theaterbesucher über diesen „sehr schlecht erzogenen Menschen“<sup>760</sup> beschwert hatte. Die Diskussion endete schließlich mit den gezogenen Waffen der Franzosen und der Flucht des Besuchers nach Heidelberg.<sup>761</sup> Berichten von Walter zufolge trugen sich solche Zwischenfälle aufgrund des Benehmens der Franzosen in Mannheim häufiger zu.<sup>762</sup> Auch Christian Friedrich Daniel Schubart schreibt: „Die pfälzischen Offiziers sind meistens im Ton der Geselligkeit, der heitern Freude und akademischen Fidelität gestimmt. Man trifft auch Leute unter ihnen von festem deutschen Sinne, die es nicht selten wagen, die französischen Milchgesichter von sich wegzublitzen.“<sup>763</sup>

Ein anderer Emigrant, der sich im Mai 1791 in Mannheim niederlassen wollte, war Charles Philippe Graf von Artois (1757–1836), ein Bruder Königs Ludwig XVI. (1754–1793) und späteren Königs Karl X. von Frankreich. Da die Regierung jedoch glaubte, er würde sich in Mannheim politisch engagieren, erhielt er keine Aufenthaltsgenehmigung.<sup>764</sup> Seine Ankunft wurde trotzdem sehnsüchtig erwartet, denn wie die städtische Policey am 27. Juni mitteilte, „hatte sich eine beträchtliche Menge Franzosen, besonders Officiers, dahier eingefunden, und sich meistens in gasthäuseren Theils auch in privat-häußern einlogirt.“<sup>765</sup> Ebendiese Franzosen sah man als „durchreißende Fremdlinge“<sup>766</sup> an, also Fremde, die Mannheim wieder verließen. Gleichzeitig nahm die Policey dies zum Anlass, alle in Mannheimer Privathäusern einquartierten „Fremden, besonders Franzosen“<sup>767</sup> zu verzeichnen. Anders als den anderen Reisenden wurde den Franzosen jedoch keine Gastfreundschaft zu teil, da sich sowohl die staatliche als auch die städtische Obrigkeit vor ihrer dauerhaften Niederlassung fürchtete.

Trotz der ungenehmigten Aufenthaltserlaubnis kann die Anwesenheit von Artois in der Quadratestadt anhand der Fremdenlisten nachgewiesen werden. Offiziell taucht er darin zwar

---

<sup>760</sup> Auffallendes Betragen der franz. Aristokraten zu Mannheim, in: Historisch-politisches Magazin, nebst litterarischen Nachrichten, beyder Rechte Licentiaten 10,6 (1791), S. 652–655, hier S. 653.

<sup>761</sup> Vgl. ebd., S. 652–655. Ausführlich hierzu auch Schlösser, Eine Neigung für die rote Mütze, S. 597f. Dieser Vorfall vom Oktober 1791 bestätigt die in den Fremdenlisten erfassten Daten des Herzogs von Enghien. Dieser traf das erste Mal am 15. Juni in Mannheim ein, woraufhin Aufenthalte am 10. August und am 6., 15. und 28. September sowie am 5. Oktober 1791 folgten. Quartier bezog er im Juni und August im *Pfälzer Hof* und im September und Oktober im *Prinz Karl*. Ebenso beweist der Bericht des Magazins, dass sein Aufenthalt im Oktober länger andauerte. Vgl. MIB 50 (21.06.1791); MIB 66 (16.08.1791); MIB 73 (10.09.1791); MIB 76 (20.09.1791); MIB 80 (4. Oktober 1791); MIB 82 (11.10.1791).

<sup>762</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 775–781.

<sup>763</sup> Ebd., S. 670.

<sup>764</sup> Vgl. Schlösser, Eine Neigung für die rote Mütze, S. 598.

<sup>765</sup> Policey an Kurfürsten, 27.06.1791, GLA 77 Nr. 3864, Bl. 122.

<sup>766</sup> Ebd.

<sup>767</sup> Ebd., Bl. 123.

erst am 16. August 1792<sup>768</sup> auf, dennoch logierten Ende Mai und Anfang Juni Kammerkneben, Kuriere, Pagen sowie Leibgardisten des Grafen in Mannheim.<sup>769</sup> Interessanterweise befanden sich zur gleichen Zeit auch zahlreiche bekannte Gesichter der Revolutionszeit in der Quadratestadt, wie Armand François d'Allonville<sup>770</sup>, französischer Royalist und Maréchal de Camp, oder Louis-Alexandre Berthier<sup>771</sup>, der später zu einem Gefolgsmann Napoleons werden sollte, aber auch André Boniface Louis Riquetti de Mirabeau<sup>772</sup>, Generalleutnant im Emigrantenheer. Außerdem verweilte ein Schaffner des Prinzen von Condé<sup>773</sup> in Mannheim, ebenso wie Joseph Maria Ludwig Prinz von Lothringen-Vaudémont<sup>774</sup>, ein emigrierter französischer Adliger und Feldzeugmeister der kaiserlich-österreichischen Armee. Inwieweit zwischen diesen namenhaften Anhängern der Gegenrevolution und dem Erlass der kurpfälzischen Regierung im Monat Mai ein Zusammenhang besteht, kann nicht mit Sicherheit bestimmt werden.

In der Markgrafschaft Baden urteilte man ebenfalls über das schlechte Verhalten der französischen Emigranten. Hier kam es zu Diebstählen und Handgreiflichkeiten. Auch ihr arrogantes Verhalten wurde angeprangert.<sup>775</sup> Hierbei bezog man sich jedoch überwiegend auf Adlige oder Mitglieder der Emigrantenheere. Französische Handwerker, Bauern und Tagelöhner nahmen die Bewohner hingegen bereitwillig auf.<sup>776</sup> Sie verhielten sich wie die Mehrheit der Emigranten unauffällig, und passten sich der badischen Bevölkerung an, um nicht ausgewiesen zu werden.<sup>777</sup> Auch in Mannheim kam es zu freundlichen Begegnungen mit Franzosen, wie sie beispielsweise Francisco de Miranda in seinem Reisetagebuch von 1788 schildert. So arbeitete der burgundische Parlamentspräsident Nicolas Jeannin beispielsweise zwei Monate friedlich in der Schlossbibliothek.<sup>778</sup> Der Maler Egid Verhelst sah gar in der Aufnahme der französischen Emigranten einen Höhepunkt deutsch-französischer Freundschaft.<sup>779</sup>

Die negativen Berichte von Zeitgenossen über das Verhalten beziehungsweise Fehlverhalten von Franzosen, insbesondere der französischen Adligen, und ein grundlegendes Verbot des

---

<sup>768</sup> Vgl. MIB 67 (21.08.1792).

<sup>769</sup> Vgl. MIB 44 (31.05.1791); MIB 45 (04.06.1791); MIB 46 (7.06.1791); MIB 47 (11.06.1791).

<sup>770</sup> Vgl. MIB 44 (31.05.1791).

<sup>771</sup> Vgl. MIB 45 (04.06.1791).

<sup>772</sup> Vgl. ebd.

<sup>773</sup> Vgl. MIB 46 (07.06.1791).

<sup>774</sup> Vgl. ebd.

<sup>775</sup> Vgl. Diezinger, *Französische Emigranten*, S. 280.

<sup>776</sup> Vgl. ebd., S. 281.

<sup>777</sup> Vgl. ebd., S. 284.

<sup>778</sup> Vgl. Voss, *Mannheimer im Banne der Französischen Revolution*, S. 57.

<sup>779</sup> Vgl. Schlösser, *Eine Neigung für die rote Mütze*, S. 596.

Aufenthaltes der Franzosen innerhalb der Quadratestadt, wie es 1794 erlassen wurde, erschwerte die Integration der französischen Emigranten und Geflüchteten in der Quadratestadt. Dabei führte aber gerade der Umgang mit den Franzosen gemäß Karl Härter in vielen Territorien gar „zu neuen Verfahren der Integration und Kontrolle“<sup>780</sup> von politischen Geflüchteten. In den Policey- und Ordnungsgesetzen werden die französischen Emigranten beziehungsweise die Franzosen, egal welchen Stand sie bekleideten, häufig stigmatisiert. Durch Verordnungen, die explizit gegen ihren Aufenthalt in der Stadt gerichtet waren, wurden sie von den Mannheimer Bewohnern separiert. Dennoch wurden sie in den Quellen nicht immer direkt beim Namen genannt, sondern mit den anderen Auswärtigen gleichgesetzt, auch wenn aus dem Kontext explizit auf die Franzosen zurückgeschlossen werden kann. Beispielsweise wurde in einer Ordonnanz vom Mai 1791 „allen Fremden, wes Standes sie immer seyn mögen unter Wiederholung der bereits verkündeten hohen Regierungs-Verordnung [...], wornach das Verkaufen und Tragen aller heimlichen Gewehre [...] verboten, hierdurch alles Ernstes“<sup>781</sup> befohlen, „sich während ihres hiesigen Aufenthalts, um sich des ihnen gegönnten obrigkeitlichen Schutzes würdig zu erhalten, ruhig und friedfertig zu betragen“<sup>782</sup>. Die Ordonnanz unterband nicht nur Gespräche über die Französische Revolution beziehungsweise Konterrevolution, sondern wurde zeitgleich in französischer Sprache herausgegeben. Somit bezieht sich diese Verordnung explizit auf die französischen Emigranten, auch wenn die Rede von „allen Fremden“<sup>783</sup> beziehungsweise „les Etrangers de quelque Rang & Condition“<sup>784</sup> ist. Ebenso sieht dies in einem Schreiben von 1793 des Gouverneurs von Mannheim, Graf Bernhard Erasmus von Deroy, in Betreff der Fortweisung der sich in Mannheim aufhaltenden Migranten aus: Deroy verwendet hier statt dem Begriff des Fremden jenen des Fremdlings.<sup>785</sup> Am ehesten von der umzusetzenden Verordnung werden dennoch wohl die Franzosen betroffen gewesen sein.

Schlussendlich waren es vor allem die negativen Eindrücke der Emigranten und Geflüchteten, die in der Erinnerung der Einwohner Mannheims widerhallten: Mit ihrem Verhalten bestimmten die Emigranten

die Begegnung ihres Gastlandes mit der Revolution, vor der sie geflohen waren, entscheidend mit. [...] Sie wurden wider Willen zu Propagandisten der Französischen Revolution. Denn durch ihr

---

<sup>780</sup> Härter, *Steuerung von Migration*, S. 84f.

<sup>781</sup> Policeyordnung, 28.05.1791, GLA 213 Nr. 1738.

<sup>782</sup> Ebd.

<sup>783</sup> Ebd.

<sup>784</sup> Ebd.

<sup>785</sup> Vgl. Deroy an Regierung, 30.12.1793, GLA 213 Nr. 1755.

anmaßendes und ausschweifendes Verhalten machten sie nicht nur sich selbst, sondern die (französische) Aristokratie insgesamt bei vielen Deutschen unbeliebt.<sup>786</sup>

Franz Dumont kommt deshalb zu dem Schluss, dass die Emigranten „weniger die nationalen Vorurteile gegen die ‚arroganten und leichtlebigen‘ Franzosen als soziale Ressentiments gegen den Adel“<sup>787</sup> bestätigten. Auch aus dem für Mannheim vorliegenden Quellenmaterial geht hervor, dass es sich hier keinesfalls um Rassismus gegenüber Franzosen handelte. Die Verordnungen gegen den Aufenthalt von französischen Emigranten scheinen vielmehr einer restriktiven Niederlassungspolitik zu entspringen, die Mannheim schon seit Jahrzehnten verfolgte; die Resonanz in den zeitgenössischen Quellen den Ressentiments gegenüber den französischen Adligen, Politikern und Militärs in der Stadt. Die Kritik an den Franzosen ist somit weniger auf ihre Herkunft als auf ihr Verhalten und ihren Stand zurückzuführen. Dies wird besonders an den Ausführungen von Sabine Diezinger zu den Emigranten in der Markgrafschaft Baden deutlich. Diezinger zeigt nämlich, dass die Emigranten aus dem Dritten Stand von der Bevölkerung durchaus wohlwollend aufgenommen wurden. Für Mannheim kann dies zwar nicht eindeutig belegt werden. Die sinkende Aufnahme von Beisassen in den 1790er Jahren würde jedoch deutlich gegen die Integration von französischen Geflüchteten sprechen.

## 5.5 Gewerbebetreibende aus dem In- und Ausland

Die wohlhabenden Gewerbebetreibenden gehörten gemäß Simon Karstens zu den Fremden mit privilegiertem Rechtsstatus. Sie behielten bei gleichzeitiger Gewährung von größtmöglichen Freiheiten am Niederlassungsort ihr auswärtiges Heimatrecht bei.<sup>788</sup> Da die Stadt auf wohlhabende Zuwanderer angewiesen war, erhielten sie Privilegien, die den bereits untersuchten Migranten nicht zuteilwurden. So waren die wohlhabenden Gewerbebetreibenden kaum von den Instrumenten und Maßnahmen zur Eindämmung von Mobilität und Migration betroffen. Im Gegenteil: Durch ihre Privilegierung wurden sie geradezu in die Stadt gelockt. Gemäß den Mannheimer Stadtprivilegien sollte

allen denenjenigen, welche ein oder anderes Gewerb, oder Manufactur dahier aufzurichten Vorhabens seyn möchten, wie auch anderen Kauf- und Handelsleuthen zu all immer thunlichster Beförderung des Handelswesens, fort darab herfließender mehr gedeihlicher Nahrung, besonders vergnügliche Privilegien und Freiheiten ertheilen werden<sup>789</sup>.

---

<sup>786</sup> Franz Dumont, Die Emigranten in Deutschland, in: Ders./Franklin Kopitzsch/Axel Kuhn [u. a.] (Bearb.), Deutschland und die Französische Revolution 1789/1989. Eine Ausstellung des Goethe-Instituts zum Jubiläum des welthistorischen Ereignisses, Stuttgart 1989, S. 89–93, hier S. 93.

<sup>787</sup> Ebd.

<sup>788</sup> Vgl. Karstens, Ständeordnung und Territorialstaat, S. 251; Schaser, Städtische Fremdenpolitik, S. 145.

<sup>789</sup> Privilegia der ersten Churpfälzischen Haupt- und Residenz-Stadt Mannheim vom 23 December 1785, Mannheim 1785, S. 18. Die Stadtprivilegien von 1785 werden nachfolgend als *Stadtprivilegien (1785)* zitiert.

Einzigste Voraussetzung war, dass sie in der Stadt kein bürgerliches Gewerbe betrieben, und demnach nicht zu Konkurrenten der Stadtbürger avancierten.<sup>790</sup> Die Vermehrung der Bevölkerung galt dem übergeordneten Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu fördern. Dies war umso bedeutsamer, da es gemäß Stefan Mörz an Unternehmerpersönlichkeiten in der Kurpfalz fehlte.<sup>791</sup> Quellen zum Aufenthalt dieser Zuwanderer in Mannheim sind rar. So lassen sich nur wenige Personen greifen, welche die Stadt nicht mit der Intention betraten, zu Bürgern oder Beisassen aufgenommen zu werden. Es muss deshalb anhand einiger weniger Gewerbebetreibenden die Aufnahme und Integration dieser Gruppe der Migranten nachgezeichnet werden.

Einen privilegierten Rechtstatus sollte beispielsweise der Schiffer Johann Jakob Kast aus Gernsbach, der 1803 einen Holzhof am Neckar in Mannheim errichten wollte, erhalten.<sup>792</sup> Da Kast gebürtig aus Gernsbach stammte, war er ein badischer Untertan. Gernsbach wurde zwar seit dem 17. Jahrhundert zeitweise von Baden, Württemberg und Speyer, später von Baden und Speyer verwaltet, mit dem Reichsdeputationshauptschluss fiel es jedoch gänzlich an Baden. Allerdings hatte Kast bereits 1790, zu diesem Zeitpunkt galt er in der Kurpfalz noch als eine ausländische Person, zur Erleichterung seines Holzgewerbes einen Holzhof in Frankenthal anlegen wollen.

Da in diesem Punct in der diesseits Rheinischen Pfalz die erforderliche Concurrrenz nicht hergestellt, auch die eigenen Landes-Quellen so wenig benutzt seyen, daß die Erfordernisse an geschnittenen Holz Waare, bisher aus dem Ausland grösten Theils hätte bezogen werden müssen, so habe man damals keinen Anstand gewonnen, dem Schiffer Kast allen möglichen Vortheil zu machen, und so seye demselben „per Rescriptum vom 7ten november 1790 die Ermächtigung ertheilet worden, sein Gewerbe innerhalb der übrigen Churpfälzischen Staaten zu verbreiten, und in denselben Magazin anzulegen, jedoch allemahl unter billigmäßigen mit ihm zu vereinbarenden Bedingnissen.“<sup>793</sup>

Kast erhielt somit besondere Privilegien, wie bereits aus der Formel „allen möglichen Vortheil“ hervorgeht. Sein Frankenthaler Lager wollte er 1803 weiterhin von Mannheim aus unterstützen. In der Quadratestadt allerdings komme er nun in den Genuss der Vorteile des Mannheimer Handels, ohne das französische Ausfuhrverbot beachten zu müssen, wie aus dem Demolitionskommissionsprotokoll vom 16. August 1803 hervorgeht. Ein dortiges Lager sei zudem für die Mürghalschiffer und die Mannheimer Schreinerzunft, die hierdurch sogar fremde Schreiner verdrängen könnten, von großem Vorteil. Sein Gesuch wollten der Mannheimer Stadtrat und das Hofratskollegium allerdings nur positiv bescheiden, wenn er das Bürgerrecht in der Stadt erwarb. Kast besaß jedoch vermutlich bereits bürgerliche Rechte in Gernsbach,

---

<sup>790</sup> Vgl. Verordnung, 06.03.1770, GLA 77 Nr. 818, Bl. 11.

<sup>791</sup> Vgl. Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 271.

<sup>792</sup> Zuvor wollte Kast jedoch auch eine Landwarenniederlage und ein Gebäude errichten, was er aber nicht weiterverfolgte. Vgl. Ratsprotokoll 1803, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 146, S. 1377.

<sup>793</sup> Demolitionskommissionsprotokoll, Auszug, 16.08.1803, GLA 213 Nr. 1069.

weshalb die Demolitionskommission die Notwendigkeit des Bürgerrechtserwerbes in Mannheim kritisch hinterfragte. So wird Kast seitens der Demolitionskommission nur zur Bedingung gemacht, sich an den Demolitions- und Verschönerungsplan zu halten.<sup>794</sup>

Dass Kast bereits badischer Untertan war, geht aus einer Stellungnahme hervor, welche er von Gernsbach aus an das Oberamt richtete. Hierin zeigt er an, dass er gewillt sei,

das Bürgerrecht in Mannheim zu erwerben, ohnerachtet, bei mir als einem Unterthanen S Churfürstlh: Durchlaucht, und bei unsere berechtigungen als Rheinschiffere, unsere Handel längst dem Rhein zu betreiben, daß von Mannheimer Zimmerleuthen, und andere dortigen Gewerbern, die kein anderes Ubi haben, hergenommene Argument nicht anschlägt.<sup>795</sup>

Kasts Urteil ist berechtigt: Das Mannheimer Bürgerrecht zu erwerben, stellte für ihn kein Problem dar, obwohl er betonte, dass er bereits Untertan des badischen Kurfürsten sei, er dementsprechend ein Heimatrecht in Gernsbach besaß, und damit berechtigt sei, auf dem Rhein Handel zu treiben. Letztgenanntes Argument schienen die Mannheimer Zimmer- und Handelsleute, mag man den Ausführungen von Kast glauben, jedoch nicht vollends anzunehmen. Kast stellte für die Mannheimer Bürger einen Konkurrenten dar, der als Auswärtiger zudem in Mannheim keine städtischen Abgaben zu zahlen hatte. Obwohl Kast ein Untertan desselben Landesfürsten war, wird er von den Mannheimer Bürgern als Fremder wahrgenommen, was auf eine innere Geschlossenheit der Bürgerschaft und die Bedeutsamkeit des Heimatrechts deuten lässt.

Auch der Mannheimer Stadtrat hatte nichts gegen die Verleihung des Bürgerrechts an Kast einzuwenden.<sup>796</sup> So ist kaum verwunderlich, dass im Oktober 1803 in den Ratsprotokollen ein Vermerk zu finden ist, demzufolge der Hofrat die geforderte Bürgerrechtsannahme in die Wege geleitet hatte.<sup>797</sup> Eine Verpflichtung Kasts geht allerdings aus den Protokollen der folgenden Jahre nicht hervor. Was deutlich gegen Kasts Bürgerrechtsverleihung spricht, ist zunächst das Fehlen eines Familienbogens. Ferner ist ein Herr Kast aus Gernsbach zweimal im Jahr 1791 und zwischen 1807 und 1818 mehrmals in den Mannheimer Fremdenlisten anzutreffen. Entweder nahm Kast das Bürgerrecht nicht an, denn ansonsten wäre er in den Fremdenlisten nicht als Fremder verzeichnet worden, oder es handelte sich um einen Verwandten von Kast.<sup>798</sup> Unter

---

<sup>794</sup> Vgl. Demolitionskommissionsprotokoll, Auszug, 16.08.1803, GLA 213 Nr. 1069.

<sup>795</sup> Kast an Oberamt, 08.09.1803, GLA 213 Nr. 1069.

<sup>796</sup> Vgl. Resolutionsprotokoll, 19.08.1803, GLA 213 Nr. 1069.

<sup>797</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1803, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 146, S. 2093.

<sup>798</sup> Als Verwandter kommt bspw. der 1825 in Gernsbach verstorbene Johann Jakob Kast, ein Vater von Rosine Kessel, die in Frankenthal lebte, infrage. Denn im Rahmen einer Immobilienversteigerung der Witwe Charlotte Kast, geborene Behagel, des Sohnes des verstorbenen Johann Jakob Kasts im Jahr 1833, wird ein Mannheimer Handlungscommis mit dem Namen Johann Jakob Kast, der zwar in Mannheim tätig, aber in Frankenthal wohnhaft war, erwähnt. Vgl. hierzu D. Red, Charlotte Kast, geborene Behagel, gegen Rosine Kast, verw. Kessel in Gernsbach, in: Jahrbücher des Grossherzoglich Badischen Oberhofgerichts. Sammlung einiger neuern, bei dem Großherzoglich Badischen Oberhofgerichte im Criminal- und Civilsache ergangenen Erkenntnisse und Verfügungen, mit besonderer Rücksicht auf das neue Proceß-Verfahren 8 (1844), Sp. 270–311, hier Sp. 270f.



dieser Prämisse muss schlussendlich davon ausgegangen werden, dass Johann Jacob Kasts Zuwanderung scheiterte, obwohl seine formale Integration von mehreren Behörden forciert worden war.

Die Verleihung der Privilegien an Kast waren zeitgleich an seine formale Integration in das Stadtwesen geknüpft. Ebendies tritt ebenfalls deutlich bei Samuel Ryhiner, der aus einer alten Basler Handelsfamilie stammte, hervor. Sein Vater war der gleichnamige Händler Samuel Ryhiner und seine Mutter Valerie Hagenbach, Tochter des Baslers Bürgermeister.<sup>799</sup> Der 1781 geborene Samuel Ryhiner absolvierte eine kaufmännische Lehre im Handelshaus *Leonhard de Leonhard Burckhardt*, nach deren Abschluss er wenige Zeit später seine Heimat verließ. Ein erstes Ziel war möglicherweise Frankenthal,<sup>800</sup> bevor er sich im Mai 1804 an die kurbadische Regierung wandte. In Frankenthal hatte er vermutlich auch seine von dort gebürtige Ehefrau Anna Sabine Koob<sup>801</sup> kennengelernt, die er später ins Basler Bürgerrecht aufnehmen ließ.<sup>802</sup> In Mannheim wollten Ryhiner und sein Bruder eine Tabakfabrik in der Mühlau errichten. Dementsprechend wollte man Herrn Ludwie das Mühlheimer Wirtshaus vor dem Mühlauer Schloss abkaufen, wobei die Brüder zu diesem Zeitpunkt bereits ein Vermögen von 20 000 Gulden in bar besaßen, welches sie in Wechsel bei sich führten.<sup>803</sup>

Der ältere Bruder hatte sich allerdings in Frankfurt niedergelassen.<sup>804</sup> Bei diesem Bruder handelte es sich um den vier Jahre älteren Johannes Ryhiner. Johannes war um 1798 Unterleutnant der Landmiliz-Artillerie, war jedoch ebenfalls im Haus des Johann Georg Winkler in Frankfurt am Main als Ladendiener tätig gewesen. Im gleichen Jahr, in dem sein Bruder Samuel in Mannheim situiert war, beantragte Johannes in Frankfurt das Bürgerrecht mit der Begründung, dort schon seit sechs Jahren wohnhaft gewesen zu sein. Die vorzeitige Ablehnung führte möglicherweise zu seiner Heirat mit der Frankfurterin Anna Gertrud Richtberg. Denn die Ehe mit einer Frankfurterin und ein Vermögen von 3,1 Millionen Gulden reichten dem Fürstprimas im Jahr 1807, um die Stadt Frankfurt per Dekret zu zwingen, Johannes zum Bürger aufzunehmen. Auch im Jahr 1821 war Johannes noch immer in Frankfurt ansässig, wobei er sich von dort aus um die Aufnahme in die Hausgenossenzunft in Basel bewarb. Der positive Bescheid ist für den Familienforscher Gustav Ryhiner, der ausgiebig die Familiengeschichte der Ryhiners er-

---

<sup>799</sup> Vgl. Hans-Peter Ryhiner (Hg.), *Ryhiner. Die Familie Ryhiner. 500 Jahre im Basler Bürgerrecht. 1518–2018*, Basel 2018, S. 92f.

<sup>800</sup> Vgl. ebd., S. 95.

<sup>801</sup> Vgl. Samuel Ryhiner, 1807, *MARCHIVUM*, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 171.

<sup>802</sup> Vgl. Ryhiner, *Die Familie Ryhiner*, S. 95.

<sup>803</sup> Vgl. Kurbadisches Hofratsprotokoll, Auszug, 28.05.1804, GLA 213 Nr. 867.

<sup>804</sup> Vgl. ebd.

forschte, ein Beleg für ein Doppelbürgerrecht in Basel und Frankfurt. Nach Basel kehrte Johannes allerdings nicht mehr zurück, da er 1822 in Frankfurt verstarb.<sup>805</sup> Dass Johannes Ryhiner tatsächlich eine Art Doppelbürgerrecht besaß, sollte angezweifelt werden, da mit der Annahme zum Bürger normalerweise die Zugehörigkeit zu einem fremden Staat aufgesagt wurde.<sup>806</sup>

Im Gegensatz zu Johannes war es die kurbadische Regierung, die Samuel Ryhiner die Bitte antrug, ein Mannheimer Bürger zu werden, womit er automatisch Staatsbürgerrechte im Land erworben hätte. Samuel schlug diese Bitte jedoch aus. Er war zwar damit einverstanden, sich den bürgerlichen Lasten und Pflichten der Stadt Mannheim zu unterwerfen, das Bürgerrecht wollte er allerdings nicht erwerben, da er ansonsten das Basler Bürgerrecht „in einer Periode seines Lebens verlieren würde, wo er sich noch nicht ganz bestimmt an einem fremden Orte definitiv niederzulaßen im Stande glaubt“<sup>807</sup>.

Wenn nun zwar allerdings mit der Treibung eines bürgerlichen Gewerbs auch bürgerliche Lasten und Pflichten verbunden seyn sollen so erschien hier eine Ausnahme von der Regel darine, daß der Petent dermalen noch nicht zum Bürger angenommen zu werden wünschte doch dürfte das in der nachgebrachten Vorstellung angeführte Motiv allerdings Rücksicht verdienen, wenn auf der andern Seite alle Lasten getragen werden und der hier ländische Gesetzen im ganzen Umfang sich unterworfen wird<sup>808</sup>.

Hierdurch sollten die Mannheimer Bürger und Fabrikanten geschützt werden. Aber

ob einen Fremden erlaubt werden will, auf seine Kosten erst den Versuch zu machen, ob seine Unternehmung auch der Erwartung entspreche, und sich bis dahin des anderstwo besitzende Bürgerrecht vorbehalten will, dies hänge lediglich von der höchsten Gnade Sisisicmi und seiner Rücksichten ab, welche man der Ansiedlung wohlhabener Fremde widmete.<sup>809</sup>

Unter der Prämisse, „alle mit ihrem Gewerbe verbundenen Lasten und Beschwerden [zu]tragen, und, was sich übrigens nun selbst verstehe, der bestehenden landesgesetzgebung in ihrem ganzen Umfang [zu]unterwerfen“<sup>810</sup>, beschied der Hofrat das Vorhaben der Gebrüder positiv und beschloss gleichzeitig, dass in diesem Fall auch nicht weiter der Mannheimer Stadtrat und die Handlungsinnung zu befragen seien. Ob es zur Errichtung einer Tabakfabrik durch Ryhiner in Mannheim kam, kann nicht ermessen werden. Im Mannheimer Ratsprotokoll findet sich lediglich die Wiedergabe des Beschlusses und die Erhebung von Taxen.<sup>811</sup> Letztendlich gewährte man Ryhiner zwar vorerst die Ansiedlung unter Beibehaltung seines Basler Bürgerrechts, um

---

<sup>805</sup> Vgl. Ryhiner, Die Familie Ryhiner, S. 94f.

<sup>806</sup> Zum Bürgerrecht in Frankfurt siehe: Sonja Breustedt, Bürger- und Beisassenrecht. Die rechtspolitische Steuerung der Immigration im frühneuzeitlichen Frankfurt am Main, in: ZHF 44 (2017), S. 597–633.

<sup>807</sup> Kurbadisches Hofratsprotokoll, Auszug, 28.05.1804, GLA 213 Nr. 867.

<sup>808</sup> Ebd.

<sup>809</sup> Ebd.

<sup>810</sup> Ebd.

<sup>811</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1804, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 148, S. 177.

ihn als „wohlhabende[n] Fremde[n]“<sup>812</sup> zu gewinnen. Dennoch ist hier bereits deutlich herauszulesen, dass der Staat mit seiner zukünftigen Aufnahme ins Bürgerrecht rechnete.

Tatsächlich erwarb Ryhiner trotz seines Verzichtes zwischen 1804 und 1807 das Mannheimer Bürgerrecht.<sup>813</sup> Unter welchen Bedingungen die Bürgerannahme Ryhiners im Nachgang vollzogen wurde, ist nicht überliefert. Letztendlich müsste er allerdings bis zu seiner Aufnahme zum Mannheimer Bürger als Fremder beziehungsweise Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis, vielleicht gar mit einem Einwohnerbrief, und bestimmten Freiheits- und Persönlichkeitsrechten in der Quadratestadt wohnhaft gewesen sein.<sup>814</sup> Gleichzeitig hätte er aber auch als in der Kurpfalz lebende ausländische Person die herrschaftlichen und allgemeinen Abgaben tragen müssen.<sup>815</sup> Erst im Jahr 1808 hätte er dann als Ausländer Einsassenrechte in Mannheim erhalten. Dabei erhielten die Ausländer in Bezug auf ihr Gewerbe Staatsbürgerrechte, womit sie zeitgleich den Untertanenpflichten<sup>816</sup> unterworfen waren.<sup>817</sup> In allen anderen Beziehungen oblagen ihnen die Rechte und Pflichten der Schutzgenossen. Dennoch unterschied ihre Gerichtspflichtigkeit die Einsassen von den Schutzgenossen.<sup>818</sup> Als Staatsbürger ohne Bürgerrechte, dennoch policeylich angemeldet, lebten die inländischen Gewerbebetreibenden in Mannheim. Da Ryhiner jedoch spätestens ab 1807, auf dieses Jahr datiert ein Familienbogen mit dem Hinweis seiner Bürgerannahme, Bürger der Quadratestadt war, lebte er als badischer Staatsbürger mit Ortssassenrecht in Mannheim.<sup>819</sup> Er hatte dementsprechend ein Heimatrecht in Mannheim begründet, womit seine dort geborenen Kinder ebenfalls ein Heimatrecht in der Stadt erhielten. Wie lange Ryhiner in Mannheim blieb, ist nicht gesichert. Nachweislich befanden sich Ryhiner und seine Ehefrau einige Jahre später wieder in der Schweiz, zunächst in Winterthur und spätestens ab 1821 in Basel. Sein Erbe in Höhe von über 20 000 Pfund investierte er in die Errichtung einer Indienne-Fabrik vor dem Basler Riehentor. Nur ein Jahr nach dem Tod seines Bruders verstarb Samuel 1823 in Basel.<sup>820</sup>

---

<sup>812</sup> Kurbadisches Hofratsprotokoll, Auszug, 28.05.1804, GLA 213 Nr. 867.

<sup>813</sup> Vgl. Samuel Ryhiner, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 171.

<sup>814</sup> Zur policeylichen Anmeldung siehe Kapitel 5. *Aufenthaltort Mannheim: Aufnahme von Migranten*.

<sup>815</sup> Vgl. Verordnung, 06.03.1770, GLA 77 Nr. 818, Bl. 11f.

<sup>816</sup> Zu den Untertanenpflichten zählten Erbhuldigung und Gerichtspflichtigkeit, Steuerpflicht, Dienstpflicht, Herrenfrondbarkeit und Erbpflichtigkeit. Vgl. Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 156–165.

<sup>817</sup> Allgemein verstand die Regierung unter Einsassen ausländische Personen „welche mit Beybehaltung des Heimathsrechts in ihrem ursprünglichen Staat, zugleich durch einen gesetzmäßig erlangten Besiz von Liegenschaften im Land, ingleichen durch ordnungsmäßige Erlangung eines Staatsdienstes oder eines Gewerbes im Land in eine bleibende Verbindung mit Unsern Landen gekommen sind, wovon Erstere, je nachdem ihr Gut eigene Markungsrechte hat, oder einer OrtsMarkung untergeben ist, Landsassen oder Marksassen, letztere beede Gattungen aber Schirmsassen sind.“ Hierzu Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 149f.

<sup>818</sup> Vgl. Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 150.

<sup>819</sup> Hierzu Kapitel 6.1.2 *Das Ortssassenrecht nach altbadischem Vorbild*.

<sup>820</sup> Vgl. Ryhiner, Die Familie Ryhiner, S. 95f.

Aus dem Protokoll des kurbadischen Hofrates geht deutlich hervor, dass man die Ansiedlung von wohlhabenden Ausländern einerseits zu fördern suchte, gerade in Anbetracht der Vorteile, welche die Etablierung einer Tabakfabrik und die monetären Möglichkeiten für Stadt und Land mit sich brachten, andererseits auf den Schutz seiner eigenen Bürger und Fabrikanten bedacht war. Einen privilegierten Rechtsstatus ersuchte auch der Bürgersohn Abraham Kron aus Kaiserslautern, welcher der Regierung für seine Privilegierung gleich eine Art Vorlage mitbrachte. Kron wollte 1801, also noch unter dem kurpfälzischen Kurfürsten Maximilian IV. Joseph, ein Gewerbe errichten. Zum Zeitpunkt seines Gesuchs, das er von Ansbach aus an den Kurfürsten richtete, war er bereits 16 Jahre auf Reisen gewesen und hatte sich an verschiedenen Orten aufgehalten. In Neustadt an der Weinstraße beispielsweise hatte er eine kaufmännische Ausbildung absolviert, danach fünf Jahre in Schnöck bei Halle, ein Jahr in Homburg<sup>821</sup> und sechs Jahre in Ansbach bei Kriegs- und Domänenrat Lehner in der Halbseiden- und Baumwollmanufaktur gearbeitet,<sup>822</sup> die er „mit dem besten Erfolg geführt habe.“<sup>823</sup> Diesen Erfolg wolle er nun in Mannheim fortsetzen, weshalb er in der Quadratestadt eine Siamoische-Fabrik mit Privileg eröffnen wolle, wie Kron in seinem Gesuch berichtet. Hierzu legte er diesem einen Auszug aus jenem Privileg bei, das Lehner für seine Fabrik in Ansbach vom preußischen König erhalten hatte. Hierbei handelte es sich um die Erlaubnis, alleinig in dem jeweiligen Ort Fabriken zu führen und die Waren im In- und Ausland zu verkaufen, zudem war darin eine 15-jährige Zollfreiheit bestimmter Materialien, die gerichtliche Unterstützung beispielsweise bei Betrug, die Befreiung der Fabrikarbeiter vom Kriegsdienst und eine bestimmte Menge an Holz enthalten.<sup>824</sup>

Auch wenn ihm in Mannheim noch ein Finanzier und ein Gebäude für seine Siamoische-Fabrik fehlten, so drückte der Gewerbebetreibende Kron in seinem Gesuch den Wunsch aus, in den Schutz des kurpfalz-bayerischen Kurfürsten zu treten, selbst wenn er eine Möglichkeit hätte, in Preußen zu bleiben.<sup>825</sup> Dabei war Mannheim gleich aus mehreren Gründen der perfekte Standort für Kron: Da es noch keine Siamoische-Fabrik in Mannheim gäbe, könne er durch die Anlegung einer solchen Fabrik sowohl eine Menge Arbeitsplätze schaffen als auch damit eine Menge fremdes Geld in Kurpfalz-Bayern in Umlauf bringen.<sup>826</sup> Am 20. Januar 1801 konnte Kron sodann „die Fabriken Comiſion jedoch ohne befreiung von den bestehenden Steuern und Abgaben, und ohne ausschließendes, die gleiche Erwerbsfreyheit aller andern beschränkendes

---

<sup>821</sup> Auch in Homburg gab es eine Siamois-Fabrik. Hierzu Gottfried Gerstner, *Der Rheinkreis des Königreichs Baiern. Ein statistisches Gemälde nebst zwei Beilagen über öffentliche Gerichte und Gewerbswesen*, Augsburg 1821, S. 82.

<sup>822</sup> Vgl. M. Georg Friedrich Daniel Göß (Hg.), *Statistik des Fürstenthums Ansbach*, Ansbach 1805, S. 88.

<sup>823</sup> Kron an Kurfürsten, 18.11.1801, GLA 213 Nr. 936, Bl. 2.

<sup>824</sup> Vgl. ebd., Bl. 4.

<sup>825</sup> Vgl. ebd., Bl. 5.

<sup>826</sup> Vgl. ebd., Bl. 2f.

Vorrecht ertheilet werden.“<sup>827</sup> Auch Kron sollte wie bereits zuvor Kast und Ryhiner die Steuern und Abgaben in Mannheim tragen. Im Gegenzug wurde ihm der Erwerb des Bürgerrechts nicht anbefohlen. Da Kron im März des folgenden Jahres noch immer keine Resolution erhalten hatte, wandte er sich an Regierungsrat Johann Ludwig Rheinwald. Dieser berichtete, dass die ganze Angelegenheit an die Regierung, mit der Bitte seinen Fall zu beschleunigen, übertragen worden sei.<sup>828</sup> Nähere Informationen zum Fall von Kron gehen aus den Akten nicht hervor. Auch wenn sich der Gewerbebetreibende vermutlich nicht in Mannheim niederließ, so zeugt seine Biografie in eindrucksvoller Weise von der Mobilität der Bevölkerung Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

Die Aufnahme von Kast, Ryhiner und Kron gestaltete sich in der Quadratestadt nicht nur relativ problemlos, sondern war im Fall von Kast und Ryhiner sogar von Seiten der Obrigkeit vorangetrieben worden. Dennoch wollte der Staat, dass sich Kast, Ryhiner und Kron allen bürgerlichen Lasten und Pflichten unterwarfen, selbst wenn sie vorerst keine Mannheimer Bürger wurden. Dies beobachtet Frank Metasch auch für Dresden, denn auf „diese Weise sollte sichergestellt werden, dass sich alle Einwohner den Bestimmungen der Stadtstatuten unterwarfen und sich an den öffentlichen Lasten beteiligten.“<sup>829</sup> Die Regierung versuchte zwar, diese wohlhabenderen Zuwanderer zum Erwerb von Bürgerrechten zu bewegen, die begründete Ablehnung dieses Angebots wurde jedoch ebenso akzeptiert, da man auf ihre Zuwanderung angewiesen war. Inwieweit eine soziale und ökonomische Integration ins Stadtwesen für die wohlhabenden Gewerbebetreibenden möglich war, lässt sich anhand dieser punktuell verbliebenen Untersuchung kaum eruieren. Gehaltvolle Aussagen benötigten eines erweiterten Untersuchungsgegenstandes. Da Kast und Kron sich vermutlich gar nicht in Mannheim niederließen, ist ihre Integration von vornherein auszuschließen. Da Ryhiner allerdings Bürgerrechte in Mannheim erwarb, sind seine sozialen Kontakte in der Stadt eher vor diesem Kontext auszuwerten.

Dass Kast und Kron Bürgerrechte in Mannheim von Seiten der Regierung aus erwerben sollten, bedeutete, dass man das Wohlergehen von Land und Stadt über das Wohlergehen der Mannheimer Bürger und Zünfte stellte. Nur so kann das Übergehen von Beschwerden gewertet werden. Gerade die zünftigen Bürger sahen wahrscheinlich in den von außerhalb in die Stadt migrierenden Personen, selbst wenn sie aus demselben Land kamen, Konkurrenten, die ihnen das eigene Geschäft streitig machen konnten. Ebendieser Konkurrenzneid trat auch bei den Juden deutlich hervor. Gleichzeitig wird insbesondere bei der Auseinandersetzung mit Ryhiner

---

<sup>827</sup> Regierungsratsprotokoll, Auszug, 20.01.1802, GLA 213 Nr. 936.

<sup>828</sup> Vgl. Kron an Kurfürsten, 24.03.1802, GLA 213 Nr. 936.

<sup>829</sup> Metasch, Einwanderung und Integration, S. 154.

auch die Beschneidung der Autonomie der Stadt Mannheim sichtbar, da der Hofrat auf die Meinungsabgabe von Stadtrat und Handelsinnung verzichtete, die man wiederum mit der Verpflichtung auf die bürgerlichen Lasten und Pflichten schützen wollte. Die Annahme in das Bürgerrecht bedeutete jedoch auch für die Gewerbebetreibenden Vorteile, denen sich das nachfolgende Kapitel ausführlich widmen wird.

## 6. Niederlassungsort Mannheim: Integration von Migranten

Die Aufnahme und Integration von Migranten lässt sich am deutlichsten anhand der in das Bürger- beziehungsweise Beisassenrecht aufgenommenen Migranten bewerten. Die Bürger und Beisassen waren in der Frühen Neuzeit für jede Stadt eines der wichtigsten Elemente der zivilen Einwohnerschaft. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung belief sich in Mannheim im Jahr 1792 auf rund 30 Prozent. Um sich die Dimension dieser Zahl zu verdeutlichen, bedarf es einiger Vergleichswerte aus demselben Jahr: 37,5 Prozent der in der Stadt lebenden Personen waren Militärangehörige, weitere 13 Prozent Mitglieder des Hofes oder der Verwaltung. Die Knechte und Mägde wie auch die Handwerksgesellen zählten rein rechnerisch jeweils zu jenen Familien, bei denen sie auch in Anstellung standen. Bei den Bürgern belief sich ihr Anteil auf rund 23 Prozent, bei den Beisassen auf lediglich rund zwei Prozent.<sup>830</sup>

In Mannheim besaßen die Bürger der Stadt ein aktives und passives Wahlrecht, sie konnten an der städtischen Gesetzgebung mitwirken oder ein zünftiges Handwerk oder Gewerbe ausüben. Darüber hinaus hatten die Bürger die Berechtigung zum Bezug der Bürgernutzungen und im Fall von finanzieller Not erhielten sie Unterstützung durch die Stadt. Zudem besaßen sie „Anteile an den auf städtischer Allmende angelegten Neckargärten und das Recht, die Allmendenweiden als gemeinsame Viehweide zu nutzen bzw. Lose an den städtischen Allmendäckern zu erhalten, was vor allem für die Landwirte unter den Bürgern wichtig war.“<sup>831</sup> Allerdings zahlten sie auch Quartiergeld oder mussten gegebenenfalls ihre Wohnungen als Quartier für Soldaten zur Verfügung stellen. Weiterhin entrichteten sie die staatlichen und städtischen Abgaben.<sup>832</sup> Die Inhaber der Bürgerrechte und -pflichten bildeten zwar innerhalb des gesamten Stadtwesens eine Minderheit, dennoch war dieser Status gemäß Simon Karstens der „Höhe- und Endpunkt einer Skala der Zugehörigkeit“<sup>833</sup>. Für einen Migranten ging damit die formale, das heißt politisch-rechtliche, Integration ins Stadtwesen einher. Diese Zugehörigkeit entschied wesentlich über die spätere gesellschaftliche Integration der Migranten, denn an den Erwerb dieses formalen Status waren Begünstigungen gekoppelt, welche die anderen Bewohner der Stadt nicht besaßen.<sup>834</sup> An der Spitze der gesellschaftlichen Elite standen die Bürger jedoch auch in

---

<sup>830</sup> Vgl. Generaltabelle 1792, LA Speyer A 2 Nr. 114/2; Armin Krauß, der als Quellengrundlage ebenfalls die Generaltabelle von 1792 heranzieht, weist als Bürger und Beisassen mehr Personen aus. Krauß, Armenwesen, S. 23.

<sup>831</sup> Mörz, Glanz der Residenz, S. 428.

<sup>832</sup> Vgl. ebd.

<sup>833</sup> Karstens, Ständeordnung und Territorialstaat, S. 248.

<sup>834</sup> Vgl. Mirjam Litten, Bürgerrecht und Bekenntnis. Städtische Optionen zwischen Konfessionalisierung und Säkularisierung in Münster, Hildesheim und Hamburg, Hildesheim/Zürich/New York 2003, S. 29; Metasch, Einwanderung und Integration, S. 154.

Mannheim nicht. Hof- und Staatsbedienstete, Klerus und Adlige besaßen weit mehr Vorrechte als es die Bürger einer Stadt taten.<sup>835</sup>

Die Beisassen hingegen erhielten keine vollwertigen Bürgerrechte. Ihre Rechte werden deshalb in der Literatur auch häufig als kleines Bürgerrecht umschrieben.<sup>836</sup> Wie die Bürger waren sie zwar zur Steuerabgabe, Treue und zum Gehorsam gegenüber dem Stadtrat verpflichtet, die Nutznießung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Befugnissen und Vorzügen war ihnen allerdings zu Teilen versagt. Unter anderem standen ihnen Rechtssicherheit, Schutz, Wohnrecht in der Stadt und die Freiheit von der Leibeigenschaft zu, speziell in Mannheim wurden sie im Fall der Verarmung auch durch die Gemeinde unterstützt. Die Annahme der Beisassen geschah gemäß Friedrich Walter unter der Bedingung, dass sie sich in der Stadt als Tagelöhner ernährten, den Bürgern aushalfen und in Notfällen für diese die erforderlichen Frondienste bestritten. Unter den Beisassen waren jedoch auch Personen, die einer herrschaftlichen Arbeit nachgingen.<sup>837</sup> Stefan Mörz unterstellt, dass die Beisassen damit „am Rande der städtischen Gesellschaft“<sup>838</sup> gestanden haben. Allerdings spricht ihre rechtliche Stellung innerhalb der Stadt klar dagegen. Einerseits besaßen die Beisassen mehr Rechte als einige der nichtbürgerlichen Einwohner, wie beispielsweise die Knechte und Mägde. Denn im Gegensatz zu diesen konnten sie einen eigenen Haushalt führen und eine Familie gründen. Andererseits waren sie demzufolge fest in den städtischen Rechtsverband integriert.<sup>839</sup> Sie waren also durchaus, wie Frank Metasch feststellt, „rechtlich und wirtschaftlich an die Stadt gebunden“<sup>840</sup>, auch wenn sie nicht zur Bürgerschaft zählten.

## 6.1 Rechtliche Steuerung der Niederlassungspolitik

Bevor in den folgenden Kapiteln die formale, soziale und ökonomische Integration der Bürger- und Beisassenmigranten in der Praxis erörtert wird, muss zunächst einerseits auf die von Mannheim betriebene Niederlassungspolitik eingegangen, andererseits die für die Bürger- beziehungsweise Beisassenannahmen verantwortlichen Institutionen, deren Arbeitsweise sowie die zur Aufnahme erforderlichen Anforderungen erörtert werden. Dabei war die Aufnahme in das

---

<sup>835</sup> Vgl. Mörz, Glanz der Residenz, S. 428.

<sup>836</sup> Vgl. Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 275.

<sup>837</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 736.

<sup>838</sup> Mörz, Glanz der Residenz, S. 429.

<sup>839</sup> Durch Bestätigung der Verfügung seines Vorgängers befahl Carl Theodor 1743 die Ausweisung überzähliger armer Bürger und Beisassen jeder Religion und Konfession. Vgl. Reskript, 18.04.1774, GLA 77 Nr. 902. Da mit dem Erwerb des Bürger- und Beisassenrechts die Zugehörigkeit zur Stadt und damit ein Aufenthaltsrecht einherging, kann eine Ausweisung dieser Armen nur durch den Verlust des Bürger- und Beisassenrechts erklärt werden.

<sup>840</sup> Metasch, Einwanderung und Integration, S. 158.



Bürgerrecht beziehungsweise in den Beisassenschutz ein bewusster Akt der Obrigkeit, da sie durch die Reglementierung des Zuganges die Zusammensetzung ihrer Einwohnerschaft steuern konnten. So war es nicht nur möglich durch großzügige Niederlassungsbestimmungen Bevölkerungsverluste auszugleichen, sondern auch durch eine restriktive Handhabung der Übersetzung der Zünfte entgegenzuwirken. Der Regierung war es jedoch nicht immer möglich, die Intensität der Zuwanderung zu bestimmen, beispielsweise wenn unbewusste überregionale Faktoren wie allgemeine Bevölkerungsentwicklungen, Agrarzyklen oder Krieg ins Spiel kamen, welche die Menschen in die Stadt trieben oder aus ihr vertrieben.<sup>841</sup>

### 6.1.1 Restriktive Maßnahmen unter Carl Theodor

Auch nach dem Wegzug des Hofes und dem Einsetzen einer Periode der stetigen Sterbeüberschüsse wurde die Niederlassung in Mannheim nur in bestimmten Ausnahmefällen erleichtert.<sup>842</sup> Begründet waren die restriktiven Niederlassungsbestimmungen, die seit Beginn des 17. Jahrhunderts relativ unverändert blieben, in der Furcht vor der Überbevölkerung des Landes und der damit einhergehenden Verknappung der Ressourcen für die Einheimischen. Ebendies führte beispielsweise zu Beginn der Regierungszeit von Carl Theodor mehrfach zum Landes- und Stadtverweis überzähliger armer Bürger und Beisassen;<sup>843</sup> insbesondere jedoch zur Begrenzung der Meisterzahl in den einzelnen Mannheimer Zünften. Die Abschließung der Städte und die Verringerung von Arbeitsmöglichkeiten ereignete sich in einer Vielzahl der deutschen Städte.<sup>844</sup>

Diese Politik wird allerdings von Friedrich Casimir Medicus in seiner Schrift *Von dem Bevölkerungs-Stand in Chur-Pfalz vorzüglich in Mannheim* von 1769 stark kritisiert. Er proklamiert hierin, dass die Übersetzung des Landes eben nicht den Nahrungserwerb des Einzelnen gefährde und dass der Aufenthalt von Armen kein Grund sein könne, Zuwanderer aus der Stadt fernzuhalten.<sup>845</sup> Die Einbürgerungszahlen gingen zurück, da sich die Zünfte Handwerksmissbräuchen schuldig machten, wohlhabende Bürger zu hoch belastet und auch die Schatzung und

---

<sup>841</sup> Vgl. Gerber, Einbürgerungsfrequenzen, S. 253; Bruno Koch, Integration von Neubürgern in die Städte des späten Mittelalters, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hgg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997, S. 75–85, hier S. 75.

<sup>842</sup> Mannheims Mortalitätsrate war höher als die der restlichen kurpfälzischen Ortschaften. Dies lag vor allem im städtischen Charakter Mannheims begründet, denn mit diesem gingen vor allem eine mangelnde Hygiene und eine miserable Wasserqualität einher. Zudem war der Sumpf um Mannheim ein Malariagebiet, Ruhr und Blattern waren epidemisch. Vgl. Mörz, Glanz der Residenz, S. 396.

<sup>843</sup> Vgl. Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 275.

<sup>844</sup> Vgl. Härter, Steuerung von Migration, S. 49.

<sup>845</sup> Vgl. Medicus, Bevölkerungs-Stand, S. 2. Siehe hierzu auch Feder, Geschichte Bd. 1, S. 234; Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 276.

Quartierlast zu hoch angesetzt seien. Bürgersöhne wollen keine Bürger werden und Bürgertöchter keine Bürgersöhne heiraten, weshalb sie eheliche Verbindungen außerhalb der Stadt eingingen.<sup>846</sup> Die langsame Zunahme der Bevölkerung liege allerdings auch an der Beschränkung der Aufnahme zu Stadtbürgern. Nicht nur auf die Einhaltung eines vorgeschriebenen Vermögens werde hierbei geachtet, sondern insbesondere auf die Katholizität des Bewerbers.<sup>847</sup>

Konkrete Lösungsansätze zur Vermehrung der Einwohnerschaft sah Medicus zunächst darin, alle Kontrollen bezüglich der Übersetzung der Zünfte und der Zahl der Armen aufzugeben. Dies begründete er damit, dass die Bürger zur Förderung der Wirtschaft und die Armen für die „verächtliche[n]“<sup>848</sup> Arbeiten benötigt würden. Er wünschte sich deshalb, „daß man ein Fundamental-Gesetz machte, alle Zünfte reichlich zu übersetzen, und keinen geschickten Arbeiter abzuweisen, wenn auch von seiner Art schon genug in der Stadt wären.“<sup>849</sup> Die Bürgerannahme selbst sollte durch die Senkung von Annahmezahlungen erleichtert werden. „Ja wenn es so ein ausnehmender Vortheil wäre Burger in Mannheim zu seyn, so sollte man die Annahme recht erschweren, aber da der Vortheil wenigstens mit zur Halbscheid auf den Landsherrn kommt, so sollte man anlocken, reitzen und gar nicht erschweren.“<sup>850</sup> Daneben sollte beispielsweise nicht mehr das gesamte Vermögen zur Schatzung herangezogen und ein Verzicht gegen die Gesetze des Luxus gemacht werden, um Bürgerkinder wieder für den Bürgerstatus zu gewinnen.<sup>851</sup> Ferner sollten Soldaten heiraten dürfen, die Zahl der Feiertage vermindert, für Güter der Toten Hand ein ewiges Auslösungsrecht eingeführt und allgemeine Toleranz praktiziert werden.<sup>852</sup>

Stefan Mörz attestiert den Vorschlägen von Medicus nur geringen Wert.<sup>853</sup> Tatsächlich waren es vor allem Joseph Fontanesi, Ludwig Hannibal von Maubuisson, Ferdinand Adrian von Lamezan und der Regierungsbeauftragte Lebsorg, die Veränderungen in der Kurpfalz bewirkten. Gemäß Fontanesi, Maubuisson und Lamezan sollten 1774 alle Einwohner der Kurpfalz durch Geburtsrecht das Bürgerecht erhalten. Dabei sollten die Zeugnisse, die Auskunft über die in Frage kommenden Personen gaben, gerichtlich bescheinigt werden. Diese Vorschläge wurden

---

<sup>846</sup> Vgl. Medicus, Bevölkerungs-Stand, S. 59f., 75.

<sup>847</sup> Vgl. ebd., S. 59f., 75, 121. Ob in der Realität von einer überproportionalen Aufnahme von Katholiken gesprochen werden kann, bleibt fraglich. Nur zu 50 Prozent der Neubürger liegen Angaben zur Religionszugehörigkeit vor. Eine Bevorzugung von Katholiken wird dabei nicht erkenntlich. Vgl. Kapitel 8.2.2 *Auswertung*, Tab. 20.

<sup>848</sup> Medicus, Bevölkerungs-Stand, S. 11.

<sup>849</sup> Ebd., S. 72f.

<sup>850</sup> Ebd., S. 75.

<sup>851</sup> Vgl. ebd., S. 77.

<sup>852</sup> Vgl. ebd., S. 38f., 85f.

<sup>853</sup> Vgl. Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 276.

allerdings von der Regierung, genauer von Lebsorg, verworfen, da die Angst vor der Übersetzung der Zünfte, überzähligen Armen und auch zu vieler Protestanten in der Stadt zu groß war. Obwohl Carl Theodor diese Bedenken teilte, erkannte er die Notwendigkeit, seine restriktive Bevölkerungspolitik aufzuweichen. Per Reskript vom 24. Mai 1775 senkte er die Vermögensqualifikationen auf dem Land um 100 Gulden und setzte das vorgeschriebene Mindestalter auf 22 Jahre herab.<sup>854</sup> Weder der Mangel an Vermögen noch an Alter sollte ein Ausschlussgrund aus dem Bürgerrecht sein.

Gemäß Mörz handelte es sich hierbei allerdings eher um eine gemäßigte „Reform“, um

einen Sieg konfessioneller Skrupel und der traditionellen Vorstellung von der Schädlichkeit der Übersetzung der Zünfte über die Forderungen nach einer unbeschränkten Bevölkerungsvermehrung, wie sie vor allem die Führer der kurpfälzischen Wirtschaftsverwaltung und der landwirtschaftlichen Reformbewegung vertraten.<sup>855</sup>

Für die Bürger- und Beisassenannahme auf dem Land waren ab den 1770er Jahren statt der Regierung die Oberämter der Kurpfalz zuständig. Auf das oberamtsfreie Mannheim war das im Reskript beschriebene Verfahren nicht anzuwenden. Allerdings liefern die protokollierten Bürgeraufnahmen in den Mannheimer Ratsprotokollen wie auch die Akte *Erhebung des Kasernengeldes bei Bürgeraufnahmen*<sup>856</sup> nicht nur einen Hinweis auf den Ablauf der Aufnahmen, sondern auch auf die dabei involvierten Regierungsstellen und Stadtbehörden. Da in Mannheim weiterhin der Kurfürst von Stadtrat und Bürger- beziehungsweise Beisassenrechtskandidat direkt adressiert wurde, besteht die Annahme, dass für die Erlangung von Zugehörigkeitsrechten in oberamtsfreien Städten die Regierung zuständig war. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie wie bei den Judenschutzannahmen die gewichtigere Entscheidung traf. Vielmehr sind in den umfangreichen Protokollierungen und Auseinandersetzungen in den Ratsprotokollen der Versuch der Einflussnahme seitens des Stadtrats und der Zünfte auf die Entscheidungsträger zu spüren. Allerdings scheint Mörz dies anzuzweifeln, da er dem Stadtrat lediglich eine Art Beraterfunktion und der Regierung die eigentliche Entscheidungskraft zuspricht.<sup>857</sup> Eine eingehendere Prüfung der protokollierten Annahmegesuche könnte möglicherweise Licht ins Dunkel bringen, aber wiederum auch von vornherein zum Scheitern verurteilt sein, da die gegenseitige Einflussnahme von Regierung und Stadtrat verdeckt bleibt.

Wer in Mannheim das Bürger- beziehungsweise Beisassenrecht ersuchte, stellte sein Gesuch mit der Begründung zur Aufnahme und den Legitimationserfordernissen an den Kurfürsten.<sup>858</sup>

---

<sup>854</sup> Vgl. Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 277.

<sup>855</sup> Ebd., S. 277.

<sup>856</sup> Vgl. GLA 213 Nr. 375.

<sup>857</sup> Vgl. Mörz, Glanz der Residenz, S. 425.

<sup>858</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1785, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 111, S. 1888.

Gesuche konnten allerdings direkt dem Stadtrat überbracht werden.<sup>859</sup> Nach Korrespondenz zwischen Regierung und Stadtrat gab letzterer das Gesuch an die betreffende Zunft, in welcher der Supplikant aufgenommen werden wollte, weiter. Der Zunft standen acht Tage zu, das Gesuch zu begutachten. Sowohl Stadtrat als auch Zunft schienen die Legitimationserfordernisse des aufzunehmenden Bürgers beziehungsweise Beisassen akribisch zu prüfen. Häufig kam es deshalb zu Vorladungen der Supplikanten, um diesen oder Verwandte respektive Bekannte derselben, insbesondere zu den Legitimationserfordernissen, zu vernehmen<sup>860</sup>, oder zur Forderung von Nachweisen.<sup>861</sup>

An den zumeist schriftlich nachzuweisenden Legitimationserfordernissen hatte sich seit dem Regierungsantritt von Carl Theodor wenig geändert: Wer sich in der Kurpfalz, aber auch in Mannheim um das Bürger- und Beisassenrecht um 1779 bewarb, musste seinen Taufschein vorlegen sowie glaubhaft seinen Geburtsort und sein Alter bezeugen. Ebenfalls galt es nachzuweisen, welche Profession der Anwerber erlernt, inwieweit er in diesem Beruf schon gearbeitet hatte und ob er „in sonstige Weiß vorzüglich geschickt, fähig, und zu einem diesseitigen Untertahn tüchtig“<sup>862</sup> war. Zudem durfte er kein Leibeigener sein. Die Obrigkeit ihrerseits zeigte an, ob die jeweilige Zunft *übersetzt* war. Auch Informationen zum Familienstand waren notwendig. Wollte der Kandidat heiraten, musste das Verwandtschaftsverhältnis und die Religion des Paares offengelegt und bei verschiedenen Religionszugehörigkeiten die Eheverträge beigelegt werden. Witwen hingegen mussten nachweisen, ob für sie oder etwaige Kinder aus erster Ehe ein Vormund angeordnet worden war und ob sie bei Ableben ihres verstorbenen Ehemannes schwanger gewesen waren. Ferner musste nachgewiesen werden, ob der Kandidat im Krieg gedient hatte, und falls dies der Fall war, ob er desertiert oder verabschiedet worden war.

Die Legitimationserfordernisse wurden sowohl von den Männern als auch ihren Frauen gefordert. In der Quadratestadt allerdings schien in der Praxis Frauen<sup>863</sup> im späten 18. Jahrhundert kein volles Bürgerrecht verliehen worden zu sein. Angaben zu Frauen sind in den Bürger- und Beisassenannahmen der Ratsprotokolle und der Verzeichnisse aus dem Bestand *Pfalz Gene-*

---

<sup>859</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 135, S. 209.

<sup>860</sup> Vgl. ebd., S. 471f.

<sup>861</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1785, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 111, S. 2182f.

<sup>862</sup> Verordnung, 22.12.1772, GLA 77 Nr. 810.

<sup>863</sup> Zu Frauen im Bürgerrecht siehe Barbara Studer, *Frauen im Bürgerrecht. Überlegungen zur rechtlichen und sozialen Stellung der Frau in spätmittelalterlichen Städten*, in: Rainer Christoph Schwinges (Hg.), *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550)*, Berlin 2002, S. 169–200, hier S. 178.

*ralia* zwar vorhanden, bleiben jedoch oftmals lückenhaft und sind immer an Einträge zu männlichen Neubürgern gekoppelt. In dem von Line Huber untersuchten Mannheimer Ratsprotokoll des Jahres 1743 finden sich allerdings mehrere Gesuche von Frauen, die erfolglos um die Aufnahme ins Bürgerrecht baten. Als Gründe für ihre Ablehnung werden Auswärtigkeit und Armut, aber auch die Unfähigkeit die Homagialpflichten zu leisten, angeführt.<sup>864</sup> Hinweise auf Bürgerinnen finden sich allerdings in einem Verzeichnis aller Bürger der Stadt Mannheim, die auf linksrheinischem, niederdeutschem und ehemals holländischem Gebiet geboren wurden. Die aus Edenkoben stammende Justina Bachert, wohnhaft im Quadrat D 4, 15 wird als „Ortsbürgerin und Gastwirthin“<sup>865</sup> beschrieben, während andere Frauen häufig als „Witwe“ oder „Ehefrau“ mit ihren Ehemännern direkt verknüpft sind. Dies sollte allerdings nicht den trügerischen Schluss zulassen, dass auch Frauen das Bürgerrecht erwerben konnten. Vielmehr besteht die Annahme, dass durch den Tod des Ehemannes dessen Rechte auf die Frau übergingen. So erhielten verheiratete Frauen ein ruhendes Bürgerrecht, wie es auch Bürgersöhne und -töchter, während sie noch keinen eigenen Haushalt führten, genossen, das auch nach dem Tod des Ehemannes nicht erlosch.

Noch bedeutsamer als die Erbringung der obigen Legitimationsnachweise war der urkundliche Nachweis über das vorhandene Vermögen.<sup>866</sup> Bereits 1741 hatte Karl Philipp über Vermögensqualifikationen für die Bürgerannahme verfügt. Formuliert wurden diese Regelungen in der *Erneuerung und respective Erweiterung der Mannheimer Privilegien* im November 1743, bestätigt 1753 und in den neuen Stadtprivilegien von 1785.<sup>867</sup> Hierin erhöhte der Kurfürst die Vermögensqualifikationen, da immer mehr fremde Handwerker in die Stadt gekommen seien. Fremde Männer und ihre Familien, die nun das Bürger- und Zunftrecht erlangen wollten, mussten, sofern sie Handwerker waren, ein Vermögen von 1 000 Gulden, oder wenn sie dem Handelsstand angehörten, ein Vermögen von 3 000 Gulden aufbringen.<sup>868</sup> 1785 ergänzte die Regierung, dass „bei geschickten Künstlern und Professionisten [...], nach vordersamster genauer Untersuchung ihrer vorzüglichen Eigenschaften, die Kunst und Profession hierunter in einigen Anschlag mitgebracht werden.“<sup>869</sup>

---

<sup>864</sup> Vgl. Huber, Bürgerannahmen in Mannheim, S. 83–85.

<sup>865</sup> Verzeichnis auf linksrheinischem, niederdeutschem und ehemals holländischem Gebiet geborener ziviler Personen, 1811, GLA 213 Nr. 3859, Eintrag Nr. 86. Auch liegt ein Verzeichnis auf linksrheinischem, niederdeutschem und ehemals holländischem Gebiet geborener Staatsdiener, GLA 213 Nr. 3860, vor.

<sup>866</sup> Vgl. Gutachten von Lebsorg, 18.10.1774, GLA 77 Nr. 787; Verordnung, 22.12.1772, GLA 77 Nr. 810; Verordnung, 24.05.1775, GLA 77 Nr. 787. Letztere gibt Auskunft über das Vorgehen bei der Bürger- und Beisassenannahme in der Kurpfalz – ausgenommen waren die drei Hauptstädte.

<sup>867</sup> Vgl. *Erneuerung und respective Erweiterung der Mannheimer Privilegien*, Mannheim 1743; *Erneuerung und respective Erweiterung der Mannheimer Privilegien*, Mannheim 1753; *Stadtprivilegien* (1785).

<sup>868</sup> Vgl. *Stadtprivilegien* (1785), S. 5. Siehe auch Walter, Mannheim Bd. 1, S. 479.

<sup>869</sup> *Stadtprivilegien* (1785), S. 5.

Im direkten Vergleich mit der badischen Residenzstadt Karlsruhe, die ein Vermögen von 200 Gulden (1722) und 500 Gulden (1752) festlegte, erscheinen die Mannheimer Beschränkungen ziemlich hoch, jedoch wies Karlsruhe zu diesem Zeitpunkt einen geringeren Entwicklungsstand auf. Die Bevölkerung der Stadt lag im unteren vierstelligen Bereich.<sup>870</sup> Dennoch betonte der Kurfürst in einer Verfügung vom 1. Juli 1744 und vom 24. Mai 1775, dass das Fehlen dieses Vermögens kein Grund zur Verweigerung des Bürgerrechts sei und man ihm, im Fall von fähigen Leuten, diese Entscheidung selbst überlassen solle.<sup>871</sup> Inwieweit ein Beisassenkandidat zur Aufnahme ein spezielles Vermögen aufbringen musste, lässt sich allerdings anhand des vorliegenden Quellenmaterials für den Betrachtungszeitraum nicht abschließend klären.<sup>872</sup> Ein Hinweis findet sich lediglich in einer Verordnung aus dem Jahr 1740, nach welchem ein Beisassenkandidat in Städten mindestens ein Vermögen von 800 Gulden besitzen sollte.<sup>873</sup>

In den Stadtprivilegien werden diese mit den Vermögensbeschränkungen belegten Personen als Fremde bezeichnet. Wer diese Fremden waren, lässt sich anhand der Stadtprivilegien und anderer Quellen, die speziell auf die Vermögensqualifikationen von Zuwanderern abzielten, schwer deuten. Der Argumentation der vorliegenden Arbeit folgend, müsste es sich aus Sicht der Stadt um alle Stadtfremden handeln. Weiter heißt es allerdings in den Privilegien:

Wie dann keinem, der solches Burger- und Zunftrecht vorgemeldtermaßen nicht wirklich erlanget, einige bürgerliche Nahrung, auch denen, so anderwärts mit fremden bürgerlichen Pflichten verbunden, nicht nur keineswegs zu gestatten, sondern dergleichen fremden Herrschaften zugethane Einwohner nicht mehr in der Burgerschaft zu gedulden sind.<sup>874</sup>

Dies spräche allerdings dafür, dass mit der Vermögensqualifikation in den Stadtprivilegien nur die ausländischen Kandidaten belegt waren. Eine Definition ist hierbei stark von der Bedeutung des Wortes *Herrschaft* abhängig. Die obige Argumentation krankt jedoch immer, wenn Bürgerkinder alleinig den Fremden gegenübergestellt werden. So heißt es beispielsweise in einem Erlass für die Stadt Heidelberg, dass wenn „ein Burgers Sohn eine Fremde zum Ehe Weib nehmen, und Burger werden will, die Haabschafft in vier hundert Gulden“<sup>875</sup> angesetzt werden müsse. Es wäre hier analytisch korrekt davon auszugehen, dass es sich um Heidelberger Bürgerkinder auf der einen Seite und stadtfremde In- und Ausländer, aber auch andere Einwohner Heidelbergs, auf der anderen Seite handelte. Die Beschränkung des Bürgerrechts zielte auf die Beschränkung des Zuzugs, da Neubürger, die nicht aus heimischen Bürgerfamilien stammten,

---

<sup>870</sup> Vgl. Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 459.

<sup>871</sup> Vgl. Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 276; Verordnung, 24.05.1775, GLA 77 Nr. 787.

<sup>872</sup> Zu den Vermögensqualifikationen in den anderen kurpfälzischen Orten siehe bspw. Verordnung, 05.02.1753, GLA 77 Nr. 810; Gutachten von Lebsorg, 18.10.1774, GLA 77 Nr. 787.

<sup>873</sup> Vgl. Verordnung, 16.11.1740, GLA 77 Nr. 810.

<sup>874</sup> Stadtprivilegien (1785), S. 5.

<sup>875</sup> Verordnung, 05.02.1753, GLA 77 Nr. 810.

nicht nur die bürgerliche Nahrung den Alteingesessenen streitig machen konnten, sondern ihnen im Bedarfsfall auch Geldmittel der Armenfürsorge zustanden. Personen, die von vorneherein kein ausreichendes Vermögen nachweisen konnten, sollten deshalb gar nicht erst zu Bürgern aufgenommen werden. Dass sich solche Qualifikationen nur auf Ausländer erstreckten, wenn die Bürgeraufnahme auf lokaler Ebene stattfand, erscheint daher nicht plausibel. Auch bei der Festsetzung der Bürgereinzugsgelder im Hauptverzeichnis vom 16. Oktober 1767 für die kurpfälzischen Ortschaften wird vereinfacht zwischen den ortsansässigen Bürgerkindern, den kurpfälzischen Bürgerkindern und den Fremden unterschieden. Dass sich Fremdheit im Kontext der Bürger- und Beisassenaufnahme sowohl auf stadtfremde In- und Ausländer als auch Einwohner der Stadt Mannheim bezog, scheint somit naheliegend. Gleichzeitig werden im Vergleich zu den Bürgern auch die Beisassen einer Gemeinde ausgegrenzt und herabgesetzt. Lagen dem Stadtrat und der Zunft alle Legitimationserfordernisse vor, entschieden diese über die Aufnahme des Kandidaten zum Bürger beziehungsweise Beisassen und sandten einen Bericht „in favorem Suplicantis an Churfürstl hohe Regierung“<sup>876</sup>. Dass sich die Regierung an die Entscheidung des Stadtrats nicht immer hielt, scheint evident, lässt sich aber aufgrund fehlender Korrespondenz kaum nachweisen. Die Regierung selbst fällte hierauf ebenfalls ihr Urteil und teilte es dem Stadtrat mit.<sup>877</sup> Bei positivem Bescheid musste der Supplikant verschiedene Gebühren an die Stadt- und Staatskassen entrichten.

Zu zahlen waren zunächst die Bürgereinzugsgelder an das Stadttrentamt, die in einem Erlass vom 13. August 1771 sehr ausführlich dargelegt wurden. Während die Bürgerannahme für die in Mannheim geborenen Bürgerkinder, aber auch für Bürgerswitwer und -witwen, die sich in Mannheim verehelichen wollten, kostenlos war, mussten alle anderen Kandidaten eine beträchtliche Summe aufbringen. Kurpfälzer, die

aus einem Churpfälzischen Ort in ein anderes solches, nemlichen oder sonstigen Ober- oder Unteramts, oder Schultheißerey, oder aus letzterem in ersteres Ort zurück ziehende und burgerlich angenommen werdende vorhinige schon würlliche, oder noch nicht gewesene Burgere, Burgers Weibere, dergleichen Wittiben, Töchtere und Söhne<sup>878</sup>,

oder die „ehedessen an andere Herrschaften jure antichreseos begebene und des in solchen Orten erworbenen Burger-Rechts sich legitimiren könnende Unterthanen und Burgere, wegen des in diesem Fall bey der Churpfalz verbleibenden Domini“<sup>879</sup>, zahlten zehn Gulden. Den gleichen Betrag wendeten Ausländer, die bereits in einem anderen kurpfälzischen Ort das Bürgerrecht

---

<sup>876</sup> Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 135, S. 472.

<sup>877</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 135, S. 558.

<sup>878</sup> Bürgergeldverordnung, 13.08.1771, GLA 213 Nr. 354.

<sup>879</sup> Ebd.

erworben, oder die „zehen zwanzig und mehrere Jahre“<sup>880</sup> als Kriegsknechte gedient hatten, auf.<sup>881</sup> Sie galten jedoch auch für Bürger, die mit Genehmigung der Regierung ins Ausland zogen und wieder zurückkehrten, und für von inländischen Bürgern geborene Beisassen. Alle anderen Ausländer, die zum ersten Mal Rechte in der Kurpfalz erlangten, zahlten 20 Gulden. Gleiches galt für Bürger, die ohne Genehmigung die Kurpfalz verließen und zurückkehrten und in- und ausländische Leibeigene. Doch auch in einer Stadt nicht als Kinder von Bürgern geborene Einwohner, ausgenommen der Beisassen, und Hofleute entrichteten 20 Gulden.<sup>882</sup> Einige wenige wurden jedoch unter Zahlung des alten Bürgergeldes von sechs Gulden, wie es vor 1734 in Gebrauch war, zur Bürgerschaft zugelassen.<sup>883</sup> Auch bestanden Ausnahmen für Kinder von Ausländern, die ihren Eltern hinterherzogen, oder Kinder von Inländern, die in ihren Geburtsort zurückzogen.<sup>884</sup> Heiratete ein Mann zu einem späteren Zeitpunkt, musste er für seine Frau nachträglich Bürgergeld begleichen.<sup>885</sup> Diese Unterteilung entbehrt nicht einer gewissen Komplexität, die in der Praxis nicht gegeben war. So entrichteten die meisten Kurpfälzer zehn, die meisten Ausländer 20 Gulden pro Person, während die Mannheimer, vermutlich handelte es sich bei diesen vermehrt um Bürgerkinder, hiervon befreit waren.<sup>886</sup>

Neben der Entrichtung des Bürgergeldes war jeder neu aufgenommene Bürger dazu verpflichtet einen Feudereimer zu kaufen oder zu stellen.<sup>887</sup> Diese Gebühren waren ebenfalls an das Stadtrentamt pro Haushalt zu entrichten. In der *Erneuerten Feuer- oder Brand-Ordnung der Stadt Mannheim* heißt es, es

sollen alle Feyer-Eymer von denen Burgeren auff das Rath-Hauß eingeliefert- und daselbst vom Stadt-Rath, entweder auff dem Rath-Hauß, oder anderstwohin, gut befindenen Dingen nach, verwahrt werden, welches der Ursachen nöthig anscheinen will, weilen, bey verschiedenen einige Zeit hero entstandenen Branden wahr zu nehmen gewesen, das Mangel an Feyer-Eymeren erschienen<sup>888</sup>.

Bis 1792 entrichteten die Neubürger für einen Feudereimer drei Gulden und 30 Kreuzer, während sie einen weiteren Feudereimer in Natura stellten. Ab 1792 wandten sie sieben Gulden für zwei Feudereimer auf.<sup>889</sup>

<sup>880</sup> Bürgergeldverordnung, 13.08.1771, GLA 213 Nr. 354.

<sup>881</sup> Ab 1775 sollten sie kein Bürgergeld mehr zahlen. Vgl. hierzu Kurpfälzisches Regierungsratsprotokoll, Auszug, 27.01.1778, GLA 77 Nr. 797; Reskript, Kopie, 23.02.1778, GLA 77 Nr. 797.

<sup>882</sup> Vgl. Bürgergeldverordnung, 13.08.1771, GLA 213 Nr. 354.

<sup>883</sup> Vgl. Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 459; Bürgergeldverordnung, 13.10.1767, GLA 213 Nr. 354.

<sup>884</sup> Vgl. Bürgergeldverordnung, 13.08.1771, GLA 213 Nr. 354.

<sup>885</sup> Bspw. Ratsprotokoll 1786, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 112, S. 802–804.

<sup>886</sup> Siehe hierzu Kapitel 8.2.2 *Auswertung*, Tab. 22.

<sup>887</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 673.

<sup>888</sup> Erneuerte Feuer- oder Brand-Ordnung, der Churfürstlich-Pfälzischen Haupt- und Residenz-Stadt Mannheim, Mannheim 1743, S. 3f.

<sup>889</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1792, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 124, S. 139



Mit der Zahlung des Kasernengeldes an die bürgerliche Kasse sollte das Anleihen des Rates für die 1753 erbaute Neue Kaserne in S 5 getilgt werden. Die Gebührenhöhe war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts deutlichen Veränderungen unterworfen gewesen.<sup>890</sup> Ob bis 1779 erneut eine Verordnung bezüglich der Kasernengelder erlassen wurde, geht aus dem hier vorliegenden Quellenmaterial nicht hervor. Anhand der Bürgerannahmen lässt sich die Höhe der zu entrichtenden Gebühren allerdings bemessen: So lag das Kasernengeld für stadtfremde Ehepaare zwar bei 75 Gulden, sie mussten jedoch zumeist nur ein sogenanntes moderiertes Kasernengeld begleichen, wobei es sich um 37 Gulden und 30 Kreuzer handelte. Bürgerkinder in Ehe mit einem Stadtfremden zahlten häufig 25 Gulden, wohingegen überwiegend einheimische Ehepaare 15 Gulden zahlten. Manche Bürger wurden gar von den Kasernengeldern befreit oder bekamen die Summe gänzlich herabgesetzt. Wie Mirjam Litten für Münster, Hildesheim und Hamburg feststellt, seien die Gebühren möglicherweise an das Zahlungsvermögen der Kandidaten angepasst worden,<sup>891</sup> wie auch nachfolgend ersichtlich werden wird. Ein Mannheimer oder inländischer Supplikant, der in den Beisassenschutz aufgenommen werden wollte, musste hingegen lediglich fünf Gulden, ein ausländischer Supplikant zehn Gulden Kasernengeld an die bürgerliche Kasse zahlen. Zudem fiel für sie zumeist ein Betrag in Höhe von drei Gulden für die Naturallieferung an das Stadttrentamt an. Einige der Neubürger wiederum mussten ferner die sogenannten Nahrungsgestattungsgebühren in Höhe von zehn Gulden an das Stadttrentamt entrichten. Hierbei handelt es sich um die Nahrungssteuer beziehungsweise um das Nahrungs- oder Gewerbegeld, das der Kandidat „von seinem Gewerbe an die Obrigkeit“<sup>892</sup> zu zahlen hatte. Auch das zu begleichende Meistergeld, das je nach Person, Herkunft und Profession stark variierte, war bei der Verpflichtung vor dem Stadtrat in gleichen Teilen direkt an das Stadttrentamt und die Stadtschreiberei zu zahlen. Zumeist wurde das Meistergeld in den entsprechenden Zunftartikeln festgelegt. Für die Maurer-, Steinhauer- und Schieferdeckerzunft beispielsweise wurden für Meistersöhne, -töchter und -witwen zehn Gulden und für Fremde 20 Gulden festgelegt.<sup>893</sup> Abermals wird hier deutlich, dass in Bezug auf die Bürgerannahme im innerstädtischen Bereich zum Teil der Begriff des *Fremden* für alle in- und ausländischen Stadtfremden sowie für die eigenen nichtbürgerlichen Einwohner genutzt wurde. Bürgerrecht und Zunftrecht

waren untrennbar miteinander verbunden. Damit entsprach es dem Bürgerbegriff des späten Mittelalters, in dem Stadtansässigkeit, wirtschaftliche und herrschaftlich-politische Stellung ineinander

---

<sup>890</sup> Siehe hierzu bspw. Hauptverzeichnis, 16.10.1767, GLA 77 Nr. 810.

<sup>891</sup> Vgl. Litten, Bürgerrecht und Bekenntnis, S. 338.

<sup>892</sup> Art. „Gewerbe-Geld“, in: J. G. Krünitz, Oekonomische Encyclopädie (1773–1858). Online Version. URL: [www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/n/kn01039.htm](http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/n/kn01039.htm) (15.12.2020).

<sup>893</sup> Vgl. Artikel der Maurer-, Steinhauer- und Schieferdeckerzunft, 07.06.1748, GLA 213 Nr. 3417.

griffen. Nur in Besitz des Bürgerbriefes war man berechtigt, als Meister einen zünftigen Beruf auszuüben.<sup>894</sup>

Die Zunft verlieh den Meistertitel an Personen, die den Nachweis einer ehelichen Geburt erbrachten, einen guten Leumund besaßen, im Besitz des Bürgerrechts und des von den Stadtpri-  
vilegien geforderten Vermögens waren, über eine zwei- bis dreijährige Lehrzeit, meist einige  
Wanderjahre, verfügten und einen Nachweis praktischer Befähigung durch eine oder mehrere  
Handwerksproben, dem sogenannten Meisterstück, vorzeigten und die Zahlung des Meistergel-  
des tätigten. Dabei wurde vor allem versucht, den Zugewanderten den Eintritt in die Zunft zu  
erschweren, indem beispielsweise Kandidaten mehrere Jahre bei einem Meister in der Stadt  
gearbeitet haben mussten, bevor sie das Zunftrecht erhielten. So forderte im Jahr 1717 die Bä-  
ckerszunft, dass man entweder drei Jahre bei einem Mannheimer Meister in Lehre gehen musste  
oder das doppelte Meistergeld zu begleichen hatte.<sup>895</sup> Andere Zünfte, wie beispielsweise die  
Metzgerzunft, ließen dem Gesellen freie Wahl bei ihrem Meister.<sup>896</sup> Die Aufnahme in die Zunft  
wurde dabei zumeist zeitgleich mit der Aufnahme ins Bürgerrecht vollzogen.

Nach Nachweis der geleisteten Zahlungen nahm der Stadtrat den neu aufgenommenen Bürgern  
oder Beisassen den Huldigungseid ab. In einem Eid aus dem Jahr 1661, der schon ziemlich bald  
den Kandidaten nur noch vorgelesen und daraufhin in Handtreu abgenommen wurde, schworen  
diese dem Landesherrn die Treue.<sup>897</sup> Inwieweit dieser Eid im 18. Jahrhundert noch vorgelesen  
wurde, lässt sich für die Zeit ab 1779 nicht nachweisen. Letztendlich endete die vollständige  
Annahme zum Bürger und Beisassen in den Ratsprotokollen mit der Verpflichtung der Kandi-  
daten vor dem Stadtrat.<sup>898</sup> Die Obereinnehmer wurden zudem über die Annahme benachrich-  
tigt.<sup>899</sup> Danach erhielten die Bürger den Freibrief, der sie als Mannheimer Bürger legitimieren  
sollte.<sup>900</sup> Auch die Beisassen sollten ein solches Dokument, ähnlich eines Einwohnerbriefes  
oder Toleranzscheines, erhalten haben – ein Namen dieses Schreibens geht aus den Quellen  
nicht hervor.

---

<sup>894</sup> Küntzel, *Fremde in Köln*, S. 19.

<sup>895</sup> Vgl. Ludwig W. Böhm, *Von den Zünften in Alt-Mannheim*, in: Ders. (Bearb.)/Erich Gropengießer/Herbert Mayer (Hgg.), *Mannheim und der Rhein-Neckar-Raum. Studien zu Kunst und Geschichte der Pfalz (= Forschungen zur Geschichte Mannheims und der Pfalz, Bd. 4)*, Mannheim 1965, S. 52–61, hier S. 58f.; Walter, *Mannheim* Bd. 1, S. 483.

<sup>896</sup> Vgl. Böhm, *Von den Zünften in Alt-Mannheim*, S. 59.

<sup>897</sup> Vgl. Walter, *Mannheim* Bd. 1, S. 177.

<sup>898</sup> Ab 1815 fand die Verpflichtung zur Vermeidung von Bürokratie von allen Bürgern jeweils immer am 28. Januar, die von allen Beisassen am 29. Januar statt. Vgl. Resolutionsprotokoll des Neckarkreisdirektoriums, 03.03.1814, GLA 362 Nr. 9942.

<sup>899</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 135, S. 611f.

<sup>900</sup> Vgl. Feder, *Mannheim* Bd. 1, S. 104.

### 6.1.2 Das Ortssassenrecht nach altbadischem Vorbild

Nach dem Übergang Mannheims an Baden erfolgte im Mai 1804 die umfassende Neuorganisation der städtischen Verfassung, wobei zwar alle überlieferten städtischen Institutionen aufgelöst wurden, doch organisatorisch und vor allem personell Kontinuität bewahrt wurde.<sup>901</sup> Kontinuitätslinien waren auch im Verfahren zur Bürger- und Beisassenaufnahme festzustellen, auch wenn sich die Verstaatlichung sichtbar fortsetzte: Die jeweiligen Supplikanten richteten ihre Bittschrift zunächst an den kurfürstlichen Hofrat, der wiederum Bericht an die Stadt erstattete. Das Stadtvogteiamt prüfte sodann die Qualifikationen der Kandidaten. Bei Ablehnung konnte der Hofrat alleinig über die Annahme in das Gemeindewesen entscheiden. Anders als in den altbadischen Städten legitiimierte sich ein in Mannheim geborener Bürgersohn nicht automatisch für das Bürgerrecht, das heißt, er besaß nach dem Übergang Mannheims an Baden kein angeborenes Bürgerrecht an jenem Ort, an dem sein Vater ebendieses innehatte. Gemäß dem Geheimen Hofrat Reichert mussten in der ehemaligen Kurpfalz Bürgersöhne in Städten, sowohl im Ort als im Land geborene Personen, ein Vermögen von 500 Gulden, Ausländer, die eine Kurpfälzerin heirateten, von 1 000 Gulden, mindestens jedoch von 800 Gulden einbringen. Ausländer hingegen, die mit Frau und Kind in die ehemalige Kurpfalz zogen, benötigten „ein ansehnliches Vermögen“<sup>902</sup>. Wer jedoch eine Meisterwitwe oder -tochter heiratete, konnte selbst bei fehlendem Vermögen und bei Übersetzung der Zunft zum Bürger aufgenommen werden. Sowohl In- als auch Ausländer wurden bei ungenügenden Anforderungen zurück in ihren Geburtsort verwiesen.<sup>903</sup>

Mit dem Übergang an das Großherzogtum Baden verschaffte man sich 1806 auch eine Übersicht über die zu zahlenden Einkaufsgebühren in der Pfalzgrafschaft. Hierbei traten insbesondere lokal sehr unterschiedlichen Verhältnisse hervor, da jede Stadt und Gemeinde Gebühren in unterschiedlicher Höhe erhob. Vereinheitlicht war lediglich die Differenzierung zwischen „Ortseingeboren[en]“, „Landeseingeboren[en]“ und „[g]anz Fremden“, wobei die im Ort geborenen in bürgerliche und nichtbürgerliche Einwohner geschieden wurden. Die fremden Personen sind hierbei wiederum eindeutig mit Ausländern gleichzusetzen. Es ist anzunehmen, dass diese Bürgereinzugsgelder auch bis 1818 fortbestanden, denn wie Paul Nolte zu verstehen gibt, haben die Beamten in die Vorschriften zum Einkauf in das Bürgerrecht nicht eingegriffen, da

---

<sup>901</sup> Vgl. Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 503f.

<sup>902</sup> Vgl. Hofgerichtsbericht, 09.10.1804, GLA 77 Nr. 819.

<sup>903</sup> Vgl. ebd.

sie „wußten, wie wichtig der Bürgerschaft die damit verbundene Überwachung des Zugangs zu ihrer Gemeinde war.“<sup>904</sup>

**Tab. 5** Mannheimer Bürgereinzugsgelder in Gulden um 1806<sup>905</sup>

<b>Stand</b>	<b>Bürgergeld</b>	<b>Feuereimer</b>	<b>Nahrungssteuer</b>	<b>Kasernengeld</b>
<b>Bürgersohn</b>	0	7	10	15
<b>Bürgerstochter/-witwe</b>	0			
<b>Mannheimer</b>	10	7	0	37,30
<b>Mannheimerin</b>	10			
<b>Inländer</b>	10	7	0	37,30
<b>Inländerin/Mannheimerin</b>	10			
<b>Ausländer</b>	40	7	10	75
<b>Ausländerin</b>	40			
<b>Bürgersohn</b>	0	7	10	37,30
<b>Ausländerin</b>	20			
<b>Bürgersohn</b>	0	7	10	37,30
<b>Inländerin/Mannheimerin</b>	10			
<b>Ausländer</b>	20	7	10	37,30
<b>Bürgerstochter/-witwe</b>	0			

Die Gebührenhöhe (vgl. Tab. 5) unterschied sich in einigen, aber wesentlichen Punkten von der zuvor veranschlagten Höhe: Während Ausländer an Bürgereinzugsgeldern nun das Doppelte zu zahlen hatten, verminderte sich der Betrag der nichtbürgerlichen Ortseingeborenen und Landeseingeborenen wiederum um die Hälfte. Die Zuwanderung von Ausländern wurde also ganz im Gegensatz zu jener der nichtbürgerlichen Einwohner Mannheims und der Kurpfalz eingeschränkt. Ein in Mannheim geborener Bürgersohn, der eine ebenfalls in Mannheim geborene Bürgerstochter oder Bürgerswitwe heiratete, zahlte sieben Gulden für Feuereimer, zehn Gulden Nahrungssteuer und 15 Gulden Kasernengeld, wobei die Hälfte der Nahrungssteuer an die Staatskasse, die restlichen Gebühren an die städtischen Kassen entrichtet werden mussten. Ein in Mannheim geborener Beisassensohn zahlte hingegen für seine Aufnahme zum Beisassen an Kasernengeld fünf und für die Naturallieferung drei Gulden an die städtische Kasse. Ein Orts-

<sup>904</sup> Paul Nolte, *Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden, 1800–1850. Tradition, Radikalismus, Republik* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 102), Göttingen 1994, S. 41f.

<sup>905</sup> Hofgerichtsbericht, 09.10.1804, GLA 77 Nr. 819. Die nichtbürgerlichen Mannheimer und Inländer zahlten, wenn sie sich nicht in die Zunft aufnehmen ließen, keine Nahrungssteuer.

eingeborener, der weder Bürger- noch Beisassensohn war, musste die Gebühren für landeseingeborene Kinder begleichen. Diese beliefen sich für ein Ehepaar auf jeweils zehn Gulden an Bürgergeld, sieben Gulden für Feuereimer und 37 Gulden und 30 Kreuzer an Kasernengeld. Die Bürgereinzugsgelder waren zur Hälfte an die Staatskasse abzuführen. Landeseingeborene, die das Beisassenrecht erwarben, entrichteten drei Gulden an Naturallieferung und fünf Gulden an Kasernengeld an die städtischen Kassen.<sup>906</sup>

Ein Fremder, demnach ein Ausländer, der Beisasse wurde, war zur Zahlung von drei Gulden Naturallieferung und zehn Gulden Kasernengeld an die Stadtkasse verpflichtet. Die ausländischen Ehepaare entrichteten jeweils 40 Gulden an Bürgergeld und zehn Gulden an Nahrungssteuer, wobei je die Hälfte an die Staatskasse floss, sowie sieben Gulden für Feuereimer und 75 Gulden an Kasernengeld. Die restlichen Gebühren gingen an die städtischen Kassen der Quadratestadt. Heiratete ein Mannheimer Bürgersohn allerdings eine Ausländerin so bemaß das Bürgergeld statt 40 Gulden nur noch 20 Gulden, wenn er allerdings eine Orts- oder Landeseingeborene, die nicht aus einem bürgerlichen Haushalt stammte, ehelichte, so waren zehn Gulden für die Bürgereinzugsgelder, die jeweils in gleichen Teilen an die Staats- und Stadtkasse abgeführt wurden, angesetzt. Eine Mannheimer Bürgerstochter oder Bürgerswitwe, die mit einem ausländischen Mann verheiratet war, entrichtete 20 statt 40 Gulden an Bürgergeld und 37 Gulden und 30 Kreuzer statt 75 Gulden an Kasernengeld. Bei gleichzeitiger zünftiger Annahme der Kandidaten wurden die Gebühren zur Nahrungssteuer nach den jeweiligen Zunftartikeln bemessen und an verschiedene Kassen abgeführt.<sup>907</sup>

Mit dem sechsten Konstitutionsedikt wurde die Bürger- und Beisassenannahme im Jahr 1808 in ganz Baden vereinheitlicht, womit nun auch in Mannheim ein angeborenes Bürger- und Beisassenrecht bestand. Begrifflich wurde zwischen Ortsbürgern und Schutzbürgern unterschieden. Es entsprach somit wie zuvor der Unterteilung in Bürger (= Ortsbürger) und Beisassen (= Schutzbürger); auch Rechte und Pflichten waren gleichgeblieben. Gemäß den Anwendungsvorschriften zum Sechsten Konstitutionsedikt vom 1. Februar 1809 musste bei Antritt des angeborenen Bürger- oder Schutzbürgerrechts eine Anzeige beim Ortsvorstand, das war in Städten der Stadtrat,<sup>908</sup> mit Nachweis der Legitimationserfordernisse zur Eintragung in die Bürger- und Taxverzeichnisse vorgenommen werden.<sup>909</sup> Bei stadtfremden Inländern, die in der Stadt oder Gemeinde, in der sie Bürger- oder Schutzbürgerrechte erlangen wollten, kein angeborenes Recht besaßen, bedurfte es vor Aufnahme der Vernehmung durch das Gericht oder

---

<sup>906</sup> Vgl. Tabellarische Zusammenstellung der Bürgereinzugsgelder, 29.08.1806, GLA 77 Nr. 826, Bl. 186f.

<sup>907</sup> Vgl. ebd.

<sup>908</sup> Vgl. Organisationsreskript, 26.11.1809, BAGVBL 7 (1809), S. 419.

<sup>909</sup> Vgl. Anwendungsvorschriften zum Sechsten Constitutions-Edict, 01.02.1809, BAGVBL 7 (1809), S. 99.

durch die Gemeinde.<sup>910</sup> Nur im Bedarfsfall, falls Ortsvorsteher und Gemeinde unterschiedlicher Meinung waren, sollte das Gesuch an die Provinzregierung weitergeleitet werden.<sup>911</sup> Gemäß dem Organisationsreskript vom 26. November 1809 war der Stadtrat nur noch für die „BerichtsErstattung wegen Burger- und HintersassenAnnahmen“<sup>912</sup> zuständig. Die „bürgerliche und hintersäßliche Annahme von Inn- und Ausländern, welchen die Ortsreligion nicht entgegen ist, [ist] in Städten und auf dem Lande, wenn das Gericht und der größere Theil der Gemeinde einwilligt“<sup>913</sup>, von den Stadtämtern zu regeln. Die Stadtämter nahmen auch die Huldigung von neu aufgenommenen Untertanen, Bürgern und Beisassen entgegen.<sup>914</sup> Die Kreisdirektion schaltete sich nur ein, wenn Bürger- und Beisassenaufnahmen entgegen des Willens der Gemeinde vollzogen wurden.<sup>915</sup>

Das Ortssassenrecht konnte durch Geburt, Annahme oder Verjährung erworben werden, dabei unterschied sich die Erlangung je nach Geschlecht und Herkunft des Kandidaten. Das angeborene Bürger- oder Schutzbürgerrecht erlangten Bürgerstöchter in badischen Gemeinden nur durch Verhehlung mit einem Bürger der jeweiligen Gemeinde. Wenn eine Bürgerstochter allerdings einen Schutzbürger ehelichte, ging ihr Anrecht auf das Bürgerrecht verloren. Schutzbürgerstöchter, aber auch stadtfremde In- und Ausländerinnen erhielten nur das Schutzbürgerrecht, wenn sie einen Bürger heirateten. Ebendies vererbten sie an ihre Kinder. Zum Antritt des Bürgerrechts mussten die Frauen unbescholten sein, ein schuldenfreies, beglaubigtes Vermögen von 1 500 Gulden (Ausländerinnen) beziehungsweise 600 Gulden (Inländerinnen) vorweisen und im Fall von Ausländerinnen ein Entlassungszeugnis aus ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit aufbringen. Eine Frau, die hingegen das Schutzbürgerrecht erwerben wollte, musste einen guten Leumund, wobei die Hälfte der Zeit für die Verjährung von Strafen wie als Gemeindebürgerin von Nöten war, ein Vermögen von 200 Gulden (Ausländerinnen) beziehungsweise 150 Gulden (Inländerinnen) und ebenfalls ein Entlassungszeugnis besitzen.<sup>916</sup>

Ähnlich gestaltete sich die Aufnahme von Männern. Ein Mann, der das angeborene Bürgerrecht erwerben wollte, musste volljährig, das heißt 21 Jahre alt sein, Fertigkeiten unter anderem im Lesen, Schreiben und Rechnen mitbringen, einen Nahrungserwerb ausüben, der ihn unterhalten konnte, und die erforderlichen Befähigungen wie das Meisterstück nachweisen. Außerdem

---

<sup>910</sup> Vgl. Anwendungsvorschriften zum Sechsten Constitutions-Edict, 01.02.1809, BAGVBL 7 (1809), S. 99.

<sup>911</sup> Vgl. ebd., S. 100.

<sup>912</sup> Organisationsreskript, 26.11.1809, BAGVBL 7 (1809), S. 424.

<sup>913</sup> Ebd., S. 428.

<sup>914</sup> Vgl. ebd.

<sup>915</sup> Vgl. ebd., S. 452.

<sup>916</sup> Vgl. Anwendungsvorschriften, 01.02.1809, BAGVBL 7 (1809), S. 93f., 97.

durfte er keinen ausländischen Herrschaften dienen. Gleiches galt für den Erwerb des angeborenen Schutzbürgerrechts, auch wenn weniger Fähigkeiten nachzuweisen waren, und eine Arbeit in fremden Diensten eingegangen werden konnte. Ein Mann, der das nicht angeborene Ortsbürgerrecht erlangen wollte, musste alle Eigenschaften für den Antritt des angeborenen Bürgerrechts und alle Eigenschaften einer Frau für die Annahme zur Gemeindebürgerin nachweisen, wie ein Vermögen von 3 000 Gulden (Ausländer) oder 1 200 Gulden (Inländer) sowie zusätzlich Religionseigenschaften und eine Beglaubigung, dass er keinen Wucher betrieb, mitbringen.<sup>917</sup>

Um Schutzbürger zu werden, musste ein Mann die Eigenschaften zum angeborenen Schutzbürgerrecht von Männern und Frauen haben sowie ein Vermögen von 400 Gulden (Ausländer) oder 300 Gulden (Inländer) sowie die Religionseigenschaften vorweisen. Als Schutzbürger verpflichtend angenommen werden musste, wer zugleich in einer anderen badischen Gemeinde Ortssasse war und in Mannheim ein nichtbürgerliches Gewerbe betrieb, wer sich außerhalb der Gemeinde aufhielt, sein Bürgerrecht zwar versäumt, aber ein auswärtiges Staatsbürgerrecht noch nicht angenommen hatte, und wer sich nach zehn Jahren Schutzbürgerrechte ersessen hatte.<sup>918</sup> Verloren ging das Ortssassenrecht durch freiwilligen Abzug, das Ortsbürgerrecht ferner durch Verlust des Staatsbürgerrechts, Eintritt in die Bürgerschaft einer anderen inländischen Gemeinde oder Aufkündigung bei Änderung des Standes. Wer mehr als drei Jahre im Ausland verweilte und dabei nicht mehr seinen Bürgerpflichten nachkam, verlor zwar das Ortsbürgerrecht, aber nicht das Schutzbürgerrecht, letzteres ging nur durch Verlust des Staatsbürgerrechts oder Aufstieg in eine höhere Klasse verloren.<sup>919</sup>

„Trotz bürokratischer Vereinheitlichungsversuche [...] überwog bis 1830 die Kontinuität zum 18. Jahrhundert und damit zugleich das Fortdauern lokal und regional zum Teil sehr unterschiedlicher Verhältnisse.“<sup>920</sup> Im Großen und Ganzen sind diese Kontinuitätslinien auch in Mannheim im Übergang von der Kurpfalz an Baden zu erkennen. Die Größte Neuerung dürfte einerseits in der Verstaatlichung der Annahme, andererseits in der Schaffung des angeborenen Bürger- beziehungsweise Schutzbürgerrechts liegen, was in den 1770er Jahren bereits Fontanesi, von Maubuisson und von Lamezan gefordert hatten. An der formalen Ausgestaltung des Erwerbes von Bürger- und Beisassenrecht änderte sich jedoch wenig: Unbescholtenheit, ein Nahrungserwerb und ein gewisses Grundvermögen bildeten das Fundament, Bürgereinzugsgelder und andere Gebühren bei Aufnahme und Verpflichtung waren abgestimmt auf Herkunft,

---

<sup>917</sup> Vgl. Anwendungsvorschriften, 01.02.1809, BAGVBL 7 (1809), S. 98.

<sup>918</sup> Vgl. ebd., S. 93–97.

<sup>919</sup> Vgl. Sechstes Konstitutionsedikt, 04.06.1808, BAGVBL 6 (1808), S. 156.

<sup>920</sup> Nolte, Gemeindebürgertum, S. 40f.

Stand und Gewerbe des einzelnen Anwerbers. Dementsprechend gab es für Migranten Schranken, die zwar in gewisser Weise ebenfalls für die nichtbürgerlichen Einwohner einer Stadt galten, aber nicht für die aus bürgerlichen Haushalten stammenden Einwohner. So beschränkte Carl Theodor durch die Erhöhung des bedingten Vermögens bei Annahme auf 1 000 Gulden für Handwerker beziehungsweise 3 000 Gulden für Kaufleute bewusst den Zugang für Migranten. Wer angenommen werden wollte, musste somit aus wohlhabenden Verhältnissen stammen. Noch deutlicher in badischer Zeit tritt die Benachteiligung von Ausländern zu Tage. Sichtbar wird dies an der Abstufung der Vermögensqualifikationen und der Verdopplung von Bürger-einzugsgeldern. Dabei diente diese restriktive Niederlassungspolitik nicht nur dem Schutz der einheimischen Bevölkerung, insbesondere des bürgerlichen Gewerbes, sondern ermöglichte im besten Fall die Ansiedlung von zahlungskräftigen Migranten.

## **6.2 Bürger- und Beisassenmigranten in Mannheim**

In der Annahme von Bürgern und Beisassen spiegelt sich gemäß dem Historiker Roland Gerber die sich stetig veränderbare städtische Niederlassungspolitik in Raum und Zeit wider.<sup>921</sup> Die quantitative Auswertung der Datenbank, die anhand der zwischen 1779 und 1804 in den Mannheimer Ratsprotokollen enthaltenen Bürger- und Beisassenannahmen erstellt wurde, ermöglicht durch Korrelation Rückschlüsse auf das Wesen und Verhalten der Bürger und Beisassen als Gruppe zu ziehen. Die Einbürgerungsfrequenz, das heißt der Grad der Zuwanderung im Zeitverlauf, offenbart nicht nur den Einfluss von äußeren Bedingungen, wie verwaltungstechnischen, konjunkturellen, politischen oder exogenen, meist katastrophalen Ereignissen<sup>922</sup> auf die Niederlassungspolitik, sondern auch auf das Niederlassungsverhalten der Migranten. Durch die Bündelung der Herkunftsorte werden die neu aufgenommenen Bürger und Beisassen zudem im Raum verortet und ihre zurückgelegten Strecken durch die Berechnung ihrer durchschnittlichen Migrationsdistanz rekonstruiert. Die Untersuchung der Beziehung zwischen geographischer Herkunft und ausgeübter Tätigkeit der Neubürger lässt sodann nicht nur Aussagen zur beruflichen Struktur der Neubürger zu, sondern ebenso zur wirtschaftlichen Situation Mannheims. Denn die „Zusammensetzung und Bedeutung des handwerklich-gewerblichen Mittelstandes

---

<sup>921</sup> Vgl. Gerber, Einbürgerungsfrequenzen, S. 253.

<sup>922</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 125f.



sind nun einmal Grundfragen einer jeden Stadtgemeinde, ihrer Stabilität und Wirtschaftskraft, aber auch ihrer Wehrhaftigkeit und durchaus ihres Renommees.“<sup>923</sup>

Ergänzend zu den Bürger- und Beisassenannahmen sollen die Ergebnisse aus den exemplarisch ausgewerteten Familienbögen von 1808, 1813 und 1818 herangezogen werden. Trotz der zugrundeliegenden kleinen Datenbasis kann auf Grundlage der Familienbögen einerseits der gesamte Untersuchungszeitraum mit Daten abgedeckt, andererseits Veränderungen im Zeitverlauf noch deutlicher herausgestellt werden. Letzteres ist von besonderem Interesse, da mit dem Übergang an Baden auch Veränderungen in der Einbürgerungsfrequenz, den Migrationsräumen und der beruflichen Struktur der Neubürger einhergegangen sein könnten. Aufgrund der exemplarisch vorgenommenen Auswertung handelt es sich hierbei nur um Tendenzen, die jedoch durch Inbeziehungsetzung mit den Bürger- und Beisassenannahmen validiert werden können.

### **6.2.1 Bürger- und Beisassenannahmen im Zeitverlauf**

Zwischen 1779 und 1804 wurden 2 207 Neubürger<sup>924</sup> und 992 neue Beisassen<sup>925</sup> durch den Stadtrat in die städtische Gemeinschaft aufgenommen. Von diesen neu ins Stadtwesen formal integrierten Personen waren insgesamt, einschließlich aller Ehefrauen, 703 (darunter 258 Inländer und 445 Ausländer) sich um das Bürgerrecht und 456 (darunter 205 Inländer und 251 Ausländer) sich um das Beisassenschutzrecht bewerbende Personen Migranten. Einige dieser Personen hielten sich jedoch schon vor ihrer formalen Aufnahme in der Stadt auf. Statistisch verwertbare Daten liegen jedoch nur für die aus den linksrheinischen Gebieten nach Mannheim kommenden Personen vor: Im Durchschnitt lebten die Neubürger acht und die Beisassen 13 Jahre vor Antragsstellung in Mannheim, wobei erstere bei Aufnahme durchschnittlich 31 und letztere durchschnittlich 34 Jahre alt waren.<sup>926</sup> Unter ihnen war beispielsweise Baltasar Jungbluth aus dem kurpfälzischen Wachenheim, der im Alter von 32 Jahren 1782 nach Mannheim kam, 1792 das Beisassenschutzrecht und 1798 das Bürgerrecht erwarb. Johann Jacob Weickel war bereits 33 Jahre in Mannheim ansässig, bevor er im Jahr 1788 Beisasse und im Jahr 1800 Bürger wurde. Bruno Koch weist für Zürich ebenfalls einen sehr kurzen Aufenthalt

---

<sup>923</sup> Knut Schulz, *Handwerkerwanderungen und Neubürger im Spätmittelalter*, in: *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550)*, Berlin 2002, S. 445–477, hier S. 445.

<sup>924</sup> Siehe hierzu Kapitel 8.2.2 *Auswertung*, Tab. 18.

<sup>925</sup> Siehe hierzu Kapitel 8.2.2 *Auswertung*, Tab. 19.

<sup>926</sup> Die Datengrundlage ist nicht ausreichend. So handelt es sich in Bezug auf die Aufenthaltsdauer lediglich um 62 Neubürger und 47 Beisassen, die für solche Überlegungen infrage kommen. Altersangaben ließen sich für 133 Neubürger und 84 Beisassen anhand des Quellenmaterials erschließen.

vor der Einbürgerung der Kandidaten nach.<sup>927</sup> Inwieweit solche Aussagen auf andere Migranten zu übertragen sind, bleibt fraglich. Denn bei den aus den linksrheinischen Gebieten stammenden Zuwanderern handelte es sich teilweise um Personen, die aufgrund von Krieg und Annexion ihre Heimat verloren hatten und deshalb zur Migration gezwungen waren.

Um im Folgenden den Grad der Zuwanderung im Zeitverlauf offenzulegen und so die Einbürgerungsfrequenz für die Stadt Mannheim aufzuzeigen, werden lediglich die alleinstehenden und verheirateten (beziehungsweise verlobten) Männer für die Analyse herangezogen. Dieses Vorgehen liegt darin begründet, dass nur der Haushaltsvorstand das Bürger- beziehungsweise Beisassenrecht erwarb. Zwischen 1779 und 1804 erhielten 1 340 Männer das Bürgerrecht und 567 Männer den Beisassenschutz. Das heißt es wurden jährlich zwischen 30 und 92 Bürger, durchschnittlich 53, und zwischen 10 und 49 Beisassen, durchschnittlich 23, neu in die städtische Gemeinschaft Mannheims aufgenommen. Zum Vergleich: Die Stadt Köln, die zum gleichen Zeitpunkt ungefähr doppelt so viele Einwohner wie Mannheim zählte, nahm zwischen 150 und 250 Personen ins Bürgerrecht auf<sup>928</sup> – demnach deutlich mehr als Mannheim. Mainz, die Hauptstadt des gleichnamigen Kurfürstentums, bürgerte in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts durchschnittlich 84 Neubürger ein, besaß allerdings zum gleichen Zeitpunkt rund 10 000 Einwohner mehr.<sup>929</sup> Überraschenderweise bekamen in Koblenz, das zwischen 7 475 Einwohnern um 1778 und 7 992 Einwohnern um 1800 besaß, zwischen 1777 und 1797 durchschnittlich 70 bis 75 Personen das Bürgerrecht.<sup>930</sup> Ob die Einbürgerungsfrequenz Mannheims aufgrund des Wegzuges des Hofes geringer war, bedürfte einer Untersuchung jener in den Jahren vor 1778. Eine Stichprobe, die dem Ratsprotokoll von 1761 entnommen wurde, bestätigt zumindest punktuell eine insgesamt geringe Einbürgerungsfrequenz für die Stadt Mannheim.

Der sogenannten Einbürgerungsfrequenz<sup>931</sup> (siehe Abb. 9) wird, auch wenn sie nur einen kleinen Teil der Bevölkerung dokumentiert, „bezüglich der Immigration in der Regel eine hohe Reliabilität zugestanden“<sup>932</sup>. In den ersten sechs Jahren zeigt sich für Mannheim, dass die Bürger- und Beisassenaufnahmen starken Schwankungen unterlagen. Zwischen 30 und 52 Neubürger wurden zwischen 1779 und 1783 aufgenommen, wobei ein Tiefpunkt direkt 1779 nach dem

---

<sup>927</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 128.

<sup>928</sup> Vgl. Küntzel, Fremde in Köln, S. 21f.

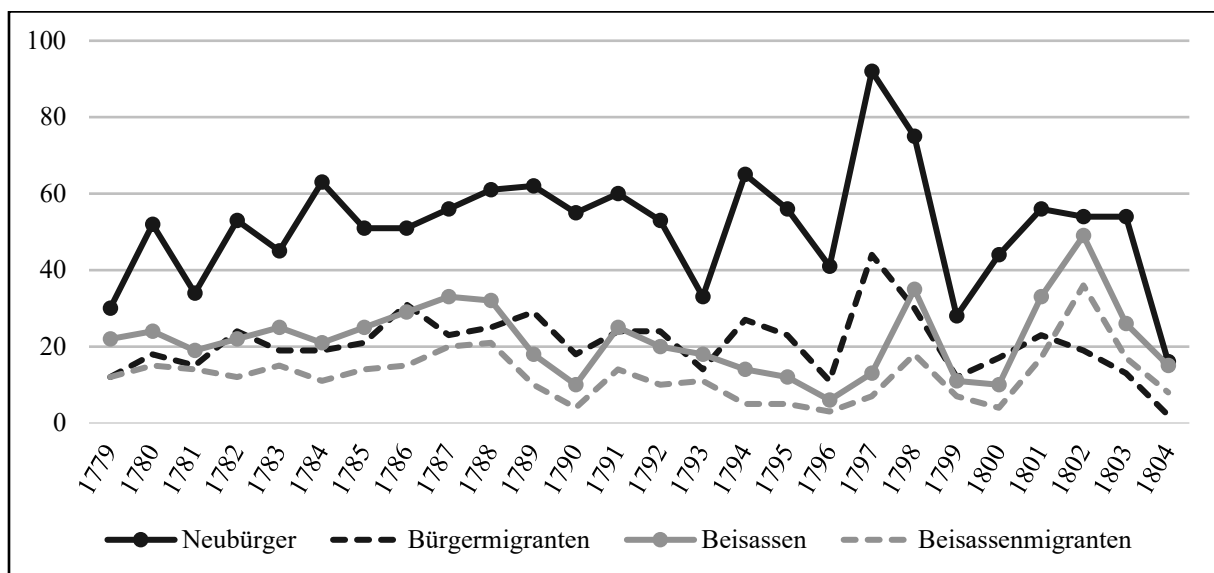
<sup>929</sup> Vgl. Walter G. Rödel, Mainz und seine Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert. Demographische Entwicklung, Lebensverhältnisse und soziale Strukturen in einer geistlichen Residenzstadt (= Geschichtliche Landeskunde, Bd. 28), Stuttgart 1985, S. 76.

<sup>930</sup> Vgl. François, Koblenz im 18. Jahrhundert, S. 44

<sup>931</sup> In den folgenden Berechnungen werden die Jahre 1796 und 1804 aufgrund ihrer Unvollständigkeit nicht berücksichtigt. Siehe hierzu Kapitel 1.3 *Quellen und Methodik*. Nicht benannt werden jene Neubürger und Beisassen unbekannter Herkunft, auch wenn diese in Berechnungen ebenfalls miteinbezogen wurden.

<sup>932</sup> Koch, Neubürger in Zürich, S. 125.

Wegzug des Hofes verzeichnet wurde. Möglicherweise deuten die Zahlen auf einen kurfürstlichen Befehl aus dem Jahr 1778 hin, in dem aufgrund der drohenden Übersetzung die Innungs- und Zunftaufnahme bis auf wenige Ausnahmen beschränkt wurde.<sup>933</sup> Am 16. März 1779 wurde dieser Erlass nach einigen Beschwerden allerdings wieder aufgehoben, sodass dessen Auswirkungen gering ausgefallen sein dürften.<sup>934</sup> Dies wird besonders offensichtlich an der Tatsache, dass fast die Hälfte aller Neubürger Migranten waren. Einen weiteren Tiefpunkt gab es zwar im Jahr 1781, aber nicht im Folgejahr, und das, obwohl die städtischen Behörden klagten, dass die „zünftige und übrige Bürgerschaft, so auch die Beisassen [...] so übersetzt [seien], daß nach Proportion der dermalig geringen Nahrungsgelegenheit die meisten sich ohne Arbeit und Verdienst befinden und in kummervollem Mangel darben.“<sup>935</sup>



**Abb. 9** Mannheimer Einbürgerungsfrequenz (1779–1804)<sup>936</sup>

Im Jahr 1783 sanken die Bürgerannahmen. Ob die sinkenden Zahlen auf die Beschwerde des Rates oder die schlechte Wetterlage und die darauffolgenden Überschwemmungen sowie die kursierende Malaria-Epidemie zurückzuführen sind, kann jedoch nicht nachgewiesen werden, da bei den Beisassenaufnahmen ein gänzlich anderer Trend zu beobachten ist. Hier treten zwar Schwankungen auf, jedoch sind diese kaum sichtbar. Zwischen 19 und 25 Beisassen pro Jahr

<sup>933</sup> Vgl. Reskript, 26.11.1778, GLA 77 Nr. 789, Bl. 1; Regierungsbericht an Kurfürsten, 09.02.1779, GLA 77 Nr. 789, Bl. 59–65.

<sup>934</sup> Vgl. Reskript, 16.03.1779, GLA 77 Nr. 789, Bl. 66.

<sup>935</sup> Walter, Mannheim Bd. 1, S. 719.

<sup>936</sup> Eigene Auswertung anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen. Die Jahre 1796 und 1804 werden zwar bei Berechnungen von Durchschnittswerten im Folgenden nicht beachtet, wurden jedoch im obigen Diagramm aufgrund der Vollständigkeit mitaufgeführt.

erwarben bis 1783 das kleine Bürgerrecht. Dabei kam es erst im Jahr 1784 zu einem kleinen Einbruch der Annahmen, nachdem ein Jahr zuvor eine erste kleine Spitze verzeichnet wurde. Daher ist es schwer zu beurteilen, ob die Schwankungen in der Bürger- und Beisassenannahme auf die grassierende Epidemie zurückzuführen sind. Möglicherweise starben einerseits aufgrund der schlechteren Versorgung vor allem ärmere Einwohner Mannheims, weshalb die Beisassenannahmen nach 1783 zurückgegangen sein könnten, andererseits könnte die Bürgerannahme nach einem unproportionalen Anstieg der Mortalitätsrate erleichtert worden sein,<sup>937</sup> um die Mannheimer Bürgerschaft und Wirtschaft wieder zu stärken und Sterbeüberschüsse auszugleichen.

Zwischen 1784 und 1787/88 nahmen die Bürger- und Beisassenannahmen in der Gesamtschau zwar wieder zu, im Vergleich war aber 1787 gerade der Anteil an Migranten deutlich zurückgegangen. Die Aufnahme von Beisassenmigranten gestaltete sich hingegen weiterhin proportional zur Gesamtzahl der Beisassenaufnahmen. Die Beisassen erreichten 1788 mit 32 Annahmen einen vorläufigen Höhepunkt, während gerade die Aufnahme von Bürgermigranten weiterhin starken Schwankungen unterlag. Inwieweit der einjährige Aufenthalt Carl Theodors und seines Hofstaates im Jahr 1788 Einfluss auf die Bürger- und Beisassenannahmen nahm, kann nicht konkret bestimmt werden. Nach Beginn der Französischen Revolution blieben die Bürgerannahmen zunächst noch recht konstant, wobei ein kleinerer Einbruch um 1790 zu erkennen ist. Dagegen brachen die Beisassenannahmen 1789 und 1790 komplett ein, um dann bis 1797 nach einem erneut abrupten Anstieg 1791, möglicherweise aufgrund der Aufnahme von Geflüchteten, konstant zu sinken. Während 1790 lediglich Beisassenmigranten in der Stadt aufgenommen wurden, verkehrte sich nur ein Jahr später das Verhältnis ins Gegenteil. Hier liegt die Begründung nahe, dass nicht nur Reglementierungen für die französischen Migranten erfolgten, sondern auch die Beschränkungen zur Beisassenannahmen, um arme Bewohner daran zu hindern, Rechte in der Stadt Mannheim zu erlangen, verschärft wurden. Doch auch die Aufnahme von Schuhmachern und Schuhflickern wurde nach Bittschriften der Schuhmacherzunft an die Regierung untersagt.<sup>938</sup> Bei der Annahme von Neubürgern sind hingegen recht deutliche Schwankungen zu beobachten. In diese Zeit fällt nicht nur der um Mannheim herrschende Krieg, sondern auch die erstmalige Belagerung Mannheims im Jahr 1795 und der Verbleib der Quadratestadt unter wechselnder Besatzung hinein.

Nach relativ konstanten Zahlen mit etwa 58 Annahmen zwischen 1788 und 1792 wurden 1793 nur 33, 1794 hingegen 65 und nach Abzug der Österreicher aus Mannheim 1797 92 Neubürger

---

<sup>937</sup> Vgl. Traiteur, Tabellen, Tab. XI.

<sup>938</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1792, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 124, S. 275.

aufgenommen. Der Zusammenbruch der Verkehrsverbindungen zwischen 1795 und 1801 scheint sich auf die Aufnahmen von Bürgern und Beisassen nicht ausgewirkt zu haben.<sup>939</sup> Dass trotz zurückgehender Bevölkerung sowie einer Verschlechterung der ökonomischen Situation und der Verdienstmöglichkeiten die Anzahl der Zunftgenossen anstieg, stellt wiederum Dieter Hein im Rahmen der Analyse der Mannheimer Wirtschaft fest.<sup>940</sup> Allerdings könnte dies auch damit zusammenhängen, dass nach Kriegsende die Annahme für das Bürgerrecht erleichtert wurde, was sich auch an der zur Gesamtzahl proportional verlaufenden Aufnahme von Bürgermigranten zeigen könnte. 1799 brach die Aufnahme an Bürgern wiederum ein, bevor in den folgenden zwei Jahren wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen war, wobei insgesamt weniger Bürgermigranten aufgenommen wurden. Die Beisassenannahmen stiegen hingegen nach 1800 deutlich an, wobei die Aufnahme von Migranten sich im gesamten Betrachtungszeitraum proportional zur Gesamtaufnahme gestaltete. Der Grund für eine Erleichterung und damit der Förderung von Bevölkerungsgewinnen ist möglicherweise im Ausgleich von Verlusten aufgrund von Krieg, Wegzug und besonders hoher Mortalitätsüberschüsse in den 1790ern zu vermuten.<sup>941</sup> Die Wende zum 19. Jahrhundert markiert dann nicht nur das Ende der Herrschaft von Carl Theodor, sondern die Rückeroberung Mannheims, die sich ebenfalls in den sehr geringen Zahlen für die Bürger- und Beisassenannahme widerspiegeln könnte. Letztendlich stiegen beide wieder an und verharrten bis 1804 auf einem relativ konstanten Niveau.

In all dieser Zeit veränderte sich der Anteil der auswärtigen Neubürger zu ihrer Gesamtzahl kaum und verweilte auf einem Niveau.<sup>942</sup> Durchschnittlich 32 Prozent der Neubürger kamen nicht aus Mannheim. Es handelt sich hierbei um einen Anteil von zwölf Prozent an Inländern und 20 Prozent an Ausländern. Im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden wie Köln mit zehn Prozent,<sup>943</sup> Seckenheim mit fünf Prozent und Neckarau mit 30 Prozent zeugt dies deutlich von Mannheims Attraktivität als Zuwanderungsstadt.<sup>944</sup> Andere Zahlen wies beispielsweise Mainz um 1778 auf: Hier stammte mehr als die Hälfte der Neubürger nicht aus der Stadt.<sup>945</sup>

---

<sup>939</sup> Vgl. Kai Budde/Hartmut Knittel, Mannheim auf Achse. Mobilität im Wandel. 1607–2007, in: Thomas Herzog/Kai Budde (Hgg.), Mannheim auf Achse. Mobilität im Wandel. 1607–2007. Katalog, Mannheim 2007, S. 6–11, hier S. 9.

<sup>940</sup> Vgl. Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 476.

<sup>941</sup> Zur Vitalstatistik zwischen 1722 und 1855 siehe Krauß, Armenwesen, S. 13.

<sup>942</sup> Selbst wenn die Zuwanderer unbekannter Herkunft prozentual entweder den Mannheimern oder Migranten hinzugerechnet würden, würde sich am prozentualen Anteil keine Änderung ergeben.

<sup>943</sup> Vgl. Küntzel, Fremde in Köln, S. 21f.

<sup>944</sup> Vgl. Hansjörg Probst, Bevölkerungsstatistik im 18. Jahrhundert am Beispiel Seckenheim, in: MGB NF 8 (2001), S. 411–418, hier S. 415. Zwischen 1766 und 1803 zählte Probst 123 Bürgeraufnahmen für Seckenheim und zwischen 1741 und 1804 444 Bürgeraufnahmen für Neckarau. Während die Neubürger Seckenheims wohlhabend waren, kamen Neckaraus Neubürger eher aus den unteren Schichten, was später darin resultierte, dass die Gruppe der Tagelöhner in Neckarau auf über 40 Prozent der Bevölkerung wuchs. Nichtsdestotrotz ebnete es Neckarau früh den Weg in die Industrialisierung und Verstädterung. Vgl. Probst, Bevölkerungsstatistik, S. 415.

<sup>945</sup> Vgl. Rödel, Mainz und seine Bevölkerung, S. 73.

Koblenz hingegen rekrutierte zwischen 1777 und 1797 im Durchschnitt circa 41 Prozent Stadtfremde.<sup>946</sup> In Mannheim wurden bei den sich um das Beisassenschutzrecht bewerbenden Kandidaten pro Jahr gar durchschnittlich 46 Prozent auswärtige Personen (21 Prozent Kurpfälzer/25 Prozent Ausländer) eingebürgert. Lediglich 1790 und 1794 wurden deutlich weniger Stadtfremde aufgenommen, wobei hier wiederum Jahrgänge, in denen Mannheim stark von den Auswirkungen der Revolution, einschließlich der restriktiven Politik gegen Emigranten, beeinflusst war, betroffen sind. Dies lässt darauf schließen, dass die Annahme als Beisasse für Stadtfremde deutlich attraktiver und günstiger war, gleichzeitig jedoch Ausländer als vermögender einzuschätzen sind, da sich diese eher für das Bürgerrecht entschieden.

**Tab. 6** Anzahl der Familien in Mannheim (1779–1801)<sup>947</sup>

<b>Jahr</b>	<b>Bürger</b>	<b>Ledige Bürger</b>	<b>Beisassen</b>	<b>Mennoniten</b>	<b>Juden</b>	<b>gesamt</b>
<b>1779</b>	1 111	437	407	13	239	<b>2 207</b>
<b>1780</b>	1 186	412	415	13	238	<b>2 264</b>
<b>1781</b>	1 203	389	423	12	243	<b>2 270</b>
<b>1782</b>	1 202	380	404	12	250	<b>2 248</b>
<b>1783</b>	1 053	409	297	10	243	<b>1 939</b>
<b>1785</b>	1 040	417	296	12	278	<b>2 043</b>
<b>1786</b>	1 070	384	301	12	275	<b>2 042</b>
<b>1790</b>	1 122	516	412	13	248	<b>2 311</b>
<b>1791</b>	1 129	188	532	11	196	<b>2 455</b>
<b>1801</b>	1 808	842	463	17	258	<b>3 388</b>

Die Zahl der Beisassen wuchs zwar langsam, die Generaltabellen (vgl. Tab. 6) suggerieren jedoch deutlich höhere Wachstumsraten. So stieg die Anzahl der Beisassen zwischen den Jahren 1790 und 1791 um 120 Personen. Gemäß den Beisassenannahmen wurden im Jahr 1791 20 Migranten in die städtische Gesellschaft aufgenommen; viele hiervon stammten aus den linksrheinischen Gebieten. Dies legt den Schluss nahe, dass es sich um Geflüchtete samt Familienanhang gehandelt haben könnte. Allerdings hielten sich drei dieser Personen nachweislich bereits mehrere Jahre in Mannheim auf, sodass möglicherweise auch die Gewissheit, nicht mehr

<sup>946</sup> Vgl. François, Koblenz im 18. Jahrhundert, S. 44

<sup>947</sup> Vgl. Generaltabelle 1779, GLA 77 Nr. 6148; Generaltabelle 1780, GLA 77 Nr. 6148; Generaltabelle 1781, GLA 77 Nr. 6151; Generaltabelle 1782, GLA 77 Nr. 6175; Generaltabelle 1783, GLA 77 Nr. 6175; Generaltabelle 1785, LA Speyer A 2 Nr. 114/1; Generaltabelle 1786, LA Speyer A 2 Nr. 114/1; Generaltabelle 1790, GLA 77 Nr. 6150; Generaltabelle 1791, LA Speyer A 2 Nr. 114/1; Generaltabelle 1802, GLA 69 N Maler 45, Bl. 295.

in die Heimat zurückzukehren, zur Einbürgerung führte. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 5,5 Personen<sup>948</sup> würde dies der in den Generaltabellen überlieferten Zunahme recht nahekommen. Der Anteil der vollberechtigten Bürger hingegen blieb aufgrund der restriktiven Niederlassungsbestimmungen und der Sterbeüberschüsse seit 1739 in der Stadt relativ konstant, womit die bürgerlichen Familien zu einem beständigen Element der Einwohnerschaft avancierten.<sup>949</sup>

Bis 1806 war die Anzahl an Bürgern (1 326) und Beisassen (457) wieder gesunken.<sup>950</sup> Da die Erstellung eines Familienbogens beziehungsweise die Neugründung eines Haushaltes jedoch nicht mit der Annahme ins Bürger- beziehungsweise Beisassenrecht gleichzusetzen ist, kann der Grad der Zuwanderung zwischen 1804 und 1818 nicht bestimmt werden. Es bestehen erhebliche Zweifel, dass eine Bürger- beziehungsweise Beisassenannahme einem Familienbogen entspricht. So erwarben viele Personen erst etliche Jahre nach Gründung eines Haushaltes ein Zugehörigkeitsrecht. Auch statistische Ungenauigkeiten können nicht ausgeschlossen werden. Evident erscheint dies vor allem an den 1813 aufgenommenen Bögen, von denen es im Vergleich zu den Jahren 1808 und 1818 deutlich weniger gab. Da Mannheim in diesem Zeitraum nur geringe Zuwanderungsgewinne verzeichnete und zeitgleich auch die Niederlassung deutlich restriktiver gestaltete, ist jedoch anzunehmen, dass im Mittel nicht mehr Personen eingebürgert wurden. Ein isolierter Blick auf die Familienbögen, die bürgerlichen oder beisässlichen Familien gehörten, offenbart, dass 36 Prozent der Neubürger und 60 Prozent der Beisassen Migranten waren. Insgesamt konnten 102 Bürger und 105 Beisassen in den Jahren 1808, 1813 und 1818 erfasst werden. Im Mittel wären dies 34 Bürger und 35 Beisassen, die pro Jahr einen Familienbogen erhielten. Diese Bürger und Beisassen waren zum Teil mit Migrantinnen verheiratet. In Zahlen waren dies bei den Bürgern insgesamt 77 Frauen, davon 37 Migrantinnen, und bei den Beisassen insgesamt 81 Frauen, davon 32 Migrantinnen.

Ebenfalls kann davon ausgegangen werden, dass die Einbürgerungsfrequenz weiterhin starken Schwankungen unterlag, wie dies auch auf die in der Stadt anwesenden Reisenden im gleichen Zeitraum zutraf.<sup>951</sup> Inwieweit die äußeren Bedingungen einen Einfluss auf diese Zahlen nahmen, bleibt spekulativ, da die Schwankungen zumeist zu unspezifisch sind und der Stadtrat auf Gesetzesebene keinen Einfluss auf die Niederlassungs- und Zuwanderungspolitik nahm. Lediglich bei der Aufnahme von Beisassen zeichnen sich deutlich Auswirkungen der Französischen Revolution ab. Dass das „langfristige Einbürgerungsverhalten spätmittelalterlicher Städte [...],

---

<sup>948</sup> Vgl. Schlösser, *Eine Neigung für die rote Mütze*, S. 600.

<sup>949</sup> Vgl. Traiteur, *Fünfzehn statistische Tabellen*, Tab. XIV.

<sup>950</sup> Vgl. Feder, *Geschichte* Bd. 2, S. 48.

<sup>951</sup> Zu exogenen Einflussfaktoren siehe Kapitel 4.1 *Frequentierung der Quadrate*.

trotz der unbestrittenen Individualität städtischer Einbürgerungspolitik, in direkter Abhängigkeit zu ‚unbewussten‘ überregionalen Faktoren“<sup>952</sup> stand, mag vielleicht für andere Städte gelten, jedoch lässt sich dies für Mannheim, wie auch Astrid Küntzel für Köln feststellt,<sup>953</sup> nicht darstellen. Um mögliche Einflussnahmen durch den Stadtrat auf individueller Ebene nachzuspüren, die sich beispielsweise im Herabsetzen der Vermögensqualifikationen, des Mindestalters oder der Geldzahlungen für den Einzelnen zeigen konnten, müssen in den folgenden Kapiteln Einzelschicksale ausführlich beleuchtet werden.

## 6.2.2 Rekrutierungs- und Migrationsräume

Die Herkunft der Migranten, sei es der neu aufgenommenen Bürger oder Beisassen, ist aufgrund der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen bis 1804 in den meisten Fällen bekannt. Wie Sylvia Hahn in Bezug auf die Dienstbotenmigration kritisiert, geben Quellen wie die hier zugrundeliegenden jedoch lediglich „Anhaltspunkte über die mögliche regionale Herkunft einzelner Erwerbstätiger“<sup>954</sup>, da „die Auswertung der Angaben zu den Geburtsorten [...] nur eine schlaglichtartige, zeitlich punktuelle Einsicht auf einen mutmaßlichen, unter Umständen aber keineswegs *tatsächlichen* Herkunftsort“<sup>955</sup> zulassen. Eventuelle Zwischenstationen in der Migrantenbiografie, die wahrscheinlich nur auf einen kleinen Teil der Zuwanderer zutrafen, werden zwar ausgelassen, dennoch mindert dies keineswegs den Aussagewert, da der Geburtsort schließlich den Ausgangspunkt einer Wanderung darstellt. Ebendiese Meinung teilt auch die Historikerin Christina Müller, welche die Bevölkerung Karlsruhes im 18. Jahrhundert untersuchte. Für sie sagen die Geburtsorte etwas über die „ursprüngliche soziale und kulturelle Prägung aus.“<sup>956</sup> Auf die Wandervorgänge, wie Rainer Christoph Schwinges allgemein konstatiert, nahmen jedoch weder politische Grenzen noch topografische Hindernisse entscheidenden Einfluss. Vielmehr waren es die ins Binnenreich eingerückten Sprachgrenzen. „Sie waren die eigentlichen Migrationsgrenzen der künftigen Neubürger [...], während sich Sprachgrenzen im deutschsprachigen Binnenreich – ausgenommen die alten Niederlande [...], so gut wie gar nicht bemerkbar zu machen schienen“<sup>957</sup>.

---

<sup>952</sup> Gerber, Einbürgerungsfrequenzen, S. 279.

<sup>953</sup> Vgl. Küntzel, *Fremde in Köln*, S. 20.

<sup>954</sup> Hahn, *Historische Migrationsforschung*, S. 116.

<sup>955</sup> Ebd.

<sup>956</sup> Christina Müller, *Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und sozialen Schicht einer residenzstädtischen Bevölkerung* (= *Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte*, Bd. 1), Karlsruhe 1992, S. 210.

<sup>957</sup> Rainer Christoph Schwinges, *Die Herkunft der Neubürger: Migrationsräume im Reich des späten Mittelalters*, in: Ders. (Hg.), *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550)*, Berlin 2002, S. 371–408, hier S. 376.



Ebendies lässt sich auch an den Migrationsräumen<sup>958</sup> der Stadt Mannheim beobachten.<sup>959</sup> Dabei ist ein Migrationsraum derjenige Umkreis, „aus dem die Zuzügler einer Stadt zu- und abwanderten. Migrationsräume sind in der Regel nicht gleichförmig aufgebaut, sondern die Migrationsdichte [...] nimmt mit zunehmender Distanz zum Immigrationsort ab.“<sup>960</sup>

Dabei stammten die meisten auswärtigen Neubürger Mannheims (vgl. Abb. 10, Abb. 11), wie auch Schwinges insgesamt für das Alte Reich feststellt, aus einem „zielortnahen, im Wesentlichen herrschaftlich geprägten Migrationsraum, den Kernraum, in dem die Einbürgerung gezielt als Mittel zur Herrschaftssicherung und Herrschaftserweiterung oder allgemein zur politischen Einflussnahme eingesetzt werden konnte“<sup>961</sup>. Nicht deutlich von diesem zu trennen ist der nahe Migrationsraum, mit dem die Stadt in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis stand.<sup>962</sup> So rekrutierte die Stadt Mannheim ihre Neubürger überwiegend aus dem Nahbereich, vor allem aus der linksrheinischen Pfalz, direkt entlang des Rheines sowie aus den Städten Frankenthal und Heidelberg, aus der in östlicher Richtung liegenden Ortschaft Schriesheim sowie den linksrheinischen Orten Alzey, Bad Kreuznach, Oppenheim und Freinsheim. In einem ersten Raumsegment in westlicher Richtung bildet die Stadt Kaiserslautern, welche die Hauptstadt des kurpfälzischen Oberamtes Lautern zu dieser Zeit war, die Grenze. Im Norden markiert diese Grenze eine Schlaufe des Rheines auf Höhe der Städte Mainz, Hochheim am Main und Bingen am Rhein. Erstere beiden Städte gehörten zwar nicht der Kurpfalz an, sie stellten für Mannheim jedoch mehr als fünf Auswanderer. Doch auch im Südwesten von Mannheim, genauer im Raum Landau in der Pfalz, und aus dem Süden, zwischen Rhein und Neckar, akquirierte Mannheim Bürgerrechtskandidaten. Hier allerdings dominierten Einwanderer aus den ausländischen Herkunftsorten wie aus dem französischen Landau in der Pfalz oder dem württembergischen Bruchsal. Möchte man den Mannheimer Kernraum exakt definieren, ergibt sich ein Radius von null bis 25 Kilometern um das Zentrum Mannheim herum, mit Ausläufern bis zu rund 50 Kilometern vom Zentrum entfernt. Dies entspricht circa 59 Prozent aller in Mannheim ansässigen stadtfremden Neubürger, wobei ein Großteil dieser Zuwanderer kurpfälzischer Herkunft war.

---

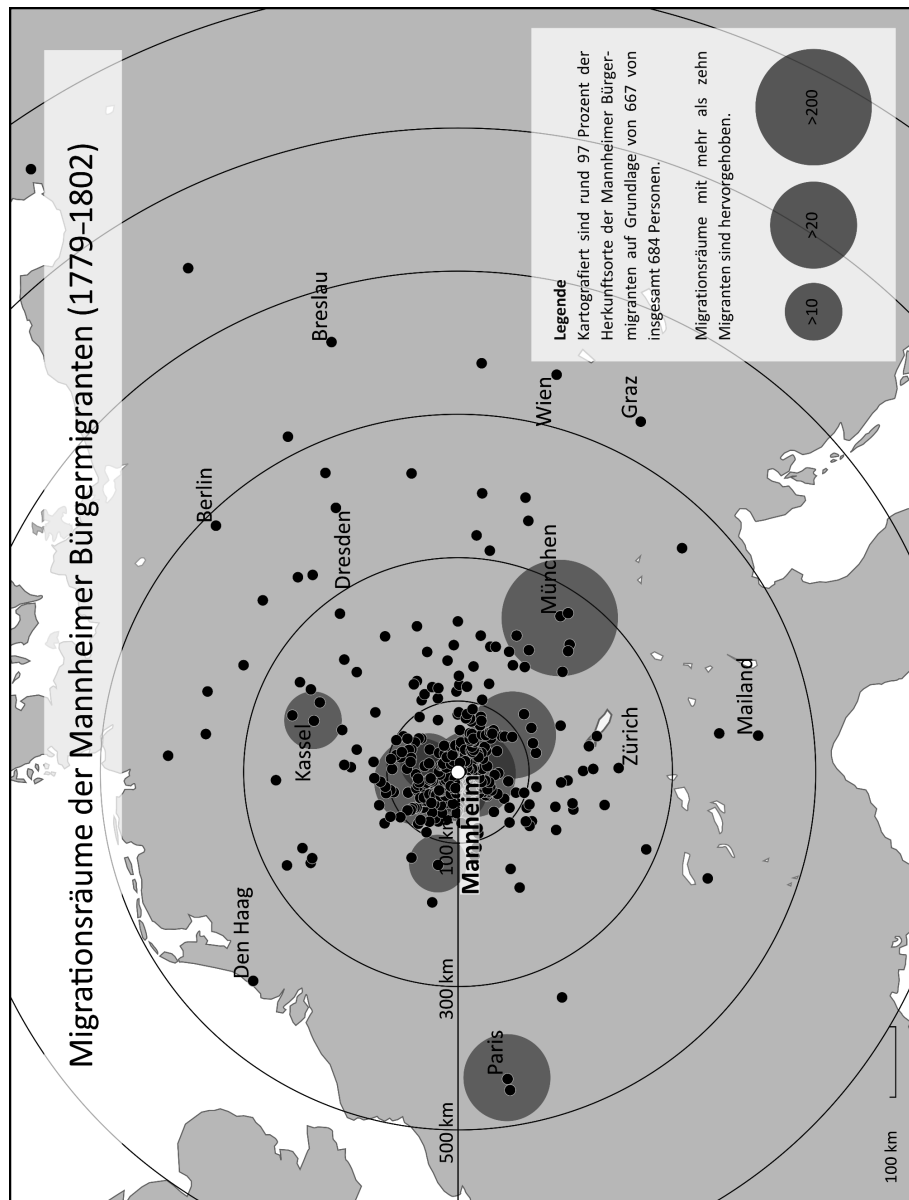
<sup>958</sup> Bei der Auswertung der Migrationsräume gelten aufgrund der Vergleichbarkeit die Grenzen von 1789.

<sup>959</sup> Im Gegensatz zu Schwinges muss hier nicht das Modell der „träge fließenden Zeit“ angewendet werden, da erstens der Betrachtungszeitraum dieser Arbeit zu klein und zweitens der Migrationsraum der Stadt Mannheim stabil und konstant ist.

<sup>960</sup> Koch, Neubürger in Zürich, S. 137.

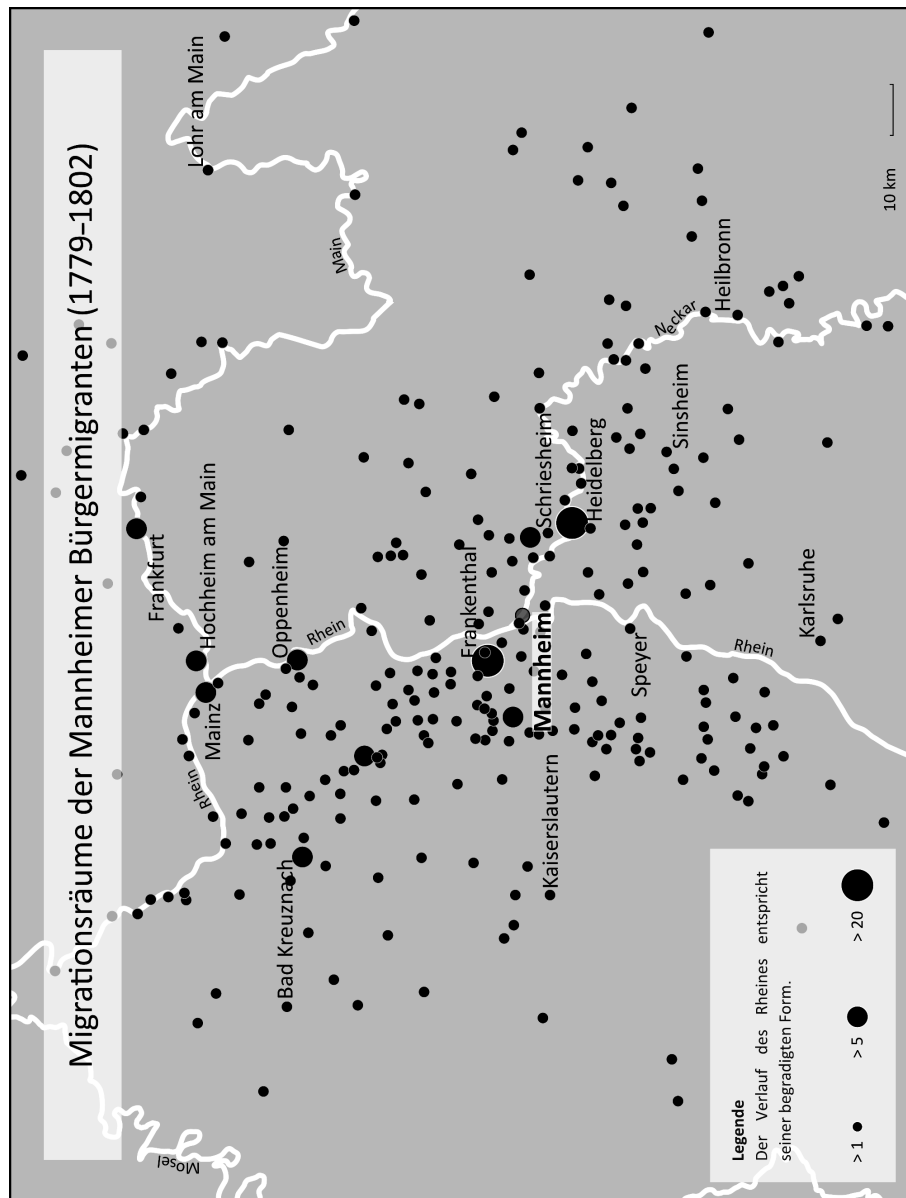
<sup>961</sup> Schwinges, Die Herkunft der Neubürger, S. 402.

<sup>962</sup> Vgl. ebd.



**Abb. 10** Migrationsräume der Mannheimer Bürgermigranten (1779–1802)<sup>963</sup>

<sup>963</sup> Eigene Darstellung und Auswertung anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen. Die Geodaten stammen von © *OpenStreetMap-Mitwirkende* (OpenStreetMap. URL: [www.openstreetmap.org/copyright](http://www.openstreetmap.org/copyright) (15.12.2020)).



**Abb. 11** Migrationsräume der Mannheimer Bürgermigranten (1779–1802)<sup>964</sup>

<sup>964</sup> Eigene Darstellung und Auswertung anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen. Die Geodaten stammen von © *OpenStreetMap-Mitwirkende* (OpenStreetMap. URL: [www.openstreetmap.org/copyright](http://www.openstreetmap.org/copyright) (15.12.2020)).

Darüber hinaus lebten viele Neubürger zuvor schon zwischen 50 und 125 Kilometer entfernt zu Mannheim. Hierzu zählten nicht nur die Einwanderer aus dem heutigen Elsass, sondern auch Personen um die Stadt Zweibrücken herum, aus der fünf Stadtfremde geworben wurden. Doch auch in Richtung Bayern, beispielsweise gen Rothenburg ob der Tauber oder Berlichingen, in südliche Richtung in den Raum Stuttgart oder auch in den Nordosten um Würzburg herum oder in den Raum Frankfurt reichte Mannheims Anziehungskraft. Nichtsdestotrotz lässt sich ein weiterer Migrationsraum, den Schwinges definiert und aus dem vor allem Handwerker kamen, für Mannheim nicht exakt herausstellen.<sup>965</sup> Sicherlich konnten Auswanderungen aus den nahen kurpfälzischen Städten aus rein wirtschaftlichen Gründen vollzogen worden sein, die sich mit den Handelsinteressen der Stadt Mannheim deckten.<sup>966</sup> Vor allem die linksrheinische Pfalz stellte für Mannheim ein wichtiges Absatzgebiet dar, sodass Migrantennetzwerke sicherlich Handelsinteressen dienlich waren. Auch für die Stadt Frankfurt, aus der die Mehrzahl der sich für einen kurzen Zeitraum in Mannheim aufhaltenden Handelsleute stammte, könnten solche Annahmen gemacht werden. Mit zehn Neubürgern kamen aus Frankfurt, nach Frankenthal und Heidelberg, die meisten Migranten. Hierbei handelte es sich jeweils um einen Küfer, einen Handelsmann, einen Gürtler und einen Schuhmacher. Vier weitere Migranten aus Frankfurt waren Frauen, ein weiterer Migrant weist keine Berufsangabe auf. Auch der vierte, entfernte Migrationsraum, kann für Mannheim nicht exakt herausgearbeitet werden, da Zuwanderungen aus diesem Bereich eher nur Einzelfälle darstellten. Aus diesem Raum sollten gemäß Schwinges insbesondere berufliche Spezialisten zugewandert sein, wobei es sich fast ausschließlich um Stadt-zu-Stadt-Migrationen gehandelt haben sollte.<sup>967</sup>

Der „kernräumige Migrationskreis“<sup>968</sup> von 20 bis 30 Kilometern um Mannheim hatte zwar für Mannheim als „kontinuierliches Neubürgerreservoir“<sup>969</sup>, das langfristig die regionale Existenz sicherte, einen überragenden Wert, dominiert aber keineswegs das gesamte Geschehen. Dies zeigt sich auch bei einem Blick auf die Mannheimer Migrationsdistanzen zwischen 1779 und 1804. Die durchschnittliche Distanz für Mannheim liegt bei 96 Kilometern. Betrachtet man nur die männlichen Neubürger ergibt sich eine Distanz von 105 Kilometern, die Migrantinnen hingegen legten nur 67 Kilometer zurück. Letzteres stellt Etienne François ebenfalls für Koblenz fest.<sup>970</sup> Allgemein arbeitet er eine niedrigere weibliche Mobilität heraus. Inwieweit dies für

---

<sup>965</sup> Vgl. Schwinges, Die Herkunft der Neubürger, S. 402.

<sup>966</sup> Vgl. ebd.

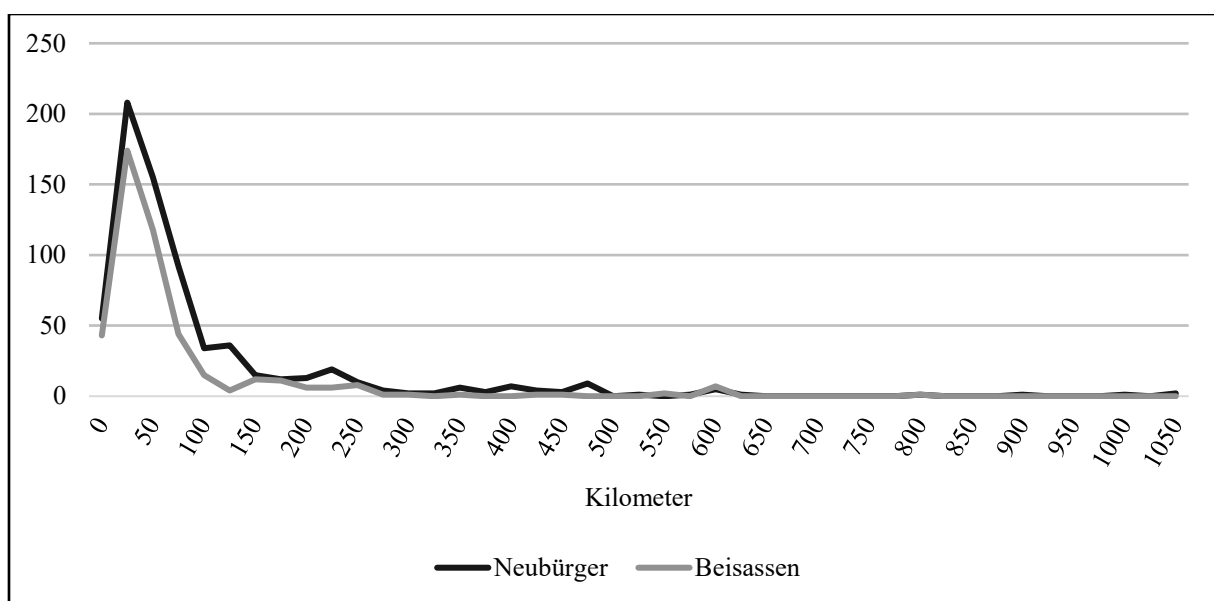
<sup>967</sup> Vgl. ebd.

<sup>968</sup> Ebd., S. 404.

<sup>969</sup> Ebd.

<sup>970</sup> Vgl. François, Koblenz im 18. Jahrhundert, S. 49.

Mannheim zutreffend ist, kann aus den bereits genannten Gründen bezüglich der Neubürgerinnen in den tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen nur angedeutet werden. So waren rund 40 Prozent der Neubürger Migranten, aber nur 19 Prozent der Neubürgerinnen. Allerdings heirateten auch viele der Neubürger Mannheimer Bürgerstöchter, was es problematisch macht, die Bürgerlisten als Maßstab der geschlechterspezifischen Migration heranzuziehen. Rödel beispielsweise verweist für Mainz ebenfalls auf eine niedrigere weibliche Mobilität, beschränkt sich bei seinen Schlussfolgerungen jedoch nicht nur auf die Bürgerbücher einer Stadt, sondern zieht für seine Betrachtungen Kirchenbücher heran.<sup>971</sup>



**Abb. 12** Anteil der Neubürger im Verhältnis zur Migrationsdistanz (1779–1804)<sup>972</sup>

Diese Distanzen beobachtet Schwinges im Spätmittelalter auch für die anderen deutschen Territorien.<sup>973</sup> Für Mannheim lassen sich ebenfalls exakte Migrationsdistanzen (siehe Abb. 12) herausarbeiten: Aus einer Null- bis 25-Kilometer-Distanz wanderten 37 Prozent nach Mannheim, weitere 40 Prozent stammten aus einer 25- bis 100-Kilometer- und weitere 15 Prozent aus einer 100- bis 250-Kilometer-Distanz. Die restlichen acht Prozent der Mannheimer Migranten wohnten zuvor zwischen 250 und 1 050 Kilometer von Mannheim entfernt. Das zeigt, dass Mannheims Anziehungskraft auch in weitentfernte Bereiche des Heiligen Römischen Reiches wirkte. Fernwanderer, die einem vierten, entfernten Migrationsraum angehörten, der mit

<sup>971</sup> Vgl. Rödel, Mainz und seine Bevölkerung, S. 323.

<sup>972</sup> Eigene Auswertung anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen.

<sup>973</sup> Vgl. Schwinges, Die Herkunft der Neubürger, S. 404.

zunehmender Entfernung immer mehr ausdünn,<sup>974</sup> stammten zum Beispiel aus dem Süden Deutschlands, vor allem Richtung Schweiz, aus dem heutigen Baden-Württemberg, aber auch aus dem Raum Hessen-Kassel. Vereinzelt kamen Neubürger auch aus Polen oder Russland sowie aus den Niederlanden. Überraschend gering fiel die Zuwanderung aus Italien aus. Von den acht Neubürgern wanderten unter anderem drei Personen aus dem Herzogtum Mailand, zwei aus dem Königreich Sardinien und eine Person aus der Republik Venedig ein.<sup>975</sup> Überwiegend, und dies ist nicht überraschend, handelte es sich hierbei um Handelsleute.

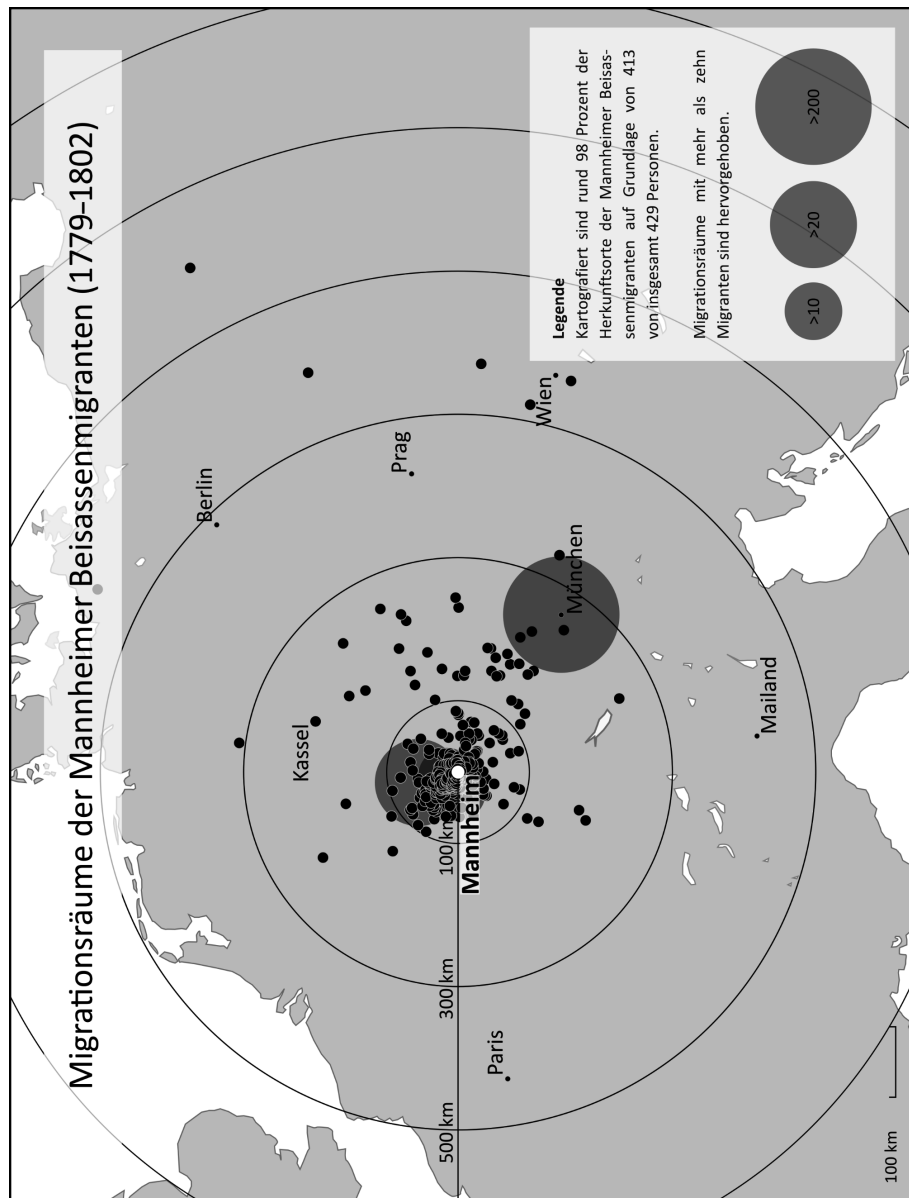
Bei den neu aufgenommenen Beisassen gestalteten sich die Rekrutierungs- und Migrationsräume ganz ähnlich (vgl. Abb. 13, Abb. 14), denn auch hier ist die Nahwanderung evident, auch wenn ihre Streuung um Mannheim herum nicht so enorm ausfiel. Die meisten Migranten lebten vor ihrer Auswanderung in Heidelberg, Frankenthal und Weinheim, doch ebenfalls aus dem heutigen Stadtteil Ludwigshafens am Rhein, Maudach, stammten viele der neu aufgenommenen Beisassen. Wie bei den Neubürgern kamen die meisten Beisassen aus der linksrheinischen Pfalz, vor allem um Frankenthal herum, aber auch aus Ortschaften zwischen Frankenthal und Alzey gelegen, genauso wie aus den Orten Nierstein, Oppenheim und Weinolsheim, sämtlich direkt am Rhein situiert, sowie aus Bad Kreuznach. Vereinzelt sind Fernwanderungen bei den neu aufgenommenen Beisassen zu beobachten, wie aus dem heutigen Bayern, wobei es sich hier größtenteils um kleinere, unbekanntere Ortschaften handelte. Letztendlich bildet die Rheinschlaufe bei Mainz eine imaginäre Grenze, weshalb die durchschnittliche Migrationsdistanz auch nur bei 69 Kilometern, Tendenz im Zeitverlauf steigend, liegt. Männer legten mit 78 Kilometern im Durchschnitt 29 Kilometer mehr als Frauen zurück. Aus einer Null- bis 25-Kilometer-Distanz kamen bereits 48 Prozent der neu aufgenommenen Beisassen, weitere 39 Prozent aus einem 25- bis 100-Kilometer-Bereich und die restlichen 13 Prozent aus einer Distanz bis zu 600 Kilometern zu Mannheim entfernt.

Auffällig erscheint demnach, dass sich die als Beisassen niederlassenden Einwanderer, die vermutlich durchschnittlich ein geringeres Vermögen besaßen und keine Handwerksmeister, sondern größtenteils Gesellen, Knechte und Tagelöhner waren, eher aus dem Nahbereich stammten. Im Gegensatz zu den Bürgern, von welchen 37 Prozent der Migranten aus dem kurpfälzischen Herrschaftsgebiet kamen, waren es bei den neu aufgenommenen Beisassenmigranten 45 Prozent. Dies und die nicht geltende Rheingrenze im Norden, konkret die

---

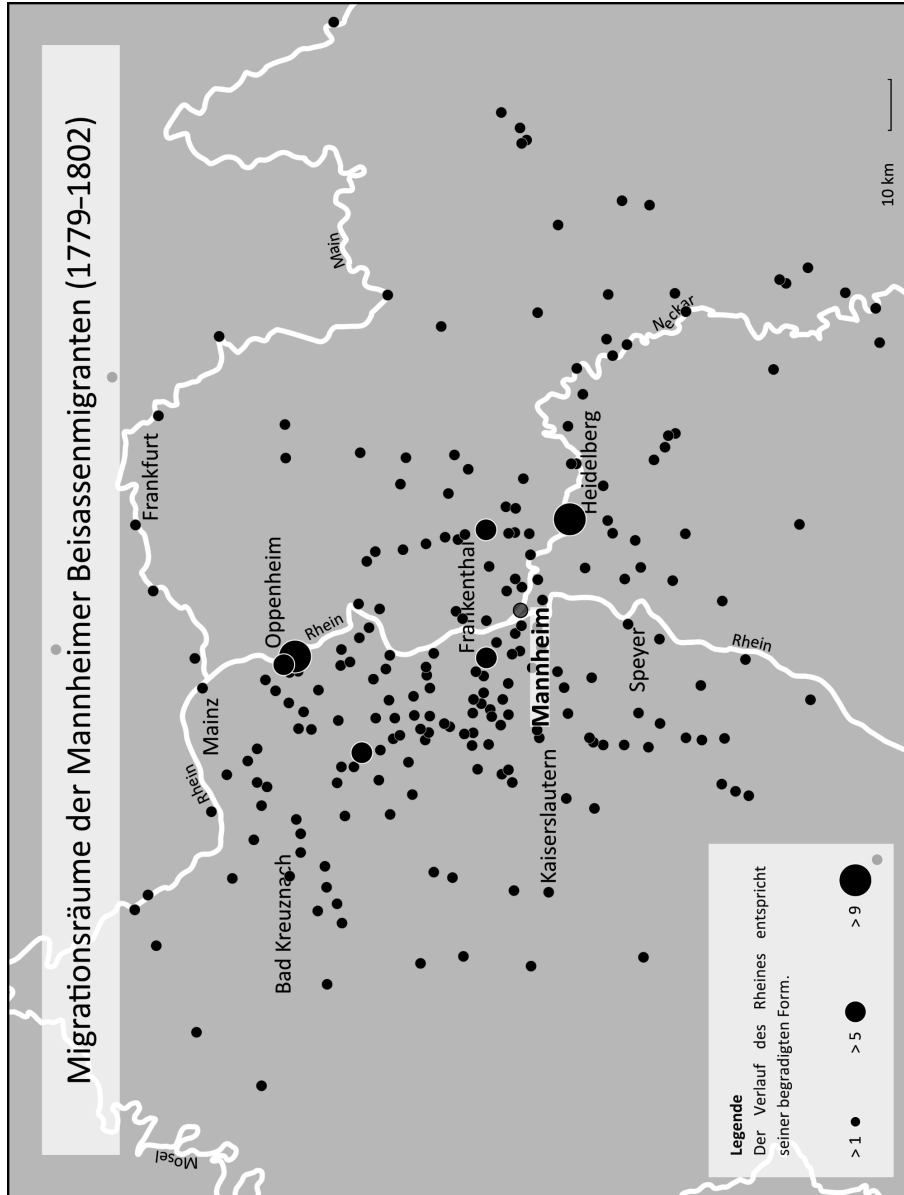
<sup>974</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 139.

<sup>975</sup> Zwei weitere Personen stammten ebenfalls aus Italien. Eine exakte Zuordnung war nicht möglich.



**Abb. 13** Migrationsräume der Mannheimer Beisassenmigranten (1779–1802)<sup>976</sup>

<sup>976</sup> Eigene Darstellung und Auswertung anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen. Die Geodaten stammen von © *OpenStreetMap-Mitwirkende* (OpenStreetMap. URL: [www.openstreetmap.org/copyright](http://www.openstreetmap.org/copyright) (15.12.2020)).



**Abb. 14** Migrationsräume der Mannheimer Beisassenmigranten (1779–1802)<sup>977</sup>

<sup>977</sup> Eigene Darstellung und Auswertung anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen. Die Geodaten stammen von © *OpenStreetMap-Mithwirkende* (OpenStreetMap. URL: [www.openstreetmap.org/copyright](http://www.openstreetmap.org/copyright) (15.12.2020)).



Einwanderer aus dem Raum Frankfurt am Main und Hessen-Kassel, ebenso wie die Zuwanderer aus Italien verdeutlichen erneut die größere Streuung der Neubürger.

Dass Mannheim neue Einwohner in allen Himmelsrichtungen akquirierte, liegt unter anderem daran, dass die Quadratestadt zu diesem Zeitpunkt im näheren Umkreis die einwohnerstärkste Stadt war – abgesehen von Heidelberg. Dennoch überschneidet sich der Rekrutierungsraum der Stadt Mannheim teilweise mit dem seines heutigen Stadtteils Neckarau, der beispielsweise ebenfalls aus Weinheim, Schriesheim oder Neustadt rekrutierte. Interessanterweise gaben jedoch viele Neu-Neckarauer als Heimatorte auch die nur wenige Kilometer von Mannheim entfernten und heute ebenfalls als Stadtteile eingegliederten Orte Seckenheim, Feudenheim oder Sandhofen an, aus denen Mannheim zwischen 1779 und 1804 keine Migranten aufnahm.<sup>978</sup> Von Konkurrenz kann in diesem Fall aber sicherlich nicht gesprochen werden, da Neckarau nur einen Bruchteil der Bürgerannahmen von Mannheim verzeichnete und im Gegensatz zur ehemaligen Residenzstadt lediglich ein Dorf mit rund 1 000 Einwohnern war. Neckarau nahm somit vermutlich eher ärmere Bevölkerungsschichten aus dem direkten Umfeld auf. Dahingegen entwickelte sich die Residenzstadt Karlsruhe erst zur Wende des Jahrhunderts, nämlich mit der Erhebung der Markgrafschaft Baden zum Großherzogtum, zur einflussreichen Großstadt, und hatte genau wie Mannheim ziemlich restriktive Bürgerrechtsbestimmungen.<sup>979</sup>

Im kurpfälzischen Kaiserslautern, dessen Bürgerbuch für die Jahre 1597 bis 1800 ausgewertet wurde, ließen sich pro Jahr durchschnittlich 13 Bürger nieder. Für die Jahre zwischen 1770 und 1799 lässt sich hingegen ein Durchschnitt von 16 Bürgerannahmen pro Jahr errechnen, wobei die Zahl der jährlichen Bürgerannahmen stets unter 30 Personen blieb. Ob es zu Überschneidungen mit dem Mannheimer Rekrutierungsraum kam, lässt sich nur schwer beurteilen. Dies liegt vor allem daran, dass bei der Aufgliederung der Herkunftsgebiete durch die Bearbeiter des Bandes darauf verzichtet wurde, diese den früheren Territorien zuzuordnen. Von 1597 bis 1769 kam ein Großteil mit 8,2 Prozent der Neubürger aus dem Kreis Kaiserslautern, weitere 2,5 Prozent aus dem Kreis Kusel (heutiger Südwesten von Rheinland-Pfalz) sowie 4,1 Prozent aus Neustadt und Frankenthal und 3,7 Prozent aus Württemberg und Baden. Überschneidungen von Rekrutierungsräumen könnten somit vorliegen. Insbesondere aus dem Kreis Neustadt und Frankenthal bezog auch Mannheim seine Neubürger. Laut Fritz Braun stammten 25,7 Prozent der Neubürger aus einem Umkreis von 40 Kilometern zu Kaiserslautern entfernt, somit fällt der Mannheimer Nahbereich hier heraus. Unter dieser Prämisse sollte somit nicht von einer Konkurrenz zwischen dem Kaiserslauterer und Mannheimer Migrationsraum

---

<sup>978</sup> Vgl. Hansjörg Probst, Neckarau. Bd. 2. Vom Absolutismus bis zur Gegenwart, Mannheim 1989, S. 91.

<sup>979</sup> Vgl. Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 456.

gesprochen werden, da auch Kaiserslautern, wie zuvor Neckarau, zu wenige Neubürger anzog.<sup>980</sup> Exakte Aussagen zum Einfluss- beziehungsweise Einzugsgebiet Mannheims in Korrelation zu weiteren Städten im Umkreis lassen sich aufgrund von fehlenden Vergleichswerten nicht treffen. So wäre beispielsweise auch ein Vergleich mit Karlsruhe interessant. Im Jahr 1720 akquirierte die Stadt viele seiner Bürgermigranten aus einer Entfernung von über 100 Kilometern. Doch auch Nahwanderung scheint durchaus gegeben zu sein. So stammten 31,4 Prozent der Bürger aus einer Entfernung zwischen 50 und 100 Kilometer, insbesondere aus Württemberg, aber auch aus Straßburg.<sup>981</sup> Mannheim fiel in ebendiesen Radius jedoch auch hinein. Inwieweit sich die Migrationsräume der beiden Städte überschneiden, ist jedoch nicht bekannt.

Insgesamt stammten die meisten Stadtfremden aus dem Kurfürstentum Pfalz, gefolgt von dem Kurfürstentum Mainz, Frankreich, dem Herzogtum Württemberg, dem Haus Leiningen und den Hochstiften Speyer und Worms, aber auch aus dem Fürstentum Pfalz-Zweibrücken, den Landgrafschaften Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel, dem Kurfürstentum Trier, der Markgrafschaft Baden und der Reichsstadt Frankfurt. Die Dominanz der linksrheinischen Gebiete könnte unmittelbar mit dem Kriegsgeschehen und der Annektierung dieser Gebiete durch Frankreich in Zusammenhang stehen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dies der alleinige Grund für die Zuwanderung aus den Gebieten links des Rheines war. Auch vor 1789 fanden vermehrt Migrationsprozesse aus dieser Richtung statt. Die französischen Emigranten hingegen kamen sämtlich aus dem heutigen Elsass, also auch aus einem recht nahen Einzugsgebiet. So ist vielmehr anzunehmen, dass Migrationsprozesse aufgrund der Zugehörigkeit zum Kurfürstentum und der wechselseitigen Handelsinteressen zustande kamen.

**Tab. 7** Herkunft der Bürger- und Beisassenmigranten (1808, 1813, 1818)<sup>982</sup>

<b>Herkunftsterritorien</b>	<b>1808</b>	<b>1813</b>	<b>1818</b>	<b>gesamt</b>
Großherzogtum Baden	107	35	98	<b>240</b>
Königreich Bayern	19	7	16	<b>42</b>
Großherzogtum Hessen-Darmstadt	11	4	8	<b>23</b>
Unbekannt	15	1	7	<b>23</b>
Königreich Preußen	8	1	2	<b>11</b>

<sup>980</sup> Vgl. Fritz Braun, Einwanderung und Auswanderung, in: Ders./Franz Rink (Bearb.), Das Bürgerbuch der Stadt Kaiserslautern. 1597–1800 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Kaiserslautern, Bd. 1), Otterbach-Kaiserslautern, S. 347–380, hier S. 349–351.

<sup>981</sup> Vgl. Müller, Karlsruhe im 18. Jahrhundert, S. 211.

<sup>982</sup> Eigene Auswertung auf Basis von MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, in: Ancestry, Mannheim, Deutschland, Familienbögen, 1760–1900 (Datenbank online) (2014). URL: <https://www.ancestry.de/search/collections/7575/> (15.12.2020).

Herkunftsterritorien	1808	1813	1818	gesamt
Königreich Württemberg	6	2	2	10
Königreich Frankreich	3	1	0	4
Schweizerische Eidgenossenschaft	0	0	4	4
Herzogtum Nassau	2	0	0	2
Kurfürstentum Hessen	0	2	0	2
Königreich Dänemark	0	0	1	1
Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin	1	0	0	1
Fürstentum Lichtenberg	1	0	0	1
Fürstentum Lippe	1	0	0	1
<b>gesamt</b>	<b>174</b>	<b>53</b>	<b>138</b>	<b>365</b>

Die Migrationsräume der neu aufgenommenen Bürger und Beisassen sollten sich auch nach dem Übergang an Baden nur unwesentlich verändern (vgl. Tab. 7), wie die ausgewerteten Familienbögen der Jahre 1808, 1813 und 1818 exemplarisch zeigen. Durch den Herrschaftswechsel verlagerte sich der Migrationsraum in das Großherzogtum Baden. Hieran wird deutlich, dass die Migrationsdistanz „von der demographischen, ökonomischen, politisch-herrschaftlichen und sozialen Einbettung der Stadt in ihr Umland“<sup>983</sup> abhing. Am Migrationsraum schienen sich ansonsten keinerlei Änderungen ergeben zu haben. Numerisch kann dies allerdings für den gesamten Zeitraum nicht belegt werden, sodass sich möglicherweise im Verhältnis leichte Abweichungen ergeben könnten. Weiterhin stammten viele der Neubürger und Beisassen aus den ehemaligen linksrheinischen Gebieten der Kurpfalz, die nach 1815 zu großen Teilen an das Königreich Bayern angegliedert waren. Dies mag vermutlich an den alten Verbindungen, möglicherweise auch Migrantennetzwerken, liegen. Schwinges prägt hierfür den Begriff des *Sozialraumes*, der unter dem Aspekt der sozialen Netzwerke und Beziehungsgeflechte betrachtet werden muss.<sup>984</sup> Ebenfalls wanderten viele der Bürger- und Beisassenmigranten auch aus dem Raum des Großherzogtums Hessen-Darmstadt ein. Die Migrationsdistanz liegt bei den Bürgern bei 68 Kilometern, bei den Bürgerinnen bei 59 Kilometern respektive bei den Beisassen bei 76 Kilometern und bei den Beisassinnen bei 82 Kilometern. Die Abweichungen zu den oben genannten Migrationsdistanzen mögen in der geringeren Datenmenge und der dadurch entstandenen größeren Streuungen der Herkunftsorte zu suchen sein. Tendenziell stimmen die Ergebnisse überein.

<sup>983</sup> Schwinges, Die Herkunft der Neubürger, S. 403.

<sup>984</sup> Vgl. ebd.

**Tab. 8** Durchschnittliche Migrationsdistanz in Kilometern (1808, 1813, 1818)<sup>985</sup>

<b>Berufe</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Durchschnitt</b>
<b>Akademiker</b>	147	102	<b>124</b>
<b>Mediziner</b>	76	0	<b>76</b>
<b>Handelsleute</b>	142	90	<b>116</b>
<b>Handwerker</b>	66	71	<b>69</b>
<b>Hof-/Staatsdiener</b>	185	168	<b>176</b>
<b>Kleriker</b>	55	0	<b>55</b>
<b>Künstler</b>	180	306	<b>243</b>
<b>Militärangehörige</b>	135	114	<b>124</b>
<b>Partikuliere</b>	221	98	<b>160</b>
<b>Pfründner</b>	81	0	<b>81</b>
<b>Schüler</b>	66	0	<b>66</b>
<b>Tagelöhner</b>	56	69	<b>63</b>
<b>Unbekannte</b>	80	135	<b>107</b>
<b>Durchschnitt</b>	<b>123</b>	<b>118</b>	<b>121</b>

Kaum verwunderlich erscheint, dass die Migrationsdistanz bei den Hof- und Staatsdienern viel höher als bei den Handwerkern und Tagelöhnern ist (siehe Tab. 8). Die Männer dieser Gruppe überwandern durchschnittlich 184 Kilometer, die Frauen 168 Kilometer. Hierunter befanden sich Edelmänner aus London, ein Kammerjunker aus Liefland oder ein Oberst aus Toulouse sowie ein Postsekretär aus Wien. Wie auch Christina Müller für Karlsruhe feststellt, legten die Tagelöhner und Handwerker eher geringere Distanzen zurück.<sup>986</sup> Eine Nahwanderung trifft auch auf die Studenten und Schüler, die in die Stadt kamen, zu. Die Migrationsdistanz liegt neben den Hof- und Staatsdienern auch bei den Partikulieren, den Militärangehörigen und den Künstlern bei über 100 Kilometern – zumeist bei den Frauen. Insgesamt wird hier ebenfalls eine höhere Mobilität bei den Männern offensichtlich. Fernwanderungen lassen somit ebenfalls auf den Status eines Migranten zurückschließen, während die Bürger und Beisassen, aber auch allgemein die Handwerker und Tagelöhner eher aus dem näheren Umkreis gebürtig waren. Dass ein Zusammenhang zwischen der Qualifikation der Migranten und der Distanz zum Niederlassungsort bestand, erkennt auch François in seiner Studie zur Bevölkerung Koblenz‘ am Beispiel

<sup>985</sup> Eigene Auswertung auf Basis von MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, in: Ancestry, Mannheim, Deutschland, Familienbögen, 1760–1900 (Datenbank online) (2014). URL: <https://www.ancestry.de/search/collections/7575/> (15.12.2020).

<sup>986</sup> Vgl. Müller, Karlsruhe im 18. Jahrhundert, S. 210.

der Neubürger. Gleichzeitig verweist er jedoch auf die Problematik, dass für einzelne Berufsgruppen ein solcher Zusammenhang nicht verwertbar ist, da es zu viele Ausnahmen gebe.<sup>987</sup> Deshalb konstatiert auch Bruno Koch, dass nicht jeder Neubürger, der eine große Distanz auf sich nahm, automatisch ein „Innovationsträger“<sup>988</sup> war.

### 6.2.3 Berufliche Struktur der Neubürger

Die Mannheimer Neubürger setzten sich aus klassischen Handwerkern wie Schuhmachern, Schneidern, Bäckern, Schreibern und Wagnern, aber auch aus Meistern, die sich auf die Erzeugung von Luxusgütern spezialisierten, wie Perückenmachern, Gold- und Silberarbeitern, Kürschnern oder Instrumentenmachern, sowie aus Ärzten, Apothekern und Zeitungsverlegern und Dienstleuten der Stadt, wie Stadtwachtmeistern und Neckarbrückengelderhebern, zusammen. Nachweislich handelte es sich jedoch nur bei circa einem Dutzend von Neubürgern um vormalige Bürger und Meister in ihren jeweiligen Herkunftsorten. Mannheim befand sich seit 1778 in einem inneren Strukturwandel, der das Stadtbild nachhaltig prägen sollte, und in einer Wirtschaftskrise, obwohl einige Handwerker und Händler von den Lieferungen an das Militär während der Revolutionskriege profitierten. Mannheim war zudem zu dieser Zeit keine Gewerbestadt. Auf 23 000 Einwohner im Jahr 1786 kamen gerade einmal 1 036 Gewerbebetreibende.<sup>989</sup> Eine Gegenüberstellung der Handels- und Gewerbeleute der Jahre 1786 und 1812 zeigt jedoch, dass sich trotz des Bevölkerungsrückgangs auf 18 000 Personen, die Zahl der Gewerbebetreibenden um 15 Prozent erhöht hatte.<sup>990</sup>

Mannheims Wirtschaft war im 18. Jahrhundert vor allem auf den Bedarf des Hofes und der Beamtenschaft ausgerichtet. Handwerkern, die sich auf die Produktion von Luxusgütern spezialisiert hatten, wie Gold- und Silberschmiede, Uhrmacher und Juweliere, ging nach der Übersiedlung des kurpfälzischen Hofes nach München die kaufkräftige Kundschaft verloren.<sup>991</sup> Dies hielt Migranten wie auch einheimische Bürgersöhne jedoch nicht davon ab, sich als Bürger und Zunftgenossen in Mannheim zu bewerben. Dies war vor allem deshalb von Nöten, da es

---

<sup>987</sup> Vgl. François, Koblenz im 18. Jahrhundert, S. 53.

<sup>988</sup> Bruno Koch, *Quare magnus artifex est: migrierende Berufsleute als Innovationsträger im späten Mittelalter*, in: Rainer Christoph Schwinges (Hg.), *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550)*, Berlin 2002, S. 407–443, hier S. 416.

<sup>989</sup> Vgl. Hein, *Umbruch und Aufbruch*, S. 475–477; Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 54f; Krauß, *Armenwesen*, S. 23.

<sup>990</sup> Vgl. Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 55.

<sup>991</sup> Vgl. Krauß, *Armenwesen*, S. 20; Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 56.

Tab. 9 Berufe der Neubürger nach Herkunft (1779–1804)<sup>992</sup>

Berufe	Mannheimer		Inländer		Ausländer		Unbekannter		gesamt	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Handelsleute	80	47%	31	18%	50	30%	8	5%	169	13%
Schuhmacher	59	44%	20	15%	48	36%	7	5%	134	10%
Küfer und Bierbrauer	68	67%	16	16%	17	17%	0	0%	101	8%
Schneider	40	46%	7	8%	36	41%	4	5%	87	6%
Bäcker	25	41%	15	25%	17	28%	4	7%	61	5%
Ackermänner	31	60%	15	29%	6	12%	0	0%	52	4%
Wirte	26	57%	8	17%	9	20%	3	7%	46	3%
Perückenmacher	16	43%	1	3%	13	35%	7	19%	37	3%
Schreiner	13	35%	6	16%	14	38%	4	11%	37	3%
Metzger	25	81%	3	10%	3	10%	0	0%	31	2%
Sonstige	232	56%	37	9%	109	26%	35	8%	413	31%
Unbekannte	92	53%	25	15%	31	18%	24	14%	172	13%
gesamt	707	53%	184	14%	353	26%	96	7%	1 340	100%

<sup>992</sup> Eigene Auswertung anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen.

Nicht-Zünftigen verboten war, denselben Arbeiten wie den in Zünften arrangierten Handwerkern und Gewerbebetreibenden nachzugehen.<sup>993</sup> Allein zwei Prozent der frisch aufgenommenen Bürger waren Gold- und Silberarbeiter. Dabei stammten 14 von ihnen aus Mannheim, vier aus der Kurpfalz und fünf aus dem Ausland. Für einen weiteren Gold- und Silberarbeiter konnte die Herkunft nicht ermittelt werden. Zwischen 1779 und 1788 nahmen 14, zwischen 1789 und 1804 zehn Gold- und Silberarbeiter das Bürgerrecht an. Überwiegend kamen sie aus dem nahen Umland Mannheims, obwohl beispielsweise ein Schmied aus Leipzig nach Mannheim übersiedelte. Interessanterweise waren unter ihnen elf ledige Gold- und Silberschmiede, sodass hier nicht davon gesprochen werden kann, dass sie nur aufgrund der Heirat von Meisterwitwen in die Zunft Einlass fanden.

Auch viele Perückenmacher, in absoluten Zahlen 37 Personen, wurden in der Quadratestadt als Bürger aufgenommen. Ihre mittlere Distanz zu Mannheim beträgt 116 Kilometer. Herkunftsorte waren unter anderem Gotha, Berlin oder das französische Filsen. Wie bei den Gold- und Silberarbeitern beobachtet wurde, sind im Zeitverlauf keine Unterschiede zu verzeichnen, sodass sich ihre Aufnahme gleichmäßig auf die Zeit zwischen 1779 und 1804 verteilte. Keinesfalls spürbar war die Krise auch unter den Küfern und Bierbrauern, denen acht Prozent aller Neubürger angehörten. Bezeichnend hierbei ist, dass mehr als doppelt so viele Bierbrauer und Küfer aus Mannheim als aus dem In- oder Ausland gebürtig waren, allein drei stammten aus der Familie Grohe. Jedoch waren selbst die stadtfremden In- und Ausländer, bevor sie nach Mannheim migrierten, im nahen Umfeld, rund 54 Kilometer um Mannheim herum, zu verorten. Auch die Wirte stammten mehrheitlich aus Mannheim. Dem entgegen standen die fünf Kürschner und die drei Uhrmacher, wobei einer von ihnen aus Neuchâtel stammte. Aber selbst hier war die Anzahl der Neuaufnahmen hoch, wenn man bedenkt, dass es 1775 nur acht Uhrmachermeister in Mannheim gab.<sup>994</sup>

Angesichts der rückläufigen Bevölkerungszahlen musste sich der wirtschaftliche Schaden Mannheims nachteilig auf das ganze Handwerk ausgewirkt haben.

Der Schrumpfungsprozess führte dabei – obwohl in einzelnen Gewerben auch die Zahl der Meister rückläufig war – im wesentlichen [sic!] nicht zu einer Verringerung der Zahl der Betriebe, sondern zu einer Übersetzung der einzelnen Gewerbebezüge, deren Betriebe überwiegend nicht mehr hinreichend ausgelastet waren.<sup>995</sup>

---

<sup>993</sup> Vgl. Reinhold Reith, Zünfte im Süden des Alten Reiches: Politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte, in: Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Das Ende der Zünfte. Ein europäischer Vergleich (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 151), Göttingen 2002, S. 39–70, hier S. 59.

<sup>994</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 735.

<sup>995</sup> Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 475f.

Dies wurde bereits an den Uhrmachern ersichtlich. Hinzu kam, dass die in Mannheim stationierten Soldaten, aber auch die Hofbediensteten, Lakaieren, nichtkonzessionierten Händler und Tagelöhner den Zunftgenossen die Arbeit streitig machten, und selbst zum Beispiel schusterten oder schneiderten.<sup>996</sup> Bei den Schuhmachern hatten sich die Zunftgenossen drastisch vermehrt, sodass viele ohne Verdienst arbeiteten. Hingegen war bei den Bürgeraufnahmen kein Rückgang zu verzeichnen. Mannheim nahm kontinuierlich neue Schuhmachermeister auf. Zehn Prozent der Neubürger stammten aus dem Schuhmacherstand. Während 59 von ihnen gebürtige Mannheimer waren, migrierten 20 aus dem Inland und 48 aus dem Ausland, wobei die Meister rund 102 Kilometer auf sich nahmen. Dennoch ist hier evident, dass viele Neubürger Meistertöchter oder Meisterwitwen und so in einen bereits bestehenden Betrieb einheirateten. Trotz übersetzter Zunft zog Mannheim somit auch Schuhmacher aus der Ferne an, die sich auf dem bereits begrenzten Markt zu ernähren versuchten. Dass nach 1804 viele Schuhmacher als Neubürger rekrutiert wurden, deuten ebenfalls die 1808, 1813 und 1818 aufgenommene Familienbögen an. Diese offenbaren jedoch einen hohen Anteil an ausländischen Handelsleuten.

Für diese sah die Situation ab 1778 genauso ungünstig wie für die Handwerker aus. Die Folge war, dass es mehr Händler als Konsumenten gab, wobei die Handelsleute aktiv versuchten, durch ein wirtschaftliches Konzept, welches „ständisch-korporative Grundsätze des Nahrungsschutzes mit dem nachdrücklichen Eintreten für freien Handel“<sup>997</sup> verband, die Wirtschaft anzukurbeln. Unter anderem war damit im Jahr 1798 die Forderung verbunden, keine neuen Zunftgenossen aufzunehmen.<sup>998</sup> Die konträre Politik von Stadtrat und Zunft, die sich einerseits in einer offenen Bevölkerungspolitik des Stadtrats, andererseits in einer restriktiven Aufnahmepolitik der Zünfte ausdrückte, sei keine Seltenheit gewesen, wie Schulz feststellt.<sup>999</sup> Wie bereits die Einbürgerungsfrequenzen zeigten, schien auf den Wunsch der Zünfte keine Rücksicht genommen worden zu sein, stattdessen wuchs auch bedingt durch das erneuerte Fruchtmarktprivileg von 1805 zwischen 1786 und 1812 die Zahl der Händler an.<sup>1000</sup> Mit 13 Prozent gehörten die meisten Neubürger dem Handelsstand an. Zu ihnen zählten unter anderem Tuch- und Kleiderhändler, Mehl-, Obst-, Leinen-, Tabak- und Viehhändler. In absoluten Zahlen waren dies 169 Handelsmeister, wobei 80 von ihnen Mannheimer, 31 Inländer und 50 Ausländer, da-

---

<sup>996</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 735.

<sup>997</sup> Hein, Umbruch und Aufbruch, S. 478.

<sup>998</sup> Vgl. ebd., S. 475f.; Feder, Mannheim Bd. 1, S. 104.

<sup>999</sup> Vgl. Schulz, Handwerkerwanderungen, S. 446.

<sup>1000</sup> Vgl. Friedmann, Alt-Mannheim, S. 56.



runter bekannte Handelsleute wie Johann Wilhelm Reinhardt, waren. Mit einer durchschnittlichen Entfernung von 123 Kilometern zur Quadratestadt waren dies eher Fernwanderer von Sardinien und aus Berlin, Barby in Sachsen oder Trier.

Eine überdurchschnittliche Steigerung wies auch das Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe auf.<sup>1001</sup> 1,3 Prozent der Neubürger übten einen diesem Gewerbe angehörigen Beruf wie Steinhauer, Maurer oder Schieferdecker aus. Während in den ersten zehn Jahren des Betrachtungszeitraumes lediglich fünf Bauhandwerker Bürgerrechte erlangten, waren es zwischen 1789 und 1798 bereits zwölf Handwerksmeister. Größere Betriebe in Mannheim, die mehr als zwanzig Personen beschäftigten, waren hingegen eine Zichorie-, eine Tapeten-, eine Tabak- und eine chemische Fabrik. Der zeitweise auftretende Mangel an Tagelöhnern und zu hohe Arbeitslöhne standen wohl der Gründung weiterer Manufakturen im Wege.<sup>1002</sup> Unter den Neubürgern Mannheims fanden sich nur drei Tabakspinner und vier Tabakhändler, die aus Landau, Grünstadt, Meckenheim und Schriesheim geworben wurden, sowie vier Tapezierer aus Hessen-Kassel, Kurpfalz und Italien.

Bisher ungenannt blieben jedoch die Schneider mit einem Anteil von sechs Prozent sowie die Bäcker mit einem Anteil von fünf Prozent. Die Schneider stammten zwar zu gleichen Teilen aus Mannheim und der Fremde, bei rund 41 Prozent handelte es sich allerdings um Ausländer. Dies ist bemerkenswert, da nach Friedrich Walter die Stadt im Jahr 1789 aufgrund der Übersetzung der Zunft die weitere Aufnahme von Meistern verbot.<sup>1003</sup> Nichtsdestotrotz wurden weiterhin Schneider als Neubürger aufgenommen. Auch wenn die Aufnahme von Migranten in den folgenden Jahren nicht sank, so waren unter den stadtfremden Schneidern nur vier ledige Männer. Ackerleute und Metzger wurden ebenfalls überwiegend in Mannheim geboren. Bei den Bäckern hingegen kamen die meisten Personen aus dem In- und Ausland. Mannheimer machten nur 41 Prozent aller neu aufgenommenen Bäcker aus. Ärzte, darunter vielen Wundärzte, Chirurgen und Barbieri – eine Abgrenzung gibt es in den Bürgerlisten nicht, wobei sie sowieso gemeinsam die ärztliche Praxis ausübten –, stammten hingegen gebürtig eher von außerhalb der Stadt, allein über 41 Prozent wohnten zuvor im Ausland, und nahmen Wege aus Wien oder Den Haag auf sich. Bei letzterer handelte es sich im 18. Jahrhundert um eine geschlossene Zunft, in die man nur durch Kauf einer konzessionierten Barbierstube, durch Erbschaft oder Einheirat

---

<sup>1001</sup> Vgl. Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 56.

<sup>1002</sup> Vgl. ebd.; Krauß, *Armenwesen*, S. 20, 24.

<sup>1003</sup> Vgl. Walter, *Mannheim Bd. 1*, S. 736.

aufgenommen werden konnte und deren Zahl stark begrenzt war.<sup>1004</sup> Ebenfalls eher aus dem Ausland geworben wurden Apotheker.

Die Ambivalenz der ökonomischen Verhältnisse Mannheims in einer Zeit des Umbruchs schlug sich somit nicht nur im Abschwung vieler und dem Aufschwung weniger Gewerbebetreibenden, sondern auch in der Übersetzung der Zünfte durch den Anstieg von Zunftgenossen und die fehlenden Absatzmöglichkeiten nieder. Bezeichnenderweise wuchsen die Zünfte somit stetig weiter, wie auch die Bürgeraufnahmen konsequenterweise aufzeigten. Neben einer auf den wirtschaftlichen Wachstum forcierten Politik des Stadtrats, welche die Ablehnung von unvernünftigen und die Annahme von vermögenden Personen intensivierte, kann der Wachstum auch mit dem Kriegsgeschehen und der Flucht aus den linksrheinischen Gebieten erklärt werden. Während sich bei vielen Berufen die Herkunft zu gleichen Teilen auf Mannheimer, Kurpfälzer und Ausländer verteilte, so wird vor allem bei den Handelsleuten, Schuhmachern und Bäckern deutlich, dass diese aus der Fremde kamen. Bei manchen Berufsgruppen wie den Handelsleuten, Apothekern und Chirurgen, aber auch den Schreibern ist zudem evident, dass diese aus den weiter entfernten Migrationsräumen stammten. Dies spricht dafür, dass Mannheim Facharbeiter aus dem Ausland anzog, diese anwarb und kein Problem damit hatte, ihnen das Bürger- und Zunftrecht trotz übersetzter Zünfte zu erteilen.

### **6.3 Formale Integration: Begünstigungen und Widerstände**

Bis zum Übergang an Baden hatten sich somit in Mannheim einige Beschränkungen für den Erwerb des Bürgerrechts und des Beisassenschutzrechts etabliert, denen alle Kandidaten gleichfalls unterlagen – auch wenn es das Öfteren erleichterte Niederlassungs- und Bürgerrechtsbestimmungen für einzelne Kandidaten gab. Die Bürgeranwärter verpflichteten sich zur Zahlung des Bürgergeldes, der Nahrungssteuer und des Meistergeldes an das Stadtrentamt, des Kasernengeldes an die bürgerliche Kasse und eines weiteren Teiles des Meistergeldes an die Stadtschreiberei sowie zum Kauf von einem beziehungsweise zwei Feuereimern. Darüber hinaus wiesen sie ihre Herkunft, ihre Profession, ihr Alter und Vermögen nach. Ebenso wie beim Erwerb des Beisassenschutzes, dessen Kandidaten jeweils das Kasernengeld und die Naturallieferung zu leisten hatten, wurde die Annahme eines Bürgers oder Beisassens erst mit dem Eid auf die bürgerlichen Pflichten gegenüber dem Stadtrat und der Erteilung der entsprechenden Nachweise hierüber abgeschlossen.

---

<sup>1004</sup> Vgl. Walter, Mannheim Bd. 1, S. 488.

Auf direkten Widerstand seitens Staat, Stadt und Gesellschaft trafen die Bürger- und Beisassenmigranten bei ihrer formalen Integration ins Stadtwesen nur in den seltensten Fällen.<sup>1005</sup> Ebendies konnte auf Grundlage der Auswertung von 20 Prozent der Gesuche der zu Bürger und Beisassen aufgenommenen Migranten verifiziert werden. Lediglich alleinstehende Bürger- und Beisassenmigranten mussten teilweise mehrere Gesuche stellen, bis sie eingebürgert wurden, wohingegen auswärtige Frauen, die mit einem Mannheimer verheiratet waren, überhaupt keine Probleme bei der Bürgerannahme hatten. In den Registern der Ratsprotokolle lassen sich jedoch auch Migranten finden, denen das Bürger- oder Beisassenschutzrecht gänzlich verwehrt blieb. Wie viele Kandidaten tatsächlich in Mannheim abgelehnt wurden, lässt sich anhand der hier vorliegenden Untersuchung nicht nachweisen.<sup>1006</sup> Doch welchen Begünstigungen und Widerständen begegneten die auswärtigen Neubürger, bevor sie als Bürger oder Beisassen aufgenommen und vor dem Stadtrat verpflichtet wurden? Ebendies kann auf Basis der ausgewerteten Gesuche anhand von Einzelbeispielen näher erläutert werden.

### **6.3.1 Begünstigungen: Soziale Beziehungen und Fleiß**

Begünstigt wurde die Annahme ins Bürger- und Zunftrecht vor allem durch persönliche Kontakte in der Stadt, speziell durch Verwandtschaften, Bekanntschaften oder Einheirat in ortsansässige Familien.<sup>1007</sup> So war es dem Mann einer Witwe quasi möglich, die Zunftrechte ihres bereits verstorbenen Ehemannes zu übernehmen, da in diesem Fall kein neues Gewerbe eröffnet werden musste und so die Übersetzung der Zunft ausgeschlossen war. Ebendies ereignete sich bei der Bewerbung des Handlungsbediensteten Peter Huben aus Ladenburg,<sup>1008</sup> der allerdings gemäß der Handlungsinnung „auß angeführten umstanden ab- und in sein geburts ort zu verweißen“<sup>1009</sup> war. Da er jedoch bestätigte, den Laden der Witwe Ernst zu übernehmen, die ihn

---

<sup>1005</sup> Andreas Gestrich versteht die ökonomische, also die Aufnahme in die Zunft, und politisch-rechtliche Integration als Teile der formalen Integration. Da die Zunftannahme auch in der vorliegenden Arbeit nicht von der politisch-rechtlichen Integration getrennt werden konnte, werden sie gemeinsam untersucht. Vgl. Andreas Gestrich, *Integration im Nachbardorf. Probleme ländlicher Heiratsmobilität in Süddeutschland im 18. und 19. Jahrhundert*, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hgg.), *Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel* (= Stuttgarter Beiträge zur Historischen Migrationsforschung, Bd. 3), Stuttgart 1997, S. 111–119, hier S. 111.

<sup>1006</sup> In den tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen sind nur all jene Migranten erfasst, die auch nach mehrmaliger Ablehnung seitens der Obrigkeit zu Bürgern bzw. Beisassen aufgenommen wurden. Eine Untersuchung der Migranten, die Mannheim wieder verlassen mussten, dementsprechend keine Aufenthaltserlaubnis erhielten, muss punktuell bleiben.

<sup>1007</sup> Vgl. Karstens, *Ständeordnung und Territorialstaat*, S. 257.

<sup>1008</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1782, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 110, S. 1252.

<sup>1009</sup> Ebd., S. 1482.

für sechs Jahre nicht mehr selbst führen könne, wurde er als Bürger und Handelsmann in Mannheim aufgenommen.<sup>1010</sup> Dabei ließen sich die Regierung, der Stadtrat und die Handlungssinnung bestätigen, dass „durch solche Übergab würcklich kein neuer Laden errichtet werde“<sup>1011</sup>. Gleiches geschah Johannes Weber, einem Goldjuwelier aus Feudenheim. Vor dem Tod seiner Ehefrau war er im benachbarten Oggersheim wohnhaft gewesen, wo er auch zum Bürger aufgenommen worden war, bevor sich der Witwer mit seinen zwei Kindern nach Mannheim begab. Dort arbeitete er bei Juwelier Nestel. Ob er gleich nach dem Tod seiner Frau nach Mannheim gezogen oder von Oggersheim nach Mannheim täglich gependelt war, bleibt ungewiss. Da er die Tochter des Mannheimer Juweliers zur Frau nehmen wollte, wurde ihm die Aufnahme als Bürger und Zunftgenosse gestattet. Hätte er einen eigenen Marktstand errichten wollen, hätte er allerdings sein Zunftrecht wieder aufgeben müssen.<sup>1012</sup>

Auch Paul Ansel, der als 23-jähriger Perückenmachergeselle das Bürger- und Zunftrecht beehrte, half seine Heirat. Der aus Gernsheim, das zum Kurfürstentum Mainz gehörte, stammende Ansel heiratete nämlich die kinderlose Bürgers- und Meisterwitwe Hagers, in deren Diensten Ansel zuvor noch als Geselle gestanden hatte.<sup>1013</sup> Da „er eine hiesige Bürgers und Meisters Wittib zu ehelichen gewillet seyn, mithin durch seine annahm die Zunft der Peruquen-Macher Meistern nicht vergrößert würde“<sup>1014</sup>, bejahte die Perückenmacherzunft sein Gesuch und das, obwohl er nur über ein sehr geringes Vermögen, nämlich rund 200 Gulden, verfügte und sich dieses Vermögen durch den Tod der Eltern auch nicht vermehren würde.<sup>1015</sup> Doch auch Bekannte konnten einem Migranten in die Zunft verhelfen: So übernahm Mathes Jos aus Italien beispielsweise den Laden des Mannheimer Bürgers und Handelsmanns Anton Devilla, der vermutlich ebenfalls ein Nachfahre von italienischen Zuwanderern in der Quadratestadt war.<sup>1016</sup>

Allerdings führte nicht nur die Übernahme eines bereits bestehenden Meistertitels, sondern auch das gute Wort eines Verwandten oder Bekannten zum Erfolg bei der Bürgerrechts- und Zunftannahme. Dem aus dem kurpfälzischen Frankweiler stammenden Franz Steiner verhalf beispielsweise sein Schwiegervater, Stadtbauknecht Damm, zum Bürgerrecht. Damm stand lange in Diensten bei der Stadt und erschien deshalb persönlich vor dem Stadtrat. Er wollte für Steiner nicht nur eine Minderung der Gebühren erwirken, sondern entschuldigte außerdem sein

---

<sup>1010</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1782, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 110, S. 1787, 1823.

<sup>1011</sup> Ebd.

<sup>1012</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1787, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 115, S. 1894, 1975, 2108.

<sup>1013</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1781, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 103, S. 1801, 1983.

<sup>1014</sup> Ebd., S. 2191.

<sup>1015</sup> Vgl. ebd., S. 1801, 1923, 1983, 2190, 2373.

<sup>1016</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1782, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 104, S. 151, 357.

geringes Vermögen, da er dieses aufgrund der Kriegsunruhen nicht beziehen könne und er von ihm selbst keine Aussteuer zu erwarten habe. Das Gesuch des Mannheimer Dieners schien Wirkung zu zeigen, da Steiner statt der 37 Gulden und 30 Kreuzer lediglich 20 Gulden an Kaserengeld zu zahlen hatte.<sup>1017</sup>

Langjährige Arbeit in Mannheim oder einer anderen Stadt als Handwerksmeister wie das Versprechen, diese Arbeit in Mannheim weiterzuführen, führten in vielen Fällen ebenfalls zu einem günstigen Bericht des Stadtrats. Der Heidelberger Bürger und Bäcker Daniel Becker, der viele Jahre in Heidelberg bereits als Bäckermeister tätig gewesen war, forderte nicht nur einen wohlwollenden Bericht, sondern auch die Befreiung von der Fertigung eines Meisterstückes, da er dieses bereits in Heidelberg gefertigt habe. Die Obrigkeit nahm dies zum Anlass, der Zunft tatsächlich ein Verbot hierüber auszusprechen. Nach seiner Verpflichtung zum Bürger beklagte sich Becker jedoch, man habe ihn zwar in die Zunft aufgenommen, aber bisher noch nicht eingeschrieben. Der Zunft wurde deshalb hierüber durch die Obrigkeit der Befehl erteilt.<sup>1018</sup> Die unentgeltliche Aufnahme sowie eine sechsjährige Personalfreiheit forderte der Heidelberger Pflasterer Johannes Lackert, da er in seiner Heimatstadt bereits sehr gute Arbeit verrichtet habe.<sup>1019</sup> Gerechtfertigt wird die unentgeltliche Aufnahme in den Protokollen folgendermaßen: Lackert habe „angelobet [...], daß er von allen andre Arbeiten die städtische Arbeiten verrichten, und sonst keine andre Geschäften“<sup>1020</sup> übernehmen wolle. Ferner versprach er, nur Mannheimer Gesellen zu verpflichten.<sup>1021</sup> Lackert überzeugte somit nicht nur durch seinen Erfahrungsschatz als Pflasterer, sondern auch durch das Angebot, nur Mannheimer Pflasterer nach seiner Aufnahme in Mannheim zu fördern und auszubilden.

Auch ein außergewöhnliches Handwerk verhalf in Mannheim zum Bürgerrecht. Der 32-jährige Jean Chaudiere aus Frankreich wollte sich in Mannheim als Bürger niederlassen und sich mit der Fertigung von Parapluie und Parasol, also Schirmen, ernähren. Sein Vermögen wurde ihm auf über 3 000 Gulden bescheinigt, womit er die Vermögensqualifikation für Handelsmänner erbrachte.<sup>1022</sup> Außerdem, und dies kam ihm bei der Annahme zugute, verkaufte kein anderer Mannheimer Bürger Schirme, weshalb er „ein bemittelter und nutzbarer Unterthan abgeben könnte“<sup>1023</sup>. Obwohl Chaudiere ohne Probleme zum Bürger verpflichtet wurde, untersagte ihm

---

<sup>1017</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1794, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 128, S. S. 151, 357, 633f.

<sup>1018</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 98, S. 1140; Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 99, S. 1382, 1421, 1480, 1719, 1714.

<sup>1019</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1792, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 124, S. 737, 812.

<sup>1020</sup> Ebd., S. 862.

<sup>1021</sup> Vgl. ebd.

<sup>1022</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 106, S. 417, 468, 627.

<sup>1023</sup> Ebd., S. 469.

die Dreherzunft jedoch später den Verkauf von Spazierstöcken, die aus Frankreich eingeführt werden sollten und für welche er die Genehmigung ersucht hatte. Unter Strafandrohung sollte ihn die Patrouille kontrollieren, ob er den Verkauf wirklich eingestellt hatte.<sup>1024</sup>

Wie das Beispiel von Philipp Petri zeigt, stand hinter all diesen Bemühungen oftmals eine bestimmte intendierte Motivation. Für den Schneider aus dem Mainzer Ort Heilbad Heiligenstadt, welcher mit Anna Maria, geborene Stolp aus Hochheim am Main, verheiratet war und schon seit sieben Jahren im Krämerladen seines Schwagers aushalf,<sup>1025</sup> begründete der Stadtrat eine Aufnahme folgendermaßen: „[O]bschon er solch als ein bejahrten Mann selbst wenig mehr treiben könne, so gedenke er jedoch wegen Frau und Kinder sich in die Schneiderzunft einzulassen, er besitze würcklich an baarem Geld in Vermögen von 1 000 fl.“<sup>1026</sup>. Er hoffe noch auf weitere 800 Gulden, womit er sich für die Aufnahme zum Bürger und Zünftigen mehr als qualifiziere.<sup>1027</sup> Wie allerdings Bruno Koch feststellt, und hier bestätigt wird, kann die Motivation zur Bürgerannahme für den Einzelnen nicht mehr nachgezeichnet werden. So gibt es für Mannheim keine Quellen, die Auskunft zu individuellen Beweggründen geben. Koch ergänzt, neben der finanziellen Sicherheit im Fall von Petri, wirtschaftliche Not oder allgemein größeren Rechtsschutz durch die Stadt, die Zunftmitgliedschaft und Partizipation an der Wirtschaft.<sup>1028</sup> Letzteres schien für den Leinwandhändler Johann Friedrich Mosis aus Wattenheim von großer Bedeutung zu sein. 1779 verpflichtete er sich als Beisassen, drei Jahre später als Bürger vor dem Mannheimer Stadtrat. Begründet wurde der Erwerb des Bürgerrechts mit der Möglichkeit, Waren auf dem Markt zu verkaufen, was ihm als Beisasse untersagt war.<sup>1029</sup>

### 6.3.2 Widerstände: Übersetzung und Vermögen

Anders sah dies mit Widerständen seitens des Stadtrats und der Zunftmeister aus. Vor allem die Übersetzung der Zünfte oder das Fehlen von Qualifikationen, was sich zumeist an fehlendem Vermögen äußerte, fallen hier ins Gewicht. Der Wagnergeselle Johann Georg Friz aus Dettingen an der Ems aus dem Herzogtum Württemberg ersuchte zum Beispiel als 40-Jähriger das Bürger- und Zunftrecht in Mannheim. Zunächst verlangte die Zunft jedoch, Friz abzuweisen und der Stadt zu verweisen. Der Stadtrat lud den Wagner jedoch nochmals persönlich ein, wobei

---

<sup>1024</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 106, S. 1481f.; Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 107, S. 3594, 3840, 3879.

<sup>1025</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1787, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 115, S. 1976, 2022.

<sup>1026</sup> Ebd., S. 2022.

<sup>1027</sup> Vgl. ebd.

<sup>1028</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 189.

<sup>1029</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1781, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 102, S. 1229.

er unter anderem erklärte, dass er kein Leibeigener und laut Lehrbericht ein Wagnergeselle mit 400 Gulden an Vermögen sei. Bei Ableben seiner Mutter erwarte er jedoch noch einige Hundert Gulden mehr an Vermögen. Außerdem stellte er in Aussicht, sein Vermögen durch gute Heirat und „geschickte Arbeit“ zu vermehren. Seine geschickte Arbeit zeichne sich unter anderem darin aus, dass er bereits in Wien, Berlin und anderen großen Städten und vier Jahre in Mannheim bei Wagnermeister Peter Blanck gearbeitet habe.<sup>1030</sup> Wägen habe er beispielsweise für den Fürsten von Leiningen oder den Freiherrn von Gemmingen angefertigt, die „gewiß ein anderer nicht so gut verfertigen würde, worüber man nur die beiden Sattlermeistern Kilian und Schütz vernehmen möge“<sup>1031</sup>.

Der Mannheimer Wagnerzunftmeister Mathias Trautz, Hofwagner Jacob Leibert und Peter Blanck berichteten, Friz habe sich zunächst in Frankfurt niederlassen wollen. Dort habe Zunftmeister Greis ihm jedoch keinen Aufenthalt gewährt, da dieser drei andere stadtfremde Meistersöhne aufgenommen habe, „welche sich eben so gut, und wohl [...] noch besser, als der Georg Fritz“<sup>1032</sup> qualifiziert haben. Peter Blanck hingegen klagte gar an, dass Friz Arbeiten verpuscht und dadurch Kunden vertrieben habe. Gar zweifelte er die Geschicklichkeit von Friz an, da Kunden gänzlich neue Wagen gefordert haben, nachdem Friz für diese gearbeitet habe. Die Beschuldigungen wies Friz von sich, wobei er sich auf das Urteil der Sattlermeister Kilian und Schütz stützte, die bereits mit ihm zusammengearbeitet und ihn als guten Arbeiter beschrieben haben. Trotz der Einwände der Zunft, wurde Johann Georg Friz im Dezember 1780 als Bürger und Wagnermeister vor dem Stadtrat verpflichtet und in die Zunft aufgenommen. Es kann hier nur vermutet werden, dass das Wort von Kilian und Schütz die Regierung überzeugt und sie sich über die Ausführungen des Stadtrats hinweggesetzt hatten.<sup>1033</sup>

Trotz Abweisung der Zunft wurde der Frankenthaler Andreas Greve, der aufgrund der Französischen Revolution flüchten musste, nach mehreren Gesuchen seines Schwiegervaters Philipp Arnold zum Bürger aufgenommen.<sup>1034</sup> Wie bei Friseur Wilhelm Bettendorff aus Westphalen war die Zunft, im ersten Fall die Dreherzunft, in letzterem die Perückenmacherzunft, übersetzt. Bettendorff wurde deshalb selbst nach Annahme zum Mannheimer Bürger der Boutiqueverkauf untersagt sowie die Meisteraufnahme verweigert, bis der Perückenmachermeister Braun, bei welchem er zum Zeitpunkt der Annahme in einem

---

<sup>1030</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1780, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 101, S. 1692, 1946.

<sup>1031</sup> Ebd., S. 1948.

<sup>1032</sup> Ebd., S. 1949.

<sup>1033</sup> Vgl. ebd., S. 1949–1953, 3680f.

<sup>1034</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1795, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 130, S. 326, 796, 986, 1348, 1390, 1669; Ratsprotokoll 1795, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 131, S. 1804, 1886.

Arbeitsverhältnis gestanden hatte, ihm sein Geschäft und seine Kundschaft überließ.<sup>1035</sup> Dass die Zunft übersetzt war, wurde auch Johannes Candator aus Mailand, der vermutlich zusammen mit seiner Frau Antonia Zanoli nach Mannheim kam, mitgeteilt. So wies der Stadtrat ihn darauf hin, dass nach einem Gesetz vom 14. August 1765 nur noch 90 Kaufhändler, abzüglich der Juden, in Mannheim tätig sein dürften. Deshalb müsse ihn die Zunft, auch wenn er das nötige Vermögen mitbringe, abweisen. Nachdem er sein Warenlager schätzen ließ, was mit 3 500 Gulden per Eid bescheinigt wurde, wurde er in die Handlungsinnung am 5. August 1779 aufgenommen.<sup>1036</sup>

Dabei werden vor allem Schwierigkeiten mit der Zunft der Schuhmacher offensichtlich, die zwar übersetzt war, aber wie bereits gezeigt wurde, noch immer viele Meister aufnahm. Heinrich Ott, ein Bürger aus Billigheim, der das Beisassenrecht in Mannheim begehrte, erschien mit seinem Schwiegervater Schuhmachermeister Boos. Obwohl er Verbindungen zu einem Schuhmachermeister hatte, führte das fehlende Vermögen zur Ablehnung der Zunft und somit zur Verweigerung des Beisassenschutzrechts. Nach einem erneuten Gesuch, und nach der Beteuerung, dass er doch Vermögen mitbringe, wurde er letztendlich zum Beisassen aufgenommen. Allerdings wurde ihm verboten, sich als Schuhflicker in Mannheim zu ernähren, da die Zunft übersetzt sei, weshalb er sich als Tagelöhner in Mannheim verdingen solle.<sup>1037</sup> Auch der zuvor als Leinenwebergeselle in Mannheim angestellte und zusammen mit seiner Ehefrau Sibilla Margaretha Corell, einer einheimischen Bürgerstochter, als Beisasse aufgenommene Jacob Neckenauer aus dem kurpfälzischen Mörsstadt wurde zunächst von der Zunft aufgrund seines zu geringen Vermögens abgewiesen. Da er bereits einige Jahre in Mannheim als Geselle gearbeitet hatte, wollte er einen positiven Bericht von Seiten der Regierung erwirken. Ein Vermögen von 600 Gulden würde er allerdings erst nach dem Tod seines Vaters erben. Es bedurfte eines weiteren Gesuchs an die Regierung sowie mehrerer Bescheinigungen seines Vermögens, bis er als Bürger und Zünftiger aufgenommen wurde.<sup>1038</sup>

Das fehlende Vermögen zog die Obrigkeit häufig heran, um Bürgerrechtskandidaten abzuweisen. Dies betraf nicht nur Neckenauer, sondern beispielsweise auch den verheirateten Franz Kraemer aus dem kurpfälzischen Manubach. Kraemer wollte sich als Bürger mit dem Kleiderhandel ernähren. Da er weder das nötige Vermögen einbringen konnte noch sein Gewerbe für

---

<sup>1035</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1804, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 147, S. 361, 415, 547, 908.

<sup>1036</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 98, S. 105, 126, 512, 884, 960, 1201.

<sup>1037</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1788, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 117, S. 1709, 1772, 1813, 1850, 1905, 1960.

<sup>1038</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1780, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 100, S. 71.



die Handelsinnung zulässig war, sollte er zunächst an seinen Heimatort verwiesen werden. Wenig später ersuchte er abermals die Annahme, und gab an, dass er zusammen mit seiner Frau, das geforderte Vermögen aufbringen könne. Er wurde infolgedessen zwar zum Bürger aufgenommen, aber der Kleiderhandel wurde ihm, da es sich um kein zünftiges Gewerbe handle, nicht gestattet.<sup>1039</sup> Auch der Beisassensupplikant Nicolaus Weihs aus Heringen in Hessen hatte mit einem zu geringen Vermögen zu kämpfen – auch wenn dies auf fast alle Beisassen zutraf. Beide besaßen „ein solch geringes Vermögen [...], daß nach davon bestrittener häusslicher Einrichtung denenselben wenig oder gar nichts zur Lebsucht übrig verbleibet“<sup>1040</sup>. Die Angst seitens des Stadtrats, man müsse Weihs zusammen mit seiner Frau auf Kosten der Stadt ernähren, schien zu groß. Weihs wurde deshalb in die Stadtschreiberei einbestellt, um ihm den Entschluss mitzuteilen, dass er des Ortes verwiesen werde. Letztendlich nahm die Regierung Weihs jedoch als Beisasse auf und erlaubte ihm, eine Mannheimerin zu heiraten, wobei insbesondere sein Kriegsdienst positiv ins Gewicht gefallen sein musste.<sup>1041</sup>

### 6.3.3 Fehlschlag: *Abschläglicly verbeschieden*

Bürgerrechts- und Beisassenschutzsupplikanten blieb sicherlich des Öfteren die Verpflichtung durch den Mannheimer Stadtrat gänzlich verwehrt. Einerseits konnte der Kandidat freiwillig darauf verzichten, andererseits führten die obengenannten Gründe von Zunft und Stadtrat zur Ausweisung aus der Stadt. Da die Ratsprotokolle hier als Quelle doch recht vage bleiben, sind die Gründe der Abweisungen allerdings meistens nicht benannt und es kann nur gemutmaßt werden, dass in diesem Fall die Niederlassungsbestimmungen der Kurpfalz konsequent umgesetzt wurden. Anders sieht dies allerdings beispielsweise im Württemberger Land aus. Andreas Gestrich führt als Gründe neben geringem Vermögen unter anderem schlechte Augen, fehlende Gliedmaßen oder andere körperliche und geistige Beeinträchtigungen an.<sup>1042</sup>

Der Knopfmachergeselle aus Schweinfurt Philipp Friederich Herzog gehörte wohl zu ersteren Bürgerrechtskandidaten. Er heiratete im Jahr 1782 die Bürgerswitwe Barbara Reck, und obwohl sein Vater, der vier Kinder zu ernähren hatte, ihn nicht finanziell unterstützen konnte, wurde Herzog von der Regierung zum Bürger aufgenommen. Zu einer Verpflichtung beim Stadtrat

---

<sup>1039</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1794, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 129, S. 1627, 2203, 2272, 2376, 2460, 2561.

<sup>1040</sup> Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 106, S. 414.

<sup>1041</sup> Vgl. ebd., S. 414, 766, 951, 1062, 1344.

<sup>1042</sup> Vgl. Gestrich, Integration im Nachbardorf, S. 113.

kam es jedoch nicht. So zeugen auch die Verzeichnisse über Bürgerrechtsannahme und -verpflichtung weder von einer Annahme noch einer Verpflichtung von Herzog. Grund hierfür war, dass Herzog schon kurz darauf nach Schweinfurt gezogen war. Barbara Reck fragte deshalb bei der Zunft an, ob man sie wie eine Meisterwitwe behandeln könne, sodass sie im Knopfmacher-gewerbe auch Gesellen beschäftigen könne. In diesem Gesuch ist gleichzeitig von Herzog als Mannheimer Bürger die Rede. Letztendlich scheint er laut der Ratsprotokolle von 1782 und 1783 nicht mehr nach Mannheim zurückgekommen zu sein, da er seiner Frau am 31. Juli 1783 mitteilen ließ, dass sie ihm folgen solle. Herzog zog danach wohl in das von Schweinfurt fünf Kilometer entfernte Gochsheim und wenig später in das zehn Kilometer entfernte Obbach. Der Mannheimer Stadtrat war sich zum Schluss unschlüssig, wer wen zuerst verlassen hatte.<sup>1043</sup>

Freiwillig gab Johann Christian Gottfried Julius Wengen von Michelfeld sein Gesuch um das Bürgerrecht in Mannheim auf. Der gelernte Handelsmann, der ein Vermögen von 1 000 Gulden gerichtlich nachwies und gemäß Taufschein 28 Jahre alt war, hatte in Mannheim eigentlich vor, den Lederhandel seines Schwiegervaters Rückling zu übernehmen. Letztendlich sei er jedoch, obwohl er am 19. Juli als Bürger angenommen wurde, „ohne Verpflichtung auswärts als Handels Bedienster in diensten gegangen.“<sup>1044</sup> Während Herzog und Wengen somit freiwillig Mannheim wieder verließen, wurde der Krämer Balthasar Seck aus der Nähe von Ellwangen, der als Beisasse Schutz in der Stadt suchte, von Stadtrat und Regierung abgelehnt. Seck verfügte über ein im Vergleich zu den anderen Beisassenkandidaten überdurchschnittliches Vermögen von 400 Gulden und führte bereits einen Krämerladen für Kurzwaren, wobei er sich in Mannheim, wie er selbst schreibt, vor allem über auswärtige Messen ernähren wolle. Ohne Begründung durch den Stadtrat wurde sein Gesuch allerdings „abschläglich verbeschieden.“<sup>1045</sup> Möglicherweise fiel die Entscheidung aufgrund der Übersetzung der Zunft negativ aus,<sup>1046</sup> doch auch sein Vermögen, das nicht das für Städte festgeschriebene Vermögen von 800 Gulden bemaß, könnte ausschlaggebend gewesen sein.

Auch der aus Glottertal bei Freiburg im Breisgau stammende Zimmergesell Michael Willmann wurde abgelehnt. Er reichte 1781 sein Gesuch um Aufnahme als Beisasse beim Mannheimer Stadtrat ein; gleichzeitig ersuchte er die Heiratserlaubnis mit der Tochter des Wagnerknechts

---

<sup>1043</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1782, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 104, S. 239, 242, 291, 271, 424, 519, 925; Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 105, S. 1470; Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 106, S. 1890, 1962, 2208; Ratsprotokoll 1784, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 108, S. 1094, 1282.

<sup>1044</sup> Ratsprotokoll 1780, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 100, S. 1491.

<sup>1045</sup> Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 98, S. 901.

<sup>1046</sup> Vgl. ebd., S. 176, S. 901.

Adrian Schmitt. Nachzureichen hatte er die üblichen Dokumente. Nachdem er diese Bescheinigungen vorlegt hatte, wurde er jedoch vom Stadtrat abgewiesen.<sup>1047</sup> Der Stadtrat zählte gleich mehrere Gründe auf: „[W]eilen derselbe fremd seyn, kein Vermögen besitzt, und das angegebene geringe Vermögen seiner Sponsa nicht bescheiniget“<sup>1048</sup> worden sei. Dies ist in den hier untersuchten Passagen der Ratsprotokolle die einzige Stelle, an der Fremdheit explizit als Grund für eine Abweisung durch den Stadtrat genannt wird, wobei vermutlich das mangelnde Vermögen bei der Entscheidung am stärksten ins Gewicht gefallen sein dürfte, da es auch in den meisten hier untersuchten Gesuchen als Argument angeführt wird.

Bei Willmann wird mit dem Begriff des Fremden eindeutig auf Ausländer referiert. Dass dies öfters der Fall gewesen sein muss, beweist das Gesuch von Johannes Bettolo. Bettolo war ein Neffe des Mannheimer Handelsmann Franz Bettolo, der selbst mehrere Male beim Stadtrat in Betreff von Johannes vorsprach. Da der Supplikant den Laden mit seinem kinderlosen Onkel gemeinsam führen wolle, käme es in Mannheim auch nicht zur Eröffnung eines weiteren Ladens. Die „andernde Söhne der Handelsleuthe könnten auf ein[e] frühere Erledigung dieses Laden bei Abweisung des Supplicanten sich auch keine besondern Hoffnung machen, da beide Vetter fast von gleichem Alter wären“<sup>1049</sup>. Woher Bettolo stammte, geht aus dem Gesuch nicht hervor, aber es heißt, Johannes sei „von Geburt ein Fremder, aber von seiner Jugend an, [...] dahier erzogen und gelehret worden, der dem Handelsmann Bettolo viele Jahren treue Dienste geliefert“<sup>1050</sup> habe. Da seine Verlobte aber als eine „Creuznacherin, mithin eine pfälzerin, folglich keine Fremde“<sup>1051</sup> beschrieben wurde, musste Bettolo ein Ausländer sein – was gleichsam belegen würde, dass die Verwendung des Fremdheitsbegriffs in jedem Kontext anders genutzt und interpretiert wurde. Gleichzeitig schien hier Fremdheit kein Grund zur Ablehnung, da Bettolo in Mannheim erzogen und ausgebildet wurde, was ihn vermutlich einem Einheimischen näherbrachte.

---

<sup>1047</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1781, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 103, S. 2830; Ratsprotokoll 1782, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 104, S. 93; Ratsprotokoll 1782, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 105, S. 2339, 2783, 3539.

<sup>1048</sup> Ratsprotokoll 1782, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 105, S. 3539.

<sup>1049</sup> Ratsprotokoll 1792, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 125, S. 2370.

<sup>1050</sup> Ebd.

<sup>1051</sup> Ebd.

#### 6.3.4 Misslungene Integration: Claasen aus Köln

Eine komplette Akte<sup>1052</sup> widmet sich dem Fall des 26-jährigen<sup>1053</sup> Konditoren Johann Joseph Claasen. Am Beispiel Claasens lassen sich einige der bisher getätigten Aussagen zu Begünstigungen und Widerständen bei der Bürgerannahme überprüfen. Der gebürtige Kölner wollte sich nicht nur mit der Tochter des verstorbenen Bürgers und Hofjuweliers Heußner namens Maria Catharina verehelichen, sondern gleichfalls zum Bürger und Zünftigen aufgenommen werden. Bedenken gegen dieses Vorhaben meldeten jedoch im Jahr 1805 die Mannheimer Konditoren beim badischen Hofrat an, wobei sie erstens um die Begrenzung der Mitgliederzahl der Zunft<sup>1054</sup> und zweitens um die Abweisung von Claasen baten. Der angeschlagene Tonfall der Konditoren gegenüber Claasen war dabei äußerst beleidigend. Sie hofften, dass das Vorhaben dieses „Ausländer[s]“, „der durch eheliche Verbindung mit des verlebten hiesigen Jouvelier Heuhsers Tochter sich den Weg zu[r] etablierung als Conditor in hiesiger Stadt zu bahnen sucht“<sup>1055</sup>, nicht gelingen möge. Dass die Bürger- und Zunftannahme des Kölners den 16 Bürgersöhnen, die zu Konditoren ausgebildet werden sollten, nachteilig ausgelegt werden könnte, schwang unüberhörbar in ihren Worten mit.<sup>1056</sup> Um dies zu verhindern, hatten sich die Konditoren bereits an das staatliche Stadtvogteiamt gewandt, das für die Bürgerannahme von Ausländern zuständig war. Diesem hatten sie ebenso wie dem Hofrat ihre Bedenken mitgeteilt.

Argumentativ untermauerten die Konditoren die Ablehnung von Claasen zunächst mit der Berufung auf die Stadtprivilegien von 1785 sowie auf die vorgesehene Beschränkung von Mitgliederzahlen im Fall der übersetzten Zünfte. Hierbei machten sie auf Absatzschwierigkeiten und Verluste aufmerksam, die durch das „Misgeschick der Zeit“<sup>1057</sup> hervorgerufen und nicht verbessert würden, wenn man den Verdienst noch mit 16 Bürgersöhnen teilen müsse. Durch den starken Absatzeinbruch seien Konditoren gar dazu gezwungen gewesen, wegzuziehen oder sich einen anderen Beruf zu suchen. Wie bei dem aus Glottertal bei Freiburg im Breisgau stammenden Zimmergesell Michael Willmann führte man als zweiten Einwand die Fremdheit des Kandidaten an. Die Konditoren fürchteten sich anscheinend vor Nachahmern, die durch Eheirat in die Zunft aufgenommen werden wollten.<sup>1058</sup> Da die Obrigkeit jedoch nicht dagegen vorging, und „die beste[n] gesetzen durch Schleichwege“<sup>1059</sup> gemieden würden, so fänden

---

<sup>1052</sup> GLA 213 Nr. 3419.

<sup>1053</sup> Vgl. Joh. Joseph Claasen, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 44.

<sup>1054</sup> Vgl. Konditoren an Hofrat, 04.08.1805, GLA 213 Nr. 3419.

<sup>1055</sup> Ebd.

<sup>1056</sup> Vgl. ebd.

<sup>1057</sup> Ebd.

<sup>1058</sup> Vgl. ebd.

<sup>1059</sup> Ebd.

selbst Fremde Mittel und Wege, insbesondere „durch allzu milde Vorstellungen“<sup>1060</sup>, das rechtlich vorgeschriebene Vermögen durch die Stadtprivilegien zu umgehen.

Die Konditoren sahen es als Pflicht der Stadt, sie als Zunft zu verhören, was allerdings unterblieben war. Vielmehr hatten sie bereits vernommen, dass das Stadtvogteiamt einen positiven Bericht an den Hofrat geschickt hatte. Deshalb wandten sie sich erneut an den Hofrat. Claasen sollte jedoch nicht nur zum Bürger und Zunftgenossen aufgenommen werden, sondern gemäß einem weiteren Schreiben der Konditoren versuchte man ihn der Kategorie der freien Künste zuzuordnen, wodurch „nicht einmal das Consitions-mäßige Vermögen erforderlich seye.“<sup>1061</sup> Die Mannheimer Konditoren fassten dies jedoch eher als Vorwand auf, da man sich als Künstler weder als Bürger bewerben, noch die Nahrungssteuer zahlen müsse. Von diesen Vorgaben sei normalerweise nur der Hofkonditor befreit. Daneben gehörten die Konditoren zu den Handelsmännern, da sie ansonsten keinen Laden oder Gewerbe führen, und demzufolge kein Fein- beziehungsweise Süßgebäck verkaufen könnten. Gerade deshalb fiel es den Mannheimer Konditoren so schwer, zu verstehen, wieso gerade bei dem Kölner Claasen „als einen Ausländer eine Ausnahme gemacht, und demselben die Erlaubniß, um die Conditorey als eine freye Kunst ausschließlich treiben zu dürfen, erlaubt werden“<sup>1062</sup> solle. Ferner könne Claasen auch nicht die erforderlichen Aufnahmegebühren aufbringen. Deshalb wisse man nicht, wie „dieser unvermögende Fremdling dem Staate nützen“<sup>1063</sup> solle und wie man ihn zum Bürger annehmen könne, nur weil er eine Bürgerstochter heiraten wolle.

Fürwahr, wenn jeder Ausländer, der eine hiesige bürgers Tochter heurathen würde, in der Eigenschaft als Conditor ohne Rücksicht auf das Constitutions-mäßige Vermögen in hiesige Stadt sich bürgerlich niederlassen darf, so müsten wir wahrhaft bedauern, daß wir den Krieg hiedurch so viele und harte Lasten getragen haben, und noch daran tragen müsten.<sup>1064</sup>

Man befürchte gar, dass bei „allzu großen liberalitat bey annahm fremder individuen“<sup>1065</sup> noch weitere Frauen dazu ermutigt würden, auswärtige Männer zu heiraten, um sich in Mannheim niederzulassen. Dadurch verwehre man den hiesigen Bürgersöhnen die Möglichkeit, sich selbst an ihrem Geburtsort als Konditoren zu betätigen.<sup>1066</sup>

Allerdings wurde den Einwänden der Konditoren wohl erst einmal Gehör geschenkt, da Claasen, der lediglich ein Vermögen von 1 100 Gulden aufbringen konnte, vom Hofrat abgelehnt

---

<sup>1060</sup> Konditoren an Hofrat, 04.08.1805, GLA 213 Nr. 3419.

<sup>1061</sup> Konditoren an Hofrat, 31.08.1805, GLA 213 Nr. 3419.

<sup>1062</sup> Ebd.

<sup>1063</sup> Ebd.

<sup>1064</sup> Ebd.

<sup>1065</sup> Ebd.

<sup>1066</sup> Vgl. ebd.

wurde.<sup>1067</sup> Aus dem Schreiben geht zudem hervor, dass noch immer ein Vermögen von 3 000 Gulden für „fremde Handelsmänner“ galt. Das Gesuch von Claasen wurde von Rupprecht im Namen des Stadtvogteiamtes und auch der Bürgerlichen Deputation aufgrund der von den Konditoren genannten Gründen abgewiesen – auch weil Claasen ein Ausländer war und in Mannheim gebürtige Bürgersöhne einer Tätigkeit als Konditor in der Stadt nachgehen wollten.<sup>1068</sup> Die Verlobte von Claasen Maria Catharina Heußler wandte sich deshalb selbst an die Obrigkeit. Ihr Verlobter sei

nach bereits gemachten Proben, und beygebrachten Attestaten kein gemeiner Conditor, sondern er praestirt nach langen Reißen, und Auffenthalt in grosen Städten etwas ungewöhnliches hierin; – und diß, und der Beyfall, den er sich hierin in Mannheim erworben, und die Zusicherung, die man uns von mehrern, und bedeutenden Orten her in der Stadt machte, daß sein Annahm keine Schwierigkeiten finden würde, hat mich veranlaßt, mich mit Vorwissen meiner ganzen Familie, und meines Pflegers nicht nur mit ihm zu verloben, sondern auch schon beträchtliche Ausgabe und Aufwand auf unser künftiges Etablihsment zusammen, zu machen.<sup>1069</sup>

Ferner kritisierte Heußler die Zunft der Konditoren. Es gebe nur vier Konditoren und von diesen vier würden nur zwei wirklich zünftig arbeiten. Diese zwei Konditoren hingegen hätten so viel Absatz, dass sie Gesellen beschäftigen könnten, wobei einer von ihnen ein kinderloser alter Mann sei. In anderen Städten gebe es gar doppelt so viele Konditoren wie in Mannheim. Heußler spielte darauf an, dass der Markt der Konditoren gar nicht so gesättigt gewesen sein konnte, wie die Konditorenzunft behauptete.<sup>1070</sup> Heußler appellierte, sie und ihre Geschwister haben „als Bürger, und ehemalige Hofbediensten Kinder, in unserm Vaterland, und Geburts-Stadt, doch auch ein Recht, und ein Lebens Rehsourse und Aussicht, zu der uns Geburt, und gute Ausführung berechtigt“<sup>1071</sup>. Ob dieses Argument, welches das Kriterium der Fremde wohl relativieren sollte, ausschlaggebend für die Aufnahme von Claasen als Bürger und Zünftigen im gleichen Jahr war,<sup>1072</sup> bleibt ungewiss. Im Adressbuch der Kaufleute und Fabrikanten in Europa findet sich Johann Joseph Claasen als einer von fünf Konditoren wieder,<sup>1073</sup> wobei er wohl ebenfalls einen Handwerksgesellen aus Nordheim beschäftigte.<sup>1074</sup>

---

<sup>1067</sup> Vgl. Kurbadisches Hofratsprotokoll, Auszug, 04.09.1805, GLA 213 Nr. 3419.

<sup>1068</sup> Vgl. Stadtvogteiamtsbericht, 16.09.1805, GLA 213 Nr. 3419; Kurbadisches Hofratsprotokoll, Auszug, 23.09.1805, GLA 213 Nr. 3419.

<sup>1069</sup> Heußler an Hofrat, 18.11.1805, GLA 213 Nr. 3419.

<sup>1070</sup> Vgl. ebd.

<sup>1071</sup> Ebd.

<sup>1072</sup> Vgl. Joh. Joseph Claasen, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 44. Mehrere Familienbögen zeugen von einer Ansiedlung von Kölnern Verwandten Claasens in Mannheim.

<sup>1073</sup> Vgl. Addressbuch der jetzt bestehenden Kaufleute und Fabrikanten in Europa. Erster Band: Erste Abtheilung, Zweyte, ganz neu aufgenommene, mit vielen Städten und Adressen vermehrte und verbesserte Ausgabe, Nürnberg 1817, S. 113.

<sup>1074</sup> Vgl. Joh. Joseph Claasen, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 44.

Der Fall des Kölners Johann Joseph Claasen gilt wohl als Sinnbild der zuvor getätigten Aussagen. Die angeführten Argumente der Mannheimer Konditoren treffen den Zeitgeist der Einzelfallentscheidungen der Obrigkeit. Die Übersetzung der Zünfte war zwar einerseits ein gern vorgeschobener Grund der Ablehnung, ebenso wie ein nach den Stadtprivilegien fehlendes Vermögen, andererseits erleichterte der Kontakt zu Einheimischen, der Verdienst außerhalb der Stadt oder ein außergewöhnliches Handwerk oder Handelsgut den Zugang zum Mannheimer Bürger- und Beisassenschutzrecht sowie zum Zunftrecht. Gemäß dem Historiker Reinhold Reith sei im gesamten Süden des Reiches die Begrenzung der Mitgliederzahl der Zünfte und die damit einhergehende Übersetzung ein großes Thema gewesen, aber schien, wie im vorliegenden Fall, selten vollzogen worden zu sein. Ebenso sah es mit der priorisierten Aufnahme von Bürgersöhnen auf. Letztendlich stand diesem Vorhaben wohl immer entgegen, dass die Aufnahme von Migranten ins Bürger- und Beisassenrecht für die Stadt finanziell von Vorteil sein konnte und sie der Vermehrung der Bevölkerung gerade in Krisenzeiten diene.<sup>1075</sup> Allerdings konnte die Übersetzung auch positive Effekte erzielen, wie bereits Medicus an die Regierung herangetragen hatte: Die Übersetzung der Zünfte konnte „als Ansporn zu verbesserter Qualität der Erzeugnisse und als Disziplinierungsmittel“<sup>1076</sup> dienen. Möglicherweise berücksichtigte die Regierung diese Vorschläge bereits.

Dass die Obrigkeit in Einzelfällen demnach ihre eigenen rechtlichen Anforderungen nach Belieben aufheben konnte, führte diese zwar ad absurdum, wurde aber des Öfteren praktiziert. Migranten, welchen der Zugang zur Zunft verwehrt und aus der Stadt verwiesen wurden, wurden letztendlich dann aufgrund anderer bereits genannter Begünstigungen aufgenommen, obwohl bei diesen oftmals gleich mehrere Vermögensbescheinigungen gefordert wurden. Dies zeugt gleichzeitig davon, dass das Vermögen der Neubürger und neu aufgenommenen Beisassen für den Stadtrat von großer Relevanz bei der Verleihung von Rechten war. Insbesondere dürfte dies daran liegen, dass dem Stadtrat an der Prosperität der Bevölkerung gelegen war, denn die Furcht vor der Unterstützung von mittellosen Bürgern und Beisassen war wohl zu groß. Somit waren soziale Verbindungen in der Stadt nicht allein ausschlaggebend. Dennoch ging die Obrigkeit im Fall von Claasen noch einen Schritt weiter und teilte ihm den freien Künsten zu, womit sie sich über das geforderte Vermögen hinwegzusetzen versuchten. Wieso im Fall von Claasen solche Anstrengungen unternommen wurden, kann nur gemutmaßt werden. Vielleicht hing es tatsächlich mit seinem Können und Geschick zusammen, oder mit der Argumentation seiner Verlobten Heußner, die als Bürgerstochter eine Niederlassung in Mannheim beanspruchte.

---

<sup>1075</sup> Vgl. Reith, Zünfte im Süden des Alten Reiches, S. 67.

<sup>1076</sup> Mörz, Aufgeklärter Absolutismus, S. 273.

Sein Fall illustriert auch die Politik von Zunft und Obrigkeit, die jeweils unterschiedliche Ziele zu verfolgen schienen.

In den Augen der Mannheimer Konditoren war Claasen jedoch nicht nur ein ungewollter Konkurrent, sondern ein Ausländer. Mehrmals wird er als „Ausländer“ oder „Fremdling“ bezeichnet, der über seine Frau den Zugang in das Mannheimer Bürgerrecht erzwingen wollte. Interessanterweise findet sich im Adressbuch der Kaufleute und Fabrikanten von 1817 auch der Name Heinrich Thraner.<sup>1077</sup> Ein Konditor namens Friedrich Thraner aus Landau in der Pfalz, der Louisa Brug aus Wachenheim an der Weinstraße geheiratet hatte, erhielt 1783 das Bürgerrecht. Ob es sich hierbei um Heinrich Thraner oder um seinen Sohn beziehungsweise Enkelsohn handelte, bleibt ungewiss<sup>1078</sup> – ein Thraner wird als Bürgersohn, der als Geselle oder Lehrling zur Zeit des Schreibens 1805 angestellt war, von den Mannheimer Konditoren erwähnt. Gesetzt den Fall, dass es sich hierbei ebenfalls um einen Ausländer handelte, hatte die Zunft zu diesem Zeitpunkt kein Problem mit der Aufnahme eines weiteren Migranten gehabt. Vielmehr wäre es ein klares Zeichen für die von Mannheim ausgeübte Aufnahmepraxis: Aufgenommen wurde jede Person, die der städtischen Wirtschaft von Nutzen war, weshalb diese Begründung oft in den Gesuchen und auch im Schreiben von Heußer vorkommt.

Somit spielte die nationale Herkunft bei der Bezeichnung als Fremder oder Ausländer kaum eine Rolle. Sie diente eher als Denunzierung von unliebsamen Konkurrenten oder verarmten Kandidaten, und somit als Vorwand, diese Personen nicht in ihrer Mitte aufnehmen zu müssen. Dies bestätigt Irmgard Schwanke in ihrer Studie zu den Offenburger Fremden am Beispiel der Italiener, Savoyern und Vorarlbergern. „[W]eniger durch die fremde Herkunft als die Furcht vor der Konkurrenz waren Klagen Offenburger Gewerbebetreibender gegen die Einwanderer motiviert.“<sup>1079</sup> Die Sorge habe vielmehr der Verdienst- und Absatzmöglichkeiten als der Fremdenfeindlichkeit gegolten. „Nur in wenigen Ausnahmefällen sind Auseinandersetzungen überliefert, die in der Fremdheit eines Konfliktpartners gründeten oder in deren Verlauf die fremde Herkunft in beleidigender Weise thematisiert wurde.“<sup>1080</sup> Dies trifft auch auf die Quadratestadt zu; auch wenn die fremde Herkunft maßgeblich die Anforderungen zur Bürger-, aber auch Beisassenannahme prägten. Über die Stigmatisierung beispielsweise des Kölners Claasen oder des

---

<sup>1077</sup> Vgl. Addressbuch der jetzt bestehenden Kaufleute und Fabrikanten in Europa, S. 113.

<sup>1078</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 107, S. 2388f.

<sup>1079</sup> Schwanke, Fremde in Offenburg, S. 222. Dies lässt sich neben Offenburg auch für die oberrheinische Stadt Breisach nachweisen: Mark Häberlein/Irmgard Schwanke/Eva Wiebel/Martin Zürn, Fremde in der frühneuzeitlichen Stadt. Integration und Abgrenzung in Südwestdeutschland und Pennsylvania, in: Mitteilungen. Institut für Europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg 10 (2002), S. 9–42, hier S. 24.

<sup>1080</sup> Schwanke, Fremde in Offenburg, S. 225.



Glottertalers Willmann als Fremde, reichen diese Beschwerden der Zünftigen nicht hinaus. Somit gilt für Mannheim, dass Migranten bei Vorliegen aller Anforderungen in den meisten Fällen aufgenommen wurden. Bei Fehlen der ein oder anderen Qualifikation konnten gute Beziehungen in der Stadt oder ein ausreichendes Vermögen sicherlich hilfreich sein, um auf eine Einzelfallentscheidung hinzuwirken. Ob Letzteres Auswärtige vor größere Hürden als beispielsweise nichtbürgerliche Einheimische stellte, konnten die Stichproben nicht zu Tage fördern.

## 6.4 Soziale und ökonomische Integration

Ebenso bedeutsam wie die formale Integration war für die Stadtfremden wohl auch ihre soziale und ökonomische Integration in das Stadtgefüge. Unter sozialer Integration versteht Andreas Gestrich einerseits „die Assimilation der Migranten an die Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft“<sup>1081</sup>, andererseits „ihre Aufnahme durch die ‚Gastgesellschaft‘ unter Bewahrung der kulturellen Eigenständigkeit der Zuwanderer.“<sup>1082</sup> Die formale Integration beförderte zwar die soziale Integration, dennoch konnte ein Zuwanderer ins Bürger- beziehungsweise Beisassenrecht aufgenommen werden, ohne sozial integriert zu werden und umgekehrt. Ein wichtiges Kriterium für die soziale Integration war sicherlich die Einheirat in einheimische, tiefverwurzelte Familien des Zielortes.<sup>1083</sup> Auch Irmgard Schwanke versteht unter sozialer Integration ein soziales Beziehungsgeflecht in Form von Heirat zwischen Migranten und Ortsansässigen, aber auch von Taufpatenschaften sowie der Übernahme von Ämtern und Stiftungen.<sup>1084</sup> Volker Manz führt als weitere Faktoren, aus denen sich soziale Beziehungen ableiten lassen, Nachlassverwalter und Vormundschaften, Testamentsvollstrecker, Kreditbeziehungen, Bürgschaften und Erbschaften an.<sup>1085</sup> Die ökonomische Integration rechnet Manz ebenfalls der sozialen Integration zu, da in der frühmodernen Gesellschaft soziale und ökonomische Beziehungen noch eng miteinander verbunden waren.<sup>1086</sup> Darüber hinaus macht Bruno Koch, neben der politischen Partizipation, gelungene ökonomische Integration an zwei weiteren Kriterien fest: dem Vermögen und der Wohnlage.<sup>1087</sup>

Für die Mannheimer Neubürger gilt es einerseits ihre sozialen und familiären Beziehungen anhand von Heiraten und Taufpatenschaften, andererseits ihre wirtschaftliche und politische

---

<sup>1081</sup> Gestrich, Integration im Nachbardorf, S. 111.

<sup>1082</sup> Ebd.

<sup>1083</sup> Vgl. ebd.

<sup>1084</sup> Vgl. Schwanke, Fremde in Offenburg, S. 198.

<sup>1085</sup> Vgl. Manz, Fremde und Gemeinwohl, S. 162–168.

<sup>1086</sup> Vgl. ebd., S. 150.

<sup>1087</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 189–233.

Integration anhand von erwirtschafteten Vermögenswerten, ihrer politischen Partizipation und ihrer Wohnlage zu untersuchen. Anhand der zugewanderten Neubürger kann der Integrationsprozess nur stichprobenweise untersucht werden, genauso wie nur eine Reihe der Situationen, in denen sich soziale Beziehungen manifestierten, betrachtet werden können. Es besteht kein Zweifel, dass sowohl die formalen als auch die sozialen und wirtschaftlichen Integrationsprozesse recht individuell verliefen. Solche Ideen sollen soweit wie möglich mit in die Untersuchung einbezogen werden. Es wird jedoch kaum möglich sein, allen individuellen Faktoren der Migranten, wie beispielsweise auch ihrer Konfessionszugehörigkeit, Rechnung zu tragen. Armin Reese, der sich mit der frühneuzeitlichen Aufnahme von Landfremden, speziell von Glaubensflüchtlings, in der Kurpfalz beschäftigt, weist darauf hin, dass Religions- und Konfessionszugehörigkeit bei der Integration häufig überschätzt werde. Dass die „gleiche Konfession wegen des gemeinsamen ‚Feindes‘ eine schnelle Integration wesentlich erleichterte oder gar sicherstellte, scheint in der Realität keine Bestätigung zu finden.“<sup>1088</sup> Dies müsste umso mehr zutreffen, wenn Konfession und Religion nicht mehr maßgeblich die politischen Entscheidungsträger beeinflusste.

Entgegen der sozialwissenschaftlichen Forschung wird nachfolgend jeweils die erste Generation von Zuwanderern untersucht. Integration in der Frühen Neuzeit unterscheidet sich in der Dauer der Eingliederung von Individuen und Gruppen. Anlass dieses Verhaltens könnte gegebenenfalls die kulturelle Nähe zwischen Heimat und Zielort sein.<sup>1089</sup> Gleichfalls bedeutete der Abschluss des Integrationsprozesses nicht die Gleichberechtigung der Zuwanderer innerhalb der aufnehmenden Gesellschaft. Da es zudem Vergleichswerte zwischen Einheimischen und Migranten benötigt, um die Integration zu bewerten, bietet sich nachfolgend vor allem eine eingehendere Untersuchung der Neubürger an. Die Bürger zählten zur gesellschaftlichen Elite, die Beisassen hingegen wurden am Rande dieser Gesellschaft angesiedelt. Es bedürfte daher zunächst einer Untersuchung von Beziehungen, Netzwerken, Vermögenswerten, Partizipation und Wohnlage aller Beisassen, bevor Vergleiche zwischen einheimischen und zugewanderten Personen vorgenommen werden könnten. Sollte nachfolgend daher auf die Beisassen näher eingegangen werden, so geschieht dies vielmehr in Auseinandersetzung mit den Bürgern. Ferner ließen die Bürger- und Beisassenannahmen nur in begrenztem Maße Aussagen zu den einzelnen Integrationsfaktoren zu. Da eine Erweiterung der Datenbank mit Komplementärquellen im

---

<sup>1088</sup> Armin Reese, Aufnahme von „Landfremden“ in der Frühen Neuzeit: Die Anfänge, in: Ders. (Hg.), *Eigenständigkeit und Integration. Das Beispiels Rhein-Neckar-Raum* (= Beiträge aus dem Fachbereich IV, Bd. 1), Villingen-Schwillingen 1987, S. 80–118, hier S. 82.

<sup>1089</sup> Dass Stadtfremde bereits in der ersten Generation politisch partizipierten, zeigen Häberlein/Schwanke/Wiebel/Zürn, *Fremde in der frühneuzeitlichen Stadt*, S. 25.

Rahmen dieser Arbeit nicht möglich war, können numerischer Werte einerseits nur für einige wenige Integrationsfaktoren, andererseits nur für einen kleinen Teil der Migranten genannt werden. Die nachfolgenden Ergebnisse können deshalb als Anhaltspunkte für eingehendere, zielgerichtete Forschungen dienen.

#### **6.4.1 Beziehungen am Niederlassungsort**

Soziale und familiäre Beziehungen waren ein Türöffner für Migranten in der Quadratestadt. Sie erleichterten den Eintritt ins Bürger- und Beisassenrecht, sorgten in manchen Fällen gar zur Beitragsminderung und zum Zugang zu den (in vielen Fällen) übersetzten Zünften. Nicht verwunderlich erscheint es deshalb, dass zwischen 1780 und 1785<sup>1090</sup> 34 Prozent aller stadtfremden Neubürger und 24 Prozent aller stadtfremden Neubürgerinnen in einheimische Familien einheirateten. Bei den Beisassen waren es immerhin 20 Prozent, bei den Beisassinnen 18 Prozent. Ebendies beobachtete Medicus als er schrieb, dass Bürgerstöchter häufig eheliche Verbindungen außerhalb der Quadratestadt eingingen.<sup>1091</sup> Nichtsdestotrotz wurden, betrachtet man die ehelichen Verbindungen aller Personen, acht Prozent aller Ehen zwischen zwei ins Bürgerrecht aufgenommenen beziehungsweise zehn Prozent aller Ehen zwischen zwei ins Beisassenrecht aufgenommenen Mannheimern geschlossen.

Einen nicht allzu hohen Anteil machten Ehen zwischen auswärtigen Personen aus: So fanden vier Prozent aller Ehen zwischen ausländischen Bürgerkandidaten und Ausländerinnen, sechs Prozent zwischen ausländischen Beisassenkandidaten und Ausländerinnen sowie fünf Prozent zwischen ausländischen Bürgerkandidaten und Kurpfälzerinnen, sieben Prozent zwischen ausländischen Beisassenkandidaten und Kurpfälzerinnen, drei Prozent zwischen kurpfälzischen Bürgerkandidaten und Ausländerinnen und zwei Prozent zwischen kurpfälzischen Beisassenkandidaten und Ausländerinnen statt. Beliebt waren unter den Beisassen mit rund 17 Prozent aller Ehen Verbindungen zwischen Kurpfälzern, die zur formalen Aufnahme nach Mannheim kamen, wohingegen dies bei den Bürgern nur auf vier Prozent zutraf. Während bei den Bürgern nur 15 Prozent aller Ehen zwischen zwei auswärtigen Personen geschlossen wurden, waren es bei den Beisassen bereits mehr als ein Drittel. Dies mag vor allem auf die niedrigeren Hürden

---

<sup>1090</sup> Als Datenbasis wurden die Jahre zwischen 1780 und 1785 gewählt, da hier zur Ergänzung die protokollierten Bürger- und Beisassenannahmen zwischen 1779 und 1787 (GLA 213 Nr. 794) herangezogen, demnach alle Ehen erfasst werden konnten. Dennoch sind viele Frauen in den Bürger- und Beisassenlisten unbekannter Herkunft, da weder Gesuche noch Annahmen einen Anhaltspunkt auf diese enthalten. So sind 15 Prozent der stadtfremden Männer mit unbekannten Frauen verheiratet, bei denen es sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach dennoch um Mannheimer Bürgerstöchter oder Bürgerswitwen bzw. Beisassentöchter oder Beisassenwitwen handelte.

<sup>1091</sup> Vgl. Medicus, Bevölkerungs-Stand, S. 75.

**Tab. 10** Eheliche Verbindungen von Neubürgern und Beisassen (1780–1785)<sup>1092</sup>

<b>Herkunft</b>	<b>Stand</b>	<b>1780</b>	<b>1781</b>	<b>1782</b>	<b>1783</b>	<b>1784</b>	<b>1785</b>	<b>gesamt</b>
<b>Ledige</b>	Bürger	3	3	2	3	1	1	<b>13</b>
<b>Männer</b>	Beisassen	2	1	0	0	1	2	<b>6</b>
<b>Mannheimer</b>	Bürger	6	3	4	2	6	2	<b>23</b>
<b>Inländerin</b>	Beisassen	1	5	2	3	2	1	<b>14</b>
<b>Mannheimer</b>	Bürger	1	1	4	3	1	3	<b>13</b>
<b>Ausländerin</b>	Beisassen	1	0	1	1	3	0	<b>6</b>
<b>Mannheimer</b>	Bürger	0	1	0	1	1	0	<b>3</b>
<b>Unbekannte</b>	Beisasse	0	0	1	0	0	3	<b>4</b>
<b>Inländer</b>	Bürger	4	2	6	3	2	6	<b>23</b>
<b>Mannheimerin</b>	Beisassen	1	1	2	2	1	2	<b>7</b>
<b>Inländer</b>	Bürger	1	2	0	1	2	0	<b>6</b>
<b>Inländerin</b>	Beisassen	5	5	1	2	3	3	<b>19</b>
<b>Inländer</b>	Bürger	0	0	1	0	1	2	<b>4</b>
<b>Ausländerin</b>	Beisasse	0	0	1	0	1	0	<b>2</b>
<b>Inländer</b>	Bürger	1	1	2	1	2	1	<b>8</b>
<b>Unbekannte</b>	Beisassen	1	1	4	2	1	3	<b>10</b>
<b>Ausländer</b>	Bürger	2	3	7	8	3	4	<b>27</b>
<b>Mannheimerin</b>	Beisassen	2	2	2	3	2	2	<b>15</b>
<b>Ausländer</b>	Bürger	3	0	1	1	2	0	<b>7</b>
<b>Inländerin</b>	Beisassen	3	0	1	3	0	1	<b>8</b>
<b>Ausländer</b>	Bürger	1	0	0	0	3	2	<b>6</b>
<b>Ausländerin</b>	Beisassen	1	2	2	1	0	1	<b>7</b>
<b>Ausländer</b>	Bürger	4	4	5	3	3	5	<b>24</b>
<b>Unbekannte</b>	Beisassen	1	2	0	1	2	1	<b>9</b>
<b>Unbekannter</b>	Bürger	0	1	0	0	2	0	<b>3</b>
<b>Mannheimerin</b>	Beisasse	0	0	0	0	1	0	<b>1</b>
<b>Unbekannter</b>	Bürger	0	0	0	0	0	0	<b>0</b>
<b>Inländerin</b>	Beisasse	0	0	0	0	0	0	<b>0</b>
<b>Unbekannter</b>	Bürger	0	0	0	0	1	0	<b>1</b>
<b>Ausländerin</b>	Beisasse	0	0	0	0	0	0	<b>0</b>
<b>Unbekannter</b>	Bürger	0	0	0	0	0	1	<b>1</b>
<b>Unbekannte</b>	Beisasse	2	0	1	3	1	1	<b>8</b>
<b>gesamt</b>	<b>Bürger</b>	<b>26</b>	<b>21</b>	<b>32</b>	<b>26</b>	<b>30</b>	<b>27</b>	<b>162</b>
	<b>Beisasse</b>	<b>20</b>	<b>19</b>	<b>18</b>	<b>21</b>	<b>18</b>	<b>20</b>	<b>116</b>

<sup>1092</sup> Eigene Auswertung anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen. Ledige Männer sind alle Bürger oder Beisassen inländischer, ausländischer oder unbekannter Herkunft.

bei der Aufnahme zurückzuführen sein, sodass hier die Einheirat in ortsansässige Familien eine untergeordnete Rolle spielen konnte. Das Verhältnis der eingegangenen ehelichen Verbindungen der Neubürger veränderte sich auch nach 1785 kaum.

Dass die Einheirat in bereits in Mannheim etablierte Familien ausschließlich für Bürgermigranten ein bewährtes Mittel zur sozialen Integration darstellte, offenbaren die ausgewerteten Familienbögen der Jahre 1808, 1813 und 1818. Rund 35 Prozent der Bürgermigranten heirateten eine Mannheimerin oder einen Mannheimer. Nur rund 20 Prozent ließen sich mit ihrem ebenfalls stadtfremden Ehepartner in der Quadratestadt nieder.<sup>1093</sup> Anders sieht dies bei den anderen Migrantengruppen aus: Bei den Hof- und Staatsdienern und den Militärangehörigen zeichnet sich deutlich ab, dass die meisten Ehen außerhalb Mannheims geschlossen wurden. Nur wenige dieser Migranten heirateten in der Stadt eine Mannheimerin oder einen Mannheimer.<sup>1094</sup>

Unter den Neubürgern, die in einheimische Familien mit weitreichenden verwandtschaftlichen Beziehungen zu alten und wohlsituierten Familien in Mannheim einheirateten, war beispielsweise Johann Conrad Engelhorn aus Hockenheim. Der Vater von Engelhorn, der in Neulußheim aufgewachsen war, heiratete Marie Elisabeth Zahn, die aus einer alten, einflussreichen Hockenheimer Familie stammte, und übernahm in Hockenheim die Wirtschaft *Zum schwarzen Lamm*. Die Familie Zahn wiederum war Centgraf und Erbbeständer einer großen Mühle in Hockenheim und nahm durch Verbindungen zur aus Schriesheim zugewanderten Müllerfamilie Schranck eine nahezu monopolartige Stellung in den beiden benachbarten Mühlen Hockenheims ein.<sup>1095</sup> Nach seiner Niederlassung in Mannheim vermählte sich Johann Conrad Engelhorn mit Helene Philippine Sieber, deren Vater, Johannes Sieber, Essigbrauer und Gasthalter *Zum Englischen Hof* in Mannheim war. Während Sieber aus Kirchberg an der Jagst im Königreich Württemberg kam, stammte seine Frau aus einer vielseitig verschwägerten Gastwirtschaftsfamilie Mannheims. Die Einheirat in Alt-Mannheimer Familien setzte sich in der zweiten Generation nur bedingt fort: Engelhorns Tochter Elisabeth wurde zwar die Ehefrau des Mannheimer Kaufmanns und Tabakfabrikanten Friedrich Mayer, der älteste von zwei Söhnen Johann Conrad Engelhorn heiratete allerdings die Heddesheimerin Marie Christine Schäffer, erbte 1816 den väterlichen Gasthof und betrieb auch die Essigfabrik wie die Brauerei seines

---

<sup>1093</sup> Die Einheirat in Mannheimer Familien liegt prozentual wahrscheinlich sogar noch etwas höher. Allerdings wird das Ergebnis durch die hohe Anzahl an ledigen Bürgern, oftmals Bürgerswitwen und -töchter, verzerrt.

<sup>1094</sup> Eigene Auswertung auf Basis von MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, in: Ancestry, Mannheim, Deutschland, Familienbögen, 1760–1900 (Datenbank online) (2014). URL: <https://www.ancestry.de/search/collections/7575/> (15.12.2020).

<sup>1095</sup> Vgl. Friedrich Wilhelm Euler, Die Familie Engelhorn in Mannheim. Vorfahren und Nachkommen des Gründers der BASF: Kommerzienrat Friedrich Engelhorn (1821–1902), Grünstadt 1986, S. 12f.

Vaters weiter.<sup>1096</sup> Die Einheirat in einheimische Familien scheint nichtsdestotrotz ein Charakteristikum der Familie Engelhorn gewesen zu sein, wobei die Nutzung der bereits am Ort vorhandenen Kontakte zur Mehrung ihres Wohlstandes und Einflusses führte.

Dieses Bild bestätigt sich – zumindest für Italiener – auch in der Forschung. So zeigen Johannes Augel und Martin Zürn, dass die Mehrheit der italienischen Einwanderer sich von Beginn an mit der einheimischen Bevölkerung verbunden hatte.<sup>1097</sup> Konkret bedeutete dies im Fall der Savoyer, dass die Einbürgerung oft mit der Auflage verbunden war, Einheimische zu heiraten, womit ein „deutlich am deutschen Heiratsmarkt orientiertes Muster sozialer Verflechtung“<sup>1098</sup> zu Tage trat. „Gleichwohl unterhielten die Savoyer sehr weit gespannte, familiäre und geschäftliche Beziehungen innerhalb ihrer Landsmannschaft.“<sup>1099</sup> Bei italienischen Kaminkehrern und Zinngießern ist sich die Forschung hingegen uneinig. Von der Abschottung der Italiener bis hin zur kompletten Integration durch die Einheirat in einheimische Familien war alles möglich.<sup>1100</sup> Für Bauhandwerker aus Tirol und Vorarlberg hingegen sieht Schwanke vor allem in Offenburg die Integration durch Heirat mit Bürgerstöchtern vorherrschend.<sup>1101</sup>

Im Fall der Mannheimer Italiener, die zwischen 1779 und 1804 in die Quadratestadt kamen, fällt eine eindeutige Einordnung schwer. Von den sieben männlichen italienischen Neubürgern waren zwei vermutlich bereits mit einer Italienerin verheiratet, zwei weitere waren ledig und drei weitere heirateten in einheimische Familien ein. Auch der Italiener Joseph Maria Ludwig Bolongaro, der bei seiner Aufnahme zum Bürger im Jahr 1780 das Kasernengeld herabgesetzt bekam, verlobte sich mit der Witwe des Handelsmannes Maria Eva Lilia, geborene Müller.<sup>1102</sup> In einer Abschrift des Ehevertrages aus dem Jahr 1811 wird als Zeuge Johann Baptist Nino, ein in Italien gebürtiger Handelsmann erwähnt, dem ebenfalls das Bürgerrecht verliehen worden war.<sup>1103</sup> Nino selbst heiratete in zweiter Ehe die Mannheimer Bürgerstochter Katharina Strunz, mit der er gemeinsam das Bürgerrecht erwarb. Seine älteste Tochter, die aus der Ehe mit der

---

<sup>1096</sup> Vgl. Euler, Die Familie Engelhorn, S. 13.

<sup>1097</sup> Vgl. Johannes Augel, Italienische Einwanderung und Wirtschaftstätigkeit in rheinischen Städten des 17. und 18. Jahrhunderts, Bonn 1971, S. 285. Im Fall der Savoyer in Süddeutschland war dies allerdings ein vom Magistrat bewusst getätigter Akt der Integration. Martin Zürn, Einwanderung aus Savoyen nach Deutschland 1500–1800. Grundzüge und ausgewählte Familien, in: Schau ins Land 122 (2003), S. 73–92, hier S. 78.

<sup>1098</sup> Zürn, Einwanderung aus Savoyen, S. 91.

<sup>1099</sup> Ebd.

<sup>1100</sup> Vgl. Schwanke, Fremde in Offenburg, S. 240f.

<sup>1101</sup> Vgl. ebd., S. 257.

<sup>1102</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 99, S. 1566, 1703.

<sup>1103</sup> Vgl. Ehevertrag von Bolongaro, Abschrift, 20.12.1811, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 639.

Mannheimer Kaufmannstochter Katharina Cantadore stammte,<sup>1104</sup> ehelichte Joseph Maria Tunna, möglicherweise ein Sohn des aus Sardinien eingewanderten Johann Baptista Tunna. In dritter Ehe heiratete Nino Anna Maria Pazzi aus Neustadt an der Weinstraße. Inwieweit Pazzi italienische Wurzeln besaß, kann nicht nachgewiesen werden, wobei ihr Nachname unleugbar italienischen Ursprungs ist.<sup>1105</sup> Aus der späteren Ehe von Bolongaro und Lilia gingen jedoch keine Kinder hervor. Lediglich Lilia brachte aus einer früheren Beziehung fünf Kinder mit in die Ehe ein, wobei nur zwei Kinder die Mutter überlebten.<sup>1106</sup> Auch wenn die italienische Wanderung im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert eher gering ausfiel, so verweisen viele Nachnamen der Mannheimer Bürger auf ihren italienischen Ursprung.

Der Leinwandhändler aus Wattenheim Friedrich Mosis, der 1781 eingebürgert wurde, heiratete eine Beisassentochter. Irmgard Schwanke verweist jedoch darauf, dass die Heirat mit Einheimischen nicht in jedem Fall problemlos verlief und häufig Zweifel bestanden, beispielsweise aufgrund des Vermögens des Zuwanderers. Deshalb sieht sie die Heirat nicht als eindeutigen Beweis gelungener Integration an, sondern misst der Übernahme und Vergabe von Taufpatenschaften eine größere Bedeutung bei.<sup>1107</sup> Gemäß Walter G. Rödel liegen der Wahl des Taufpaten einerseits verwandtschaftliche Beziehungen, andererseits rationale Überlegungen zu Grunde. Der Pate sollte sein Patenkind, vor allem im Fall des Ablebens der Eltern, unterstützen können.<sup>1108</sup>

Von den fünf Kindern von Mosis, die das Erwachsenenalter erreichten, war einerseits mehrmalig der Mannheimer Beisasse Israel Bahsenhauer<sup>1109</sup> Taufpate, andererseits dienten viele Auswärtige als Paten wie Johannes und Anna Maria Ort aus Freinsheim, die Töchter eines Heidelberger Bürgers, oder der bereits in Mannheim zum Bürger verpflichtete Bäcker Johannes Philipp Jacobi aus Zweibrücken.<sup>1110</sup> Interessanterweise wählten weder Bahsenauer noch Jacobi

---

<sup>1104</sup> Vgl. Stadtrat an Bürgermeister, 03.02.1797, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 3487. Interessanterweise wird Nino bereits 1797 als Bürger benannt. Seine Bürgerannahme stammt jedoch aus dem Jahr 1800, in dem er gemeinsam mit seiner zweiten Ehefrau Katharina Strunz das Bürgerrecht verliehen bekam.

<sup>1105</sup> Vgl. Joh. Baptist Nino 1763 (Katharina), MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 159.

<sup>1106</sup> Vgl. Inventar, 01.09.1779, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 639; Amtsrevisoratsbericht, 22.05.1815, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 639.

<sup>1107</sup> Vgl. Schwanke, *Fremde in Offenburg*, S. 199f.

<sup>1108</sup> Vgl. Rödel, *Mainz und seine Bevölkerung*, S. 305.

<sup>1109</sup> Bahsenauer war bereits der Trauzeuge von Friedrich Mosis. Vgl. Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 99, S. 1844.

<sup>1110</sup> Zu Jacobi siehe Taufen 1780–1794, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 322, S. 37, 56, 68; zu Mosis siehe Taufen 1746–1806 [Abschrift], LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 318, S. 493; Taufen 1780–1794, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 322, S. 8, 36, 50, 63, 90, 120; Taufen 1795–1818, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 325, S. 1; zu Bahsenauer siehe Taufen 1780–1794, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 322, S. 84.

Mosis als Taufpaten für ihre Kinder aus.<sup>1111</sup> Letzterer entschied sich bei der Taufpatenwahl seiner drei Kinder, wie auch Johann Adam Goldhahn aus Worms<sup>1112</sup>, für Mannheimer, wobei zwei von ihnen aus Bäckerfamilien stammten und hier wahrscheinlich die Netzwerkbildung innerhalb Mannheims im Vordergrund stand.<sup>1113</sup> Jacobi wurde allerdings als stadtfremder Neubürger von Johann Georg Engellauf, Mannheimer Bürgersohn und Silberarbeiter, als Pate eingesetzt.<sup>1114</sup> Von den insgesamt acht Kindern von Engellauf hatte mehr als die Hälfte einen In- oder Ausländer als Paten, wovon auch einige wenige außerhalb der Stadt wohnten.<sup>1115</sup> Eine dieser Personen war Philipp Adam Engellauf, ein Metzger aus Neckargemünd.<sup>1116</sup>

Die Netzwerkbildung schien auch im Fall von Chirurg Georg Philipp Zaengerle aus Pfeddersheim, der in erster Ehe mit der Mannheimerin Catharina Beihser verheiratet war, und Handelsmann Adam Aumer aus Niederweiler in Baden, der eine Ehe mit der Mannheimerin Magdalena Deubl führte, Motiv der Wahl der Taufpaten gewesen zu sein. Taufpate einer der Söhne von Zaengerle war der Mannheimer Bürger und Gastwirt Friedrich Ludwig Christ, der gebürtig aus Saarbrücken stammte, und seine Frau, die Heidelbergerin Jacobina Christ.<sup>1117</sup> Bei Aumer dienten als Taufpate für seine Kinder mehrere Mannheimer Bürger, die teilweise gebürtig aus Mannheim stammten, teilweise zugewandert waren.<sup>1118</sup> Auch bei Pflasterer Johann Heinrich Opiz aus Dresden, der ebenfalls mit einer Mannheimerin verheiratet war, fiel die Wahl nicht auf Verwandte. Während die älteste Tochter keinen Taufpaten hatte, da sie unehelich geboren wurde,<sup>1119</sup> dienten als Paten der Töchter Margaretha Elisabetha der Mannheimer Bürger und Bäcker Conrad Adam Bissinger und Christina Jacobina, die Ehefrau von Sebastian Sinnacher, als Paten.<sup>1120</sup> Sebastian Sinnacher war gebürtiger Wiener und wurde erst 1791 zum Bürger in

<sup>1111</sup> Vgl. Taufen 1764–1798, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 318, S. 369, 394, 418, 427, 525.

<sup>1112</sup> Vgl. Mischbuch März 1760, 1770, Okt. 1765–März, März, Nov. 1791, LAK, Mannheim luth. Gemeinde, Nr. 324, S. 298, 347, 326, 376, 402.

<sup>1113</sup> Vgl. Taufen 1780–1794, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 322, S. 37, 56, 68.

<sup>1114</sup> Vgl. ebd., S. 118.

<sup>1115</sup> Vgl. ebd., S. 4, 33, 57, 71, 103, 118, 129; Taufen 1795–1818, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 325, S. 48.

<sup>1116</sup> Vgl. Taufen 1795–1818, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, S. 48.

<sup>1117</sup> Interessanterweise handelte es sich bei diesen Personen um Lutheraner, bei Zaengerle um einen Katholiken. Vgl. hierzu Ludwig Christ, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 43. Fridericus Ludovicus Zaengerle, get. 08.08.1799, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1789–1802.

<sup>1118</sup> Vgl. Johannes Andreas Aumer, get. 21.05.1785, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793; Sophia Margaretha Aumer, get. 23.12.1788, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793; Maria Catharina Aumer, get. 17.09.1790, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793; Joannes Jacobus Aumer, get. 04.06.1793, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793. Die Einträge wurden mit den Familienbögen abgeglichen, siehe hierzu Andreas Kocher, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 138; Melchior Grohe, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), 1807–1900, Zug. 8/1962, Nr. 98; Johan Melchior Hartmayer, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 109.

<sup>1119</sup> Vgl. Mischbuch März, Mai, Nov. 1791–Sept. 1805, 1809, 1807, LAK, Mannheim luth. Gemeinde, Nr. 324, S. 31.

<sup>1120</sup> Vgl. ebd., S. 118.



Mannheim verpflichtet.<sup>1121</sup> Bei Metzgermeister Johann Heinrich Lindenberg aus Hermuthausen lässt sich ebenfalls keine Taufpatenschaft bestehend auf Verwandtschaft feststellen. Lindenberg war mit einer Mannheimer Bürgerstochter verheiratet. Für seine bereits 1836 verstorbene Tochter diente die Tochter eines aus Hermuthausen stammenden Weinwirts, die allerdings nicht selbst erscheinen konnte, als Patin.<sup>1122</sup> Die älteste Tochter Susanna hatte als Taufpatin Susanna Philippina van der Heyden, die Tochter des Mannheimer Bürgers Johann Philipp van der Heyden.<sup>1123</sup> Lindenberg selbst stand nachweislich für seinen Enkelsohn Heinrich, geboren 1819, zusammen mit seiner Frau als Taufpate zur Verfügung.<sup>1124</sup> Auch für den ältesten Sohn Michael und die jüngste Tochter Catharina wurden Mannheimer Bürgersöhne bestellt.<sup>1125</sup> Der Italiener Johann Baptist Nino hingegen setzte bei der Wahl der Taufpaten nur auf in Mannheim lebende Verwandte: So dienten als Taufpaten von seinen Kindern, die aus seiner ersten Ehe mit Katharina Cantadore hervorgingen, die Eltern seiner Frau, die selbst aus Italien stammten und Ende der 1770er Jahre das Bürgerrecht in Mannheim erhalten hatten,<sup>1126</sup> und von seinen Kindern, die aus seiner zweiten Ehe mit Katharina Strunz stammten, ebenfalls Verwandte seiner Frau, deren Verwandtschaftsgrad jedoch nicht ersichtlich ist.<sup>1127</sup> Die Ergebnisse zu Nino unterstreichen jedoch noch einmal deutlich, die engen Beziehungsverflechtungen der in Mannheim wohnhaften Italiener untereinander.

Auf Verwandte als Taufpaten, die allerdings noch in ihrer Heimat lebten, setzten Friedrich Thraner aus Landau, dessen Frau aus Wachenheim an der Weinstraße stammte und der hierdurch mit Familienangehörigen in Landau und Straßburg verbunden blieb,<sup>1128</sup> und Johann Conrad Engelhorn. Der Taufpate von Johann Georg, geboren 1797, war kein geringerer als der Müller Johann Georg Schranck aus Hockenheim, der Großvater von Johann Conrad Engelhorn.<sup>1129</sup> Bei Jacob Neckenauer aus Mörsstadt hingegen wird der Begriff der doppelten Integration nachvollziehbar. Martin Zürn und Irmgard Schwanke charakterisieren diese als „eine Einbindung in die Gesellschaft des Zielortes bei gleichzeitiger Rückbindung an die

<sup>1121</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1791, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 123, S. S. 2445f.

<sup>1122</sup> Vgl. Mischbuch März, Mai, Nov. 1791–Sept. 1805, 1809, 1807, LAK, Mannheim luth. Gemeinde, Nr. 324, S. 132.

<sup>1123</sup> Vgl. ebd., S. 97.

<sup>1124</sup> Vgl. Taufen 1818–1821, LAK, Mannheim luth. Gemeinde, Nr. 324, S. 75.

<sup>1125</sup> Vgl. Mischbuch März, Mai, Nov. 1791–Sept. 1805, 1809, 1807, LAK, Mannheim luth. Gemeinde, Nr. 324, S. 176; Taufen 1818–1821, LAK, Mannheim luth. Gemeinde, Nr. 324, S. 82.

<sup>1126</sup> Vgl. Mariae Catharinae, get. 09.09.1790, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793; Joannis Bartholomaeus, get. 30.01.1792, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793; Antonia Maria Nino, 07.07.1793, EAF Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793.

<sup>1127</sup> Vgl. Wilhelmus Nino, get. 12.01.1799, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1789–1802; Josephus Nino, get. 04.01.1801, EAF, Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1789–1802.

<sup>1128</sup> Vgl. Mischbuch März 1760, 1770, Okt. 1765–März, März, Nov. 1791, LAK, Mannheim luth. Gemeinde, Nr. 324, S. 323, 340, 357, 374, 392, 406.

<sup>1129</sup> Vgl. Taufen 1795–1818, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 325, S. 34. Zu den Kindern von Engelhorn siehe auch Taufen 1795–1818, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 325, S. 7, 23, 130.

Heimat“<sup>1130</sup>, denn nur so könne Integration gelingen. Hierbei sind sämtliche Zuwanderungsgruppen sowohl in die Kultur des Heimats- wie Zielortes integriert.<sup>1131</sup> „Auf der Basis eines gut funktionierenden Netzwerkes gegenseitiger Hilfeleistung sowie verwandtschaftlicher, freundschaftlicher und ökonomischer Beziehungen kam es zu einer eher unauffällig verlaufenden Integration.“<sup>1132</sup> Dieser Austausch zwischen den Kulturen konnte beispielsweise im Fall von Jacob Neckenauer neue Migrationsprozesse auslösen. Als Taufpaten traten nicht nur seine Schwiegereltern auf, sondern auch zweimal ein Peter Neckenauer aus Mörsstadt. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich hierbei um den Onkel des Neubürgers, der im Jahr 1795 ebenfalls zum Bürger vor dem Mannheimer Stadtrat verpflichtet wurde.<sup>1133</sup>

Samuel Ryhiner, der zunächst wissentlich der formalen Integration ins Stadtwesen entsagte, schien auch sozial nicht in Mannheim integriert gewesen zu sein. Ryhiner verzichtete bei fast allen Kindern auf Mannheimer Bürger als Taufpaten. Der älteste Sohn, Johann Wilhelm, erhielt als Taufpaten seine beiden Großväter aus Basel beziehungsweise Frankenthal sowie zwei weitere Paten, die ebenfalls aus Frankenthal stammten, und einen Paten aus Basel.<sup>1134</sup> Für seinen Sohn Carl Friedrich übernahm die Patenschaft ein Onkel aus Basel und eine Verwandte der Mutter aus Grünstadt.<sup>1135</sup> Lediglich dem Jüngsten, Johannes Carl, wurden mit dem Bürger und Weinwirt Carl Bihsinger und Catharina Ludin zwei Mannheimer zur Seite gestellt. Johannes Legrant, ein Mannheimer Gärtner, übernahm diese Aufgabe im Namen eines Basler Verwandten der Familie Ryhiner.<sup>1136</sup> Wann Ryhiner genau das Bürgerrecht in Mannheim erwarb, ist nicht bekannt. Es könnte jedoch der Fall eingetreten sein, dass er erst nach der Geburt des jüngsten Sohnes eingebürgert wurde, und sich deshalb im Nachgang auch für Mannheimer als Taufpaten entschied. Gleichfalls erweckte Samuel Ryhiner nicht den Anschein, als hätte er vor, sich für immer in Mannheim niederzulassen, was ebenfalls als Indiz für seine nicht vollzogene Integration in Mannheim zu deuten wäre.

Zwischen Herkunftsräumen und Zielgebieten von Migranten bildeten sich somit Netzwerke. Diese Netzwerke waren über „Verwandtschaft, Bekanntschaft und Herkunftsgemeinschaften

---

<sup>1130</sup> Schwanke, *Fremde in Offenburg*, S. 265. Auch Zürn, *Einwanderung aus Savoyen*, S. 91.

<sup>1131</sup> Vgl. Schwanke, *Fremde in Offenburg*, S. 265.

<sup>1132</sup> Dünzelmann, *Vom Gaste, den Joden und den Fremden*, S. 133.

<sup>1133</sup> Vgl. *Taufen 1780–1794*, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 322, S. 32, 49, 62, 82, 99, 116, 141; *Taufen 1795–1818*, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, Nr. 325, S. 12.

<sup>1134</sup> Vgl. *Taufen 1795–1818*, LAK, Mannheim dt.-ref., Nr. 325, S. 107.

<sup>1135</sup> Vgl. ebd., S. 122.

<sup>1136</sup> Vgl. ebd., S. 141.

zusammengehaltene Kommunikationssysteme miteinander“<sup>1137</sup> verbundene Konstruktionen, die vor allem aufgrund von Loyalität und Vertrauen untereinander funktionierten. Sie garantierten „Schutz und Orientierung im fremdem Raum, vermittelten Arbeits- und Unterkunftsmöglichkeiten, halfen auch bei Kontakten mit Obrigkeiten, staatlichen und kommunalen Institutionen.“<sup>1138</sup> Ein gelungenes Migrantennetzwerk sorgte jedoch nicht nur für die Integration der Zugewanderten, sondern konnte durch Informationsaustausch innerhalb des Netzwerkes neue Migrationen auslösen.<sup>1139</sup>

Gemäß Bruno Koch ist Kommunikation einer von vier Pull-Faktoren, die er im Rahmen seiner Studie anwendet. Bei Migrationsmotiven wird in der Forschung zwischen Push- und Pull-Faktoren unterschieden. Während als Push-Faktoren Umstände bezeichnet werden, „die im Herkunftsland ihre Ursachen haben und Migrationsdruck entstehen lassen, wie z. B. instabile politische Verhältnisse, Krieg und Verfolgung, schlechte Arbeitsmarktchancen, widrige Lebensbedingungen oder Umweltzerstörung“<sup>1140</sup>, stehen Pull-Faktoren für die Attraktivität des Aufnahmelandes, beispielsweise durch gute Arbeitsmarkt- oder Ausbildungschancen, ein hohes Lohnniveau, stabile politische Verhältnisse oder Religionsfreiheit. In der Regel entstehen Migrationsprozesse nicht nur durch einzelne Faktoren, sondern durch eine Kombination verschiedener Push- und Pull-Faktoren.<sup>1141</sup> Durch den Faktor der Kommunikation kann die Situation am Zielort, Chancen und Gefahren der Ab- beziehungsweise Zuwanderung, sichere Verkehrswege oder die psychischen, physischen und finanziellen Belastungen der Reise kommuniziert werden.<sup>1142</sup>

Auf Basis der Bürgerannahmen können einige der auswärtigen Neubürger benannt werden, die möglicherweise infolge der bestehenden Migrantennetzwerke ihre Heimat verließen und nach Mannheim aufbrachen, wie bereits im Fall von Onkel und Neffe Neckenauer, die auch über Taufpatenschaften miteinander verbunden waren, gezeigt wurde.<sup>1143</sup> So ließ sich in Mannheim zunächst ein Seifensieder namens Gotthelf Miethmann nieder, der sich mit der Bürgerswitwe Susanna Maria Ernst, geborene Bernhardi, verheiratete, und elf Jahre später der Seifensieder

---

<sup>1137</sup> Jochen Oltmer, *Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2016, S. 5.

<sup>1138</sup> Ebd., S. 6.

<sup>1139</sup> Vgl. ebd.

<sup>1140</sup> Wolfgang Seifert, *Migration. Begriffliche Vorklärungen*, in: Bundeszentrale für politische Bildung (31.05.2012). URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutscher-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138008/begriffliche-vorklaerungen> (15.12.2020).

<sup>1141</sup> Vgl. ebd.

<sup>1142</sup> Vgl. Koch, *Neubürger in Zürich*, S. 181f.; Seifert, *Migration*.

<sup>1143</sup> Letztendlich muss man hier jedoch Vorsicht walten lassen, da die individuellen Beweggründe sowie die zeitliche Abfolge von Geschehnissen möglicherweise in den Listen nicht korrekt abgebildet werden. So besteht die Möglichkeit, dass der Migrationsprozess gleichzeitig abgeschlossen wurde und nur die Einbürgerung zeitlich versetzt stattfand. Dass es sich hier um Söhne von bereits zugewanderten Neubürgern handelte, kann eigentlich ausgeschlossen werden, da sie als Bürgersöhne keine Gebühren zahlen müssten, was sie nachweislich jedoch taten.

Johann Gottlieb Miethmann, der Anna Maria Raab aus Odernheim heiratete. Beide Männer stammten aus Bautzen in Sachsen, sodass die Annahme besteht, dass sie zumindest entfernte Verwandte waren, die entweder selbst oder durch Dritte in Kontakt zueinanderstanden.<sup>1144</sup> Zu nennen wären auch Familie Huben aus Ladenburg, Familie Franck aus Jockgrim oder Familie Degen aus Windecken.<sup>1145</sup>

Deutlich trat jedoch hervor, dass viele Migranten ebenfalls durch Taufpatenschaftsverbindungen Kontakte in die alte Heimat pflegten. Der Aufbau von Netzwerken innerhalb Mannheims ist deutlich erkennbar; auch wenn die familiäre Komponente, das heißt, inwieweit die Heirat mit einer Mannheimerin eine Rolle bei den Taufpatenschaftsverbindungen spielte, noch einer genaueren Betrachtung verdient.<sup>1146</sup> Denn letztendlich bilden die hier ausgewählten Beispiele, die auf zufälligen Stichproben beruhen, keine quantifizierbaren Häufigkeiten ab und offenbaren eine Vielzahl von Möglichkeiten für eingegangene Taufpatenschaftsverbindungen. Eine quantitative Untersuchung wäre allerdings aufgrund der vielen Unbekannten, beispielsweise gebürtige Mannheimer mit Migrationshintergrund, die durch Taufpatenschaften Verbindungen in die Heimat ihrer Eltern hielten, kaum umsetzbar. Außerdem müsste man alle Faktoren, wie Vermögen, Herkunft, Stand, Gewerbe, Religions- und Konfessionszugehörigkeit und Motivation miteinbeziehen, um zu objektiven, numerischen Ergebnissen zu gelangen.<sup>1147</sup> Zur quantitativen Untersuchung von Taufpatenschaftsverbindungen böte sich unter Hinzunahme von Methoden der Historischen Demographie somit eher eine Analyse von Taufbüchern an, wie dies auch Rödel bereits in seiner Untersuchung zur Mainzer Bevölkerung tat.<sup>1148</sup>

Netzwerke zwischen Mannheimern und Migranten schienen dennoch darauf ausgelegt gewesen zu sein, einen größtmöglichen Nutzen im Alltag zu generieren. Dass Bürgermigranten als Taufpaten für gebürtige Mannheimer infrage kamen, spricht ebenfalls für ihre Integration. Durch die Wahl eines Migranten wird gezeigt, dass dieser innerhalb der Gesellschaft genauso viel Wert wie die anderen Bürger war. Dass Patenschaften vor allem dem eigenen Stand und Gewerbe entsprechend gewählt wurden, scheint hierbei im Alten Reich nichts Außer-

---

<sup>1144</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1789, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 118, S. 2389f.; Ratsprotokoll 1800, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 141, S. 1210.

<sup>1145</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1782, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 104, S. 672f.; Ratsprotokoll 1785, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 111, S. 2022f.; Ratsprotokoll 1798, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 135, S. 278f.; Ratsprotokoll 1801, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 141, S. 1387; Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 99, S. 1504f.; Ratsprotokoll 1790, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 120, S. 792f.

<sup>1146</sup> Eine Stichprobe von zehn Bürgermigranten, die ebenfalls mit In- bzw. Ausländerinnen verheiratet waren, zeigte, dass auch hier Beziehungen zu Mannheimer Familien durch Taufpatenschaften vorherrschten.

<sup>1147</sup> Die katholischen Taufbücher der Oberen Pfarrei der Stadt Mannheim, die im Erzbischöfliches Archiv Freiburg verwahrt sind, nennen die Taufpaten allerdings nur namentlich.

<sup>1148</sup> Vgl. Rödel, Mainz und seine Bevölkerung, S. 305.

gewöhnliches gewesen zu sein.<sup>1149</sup> Waren die Bürger der Stadt jedoch auch am Hof tätig, so konnte sich dies auch in den Taufpatenschaftsverbindungen widerspiegeln. Taufpate des ältesten Sohns von Bürger, Weinwirt und Hoftanzmeister Jacob Dümontaille aus Frankreich, der in zweiter Ehe mit der aus Pfeddersheim stammenden Maria Margaretha Zimmermann verheiratet war, war kein geringerer als Cosimo Alessandro Collini. Bei den Taufpaten der anderen Kinder dürfte es sich hingegen um Mannheimer Bürger beziehungsweise Verwandte gehandelt haben.<sup>1150</sup> Der Rektor der lutherischen Lateinschule Friedrich Wilhelm Schüßler aus Speyer<sup>1151</sup> wählte als Taufpaten für seine vier in Mannheim geborenen Kinder, auch weil er mit der Speyerin Johanna Maria Dathan verheiratet war,<sup>1152</sup> einerseits keine Mannheimer, andererseits keine Bürger. Paten seiner ältesten Tochter, geboren 1783, waren Johann Georg Schulz, ein lutherischer Pfarrer aus Speyer und seine Ehefrau, sowie Verwandte der Mutter, ebenfalls aus Speyer.<sup>1153</sup> Der Sohn Christoph Friedrich, geboren 1785, erhielt Christoph Alexander Schüßler, einen Handelsmann aus Frankfurt, und Friedrich Christian Dathan, einen Gastwirt aus Speyer zusammen mit seiner Ehefrau.<sup>1154</sup> Eine Bindung zu Mannheim wurde schließlich mit den Jüngsten, Johann Adam, geboren 1786, und Anna Christina, geboren 1788, hergestellt. Während von Johann Adam ein Pate der Kammerdiener des Kurfürsten und dessen Ehefrau war,<sup>1155</sup> bekam Anna Christina einen Mannheimer Fabrikanten.<sup>1156</sup> Wie bei Samuel Ryhiner spiegelt sich in den Taufpatenschaftsverbindungen eher eine Rückbindung an die

<sup>1149</sup> Vgl. Rödel, Mainz und seine Bevölkerung, S. 312.

<sup>1150</sup> Vgl. Ehevertrag von Dumonteil, 06.08.1787, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 7038; Alexander Dumontel, get. 27.10.1789, EAF. Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793; Maria Sophia Carolina Dümontil, get. 21.01.1788, EAF. Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1786–1793; Jacobus Gabriel Dumonteil, get. 15.09.1795, EAF. Taufbuch Mannheim Obere Pfarrei, 1789–1802.

<sup>1151</sup> Das Konsistorium, also die vorgesetzte Kirchenbehörde, der lutherischen Gemeinde Mannheims bereitete bei der Besetzung der Rektorenstelle mit Schüßler große Probleme. So wollte das Konsistorium den „ausländer“ Schüßler abweisen, da er kein Indigenatsrecht in der Kurpfalz besaß. Der Erwerb dieses Indigenatsrecht war bspw. für Pfarrer bei Beschäftigung in der Kurpfalz verpflichtend. Vgl. Regierungsratsbericht, 07.04.1780, GLA 213 Nr. 3113, Bl. 3. Zum Indigenatsrecht für Pfarrer siehe Churpfälzbayerisch gelehrt-decisives Universal-Gesetz-Lexikon, S. 43f. Erst gegen Ende des Jahres 1780 stimmte das Konsistorium der Verleihung der Lehrstelle und der Pfarrei Sandhofen an Schüßler zu.<sup>1151</sup> Wieso das Konsistorium Schüßler so eifrig versuchte abzulehnen, sodass es zu einem mehr als 80-seitigen Schriftverkehr zwischen Regierung, lutherischer Gemeinde in Mannheim und dem Konsistorium in Heidelberg kam, geht aus den Akten nicht hervor. Da man bereits mit seinem ausländischen Vorgänger schlechte Erfahrungen gemacht hatte, war die Angst vor einem weiteren Ausländer möglicherweise zu groß. Dies würde erklären, wieso man Schüßler zunächst aufgrund des fehlenden Indigenatsrechts ablehnte und zwei kurpfälzische Kandidaten vorschlug. Dass es möglicherweise gar um Fremdenfeindlichkeit ging, könnte der Grund sein, dass Schüßler selbst nach Verleihung des Indigenatsrechts vehement abgelehnt wurde, und schlechte Prüfungsergebnisse vorgeschoben wurden. Hierzu Prüfungsergebnisse Schüßler, Abschrift, 31.08.1780, Bl. 79f.; Lutherische Vorsteher an Kurfürsten, 08.10.1780, GLA 213 Nr. 3113; Konsistorium an Kurfürsten, 16.11.1780, GLA 213 Nr. 3113.

<sup>1152</sup> Vgl. Fried. Wihl. Schüssler, 1809, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 181.

<sup>1153</sup> Vgl. Mischbuch März, Mai, Nov. 1791–Sept. 1805, 1809, 1807, LAK, Mannheim luth. Gemeinde, Nr. 324, S. 327.

<sup>1154</sup> Vgl. ebd., S. 344.

<sup>1155</sup> Vgl. ebd., S. 361.

<sup>1156</sup> Vgl. ebd., S. 381.

eigene Familie in der Heimat als an Mannheim wider, aber auch gleichzeitig Verbindungen die Stand und Gewerbe entsprachen.

Rödel verweist jedoch darauf, dass Integration nicht für jeden Migranten wichtig war.

Integration in fremde Gemeinden fiel erfolgreichen Geschäftsleuten natürlich leichter als mittellosen Facharbeitern, doch sollte man den Unterschied in der Auswirkung nicht allzu groß veranschlagen. Für den Seidenhändler mochte es geschäftlich und psychologisch wichtig sein, an seinem Wohnort auch eine herausgehobene soziale und politische Rolle zu spielen – der Arbeiter tat das nirgendwo<sup>1157</sup>.

Deutlich wird dies an Samuel Ryhiner, der zunächst keine Patenschaftsverbindungen in Mannheim einging, und an den nichtbürgerlichen Migranten wie Schüßler, die vermutlich seltener in Mannheimer Familien einheirateten. Dies könnte darin begründet sein, dass Bürger- beziehungsweise Beisassenmigranten bereits mit der Intention nach Mannheim kamen, sich dort längerfristig niederzulassen; schließlich war der Einkauf in die Bürgerschaft nicht günstig. Dies bedeutet freilich nicht, dass dies immer der Fall war: Der gebürtige Wormser Heinrich Karl Ludwig Hahsinger, ein Tabakfabrikant, der mit Katharina, geborene Busch, aus Detmold verheiratet war, zog beispielsweise 1808 nach Mannheim, erwarb im gleichen Jahr Beisassenrechte und verließ die Stadt nur zwei Jahre später wieder. Im Jahr 1812 kam er allerdings zurück, um nur ein halbes Jahr später wieder umzuziehen, um sich 1814 in Mannheim endgültig niederzulassen. Erst im Jahr 1830 erwarb er Bürgerrechte.<sup>1158</sup> Für andere Migranten schien Mannheim allerdings von Anfang an nur eine Zwischenstation zu sein, wie auch Ryhiner zunächst zu verstehen gab. Der Aufbau von sozialen Verbindungen schien deshalb nicht lohnend zu sein.

#### **6.4.2 Vermögen, politische Partizipation und Wohnlage**

Wirtschaftlicher Aufstieg wie auch die politische Partizipation in der Stadt, die Mehrung des Vermögens und die Wohnlage eines Neubürgers sind allen voran für Bruno Koch, aber auch für Irmgard Schwanke wichtige Integrationskriterien von Zuwanderern. Johann Conrad Engelhorn, der vermutlich aufgrund des Kinderreichtums seiner Eltern auswanderte,<sup>1159</sup> fügte sich beispielsweise schnell in die wirtschaftlichen Strukturen Mannheims ein, was aller Wahrscheinlichkeit nach an seiner Ehe mit der Alt-Mannheimerin Sieber lag. Dass er jedoch bereits vor seiner Bürgeraufnahme am 22. Dezember 1788 die Gastwirtschaft *Zur Stadt Augsburg* in P 5, 1

---

<sup>1157</sup> Reese, Aufnahme von „Landfremden“, S. 96.

<sup>1158</sup> Heinr. Karl Ludwig Hahsinger, 1808, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 106.

<sup>1159</sup> Vgl. Euler, Die Familie Engelhorn, S. 13.

der Witwe Clara Brüstling abgekauft hatte, spricht für das große Vermögen der Familien Engelhorn und Sieber. Mit

allen und jeden darauf haftenden Recht und gerechtsamen, samt brau- brenn- und feuer gerechtigkeit, auch allem dem, was Erd- Wand- und Nagel vest, nebst denen Laageren im Keller, nichts davon ausgenommen, als die Souporten, Tapeten, höltzeren Lamperien, pfingel- und tische, im unteren Stock, in dem Eck, und neben daran stoßenden zimmer<sup>1160</sup>,

kostete das Haus 19 000 Gulden und 18 Dukaten, wobei Engelhorn bei Kauf 2 000 Gulden und 18 Dukaten und bei Aushändigung des Vertrages weitere 9 000 Gulden zahlte. Die restlichen 8 000 Gulden erbrachte er bis 1798.<sup>1161</sup> Dabei hatte das Haus *Zur Stadt Augsburg* mit 4 000 bis 6 000 Gulden eines der höchsten Schatzungskapitale in der gesamten Quadratesstadt.<sup>1162</sup> Am 18. Mai 1789 wurde der erst 20-jährige Bierbrauer und Küfer, vermutlich nur wenige Monate nach seiner Niederlassung in Mannheim, vor dem Rat der Stadt zum Bürger sowie Bierbrauermeister verpflichtet. Dabei zahlte er die für Kurpfälzer festgesetzten Gebühren in Höhe von zehn Gulden und das moderierte Kasernengeld in Höhe von 37 Gulden und 30 Kreuzern.<sup>1163</sup>

Obwohl Engelhorn die Gastwirtschaft *Zur Stadt Augsburg* sowie die dazugehörige Brauerei betrieb, wollte er bereits im Jahr 1794 expandieren. Beim Stadtrat stellte er das Gesuch „Bier Essig machen und verkaufen zu dürfen“<sup>1164</sup>. Die Herstellung wurde ihm jedoch mehrmals untersagt. Drei Jahre später wurde er mit „verfänglichem Nachdruck“<sup>1165</sup> darauf hingewiesen, nur Bieressig herstellen zu dürfen. Im Jahr 1799 stand ihm der Rat schließlich doch die Erlaubnis zu, auch wenn damit verschiedenste Auflagen verbunden waren, unter anderem die stetige Kontrolle durch Dritte.<sup>1166</sup> 1801 wurde Engelhorn zudem als Küfermeister in die Küferzunft aufgenommen. Mit seinem Schwager Leonhard Sieber führte Engelhorn einige Jahre später als Mitinhaber eine kleine Essigfabrik in R 2, 14, die er 1806 baulich erweitern ließ. Das Ankaufsgeld und die Hälfte der Neubaukosten beglich Engelhorn selbst. Daneben ersteigerte er ein Grundstück für 1 626 Gulden auf den Plätzen der Gardereiterkaserne und trug die Kosten einer neu errichteten Scheidemauer zwischen seinem Grundstück und dem der Freiherren von Wambolt zu Umstadt in Höhe von 640 Gulden. Das Haus *Zur Stadt Augsburg* vermachte er 1816 schließlich seinem ältesten Sohn, der 1834 die Wahl zum Gemeinderat ablehnte.<sup>1167</sup> In seinem

---

<sup>1160</sup> Ratsprotokoll 1788, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 117, S. 3553.

<sup>1161</sup> Vgl. ebd., S. 3553–3556; Ratsprotokoll 1816, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 160, S. 664.

<sup>1162</sup> Vgl. Friedmann, Alt-Mannheim, Abb. 13.

<sup>1163</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1789, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 118, S. 990, 1008, 1080f.

<sup>1164</sup> Ratsprotokoll 1794, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 128, S. 1357. Hierzu auch Ratsprotokoll 1794, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 129, S. 2921, 3001.

<sup>1165</sup> Ratsprotokoll 1797, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 133, S. 1534.

<sup>1166</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1799, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 137, S. 28.

<sup>1167</sup> Vgl. Euler, Die Familie Engelhorn, S. 7, 12f., 27, 35.

privaten Haushalt arbeiteten um 1807 zudem drei zugewanderte Dienstmägde, in seinem Gasthaus zwei Küfer- und Bierbrauergenossen, Jacob Mildenberger aus Hammelbach und Christian Käsler, ein Walloner, aus Mannheim.<sup>1168</sup>

Engelhorn fand sich – wahrscheinlich durch die Kontakte der Gastwirtschaftsfamilie Sieber – schnell in die wirtschaftlichen Strukturen der Stadt Mannheim ein. Auch Bruno Koch stellt fest, dass Neubürger rasch den übrigen Bürgern gleichgestellt waren.

Diese schnelle Integration auf wirtschaftlichem Gebiet ist sicher auf die ausgleichende Tätigkeit der Zünfte zurückzuführen, welche dem Handwerk einen relativ engen Rahmen boten, in den die Neubürger bald hineinpassten, aber auch bald an die Grenzen des Machbaren stiessen.<sup>1169</sup>

Politisch aktiv schien Johann Conrad Engelhorn ebenfalls gewesen zu sein. So ist für das Jahr 1795 überliefert, dass er „Stadt-officier reformierter Seits“ werden wollte, wobei seinem Antrag jener eines gewissen Sergeant Weber vorgezogen wurde.<sup>1170</sup> 1810 erhielt er bei der Wahl zum Ratsherr gar mehrere Stimmen.<sup>1171</sup> Somit weist nichts darauf hin, dass Engelhorn bedingt durch seine Herkunft Problemen ausgesetzt gewesen war. In den Ratsprotokollen finden sich neben Verkaufs- und Kaufverträgen nur Hinweise auf Schuldner und Gläubiger oder Schwierigkeiten mit Zulieferern.<sup>1172</sup> Zudem schien Engelhorn bis zu seinem Tod im Jahr 1827 nicht an Wohlstand eingebüßt zu haben: Das Vermögen der Kinder bemaß beim Tod seiner Frau im Jahr 1816 59 916 Gulden 50,5 Kreuzer<sup>1173</sup> und belief sich nach dem Tod von Engelhorn selbst auf eine ähnlich hohe Summe.<sup>1174</sup> Johann Conrad Engelhorn war der erste Mannheimer im Mannesstamm der Familie Engelhorn, der überregionale Bekanntheit erlangte. Sein Nachfahre, der Kommerzienrat Friedrich Engelhorn, gründete im 19. Jahrhundert die BASF in Ludwigshafen am Rhein. Dennoch sieht Friedrich Wilhelm Euler den „Aufstieg in die Unternehmerschicht und in eine auch politisch anspruchsvolle bürgerliche Schicht des revolutionären Zeitalters“<sup>1175</sup> bereits unter Johann Conrad Engelhorn gemeistert.

An Johann Conrad Engelhorn wird deutlich, dass für den wirtschaftlichen Aufstieg mehrere Faktoren notwendig waren, die teilweise deutlich ineinandergriffen und sich beeinflussten. Für den Kauf der Gastwirtschaft *Zur Stadt Augsburg* musste er bereits vor seiner Einbürgerung eine erhebliche Summe aufgewendet haben. Das Vermögen der Neubürger lässt wiederum

---

<sup>1168</sup> Vgl. Joh. Conrad Engelhorn, 1807, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 65.

<sup>1169</sup> Koch, Neubürger in Zürich, S. 200f.

<sup>1170</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1795, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 130, S. 457.

<sup>1171</sup> Vgl. Resultat der Stadtratswahl, 26.04.1810, GLA 213 Nr. 347.

<sup>1172</sup> Hierzu Ratsprotokoll 1792, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 125, S. 1662; Ratsprotokoll 1793, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 126, S. 312, 664.

<sup>1173</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1816, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 160, S. 289, 655; Euler, Die Familie Engelhorn in Mannheim, S. 35.

<sup>1174</sup> Vgl. Die Familie Engelhorn in Mannheim, S. 35.

<sup>1175</sup> Ebd., S. 13.



Aussagen zur sozialen Einordnung von Individuen im Stadtgefüge zu.<sup>1176</sup> Für Mannheim kann es einerseits anhand der Bürgeraufnahmen, andererseits anhand der Verlassenschaftsakten isoliert betrachtet werden. Für Zürich belegt Koch, dass Neubürger aus den auswärtigen Städten das meiste Vermögen einbrachten und es sich verringerte, je weiter die Stadt vom Zielort entfernt lag.<sup>1177</sup> Für Mannheim kann dies allerdings nur anhand weniger Neubürger validiert werden, da der Stadtrat das Vermögen bei der Bürger- und Beisassenannahme nur für einen Bruchteil notierte. Zu Anhaltspunkten können hierzu allerdings die Bürgerverzeichnisse der Jahre 1786 und 1787 verhelfen.

Gemäß diesen Verzeichnissen weist das Verhältnis von neu aufgenommenen einheimischen und auswärtigen Neubürgern nur geringe Differenzen auf. Die Hälfte dieser Neubürger hatte hierbei ein Vermögen von über 1 000 Gulden bei Annahme vorzuweisen. Nur ein Drittel kam von Außerhalb, wobei die eine Hälfte aus der Kurpfalz, die andere Hälfte aus anderen Territorien des Heiligen Römischen Reiches und Frankreich stammte. Bei den Personen mit weniger als 1 000 Gulden an Vermögen kamen fast 60 Prozent von Außerhalb, wobei sich die Neubürger hier wiederum zu gleichen Teilen auf die Kurpfalz und das Ausland verteilten. Nimmt man nun die durchschnittliche Migrationsdistanz hinzu, so ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei Bruno Koch. Die Neubürger mit weniger Vermögen stammten im Schnitt aus weiter entfernten Orten als jene mit mehr Vermögen. Auch wenn es bei der Qualität der Herkunftsorte große Unterschiede gab, so schlugen sich diese augenscheinlich nicht auf das Vermögen der Neubürger nieder. Während der Schreiner Wolfgang Wittenzöllner aus dem kleinen Ort Viechtach in Bayern bei seiner Annahme lediglich 150 Gulden nachweisen konnte, brachte auch Johannes Peter Ewert aus Koblenz nur ein kleines Vermögen von 400 Gulden ein. Der Knopfmacher Friedrich Christian Bader aus Usingen, der Hauptstadt von Nassau-Usingen, wiederum wies ein Vermögen von 200 Gulden und Mathes Gerhard aus Grünstadt ein Vermögen von 2 100 Gulden nach. Bis auf Gerhard waren sie alle mit Mannheimer Bürgerswitwen verheiratet. Pauschale Aussagen darüber, ob die Qualität der Orte einen Einfluss auf das Vermögen hatte, können jedoch nicht getroffen werden.

Der Parapluiehändler Jean Chaudiere hingegen hatte bereits nach seiner Bürgerannahme Probleme mit der Dreherzunft, die ihm den Verkauf von Spazierstöcken, die er aus Frankreich importieren wollte, untersagte.<sup>1178</sup> Ob diese Probleme aus seiner auswärtigen Herkunft herrührten, bleibt ungewiss, ebenso ob er in den folgenden Jahren wirtschaftlichen Erfolg in Mannheim

---

<sup>1176</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 198.

<sup>1177</sup> Vgl. ebd., S. 203f.

<sup>1178</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 106, S. 1481f.; Ratsprotokoll 1783, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 107, S. 3594, 3840, 3879.

hatte. Zum Zeitpunkt seines Todes war Chaudiere, der während seiner Bürgerannahme das gesetzmäßige Vermögen von 3 000 Gulden besessen hatte, verschuldet. Sein Vermögen belief sich nach der Versteigerung seines Hauses, seiner Waren und Effekten sowie der Abschätzung weiterer Besitztümer auf gerade einmal rund 10 000 Gulden. Da die Summe der Schulden der Familie das Vermögen bei weitem überstieg, wurde „zum Besten der Chaudierischen Kinder“<sup>1179</sup> sogar einige Gebühren erlassen und Spenden gesammelt, sodass die zwei Töchter der Chaudieres nach dem Tod ihrer Eltern noch über etwas Vermögen verfügen konnten. Im Gegensatz hierzu belief sich das Vermögen der Witwe des verstorbenen Johann Heinrich Lindenberg auf rund 15 374 Gulden, was, bei einem Vermögen von 1 100 zum Zeitpunkt der Bürgerannahme, einer Steigerung um ein Vielfaches entspricht.<sup>1180</sup> Anders sah dies bei Leinwandhändler Johann Friedrich Mosis aus: Mosis erhielt das Bürgerrecht wohl mit ungefähr 1 000 Gulden,<sup>1181</sup> seine Frau hinterließ den Kindern fast 40 Jahre später nur 1 162 Gulden.<sup>1182</sup> Somit konnte Mosis sein eingangs aufgebrachtes Vermögen zwar vermehren, aber letztendlich besaß er gerade einmal so viel am Ende seines Lebens, wie es die Stadtprivilegien für die Bürgerannahme vorschrieben.

Rückschlüsse auf das Vermögen von Joseph Maria Ludwig Bolongaro lassen sich nicht so leicht ziehen. Bei seiner Bürgerannahme hatte Bolongaro lediglich ein Vermögen von 1 200 Gulden. Er erwarb in Mannheim drei Liegenschaften, wobei sein Sterbehaus in C 2, 11 lag.<sup>1183</sup> Hierbei handelte es sich um ein Eckhaus in dritter Reihe vom Mannheimer Schloss entfernt in Richtung Rhein. Der Schätzungswert, den Helmut Friedmann anhand der Auswertung von Archivalien für die gesamte Quadratestadt bestimmte, lag zwischen 50 und 100 Gulden für das Jahr 1774 beziehungsweise bei einem durchschnittlichen Schätzungskapital von 2 000 bis 4 000 Gulden für das Jahr 1820 – beides im Vergleich zu anderen Grundstücken in Mannheim sehr niedrige Werte.<sup>1184</sup> Ein weiteres Grundstück in S 2, 6 im Wert von 1 063 Gulden sowie ein Garten in der Nähe des Neckars (Quadrat 112, 2), den er für 305 Gulden 1789 gekauft hatte, besaßen ebenfalls einen geringen Wert.<sup>1185</sup> Sein Vermögen bemaß sich deshalb zum Zeitpunkt

<sup>1179</sup> Inventar von Chaudiere, 15.06.1801, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 987.

<sup>1180</sup> Vgl. Vermögensnachweis, 15.04.1837, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 5598.

<sup>1181</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1781, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 102, S. 1230, 1277.

<sup>1182</sup> Vgl. Inventar von Mosis, 04.01.1821, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 3300.

<sup>1183</sup> Vgl. Amtsrevisoratsbericht, 12.07.1815, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 640.

<sup>1184</sup> Vgl. Friedmann, Alt-Mannheim, Abb. 11, 13.

<sup>1185</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 99, S. 1892; Inventar, 11.07.1815, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 639. Zum Gartenkauf Ratsprotokoll 1789, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 118, S. 1431; Ratsprotokoll 1789, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 119, S. 1755.

seines Todes auf ein paar Tausend Gulden, wobei die Häuser bereits an seinen Stiefsohn weitergegeben wurden.<sup>1186</sup> Seine Frau hatte allerdings auch bereits vor ihrer Ehe mit Bolongaro ein Vermögen von 3 784,12 Gulden in die Ehe eingebracht.<sup>1187</sup>

Die wirtschaftliche Elite Mannheims stellt für das Jahr 1820 Dieter Hein zusammen:<sup>1188</sup> Ungefähr die Hälfte dieser Personen gehörte dem Bürgertum an, von diesen waren rund zwei Drittel Migranten. Hierbei mag zunächst nicht verwundern, dass unter diesen auch der Mannheimer Oberbürgermeister Johann Wilhelm Reinhardt aus Neuwied vertreten war.<sup>1189</sup> Daneben gehörten der Elite allerdings auch Likörhändler Anton Gerhard aus Landau in der Pfalz, die Witwe des Tabakhändlers Mathes Gerhard aus Grünstadt, Lederhändler Philipp Schaaf aus Heidelberg und die Witwe des Tapetenfabrikanten Jakob Behagel aus Frankenthal an. Mit einem durchschnittlich hohen Vermögen reihten sich auch Johann Baptist Tunna, ein Spezereihändler aus Sardinien, der bereits erwähnte Jude Wolf Jakob Würzweiler, ein Handelsmann aus Würzweiler, und Friedrich Maier, der Schwiegersohn von Johann Conrad Engelhorn, aneinander. Allerdings besteht die Vermutung, dass ein hohes Vermögen bei den meisten bereits bei der Einbürgerung vorgelegen haben muss. Dies trifft sowohl auf Johann Conrad Engelhorn, Mathes Gerhard wie auch auf Wolf Jacob Würzweiler zu. Doch auch Anton Gerhard stammte „von einer vermöglichen familie der ersten Clahs von Landau ab“<sup>1190</sup> und hatte dort bereits mehrere liegende Güter erworben. Das für Handelsleute erforderliche Vermögen von 3 000 Gulden besäße er, wie auch Johann Baptist Tunna,<sup>1191</sup> „übermäßig“<sup>1192</sup>.

Deutlich tritt die Schnittmenge mit den in den Wahlprotokollen von 1810 genannten Personen zu Tage. Dies bedeutet jedoch, dass weniger die Herkunft als das Vermögen ausschlaggebend für die politische Partizipation in der Stadt war. Gemäß Koch war ein Neubürger erst wirklich integriert, wenn er in den Zünften oder im Rat vertreten war. Dabei schwand die Chance auf Partizipation je weiter der Herkunftsort des Neubürgers entfernt lag.<sup>1193</sup> Ein Blick in die Wahlprotokolle von 1810 bestätigt diese Annahme auch für Mannheim: So wurden bei der Wahl zum Oberbürgermeister Stimmen an Johann Wilhelm Reinhardt von Neuwied, Anton Gerhard

---

<sup>1186</sup> Vgl. Inventar von Bolongaro, 11.07.1815, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 639. In der Akte MARCHIVUM Zug. 32/2001, Nr. 640 befinden sich die Taxierungen aller Liegenschaften von Bolongaro sowie die nach seinem Tod aufgesetzten Kaufverträge.

<sup>1187</sup> Vgl. Vermögensstand, 28.08.1815, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 639.

<sup>1188</sup> Auch die Personen ohne Bürgerrecht waren größtenteils Migranten. Vgl. Hein, Stadt und Bürgertum, S. 127. Die tabellarische Übersicht von Hein enthält keine Herkunftsangaben, weshalb diese mit den Bürger- und Beisassenannahmen sowie den Familienbögen abgeglichen wurde.

<sup>1189</sup> Siehe hierzu ausführlich Kapitel 6.4.3 *Gelungene Integration: Reinhardt aus Neuwied*.

<sup>1190</sup> Ratsprotokoll 1794, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 129, S. 2244.

<sup>1191</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1794, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 129, S. 1207.

<sup>1192</sup> Ebd., S. 2244.

<sup>1193</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 206, S. 213.

von Landau in der Pfalz, Johann Walter von Radějovice u Netonic und Georg Noll von Frankfurt am Main vergeben. Bei ihnen und den nachfolgend zu benennenden Kandidaten handelte es sich um Migranten, die zwischen 1779 und 1804 ins Mannheimer Bürgerrecht aufgenommen wurden. Reinhardt, Gerhard, Walter und Noll erhielten, wie Sigismund Sachs von Frankfurt am Main und Johann Michael Behagel von Frankenthal, ebenfalls eine Stimme bei der Wahl zum Bürgermeister. Bei der Abstimmung zum Rentmeister wurden wiederum Reinhardt, Gerhard, Sachs, Noll und Behagel wie auch ein Bürger mit dem Namen Georg Behagel aus Frankenthal, bei dem es sich vermutlich um einen Verwandten von Johann Michael Behagel handelte, bedacht. Neben Johann Conrad Engelhorn gingen bei der Wahl zu Ratsherren auch die bereits genannten Herren nicht leer aus: Gerhard, Reinhardt, Walter, Sachs, Noll, Johann Michael und Georg Behagel erhielten alle mehrere Stimmen. Darunter waren nun jedoch ebenfalls Georg Gotthard Hanselmann aus Michelbach, Eberhard Wermerskirch von Kaub, Philipp Jacob Schaaf von Heidelberg und ein Herr Kessler, bei dem es sich entweder um Johann Daniel Kessler oder Balthasar Georg Heinrich Kessler, die beide aus Alzey stammten, handeln könnte, vertreten.<sup>1194</sup>

Ebenso wichtig war jedoch auch die Wohnlage der Neubürger. Für Koch ist der Stadtgrundriss

Spiegelbild der vielfältigen sozialen und ökonomischen Unterschiede innerhalb der spätmittelalterlichen Stadtgesellschaft [...]. Jede Gasse und jeder Haushalt innerhalb der Stadt unterlagen, während des Spätmittelalters einer wirtschaftlichen und sozial unterschiedlichen Bewertung, die von der Einwohnerschaft bewusst wahrgenommen wurde und sich in der ungleichmässigen Verteilung einzelner Bevölkerungsgruppen innerhalb des überschauten Stadtgebietes ausdrückte.<sup>1195</sup>

Für Frank Metasch besitzt die Wohntopografie der Zuwanderer eine „nicht zu unterschätzende Aussagekraft hinsichtlich der Sozialstruktur sowie der Integration“<sup>1196</sup> der Migranten. „Für die Beurteilung der Integration ist hierbei vor allem zu hinterfragen, ob die Einwanderer weit verstreut über das gesamte Stadtgebiet lebten oder ob sich eher die Herausbildung spezieller Exulantenkolonien nachweisen lässt.“<sup>1197</sup>

Der Heidelberger Johannes Lackert, der in dritter Ehe mit Johanna Susanna Magdalena Brecht verheiratet war, erwarb ein Haus in O 2, 3. Ein solches Grundstück zählte zur besten Wohnlage in ganz Mannheim. Es lag direkt am Paradeplatz in O 1, der auch heute noch das Zentrum der Mannheimer Innenstadt bildet.<sup>1198</sup> In unmittelbarer Nähe, an den Paradeplatz angrenzend, in

<sup>1194</sup> Vgl. Resultat der Stadtratswahl, 26.04.1810, GLA 213 Nr. 347.

<sup>1195</sup> Koch, Neubürger in Zürich, S. 216.

<sup>1196</sup> Metasch, Einwanderung und Integration, S. 140.

<sup>1197</sup> Ebd.

<sup>1198</sup> Lackert starb kinderlos. Seine Ehefrau, Johanna Susanna Magdalena, erbte sein ganzes Vermögen. Hierzu Amtsrevisoratsbericht, 11.01.1815, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakt Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 2822, Bl. 1f.; Inventar von Lackert, 15.02.1815, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakt Mannheim, Zug. 32/2001,

N 1 stand der barocke Prachtbau des Alten Kaufhauses, dessen größter Innenraum als Fest- und Gerichtsaal diente, wobei sich im Erdgeschoss mehrere Verkaufsmagazine befanden.<sup>1199</sup> Demnach grenzten gleich zwei zentrale Institutionen der Stadt an das Haus von Lackert. Nicht zuletzt kam es deshalb auf ein Schatzungskapital von mehr als 6 000 Gulden.<sup>1200</sup> Die Häuser der Familie Mosis, in I 3, 10 und 11 am Neckar gelegen, hatten hingegen einen eher geringen Wert.<sup>1201</sup> Dies erscheint kaum verwunderlich, da Mosis während der Bürgerannahme und zum Zeitpunkt seines Todes nicht sehr viel Vermögen angehäuft hatte.<sup>1202</sup> Der Küfermeister Johann Georg Regenscheid aus Siblingen, heute im Kanton Schaffhausen in der Schweiz gelegen, bewohnte zusammen mit seiner aus Schifferstadt stammenden Ehefrau ein Haus in B 4, 14, das ein eher geringeres Schatzungskapitel aufwies.<sup>1203</sup> Der italienische Handelsmann Johann Baptist Nino hingegen wohnte in G 2, 3. Wie bereits das Wohnhaus von Lackert befand sich G 2, 3 in der Nähe von gleich mehreren zentralen Institutionen. Direkt grenzte es an den Marktplatz in G 1, an dessen Ende sich das Alte Rathaus sowie die älteste katholische Pfarrkirche Mannheims, St. Sebastian, befand. Helmut Friedmann zeigt auf, dass es sich hierbei um eines jener Häuser mit dem höchsten Schatzungswert im Jahr 1774 (150 und mehr Gulden) handelte.<sup>1204</sup> Im Vergleich besaß Johann Georg Engellauf gleich mehrere Liegenschaften: C 2, 12, R 1, 16, S 1, 2 und D 3, 7. Diese Wohnhäuser lagen durchweg in Quadraten mit hohen Schatzungswerten.<sup>1205</sup> Das Sterbehaus von Johann Heinrich Lindenberger lag in der Wormsergasse in Quadrat H 3.<sup>1206</sup> Entgegen der zuvor erwähnten Grundstücke besaß dieses Grundstück ein niedrigeres Schatzungskapital.<sup>1207</sup> Dennoch bedarf es der Erwähnung, dass Lindenberger noch ein weiteres Grundstück sowie zwei Fleischbänke besaß.<sup>1208</sup>

Insgesamt schienen die Bürger- und Beisassenmigranten vor allem in der Mannheimer Unterstadt, demnach südlich der Planken, gewohnt zu haben. Im Gegensatz hierzu zeichnete sich die

---

Nr. 2822, Bl. 11. Zum Kauf eines weiteren Hauses im Jahr 1799 siehe: Ratsprotokoll 1779, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 99, S. 1357, 1359, 1368, 1805.

<sup>1199</sup> Zum Alten Kaufhaus siehe Volker Keller, Das Alte Kaufhaus in Mannheim und eine Bürgerinitiative, in: *Badische Heimat* 66 (1986), S. 473–487.

<sup>1200</sup> Vgl. Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 53.

<sup>1201</sup> Vgl. Inventar von Mosis, 04.01.1821, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 3300; Haustaxierung, 20.01.1821, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 3301.

<sup>1202</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1784, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 109, S. 2126, 2361, 2457. Ratsprotokoll 1818, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 162, S. 727.

<sup>1203</sup> Vgl. Inventar von Regenscheid, 25.06.1830, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 3758; Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 53.

<sup>1204</sup> Vgl. Nino, Joh. Baptist 1763 (Katharina), MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), 1807–1900, Zug. 8/1962, Nr. 499; Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 53.

<sup>1205</sup> Vgl. Johann Engellauf, MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, Nr. 65; Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 53.

<sup>1206</sup> Vgl. Obsignationsprotokoll, 03.11.1836, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 5598, Bl. 1.

<sup>1207</sup> Vgl. Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 53.

<sup>1208</sup> Vgl. Inventar, 22.11.1836, MARCHIVUM, Verlassenschaftsakten Mannheim, Zug. 32/2001, Nr. 5598, Bl. 14.

Oberstadt besonders durch ihre größeren Gebäude und die geringere Zahl an Haushaltungen pro Gebäude aus, was wiederum zu mehr Wohnraum führte. Gleichzeitig gab es in der Oberstadt weniger Häuser. Dementsprechend war das durchschnittliche Schatzungskapital der Häuser in der Oberstadt, aber auch in der Stadtmitte und in der Nähe des Schlosses auch höher als beispielsweise in der Unterstadt oder den Stadträndern.<sup>1209</sup> Auch wenn mehr Bürger in der Unterstadt als in der Oberstadt hausten, bezogen sie vor allem Häuser mit einem Schatzungskapital von 2 000 bis 4 000 Gulden und 4 000 bis 6 000 Gulden. Im Gegensatz zu den Beisassen wohnten sie seltener am Stadtrand. Einige wenige Bürgermigranten lebten gar in der Oberstadt, entlang der Breiten Straße oder gegenüber dem Schloss. Nichtsdestotrotz besaßen mehr Bürger eine Wohnung mit niedrigem Schatzungskapital (0 bis 2 000 Gulden) als mit hohem Schatzungskapital (über 6 000 Gulden). Doch auch bei den Beisassenmigranten gab es einige wenige Personen, die in Häusern mit mittlerem Schatzungskapital (2 000 bis 4 000 Gulden) lebten. Auch hier bleibt wiederum fraglich, inwieweit die Wohnlage etwas über die Herkunft der Bürger beziehungsweise Beisassen aussagte, da Vergleichswerte bislang fehlen. Da die hier zugrundeliegenden Ergebnisse jedoch mit den Beobachtungen und statistischen Werten von Friedmann, die er für die Gesamtbevölkerung Mannheims machte, übereinstimmen, lege es nahe, die These aufzustellen, dass die Herkunft keinen Einfluss auf die Wohnlage hatte. Allerdings, und dies zeigt die Wohnlage ebenfalls, gab es trotz hoher Einkaufsgebühren und der Vermögensbeschränkungen viele Bürger, die in eher bescheidenen Verhältnissen wohnten.

Abschließend betrachtet, führt die Analyse der Integrationsindikatoren, die in Anlehnung an die Forschungsarbeit von Koch gewählt wurden, zu keinem einheitlichen Ergebnis. Während die einzelnen Untersuchungen einen interessanten Einblick in das Leben der Migranten boten, bedarf ihr Integrationspotential einer weiteren Interpretation. Insbesondere stellt sich hierbei die Frage, inwieweit die untersuchten Personen nur Einzelschicksale darstellen, die eben nicht auf die gesamten Migranten anzuwenden sind. Unter den Neubürgern waren sowohl Personen, die wirtschaftlich integriert, vermögend und in guter Wohnlage lebten wie umgekehrt; also nicht wirtschaftlich partizipierend, verarmt und in günstigen Häusern wohnten. Einige von ihnen kamen bereits vermögend in die Stadt, unterstützt durch ihre Familien, einige wenige erarbeiteten sich in Mannheim einen gewissen Wohlstand beziehungsweise heirateten in vermögende am Ort ansässige Familien ein. Andere wiederum verarmten in der Stadt beziehungsweise erlitten Vermögenseinbußen. Ebenso gab es vermutlich auch all jene, die ein

---

<sup>1209</sup> Vgl. Friedmann, *Alt-Mannheim*, S. 49f.

gutbürgerliches Leben in Mannheim führten. Im Umkehrschluss sollte dies nichts anderes bedeuten, als dass es unter ihnen genauso arme und in Not geratene Bürger gab, wie sicherlich auch unter den Mannheimer Bürgersöhnen und -töchtern. Ebendies bildet auch die Wohnlage der Bürgermigranten in der Quadratestadt ab. Für die Mannheimer Beisassenmigranten bestehen ganz ähnliche Annahmen.

Dass die Migranten erst einmal sozial abstiegen, wie etwa Metasch und andere Forscher postulieren, kann anhand der Ergebnisse dieser Arbeit nicht bestätigt werden.<sup>1210</sup> Allerdings handelte es sich bei den hier untersuchten Migranten größtenteils nicht um Geflüchtete, sondern um in- und ausländische Stadtfremde, die durch die Aufnahme in das Bürgerrecht schon eine erhebliche Summe aufwenden mussten, wenn sie nicht gerade von Verbindungen in Mannheim profitierten. Inwieweit die zugezogenen Beisassen von einem sozialen Abstieg betroffen waren, lässt sich nicht feststellen. So erscheint ein sozialer Abstieg von all jenen Migranten wahrscheinlicher, die gar nicht erst zum Bürger- oder Beisassenrecht zugelassen wurden, wie beispielsweise die in der Stadt lebenden Tagelöhner, die wie die Handwerksgesellen und das Gesinde nur geduldet waren. Anhand der vorliegenden Quellen lässt sich diese These jedoch nicht überprüfen. Wie ein solcher Aufstieg in der sozialen Hierarchie allerdings vonstattengehen konnte, beweist das Beispiel des Migranten Johann Wilhelm Reinhardt aus Neuwied.

### **6.4.3 Gelungene Integration: Reinhardt aus Neuwied**

Am 13. August 1781 wurde der Handelsmann Johann Wilhelm Reinhardt aus Neuwied vor dem Mannheimer Stadtrat zum Bürger verpflichtet. Bei diesem Neubürger handelte es sich um keinen geringeren als den späteren Oberbürgermeister von Mannheim. Der aus der hugenottischen Familie Renard, die sich Ende des 17. Jahrhunderts nach Aufhebung des Edikts von Nantes durch Ludwig XIV. in den Orten Neuwied, Jahrsfeld und Oberbieber niedergelassen hatte, stammende Reinhardt, wurde am 8. März 1752 geboren und im deutsch-reformierten Glauben erzogen. Seine Eltern waren der Oberbieber Gastwirt und Bürgermeister Johann Andreas Reinhardt und Johanna Catharina, geborene Gaddum, aus Neuwied.<sup>1211</sup> Der aus Mannheim stammende Kaufmann Johann Wilhelm Gaddum und die Ehefrau des Predigers Johann Martin Reinhardt aus Birnbach in der Grafschaft Sayn-Hachenburg, Helena Christina Schneblius aus

---

<sup>1210</sup> Vgl. Metasch, *Einwanderung und Integration*, S. 126.

<sup>1211</sup> Vgl. Hans Kaisers, *Mannheims Oberbürgermeister Johann Wilhelm Reinhardt (1752–1826)*, in: MGB NF 21 (2011), S. 5–10, hier S. 5f; Max Goebel, *Aus dem Leben von Carl Reinhardt, Pfarrer in Puderbach. Ein Beitrag zur Geschichte des christlichen Lebens unserer Zeit*, Neuwied 1857, S. 5; Peter M. Koehler, *Stammbaum von Anna Catharina Gaddum*, in: Ders. (Bearb.), *Vorfahren*. URL: <http://drhzbgo.de/webtrees/pedigree.php?rootid=1442&ged=koehler> (15.12.2020).

Hachenburg, dienten als Taufpaten.<sup>1212</sup> Bereits als 15-Jähriger zog Reinhardt nach Mannheim, wo er bei einem Mitglied der Familie Gaddum eine kaufmännische Lehre absolvierte.<sup>1213</sup>

Die Familie Gaddum, der seine Mutter wie auch sein Patenonkel angehörten, stammte ursprünglich aus Velbert und Langenberg bei Elberfeld. Seit 1680 lassen sie sich in Neuwied nachweisen. Aller Wahrscheinlichkeit nach stammten die in Mannheim lebenden Gaddums, zu denen sein Patenonkel zählte, von den Söhnen von Anton Gaddum ab, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts ihre Heimat Neuwied verließen, um erfolgreiche Kaufleute in Mannheim zu werden.<sup>1214</sup> Ebendieser Anton Gaddum ist hingegen der Großvater von Anna Catharina Gaddum, der Mutter von Reinhardt.<sup>1215</sup> Auch im Leben seines jüngeren Bruders Andreas spiegelt sich diese wechselseitige Beziehung zwischen Mannheim und Neuwied wider. Dieser vermählte sich zwar mit der Mannheimerin Elisabeth Mayer, der Kaufmann und spätere Bürgermeister lebte und starb jedoch in Neuwied, wo seine Nachkommen zumindest noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nachzuweisen sind.<sup>1216</sup>

Wieso Reinhardt auswanderte, kann nur gemutmaßt werden, wieso sein Ziel jedoch Mannheim war, kann anhand der vier Pull-Faktoren der Migration, die als Summe das Migrationspotenzial einer Stadt bilden, analysiert werden. Die Faktoren wirtschaftliche Potenz, kulturelle Vertrautheit, Kommunikation und politische Rahmenbedingungen sind überwiegend von Reinhardts familiären Beziehungen geprägt.<sup>1217</sup> Laut Bruno Koch hängt dieses Migrationspotenzial zunächst mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Potenz der Stadt zusammen. Zum Zeitpunkt der Migration Reinhardts im Jahr 1767 war Mannheim noch eine florierende Residenzstadt, sodass die Aufnahme einer Ausbildung, zumal bei einem Verwandten, unproblematisch gewesen sein musste. Kulturelle Vertrautheit kam jedoch nicht nur durch die gleiche gesprochene Sprache auf, sondern auch wiederum durch die Netzbildung zwischen Herkunfts- und Zielort, die es ermöglichte, dass Reinhardt über die Stellensituation in Mannheim unterrichtet war, sowie durch eine vertraute Umgebung: Wie auch Mannheim war Neuwied im Jahr seiner Auswanderung eine Residenzstadt. Zuletzt stellten auch die politischen Rahmenbedingungen keine Hindernisse für eine Auswanderung dar.

---

<sup>1212</sup> Vgl. Frank Heidermanns, Johann Martin Reinhardt, in: Ders. (Bearb.), *Genealogie*, URL: <http://www.heidermanns.net/gen-pers.php?ID=61016> (15.12.2020).

<sup>1213</sup> Vgl. Ernst Bassermann, *Mannheimer Familien*. 5. Die Familie Reinhardt, in: MGB AF 17 (1916), Sp. 136–141, hier Sp. 136f.; Kaisers, *Oberbürgermeister*, S. 5f.

<sup>1214</sup> Vgl. Ernst Bassermann, *Mannheimer Familien*. 3. Die Familie Gaddum, in: MGB AF 8 (1912), Sp. 158–163, hier Sp. 158.

<sup>1215</sup> Vgl. Peter M. Koehler, *Stammbaum von Anna Catharina Gaddum*.

<sup>1216</sup> Vgl. Kaisers, *Oberbürgermeister*, S. 6; Goebel, *Carl Reinhardt*, S. 5.

<sup>1217</sup> Vgl. Koch, *Neubürger in Zürich*, S. 181f.



Zum Zeitpunkt seiner Bürgerannahme war Reinhardt gewillt, einen eigenen Tuchladen im Haus *Zum grünen Baum* in F 2, 6, welches er 1789 zum Preis von 10 000 Gulden kaufte, mit einem Freund zu eröffnen, da die Witwe Gaddum ihm als Geschäftsführer und Angestellten eine Gehaltserhöhung um 50 Gulden jährlich verweigert hatte.<sup>1218</sup> Das Haus *Zum grünen Baum* befand sich in zentraler Lage, nicht unweit des Paradeplatzes in O 1 und genau schräg angrenzend am Marktplatz in G 1 gelegen. Helmut Friedmann zeigt auf, dass es sich hierbei um eines jener Häuser handelte, die einen der höchsten Schätzungswerte im Jahr 1774 (150 und mehr Gulden) aufwiesen.<sup>1219</sup> Hinzu kam, dass es sich beim *Zum Grünen Baum* um ein Eckhaus handelte, womit es von zwei Gassenseiten auf das Stadtbild wirken konnte und für Passanten und Kunden gleichermaßen gut einsehbar war. Zudem befanden sich drei zentrale Institutionen der Quadratstadt in unmittelbarer Nähe: der Marktplatz, das Alte Rathaus und die Pfarrkirche St. Sebastian.<sup>1220</sup>

An Vermögen besaß Reinhardt 1 400 Gulden, wobei er von seinem Vater und seinem Bruder weitere 2 000 Gulden geliehen bekam. Ebendies verschaffte ihm ein Vermögen von 3 400 Gulden, womit er das für Handelsmänner nötige Vermögen einbrachte.<sup>1221</sup> Bei seiner Aufnahme bat er, da er bereits seit 15 Jahren in Mannheim lebe und „dahier als Handlungs Bedienter treu gedient, und sich ehrlich aufgeführt habe“<sup>1222</sup>, um Minderung des Kasernengeldes von 75 Gulden auf 45 Gulden, was ihm „in Rücksicht der vorgegebenen Umstände“<sup>1223</sup> gewährt wurde. Nicht gemindert wurde allerdings das Bürgergeld, welches er als Ausländer, da er aus der Grafschaft beziehungsweise dem Fürstentum Wied stammte, in Höhe von 20 Gulden zu begleichen hatte, sowie der Kauf von zwei Feuereimern – einem in bar, einem in Natura.<sup>1224</sup> Obwohl Lothar Gall Reinhardt als „unzünftigen ‚Krämer‘“<sup>1225</sup> beschreibt, ist in den Mannheimer Geschichtsblättern überliefert, dass Reinhardt bereits 1782 ein Mitglied der Handlungsin-  
nung gewesen war,<sup>1226</sup> wobei sein Gesuch um Aufnahme in den Ratsprotokollen des Jahres 1781 überliefert ist.<sup>1227</sup> 1794 war er bereits Senior der Handlungsin-  
nung und 1804 Zunftmeister.<sup>1228</sup>

---

<sup>1218</sup> Vgl. Kaisers, Oberbürgermeister, S. 5.

<sup>1219</sup> Vgl. Friedmann, Alt-Mannheim, S. 53.

<sup>1220</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 216f.

<sup>1221</sup> Vgl. Kaisers, Oberbürgermeister, S. 5f; Bassermann, Mannheimer Familien, Sp. 137.

<sup>1222</sup> Ratsprotokoll 1781, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 103, S. 1712.

<sup>1223</sup> Ebd.

<sup>1224</sup> Spätestens 1801 musste er jedoch Zunftgenosse gewesen sein, da er in diesem Jahr bereits als Zunftmeister in der Handlungsin-  
nung fungierte. Vgl. Kaisers, Mannheims Oberbürgermeister, S. 10.

<sup>1225</sup> Gall, Die Stadt der bürgerlichen Gesellschaft, S. 44.

<sup>1226</sup> Vgl. Arthur Blankstein, Die Mitglieder der Mannheimer Handelskammer 1728–1830–1907, in: MGB AF 8 (1907), Sp. 109–116, hier Sp. 111.

<sup>1227</sup> Vgl. Ratsprotokoll 1781, MARCHIVUM, Ratsprotokoll, Zug. 1/1900, Nr. 103, S. 2760.

<sup>1228</sup> Vgl. Blankstein, Handelskammer, Sp. 111.

Zwei Jahre nach seiner Bürgerannahme heiratete Reinhardt Maria Barbara Koob,<sup>1229</sup> die Tochter eines Lambsheimer Handelsmannes und Gutsbesitzers und Anna Barbara Gienand aus Dudweiler beziehungsweise Eisenberg – die Quellen sind sich hier uneinig. Aus dieser Ehe gingen zwei Töchter hervor. Die älteste Tochter Anna Katharina heiratete ihren Vetter Johann Wilhelm Reinhardt aus Neuwied, um das Aussterben der Familie Reinhardt zu verhindern.<sup>1230</sup> Ihre Taufpaten waren ihre Großeltern väterlicherseits sowie mütterlicherseits.<sup>1231</sup> Die jüngere Tochter Wilhelmine, deren Taufpatin ihre Tante Catharina Walburgis Damm, geborene Koob aus Lambsheim war,<sup>1232</sup> hingegen ehelichte den Mannheimer Bankier Friedrich Ludwig Bassermann und verbandelte sich somit noch enger mit dem Mannheimer Bürgertum. Bassermann stammte aus einer bekannten badisch-pfälzischen Kaufmannsfamilie. Ihr Sohn Friedrich Daniel Bassermann sollte einer der populärsten Politiker Badens werden. Beide Schwiegersöhne arbeiteten später im Reinhardt'schen Familienunternehmen.<sup>1233</sup>

Trotz der historischen Rahmenbedingungen, bedingt durch den Wegzug des Hofes nach München, die Revolutionskriege und die Kontinentalsperre Napoleons, entstand aus dem zunächst „finanziell sehr schwächlichen Tuchlädchen [...] ein Kaufmannsbetrieb [...], der im Nah- und Fernhandel und in großem Stil in vielen Bereichen en gros und en detail erstaunlich erfolgreich war.“<sup>1234</sup> Reinhardt handelte mit Tuch, Pfälzer und ausländischem Wein sowie mit Tabak und Getreide. Seit 1778 ging er als erster Kaufmann selbst und später seine Schwiegersöhne und Angestellten mit seinen Waren auf Reisen nach Bayern und Sachsen sowie in die Niederlanden, nach Wien, Budapest, Berlin und Königsberg. Er setzte sich gegen die Mainzer und Kölner Stapelrechte, Zollschranken und Durchgangsrechte zur Wehr. Daneben erwarb er ein bemerkenswertes Ansehen in der Stadt, kaufte Grundstücke und häufte anderweitig Vermögen an.

Nichtsdestotrotz engagierte er sich mit seinem Vermögen auch in Mannheim.<sup>1235</sup>

Die Stadtkasse war so erschöpft, dass Reinhardt ihr privat und unter Aufbietung aller seiner Kreditmöglichkeiten 120.000 Gulden einschießen musste, um eine Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. 1814 wurden Entschädigungsforderungen der Mannheimer Schiffer wegen der andauernden Truppentransporte über eine Schiffsbrücke durch akzeptierte Wechsel auf das Haus Johann Wilhelm Reinhardt beglichen.<sup>1236</sup>

<sup>1229</sup> Vgl. Kaisers, Oberbürgermeister, S. 6; Peter Heinz Pflüger, Maria Barbara Koob, in: GEDBAS (02.07.2019). URL: <http://gedbas.genealogy.net/person/show/1228501019> (15.12.2020).

<sup>1230</sup> Vgl. Kaisers, Oberbürgermeister, S. 6.

<sup>1231</sup> Vgl. Taufen 1746–1806 [Abschrift], LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde, S. 531.

<sup>1232</sup> Vgl. ebd., Nr. 325, S. 566.

<sup>1233</sup> Vgl. Bassermann, Die Familie Reinhardt, Sp. 140f.

<sup>1234</sup> Kaisers, Oberbürgermeister, S. 8.

<sup>1235</sup> Vgl. ebd., S. 7–9; Bassermann, Die Familie Reinhardt, Sp. 138.

<sup>1236</sup> Kaisers, Oberbürgermeister, S. 9.

Bei der Wahl zum Oberbürgermeister 1810 erhielt er die zweithöchste Stimmenzahl. Da der Gewinner auf das Amt verzichtete, wurde Reinhardt Oberbürgermeister von Mannheim. Später war Reinhardt, der „zu einem der Hauptfinanziers der sich am Rande des Bankrotts bewegenden Stadt und zu einem der ersten Geldgeber des nicht minder hoch verschuldeten badischen Staates, des neuen Großherzogtums, geworden“<sup>1237</sup> war, so wohlhabend, dass er als Bankier tätig sein konnte und sein Vermögen durch den Kauf von risikoreichen Papieren vermehrte. Als er am 27. März 1826 starb, hinterließ er seinen Erben ein Vermögen von 1,6 Millionen Gulden.<sup>1238</sup>

Von Johann Wilhelm Reinhardts Ansiedlung in Mannheim bis zu seiner Einbürgerung vergingen 15 Jahre. Falls er nicht das Beisassenrecht erwarb, lebte er all diese Zeit als Migrant mit temporärer Aufenthaltserlaubnis in Mannheim. Gebühren die Reinhardt zahlte, verweisen einerseits auf seine auswärtige Herkunft (das zu zahlende Bürgergeld), andererseits auf seinen Status als angesehenes Mitglied der Mannheimer Einwohnerschaft (die Minderung des Kaserengeldes). Allein dies spricht dafür, dass Reinhardt mit Leichtigkeit formal-rechtlich in die Bürgerschaft Mannheims integriert worden war. Ein Migrantennetzwerk zwischen Neuwied und Mannheim entstand dabei sicherlich bereits in der Generation seines Großvaters, als dessen Kinder sich als Handelsleute in Mannheim etablierten und der Kontakt in die alte Heimat nicht abbrach. Die Ehen und Taufpatenschaften, die er und seine Kinder eingegangen waren, zeugen einerseits von einer engen Rückbindung an die eigenen Familien in Neuwied und Lambsheim, andererseits von einem engmaschigen Beziehungsgeflecht in Mannheim selbst, und somit wiederum vom Fortbestand dieses Migrantennetzwerkes. Hier kommt der Begriff der doppelten Integration vollständig zu tragen. Reinhardt mag somit in vielerlei Hinsicht ein gutes Exempel für einen vollintegrierten – eben auch im sozialen Sinne – vormaligen Fremden in der Quadratestadt sein: die von Bruno Koch herausgearbeiteten Kriterien der Integration erfüllt er in vollem Maße: Reinhardt ist nicht nur den anderen Bürgern Mannheims wirtschaftlich gleichgestellt, sondern kam in Zeiten der Krise für alle Mannheimer finanziell auf, gleichzeitig partizipierte er selbst am politischen Leben in Mannheim und wurde gar in eine der bedeutendsten Stellen von seinen Mitbürgern gewählt, war davor jedoch bereits als Zunftmeister tätig, und wohnte in zentraler Lage in Mannheim.<sup>1239</sup>

---

<sup>1237</sup> Gall, Bürgertum, S. 44f.

<sup>1238</sup> Vgl. Kaisers, Oberbürgermeister, S. 10.

<sup>1239</sup> Vgl. Koch, Neubürger in Zürich, S. 200, 206, 216.

## 7. Abschließende Betrachtung

Die vorliegende Arbeit zeigt, dass im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert die Aufnahme von stadtfremden In- und Ausländern in Mannheim äußerst restriktiv gestaltet wurde und eine vollständige Integration in die städtische Gesellschaft an den Erwerb des Bürgerrechts geknüpft war. Besonders durch Policey- und Ordnungsgesetze, die stellvertretend für eine ganze Reihe an normativen Quellen stehen, aber auch durch die Beschränkung des Bürger- und Beisassenrechtserwerbs nahm die Obrigkeit direkten Einfluss auf die Maßnahmen und Instrumente zur Steuerung von Mobilität und Migration, also auf die Zusammensetzung der Mannheimer Bevölkerung. Eine Differenzierung der Stadtfremden, die zumeist entsprechend ihrer rechtlichen, ökonomischen und sozialen Stellung vollzogen wurde, spiegelt sich nicht nur in den zeitgenössischen Texten, sondern ebenfalls in der neueren geschichts- und sozialwissenschaftlichen Forschung wider. Trotz aller Ausdifferenzierungen führten meist ähnliche Faktoren zu ihrer In- oder Exklusion.

Wer diese Stadtfremden waren, konnte zunächst auf Grundlage von seriellen Quellen, die Rückschlüsse von einzelnen Akteuren auf die Reisenden und Migranten als Gruppe ermöglichen, herausgestellt werden. Gerade wegen der historischen Umbrüche wurde Mannheim ein Ziel von zahlreichen Reisenden, die den unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten angehörten. Definitorisch wurden die Reisenden als Personen begriffen, die sich nur für einen begrenzten Zeitraum in den Gasthäusern der Stadt aufhielten und Angehörige ihres Herkunftslandes oder -ortes blieben. Die meisten Reisenden kamen aus der unmittelbaren Nähe. Sie waren vor allem Kurpfälzer oder Badener, aber auch Bayern, Hessen und Württemberger. Zwischen den verschiedenen Gruppen von Reisenden variierte die Herkunft nur leicht. Dementsprechend spiegelt sich gerade an der zielortnahen Herkunft der Handelsreisenden insgesamt die geringe Bedeutung Mannheims als Handelsstadt wider, auch wenn besonders zum Maimarkt und zur Michaelismesse durchaus ein internationales Publikum in der Stadt vertreten war. Wie die Handelsreisenden schienen auch die anderen Reisenden eher beruflichen Tätigkeiten und weniger Freizeitaktivitäten in der Quadratestadt nachgegangen zu sein.

Ein längerer Aufenthalt in Mannheim, der mit einer Verlegung des Lebensmittelpunktes oder zumindest einer kurzfristigen Verlegung des Wohnsitzes beispielsweise aufgrund der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit in Mannheim einherging, wurde in der vorliegenden Arbeit als Migration begriffen. Dabei wurde in Anlehnung an Andreas Fahrmeir zwischen Aufenthalt und Niederlassung unterschieden,<sup>1240</sup> also Migranten, die sich in Mannheim zumeist nur mit

---

<sup>1240</sup> Vgl. Fahrmeir, Ausweis und Passage, S. 123.

einer zeitlich begrenzten Aufenthaltserlaubnis aufhielten, beispielsweise die Handwerksgesellen, Juden oder französischen Emigranten, und Migranten, die sich in Mannheim niederließen und formal integrierten. Die Bürger- und Beisassenmigranten bilden zwar nur einen Teil der Migranten ab, dennoch repräsentieren sie die gesamte städtische Zuwanderung, wie bereits Roland Gerber postulierte.<sup>1241</sup> Dies liegt vor allem darin begründet, dass jeder Migrant, der sich in Mannheim rechtsgültig aufhielt, unter bestimmten Voraussetzungen die Chance hatte, das Bürger- oder Beisassenrecht zu erwerben. Dass gerade die Bürger- und Beisassenmigranten bereits vor ihrer Aufnahme zu Bürgern oder Beisassen längere Zeit in Mannheim wohnhaft waren, wird in dieser Arbeit erwiesen und zeigt, dass die anhand der tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen und der Familienbögen getätigten Aussagen zu den Bürger- und Beisassenmigranten sich auf die gesamte Gruppe der Migranten übertragen lassen.

Die meisten Migranten stammten aus dem Kurfürstentum Pfalz, nach dem Herrschaftswechsel aus dem Großherzogtum Baden. Dass Mannheim auch zu Beginn des 19. Jahrhunderts weiterhin Migranten aus den linksrheinischen Gebieten rekrutierte, lässt einerseits auf einen herrschaftlich geprägten Migrationsraum, wie ihn auch Rainer Christoph Schwinges definiert,<sup>1242</sup> andererseits auf starke traditionell geprägte Verbindungen in die ehemaligen kurpfälzischen Gebiete schließen. Gerade während der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen mögen Migrationsprozesse jedoch auch durch Flucht aus den unmittelbar vom Krieg betroffenen Gebieten ausgelöst worden sein. Bis auf wenige Franzosen und Italiener blieben internationale Wanderungsbewegungen jedoch aus. Mannheim bezog dementsprechend seine Migranten aus einem Radius von rund 80 Kilometern um die Quadratestadt herum. Weit größere Distanzen nahmen im Durchschnitt Händler, Apotheker und Chirurgen auf sich, was möglicherweise auch auf ihr Vermögen und ihren Bildungsstand zurückschließen lässt. Während die Beisassenmigranten vor allem Tagelöhner und Knechte waren, betätigten sich die Bürgermigranten als Händler, Schuhmacher, Schneider, Küfer und Bierbrauer oder Bäcker.

Wie sich die Aufnahme dieser in- und ausländischen Stadtfremden in Mannheim gestaltete, zeigt diese Arbeit sowohl für die Reisenden als auch die Migranten mit temporärem und permanentem Aufenthaltsstatus. Allgemein unterlagen die Stadtfremden, in besonderem Maße jedoch die Reisenden, da sie keine Stadtbewohner waren, strengen fremdenpolitischen Bestimmungen. Diese hatten einerseits die Überwachung von Reisenden und Migranten zum Ziel, indem beim Betreten des Landes und der Stadt die Legitimationspapiere überprüft und

---

<sup>1241</sup> Vgl. Gerber, Einbürgerungsfrequenzen, S. 256.

<sup>1242</sup> Vgl. Schwinges, Die Herkunft der Neubürger, S. 402.

innerhalb der Stadtmauern Meldezettel ausgestellt und Visitationen durchgeführt wurden. Andererseits wurde durch die Erhebung von zahlreichen Gebühren die Freizügigkeit von einzelnen Personen stark eingeschränkt und dieselben durch die Höhe der Gebühren selektiert. Ausländer wurden deutlich auf den pfälzischen und badischen Straßen bei Zahlung von Wegegeldern oder Zollgebühren benachteiligt. Vor den Stadttoren waren die in- und ausländischen Stadtfremden allerdings gleichermaßen von der Höhe der Gebühren betroffen. Migranten, die sich bereits in der Stadt aufhielten, waren hiervon ausgenommen. Damit agierte die Stadt primär im Eigeninteresse, indem sie unter dem Deckmantel, die eigenen Einwohner vor dem Aufenthalt nicht autorisierter Personen zu schützen, die eigenen Kassen vor unvernünftigen Zuzüglern schonen wollte.

Migranten, die sich längere Zeit in der Stadt aufhalten wollten, mussten sich polizeilich melden, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten – stadtfremden Armen, Bettlern und Vaganten war der Aufenthalt untersagt. Allgemein erhielten in kurpfälzischer Zeit die Migranten nach ihrer Meldung bei Beglaubigung, kein bürgerliches Gewerbe auszuüben, einen Einwohnerbrief; in badischer Zeit mussten sie hingegen jährlich nachweisen, dass sie eine Heimat hatten, in die sie zurückkehren konnten, wonach auch ihnen die Aufenthaltserlaubnis ausgestellt wurde. Strikter behandelte die Stadt die zuwanderungswilligen als auch die in der Stadt geborenen Juden sowie die auswärtigen Handwerksgesellen, Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen, deren zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnis an den Nachweis unterschiedlicher Legitimationspapiere, die auch Auskunft über ihr Verhalten gaben, gebunden war. Die Juden traten hierfür in den Schutz der Stadt, wobei die Aufnahme, ähnlich des Erwerbs von Bürger- und Beisassenrechten, von der Regierung bewilligt werden musste. Einige wenige Juden wurden jedoch auch ohne Judenschutz in der Stadt toleriert. Die Aufenthaltserlaubnis konnte allerdings jederzeit aufgehoben und die (Schutz-)Juden der Stadt verwiesen werden. Die auswärtigen Handwerksgesellen als auch das Gesinde erhielten Papiere, die ihren Aufenthalt in der Stadt beglaubigten. Bei Ablauf ihrer Erlaubnis oder bei ihrer Arbeits- oder Dienstlosigkeit mussten sie die Stadt wieder verlassen. Nur bei älteren und kranken Personen wurde die Ausweisung nicht sogleich vollzogen. Der Aufenthalt der französischen Emigranten und Geflüchteten war an ganz spezifische Auflagen gebunden: Dieser war häufig nur auf wenige Tage begrenzt und von Stand und Geschlecht abhängig. Die wohlhabenden Gewerbebetreibenden allerdings waren in der Stadt privilegiert, ihr Aufenthaltsstatus wurde daher individuell gestaltet. Dabei wurden sie gar durch Privilegierungen in die Stadt gelockt, um sich dort als Bürger niederzulassen.

Mit dem Bürger- und Beisassenrecht ging ein dauerhafter Aufenthalt, das heißt die Niederlassung, einher. Vorbedingung für die Erlangung der Gemeindezugehörigkeit war die Staatsangehörigkeit. Die Aufnahme als Bürger und Beisasse war aufgrund einer restriktiv gestalteten Niederlassungspolitik, die den Zuzug unerwünschter, vermögensloser Personen verhindern und das bürgerliche Gewerbe schützen sollte, häufig zeit- und kostenintensiv. Neben Unbescholtenheit, einem Nahrungserwerb und einem gewissen Grundvermögen mussten die Kandidaten Gebühren bezahlen, die je nach Herkunft, Stand und Gewerbe variierten, und welche die In- und Ausländer wie auch die nichtbürgerlichen Ortseingeborenen benachteiligten. Nach dem Übergang an Baden zahlten die Ausländer doppelt so viel wie Ende des 18. Jahrhunderts, gleichzeitig verminderte sich der Betrag, den nichtbürgerliche Ortseingeborene und Inländer zu zahlen hatten, um die Hälfte. Das Bürgergeld war für Ausländer nicht nur doppelt so hoch angesetzt, sondern auch doppelt so hoch wie unter Carl Theodor. Gleiches ist auch bei der Höhe der Vermögensqualifikationen ersichtlich: Dieses wurde in badischer Zeit nicht nur allgemein erhöht, sondern zwischen In- und Ausländern ausdifferenziert, wobei die Ausländer wiederum mehr Vermögen nachzuweisen hatten. Dementsprechend wurden einerseits die inländischen vor den ausländischen Zuwanderern, andererseits die vermögenden vor den unvermögenden Zuwanderern bevorteilt.

An den Maßnahmen und Instrumenten zur Steuerung von Mobilität und Migration als auch an der rechtlichen Gestaltung und Umsetzung von Aufenthaltsrechten sind Motive zur Perzeption von und Umgang mit Stadtfremden ablesbar; Motive, die wiederum für ihre Inklusion oder Exklusion verantwortlich sein konnten. Angst und Konkurrenzneid beziehungsweise -druck, aber auch der soziale Status einer Person führten zur Exklusion, ein wirtschaftlicher Nutzen für Staat, Stadt oder Gesellschaft, Mitleid und Mitgefühl sowie soziale Beziehungen innerhalb der Stadt hingegen zur Inklusion von Stadtfremden. Eine Wechselwirkung zwischen den Policy- und Ordnungsgesetzen und einer restriktiv gestalteten Migrations- und Niederlassungspolitik entfaltete die Angst vor dem Unbekannten. Diese Angst gründete insbesondere auf der Zugehörigkeit der Reisenden und Migranten zu einer anderen politischen Gemeinschaft. Die Ausländer waren in der Kurpfalz beziehungsweise Baden und die In- und Ausländer in der Stadt Mannheim Personen, über die der Staat keine Herrschaft, die Stadt keinen Einfluss ausüben konnte und die beispielsweise im Fall einer Verarmung zunächst in der Verantwortung der Stadt verbleiben konnten. Deshalb war es auch notwendig, sich durch Kontrolle der Pässe und Heimatscheine zu versichern, dass diese Stadtfremden eine Heimat hatten, in die sie zurückkehren konnten. Gleichzeitig wurden einzelne Migranten in den Policy- und Ordnungsgesetzen jedoch auch kriminalisiert, um sie bereits am Betreten von Land und Stadt zu hindern. Nicht zu

unterschätzen war jedoch auch die soziale Exklusion, welche die vagierenden Personengruppen, aber auch beispielsweise die Handwerksgesellen, Knechte, Mägde, Dienstboten und -mädchen betraf. Während die Vaganten aufgrund ihrer Lebensweise exkludiert wurden, kam bei Letzteren ein Zusammenspiel von sozialem Status und Fremdheit zusammen.

Unter den Bürgern und Zünftigen der Stadt war gegenüber den Stadtfremden vor allem der Konkurrenzneid beziehungsweise Konkurrenzdruck wahrnehmbar. Die Sorge galt den eigenen Verdienst- und Absatzmöglichkeiten, die ihnen die Reisenden und Migranten streitig machen konnten, aber auch die Ungleichstellung bei Bezahlung der Abgaben und Lasten. Bei den Stadtbürgern wird deshalb eine innere Geschlossenheit sichtbar, wobei die Übersetzung der Zunft als markantester Grund für eine Ablehnung von Migranten genannt wird. Daher ist es kaum verwunderlich, dass Stadtrat und Zünfte jeweils konträre Ziele verfolgten. Während der Stadtrat den Zuzug von vermögenden Zuzüglern privilegierte, sahen die Zünfte in diesen Zuwanderern vor allem Konkurrenten, denen man zunächst skeptisch gegenüberstand. Die Beschränkung der Handelsfreiheit und die Erhebung von Zöllen fußten ebenfalls auf dem Gedankenkonstrukt *Neid*. Doch auch innerhalb der Judenschaft war Konkurrenzneid spürbar. Auswärtige Juden wurden als Gefahr für die in der Stadt geborenen Judensöhne wahrgenommen, da die Zahl der in der Stadt geduldeten Juden begrenzt war. Dabei sahen jedoch auch die Christen in der Konkurrenz von vermögenden Juden eine Gefahr.

Versprachen sich Staat und Stadt einen wirtschaftlichen Nutzen von den Migranten, war ihr Aufenthalt in der Stadt nicht nur problemlos möglich, sondern Gründe, die zuvor ihrer Inklusion entgegengestanden hätten, blieben unberücksichtigt. Ihre Aufnahme in das Bürgerrecht wurde zwar forciert, um ihre Ansiedlung in die Wege zu leiten, auf ihre Aufnahme als Bürger wurde jedoch unter der Bedingung verzichtet, die bürgerlichen Lasten und Pflichten zu tragen. Der wirtschaftliche Nutzen hatte dementsprechend einen höheren Stellenwert als die Kontrolle und Herrschaft über die Stadtfremden. Auch bei den Juden war der wirtschaftliche Nutzen ausschlaggebend, wobei hier als Bedingung die Unterwerfung unter die christlichen Gesetze gefordert wurde. Doch nicht nur ein wirtschaftlicher Nutzen, sondern auch soziale und familiäre Beziehungen wie auch Mitleid und Mitgefühl in der Stadt förderten die Inklusion. Mehrfach wird auf die durch die Französische Revolution verursachte Heimatlosigkeit hingewiesen, wobei Migranten in Mannheim unter Berücksichtigung dieses Argumentes das Bürgerrecht oder den Judenschutz erhielten. Den Eindruck des wohlwollenden, hilfsbereiten und geselligen Mannheimers spiegelte sich auch in den Reiseberichten wider. Doch auch das Verbot der Ausweisung von in Mannheim erkrankten und gebrechlichen Personen war rechtlich fixiert.



Motive, die zur In- oder Exklusion von Stadtfremden in der Quadratestadt führten, beeinflussten im Wesentlichen ihre Möglichkeit auf Integration in das Stadtwesen. Politisch-rechtlich waren die Migranten nach ihrer Aufnahme zu Bürgern und Beisassen integriert. Dementsprechend muss hier den bereits von der Minderheiten- und Fremdhheitsforschung getätigten Erkenntnissen Rechnung getragen werden, da durch den Erwerb von Bürger- und Beisassenrechten aus Fremden, die ihre Zugehörigkeit zu einer anderen politisch-rechtlichen Gemeinschaft definiert, Zugehörige wurden. Daneben zählte auch die ökonomische Integration in Form der Zunftaufnahme zur formalen Integration, die in Mannheim oftmals parallel zur Aufnahme in das Bürgerrecht vollzogen wurde. Die soziale Integration wurde anhand von Heirats- und Patenschaftsverbindungen, die ökonomische Integration neben der Zunftaufnahme anhand der Faktoren Vermögen, politische Partizipation und Wohnlage gemessen. Evident erscheint, dass sich diese drei Formen der Integration gegenseitig beeinflussten. Soziale Beziehungen in Form von Heiratsverbindungen vereinfachten nicht nur eine formale Integration, in vielen Fällen lösten sie diese erst aus. Das heißt, soziale Beziehungen am Aufnahmeort erleichterten die formale Integration, wodurch diese wiederum zum Ausgangspunkt einer erfolgreichen sozialen und ökonomischen Integration werden konnte. Die Rückbindung an die Heimat durch Aufrechterhaltung von Migrantennetzwerken beispielsweise in Form von Patenschaftsverbindungen ist hingegen ein Indiz für die doppelte Integration.

Die Integration von Migranten, die in Mannheim nur eine temporäre Aufenthaltserlaubnis hatten, konnte hingegen nur angedeutet werden. Beispielsweise konnte die vorliegende Arbeit durch Inverbindungsetzung der exemplarisch ausgewerteten Familienbögen mit den Bürger- und Beisassenannahme deutlich herausstellen, dass Heiratsverbindungen innerhalb der Stadt von diesen Migranten im Gegensatz zu den Bürger- und Beisassenmigranten seltener eingegangen wurden. Dies mag daran liegen, dass ein temporärer Aufenthalt einerseits keine auf lange Sicht ausgelegten sozialen Netzwerke benötigte, andererseits viele Migranten bereits mit ihrer Familie in Mannheim wohnhaft wurden. Allerdings bedeutet dies keinesfalls die soziale Isolierung dieser Personen innerhalb der Gesellschaft, vielmehr ist anzunehmen, dass soziale Beziehungen im eigenen Umfeld bestanden. Die französischen Emigranten wie auch Geflüchteten dürften dahingehend allerdings Probleme gehabt haben, da sie in der Gesellschaft sozialen Ressentiments begegneten; auch wenn sie ihrem Stand entsprechend eine gesellschaftliche Teilhabe ausgeübt haben dürften. Migranten, wie den Handwerksgesellen und dem Gesinde, war hingegen verboten, zu heiraten, was eine soziale Integration auf Basis von Heirats- und

Taufpatenschaftsverbindungen ausschloss. Ihre soziale Ausgrenzung aufgrund ihrer Berufstätigkeit und ihrer nur geringen Verdienstmöglichkeiten hinderte sie zudem an einer erfolgreichen ökonomischen Integration.

Ein Aufstieg im gesellschaftlichen Gefüge war dennoch nicht ausgeschlossen: Familiärer Rückhalt, Ersparnisse und Unternehmertum waren Faktoren, die einen Aufstieg ermöglichten, wie am Beispiel von Johann Wilhelm Reinhardt gezeigt werden konnte. An Reinhardt wird zudem offensichtlich, dass die Herkunft und die Zugehörigkeit zu einer Minderheitenkonfession, in diesem Fall der reformierten Kirche, kein Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Integration darstellten.<sup>1243</sup> Die Juden hingegen sind gesondert zu betrachten, da sie in kurpfälzischer Zeit selbst als Schutzjuden nicht in der Mannheimer Gesellschaft integriert waren. Die fremden Juden hatten allerdings den gleichen Anforderungen wie die stadtfremden Christen zu genügen, womit sie innerhalb der jüdischen Gemeinschaft einen ähnlichen Status wie die christlichen Migranten ohne Bürger- oder Beisassenrecht einnahmen. Außenvorgelassen werden können dagegen die Reisenden. Ihr zeitlich begrenzter Aufenthalt, der keine polizeyliche Anmeldung voraussetzte, verweist bereits darauf, dass eine Integration von beiden Seiten nicht erwünscht war. Einer partiellen Integration, die sich beispielsweise durch soziale Teilhabe an gesellschaftlichen Veranstaltungen zeigen könnte, dürfte jedoch bei Achtung der ihrem Stand entsprechenden Regularien nichts im Wege gestanden haben.

Erschwerend bei der Untersuchung der Integrationsprozesse von Migranten, die sich in Mannheim lediglich aufhielten, war einerseits, dass Integration von einer ganzen Reihe von individuellen Faktoren abhing, andererseits, dass es zur Quantifizierung dieser Faktoren weiteren Quellenmaterials benötigt. Die hier aufgeführten Fallbeispiele dürften zwar richtungsweisend für die weiterführende Forschung sein, dennoch handelt es sich um Tendenzen, die zur Erstellung von Kausalzusammenhängen mit Zahlen belegt werden sollten. Der Zusammenhang von

---

<sup>1243</sup> Religion und Konfession unabhängig von Migrationsvorgängen waren vielfach Thema der Forschung. Siehe hierzu bspw. Küntzel, *Fremde in Köln*, S. 216; Schwanke, *Fremde in Offenburg*, S. 266. Küntzel und Schwanke untersuchen allerdings nicht den Zusammenhang von Migration und Religion bzw. Konfession, sondern vielmehr Religion bzw. Konfession als Fremdheitsindikator. Zur Bedeutung von Konfession u. a. Litten, *Bürgerrecht und Bekenntnis*; Joachim Whaley, *Religious Toleration and Social Change in Hamburg, 1529–1819*, Cambridge 2002; Heinz Schilling, *Niederländische Exulanten im 16. Jahrhundert. Ihre Stellung im Sozialgefüge und im religiösen Leben deutscher und englischer Städte* (= Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Bd. 187), Gütersloh 1972. So war in Offenburg bspw. die Aufnahme von Protestanten und Lutheranern ins Bürgerrecht verboten. Mannheim hingegen war wesentlich toleranter, auch wenn es zeitgenössische Klagen über die Bevorzugung von Katholiken gab. Inwieweit Herkunft im Zusammenspiel mit Konfession bzw. Religion ein Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Integration darstellte, müsste noch ausführlicher untersucht werden. Als Gründe wurde Religion bzw. Konfession nur bei den Juden ins Feld geführt. Bei den Gesuchen zur Bürger- bzw. Beisassenannahme finden sich solche Äußerungen nicht, auch wenn eine verdeckte Bevorzugung dennoch möglich ist.

Herkunft, Religion und sozialen Verbindungen könnte beispielsweise auf Grundlage von Kirchenbüchern herausgearbeitet werden.<sup>1244</sup> Nichtsdestotrotz ist die frühneuzeitliche Realität von Integrationsprozessen in ihrer Komplexität nicht zu unterschätzen, und ein Bild, das sich aus individuellen Lebensdaten zusammensetzt, kaum zu realisieren, da moderne sozialwissenschaftliche Methoden hier nicht anwendbar sind. Dies verdeutlicht jedoch umso mehr die historische Relevanz der Bürger- und Beisassenannahmen weit über ihre quantifizierbaren Daten hinaus. Denn durch die tabellarisch erfassten Bürger- und Beisassenannahmen konnte den betroffenen Behörden und Personen nicht nur eine Stimme verliehen werden, sondern Integrationsprozesse vom Zeitpunkt der Ankunft der Migranten in Mannheim und durch Hinzunahme ergänzender Quellen bis zu ihrem Lebensende nachgezeichnet werden. Deshalb werden die Bürger- und Beisassenannahmen als auch die Mannheimer Fremdenlisten als *open data* zur Verfügung gestellt, da sie der Forschung, beispielsweise der Mannheimer Migrations- und Sozialgeschichte, noch vielfältige Anknüpfungspunkte bieten.

Im Fokus der vorliegenden Abhandlung stand die Aufnahme und Integration von in- und ausländischen Stadtfremden. Ihre Fremdheit, die Simon Karstens durch die politisch-rechtliche Zugehörigkeit zu einer anderen, von der eigenen fremden, politisch-rechtlichen Gemeinschaft oder zu einer Minderheitenkonfession definiert,<sup>1245</sup> war ein ausschlaggebendes Kriterium für ihre In- oder Exklusion. Durchaus ist hierbei von einer Form der Fremdenfeindlichkeit zu sprechen, denn die als Fremde bezeichneten Personen wurden häufig aufgrund von rechtlichen, sozialen, ökonomischen oder religiösen Unterschieden von einer sich als Eigengruppe konstruierenden Gemeinschaft abgelehnt. Diese Fremdenfeindlichkeit äußerte sich weder mit Aggressionen gegen diese Fremden noch war sie rassistisch motiviert. Die ethnische und nationale Herkunft hatte keinerlei Bedeutung; zumindest lassen sich etwaige Auseinandersetzungen, in denen die Herkunft als Grund der In- oder Exklusion genannt wird, im Betrachtungszeitraum, ausgenommen der Aussagen von Cosimo Alessandro Collini, im hier zugrundeliegenden Quellenmaterial nicht beobachten. Gerade im Mannheim des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts kann dies jedoch damit begründet werden, dass die Zuwanderer mehrheitlich aus dem Alten Reich stammten. Die französischen Emigranten und Geflüchteten wurden zwar tatsächlich gesondert betrachtet, aber wie bereits mehrfach in der Forschung

---

<sup>1244</sup> Siehe hierzu bspw. Siegfried Becker, Kirchenbücher als Quellen der historischen Migrationsforschung. Vorbemerkungen zu einem Forschungsprojekt, in: Ders. (Hg.), Zuwandern, Einleben, Erinnern. Beiträge zur historischen Migrationsforschung. Referate des 7. Forums für Hessische Landesgeschichte am 22.9.2007 in Hanau-Steinheim, Marburg 2009, S. 157–194.

<sup>1245</sup> Vgl. Karstens, Ständeordnung und Territorialstaat, S. 244.

begründet wurde, entsprang ihre Exklusion sozialen Ressentiments gegenüber dem Adel,<sup>1246</sup> aber auch allgemein der Zeit: Die vor der Französischen Revolution geflüchteten Franzosen belasteten die Städte nicht nur finanziell, sondern brachten vor allem für die um Neutralität bemühte Kurpfalz große Probleme mit sich.

In diesem Sinne wird Fremdheit, also die Zugehörigkeit zu einer anderen politisch-rechtlichen Gemeinschaft, bewusst als Vorwand zur Ablehnung dieser Personen genutzt. Dabei kann das Motiv *Fremdheit* lediglich als Vorwand erachtet werden, da ihre politisch-rechtliche Zugehörigkeit lediglich Bedingung für die ihnen auferlegten Kriterien zur Aufnahme und Integration in die Gesellschaft war und da Regierung, Stadtrat und Zünfte durchaus bereit waren, unter bestimmten Voraussetzungen als Fremde deklarierte Personen, darunter auch Stadtfremde, aufzunehmen. Die hieraus resultierende Niederlassungspolitik begründeten die Verantwortlichen sodann mit den oben aufgeführten Motiven zur In- oder Exklusion. Da die gleichen Bedingungen auch für die nichtbürgerlichen Einwohner der Stadt galten, die nicht der Gemeinde bestehend aus Bürgern und Beisassen angehörten, dürfte, wie auch dass etwaige Migrationshintergründe nach der politisch-rechtlichen Integration dieser Migranten bei der sozialen, politischen und ökonomischen Partizipation nicht im Wege standen, nochmals unterstreichen, dass weder ihre nationale noch ethnische Herkunft Einfluss auf innerstädtische Integrationsprozesse ausübte.<sup>1247</sup> Ausschlaggebend mögen jedoch auch hier kulturelle Vertrautheit im Alltag und Berufsleben sowie die gemeinsame Sprache gewesen sein.

Das Beispiel Mannheim bestätigt aus der Sicht einer landesherrlichen Stadt im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert auch im lokalen Kontext die bereits in der Forschung getätigten Annahmen zur Mobilitäts-, Migrations- und Niederlassungspolitik. Jedoch setzte sich auch hier die Verstaatlichung in Bezug auf die Niederlassungspolitik fort. So verringerte sich der Einfluss von Stadtrat und Zünften zunehmend. Trotz Verstaatlichung ist die Trennung von Einwohnern auf der einen, Inländern und Ausländern auf der anderen Seite in gewisser Weise ein Indiz für die innere Abgeschlossenheit, möglicherweise gar ein Relikt aus einer Zeit mit weitreichenden Autonomierechten einer landesherrlichen Stadt im Übergang zur Moderne. Doch auch innerhalb der städtischen Gesellschaft kam es zur Differenzierung der Einwohnerschaft. Dass erst mit der Aufnahme zum Bürger die ökonomische und politische Partizipation in der Stadt möglich war und die Bürger stark auf die Regulierung des Zugangs zum Bürgerrecht bedacht waren, lässt auf die innere Geschlossenheit dieser Personen zurückschließen und verweist deutlich auf

---

<sup>1246</sup> Siehe hierzu u. a. Diezinger, Französische Emigranten; Dumont, Die Emigranten in Deutschland.

<sup>1247</sup> Gleichermäßen bedeutet dies nicht, dass alle Bürger und Beisassen innerhalb ihres jeweiligen Rechtsstatus gleichgestellt und gleichberichtigt waren. Auch hier sollte deutlich differenziert werden.

die traditionsreiche Ständegesellschaft. Schlussendlich erfolgte der Ausschluss bestimmter Personen, vereinfacht dargestellt, auf drei Ebenen: der staatlichen, der städtischen und der gesellschaftlichen Ebene. Auf Ebene des Staates standen die Inländer den Ausländern, auf Ebene der Stadt die Einwohner den stadtfremden In- und Ausländern und auf Ebene der städtischen Gesellschaft die Ortsassen den Einwohnern beziehungsweise die Bürger den nichtbürgerlichen Einwohnern gegenüber. Diese Abstufung ist dafür verantwortlich, dass sich Fremdheit in verschiedenen Kontexten unterschiedlich konstituierte; auch wenn aus Perspektive der Stadt deutlich zu erkennen ist, dass sowohl die stadtfremden Reisenden als auch die Migranten diesem Personenkreis zuzurechnen sind.

Dennoch ist gerade bei der Aufnahme von Bürgern und Beisassen festzustellen, dass diese in der Quadratestadt restriktiver als in anderen deutschen Städten betrieben wurde. Ein deutlicher Indikator war hierfür die niedrige Einbürgerungsfrequenz bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang. Ob dies auf den Wegzug des Hofes im Jahr 1778 und des damit einhergehenden Niederganges der Stadt zurückzuführen ist, bedürfte weitergehenden Untersuchungen. Die Steuerung von Mobilität und Migration blieb zwar bis 1818 im Wesentlichen unverändert und auch die Migrations- und Niederlassungspolitik wies seit dem Regierungsantritt Carl Theodors bis Ende des zweiten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts große Kontinuitätslinien auf, dennoch wird beispielsweise in der Erhöhung von Aufnahmegebühren und des nachzuweisenden Vermögens eine deutlich restriktivere Handhabe ersichtlich. Dies lässt wiederum die Annahme zu, dass die restriktiv betriebene Niederlassungspolitik, die sich seit Regierungsantritts Carl Theodors zunehmend verschärfte, und die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umwälzungen ab 1778 sich wechselseitig beeinflussten. Mannheims religions- und herkunftsoffene Willkommenspolitik gehörte damit unlängst der Vergangenheit an und hallte nur noch in den Nachnamen seiner Bewohner nach. Das *Mannheimer Experiment* wie auch die Praktizierung von „Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz“<sup>1248</sup> dürften im späten 18. Jahrhundert zwar ein jähes, aber in Anbetracht des historischen Fortgangs nur ein vorläufiges Ende gefunden haben.

---

<sup>1248</sup> Integration & Migration, in: Stadt Mannheim (2020). URL: <https://www.mannheim.de/de/service-bieten/integration-migration> (15.12.2020).

## 8. Anhang

### 8.1 Mannheimer Fremdenlisten

#### 8.1.1 Erklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung

Zur statistischen Erfassung, Bearbeitung und Analyse der Fremdenlisten des *Mannheimer Intelligenzblattes* wurde eine Microsoft-Excel-Datei angelegt, die aus drei Tabellenblättern besteht: Tab. 1 *Fremdenlisten*, Tab. 2 *Nachweis*, Tab. 3 *Kategorisierung*. Auf dem ersten Tabellenblatt sind alle personenbezogenen Daten der Reisenden wie Name, Beruf und Herkunft erfasst. Die Felder *Ankunft* auf dem ersten und zweiten Tabellenblatt sind miteinander verknüpft, wodurch jedem Eintrag im ersten Tabellenblatt die jeweilige Ausgabe des Intelligenzblattes, in dem der Eintrag ursprünglich erschien, zugewiesen werden kann. Dieser Verweis ermöglicht im Fall der Ausgaben aus den Jahren 1791 und 1792 ein Auffinden einer jeden Ausgabe des *Mannheimer Intelligenzblattes* im Zeitungsportal der Bayerischen Staatsbibliothek (digiPress)<sup>1249</sup>, im Fall der Ausgaben aus den Jahren 1807 bis 1818 auf der Seite der Universitätsbibliothek Mannheim (digiPress).<sup>1250</sup> Das dritte Tabellenblatt enthält die Zuordnung von einzelnen Berufen, Ämtern und Titeln der Reisenden zu spezifischen Kategorien.

Den Fremdenlisten des *Mannheimer Intelligenzblattes* können bestimmte Informationen direkt entnommen werden, darunter das Datum der Anreise und die gewählte Unterkunft sowie persönliche Daten zu den Reisenden, etwa Titel, Namen, Berufe, Herkunft, zuweilen militärische oder dienstliche Zugehörigkeiten und Mitreisende. Bei der Erfassung der Fremdenlisten wurden Wörter in ihrer Schreibweise vereinheitlicht, Begriffe der neuen Rechtschreibung angepasst, Abkürzungen aufgelöst sowie Fremdwörter übersetzt. Eine Übersetzung der Fremdwörter wurde allerdings nur vorgenommen, wenn sie wiederum der Vereinheitlichung von Begriffen diene. So sind ausländische Adelstitel zumeist in ihrer Ausgangssprache verzeichnet. Während in den ersten beiden Jahrgängen der Ankunftszeit der Reisenden gekennzeichnet ist, enthalten die Fremdenlisten zwischen 1807 und 1818 lediglich eine als Ankunftszeitraum fungierende Zeitspanne. In der Datenbank dient der Beginn dieser Zeitspanne als Ankunft, ihr Ende als Abreise. Beide Datensätze sind doppelt im Tabellenblatt *Fremdenlisten* verzeichnet. Da Micro-

---

<sup>1249</sup> Mannheimer Intelligenzblatt 1791–1792, in: Bayerische Staatsbibliothek (2020). URL: <https://digipress.digitale-sammlungen.de/calendar/newspaper/bsbmult00000141> (15.12.2020).

<sup>1250</sup> Mannheimer Intelligenzblatt 1807–1818, in: UB Mannheim (2020). URL: [https://digi.bib.uni-mannheim.de/periodika/zeitungen/werksansicht/?tx\\_dlf%5Bid%5D=2170&tx\\_dlf%5Bpage%5D=1&cHash=8d24d70dac4bc5a5262a7cda7e74e558](https://digi.bib.uni-mannheim.de/periodika/zeitungen/werksansicht/?tx_dlf%5Bid%5D=2170&tx_dlf%5Bpage%5D=1&cHash=8d24d70dac4bc5a5262a7cda7e74e558) (15.12.2020).

soft-Excel lediglich Datumswerte nach dem 1. Januar 1900 interpretieren kann, wurden die Angaben in einer Spalte im Original belassen, in einer weiteren Spalte 400 Jahre in die Zukunft gesetzt, da die Zuordnung der Tage sich alle 400 Jahre wiederholt.

Aufbauend auf den Informationen aus den Mannheimer Fremdenlisten wurden Angaben innerhalb der Datenbank ergänzt. So lassen sich aus der Anrede<sup>1251</sup> einer Person Informationen zum Geschlecht der Reisenden gewinnen, aus den Personennamen Informationen zu Vor- und Nachnamen, Namenszusätzen und alternativen Namensschreibweisen, die jeweils einzeln in entsprechenden Spalten verzeichnet sind. Da die Fremdenlisten eher als Fremdenverkehrsstatistik statt als Personenregister zu begreifen sind, dient die Vereinheitlichung von Namensschreibweisen, die bereits am Datensatz vorgenommen wurde, allenfalls der Zeitersparnis, als Zusammenfassung einiger weniger der rund 22 000 verschiedenen, aber zumeist phonetisch und lexikalisch ähnliche Nachnamen, um sie filterbar zu machen. Reale Personen sind zumeist nur dann zu identifizieren, wenn nach ihnen konkret im Datensatz gesucht wird. Nichtsdestotrotz bietet es sich weiterhin bei der Suche nach Personen an, alle anderen Namen, die bislang nicht vereinheitlicht werden konnten, auf jeweilige Varianten, vor allem Homofone, zu prüfen und diese entsprechend auszuwählen, um die Datensätze miteinander zu vergleichen. Hierzu sind auch Angaben zur Herkunft und zum Beruf von Bedeutung, da auch sie helfen können, zu gewährleisten, dass alle Aufenthalte der Reisenden nachvollzogen werden können.

Einerseits wurden Namen mit mehreren Schreibvarianten wie Schmidt<sup>1252</sup>, Weiß oder Wolf vereinheitlicht, da gerade beim Abgleich deutlich wurde, dass ein und dieselbe Person oftmals unter mehreren Schreibvarianten zu finden war, andererseits Namen, die wohl gerade durch ihre Phonetik mehrere Varianten erfuhren. Beispielsweise taucht in den Mannheimer Fremdenlisten 19-mal ein Hofkammerrat mit dem Namen Piaggino aus Frankfurt auf, der sieben Mal unterschiedlich geschrieben wird. Namensvarianten, die in einem eigenen Feld vermerkt wurden, sind Piagino, Piazzino, Praagio, Piaggino, Praggino und Piazzino. Gleiches gilt auch für den Namen Uexküll und seine Varianten Uxküll, Urkühl, Uxkill, Uixkühl, Uiskühl, Uexküll, Uixkill, Uexkiell, Uexkiehl, Uexkill, Uiskill, Uexkühl, Uisküll, Uixkül, Uyshühl und

---

<sup>1251</sup> Im Feld *Anrede* wird sowohl zwischen Herren, Frauen und Fräulein als auch zwischen verschiedenen Adels- und Ehrentiteln wie akademischen Graden unterschieden. Der Einfachheit halber werden Ehrentitel wie Geistlicher Rat oder Geheimer Rat in den Datenfeldern zu den Berufen geführt. Blieb trotz Adelstitel oder akademischen Grad das Berufsfeld leer, ist dies mit der Bezeichnung *Adel* für Adelstitel und *Akademiker* für akademische Grade aufgefüllt.

<sup>1252</sup> Gerade bei Namen wie Schmidt wurden jedoch nicht alle Varianten vereinheitlicht, da sich bspw. unter Schmitz (Schmidts) andere Personen verbergen. Zusammensetzungen mit den Namen Schmidt wurden nur bei Vorliegen mehrerer Varianten vereinheitlicht. So gibt es bspw. den Namen *Hüttenschmitt* statt *Hüttenschmied*. Auch war es nicht möglich alle Anpassungen bei Namen, die ein *ss* oder *ß* enthalten, vorzunehmen.

Urkül. Trotz der Anpassung von Namensschreibweisen muss es sich allerdings nicht zwangsläufig um ein und dieselbe Person handeln.<sup>1253</sup>

Auch die Berufe der Reisenden sind in einer eigenen Spalte erfasst. Da es auch einige Reisende mit zwei Berufsangaben gab, beinhaltet die Datenbank zur Ergänzung eine weitere Spalte mit Berufsangaben. Diese zweite Spalte wurde zwar nicht zur Auswertung herangezogen, die Berufsangaben sind dennoch im dritten Tabellenblatt *Kategorisierung* zu finden. Die Frauen erhielten zum Teil die Berufsangaben ihrer Männer. Nur einige wenige Frauen waren berufstätig. Hierzu zählten Schauspielerinnen wie auch Stiftsdamen. Den in den Fremdenlisten enthaltenen Berufsangaben, Ämtern und Ehrentiteln<sup>1254</sup> sind Kategorien zugeordnet. Diese Kategorisierung erfolgte auf drei Ebenen (vgl. Abb. 15), wobei die erste Ebene jeweils die Hauptkategorie eines Reisenden, die darauffolgenden zwei Ebenen Unterkategorien darstellen.<sup>1255</sup> Diese hierarchisierende Kategorisierung ermöglicht die Filterung nach mehreren Begriffen. Als Beispiel sei ein Reisender mit dem Beruf eines Hofschreiners zu nennen. Bei einer einfachen Kategorisierung könnte der Hofschreiner entweder dem höfischen oder dem gewerblichen Umfeld, bei einer mehrstufigen Kategorisierung hingegen könnte er sowohl dem Hof als auch dem Gewerbe zugewiesen werden. In der Datenbank wird dies als *Hof* > *Gewerbe* ausgewiesen, wobei *Hof* die Hauptkategorie und *Gewerbe* die Unterkategorie ist. Die Filterung des Datensatzes würde sodann erlauben, entweder alle Reisenden der Kategorie *Hof* oder alle Reisenden der Kategorie *Gewerbe* zur Auswertung heranzuziehen, da beide Begriffe einzeln filterbar sind. Auf dieser Basis wurden 23 Kategorien erstellt, um die Vielsichtigkeit der Mannheimer Reisenden präzise herauszuarbeiten. Eine Übersicht aller Berufsangaben, Titel und Ämter und ihrer jeweilig zugewiesenen Kategorien sind dem dritten Tabellenblatt *Kategorisierung* zu entnehmen.

Auf Grundlage der Kategorisierung wurden auch Angaben zum Stand der Reisenden gemacht. So wird es möglich sein, Adlige unabhängig ihrer Kategorisierung herauszufiltern. Die Datenspalte *Stand* kann die Merkmalsausprägungen adlig (a), bürgerlich (b) und unbekannt (u) annehmen. Anzumerken sei jedoch, dass es sich bei dem Stand *bürgerlich* nicht um Stadt- oder Staatsbürger handelt. Vielmehr umfasst dieser Stand all jene Personen, die einem Nahrungserwerb nachgehen, der nicht im adligen Umfeld verordnet werden kann. Unbekannt sind hingegen all jene Reisenden, denen in der Datenbank weder ein Titel noch ein Beruf zugeordnet werden konnte.

---

<sup>1253</sup> Da die meisten Reisenden keinen realen Personen zugeordnet werden können, ist es schwer, eine ID und damit eine Datenmaske für einzelne Personen zu erstellen.

<sup>1254</sup> Ehrentitel wie Geistlicher Rat oder Geheimer Rat sind ebenfalls unter den Berufen erfasst.

<sup>1255</sup> Die erste Ebene wurde in der vorliegenden Arbeit zur Auswertung herangezogen.



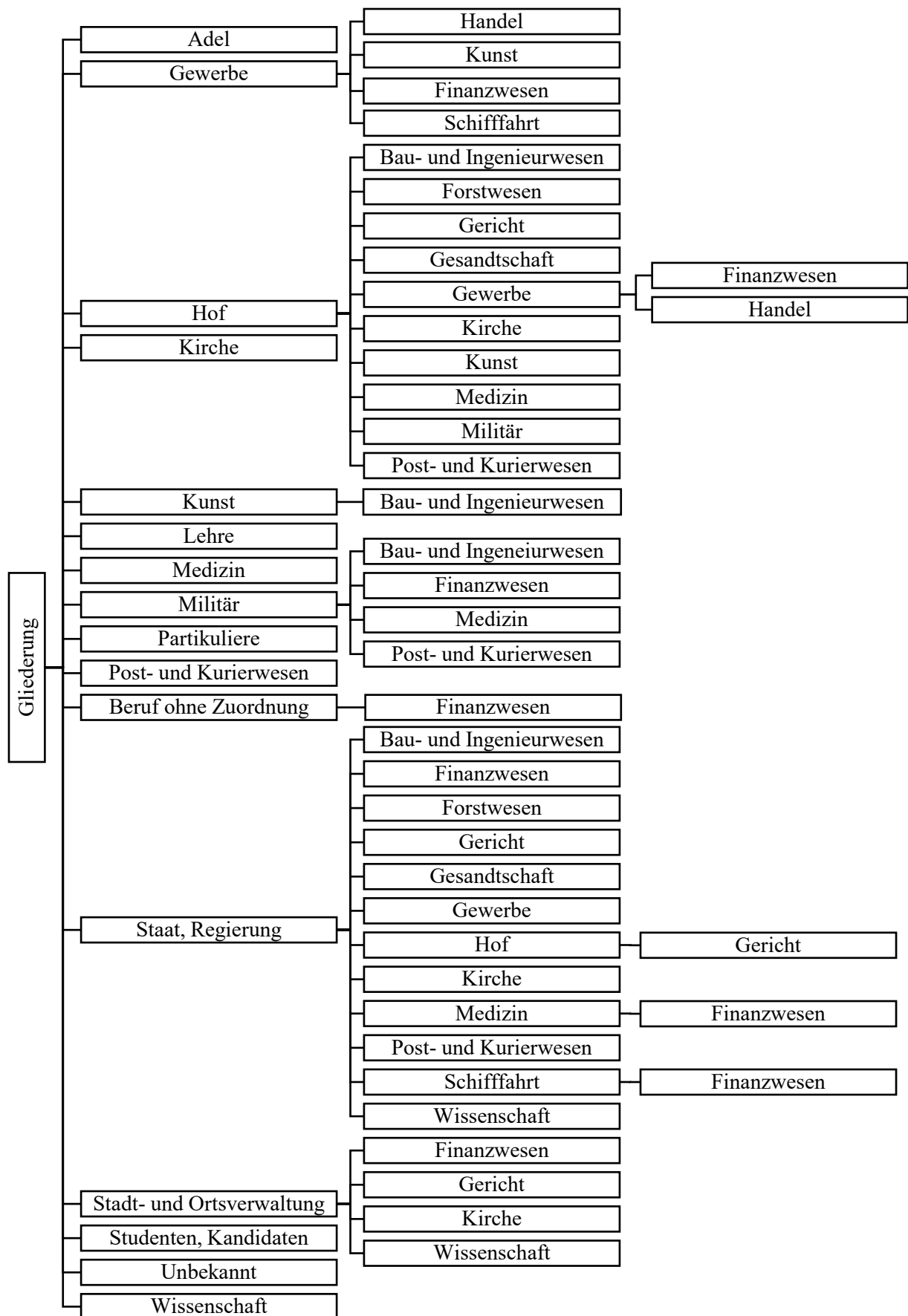


Abb. 15 Kategorisierung der im Feld *Beruf* hinterlegten Berufe, Ämter und Titel

Auch bei den Ortsnamen wurden entsprechende Vereinheitlichungen vorgenommen, wobei die alternativen Schreibweisen nicht extra aufgeführt werden. Eingemeindete Ortsteile heutiger Städte sind einer eigenen Spalte (*Ortsteil*) zugewiesen. Nach Vereinheitlichung der Ortsnamen handelt es sich um rund 2 400 Orte. Gleichzeitig wurde für Ortschaften, aus denen mehr als zehn Reisende kamen, ein Herkunfts- beziehungsweise Aufenthaltsterritorium ermittelt. Hierbei handelte es sich um rund 349 Ortschaften. Da jedoch nicht jedem dieser Orte ein Territorium zugewiesen werden konnte, häufig da es mehr als einen Ort mit gleichem Namen gibt, konnten insgesamt 303 Gemeinden Territorien beziehungsweise Ländern zugeordnet werden.<sup>1256</sup> Dies entspricht in der Summe 44 201 von 56 181 Reisenden. Eine geringe Fehleranfälligkeit ist hierbei jedoch nicht ausgeschlossen. Dies trifft vor allem auf Ortschaften gleichen Namens zu, da für jeden Ort nur ein Territorium erfasst ist. Zum Beispiel kamen 864 Personen aus Neustadt. Aus dem Quellenstudium ist zu schließen, dass es sich hierbei nur um Neustadt an der Weinstraße handeln kann. Eine eindeutige Identifikation ist auch durch den Papierfabrikanten Knöckel, der mehrmals nach Mannheim reiste, möglich.<sup>1257</sup> Es könnte jedoch durchaus sein, dass eine oder mehrere dieser 864 Reisenden nicht aus Neustadt an der Weinstraße stammten. In diesem Fall könnte die Datenbank um diese Daten nachträglich ergänzt werden. Wäre eine Zuordnung direkt unterlassen worden, so wäre eine Auswertung der Fremdenlisten nicht möglich gewesen, da für viele dieser Orte Unsicherheiten bestehen.

Da gerade ab dem Jahr 1789 vielfach Herrschaftswechsel im Alten Reich vollzogen wurden, gilt als Stichjahr für die 1791 und 1792 verzeichneten Listen 1789, für die 1807 bis 1818 verzeichneten Listen 1818. Für einige wenige Personen wurde statt einem Herkunfts- beziehungsweise Aufenthaltsort nur ein Territorium oder Land im *Mannheimer Intelligenzblatt* abgedruckt. Handelt es sich hierbei um einen Staat, welcher 1818 nicht mehr existierte und in verschiedenen Herrschaften aufgegangen ist, beispielsweise das Königreich Westphalen, wurde die ursprüngliche Angabe im Datensatz belassen. Manche Personen erhielten jedoch auch eine Militär- beziehungsweise Dienstzugehörigkeit. Dies betrifft fast ausschließlich Militärangehörige. Ist diesen Personen gleichzeitig kein Herkunfts- beziehungsweise Aufenthaltsort zugewiesen, blieb die entsprechende Spalte leer.

---

<sup>1256</sup> Außerdem wurden den Einträgen „Elsass“, „Unbekannt“, „Flandern“ und „Mähren“ ein Territorium bzw. Land zugeordnet.

<sup>1257</sup> Recherchen ergeben, dass es sich hierbei um den Vorfahren des Inhabers einer Papierfabrik namens Philipp Jacob Knöckel (1811–1870) handeln könnte, dessen Fabrik im heutigen Neustadt an der Weinstraße ansässig war. Hierzu Deutsche Bibliothek/Deutsches Buch- und Schriftmuseum der Deutschen Bücherei Leipzig (Hgg.), Internationale Bibliographie zur Papiergeschichte (IBP). Berichtszeit: bis einschließlich 1996. Bd. 1. Allgemeine Geschichte des Papiers. Territorien und Orte, München 2003, S. 1346.

Aufgrund der Datenbasis ist nicht zu unterscheiden, ob es sich bei den Ortschaften, um den Geburts- oder Wohnort der Reisenden handelte. Gleiches gilt für die Angaben zu den Territorien. Anpassungen fanden dementsprechend an der Datenbasis nicht statt. Dennoch ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass bei den meisten Reisenden das Territorium dem derzeitigen Aufenthaltsterritorium entspricht. Der in Lintorf geborene Johann Peter Melchior wird zum Beispiel in den Fremdenlisten als Münchner geführt, da er zum Zeitpunkt seines Aufenthaltes in Mannheim in Nymphenburg arbeitete.<sup>1258</sup> Eine Ausnahme bildete hingegen beispielsweise Henriette Hendel-Schütz. Hendel-Schütz kam zwar gebürtig aus Döbeln in Sachsen, als sie nach Mannheim kam, war sie jedoch gerade von Berlin nach Halle/Saale gezogen, obwohl sie in den Fremdenlisten als Berliner Schauspielerin geführt wird.<sup>1259</sup>

Zudem wurden Datensätze miteinander verglichen, um eventuelle Leerstellen durch Abgleich zu ergänzen. Editorische Eingriffe konnten aufgrund des Umfangs jedoch nicht an allen Datensätzen vorgenommen und gekennzeichnet werden. Schätzungsweise belaufen sie sich solche Maßnahmen allerdings auf weniger als zehn Prozent des gesamten Datensatzes. Jede einzelne Spalte der drei Tabellenblätter ist filterbar und sortierfähig. Ebenso kann zur Suche nach einzelnen Begriffen die Freitextsuche verwendet werden. Zudem ist eine Änderung oder Ergänzung des Datensatzes zu jedem Zeitpunkt möglich. Der Verweis auf die Originale soll hierbei vor allem von der Transparenz des Datensatzes zeugen und zur Nachvollziehbarkeit der hier getätigten Anpassungen im Rahmen der Auswertung innerhalb der Tabellenblätter führen. Auch wenn die vorliegende Datenbank aufgrund der hier dargelegten Erklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung auf mögliche Fehlerquellen verweist, so können diesen in Anbetracht der Datenmenge eine untergeordnete Bedeutung beigemessen werden.

---

<sup>1258</sup> Vgl. Reber, Art. „Melchior, Johann Peter“.

<sup>1259</sup> Vgl. Art. „Hendel-Schütz, Henriette“.

### 8.1.2 Auswertung

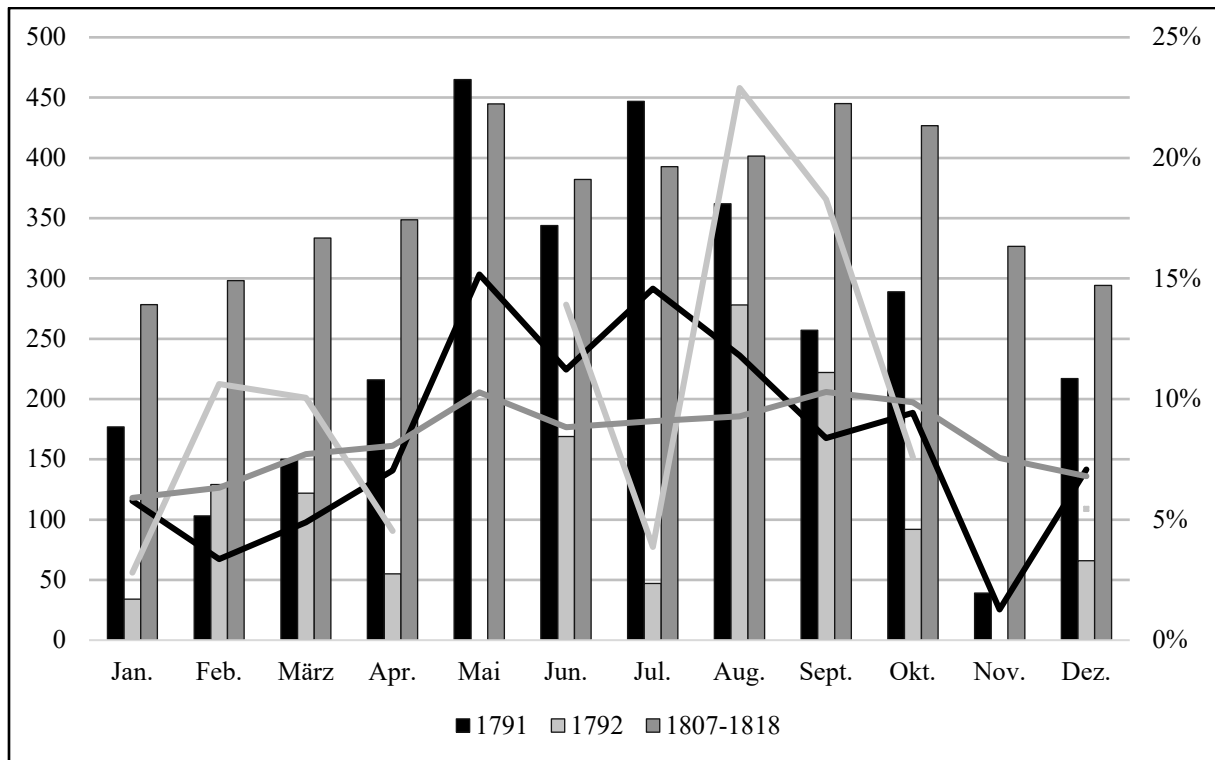
Tab. 11 Gesamtzahl der Reisenden in Mannheim (1791, 1792, 1807–1818)<sup>1260</sup>

An- kunft	1791	1792	1807	1808	1809	1810	1811	1812	1813	1814	1815	1816	1817	1818	gesamt
Jan.	155	34	-	377	295	253	253	288	286	274	211	238	292	295	3 251
Feb.	90	128	-	425	376	262	207	342	338	214	279	319	282	236	3 498
März	136	122	415	366	337	286	358	295	421	335	282	320	313	273	4 259
Apr.	213	55	422	417	354	382	343	397	336	372	232	337	280	314	4 454
Mai	465	-	448	552	333	353	483	564	522	459	292	524	306	501	5 802
Jun.	344	144	458	473	282	314	360	412	377	487	316	414	320	373	5 074
Jul.	446	36	465	371	318	358	409	445	470	331	253	494	296	503	5 195
Aug.	359	205	420	454	394	389	386	447	406	371	236	558	371	386	5 382
Sept.	257	168	448	443	348	380	538	470	411	472	338	533	411	550	5 767
Okt.	281	91	477	428	399	424	479	464	379	403	363	465	389	451	5 493
Nov.	39	-	351	303	369	254	270	448	260	381	361	269	310	344	3 959
Dez.	217	66	286	270	311	286	265	325	331	260	302	223	288	385	3 815
<b>gesamt</b>	<b>3 022</b>	<b>1 049</b>	<b>4 190</b>	<b>4 879</b>	<b>4 116</b>	<b>3 941</b>	<b>4 351</b>	<b>4 897</b>	<b>4 537</b>	<b>4 359</b>	<b>3 465</b>	<b>4 694</b>	<b>3 858</b>	<b>4 611</b>	<b>55 949</b>

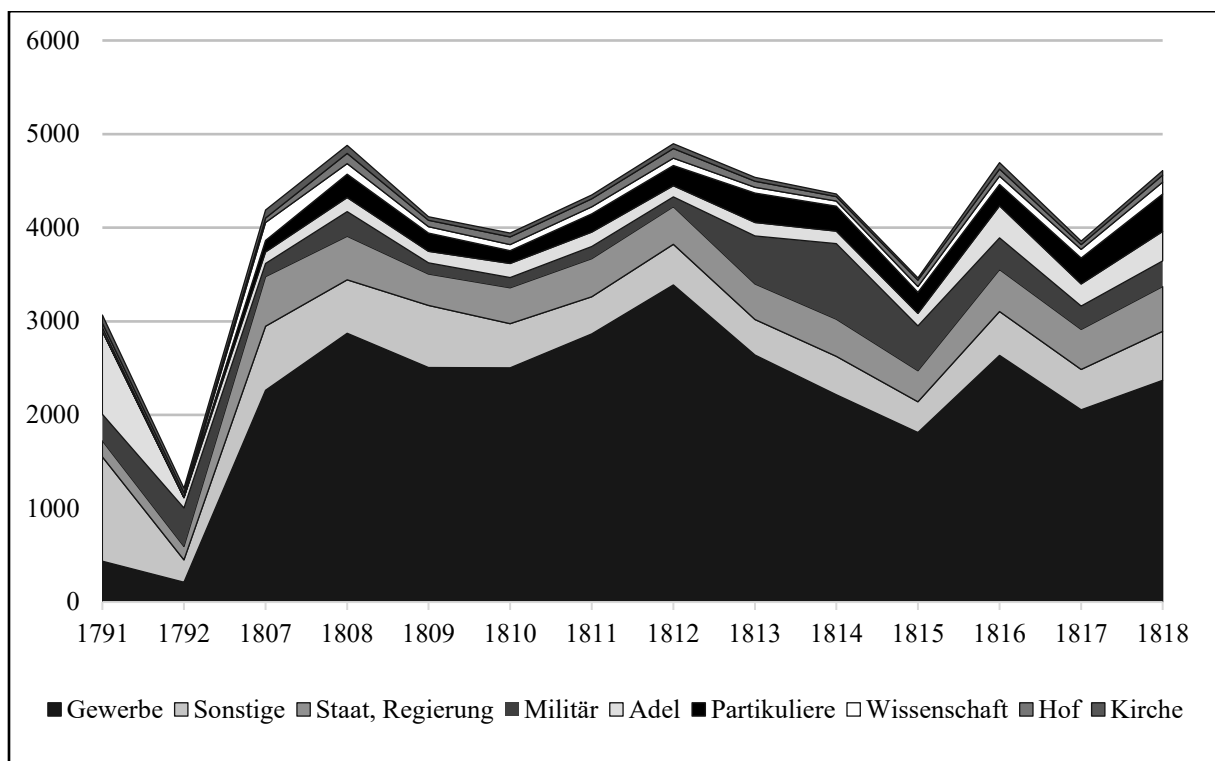
<sup>1260</sup> Die Jahrgänge 1791, 1792 und 1807 des *Mannheimer Intelligenzblattes* sind unvollständig (Vgl. 1.3 *Quellen und Methodik*), sodass diese Jahre sich nur bedingt für eine vergleichende Analyse anbieten. Die 232 lediglich Mannheim passierenden Reisenden der Jahre 1791 und 1792 sind in dieser Tabelle nicht erfasst.

Tab. 12 Reise in den Gasthäuser *Drei Könige, Goldenes Schaf, Silberner Anker und Weinberg* (1807–1818)

Ankunft	1807	1808	1809	1810	1811	1812	1813	1814	1815	1816	1817	1818	gesamt
Jan.	-	225	185	173	202	250	231	219	211	238	292	295	2 521
Feb.	-	246	246	211	162	301	288	194	279	319	282	236	2 764
März	214	223	221	214	315	264	387	276	282	320	313	273	3 302
Apr.	244	257	225	292	299	350	285	316	232	337	280	314	3 431
Mai	246	349	220	246	400	494	437	433	292	524	306	501	4 448
Jun.	284	268	185	219	311	360	297	480	316	414	320	373	3 827
Jul.	293	231	215	233	364	394	396	331	253	494	296	503	4 003
Aug.	247	275	281	247	353	376	334	371	236	558	371	386	4 035
Sept.	273	248	230	257	477	395	349	472	338	533	411	550	4 533
Okt.	277	293	277	276	416	378	328	403	363	465	389	451	4 316
Nov.	217	207	269	168	225	344	228	381	361	269	310	276	3 255
Dez.	162	180	205	202	235	258	274	260	302	223	288	260	2 849
gesamt	2 457	3 002	2 759	2 738	3 759	4 164	3 834	4 136	3 465	4 694	3 858	4 418	43 284

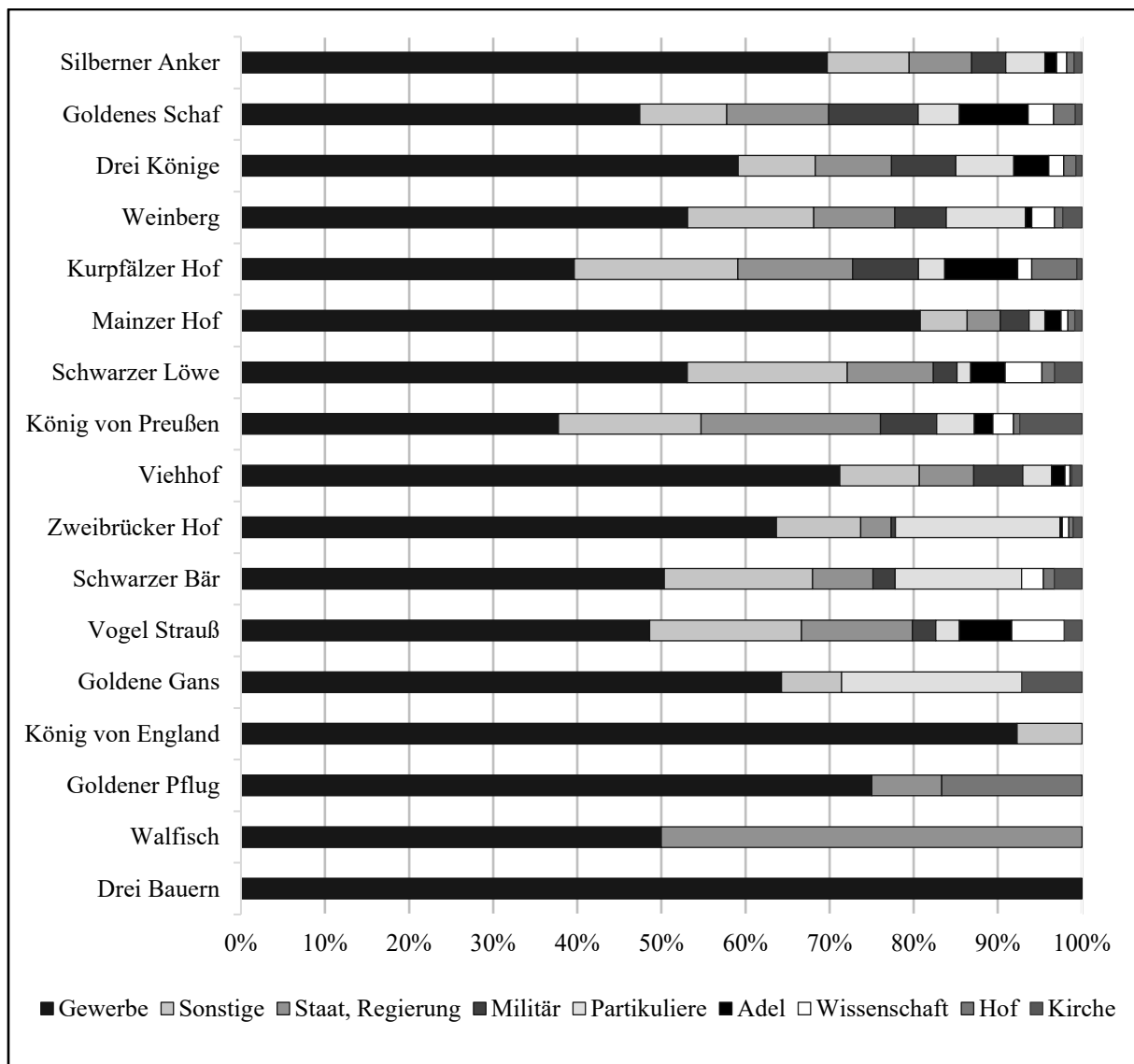


**Abb. 16** Durchschnittliche Belegung der Gasthäuser (1791, 1792, 1807–1818)



**Abb. 17** Kategorisierung der Reisenden (1791, 1792, 1807–1818)<sup>1261</sup>

<sup>1261</sup> Die Gliederung der Reisenden wurde anhand ihrer zugeordneten Hauptkategorien vorgenommen. Siehe hierzu Kapitel 8.1.1 *Erklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung*. Unter *Sonstige* summieren sich die Kategorien *Berufe ohne Zuordnung, Emigration, Kunst, Lehre, Medizin, Post- und Kurierwesen, Stadt- und Ortsverwaltung, Studenten, Kandidaten* und *Unbekannt*.



**Abb. 18** Prozentuale Belegung der Gasthäuser nach Kategorien (1807–1808)

**Tab. 13** Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorien der Reisenden (1791–1792)<sup>1262</sup>

Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorium	Anzahl	Anteil
Königreich Frankreich	1 712	42,26%
Reichsstadt Frankfurt	144	3,55%
Kurfürstentum Mainz	124	3,06%
Königreich Großbritannien	123	3,04%
Kurfürstentum Pfalz-Bayern	111	2,74%
Alte Eidgenossenschaft	100	2,47%
Landgrafschaft Hessen-Darmstadt	52	1,28%
Republik der Sieben Vereinigten Provinzen	49	1,21%

<sup>1262</sup> Ohne Personen, die Mannheim nur passierten.

<b>Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorium</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Anteil</b>
Markgrafschaft Baden	47	1,16%
Reichsstadt Speyer	46	1,14%
Reichsstadt Worms	46	1,14%
Herzogtum Berg	42	1,04%
Herzogtum Württemberg	31	0,77%
Königreich Preußen	31	0,77%
Reichsstadt Heilbronn	25	0,62%
Erzherzogtum Österreich	21	0,52%
Reichsstadt Köln	20	0,49%
Russisches Kaiserreich	20	0,49%
Fürstentum Pfalz-Zweibrücken	19	0,47%
Reichsstadt Hamburg	16	0,39%
Kurfürstentum Trier	13	0,32%
Haus Leiningen	11	0,27%
Italien <sup>1263</sup>	11	0,27%
Königreich Dänemark	11	0,27%
Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg	10	0,25%
Hochstift Würzburg	8	0,20%
Landgrafschaft Hessen-Kassel	8	0,20%
Reichsstadt Aachen	8	0,20%
Reichsstadt Augsburg	8	0,20%
Vorderösterreich	8	0,20%
Hochstift Speyer	7	0,17%
Kondominat	7	0,17%
Reichsstadt Nürnberg	7	0,17%
Fürstentum Nassau-Weilburg	6	0,15%
Grafschaft Isenburg-Birstein	6	0,15%
Grafschaft Nassau-Saarbrücken	6	0,15%
Hochstift Fulda	6	0,15%
Kirchenstaat	6	0,15%
Königreich Sachsen	6	0,15%
Kurfürstentum Köln	6	0,15%
Ritterkanton Kraichgau	6	0,15%
Herzogtum Mailand	5	0,12%
Königreich Spanien	5	0,12%
Österreichische Niederlande	5	0,12%

<sup>1263</sup> Die exakte Herkunft der Italiener ist nicht feststellbar.



<b>Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorium</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Anteil</b>
Fürstentum Ansbach	4	0,10%
Herzogtum Sachsen-Weimar	4	0,10%
Reichsstadt Regensburg	4	0,10%
Reichsstadt Ulm	4	0,10%
Republik Venedig	4	0,10%
Rheingrafschaft	4	0,10%
Deutscher Orden	3	0,07%
Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel	3	0,07%
Fürstentum Wied	3	0,07%
Hochstift Worms	3	0,07%
Königreich Böhmen	3	0,07%
Königreich Schweden	3	0,07%
Reichsstadt Münster	3	0,07%
Fürstentum Nassau-Saarbrücken	2	0,05%
Herzogtum Luxemburg	2	0,05%
Herzogtum Mecklenburg	2	0,05%
Königreich Sardinien	2	0,05%
Osmanisches Reich	2	0,05%
Reichsstadt Lübeck	2	0,05%
Reichsstadt Reutlingen	2	0,05%
Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	2	0,05%
Britische Kronkolonie	1	0,02%
Fürstentum Bayreuth	1	0,02%
Fürstentum Hohenzollern-Hechingen	1	0,02%
Fürstentum Löwenstein-Wertheim	1	0,02%
Fürstentum Nassau-Diez	1	0,02%
Grafschaft Erbach	1	0,02%
Herren von Wamboldt von und zu Umstadt	1	0,02%
Herzogtum Jülich	1	0,02%
Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld	1	0,02%
Herzogtum Sachsen-Eisenach	1	0,02%
Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg	1	0,02%
Hochstift Bamberg	1	0,02%
Kaisertum Österreich	1	0,02%
Königreich Sizilien	1	0,02%
Landgrafschaft Hessen-Rotenburg	1	0,02%
Polen-Litauen	1	0,02%
Reichsdorf Gochsheim	1	0,02%

Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorium	Anzahl	Anteil
Reichsstadt Bremen	1	0,02%
Reichsstadt Offenburg	1	0,02%
Reichsstadt Wetzlar	1	0,02%
Reichsstadt Wimpfen	1	0,02%
Vereinigte Staaten von Amerika	1	0,02%
Unbekannt	1 009	24,91%
<b>gesamt</b>	<b>4 051</b>	<b>100%</b>

**Tab. 14** Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorien der Reisenden (1807–1808)

Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorium	Anzahl	Anteil
Großherzogtum Baden	8 000	15,41%
Königreich Bayern	7 145	13,77%
Freie Stadt Frankfurt	6 216	11,98%
Großherzogtum Hessen	5 369	10,35%
Königreich Preußen	4 260	8,21%
Königreich Frankreich	3 281	6,32%
Königreich Württemberg	2 187	4,21%
Schweizerische Eidgenossenschaft	1 458	2,81%
Königreich der Vereinigten Niederlande	923	1,78%
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Irland	689	1,33%
Kurfürstentum Hessen	612	1,18%
Kaisertum Österreich	435	0,84%
Freie Stadt Hamburg	398	0,77%
Königreich Sachsen	356	0,69%
Königreich Hannover	308	0,59%
Russisches Kaiserreich	297	0,57%
Herzogtum Nassau	250	0,48%
Freie Stadt Bremen	170	0,33%
Herzogtum Braunschweig	115	0,22%
Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld	98	0,19%
Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach	80	0,15%
Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg	73	0,14%
Großherzogtum Mecklenburg	65	0,13%
Königreich Lombardo-Venetien	64	0,12%
Königreich Sardinien	57	0,11%
Großherzogtum Luxemburg	49	0,09%

Herkunfts- bzw. Aufenthaltsterritorium	Anzahl	Anteil
Freie Stadt Lübeck	48	0,09%
Königreich Dänemark	48	0,09%
Königreich Westphalen (hess., hann. o. preuß.) <sup>1264</sup>	35	0,07%
Königreich Polen	31	0,06%
Herzogtum Holstein	27	0,05%
Fürstentum Hohenzollern-Hechingen	19	0,04%
Königreich Böhmen	17	0,03%
Großherzogtum Oldenburg	14	0,03%
Herzogtum Anhalt-Dessau	13	0,03%
Italien <sup>1265</sup>	8	0,02%
Thüringische Staaten	8	0,02%
Kirchenstaat	7	0,01%
Vereinigte Staaten von Amerika	4	0,01%
Königreich Portugal	3	0,01%
Königreich Schweden	3	0,01%
Frieslande	2	0,00%
Vizekönigreich Neuspanien	2	0,00%
Britische Kronkolonie	1	0,00%
Fürstentum Anhalt-Bernburg	1	0,00%
Herzogtum Sachsen-Meiningen	1	0,00%
Markgrafschaft Mähren	1	0,00%
Unbekannt	8 650	16,67%
<b>gesamt</b>	<b>51 898</b>	<b>100%</b>

<sup>1264</sup> Hierbei handelt es sich um Reisende, die aus dem Königreich Westphalen stammten. Da der französische Satellitenstaat nach 1813 in mehreren Territorien aufging, konnte eine Zuordnung auf Grundlage des Stichjahres 1818 nicht getroffen werden.

<sup>1265</sup> Siehe Anm. 1263.

**Tab. 15** Top 60 Herkunftsf- bzw. Aufenthaltsorte der Reisenden (1791, 1792, 1807–1818)

<b>Ortschaft</b>	<b>1791</b>	<b>1792</b>	<b>1807</b>	<b>1808</b>	<b>1809</b>	<b>1810</b>	<b>1811</b>	<b>1812</b>	<b>1813</b>	<b>1814</b>	<b>1815</b>	<b>1816</b>	<b>1817</b>	<b>1818</b>	<b>gesamt</b>
Frankfurt <sup>1266</sup>	99	49	337	425	501	568	688	714	631	625	506	493	390	429	<b>6 455</b>
Heidelberg	3	4	371	270	151	166	135	137	152	84	123	142	195	336	<b>2 269</b>
Karlsruhe	24	7	103	176	140	130	221	206	197	145	130	156	157	141	<b>1 933</b>
Mainz	81	43	85	153	140	159	111	152	111	109	74	115	140	151	<b>1 624</b>
Straßburg	86	23	98	149	120	135	137	141	119	95	23	123	171	114	<b>1 534</b>
Darmstadt	32	12	84	85	112	98	90	128	97	63	34	67	71	86	<b>1 059</b>
Speyer	24	23	148	132	97	64	39	41	40	32	25	70	122	162	<b>1 019</b>
Stuttgart	26	9	61	97	101	93	52	75	63	58	50	101	77	69	<b>932</b>
Neustadt an der Weinstraße	0	5	80	89	35	64	69	82	66	79	80	91	79	83	<b>902</b>
Paris	238	9	100	74	79	59	69	58	46	15	21	30	33	46	<b>877</b>
Worms	22	30	103	99	39	78	15	12	33	32	50	72	54	83	<b>722</b>
London	3	0	0	0	0	0	0	0	0	61	78	181	140	206	<b>669</b>
Heilbronn	18	7	27	60	92	76	56	54	44	58	33	50	44	40	<b>659</b>
Wuppertal	15	8	39	32	36	32	50	60	50	40	56	71	64	55	<b>608</b>
München	13	7	31	43	22	31	36	51	29	30	38	80	25	67	<b>503</b>
Köln	17	4	17	37	38	32	28	50	42	39	34	56	35	29	<b>458</b>
Basel	7	3	21	40	29	31	57	54	24	28	50	42	25	17	<b>428</b>
Berlin	16	4	13	30	27	21	37	28	10	39	37	81	37	38	<b>418</b>
Hamburg	11	6	15	84	24	36	38	62	20	21	16	38	17	27	<b>415</b>

<sup>1266</sup> Hierunter befindet sich Frankfurt am Main mit seinen heutigen Stadtteilen.

Ortschaft	1791	1792	1807	1808	1809	1810	1811	1812	1813	1814	1815	1816	1817	1818	gesamt
Bruchsal	5	1	37	62	68	69	27	35	28	20	10	18	14	21	415
Koblenz	4	1	26	24	43	41	23	32	32	26	30	44	38	38	402
Augsburg	7	1	17	25	19	22	35	52	53	35	19	48	14	24	371
Grünstadt	4	1	30	30	14	26	30	56	17	34	13	20	35	47	357
Amsterdam	11	9	28	26	35	16	38	26	30	16	27	29	18	32	341
Lyon	12	2	37	44	42	33	42	33	42	10	4	17	12	10	340
Wien	12	5	20	18	5	36	33	19	40	17	39	31	21	29	325
Gießen	3	0	13	21	15	22	30	65	34	30	47	15	4	13	312
Bad Kreuznach	8	4	25	48	60	26	20	8	11	27	18	16	8	24	303
Landau in der Pfalz	30	4	26	27	14	8	11	13	11	15	5	29	48	57	298
Pforzheim	5	0	30	11	28	27	19	26	26	16	28	22	32	24	294
Zweibrücken	10	7	22	34	9	7	4	13	8	45	32	35	31	32	289
Frankenthal	0	0	56	51	14	11	15	15	19	16	16	9	16	43	281
Weinheim	0	3	19	35	17	16	32	22	10	21	20	18	36	27	276
Rastatt	3	1	15	19	36	26	27	22	19	15	18	25	11	32	269
Düsseldorf	18	1	23	29	39	22	33	15	16	16	7	30	9	5	263
Würzburg	7	1	38	17	21	17	32	31	28	11	11	14	3	17	248
Bern	7	3	21	17	13	13	23	17	26	13	31	30	20	14	248
Alzey	9	5	12	14	17	9	10	3	11	48	42	23	18	22	243
Hanau	3	1	19	15	10	24	14	31	55	14	12	14	5	17	234
Leipzig	3	0	19	28	16	15	31	37	18	14	8	12	11	15	227
Kaiserslautern	3	3	23	16	5	9	14	29	3	36	23	13	18	29	224

Ortschaft	1791	1792	1807	1808	1809	1810	1811	1812	1813	1814	1815	1816	1817	1818	gesamt
Offenbach (am Main)	1	5	19	15	23	14	19	19	35	7	14	20	8	22	221
Kassel	1	1	21	26	17	21	18	33	14	13	14	16	9	12	216
Aachen	4	4	21	17	14	9	14	14	27	25	10	40	9	7	215
Bad Dürkheim	6	0	27	23	8	4	11	10	16	17	23	12	12	41	210
Hannover	7	1	10	14	21	16	13	18	16	10	3	33	18	23	203
Zürich	5	0	19	5	20	12	29	27	21	9	15	11	12	10	195
Saarbrücken	3	3	26	23	22	13	11	16	9	20	4	17	7	19	193
Nürnberg	7	0	7	5	19	23	26	28	16	14	9	15	15	8	192
Aschaffenburg	2	0	3	14	22	28	25	29	11	3	4	21	17	10	189
Ehningen	0	0	8	21	9	13	7	16	20	14	19	19	15	27	188
Ulm	4	0	14	4	16	22	16	33	49	15	2	3	2	3	183
Solingen		0	17	9	9	14	20	25	17	12	16	11	14	19	183
Rotterdam	1	0	7	10	20	11	10	48	22	6	8	17	11	12	183
Michelstadt	0	0	25	21	10	9	10	38	31	6	13	15	3	1	182
Gernsbach	2	0	19	12	28	30	19	17	6	7	14	12	3	7	176
Neuenrade	3	1	30	29	22	11	7	15	20	13	6	10	2	2	171
Bremen	1		17	9	7	12	13	13	12	19	9	32	17	10	171
Freiburg (i. Br.)	7	2	20	18	20	8	13	18	14	7	3	24	3	10	167
Deidesheim	0	0	1	7	5	1	14	22	16	21	16	26	12	26	167

**Tab. 16** Aufenthaltsterritorien der Handelsreisenden (1807–1808)

Aufenthaltsterritorium	Anzahl	Anteil
Freie Stadt Frankfurt	5 375	18,30%
Königreich Bayern	3 543	12,07%
Königreich Preußen	3 199	10,89%
Großherzogtum Baden	3 033	10,33%
Großherzogtum Hessen	2 947	10,04%
Königreich Frankreich	2 693	9,17%
Königreich Württemberg	1 591	5,42%
Schweizerische Eidgenossenschaft	1 194	4,07%
Königreich der Vereinigten Niederlande	730	2,49%
Kurfürstentum Hessen	418	1,42%
Freie Stadt Hamburg	274	0,93%
Königreich Sachsen	234	0,80%
Kaisertum Österreich	179	0,61%
Herzogtum Nassau	150	0,51%
Freie Stadt Bremen	122	0,42%
Königreich Hannover	109	0,37%
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Irland	104	0,35%
Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld	79	0,27%
Herzogtum Braunschweig	72	0,25%
Russisches Kaiserreich	58	0,20%
Königreich Sardinien	52	0,18%
Großherzogtum Luxemburg	45	0,15%
Königreich Lombardo-Venetien	43	0,15%
Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg	36	0,12%
Freie Stadt Lübeck	24	0,08%
Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach	23	0,08%
Großherzogtum Mecklenburg	22	0,07%
Herzogtum Holstein	19	0,06%
Königreich Dänemark	17	0,06%
Königreich Westphalen (hess., hann. o. preuß.) <sup>1267</sup>	10	0,03%
Fürstentum Hohenzollern-Hechingen	6	0,02%
Italien <sup>1268</sup>	6	0,02%
Königreich Böhmen	6	0,02%
Thüringische Staaten	6	0,02%

<sup>1267</sup> Siehe Anm. 1264.

<sup>1268</sup> Siehe Anm. 1263.

Aufenthaltsterritorium	Anzahl	Anteil
Herzogtum Anhalt-Dessau	5	0,02%
Kirchenstaat	3	0,01%
Königreich Polen	2	0,01%
Frieslande	1	0,00%
Königreich Portugal	1	0,00%
Vereinigte Staaten von Amerika	1	0,00%
Unbekannt	2 932	9,99%
<b>gesamt</b>	<b>29 364</b>	<b>100%</b>

**Tab. 17** Top 15 Aufenthaltsorte der Handelsreisenden (1807–1818)

Aufenthaltsort	Anzahl	Anteil
Frankfurt	5 452	18,75%
Straßburg	1 203	4,10%
Mainz	935	3,18%
Neustadt an der Weinstraße	604	2,06%
Karlsruhe	571	1,94%
Stuttgart	567	1,93%
Wuppertal	538	1,83%
Heilbronn	491	1,67%
Paris	450	1,53%
Darmstadt	404	1,38%
Basel	383	1,30%
Heidelberg	376	1,28%
Speyer	375	1,28%
Köln	347	1,18%
Worms	330	1,12%



## 8.2 Mannheimer Bürger- und Beisassenannahmen

### 8.2.1 Erklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung

Die in den Mannheimer Ratsprotokollen der Jahre 1779 bis 1804 protokollierten Bürger- und Beisassenannahmen sind in chronologischer Abfolge in einer Microsoft-Excel-Datei erfasst.<sup>1269</sup>

Die Datei besteht aus insgesamt vier Tabellenblätter: Tab. 1 *Bürger - Ansicht*, Tab. 2 *Beisassen - Ansicht*, Tab. 3 *Bürger - Auswertung*, Tab. 4 *Beisassen - Auswertung*. Die ersten zwei Tabellenblätter enthalten die Informationen, die einerseits den Bürger- und Beisassenannahmen entnommen, andererseits auf deren Grundlage ergänzt wurden, und die sich je Blatt auf circa 30 Datenfeldern verteilen. Hierunter befinden sich unter anderem Felder zum Personennamen, dem Beruf, dem Geburtsjahr, der Religion, dem Geburtsort oder den bezahlten Einzugsgeldern eines jeden Supplikanten, soweit sich diese aus den in der Einleitung dieser Arbeit benannten Quellen ermitteln ließen.<sup>1270</sup>

Bei der Erfassung der Bürger- und Beisassenannahmen wurden alle zeitgenössischen Begriffe der heutigen Schreibweise oder in das heutige Wortverständnis übertragen. Bei den Personennamen wurde hierauf verzichtet, denn diese orientierten sich an der in den Ratsprotokollen schriftlich fixierten Verpflichtung vor dem Stadtrat. Weicht die Schreibweise innerhalb dieses Eintrages ab, so ist eine alternative Namensschreibweise in eckigen Klammern ergänzt. Ehefrauen führen aufgrund fehlender Daten zumeist den Nachnamen ihres (zukünftigen) Mannes,<sup>1271</sup> Witwen den Nachnamen ihres verstorbenen Ehemannes.<sup>1272</sup> Mädchennamen sind in einer eigenen Spalte vermerkt. Eine numerische Auswertung speziell der Ehefrauen bietet sich aus Gründen der Stringenz nicht an. Zudem gingen nur wenige Frauen einer beruflichen Tätigkeit nach. Sollte dies der Fall gewesen sein, wird in der Datenbank die feminine Form der Berufsbezeichnung verwendet.

Da Frauen jedoch kein Bürger- beziehungsweise Beisassenrecht in Mannheim erwerben konnten, und einige Frauen in den Einträgen zur Verpflichtung vor dem Stadtrat nicht protokolliert wurden und dementsprechend aus den Gesuchen erschlossen werden mussten,

---

<sup>1269</sup> Unter Bürger- bzw. Beisassenannahme ist der gesamte Prozess der Aufnahme von Personen zu Bürgern oder Beisassen zu verstehen. Das heißt, die Bürger- und Beisassenannahmen umfassen die inhaltliche Erfassung der personenbezogenen Daten sowohl aus den in den Ratsprotokollen protokollierten Gesuchen als auch der protokollierten Verpflichtung vor dem Mannheimer Stadtrat.

<sup>1270</sup> Zur Datenbasis siehe Kapitel 1.3 *Quellen und Methodik*.

<sup>1271</sup> Tatsächlich ist es häufig undurchsichtig, ob Paare bereits verheiratet oder lediglich verlobt waren, was allerdings für die Auswertung der Bürger- bzw. Beisassenannahmen irrelevant ist. Der Witwenstand ist hingegen in einer eigenen Spalte vermerkt.

<sup>1272</sup> Allgemein sind eheliche Verbindungen zwischen Männern und Frauen mit Eckklammern gekennzeichnet. Bei ledigen Männern befinden sich entsprechend Leerfelder.

besteht die begründete Annahme, dass einige wenige Frauen (192 bürgerliche Ehefrauen, 46 schutzbürgerliche Ehefrauen) nicht in den Microsoft-Excel-Tabellen erfasst sind. Damit lege die Zahl der unbekannten Herkunftsorte der Bürger zwischen 15 und 22 Prozent, die der Beisassen zwischen 24 und 27 Prozent.<sup>1273</sup> Die Geburtsorte konnten zumeist dem Eintrag, der infolge der Verpflichtung der Bürger und Beisassen vor dem Stadtrat angefertigt wurde, entnommen werden. Im Fall von Eingemeindungen ist auch die heutige Ortszugehörigkeit der ehemaligen Gemeinden in einer eigenen Spalte vermerkt. Bei fehlenden Herkunftsangaben wurden teilweise Ergänzungen vorgenommen. Wenn sich beispielsweise anhand des bezahlten Bürgergeldes – bei den Beisassen ist dies nicht möglich –<sup>1274</sup> oder anhand der Bezeichnung Bürgersohn oder -tochter respektive Beisassensohn oder -tochter<sup>1275</sup> die Herkunft bestimmen ließ, wurde diese nachgetragen. Bei letzteren Migranten handelte es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um in Mannheim geborene Bürger oder Beisassen, da sie ansonsten mit ihren Eltern sehr früh nach Mannheim gekommen oder in die gleiche Stadt wie ihr Vater als Erwachsene nachgezogen sein müssten. Bei den Mannheimer Witwen ist dies ebenfalls nicht möglich. Ein Vergleich der hier verwendeten Quellen zeigt, dass die Herkunftsangabe wie auch die von den Bewerbern bezahlten Bürgergelder lediglich auf den rechtlichen Status des verstorbenen Mannes verweisen. Analog gilt dies für ehemalige Mannheimer Beisassen, die das Bürgerrecht erwarben.

Auf Grundlage der Geburtsorte wurde das Territorium beziehungsweise Land, aus welchem die Migranten stammten, und eine Herkunft (*Mannheimer, Inländer, Ausländer, Unbekannte*) ermittelt, wobei letztere zentral für die Auswertung und Interpretation der Daten war.<sup>1276</sup> Aufgrund mehrmaliger Herrschaftswechsel ist die Herkunft der Migranten allerdings doppelt erfasst: Es gelten einmal die Grenzen, die zum Zeitpunkt der Bürger- beziehungsweise Beisassenannahme Bestand hatten, ein anderes Mal die Grenzen von 1789. Eine einheitliche Zuordnung zu einem bestimmten Land benötigt es vor allem bei komparativen Untersuchungen. Entsprechende Tabellen und Abbildungen sind gekennzeichnet. Gleichzeitig wurde fußend auf den Geburtsorten die Distanz zu Mannheim erfasst. Diese basiert auf der Luftlinie zwischen

---

<sup>1273</sup> Die Berechnung erfolgte auf Basis des Mittelwertes der neu aufgenommenen ledigen Bürger und Beisassen. Als Referenz bei den Bürgern dienten hierbei die Jahre 1779 bis 1787, da diese Daten durch Abgleich der Daten aus den Ratsprotokollen und der Akte GLA 77 Nr. 794 entstanden sind. Für die Beisassen wurde der Mittelwert der Jahre 1779 bis 1804 als Referenz herangezogen.

<sup>1274</sup> Zahlte ein Ehepaar kein Bürgergeld, ist der Ort mit einem Sternchen (\*), bei Zahlung von Bürgergeld, wobei dennoch die Herkunft ersichtlich war, mit zwei Sternchen (\*\*) markiert.

<sup>1275</sup> Die Attribute finden sich in einer eigenen Spalte mit dem Titel *Stand*. Ein *MA Beisasse* ist ein ehemaliger Mannheimer Beisasse, der sich auch in der Microsoft-Excel-Tabelle zu den Beisassenannahmen finden lässt. Dort sind diese Personen ebenfalls entsprechend gekennzeichnet.

<sup>1276</sup> Bei den Bürgern konnten 30, bei den Beisassen 31 Orte nicht zugeordnet werden. Diese sind rot eingefärbt und ebenfalls filterbar.

Mannheim und dem Geburtsort, die mithilfe des Entfernungsrechners *luftlinie.org*<sup>1277</sup> errechnet wurde.

Die Einkaufsgelder für Bürger und Beisassen sind bei Ehepaaren jeweils in Verbundzellen eingetragen. Eine Filterung auf Grundlage der bezahlten Gebühren ist immer nur nach den Männern, die auch die Gebühren vor dem Stadtrat entrichteten, möglich. Ihre Ehefrauen oder Verlobten müssen demzufolge über die jedem Bürger oder Beisassen zugewiesene Ordnungszahl manuell hinzugefügt werden. Eine Auswertung der zu bezahlenden Einkaufsgelder von Paaren konnte daher nicht geleistet werden, da hierzu eine Erweiterung der Datenbasis benötigt wird – konkret die Verknüpfung der Herkunft beider Ehepartner mit den entrichteten Gebühren. Diese böte sich beispielsweise durch einen den verschiedenen Personen zugewiesenen Zahlencode an. Da jedoch in der vorliegenden Arbeit die in den Verordnungen erlassenen Gebühren anhand der alleinstehenden Bürger und Beisassen überprüft werden konnten, wurde hiervon abgesehen.

Angaben zu Geburtsjahr, Aufenthaltsdauer, Ankunft in Mannheim und Alter bei Bürger- beziehungsweise Beisassenannahme entspringen fast ausschließlich der Akte GLA 213 Nr. 3859. Das erste Tabellenblatt enthält zusätzlich Quellenverweise<sup>1278</sup> und editorische Anmerkungen, die im Tabellenblatt *Auswertung* fehlen. Für die computergestützte Auswertung wurden die im ersten Tabellenblatt enthaltenen Datenfelder allerdings optimiert. Zunächst erfolgte die Anpassung der Datumsangaben: Da Microsoft-Excel lediglich Datumswerte nach dem 1. Januar 1900 interpretieren kann, sind die erfassten Angaben in den Zellen 400 Jahre in die Zukunft gesetzt. Zudem liegen zwei zusätzliche Felder zum Beruf und der Migrationsdistanz einer jeden Person vor: Die Berufsangaben sind zum einen kategorisiert<sup>1279</sup>, zum anderen wurde die Migrationsdistanz, also die Entfernung zwischen Mannheim und dem Geburtsort der Migranten, um den Faktor 25 gerundet. Da die Einkaufsgebühren alleinig von den Männern bezahlt wurden, sind im zweiten Tabellenblatt ferner die Gebühren auch nur innerhalb der entsprechenden Datensätze verzeichnet. Die Datenfelder der Frauen sind genullt. Die Eckklammern, die eheliche Verbindungen markieren, können zudem bei einer möglichen Auswertung zur Selektion von Männern und Frauen genutzt werden.<sup>1280</sup>

---

<sup>1277</sup> Stephan Georg, Entfernungsrechner, in: *luftlinie.org*. URL: <https://www.luftlinie.org/> (15.12.2020).

<sup>1278</sup> Es handelt sich hier einerseits um die Seitenzahl im jeweiligen Ratsprotokoll vom Tag der Verpflichtung vor dem Stadtrat, andererseits um ergänzende Quellen, die zur Bearbeitung herangezogen wurden. Vgl. hierzu Kapitel 1.3 *Quellen und Methodik*. Weitere Angaben sind den einzelnen Gesuchen entnommen, die durch das Register des jeweiligen Ratsprotokolls erschlossen werden können.

<sup>1279</sup> Dies geschah lediglich bei den Bürgerannahmen.

<sup>1280</sup> [ steht für Frauen, ] für Männer. In einer Pivot-Tabelle werden hierfür ë bzw. é angezeigt.

## 8.2.2 Auswertung

Tab. 18 Einbürgerungsfrequenz (1779–1804)

	1779	1780	1781	1782	1783	1784	1785	1786	1787	1788	1789	1790	1791
<b>Mannheimer</b>	29	59	32	53	48	65	52	39	48	47	52	48	49
Ehemänner	12	25	13	19	19	25	18	11	21	15	10	13	19
Ehefrauen	11	26	14	24	22	24	23	20	23	18	24	20	19
ledige Männer	6	8	5	10	7	16	11	8	4	14	18	15	11
<b>Inländer</b>	6	13	10	13	10	17	10	18	16	11	19	8	17
Ehemänner	1	6	5	9	4	8	8	14	9	8	11	5	10
Ehefrauen	4	7	5	4	5	9	1	4	6	1	4	1	4
ledige Männer	1	0	0	0	1	0	1	0	1	2	4	2	3
<b>Ausländer</b>	15	15	11	21	17	18	20	18	20	20	18	14	11
Ehemänner	8	10	7	13	12	11	12	16	11	12	14	8	6
Ehefrauen	5	3	1	6	3	7	8	1	7	5	4	3	0
ledige Männer	2	2	3	2	2	0	0	1	2	3	0	3	5
<b>Unbekannte</b>	1	6	7	7	5	9	8	18	17	21	11	16	21
Ehemänner	0	0	1	0	0	2	1	1	4	3	3	5	3
Ehefrauen	1	5	6	7	5	6	7	17	9	14	6	7	15
ledige Männer	0	1	0	0	0	1	0	0	4	4	2	4	3
<b>gesamt</b>	51	93	60	94	80	109	90	93	101	99	100	86	98

Tab. 18 Einbürgerungsfrequenz (1779–1804) (Fortsetzung)

Herkunft	1792	1793	1794	1795	1796	1797	1798	1799	1800	1801	1802	1803	1804	gesamt
<b>Mannheimer</b>	39	30	55	44	29	73	61	22	38	44	45	53	18	1 172
Ehemänner	10	10	11	16	5	25	18	7	11	12	17	14	9	385
Ehefrauen	16	13	20	17	7	30	23	8	15	15	15	14	4	465
ledige Männer	13	7	24	11	17	18	20	7	12	17	13	25	5	322
<b>Inländer</b>	7	6	13	12	6	17	5	3	5	7	3	5	0	257
Ehemänner	3	4	8	7	3	10	2	3	4	4	2	3	0	151
Ehefrauen	1	2	4	3	2	3	1	0	1	1	0	0	0	73
ledige Männer	3	0	1	2	1	4	2	0	0	2	1	2	0	33
<b>Ausländer</b>	19	10	21	18	9	39	30	10	17	21	20	9	5	446
Ehemänner	15	8	15	13	6	25	20	7	13	11	9	3	1	286
Ehefrauen	1	0	3	4	2	9	4	1	4	4	4	1	3	93
ledige Männer	3	2	3	1	1	5	6	2	0	6	7	5	1	67
<b>Unbekannte</b>	18	9	10	20	14	25	23	12	14	12	16	9	3	332
Ehemänner	2	0	0	2	3	2	4	2	2	1	2	2	0	45
Ehefrauen	12	7	7	14	6	20	16	10	10	8	11	7	3	236
ledige Männer	4	2	3	4	5	3	3	0	2	3	3	0	0	51
<b>gesamt</b>	83	55	99	94	58 <sup>1281</sup>	154	119	47	74	84	84	76	26 <sup>1282</sup>	2 207

<sup>1281</sup> Aufgrund des Fehlens des zweiten Protokollbands von 1796 und der hierdurch entstandenen Unvollständigkeit des Datensatzes (Vgl. 1.3 *Quellen und Methodik*) handelt es sich hier nur um die Annahmen der ersten Jahreshälfte von 1796.

<sup>1282</sup> Da ab Juni 1804 keine gleichförmigen Daten mehr für die Bürger- und Beisassenannahmen vorliegen, wurde hier ebenfalls nur die erste Jahreshälfte verzeichnet.

Tab. 19 Beisassenaufnahme im Zeitverlauf (1779–1804)

Herkunft	1779	1780	1781	1782	1783	1784	1785	1786	1787	1788	1789	1790	1791
<b>Mannheimer</b>	18	12	7	16	16	15	17	23	22	17	8	2	9
Ehemänner	8	5	5	8	6	9	8	11	10	10	3	1	7
Ehefrauen	8	7	2	8	9	6	8	12	12	7	5	1	2
ledige Männer	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0
<b>Inländer</b>	8	15	19	11	14	12	14	8	14	20	7	2	13
Ehemänner	4	7	7	7	7	6	8	4	7	11	4	1	8
Ehefrauen	3	8	11	4	7	5	5	3	6	6	1	0	4
ledige Männer	1	0	1	0	0	1	1	1	1	3	2	1	1
<b>Ausländer</b>	10	11	8	9	10	8	6	14	17	12	5	2	7
Ehemänner	7	7	6	5	8	4	5	10	9	6	4	1	5
Ehefrauen	3	3	2	4	2	4	1	4	5	5	1	0	2
ledige Männer	0	1	0	0	0	0	0	0	3	1	0	1	0
<b>Unbekannte</b>	5	8	3	8	9	6	10	11	8	10	14	9	19
Ehemänner	0	3	0	2	3	1	1	2	2	0	5	2	3
Ehefrauen	5	4	3	6	6	5	8	8	5	9	9	4	15
ledige Männer	0	1	0	0	0	0	1	1	1	1	0	3	1
<b>gesamt</b>	5	8	3	8	9	6	10	11	8	10	14	9	19

Tab. 19 Beisassenaufnahme im Zeitverlauf (1779–1804) (Fortsetzung)

Herkunft	1792	1793	1794	1795	1796	1797	1798	1799	1800	1801	1802	1803	1804	gesamt
<b>Mannheimer</b>	4	6	15	7	2	2	21	8	5	15	12	9	11	299
Ehemänner	1	4	7	6	1	1	10	3	2	11	8	7	5	157
Ehefrauen	2	1	8	1	0	1	9	5	2	0	2	1	5	124
ledige Männer	1	1	0	0	1	0	2	0	1	4	2	1	1	18
<b>Inländer</b>	8	9	3	5	3	4	4	0	1	2	4	4	1	205
Ehemänner	4	4	1	1	0	2	1	0	1	0	0	2	0	97
Ehefrauen	2	3	0	3	1		2	0	0	0	0	0	0	74
ledige Männer	2	2	2	1	2	2	1	0	0	2	4	2	1	34
<b>Ausländer</b>	5	7	2	5	1	4	22	8	5	16	35	13	9	251
Ehemänner	3	3	2	2	0	2	11	6	2	3	8	5	5	129
Ehefrauen	1	2	0	2	0	1	6	1	2	1	3		2	57
ledige Männer	1	2	0	1	1	1	5	1	1	12	24	8	2	65
<b>Unbekannte</b>	14	8	6	5	2	10	12	5	6	15	16	14	4	237
Ehemänner	3	1	2	1	1	2	2	1	2	1	2	0	0	42
Ehefrauen	6	6	4	4	1	5	7	4	3	14	13	13	3	170
ledige Männer	5	1	0	0	0	3	3	0	1	0	1	1	1	25
<b>gesamt</b>	31	30	26	22	8 <sup>1283</sup>	20	59	21	17	48	67	40	25 <sup>1284</sup>	992

<sup>1283</sup> Siehe Anm. 1281.

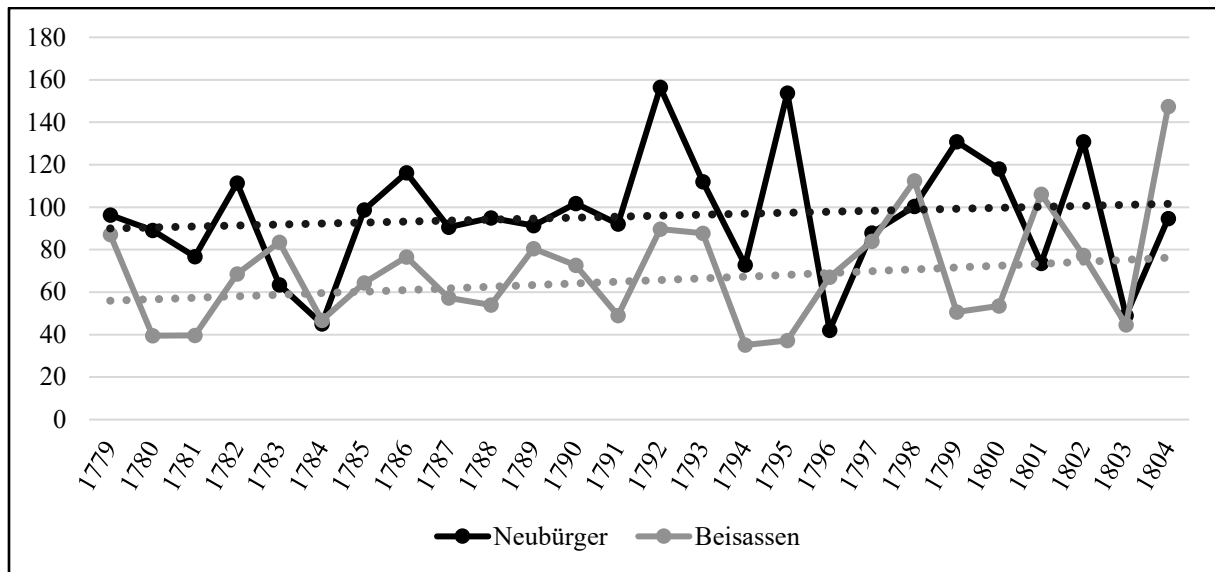
<sup>1284</sup> Siehe Anm. 1282.

**Tab. 20** Religionszugehörigkeit der Neubürger und Beisassen (1779–1804)<sup>1285</sup>

Herkunft	Stand	katholisch	lutherisch	mennonitisch	reformiert	jüdisch	unbekannt
<b>Mannheimer</b>	Bürger	96	124	2	119	0	366
	Beisassen	51	17	0	24	0	83
<b>Inländer</b>	Bürger	45	21	0	46	0	72
	Beisassen	40	13	0	28	0	50
<b>Ausländer</b>	Bürger	81	90	0	25	1	156
	Beisassen	47	30	0	7	0	110
<b>Unbekannte</b>	Bürger	7	11	0	3	0	75
	Beisassen	8	2	0	3	0	54
<b>gesamt</b>	<b>Bürger</b>	<b>229</b>	<b>246</b>	<b>2</b>	<b>193</b>	<b>1</b>	<b>669</b>
	<b>Beisassen</b>	<b>146</b>	<b>62</b>	<b>0</b>	<b>62</b>	<b>0</b>	<b>297</b>

<sup>1285</sup> Nicht für jeden Bürger oder Beisassen ist eine Religionszugehörigkeit aus den Einträgen der Ratsprotokolle ersichtlich gewesen. Um die Datenbasis nicht zu verfälschen, wurden Informationen aus den ergänzend hinzugezogenen Quellen nicht verzeichnet.





**Abb. 19** Mittlere Migrationsdistanz in Kilometern (1779–1804)

**Tab. 21** Herkunftsterritorien der Bürger- und Beisassenmigranten nach den Grenzen von 1789 (1779–1804)

Herkunftsterritorium	Bürger	Beisassen	gesamt
Kurfürstentum Pfalz-Bayern	290	257	547
Kurfürstentum Mainz	51	27	78
Haus Leiningen	19	16	35
Herzogtum Württemberg	24	11	35
Hochstift Speyer	24	7	31
Königreich Frankreich	22	9	31
Kondominat	16	9	25
Hochstift Worms	11	12	23
Landgrafschaft Hessen-Darmstadt	13	7	20
Landgrafschaft Hessen-Kassel	15	2	17
Fürstentum Pfalz-Zweibrücken	11	5	16
Kurfürstentum Trier	11	4	15
Erzherzogtum Österreich	5	6	11
Markgrafschaft Baden	7	4	11
Reichsstadt Frankfurt	10	1	11
Grafschaften Erbach	8	2	10
Hochstift Würzburg	7	3	10
Reichsstadt Worms	5	5	10
Königreich Sachsen	9	0	9
Vorderösterreich	7	2	9
Grafschaften Hohenlohe	5	3	8

<b>Herkunftsterritorium</b>	<b>Bürger</b>	<b>Beisassen</b>	<b>gesamt</b>
Königreich Preußen	7	1	8
Reichsstadt Speyer	5	3	8
Fürstentum Ansbach	3	4	7
Fürstentum Nassau-Weilburg	5	2	7
Herren von Venningen	3	3	6
Hochstift Bamberg	2	4	6
Pfalzgrafschaft Pfalz-Neuburg	5	1	6
Alte Eidgenossenschaft	4	1	5
Deutscher Orden	2	3	5
Königreich Böhmen	2	3	5
Fürstentum Nassau-Usingen	3	1	4
Fürstentum Wied	4	0	4
Herren von Berlichingen	3	1	4
Herren von Dalberg	2	2	4
Herren von Gemmingen	1	3	4
Herzogtum Braunschweig-Lüneburg	4	0	4
Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber	4	0	4
Grafschaft Oettingen	1	2	3
Herren von Dienheim	1	2	3
Herzogtum Mailand	3	0	3
Fürstentum Bayreuth	2	0	2
Fürstentum Fürstenberg	2	0	2
Grafschaft Isenburg-Offenbach	2	0	2
Grafschaft Löwenstein	1	1	2
Grafschaft Nassau-Saarbrücken	1	1	2
Herren Rüdert von Collenberg	2	0	2
Herren von Hallberg	1	1	2
Herren von Helmstatt	2	0	2
Herzogtum Berg	1	1	2
Herzogtum Sachsen-Coburg-Saalfeld	0	2	2
Herzogtum Sachsen-Meiningen	1	1	2
Hochstift Fulda	1	1	2
Hochstift Passau	2	0	2
Italien <sup>1286</sup>	2	0	2
Königreich Sardinien	2	0	2
Kurfürstentum Köln	0	2	2

<sup>1286</sup> Die exakte Herkunft der Italiener ist nicht feststellbar.

<b>Herkunftsterritorium</b>	<b>Bürger</b>	<b>Beisassen</b>	<b>gesamt</b>
Markgrafschaft Mähren	1	1	2
Reichsstadt Friedberg	2	0	2
Reichsstadt Nürnberg	1	1	2
Reichsstadt Schweinfurt	1	1	2
Reichsstadt Weißenburg	2	0	2
Rheingrafschaft	0	2	2
Ritterkanton Odenwald	1	1	2
Abtei Wadgassen	1	0	1
Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen	1	0	1
Fürstentum Löwenstein-Wertheim	1	0	1
Fürstentum Reuß	0	1	1
Fürstentum Salm-Kyrburg	0	1	1
Fürstentum Solms-Braunfels	1	0	1
Fürstentum Windisch-Graetz	1	0	1
Grafschaft Grumbach	1	0	1
Grafschaft Isenburg-Büdingen	1	0	1
Grafschaft Nassau-Dietz	1	0	1
Grafschaft Saarbrücken	1	0	1
Grafschaft Schaumburg-Lippe	0	1	1
Grafschaft Sponheim	1	0	1
Gut Dešenice	1	0	1
Herren von Bodman	1	0	1
Herren von Braxein	1	0	1
Herren von der Leyen	1	0	1
Herren von Hatzfeld	1	0	1
Herren von Kerpen	1	0	1
Herren von Malberg	1	0	1
Herren von Pappenheim	1	0	1
Herren von Walle	1	0	1
Herren von Wamboldt von und zu Umstadt	1	0	1
Herzogtum Mecklenburg	0	1	1
Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg	1	0	1
Herzogtum Savoyen	1	0	1
Hochstift Augsburg	1	0	1
Hochstift Eichstätt	0	1	1
Hochstift Essen	1	0	1
Hochstift Osnabrück	1	0	1
Hochstift Straßburg	1	0	1

<b>Herkunftsterritorium</b>	<b>Bürger</b>	<b>Beisassen</b>	<b>gesamt</b>
Kloster Murbach	0	1	1
Kloster Schwarzach	1	0	1
Königreich Ungarn	1	0	1
Landgrafschaft Hessen-Rotenburg	1	0	1
Landgrafschaft Nellenburg	1	0	1
Niedergrafschaft Katzenelnbogen	1	0	1
Pfalzgrafschaft Pfalz-Sulzbach	0	1	1
Reichsdorf Gochsheim	1	0	1
Reichsdorf Mommenheim	0	1	1
Reichsgrafen Fugger von Glött	0	1	1
Reichsstadt Dinkelsbühl	0	1	1
Reichsstadt Heilbronn	1	0	1
Reichsstadt Windsheim	0	1	1
Republik der Sieben Vereinigten Provinzen	1	0	1
Republik Venedig	1	0	1
Ritterkanton Baunach	0	1	1
Ritterkanton Kraichgau	1	0	1
Westfalen	1	0	1
Unbekannt	333	237	570
<b>gesamt</b>	<b>1 034</b>	<b>693</b>	<b>1 727</b>

**Tab. 22** Bürgereinzugsgelder der ledigen Neubürger (1779–1804)

<b>Gebühr</b>	<b>Mannheimer</b>	<b>Inländer</b>	<b>Ausländer</b>	<b>Unbekannter</b>	<b>gesamt</b>
<b>0 fl.</b>	294	4	2	0	<b>300</b>
<b>6 fl.</b>	5	1	1	7	<b>14</b>
<b>10 fl.</b>	16	20	12	23	<b>71</b>
<b>17 fl.</b>	0	0	0	1	<b>1</b>
<b>20 fl.</b>	3	5	48	14	<b>70</b>
<b>23,30 fl.</b>	0	1	0	0	<b>1</b>
<b>30 fl.</b>	0	1	1	1	<b>3</b>
<b>40 fl.</b>	0	0	3	2	<b>5</b>
<b>befreit</b>	3	1	0	2	<b>6</b>
<b>unbekannt</b>	1	0	0	1	<b>2</b>
<b>gesamt</b>	<b>322</b>	<b>33</b>	<b>67</b>	<b>51</b>	<b>473</b>

## 9. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 9.1 Ungedruckte Quellen

#### Erzbischöfliches Archiv Freiburg (EAF)

**Bestand** Taufbuch Mannheim, Obere Pfarrei, 1786–1793

**Bestand** Taufbuch Mannheim, Obere Pfarrei, 1789–1802

#### Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

**Bestand 61** Beilagen zum Kreisprotokoll

3469 3502

**Bestand 65** Nachlass Maler

45

**Bestand 77** Pfalz Generalia

782	787	789	794	797	810	818	819	826	902
	3816	3864	5032	5033	5034	5036	5053	6148	6150
	6151	6175	6354						

**Bestand 213** Mannheim, Stadt

16	313	347	354	375	408	867	936	979	991
	993	994	995	1040	1041	1048	1069	1203	1738
	1755	2523	2694	2812	3094	3113	3308	3403	3405
	3409	3417	3419	3724	3859	3860			

**Bestand 236** Badisches Innenministerium

2538

**Bestand 313** Kreisregierungen

2809a 2811 2816 2819

**Bestand 362** Bezirksamt Mannheim: Generalia, Orte

9942

#### Landesarchiv Speyer (LA Speyer)

**Bestand A 2** Kurpfalz, Akten

114/1 114/2

## Landeskirchliches Archiv Karlsruhe (LAK)

**Bestand 318** Mannheim Deutsch-ref. Gemeinde, 1764–1798

Taufen 1764–1798

**Bestand 322** Mannheim Deutsch-ref. Gemeinde, 1736–1821

Taufen 1780–1794

**Bestand 324** Mannheim Luth. Gemeinde mit Filialen Feudenheim, Käfertal und Neckarau,  
1710–1769, 1810–1821

Taufen 1818–1821

Trauungen 1810–1821

Mischbuch März 1760, 1770, Okt. 1765–März, März, Nov. 1791

**Bestand 325** Mannheim Deutsch-ref. Gemeinde, 1685–1822

Taufen 1746–1806 [Abschrift]

Taufen 1795–1818, LAK, Mannheim dt.-ref. Gemeinde.

## MARCHIVUM

**Bestand 8/1962** Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), 1807–1900

13	43	44	52	65	99	106	109	134	138
	159	171	181						

**Bestand 32/2001** Verlassenschaftsakten, 1623–1941

99	118	162	639	640	987	2822	3300	3301	3487
	3758	5598	7038						

**Bestand 2/1967** Katholisches Bürgerhospital

8      159

**Bestand 1/1900** Ratsprotokoll, 1661–2002

98–148              160              162

## Staatsarchiv Freiburg (SA FB)

**Bestand A 62/1** Regierung in Freiburg, (1662–)1802–1812

79

## 9.2 Gedruckte Quellen

Achtes Edikt. Verwaltung der StrafgerichtigkeitsPflege, in: Kurfürstlich Badische Landes-Organisation. In dreizehn Edikten mit Beilagen nebst einem Anhang, enthaltend ein Verzeichniß aller Ortschaften, Höfen und Zinken der Badischen alten und neuen Lande, Karlsruhe 1803, S. 199–284.

Addressbuch der jetzt bestehenden Kaufleute und Fabrikanten in Europa. Erster Band: Erste Abtheilung, Zweyte, ganz neu aufgenommene, mit vielen Städten und Adressen vermehrte und verbesserte Ausgabe, Nürnberg 1817.

Auffallendes Betragen der franz. Aristokraten zu Mannheim, in: Historisch-politisches Magazin, nebst litterarischen Nachrichten, beyder Rechte Licentiaten 10,6 (1791), S. 652–655.

Badische Gesetz- und Verordnungsblätter (2, 5–10, 14, 16, 18) 1804, 1807–1812, 1816, 1818, 1820.

Boswell, James, Boswells große Reise. Deutschland und die Schweiz. 1764, hg., eing. u. komm. v. Frederick A. Pottle, übers. v. Fritz Güttinger, Zürich 1955.

Chézy, Helmina von, Gemälde von Heidelberg, Mannheim, Schwetzingen, dem Odenwalde und dem Neckarthale. Wegweiser für Reisende und Freunde dieser Gegenden, Heidelberg 1816.

Dollmätsch, Bernhard (Hg.), Sammlung sämmtlicher Gesetze, Verordnungen, Verfügungen und Anordnungen welche in den Markgrafschaften und in dem Großherzogthum Baden über Gegenstände der Orts-Polizei seit dem Jahre 1712 bis 1832 erschienen sind, und nach den Bestimmungen des vierten Capitels der Gemeinde-Ordnung durch die Bürgermeister vollzogen werden. Band 1, Karlsruhe 1836.

Gerstner, Gottfried, Der Rheinkreis des Königreichs Baiern. Ein statistisches Gemälde nebst zwei Beilagen über öffentliche Gerichte und Gewerbswesen, Augsburg 1821.

Erläuterung der erneuerten Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, 21.11.1765, in: Franz Janson (Hg.), Materialien zu einem künftigen Gesezbuche für die Churpfälzischen Lande, und zum Nachschlagen bei künftigen Vorlesungen über das Churpfälzische Privatrecht, das ist: Churpfälzische Verordnungen nach der Chronologie, Heidelberg 1793, S. 264–293.

Erneuerte Conceßion für die Mannheimer Judenschaft, 27.07.1743, in: Franz Janson (Hg.), Materialien zu einem künftigen Gesezbuche für die Churpfälzischen Lande, und zum Nachschlagen bei künftigen Vorlesungen über das Churpfälzische Privatrecht, das ist: Churpfälzische Verordnungen nach der Chronologie, Heidelberg 1793, S. 10–14.

- Erneuerte Feuer- oder Brand-Ordnung, der Churfürstlich-Pfälzischen Haupt- und Residenz-Stadt Mannheim, Mannheim 1743.
- Erneuerung und respective Erweiterung der Mannheimer Privilegien, Mannheim 1743.
- Erneuerung und respective Erweiterung der Mannheimer Privilegien, Mannheim 1753.
- Gaum, Wilhelm, Praktische Anleitung zu vollständigen Armenpolizei-Einrichtungen. Mit besonderer Rücksicht auf das Armenwesen in Mannheim, Heidelberg 1807.
- Geiger, Carl Ignaz, Reise eines Engelländers durch Mannheim, Baiern und Oesterreich nach Wien, 2., vermehrte Auflage, Amsterdam 1790.
- Gesindeordnung, 16.04.1755, in: Franz Janson (Hg.), Materialien zu einem künftigen Gesetzbuche für die Churpfälzischen Lande, und zum Nachschlagen bei künftigen Vorlesungen über das Churpfälzische Privatrecht, das ist: Churpfälzische Verordnungen nach der Chronologie, Heidelberg 1793, S. 163–164.
- Göß, M. Georg Friedrich Daniel (Hg.), Statistik des Fürstenthums Ansbach, Ansbach 1805.
- Grimm, Johann Friedrich Karl, Bemerkungen eines Reisenden durch Deutschland, Frankreich, England und Holland in Briefen an seine Freunde. Erster Theil, Altenburg 1775.
- Kremmer, G. F., Reise-Taschenbüchlein für Lehrlinge und wandernde Handwerksgesellen. Zur Belehrung für junge Handwerker während ihrer Lehrzeit und auf ihrer Wanderschaft, Saalfeld 1840.
- Landolt, Johann Heinrich, Aufzeichnungen eines jungen Zürichers über seinen Aufenthalt in Mannheim im Jahre 1782, mitget. v. Heinrich Junck, in: MGB AF 7 (1906), Sp. 11–15.
- Lehmann Mayer, Julius, Die Mannheimer Judenschaft am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, hg. v. Paul R. Hirsch, in: MGB AF 23 (1922), Sp. 178–190.
- Lulofs, B. H., Mannheim im Jahre 1833. Ein Reisebericht von B. H. Lulofs, mitget. u. komm. v. Wilhelm Herrmann, übers. v. Gerhard Bauer, in: MGB NF 1 (1994), S. 251–271.
- Mangold, Erhard, Lesebuch für Lehrjungen und Gesellen eingerichtet von Erhard Mangold, neue Auflage, Bamberg/Würzburg 1812.
- Mannheimer Intelligenzblatt 1–3, 18–29 (1790–1792, 1807–1818).
- Mannheimer Rhein-Brücken-Ordnung über das von Ihrer Churfürstlichen Durchleucht zu Pfaltz gnädigst zu zahlen verordnete Brücken-Überfahrt und Durchlaß-Geld, Mannheim 1760.



- Medicus, Friedrich Casimir, Von dem Bevölkerungs-Stand in Chur-Pfalz vorzüglich in Mannheim, Frankfurt/Leipzig 1769.
- Neckar-Brücken-Ordnung, Über das von Ihrer Churfürstl. Durchl. zu Pfaltz zu zahlen gnädigst verordnete Brucken-Überfahrt- und Durchlaß Geld, Mannheim 1732.
- Oettingen-Spielberg, Johann Aloys II. von, Fürstlich Oetting- Oetting- und Oetting- Spielbergische Wanderordnung, Oettingen 1785.
- Polizei-Vorschriften für die Großherzoglich-Badische Hauptstadt Mannheim, 2., mit den neuen Verordnungen und Vorschriften, auch der allgemeinen Bau-Ordnung für die Stadt Mannheim vermehrte Auflage, Mannheim 1822.
- Polizey-Vorschriften für die Großherzoglich-Badische Haupt- und Residenz-Stadt Mannheim. Nach alphabetischer Ordnung, Mannheim 1807.
- Privilegia der ersten Churpfälzischen Haupt- und Residenz-Stadt Mannheim vom 23 December 1785, Mannheim 1785.
- Red, D., Charlotte Kast, geborne Behagel, gegen Rosine Kast, verw. Kessel in Gernsbach, in: Jahrbücher des Grossherzoglich Badischen Oberhofgerichts. Sammlung einiger neuern, bei dem Großherzoglich Badischen Oberhofgerichte im Criminal- und Civilsache ergangenen Erkenntnisse und Verfügungen, mit besonderer Rücksicht auf das neue Proceß-Verfahren 8 (1844), Sp. 270–311.
- Rieger, Johann Georg, Historisch-topographisch-statistische Beschreibung von Mannheim und seiner Umgebung. Nebst Gemälden von Heidelberg, der Bergstraße, von Weinheim, Ladenburg, Schwezingen [sic!], und dem dortigen Lustgarten, von Frankenthal, Worms, den Hardtgebirgen, von Dürkheim, Neustadt, Landau, Speier u. einem Anhang für Reisende, Mannheim 1824.
- Rotenstein, Gottfried von, Lustreise in die Rheingegenden. In Briefen an Frankreich. J. v. Pf., Frankfurt/Leipzig 1791.
- S\*\*z., Beispiel von Bürgertugend, in: Badisches Magazin 178 (30.07.1812), S. 703.
- Stadt Mannheimer Policye-Amts-Verfügungen, was zu Handhabung gemeiner Ruhe und Sicherheit des hiesigen ganzen Publici vornemlich zu beobachten seyn wolle, Mannheim 1773.

Wagner, Franz Blasius M., Churpfälzbayerisch gelehrt-decisives Universal-Gesetz-Lexikon, oder allgemein- von unterst- bis höchsten Amtsstufen diensam compendiös entscheiden-der Rechtsschlüssel, Bd. 3, Pappenheim 1800.

Warhafftige und gewisse Privilegien Der Stadt Mannheim in der Pfaltz gelegen. 1652, Heidelberg 1652.

Wehrer, J. F. (Hg.), Vollständige Sammlung der in den Provinzial- und Anzeige-Blättern erschienenen Verordnungen von der Entstehung dieser Blätter, also von 1803 an bis Ende 1835 in vier Abtheilungen. Nebst vollständigen alphabetischen Registern zu jeder Abtheilung und zur ganzen Sammlung, Bd. 1–4, Karlsruhe 1835/36.

Verzeichniß der Kranken, welche in dem Churfürstlichen Kloster, und Hospital der Fratrum Misericordiae zu Mannheim im Jahr [...] aufgenommen, und verpfleget worden (1772–1775). URL: [https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/verzeichniss\\_kranken\\_mannheim](https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/verzeichniss_kranken_mannheim) (15.12.2020).

Zehntes Edikt. Allgemeine und gesellschaftliche Staats-Institute, in: Kurfürstlich Badische Landes-Organisation. In dreizehn Edikten mit Beilagen nebst einem Anhang, enthaltend ein Verzeichniß aller Ortschaften, Höfen und Zinken der Badischen alten und neuen Lande, Karlsruhe 1803, S. 285–331.

Zur Geschichte edler Handlungen, in: Badisches Magazin 181 (04.08.1812), S. 713–714.

### 9.3 Internetquellen

Georg, Stephan, Entfernungsrechner, in: luftlinie.org. URL: <https://www.luftlinie.org/> (15.12.2020).

Heidermanns, Frank, Johann Martin Reinhard, in: Ders. (Bearb.), Genealogie, URL: <http://www.heidermanns.net/gen-pers.php?ID=61016> (15.12.2020).

Integration & Migration, in: Stadt Mannheim (2020). URL: <https://www.mannheim.de/de/service-bieten/integration-migration> (15.12.2020).

Koehler, Peter M., Stammbaum von Anna Catharina Gaddum, in: Ders. (Bearb.), Vorfahren. URL: <http://drhzb.g.de/webtrees/pedigree.php?rootid=I442&ged=koehler> (15.12.2020).

Mannheimer Intelligenzblatt 1790–1792, in: Bayerische Staatsbibliothek (2020). URL: <https://digipress.digitale-sammlungen.de/calendar/newspaper/bsbmult00000141> (15.12.2020).

Mannheimer Intelligenzblatt 1807–1818, in: UB Mannheim (2020). URL: [https://digi.bib.uni-mannheim.de/periodika/zeitungen/werksansicht/?tx\\_dlf%5Bid%5D=2170&tx\\_dlf%5Bpage%5D=1&cHash=8d24d70dac4bc5a5262a7cda7e74e558](https://digi.bib.uni-mannheim.de/periodika/zeitungen/werksansicht/?tx_dlf%5Bid%5D=2170&tx_dlf%5Bpage%5D=1&cHash=8d24d70dac4bc5a5262a7cda7e74e558) (15.12.2020).

MARCHIVUM, Polizeipräsidium (Familienstandsbögen), Zug. 8/1962, in: Ancestry, Mannheim, Deutschland, Familienbögen, 1760–1900 (Datenbank online) (2014). URL: <https://www.ancestry.de/search/collections/7575/> (15.12.2020).

OpenStreetMap. URL: [www.openstreetmap.org/copyright](http://www.openstreetmap.org/copyright) (15.12.2020).

Pflüger, Peter Heinz, Maria Barbara Koob (02.07.2019), in: GEDBAS. URL: <http://gedbas.genealogy.net/person/show/1228501019> (15.12.2020).

## 9.4 Literaturverzeichnis

Arnold, Hermann, Das Vagantenunwesen in der Pfalz während des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Bevölkerungskunde der Pfalz, in: MHVPf 55 (1957), S. 117–152.

Arnscheidt, Grit, Aus aller Herren Länder. Das Mannheimer Experiment vor 350 Jahren, in: Badische Heimat 83 (2003), S. 398–404.

Art. „Hendel-Schütz, Henriette“, in: Carl-Maria-von-Weber-Gesamtausgabe. Digitale Edition (20.12.2017). URL: <https://weber-gesamtausgabe.de/de/A000801.html> (15.12.2020).

Art. „Gewerbe-Geld“, in: J. G. Krünitz, Oekonomische Encyclopädie (1773–1858). Online Version. URL: [www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/n/kn01039.htm](http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/n/kn01039.htm) (15.12.2020).

Art. „Négociant“, in: Wein-Plus. Glossar (19.12.2019). URL: <https://glossar.wein-plus.eu/negociant> (15.12.2020).

Art. „Stengel, Stephan von“, in: Carl-Maria-von-Weber-Gesamtausgabe. Digitale Edition (16.12.2017). URL: <http://weber-gesamtausgabe.de/A008731> (15.12.2020).

Augel, Johannes, Italienische Einwanderung und Wirtschaftstätigkeit in rheinischen Städten des 17. und 18. Jahrhunderts, Bonn 1971.

Bade, Klaus J., Altes Handwerk, Wanderzwang und Gute Policey: Gesellenwanderung zwischen Zunftökonomie und Gewerbereform, in: VSWG 69,1 (1982), 1–37.

Ders., Bericht für das Goethe-Institut. Migration, Migrationsforschung, Migrationspolitik, München 2002.

- Bassermann, Ernst, Mannheimer Familien. 3. Die Familie Gaddum, in: MGB AF 8 (1912), Sp. 158–163.
- Ders., Mannheimer Familien. 5. Die Familie Reinhardt, in: MGB AF 17 (1916), Sp. 136–141.
- Bayer, Tilde, Die Juden in Mannheim während der Regierungszeit des Kurfürsten Karl Ludwig 1661–1680, Univ. Mannheim Magisterarbeit, Mannheim 1988.
- Becker, Siegfried, Kirchenbücher als Quellen der historischen Migrationsforschung. Vorüberlegungen zu einem Forschungsprojekt, in: Ders. (Hg.), Zuwandern, Einleben, Erinnern. Beiträge zur historischen Migrationsforschung. Referate des 7. Forums für Hessische Landesgeschichte am 22.9.2007 in Hanau-Steinheim, Marburg 2009, S. 157–194.
- Bethin, Thomas David, Die Fremden in sächsisch-thüringischen Städten im Zeitraum vom 13. bis 16. Jahrhundert, Halle an der Saale 2014.
- Blankstein, Arthur, Die Mitglieder der Mannheimer Handelskammer 1728–1830–1907, in: MGB AF 8 (1907), Sp. 109–116.
- Boegl, Alfons, Die Straßen der Pfalz. 1700–1792 (= Archiv für die Geschichte des Straßenwesens, Heft 6), Bonn 1980.
- Boelcke, Willi A., Die Wirtschaft in der Zeit des Spätmerkantilismus (1770–1780). Beiwort zur Karte 11,4, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg: Erläuterungen, Stuttgart<sup>6</sup> 1977, S. 1–15.
- Böhm, Ludwig W., Von den Zünften in Alt-Mannheim, in: Ders. (Bearb.)/Erich Gropengießer/Herbert Mayer (Hgg.), Mannheim und der Rhein-Neckar-Raum. Studien zu Kunst und Geschichte der Pfalz (= Forschungen zur Geschichte Mannheims und der Pfalz, Bd. 4), Mannheim 1965.
- Borgius, Walter, Mannheim und die Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels (= Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, Bd. 2.1), Freiburg im Breisgau/Leipzig/Tübingen 1899.
- Braun, Fritz, Einwanderung und Auswanderung, in: Ders./Franz Rink (Bearb.), Das Bürgerbuch der Stadt Kaiserslautern. 1597–1800 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Kaiserslautern, Bd. 1), Otterbach-Kaiserslautern, S. 347–380.
- Breustedt, Sonja, Bürger- und Beisassenrecht. Die rechtspolitische Steuerung der Immigration im frühneuzeitlichen Frankfurt am Main, in: ZHF 44 (2017), S. 597–633.

- Budde, Kai/Hartmut Knittel, Mannheim auf Achse. Mobilität im Wandel. 1607–2007, in: Thomas Herzig/Kai Budde (Hgg.), Mannheim auf Achse. Mobilität im Wandel. 1607–2007. Katalog, Mannheim 2007, S. 6–11.
- Bulst, Neithard, Fremde in der Stadt. Zur Wahrnehmung und zum Umgang mit „den Anderen“ im Spiegel der mittelalterlichen deutschen Stadtrechte, in: Johannes Altenberend (Hg.), Kloster - Stadt – Region. Festschrift für Heinrich Rüthing, Bielefeld 2002, S. 45–64.
- Deutsche Bibliothek/Deutsches Buch- und Schriftmuseum der Deutschen Bücherei Leipzig (Hgg.), Internationale Bibliographie zur Papiergeschichte (IBP). Berichtszeit: bis einschließlich 1996. Bd. 1. Allgemeine Geschichte des Papiers. Territorien und Orte, München 2003.
- Diezinger, Sabine, Französische Emigranten und Flüchtlinge in der Markgrafschaft Baden 1789–1800, in: Volker Rödel (Hg.), Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789–1798) (= Oberrheinische Studien, Bd. 9), Sigmaringen 1991, S. 275–284.
- Dreifuß, Erwin, Die Namensänderungen der Mannheimer Juden zu Anfang des 19. Jahrhunderts, in: MGB 26 (1925), Sp. 88–89.
- Dumont, Franz, Die Emigranten in Deutschland, in: Ders./Franklin Kopitzsch/Axel Kuhn [u. a.] (Bearb.), Deutschland und die Französische Revolution 1789/1989. Eine Ausstellung des Goethe-Instituts zum Jubiläum des welthistorischen Ereignisses, Stuttgart 1989, S. 89–93.
- Dünzelmann, Anne, Vom Gaste, den Joden und den Fremden – Zur Ethnographie von Immigration, Rezeption und Exkludierung Fremder am Beispiel der Stadt Bremen vom Mittelalter bis 1848, Hamburg 2001.
- Ebert, Jochen, Auf der Suche nach Lohn und Brot. Fremde in der Stadt und auf dem Land in der Landgrafschaft Hessen-Kassel im 17. und 18. Jahrhundert, in: Siegfried Becker (Hg.), Zuwandern, Einleben, Erinnern. Beiträge zur historischen Migrationsforschung. Referate des 7. Forums für Hessische Landesgeschichte am 22.9.2007 in Hanau-Steinheim, Marburg 2009, S. 56–73.
- Ders., Willkommene und ungebetene Gäste. Fremde in Kassel im 18. Jahrhundert, in: Heide Wunder/Christina Vanja/Karl-Hermann Wegner (Hgg.), Kassel im 18. Jahrhundert. Residenz und Stadt, Kassel 2000, S. 262–283.

- Ehmer, Josef, Migrationen in der historischen Forschung – Themen und Perspektiven, in: Heinz Fassmann/Julia Dahlvik (Hgg.), Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader, 2., erweiterte und überarbeitete Auflage, Göttingen 2012, S. 95–108.
- Euler, Friedrich Wilhelm, Die Familie Engelhorn in Mannheim. Vorfahren und Nachkommen des Gründers der BASF: Kommerzienrat Friedrich Engelhorn (1821–1902), Grünstadt 1986.
- Fahrmeir, Andreas, Ausweis und Passage – Reisende Juden in den deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 9 (2010), S. 119–137.
- Ders., Migratorische Deregulierung durch Reichseinigung, in: Jochen Oltmer (Hg.), Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2006, S. 319–340.
- Ders., Staatliche Abgrenzungen durch Passwesen und Visumszwang, in: Jochen Oltmer (Hg.), Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2006, S. 221–245.
- Feder, Heinrich von, Geschichte der Stadt Mannheim, nach den Quellen bearbeitet. Bd. 1–2, Mannheim/Straßburg 1877.
- Feist, Dagmar, Zwangsbekehrung jüdischer Kinder in der Kurpfalz im 18. Jahrhundert – Zur Frage der Toleranz in der Zeit der Aufklärung, in: Horst Lademacher/Renate Loos/Simon Groenveld (Hgg.), Ablehnung – Duldung – Anerkennung. Toleranz in den Niederlanden und in Deutschland. Ein historischer und aktueller Vergleich (= Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas, Bd. 9), Münster/New York/München [u. a.] 2004, S. 400–421.
- François, Etienne, Koblenz im 18. Jahrhundert. Zur Sozial- und Bevölkerungsstruktur einer deutschen Residenz (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 72), Göttingen 1982.
- Friedmann, Helmut, Alt-Mannheim im Wandel seiner Physiognomie, Struktur und Funktionen (1606–1865), Univ. Mannheim Dissertation, Mannheim 1968.
- Fries, Hans Hermann, Art. „Engelmann, Julius Bernhard“, in: BBKL 33, Nordhausen 2012, Sp. 383–390.
- Fritz, Gerhard, *Eine Rotte von allerhandt rauberischem Gesindt*. Öffentliche Sicherheit in Südwestdeutschland vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Ende des Alten Reiches

- (= Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6), Ostfildern 2004.
- Gall, Alexander, Straßen und Straßenverkehr (19./20. Jahrhundert), in: Historisches Lexikon Bayerns (07.08.2013). URL: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Stra%C3%9Fen\\_und\\_Stra%C3%9Fenverkehr\\_\(19./20.\\_Jahrhundert\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Stra%C3%9Fen_und_Stra%C3%9Fenverkehr_(19./20._Jahrhundert)) (15.12.2020).
- Gall, Lothar, Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze, München 1996.
- Ders., Die Stadt der bürgerlichen Gesellschaft – das Beispiel Mannheim, in: Dieter Hein/Andreas Schulz/Eckhardt Treichel (Hgg.), Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze, München 1996, S. 38–54.
- Gassert, Michael, Kulturtransfer durch Fernhandelskaufleute. Stadt, Region und Fernhandel in der europäischen Geschichte. Eine wirtschaftshistorische Untersuchung der Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Vorgängen und kulturellen Entwicklungen anhand von Karten, 12. bis 16. Jahrhundert, Frankfurt 2001.
- Gerber, Roland, Die Einbürgerungsfrequenzen spätmittelalterlicher Städte im regionalen Vergleich, in: Rainer Christoph Schwinges (Hg.), Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550), Berlin 2002, S.251–288.
- Gestrich, Andreas, Integration im Nachbardorf. Probleme ländlicher Heiratsmobilität in Süddeutschland im 18. und 19. Jahrhundert, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hgg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel (= Stuttgarter Beiträge zur Historischen Migrationsforschung, Bd. 3), Stuttgart 1997, S. 111–119.
- Ders./Lutz Raphael (Hgg.), Inklusion/Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart (= Inklusion/Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart, Bd. 5), 2., durchgesehene Auflage, Frankfurt am Main 2008.
- Giebmeier, Angela, „Die übertriebensten und schändlichsten Forderer“? Wirte und Wirtshäuser in Wesel am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Dies. (Hg.), „Das Wichtigste ist der Mensch“. Festschrift für Klaus Gerteis zum 60. Geburtstag, Mainz 2000, S. 563–582.
- Goebel, Max, Aus dem Leben von Carl Reinhardt, Pfarrer in Puderbach. Ein Beitrag zur Geschichte des christlichen Lebens unserer Zeit, Neuwied 1857.

- Görler, Ingeborg, *So sahen sie Mannheim*, Stuttgart/Aalen 1974.
- Gosewinkel, Dieter, *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 150), Göttingen 2001.
- Grosse, Rudolf, *Das Postwesen in der Kurpfalz im 17. und 18. Jahrhundert* (= Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen, Bd. 5,4), Tübingen/Leipzig 1920.
- Groth, Otto, *Die Zeitung. Allgemeine Zeitungskunde*. Bd. 1, Mannheim 1928.
- Guillemenot-Ehrmantraut, Dominique, *L'Église Réformée de Langue Française de Mannheim de 1652 à 1689* (= Vie des Huguenots, Bd. 27), Paris 2003.
- Häberlein, Mark/Irmgard Schwanke/Eva Wiebel/Martin Zürn, *Fremde in der frühneuzeitlichen Stadt. Integration und Abgrenzung in Südwestdeutschland und Pennsylvania*, in: *Mitteilungen. Institut für Europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg* 10 (2002), S. 9–42.
- Hahn, Sylvia, *Historische Migrationsforschung*, Frankfurt/New York 2012.
- Härter, Karl, *Arbeit, Armut, Ausgrenzung: Rechtliche Reglementierung von Wanderbewegungen und Migrationspolitik im hessischen Raum zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert*, in: Siegfried Becker (Hg.), *Zuwandern, Einleben, Erinnern. Beiträge zur historischen Migrationsforschung; Referate des 7. Forums für Hessische Landesgeschichte am 22.9.2007 in Hanau-Steinheim, Marburg 2009*, S. 28–55.
- Ders., *Grenzen, Streifen, Pässe und Gesetze. Die Steuerung von Migration im frühneuzeitlichen Territorialstaat des Alten Reiches (1648–1806)*, in: Jochen Oltmer (Hg.), *Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2006, S. 45–86.
- Hauck, Karl, *Geschichte der Stadt Mannheim zur Zeit ihres Ueberganges an Baden*, Leipzig 1899.
- Heiman, Hanns, *Die Neckarschiffer. Teil 1. Beiträge zur Geschichte des Neckarschiffergewerbes und der Neckarschiffahrt*, Heidelberg 1907.
- Hein, Dieter, *Stadt und Bürgertum in Baden. Karlsruhe und Mannheim vom Ancien Régime bis zur Revolution 1848/49*, Frankfurt am Main 1995.
- Ders., *Umbruch und Aufbruch. Bürgertum in Karlsruhe und Mannheim 1780–1820*, in: Lothar Gall (Hg.), *Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820* (= Historische Zeitschrift, Beiheft 14), München 1991, S. 447–516.



- Heitmann, Klaus, „Die Erinnerung an Mannheim wird mir ewig teuer bleiben“. Cosimo Alessandro Collini über die Kurpfalz in seinen *Lettres sur les Allemands* (1790), in: MGB NF 1 (1994), S. 207–224.
- Hippel, Wolfgang von, Die Kurpfalz zur Zeit Carl Theodors – wirtschaftliche Aspekte, in: Alfried Wieczorek/Hansjörg Probst/Wieland Koenig (Hgg.), *Lebenslust und Frömmigkeit. Kurfürst Carl-Theodor (1724–1799) zwischen Barock und Aufklärung*. Handbuch. Bd. 1, Regensburg 1999, S. 183–192.
- Hirsch, Hans-Joachim, In „kargen Zeiten“?, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), *Geschichte der Stadt Mannheim*. Bd. 2. 1801–1914, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 58–139.
- Hitzer, Bettina, Freizügigkeit als Reformergebnis und die Entwicklung von Arbeitsmärkten, in: Jochen Oltmer (Hg.), *Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2006, S. 245–290.
- Hook, Karl, Mannheim in Wort, Zahl und Bild. Seine Entwicklung seit 1900. Ein Handbuch, Mannheim 1954.
- Huber, Line, Bürgerannahme in der Residenzstadt Mannheim. Im Jahr des Regierungsantritts des Churfürsten Carl Theodor 1743, in: *Badische Heimat* 1 (2000), S. 81–86.
- Jütte, Robert, Arme, Bettler, Beutelschneider. Eine Sozialgeschichte der Armut in der Frühen Neuzeit, aus dem Englischen von Rainer von Savigny, Weimar 2000.
- Kaisers, Hans, Mannheims Oberbürgermeister Johann Wilhelm Reinhardt (1752–1826), in: MGB NF 21 (2011), S. 5–10.
- Karstens, Simon, Ständeordnung und Territorialstaat. Die Rechte Fremder in der Frühen Neuzeit, in: Altay Coşkun/Lutz Raphael (Hgg.), *Fremd und rechtlos? Zugehörigkeitsrechte Fremder von der Antike bis zur Gegenwart*. Ein Handbuch, Köln/Weimar/Wien, 2014, S. 241–268.
- Keller, Volker, Das Alte Kaufhaus in Mannheim und eine Bürgerinitiative, in: *Badische Heimat* 66 (1986), S. 473–487.
- Ders., *Jüdisches Leben in Mannheim*, Mannheim 1995.
- Kirchgässner, Bernhard, Integrationsprobleme einer bürgerlichen Gründungsstadt Mannheim 1660–1720, in: *Schriften der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz*. Mannheimer Altertumsverein von 1859 22 (1992), S. 5–44.

- Kistner, Adolf, Die Mannheimer Todesfahrt, in: MGB AF 38 (1917), Sp. 110–119.
- Koch, Bruno, Integration von Neubürgern in die Städte des späten Mittelalters, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hgg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997, S. 75–85.
- Ders., Neubürger in Zürich. Migration und Integration im Spätmittelalter (= Forschungen zur Mittelalterlichen Geschichte, Bd. 40), Weimar 2002.
- Ders., Quare magnus artificus est: migrierende Berufsleute als Innovationsträger im späten Mittelalter, in: Rainer Christoph Schwinges (Hg.), Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550), Berlin 2002, S. 407–443.
- Kraus, Antje, Die rechtliche Lage der Unterschicht im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, in: Hans Mommsen/Winfried Schulze (Hgg.), Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung (= Geschichte und Gesellschaft, Bd. 24), Stuttgart 1981.
- Krauss, Marita, Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Phänomen, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hgg.), Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997, S. 11–25.
- Krauß, Martin, Armenwesen in Mannheim vor der Industrialisierung. 1750–1850/60 (= Quellen und Darstellungen zur Mannheimer Stadtgeschichte, Bd. 2), Sigmaringen 1993.
- Kreutz, Wilhelm/Hermann Wiegand, Kleine Geschichte der Stadt Mannheim, Karlsruhe 2008.
- Ders., Lesegesellschaften im Mannheim des ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhunderts, in: Jörg Kreutz/Berno Müller (Hgg.), Aufklärung in der Kurpfalz. Beiträge zu Institutionen, Sozietäten und Personen, Ubstadt-Weiher/Heidelberg/Basel [u. a.] 2008, S. 107–122.
- Kreutz, Wilhelm, Mannheim wird badisch, in: Armin Kohne (Hg.), ... so geht hervor ein‘ neue Zeit. Die Kurpfalz im Übergang an Baden 1803. Ausstellungskatalog, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2003, S. 192–206.
- Kromer, Wolfgang, „Ich wollt‘ auch einmal in die Stadt“. Zuwanderungen nach Mannheim vor dem Zweiten Weltkrieg, illustriert an Wanderungsbiographien aus dem badischen Odenwald, Heidelberg 1986.

- Küntzel, Astrid, Die Überwachung von Fremden in Köln im 18. Jahrhundert. Normen und Wirklichkeit in einer freien Reichsstadt (= PolicyWorkingPapers, Bd. 9), in: Working Papers des Arbeitskreises Policy/Polizei im vormodernen Europa (2005). URL: [https://www.univie.ac.at/policy-ak/pwp/pwp\\_09.pdf](https://www.univie.ac.at/policy-ak/pwp/pwp_09.pdf) (15.12.2020).
- Dies., Fremde in Köln. Integration und Ausgrenzung zwischen 1750 und 1814 (= Stadt und Gesellschaft, Bd. 4), Köln/Weimar 2008.
- Landwehr, Achim, Norm, Normalität, Anomale. Zur Konstitution von Mehrheit und Minderheit in württembergischen Policyordnungen der Frühen Neuzeit: Juden, Zigeuner, Bettler, Vaganten, in: Mark Häberlein/Martin Zürn (Hgg.), Minderheiten, Obrigkeit und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit. Integrations- und Abgrenzungsprozesse im süddeutschen Raum, St. Katharinen 2001, S. 41–74.
- Leibbrand, Walter, Beiwort zur Karte 10,2. Postrouten (Postcourse) in Baden-Württemberg 1490–1803, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Erläuterungen, Stuttgart<sup>8</sup> 1980, S. 1–15.
- Litten, Mirjam, Bürgerrecht und Bekenntnis. Städtische Optionen zwischen Konfessionalisierung und Säkularisierung in Münster, Hildesheim und Hamburg, Hildesheim/Zürich/New York 2003.
- Löffler, Kaspar, Geschichte des Verkehrs in Baden, insbesondere der Nachrichten- und Personenbeförderung (Boten-, Post- und Telegraphenverkehr) von der Römerzeit bis 1872, Heidelberg 1910.
- Loster-Schneider, Gudrun, Mannheim in Reisebeschreibungen des 18. Jahrhunderts (= Schriften der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz, Bd. 20), Mannheim 1987.
- Löwenstein, Leopold, Geschichte der Juden in der Kurpfalz. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt (= Beiträge zur Geschichte der Juden in Deutschland, Bd. 1), Frankfurt am Main 1895, S. 219.
- Manz, Volker, Fremde und Gemeinwohl. Integration und Ausgrenzung in Spanien im Übergang vom Ancien Régime zum frühen Nationalstaat, Stuttgart 2006.
- Metasch, Frank, Die Einwanderung und Integration von Exulanten in Dresden während des 17. und 18. Jahrhunderts, TU Dresden Dissertation, Dresden 2006.

- Mörz, Stefan, Aufgeklärter Absolutismus in der Kurpfalz während der Mannheimer Regierungszeit des Kurfürsten Karl Theodor (1742–1777), Stuttgart 1991.
- Ders., Glanz der Residenz zur Karl-Theodor-Zeit, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 1. 1607–1801, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 373–527.
- Ders., Hauptstadt ohne Kurfürst, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 1. 1607–1801, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 528–585.
- Ders., Verwaltungsstruktur der Kurpfalz zum Zeitpunkt des bayrischen Erbfalls, in: MHVPf 84 (1986), S. 403–465.
- Müller, Christina, Karlsruhe im 18. Jahrhundert. Zur Genese und sozialen Schicht einer residenzstädtischen Bevölkerung (= Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte, Bd. 1), Karlsruhe 1992.
- Neutsch, Cornelius/Harald Witthöft, Kaufleute zwischen Markt und Messe, in: Hermann Bausinger/Klaus Beyrer/Gottfried Korff (Hgg.), Reisekultur. Von der Pilgerfahrt zum modernen Tourismus, München 1991, S. 75–82.
- Nieß, Ulrich /Philipp Gassert (Hgg.), Migration im Quadrat. 25 Mannheimer Biographien, Mannheim 2016.
- Nolte, Paul, Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden, 1800–1850. Tradition, Radikalismus, Republik (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 102), Göttingen 1994.
- Oltmer, Jochen, Einleitung: Staat im Prozess der Aushandlung von Migration, in: Ders. (Hg.), Handbuch. Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2006.
- Ders., Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016.
- Pelz, Annegret, Reisen Frauen anders? Von Entdeckerinnen und reisenden Frauenzimmern, in: Hermann Bausinger/Klaus Beyrer/Gottfried Korff (Hgg.), Reisekultur. Von der Pilgerfahrt zum modernen Tourismus, München 1991, S. 174–178.
- Perruchoud, Richard/Jillyanne Redpath-Cross, Glossary on Migration, Genf 2011.
- Pister, Sarah, Zum Quellenwert von Fremdenlisten. Aufbereitung und Auswertung der in Mannheim ankommenden und durchreisenden Fremden anhand des *Mannheimer Intelligenzblattes*, Univ. Mannheim unveröff. Masterarbeit, Mannheim 2017.

- Probst, Hansjörg, Bevölkerungsstatistik im 18. Jahrhundert am Beispiel Seckenheim, in: MGB NF 8 (2001), S. 411–418.
- Ders., Neckarau. Bd. 2. Vom Absolutismus bis zur Gegenwart, Mannheim 1989.
- Reber, Horst, Art. „Melchior, Johann Peter“, in: NDB Online Version (1994).  
URL: <https://www.deutsche-biographie.de/sfz70686.html> (15.12.2020).
- Reese, Armin, Aufnahme von „Landfremden“ in der Frühen Neuzeit: Die Anfänge, in: Ders. (Hg.), Eigenständigkeit und Integration. Das Beispiels Rhein-Neckar-Raum (= Beiträge aus dem Fachbereich IV, Bd. 1), Villingen-Schwellingern 1987, S. 80–118.
- Reininghaus, Wilfried, Migrationen von Handwerkern. Anmerkungen zur Notwendigkeit von Theorien, Konzepten und Modellen, in: Knut Schulz (Hg.), Handwerk in Europa. Vom Spätmittelalter bis zur Frühen Neuzeit (= Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 41), München 1999, S. 195–212.
- Reith, Reinhold, Zünfte im Süden des Alten Reiches: Politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte, in: Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Das Ende der Zünfte. Ein europäischer Vergleich (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 151), Göttingen 2002, S. 39–70.
- Rheinheimer, Martin, Arme, Bettler und Vaganten. Überleben in der Not 1450–1850, Frankfurt am Main 2000.
- Riedel, Wilhelm, Karl Philipp von Wrede. Fürst und Feldmarschall, nach seinem Leben und Wirken. Ein Beitrag zu den Lebensumrissen berühmter Männer aus Bayern, Ulm 1839.
- Roeck, Bernd, Außenseiter, Randgruppen, Minderheiten. Fremde im Deutschland der frühen Neuzeit (= Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 1568), Göttingen 1993.
- Rödel, Walter G., Mainz und seine Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert. Demographische Entwicklung, Lebensverhältnisse und soziale Strukturen in einer geistlichen Residenzstadt (= Geschichtliche Landeskunde, Bd. 28), Stuttgart 1985.
- Rosenthal, Berthold, Der erste Schritt zur Gleichberechtigung der Juden in Mannheim, in: IGB 7 (1931), S. 4–7.
- Ders., Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem geschichtlichen Auftreten bis zur Gegenwart, Bühl/Baden 1927.
- Rudersdorf, Jochen, Francisco de Miranda (1750–1816) und sein Besuch in Mannheim, Heidelberg und Schwetzingen 1788, in: MGB NF 29 (2015), S. 11–20.

- Ryhiner, Hans-Peter (Hg.), Ryhiner. Die Familie Ryhiner. 500 Jahre im Basler Bürgerrecht. 1518–2018, Basel 2018.
- Safley, Thomas Max, Der „Bürger“ im Spiegel des „Augsburger Intelligenzzettels“, in: Sabine Doering-Manteuffel/Josef Mančal/Wolfgang Wüst (Hgg.), Pressewesen der Aufklärung. Periodische Schriften im Alten Reich (= Colloquia Augustana, Bd. 15), Berlin 2001, S. 381–390.
- Sarrazin, Joseph, General Mirabeau-Tonneau (1754–1792), in: Schau-ins-Land 17 (1891), S. 64–85.
- Sauer, Paul, Fremde in Stuttgart im 17. und 18. Jahrhundert, in: Wolfgang Schmierer (Hg.), Aus südwestdeutscher Geschichte. Festschrift für Hans-Martin Maurer, Stuttgart 1994, S. 462–472.
- Schaab, Meinrad, Die Anfänge einer Landesstatistik im Herzogtum Württemberg, in den Badi-schen Markgrafschaften und in der Kurpfalz, in: ZWLG 26 (1967), S. 89–112.
- Ders., Geschichte der Kurpfalz. Bd. 2: Neuzeit, Stuttgart/Berlin/Köln 1992.
- Ders., Mannheim. Typus und Individualität einer oberrheinischen Festungs-, Residenz- und In-dustriestadt, in: Mannheimer Hefte (1977), S. 7–17.
- Schaser, Angelika, Städtische Fremdenpolitik im Deutschland der Frühen Neuzeit, in: Alexan-der Demandt (Hg.), Mit Fremden leben. Eine Kulturgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, München 1995.
- Schilling, Lothar, Die Karlsruher und Bruchsaler Wochenblätter als „öffentliche Policeyanstal-ten“, in: Sabine Doering-Manteuffel/Josef Mančal/Wolfgang Wüst (Hgg.), Pressewesen der Aufklärung. Periodische Schriften im Alten Reich (= Colloquia Augustana, Bd. 15), Berlin 2001, S. 295–333.
- Schilling, Heinz, Niederländische Exulanten im 16. Jahrhundert. Ihre Stellung im Sozialgefüge und im religiösen Leben deutscher und englischer Städte (= Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, Bd. 187), Gütersloh 1972.
- Schlösser, Susanne, Eine Neigung für die rote Mütze? Im Zeitalter der Französischen Revolu-tion, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 1. 1607–1801, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 586–645.

- Schmidt, Jürgen Michael, Armut, Bettelei und Fahrendes Volk, in: Sönke Lorenz (Hg.), Große Landesausstellung Baden-Württemberg Spätmittelalter am Oberrhein. Bd. 2. T. 2. Alltag, Handwerk und Handel, 1350–1525. Aufsatzband, Stuttgart 2001, S. 577–587.
- Schnabel-Schüle, Helga, Zugehörigkeit und Verfassungsstaat, in: Lutz Raphael/Herbert Uerlings (Hgg.), Zwischen Ausschluss und Solidarität. Modi der Inklusion/Exklusion von Fremden und Armen in Europa seit der Spätantike (= Inklusion/Exklusion. Studien zur Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart, Bd. 6), S. 293–310.
- Schönfeldt, Anette, „... hierzu gehöret mehr Kenntniß als Anno 1789. Die Druckerei des Katholischen Bürgerhospitals Mannheim in der Zeit des Umbruchs 1789–1819 (= Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim – Institut für Stadtgeschichte, Bd. 35), Mannheim 2008.
- Schubert, Ernst, Fahrendes Volk im Mittelalter, Bielefeld 1995.
- Ders., Mobilität ohne Chance: Die Ausgrenzung des fahrenden Volkes, in: Winfried Schulze (Hg.), Städtische Gesellschaft und soziale Mobilität (= Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 12), München 1988, S. 113–164.
- Schuchardt, Hugo, Über Fremdenlisten, in: Grazer Tagespost (17.02.1901).
- Schulz, Knut, Handwerkerwanderungen und Neubürger im Spätmittelalter, in: Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550), Berlin 2002, S. 445–477.
- Ders., Handwerksgesellen und Lohnarbeiter. Untersuchungen zur oberrheinischen und oberdeutschen Stadtgeschichte des 14. bis 17. Jahrhunderts, Sigmaringen 1985.
- Schunka, Alexander, Gäste, die bleiben. Zuwanderer in Kursachsen und der Oberlausitz im 17. und frühen 18. Jahrhundert angelegt (= Pluralisierung und Autorität, Bd. 7), Hamburg 2006.
- Schwanke, Irmgard, Fremde in Offenburg. Religiöse Minderheiten und Zuwanderer in der Frühen Neuzeit, Konstanz 2005.
- Schwinges, Rainer Christoph, Die Herkunft der Neubürger: Migrationsräume im Reich des späten Mittelalters, in: Ders. (Hg.), Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550), Berlin 2002, S. 371–408.
- Ders. (Hg.), Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550), Berlin 2002.

- Seifert, Wolfgang, Migration. Begriffliche Vorklärungen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (31.05.2012). URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138008/begriffliche-vorklaerungen> (15.12.2020).
- Seiring, Claudia, Fremde in der Stadt (1300–1800). Die Rechtsstellung Auswärtiger in mittelalterlichen und neuzeitlichen Quellen der deutschsprachigen Schweiz (= Europäische Hochschulschriften, Bd. 2566), Frankfurt am Main 1999.
- Sicken, Bernhard, Fremde in der Stadt. Beobachtungen zur „Fremdenpolitik“ und zur sozioökonomischen Attraktivität der Haupt- und Residenzstadt Würzburg gegen Ende des 18. Jahrhunderts, in: Kersten Krüger (Hg.), Europäische Städte im Zeitalter des Barock. Gestalt – Kultur – Sozialgefüge, Köln/Wien 1988, S. 271–329.
- Sonkajärvi, Hanna, Qu'est-ce qu'un Étranger? Frontières et Identifications à Strasbourg (1681–1789), Straßburg 2008.
- Steidl, Annemarie, Auf nach Wien! Die Mobilität des mitteleuropäischen Handwerks im 18. und 19. Jahrhundert am Beispiel der Haupt- und Residenzstadt (= Sozial- und wirtschaftshistorische Studien, Bd. 30), München 2003.
- Stockert, Harald, Ein „goldenes Zeitalter“ unterm badischen Greif?, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 2. 1801–1914, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 1–57.
- Ders., „Harmonia so vielerley Nationen“ oder „Hinderung anderer Religionen“? Zur Toleranz in Mannheim in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: MGB NF 28 (2014), S. 51–62.
- Ders., „Ein unausgesetztes Gehen und Kommen“. 400 Jahre Mannheimer Stadtgeschichte – 400 Jahre Migration, in: Badische Heimat 87 (2007), S. 510–519.
- Stolleis, Michael, Bettler, Vaganten und Gaukler in pfälzischen „Policeyordnungen“ des 17. und 18. Jahrhunderts, in: MGB NF 2 (1995), S. 105–114.
- Studer, Barbara, Frauen im Bürgerrecht. Überlegungen zur rechtlichen und sozialen Stellung der Frau in spätmittelalterlichen Städten, in: Rainer Christoph Schwinges (Hg.), Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des alten Reiches (1250–1550), Berlin 2002, S. 169–200.
- Swiaczny, Frank/Michael Horn/Rainer Lukhaup, Ausländer in Mannheim. Migration und Integration im Wandel, Mannheim 1999.



- Teutsch, Friedrich, Mannheim im 18. Jahrhundert – Grundriß, Aufriß und Bevölkerung, in: Alfried Wieczorek/Hansjörg Probst/Wieland Koenig (Hgg), *Lebenslust und Frömmigkeit. Kurfürst Carl-Theodor (1724–1799) zwischen Barock und Aufklärung*. Handbuch. Bd. 1, Regensburg 1999, S. 201–209.
- Thieme, Hans, Die Rechtsstellung der Fremden in Deutschland vom 11. bis zum 18. Jahrhundert, in: Ders. (Hg.), *Ideengeschichte und Rechtsgeschichte*. Bd. 1 (= *Forschungen zur neueren Privatrechtsgeschichte*, Bd. 25,1), Köln/Wien 1986, S. 289–304.
- Toury, Jacob, *Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum. Eine Dokumentation* (= *Veröffentlichungen des Diaspora Research Institute*, Bd. 2), Tel Aviv 1972.
- Ders., *Jüdische Textilunternehmer in Baden-Württemberg 1683–1938*, Tübingen 1984.
- Traitteur, Theodor, Fünfzehn statistische Tabellen über die Größe und Bevölkerung der Rheinischen Pfalz, in: *Acta Academiae Theodoro-Palatinae* 6 (1789), S. 489–493.
- Voss, Jürgen, Die Kurpfalz im Zeichen der Französischen Revolution, in: Volker Rödel (Hg.), *Die Französische Revolution und die Oberrheinlande (1789–1798)* (= *Oberrheinische Studien*, Bd. 9), Sigmaringen 1991, S. 9–31.
- Ders., Mannheim und die Mannheimer im Banne der Französischen Revolution, in: *Schriften der Gesellschaft der Freunde Mannheims und der ehemaligen Kurpfalz. Mannheimer Altertumsverein von 1859* 22 (1992), S. 45–86.
- Wacker, Reinhold, *Das Verkehrswesen im Rheinland vom 15. Jahrhundert bis 1794* (= *Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte*, Bd. 7), Trier 2008.
- Waldauer, Sigrid, *Die Tour der Gesellen. Mobilität und Biographie im Handwerk vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Frankfurt/New York 2005.
- Walter, Friedrich, *Alt-Mannheimer Häuser. 2. Der Pfälzer Hof*, in: *MGB* 11 (1910), Sp. 103–107.
- Ders., *Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart*. Bd. 1–3, Frankfurt am Main 1907.
- Watzinger, Karl Otto/Jörg Schadt/Michael Martin, *Geschichte der Juden in Mannheim. 1650–1945. Mit 52 Biographien. Mit einer Übersicht über die Quellen im Stadtarchiv Mannheim zur Geschichte der Juden*, Stuttgart [u. a.] 1987.
- Waßmuth, Britta, *Im Spannungsfeld zwischen Hof, Stadt und Judengemeinde. Soziale Beziehungen und Mentalitätswandel der Hofjuden in der kurpfälzischen Residenzstadt Mannheim am Ausgang des Ancien Régime* (= *Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim – Institut für Stadtgeschichte*, Bd. 32), Ludwigshafen am Rhein 2005.

- Weizsäcker, Wilhelm Das Recht der Fremden in Böhmen, in: MVGDB 59 (1921), S. 15–77.
- Weiß, Ulman, Fremde in thüringischen Städten der Frühneuzeit, in: Wilhelm Janssen/Margaret Wensky (Hgg.), Mitteleuropäisches Städtewesen in Mittelalter und Frühneuzeit, Köln 1999, S. 141–165.
- Wennemuth, Udo, Der Mannheimer Maimarkt in vier Jahrhunderten. Die Entwicklung vom lokalen Vieh- und Jahrmarkt zur größten Verbraucherausstellung Deutschlands (= Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim, Nr. 16), Mannheim 2000.
- Wentzcke, Paul /Gerhard Lüdtke, Archive. Archive im deutschsprachigen Raum. A–N, O–Z und Register, Berlin/New York<sup>2</sup> 1974.
- Westphal, Werner, „Wem Gott will rechte Gunst erweisen, den läßt er mal Glowé reisen.“ Botschaften der Fremdenbücher vom Kap Arkona und dem „Gasthaus zur Schaabe“ in Glowé auf Rügen, Norderstedt 2015.
- Weyer, Franz, Der reisende Kaufmann. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie, Köln 1948.
- Whaley, Joachim, Religious Toleration and Social Change in Hamburg, 1529–1819, Cambridge 2002.
- Wiegand, Hermann, Auf dem Weg zur Residenz unter Kurfürst Karl Philipp, in: Ulrich Nieß/Michael Caroli (Hgg.), Geschichte der Stadt Mannheim. Bd. 1. 1607–1801, Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2007, S. 356–358.
- Winter, Anne, Armut und Migration. Lokale und nationale Antworten in Westeuropa 1700–1900, übersetzt von Margarete Grandner, in: Sylvia Hahn/Nadja Lobner/Clemens Sedmak (Hgg.), Armut in Europa 1500–2000 (= Querschnitte. Einführungstexte zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, Bd. 25), Innsbruck/Wien/Bozen 2010, S. 35–56.
- Wortmann, Thomas, Kreative Netzwerke, Theater als moralische Anstalt und Kultur als Konjunkturmaßnahme: ‚Mannheimer Anfänge‘, in: Ders. (Hg.); Mannheimer Anfänge. Beiträge zu den Gründungsjahren des Nationaltheaters Mannheim. 1777–1820, Göttingen 2017, S. 7–42.
- Wrigley, Richard, Protokollierte Identität. Anmerkungen über das Inkognito in der Reisepaxis und der Reiseliteratur des 18. Jahrhunderts, in: Joachim Rees/Winfried Siebers/Hilmar Tilgner (Hgg.), Europareisen politisch-sozialer Eliten im 18. Jahrhundert. Theoretische Neuorientierung – kommunikative Praxis – Kultur- und Wissenstransfer (= Aufklärung und Europa, Bd. 6), Berlin 2002, S. 209–220.

Zeller, Johann Friedrich, Neckar- Rhein- und Mainz-Schifffahrt zwischen Heilbronn, Mainz und Frankfurt, Heilbronn 1809.

Ziehner, Ludwig, Zur Geschichte des kurpfälzischen Wollgewerbes im 17. und 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Gewerbegegeschichte des Merkantilismus (= Zur Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 22), Stuttgart 1931.

Zürn, Martin, Einwanderung aus Savoyen nach Deutschland 1500–1800. Grundzüge und ausgewählte Familien, in: Schau ins Land 122 (2003), S. 73–92.



## Danksagung

In den vergangenen dreieinhalb Jahren habe ich bei der Bearbeitung der vorliegenden Dissertation sowohl fachliche als auch persönliche Unterstützung erfahren. Diesen Personen möchte ich an dieser Stelle gerne meinen Dank aussprechen.

Zuerst möchte ich meinem Doktorvater und Erstgutachter Prof. Dr. Hiram Kümper danken. Er hat mich nicht nur für die Bearbeitung von frühneuzeitlichen seriellen Quellen begeistert, die mich nun schon seit meiner Masterarbeit im Jahr 2017 begleiten und denen ich nun in dieser Arbeit noch mehr Raum geben konnte, sondern hat mich seit diesem Zeitpunkt auch hervorragend betreut und gefördert. Ebenfalls danke ich apl. Prof. Dr. Wilhelm Kreutz für seine Unterstützung und die Erstellung des Zweitgutachtens.

Ohne die dreijährige finanzielle Hilfe der Landesgraduiertenförderung wäre die Entstehung und Fertigstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen. Die rasche Erstellung der Datenbanken zu Beginn der Promotion verdanke ich der Bereitstellung wichtiger Quellen zur Mannheimer Stadtgeschichte durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivum, insbesondere Prof. Dr. Ulrich Nieß und Dr. Anja Gillen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatsarchivs Freiburg, des Generallandesarchivs Karlsruhe und des Erzbischöflichen Archivs Freiburg möchte ich für die fachliche Beratung und die schnelle Auskunft, aber vor allem für die Bereitstellung der Digitalisate danken.

Mein Dank gilt außerdem Lisa Firlus, Hilfskraft am Lehrstuhl für Geschichte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit an der Universität Mannheim, die mich in der Endphase der vorliegenden Dissertation bei der Korrektur der Datenbank zu den Mannheimer Fremdenlisten unterstützt hat. Daneben danke ich Isa Keller und Eileen List für ihre Zeit und Mühe, die sie in das Korrekturlesen dieser Arbeit investiert haben. Nicht zuletzt danke ich jedoch Dr. Christina Fehse für stundenlange fachliche Diskussionen, ihr Feedback und ihre Motivation, aber vor allem für das gemeinsame Lachen und ihre Freundschaft. Auch meinen Eltern, Christian und Christiane Pister, möchte ich für ihre Unterstützung herzlich danken. Ohne ihren Einsatz und ihre Ermutigung hätte diese Arbeit nicht entstehen können.